

**„WER MIT DER SOWJETUNION VERBUNDEN IST,
GEHÖRT ZU DEN SIEGERN DER GESCHICHTE...“**

*Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im
Spannungsfeld von Moskau und Ostberlin*

Dissertation zur Erlangung des akademischen Doktorgrades (Dr. Phil.)

vorgelegt an der Fakultät für Politische Wissenschaften an der Universität Mannheim,
angenommen im Juli 2002; Gutachter Prof. Dr. H. Weber und Prof. Dr. G. Niedhardt

Katja Kuhn, 2002

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	7
Tabellenverzeichnis.....	8
Abkürzungsverzeichnis.....	9
Einführung.....	11
Einleitung (11) - Problemstellung und Untersuchungsgegenstand (14) - Fragestellung (17) - Forschungsstand (22) - Zur Quellenlage (29)	
I. Kapitel: Die Bedeutung von Massenorganisationen in der DDR.....	34
1.1 Massenorganisationen in sozialistischen Staaten.....	34
1.2. Funktion der Massenorganisationen in der DDR.....	35
Die Transformationsfunktion der Massenorganisationen (38) - Die Rolle der Massenorganisationen im politischen System der DDR (39)	
II. Kapitel: Die erste Phase: Vor- und Gründungsgeschichte der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft.....	43
2.1. Die Freundschaftsgesellschaften bis 1945.....	43
Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland (44) - Der „Bund der Freunde der Sowjetunion“ (45) - Die Rolle der Freundschaftsgesellschaften in der Weimarer Republik (47) - Die Freundschaftsgesellschaften 1933-45 (48)	
2.2. Gründung und Gründungsprogramm der Zentralen Gesellschaft für Deutsch- Sowjetische Freundschaft.....	50
Die Anfänge der deutsch-sowjetischen Gruppen in der SBZ (50) - Die Gründung der zentralen Gesellschaft (53) - Die Gründungsprogrammatik (57)	
2. 3. Zur Organisationsstruktur.....	63
Allgemeiner Aufbau (63) - Zentrale Leitung (65) - Die Landesgesellschaften (73) - Die Sektionen (75) - „Die Häuser sind ein Prunk“ Die Kulturhäuser der Gesellschaft (78) - Die Ortsgruppen (80) - Die Betriebsgruppen (83)	

2.4 Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.....	86
Ein neuer Name (86) - Massen begeistern, Mitglieder gewinnen (87)	
2.5 Zwischenbilanz.....	90

III. Kapitel: Die Zweite Phase: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als Massenorganisation in der DDR..... 93

3.1. Die Etablierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als Massenorganisation in der DDR	93
Nur eine unter Vielen (93) - Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den siebziger Jahren (95) - „Für immer und unwiderruflich mit der Sowjetunion verbunden... (98) - Das dreißigjährige Bestehen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1977 (101)	
3.2 Zwischenbilanz.....	103

IV. Kapitel: Die Dritte Phase: Aufstieg der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur wichtigen Massenorganisation..... 105

4.1 Auf dem Höhepunkt der gesellschaftlichen Macht	105
Erste Schatten einer Krise? (105) - Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Anfang der achtziger Jahre (107) - Die Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (109) - Organisierte Freundschaft (112) - Der Kampf der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft gegen den „Antisowjetismus“ (116) - Die Mitgliedschaft und die Grundeinheiten der Gesellschaft (122)	
4.2 Der 12. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.....	125
Die Vorbereitung (125) - Der Beginn des Kongresses (127) - Die Beschlußfassung (134) - Die Ehrenmedaille „Freundschaft-Druschba“ (138) - Die Mitglieder des Zentralvorstands (140) - Die Auswertung des Kongresses (144)	
4.3 Die Arbeit der Gesellschaft 1984-1985 - Ein geschlossenes Bild.....	147
4.4. Zwischenbilanz.....	152

V. Kapitel: Die vierte Phase: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1985-1989.....	156
5.1 <i>Die neue Politik der Sowjetunion und ihr Einfluß auf die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.....</i>	<i>156</i>
Ein neuer Herrscher im Kreml (156) - Der Balanceakt zwischen Moskau und Berlin	
- Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1985-1986 (164) - Die neue Attraktivität der Sowjetunion (170) - Strukturierte Kontrolle - Kontrollierte Struktur (172)	
5.2 <i>Aktivitäten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1988.....</i>	<i>175</i>
Der 40. Jahrestag (175) - Erste Probleme im Vorfeld der „Woche der DSF“ und des 13. Kongresses (178) - Die alte neue Formel: Der eigene Weg zum Sozialismus (180) - Die „Woche der DSF“ 1988 (184)	
5.3 <i>Der 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1988.....</i>	<i>186</i>
Der Beginn des Kongresses (186) - Die Wahl des Zentralvorstandes (188) - Der weitere Verlauf des Kongresses (191)	
5.4 <i>Konflikte durch verschärfte Zensur.....</i>	<i>197</i>
Eingriffe in das Pressewesen (197) - Fallbeispiele: Reaktionen der DSF-Mitglieder auf die Eingriffe in das Pressewesen (203) - Der „Fall“ Calek (203) - Der „Fall“ Rasch (205) - Reaktionen der Führung der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft auf die Eingaben (208)	
5.5 <i>Die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft im Spannungsfeld von „Sputnik“- und Filmverbot</i>	<i>210</i>
Der „Sputnik“ (210) - Das „Sputnik“-Verbot (213) - Die Reaktionen der Mitglieder auf das „Sputnik“-Verbot (215) - Das Filmverbot (222) - Folgen der Verbote für die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft (224)	
5.6 <i>Die neue Linie</i>	<i>228</i>
Die „Säuberungen“ der Partei und der Massenorganisationen (228) - Die dritte Tagung des Zentralvorstandes am 9. Februar 1989 (229) - Die Einberufung von Kommissionen (234) - Die Wahlen 1989 und die Reaktionen der DSF Mitgliedschaft (235) - Probleme an der Basis 1989 (237)	
5.7 <i>Zwischenbilanz.....</i>	<i>240</i>
VI. Kapitel: Die fünfte Phase: Maßnahmen zur ersten Umgestaltung der Organisation.....	242
6.1 <i>Aktion und Reaktion</i>	<i>243</i>
Massive Veränderungen in der SED (243) - Die Reaktionen der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft auf die politischen Maßnahmen (245) - Der Rücktritt Erich Mückenbergers (248)	

6.2. <i>Die Umstrukturierung der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft bis zum Außerordentlichen Kongreß</i>	252
Der „Offene Brief“ (253) - Weitere Maßnahmen des Arbeitssekretariates (255) - Die Gesellschaft am Zentralen Runden Tisch (261) - Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen (262) - Die sechste Tagung des Zentralvorstandes (265)	
6.3. <i>Der Außerordentliche Kongreß in Schwerin</i>	271
Die Delegierten (271) - Der Ablauf des Kongresses (273) - Ergebnisse des Außerordentlichen Kongresses (278)	
6.4 <i>Zwischenbilanz</i>	281
VII. Kapitel: Die sechste Phase: Die Gesellschaft seit 1990	283
7.1 <i>Die Umsetzung der Beschlüsse des Außerordentlichen Kongresses</i>	283
. . . in Theorie (283) - . . . und Praxis (286) - Erfolge und Probleme bis April 1990 (288) - Weitere Maßnahmen (292) - Die Reise nach Moskau (294)	
7.2. <i>Die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft vor der Wiedervereinigung</i>	296
Die Zuspitzung der Probleme (296) - Die Bildung der Orts- Kreis- und Landesverbände (298) - Das Scheitern der Kreisverbände (302) - Die Landesverbandstagungen (304) - Die rechtliche Stellung der Gesellschaft (306) - Die Gründung des WIN-INTERKONTAKT-CLUBs (307)	
7.3. <i>Die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft nach der Wiedervereinigung</i>	311
Neue Rahmenbedingungen für die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft (311) - Der Föderative Verbandstag (312) - Kontaktaufnahmen zur Förderung der Gesellschaft (315) - Die Stabilisierung der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft (317) - Eine Delegation der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft in der UdSSR (317) - Probleme mit dem WIN-INTERKONTAKT-CLUB (318) - Das Ende des WIN-INTERKONTAKT-CLUBs (323) - War die Gründung des WIN-INTERKONRAKT-CLUBs ein Erfolg? (325)	
VIII. Kapitel: Resumee	328
9.1 <i>Unveröffentlichte Quellen</i>	338
Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-Barch.) (338) - Sächsisches Staatsarchiv Dresden (Sächs. StA Dresden) (346) - Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (Sächs. StA Leipzig) (347) - Landesarchiv Magdeburg (347) - Generalarchiv Moskau (348)	
9.2 <i>Allgemeine Hilfsmittel</i>	348

9.3 Handbücher/Lexika	349
9.4 Aufsätze/ Monographien	350
9.5. Zeitschriften und Periodika (in Auswahl).....	366
9.6 Persönliche Auskünfte.....	367
X. Kapitel: Anhang	368
10.1. Zeittafel	368
10.2. Dokumentation	379
10.3. Statistiken.....	396
10.4. Personenregister	401

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vorgesehene Gesamtstruktur der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.....	64
Abbildung 2: Die geplante Organisationsstruktur des Präsidiums der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion.....	70
Abbildung 3: Altersstruktur der GDSF Mitglieder 1982	123
Abbildung 4: Altersstruktur der Mitglieder des Zentralvorstandes der DSF des 11. Kongresses 1978	141
Abbildung 5 Soziale Stellung der Mitglieder des Zentralvorstandes des 12. Kongresses der DSF	142
Abbildung 6: Parteimitgliedschaft der Mitglieder des Zentralvorstands des 12. Kongresses der GDSF	143
Abbildung 7: Soziale Stellung der Mitglieder des Zentralvorstandes des 13. Kongresses der DSF	190
Abbildung 8: Parteizugehörigkeit der Mitglieder des Zentralvorstandes des 13. Kongresses 1988	190
Abbildung 9: Altersstruktur der Mitglieder des Zentralvorstandes der GDSF des 13. Kongresses 1988.....	191
Abbildung 10: Struktur der GDSF-Delegierten des Außerordentlichen Kongresses 1991 nach Berufsgruppen.....	272
Abbildung 11: Alter der GDSF-Delegierten des Außerordentlichen Kongresses 1991	273
Abbildung 12: Mitgliedschaft in der GDSF der Delegierten des Außerordentlichen Kongresses 1991	273
Abbildung 13: Vergleich der Ausgaben 1989/1990.....	320

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beschäftigte der Berliner Zentrale.....	72
Tabelle 1: Gründungsmonat der Sektionen.....	76
Tabelle 3: Betriebs-bzw. Wirkungsgruppen 1948 und 1949	84
Tabelle 4: Grundeinheiten der GDSF 1982	123
Tabelle 5: Anzahl der zu wählenden Delegierten des 12. Kongresses.....	144
Tabelle 6: Anzahl der Eingaben nach dem „Sputnik“-Verbot nach Bezirken.....	216
Tabelle 7: Einnahmen der GDSF 1988	256
Tabelle 8: Ausgaben der GDSF 1988.....	256
Tabelle 9: Zur Entwicklung des Mitgliederstandes und der Einnahmen der Bezirke der GDSF	290
Tabelle 10: Mitgliederzahlen November 1990	305
Tabelle 11: Entwicklung des Bankkontos Zentralausschuß	320

Abkürzungsverzeichnis

Abg.	Abgeordnete	GARF	Generalarchiv Moskau
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	GDR	German Democratic Republic
AdK	Akademie der Künste (der DDR 1972-1990)	GDSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
AdW	Akademie der Wissenschaften (der DDR)	GG	Grundgesetz
AfA	Amt für Arbeit	GO	Grundorganisation
AfG	Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED	HK	Hoher Kommissar
Agit.	Agitation	HSA	Hauptstaatsarchiv
Barch	Bundesarchiv	HZ	Historische Zeitschrift
BdFdSU	Bund der Freunde der Sowjetunion	IAH	Internationale Arbeiterhilfe
BEL	Bezirkseinsatzleitung	IFG	Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
BL	Bezirksleitung	IFGA	Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung
BRD	Bundesrepublik Deutschland	KB	Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands
BV	Bezirksvorstand	KP	Kommunistische Partei
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
CDU (D)	Christlich-Demokratische Union (Deutschlands)	KV	Kreisvorstand
DA	Demokratischer Aufbruch	LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands	LL	Landesleitung
DDP	Deutsche Demokratische Partei	LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
DDR	Deutsche Demokratische Republik	MdB	Mitglied des Bundestages
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands	MfS	Ministerium für Staatssicherheit
DIZ	Deutsches Institut für Zeitgeschichte	MO	Massenorganisation
DJ	Demokratie jetzt	NATO	North Atlantic Treaty Organisation
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	ND	Neues Deutschland
DM	Deutsche Mark	NF	Nationale Front des demokratischen Deutschlands, Nationale Front der DDR
DSF	(Gesellschaft für) Deutsch-Sowjetische Freundschaft	NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR (bis 1946)
FDKB	Freier Deutscher Kulturbund	NS	Nationalsozialismus
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei
FDJ	Freie Deutsche Jugend	NVA	Nationale Volksarmee
FDP	Freie Demokratische Partei	PB	Politbüro, Politisches Büro

PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus	SPW	Schriften zur Politischen Wissenschaft
PdSU	Presse der Sowjetunion	SU	Sowjetunion
PKK	Parteikontrollkommission	TASS	Telegrafnoje agentstwo Sowjetskowo Sojusa (Nachrichtenagentur der UdSSR)
PL	Politische Leitung	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
PO	Parteiorganisation	UNO	United Nations Organisation
PV	Parteivorstand	USA	United States of America (Vereinigte Staaten)
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
SALT	Strategic Arms Limitation Talks	VEB	Volkseigener Betrieb
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationsen in Berlin	VEG	Volkseigene Güter
SBZ	Sowjetische Besatzungszone	VK	Volkskongreß
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	VOKS	Allunions gesellschaft für sowjetische Beziehungen mit dem Ausland
Sekr.	Sekretär, Sekretariat	VP	Volkspolizei
SG DDR	Sowjetische Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR	WZ	Wandzeitung
SKK	Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland	ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschlands (1946-1949)	ZK	Zentralkomitee
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	ZPA	Zentrales Parteiarchiv in Berlin

Einführung

Einleitung

Das Ende der DDR hinterließ der DDR-Forschung ein breites Feld unbeantworteter Fragen und ungeklärter Zusammenhänge. Dazu gehört auch die Aufarbeitung von Art und Einfluß der Sowjetunion auf das kulturelle Leben der sowjetischen Besatzungszone und der früheren DDR. Mit dem Begriff der „Sowjetisierung Ostdeutschlands“ wurde häufig der Einfluß der Sowjetunion auf Ostdeutschland beschrieben, der Charakter bzw. das Ausmaß des sowjetischen Einflusses allerdings „verharmlost“. Das gleiche gilt für den in der Ex-DDR verwendeten Begriff der „freundschaftlichen Hilfe“ der Sowjetunion in umgekehrter Weise, auch hier wurde die Realität durch den Begriff entschärft.

Gleichzeitig unterstellen beide Begriffe eine vorwiegende Steuerung durch die Sowjetunion und werden damit den Aktivitäten auf deutscher Seite vor allem in den achtziger Jahren kaum gerecht.

Es scheint daher sinnvoll, bei vorzunehmenden Untersuchungen über den Einfluß der Sowjetunion auf die DDR und die enge Verbindung beider Staaten eher von einer Angleichung der DDR an das „sowjetische Modell“ bzw. an das „sowjetische Vorbild“ zu sprechen, als das DDR-System als bloße „Kopie“ zu bezeichnen, da man darunter die Vielschichtigkeit von Transfer und Rezeption besser zusammenfassen kann.

Zur exemplarischen Aufarbeitung dieses Phänomens bieten sich Institutionen an, die das Vorgehen und den Einfluß der (ehemaligen) Besatzungsmacht und das Zusammenspiel der Machteliten im ostdeutschen Teil des Republik beispielhaft belegen können.

Laut Verfassung der DDR von 1968 und dem Willen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) war die Verwirklichung des Sozialismus Staatsziel in der Gesellschaft der DDR, doch in der Realität handelte es sich wohl eher um eine weitgehende Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild². Von zentraler Bedeutung war dabei im politischen System der DDR die

² Die SED konstituierte sich am 21. April 1946 durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD. Vgl. hierzu: Weber, H.: Geschichte der DDR. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage 1999. München 1999. S. 69 ff.; Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD am 21. und 22. April 1946. Berlin (Ost) 1946/1986.

in der Verfassung abgesicherte, führende Rolle der Partei, deren hegemonialer Anspruch sich auf alle Lebensbereiche der DDR-Bürger erstreckte, also auch in den Massenorganisationen praktiziert wurde. Dabei waren die vier übrigen offiziellen Parteien der DDR zusammen mit den Massenorganisationen die wichtigsten Machthebel der Partei und das Leitungsprinzip des „demokratischen Zentralismus“ nicht nur ihr Instrument zur Kontrolle und Manipulation der eigenen Partei, sondern auch des ganzen Staates bzw. der DDR-Bevölkerung.

Im Rahmen dieses Vorhabens steht eine Massenorganisation im Mittelpunkt, für welche die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen und deren Veränderung mit Beginn der Ära Gorbatschow bis zum Zusammenbruch der DDR von zentraler Bedeutung ist: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF).

Bis über die Jahreswende 1989/1990 hinaus bestand hinsichtlich der Strukturen und Zusammenhänge von Staat und Massenorganisationen der DDR ein erhebliches Forschungsdefizit und hier besonders in Bezug auf die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft³. Während nach der „Wende“ vor allem westliche Forscher damit begannen, die Geschichte der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) aufzuarbeiten, fand die zweitgrößte Massenorganisation der DDR bis heute kaum Interesse in der Forschung. Dies hatte verschiedene Gründe: Zum einen war der Zugang zu ostdeutschen Archiven im allgemeinen bis 1989 mehr oder weniger unmöglich, zum anderen war die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vor allem auf die UdSSR

Zur Haltung der SPD zu ihrer Vereinigung mit der KPD vgl. Hurwitz, H.: Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin. Köln 1990; Müller, W.: „Die Gründung der SED. Zwangsvereinigung, Demokratieprinzip und gesamtdeutscher Anspruch“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 16-17/1996. S. 12-21; Weber, H.: Aufstieg und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR. Köln 1991. S. 27 ff.; Staritz, D.: Was war. Historische Studien zu Geschichte und Politik in der DDR. Berlin 1994. S. 105-136; Müller, W.: „Die Gründung der SED. Zwangsvereinigung, Demokratieprinzip und gesamtdeutscher Anspruch“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 16-17/1996. S. 12-21.

³ Bibliographie zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Neue Folge. Bearb. von Burusiak, L. (Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte) Nr. 3 1985. Berlin (Ost) 1986/1987 und Hersch, G.: A bibliography of German studies 1945-1971. Germany under allied occupation. Federal Republic of Germany. German democratic Republic. Bloomington 1972.; Systematische Bibliographie von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der SBZ/DDR seit 1945. Auf der Grundlage d. Bestände d. Bibliothek d. Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der freien Universität Berlin und von Beständen des gesamtdeutschen Instituts - Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Bonn. Bearb. von Völkel, W. 1. Geschichte und politisches System der SBZ/DDR, nicht kommunistische Länder aus der Sicht der DDR, deutsche Frage. 3. Gesellschaft, Bildung, Kirchen. Opladen 1986/1987/1989.

ausgerichtet, damit im Gegensatz z.B. zur FDJ für westliche Wissenschaftler wohl nicht so interessant und schließlich standen auch ihre Aktivitäten weit weniger im Rampenlicht der Medien.

Mit dem Zusammenbruch des SED-Regimes im Jahre 1989 und der Sowjetunion 1991 stehen nach der Öffnung der ostdeutschen und eines Teiles der russischen Archive den Wissenschaftlern in Gesamtdeutschland zentrale Materialien zur Verfügung, die es ermöglichen, bestehende Desiderate in der Forschung aufzuarbeiten. Durch den Zugang zu den Archiven ist es nun möglich, die Politik der SED und der Sowjetunion gegenüber der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu rekonstruieren und Fragen nach Zielstellungen, Zusammenhängen, Problemen, Plänen, Maßnahmen und Resultaten zu stellen. Damit wird es möglich sein, nicht nur im Rahmen der Zeitgeschichtsforschung Antworten zu finden, sondern auch im Rahmen der vergleichenden Diktaturenforschung neue Aspekte zu analysieren. Schließlich können durch Einblicke in interne Dokumente bisherige Forschungsergebnisse verifiziert beziehungsweise falsifiziert werden. An dieser Stelle muß vor allen anderen auf die Bestände des Zentralen Archivs der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hingewiesen werden, welches sich seit 1993 unter dem Dach der Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (SAPMO) in Berlin befindet.

Die Zugangsmöglichkeiten zu Akten haben sich durch die Öffnung der Archive auch auf regionaler Ebene verbessert, so finden sich vereinzelt auch Akten über die Landesverbände der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den Generallandesarchiven und Landesarchiven der neuen Bundesländer.

Dennoch bleibt zu berücksichtigen, wie Hermann Weber schon 1994 in seinem Beitrag über „Die aktuelle Situation der Archive für die Erforschung der DDR-Geschichte“ anmerkte, daß die Akteneinsicht allein nicht nützt, sondern es nötig ist, dieselben kritisch zu analysieren, um „die Dokumente auch richtig in den historischen Prozeß einzuordnen und ihren Stellenwert zu erkennen“⁴.

⁴ Weber, H.: *“Die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte“*. In: Deutschland Archiv, Nr. 7/1994. S. 690f.

Problemstellung und Untersuchungsgegenstand

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft entstand mit Beginn des Kalten Krieges aus der Motivation der führenden Kräfte der Sowjetunion und der ostdeutschen Machteliten heraus, die Gefühle und Gedanken der Deutschen zu lenken und zu kontrollieren. Zweck dieser Gesellschaft sollte es sein, so viele Deutsche wie möglich auf die Linie des Leninismus/Stalinismus einzuschwören. Als Massenorganisation geplant, sollte sie außerdem eine nicht unbedeutende Transmissionsrolle für die Parteiinteressen übernehmen, was sie auch seit 1949 tat⁵.

In der DDR wurden die Massenorganisationen in der Regel nach sowjetischen Vorbild geschaffen, d.h. es gab etwa als Pendant zur sowjetischen Jugendorganisationen die Freie Deutsche Jugend (FDJ), in Anlehnung an die sowjetischen Gewerkschaftsorganisationen den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund ect., jedoch gab es in der Sowjetunion zu dem Zeitpunkt, als die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft gegründet wurde, keine entsprechende Freundschaftsorganisation in der Sowjetunion, welche die Freundschaft zu (Ost-) Deutschland propagierte, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war also vor diesem Hintergrund etwas Besonderes, auch wenn sie in Deutschland die Traditionslinie früherer Freundschaftsorganisationen fortsetzte.

Ihre Geschichte, insbesondere das Maß ihrer Abhängigkeit von der sowjetischen Politik und vor allem von den Interessen des Politbüros der SED, damit letztendlich auch die Reaktionen des Vorstandes der Gesellschaft für DSF auf einen Wandel der Interessenlage, ist bis heute nicht ausreichend untersucht. Die wenigen vorhandenen Studien beschäftigen sich in erster Linie mit der Gründung der Gesellschaft als „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ 1947 und ihrer Umbenennung in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ 1949 und enden meistens mit dem Hinweis, daß die GDSF seit den sechziger Jahren in Bedeutungslosigkeit verfiel⁶.

Jedoch ist der Informationswert dieser Darstellungen nicht zuletzt dadurch eingeschränkt, daß bis zum Ende der achtziger Jahre das reale Verhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion

⁵ Weber, H. (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-50. Köln 1982. S. 12 ff.

⁶ Vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen, Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Berlin 1993.

zu den „Tabu-Themen“ besonders der ostdeutschen Forscher gehörte und die Zusammenhänge zwischen Vorgängen in der ehemaligen Sowjetunion und der DDR - hier besonders das Zusammenspiel zwischen der Haltung des Politbüros und den Vorständen der Massenorganisationen - selten Berücksichtigung fanden. Etwaige Reibungspunkte zwischen dem „großen Bruder UdSSR“ und der DDR blieben häufig auch der westlichen Forschung durch die schwierige Quellenlage von vornherein verschlossen und fanden auch in der historischen Analyse der DDR-Wissenschaftler keinerlei Beachtung.

Hinzu kommt, daß sowohl für die Frühphase der DDR, besonders jedoch für die Zeit nach 1961, kaum massive, politische Kontroversen zwischen der DDR und der Sowjetunion festzustellen sind, wie sie Ende der achtziger Jahre auftraten, was sich auch in der Arbeit der Gesellschaft für DSF widerspiegelt.

Mit der sich ändernden Politik der Sowjetunion durch „Glasnost und Perestroika“ ab 1985 unter Gorbatschow und der zunehmenden „Entfernung“ der DDR von dem „großen Bruder“ war die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu einem regelrechten „Spagat“ zwischen beiden „Parteien“ gezwungen; war es doch die Aufgabe und ursprüngliche Daseinsberechtigung der Gesellschaft, gerade diesen Zwiespalt auszugleichen und die Freundschaft zur UdSSR und deren Vorbildfunktion bei den Bürgern der DDR zu propagieren. Gleichzeitig sah die SED in ihr ein Mittel, um die eigenen Politik in der Bevölkerung zu propagieren und übte daher einen massiven Einfluß auf die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aus, nicht zuletzt durch die gezielte Besetzung von Schlüsselpositionen mit Parteimitgliedern. Mit der toleranteren Politik Gorbatschows sollte eben dieser „Spagat“, welchen die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durchführen mußte, immer größer werden und war zum Ende hin mit Sicherheit nur noch eine Farce. Denn durch diese Kursänderung der Sowjetunion mußte die Gesellschaft für DSF nicht mehr den Ansprüchen der Sowjetunion allein genügen, um auch den Anforderungen der SED gerecht zu werden, sondern vielmehr gleichzeitig die neuen Anforderungen der herrschenden Eliten im eigenen Land sowie die der zunehmend selbstbewußter agierenden Mitglieder bedienen. Falls diese Kombination überhaupt möglich war - Propagierung der neuen Linie der Sowjetunion bei gleichzeitiger und Unterstützung der politischen Linie der SED sowie die Vertretung der Mitgliederinteressen - so war es jedoch sicherlich nicht möglich, diesen Zustand lange aufrecht zu erhalten, d.h., die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mußte

sich entscheiden, für wen sie sich überwiegend einsetzen würde - entsprechend der politischen Struktur der DDR mußte dies die Partei sein. Immerhin war es in dieser Konstellation wenigstens rhetorisch möglich, allen Ansprüchen weiterhin gerecht zu werden.

Freundschaft nicht vielmehr von den Machteliten der DDR instrumentalisiert wurde.

War der Versuch, Vorurteile überwinden, die seit Jahrhunderten in der eigenen Gesellschaft bestehen an sich realistisch, oder scheiterte die SED bzw. die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an der Generalisierung der Freundschaft, als sie einer ganzen Nation die Freundschaft zu einer anderen Nation „verordnen“ wollte⁷?

Unter den Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hat es mit Sicherheit Menschen gegeben, die wirklich daran glaubten, eine Freundschaft zwischen den Bürgern der Sowjetunion und den Deutschen stiften zu können. Für diese These spricht das Engagement vieler Bürger der ehemaligen DDR in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auch während der letzten Jahre der DDR bzw. Anfang der neunziger Jahre bzw. in dem späteren Verein.

Wenn dies jedoch so war, ist das Scheitern der Gesellschaft für DSF nicht zuletzt auf systemimmanente Gründe zurückzuführen, d.h. die GDSF konnte ihr Ziel deshalb nicht erreichen, weil den DDR-Machteliten spätestens mit dem Regierungsbeginn Gorbatschows und dessen reformatorischen Politik nicht daran gelegen war, die (Ost-) Deutschen und die Sowjets wirklich einander näher zu bringen und den neuen politischen Kurs der UdSSR zu vermitteln. Die Apparatschiks in der Sowjetunion bzw. in der DDR sahen in Massenorganisationen wie der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vielmehr Instrumente, die ihrer Machtsicherung und u.U. dem Ausbau und der Stabilisierung ihrer Macht dienen sollten. Diesem Anspruch wurden alle anderen Forderungen untergeordnet.

Doch selbst wenn die politischen Eliten der DDR ein wirkliches Interesse an einer deutsch-sowjetischen Freundschaft gehabt hätten, wäre dies nicht unbedingt im Interesse der Sowjetunion gewesen, die einen Informationsfluß, besonders einen unkontrollierbaren, zwischen der eigenen Bevölkerung und Auswärtigen auch in den achtziger Jahren so gering wie nur möglich halten wollte.

Mit dem Zusammenbruch des DDR-Regimes 1989 mußten die DDR-Institutionen und damit auch die Vertreter der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einsehen, daß die

⁷ Vgl. dazu auch Arend, H.: Macht und Gewalt. London 1970.

proklamierte Freundschaft zum „großen Bruder Sowjetunion“ das einzige gewesen war, was das Bestehen der DDR und damit auch der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in dieser Form so lange gewährleistet hatte. Die Gesellschaft für DSF stand damit Anforderungen gegenüber, die zu einer völligen Umgestaltung der bestehenden Strukturen führen mußte und mit dem Verlust eines Teiles ihres Vermögens und des größten Teils der Mitglieder einherging.

Mit der Auflösung der Sowjetunion am 31. Dezember 1991 verschwand schließlich auch das Ziel der Freundschaftsbemühungen und - letztendlich in der logischen Konsequenz - auch der Name „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, welche in der Stiftung „West-Östliche Begegnungen“ aufgehen sollte.

Fragestellung

In dem für diese Studie gewählten deskriptiv-analytischen Untersuchungsansatz werden in der chronologisch dargestellten Entwicklung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mehrere Fragestellungen miteinander verbunden.

Da es aufgrund der Komplexität des Ansatzes nicht möglich ist, Transparenz in alle politischen Zusammenhänge zwischen der UdSSR und der DDR zu bringen, verfolgt die Studie zwei Stränge.

Zum einen die Herleitung der Traditionslinie der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als Organisation, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg ihre Vorgängerorganisationen hatte, die ebenfalls stark von der Sowjetunion dominiert wurden, jedoch politisch völlig bedeutungslos waren, und die in der DDR, angelehnt an das sowjetische Vorbild, zu einer Massenorganisation unter vielen wurde und damit einerseits die für eine DDR-Massenorganisation typische Funktion verfolgte, andererseits jedoch insofern besonders war, da es eine entsprechende Organisation in der Sowjetunion nicht gab.

Zum anderen die Darstellung der praktischen Auswirkungen dieser fast hierarchischen Strukturen in Bezug auf die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR auf die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und die Reaktion der Gesellschaft für DSF

auf die Vorkommnisse und Probleme in der ehemaligen DDR vor dem Hintergrund der entscheidenden, sich ändernden, internationalen Rahmenbedingungen, hier vor allem der Entwicklung der Sowjetunion besonders in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts. In diesem Kontext erscheint es sinnvoll, die innenpolitische Entwicklung der DDR anhand der Politik der SED gegenüber den Massenorganisationen exemplarisch an dem Verhalten der SED gegenüber der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, einerseits, und andererseits, an dem modifizierten Verhalten der Gesellschaft für DSF selbst zu untersuchen. Dadurch wird es möglich, die schwierige Position der SED gegenüber der Sowjetunion und ihren eigenen Ansprüchen darzustellen und zum anderen die parallel verlaufende Entwicklung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, sowie deren programmatischen Wandel, die Mechanismen und Mittel der Anleitung dieser formal überparteilichen und unabhängigen Gesellschaft durch die SED zu rekonstruieren.

Obwohl diese Arbeit keine Gesellschaftsstudie der DDR sein kann, ist sie auch keine bloße Organisationsgeschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, sondern sie bemüht sich, die Verwirklichung der Vorgaben der SED für die Gesellschaft für DSF zu verfolgen sowie deren Probleme zwischen Anspruch und Wirklichkeit nachzuzeichnen und transparent zu machen, wobei der Schwerpunkt der Arbeit auf dem Zeitraum von 1980 bis 1990 liegt.

Dabei entsteht ein facettenreiches Bild einer Massenorganisation, welche sich immer wieder zwischen ihrer eigenen Legitimationsbasis - der Propagierung der politischen und sozialen Errungenschaften UdSSR - und der alles dominierenden Partei im eigenen Land zerrissen sah und daher einen Balanceakt ausführte, um beiden Seiten gerecht zu werden.

Um die Konzeption, die hinter der Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und damit auch ihrer späteren Ausrichtung stand - hier besonders das Engagement und den Einfluß der Sowjetunion - transparent zu machen, wird im ersten Teil der Arbeit kurz die allgemeine Rolle von Massenorganisationen im politischen System der DDR beschrieben. Des weiteren skizziert der Einleitungsteil die Herkunft und die Frühphase der Gesellschaft für DSF, da so deutlich wird, daß die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft letztendlich einerseits eine Traditionslinie fortsetzte, die schon in der Weimarer Republik ihren

Ursprung hatte, auch wenn die damaligen Organisationen ohne jeden politischen Einfluß waren, und andererseits etwas Besonderes darstellte, da sie in ihrem Ansatz zu diesem Zeitpunkt einzigartig war. Darüber hinaus erscheint es wichtig, die Rolle der Sowjetunion bei der Gründung der Gesellschaft zu analysieren und festzuhalten, daß diese letztendlich durch die Sowjetunion forciert wurde, was das Interesse der Sowjetunion an der Studiengesellschaft unterstreicht.

Außerdem wird zum weiteren Verständnis die Organisationsstruktur der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft kurz erläutert.

Der Hauptteil, welcher auch den umfangreichsten Teil der Arbeit repräsentiert, stellt eine Gesellschaft für DSF vor, welche sich Anfang der achtziger Jahre auf dem Höhepunkt ihrer gesellschaftlichen Macht befand und sich als typische DDR-Massenorganisation selber auf ihren großen Kongressen in Szene setzte. In diesem Zusammenhang wird auch komprimiert die kritische Situation erläutert, in welcher sich die DDR zum Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre befand. Dieser Teil beschreibt zudem die zunehmend komplizierter werdende Situation für die Gesellschaft seit Mitte der achtziger Jahre und versucht das „Dilemma“ nachzuzeichnen, in dem sich die GDSF mit den wachsenden Spannungen in der DDR gefangen sah. Spätestens seit 1985 war die Gesellschaft Zwängen von mindestens drei Seiten ausgesetzt - einmal a) den Interessen des Politbüros der SED, welches die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur eigenen Machtausübung und -Manifestation benutzte, b) dem eigentlichen Auftrag der Gesellschaft für DSF, die Sowjetunion in der DDR zu propagieren und deren Errungenschaften zu glorifizieren, und schließlich c) der wachsenden Unzufriedenheit und zunehmend kritischer werdenden Haltung der DDR Bevölkerung und somit der eigenen Mitgliedschaft.

Schließlich versucht die Studie im letzten Teil komprimiert nachzuzeichnen, welche Maßnahmen von der GDSF-Führung ergriffen wurden, um den Zusammenbruch der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu verhindern und welche Umstrukturierungen durchgeführt wurden, um sie nach der Vereinigung beider deutscher Staaten 1990 in der gesamtdeutschen Gesellschaft erneut zu positionieren.

Da sehr viele Personen für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eine Rolle spielten, finden sich zur Unterstützung des Lesers kurze biographische Angaben zu den wichtigsten Persönlichkeiten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Fußnotenteil, auf die Erläuterung der Biographien derjenigen Personen, die allgemein bekannt sind, wurde jedoch verzichtet.

In Zwischenbilanzen werden die fünf großen Entwicklungsphasen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft-, die Gründungsphase, die Phase der Etablierung als Massenorganisation sowie die Konsolidierung der Organisation auf ihrem Höhepunkt, die Zeit des Zusammenbruchs der DDR und schließlich die Phase nach der Wiedervereinigung chronologisch dargestellt und als Ergebnisse am Ende der jeweiligen Kapitel zusammengefaßt, bevor sich der Kreis der Untersuchungen mit dem Resümee schließt.

Das Ziel der Arbeit soll es sein, die Ereignisse um die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, in erster Linie gestützt auf Aktenmaterialien und Aussagen von befragten Zeitzeugen, unter folgenden Gesichtspunkten zu untersuchen:

- a) Wie gestaltete sich die Formierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der ehemaligen DDR nach 1945?
- b) Welchen Einfluß übte dabei die sowjetische Besatzungsmacht und später die Sowjetunion aus?
- c) Wie sah die Struktur und inhaltliche Arbeit der Gesellschaft aus?
- d) Welches Verhältnis bestand zwischen der Gesellschaft und den führenden SED-Funktionären bzw. dem Politbüro bzw. in wie weit wurde die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von der SED dominiert?
- e) Auf welche Weise bediente die Gesellschaft für DSF die Interessen der SED?
- f) Wie reagierten die Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auf die neue Politik im Kreml mit dem Regierungsantritt Gorbatschows?
- g) Welche Reaktionen provozierte das Verbot des Magazins „Sputnik“ und wie ging die Gesellschaft für DSF damit um?

- h) Wie versuchte die Gesellschaft für DSF sich den neuen Gegebenheiten Ende der achtziger Jahre anzupassen?
- i) Welche Auswirkungen hatte der Zusammenbruch des DDR-Regimes 1989 auf die Gesellschaft für DSF?
- j) Wie konstituierte sich die Gesellschaft nach dem Zusammenbruch der DDR neu und welche Umstrukturierungen wurden vorgenommen?

Um nicht allein auf die schriftlichen Quellen der unterschiedlichen Archive zurückgreifen zu müssen, wurden zusätzlich Zeitzeugenbefragungen durchgeführt. Der hierfür vorgesehene Personenkreis setzt sich aus Mitgliedern des Präsidiums der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, ehemaligen Mitarbeitern des Zentralvorstandes sowie Mitgliedern der Landesgesellschaften zusammen. Außerdem wurden Interviews mit wichtigen Entscheidungsträgern der ehemaligen DDR durchgeführt und natürlich Vertreter der heutigen Nachfolgeorganisation und des Dachverbandes hinzugezogen.

Da die Befragungen keinen repräsentativen Anspruch erheben können, lassen sich aus ihr keine direkten Aussagen über die Gesamtheit der Betroffenen bzw. deren Meinungen und Einschätzungen ableiten, doch tragen sie dazu bei, das durch das Aktenstudium gewonnene Bild abzurunden. Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte nach dem Kriterium der Mitarbeit in der Gesellschaft bzw. dem Politbüro über einen längeren Zeitraum hinweg oder setzte tiefere Kenntnisse des gesellschaftlichen und sozialen Systems der DDR voraus. So ist eher zu gewährleisten, daß die Aussagen der Befragten aufgrund hinreichender Kenntnis über innere Struktur, Themenschwerpunkte und Zielsetzungen weniger auf vage Vermutungen basieren werden.

Dabei schien eine mündliche Befragung aus verschiedenen Gründen für den Zweck der Studien am besten geeignet⁸. Einmal ist zu erwarten, daß die Zahl der „Ausfälle“ niedriger ist, als bei einer postalischen Befragung. Über dies sind so Verständnisfragen bzw. unmittelbare Nachfragen des Befragenden an den Gesprächspartner möglich⁹. Gerade bei Befragungen zu Themen der politischen Zeitgeschichtsforschung sind kurze und prägnante Antworten nicht ausreichend möglich bzw. nicht eindeutig, wenn der entsprechende Kontext fehlt. Diese Gefahr

⁸ Einige wenige Interviews mußten aus verschiedenen Gründen telefonisch erfolgen.

⁹ Cooper, D. R. und Schindler, P. S.: Business Research Methods. 6. Ed., Boston u.a. 1998, S. 284 ff.

birgt so auch die postalische Befragung, in welcher sich der Befragte in der Regel kurz fassen möchte oder der vorgesehene Platz nicht ausreicht, und in welcher eventuell Informationen, die dem Befragten als irrelevant erscheinen, die jedoch für den Interviewer aber durchaus von Bedeutung sein können, unbeabsichtigt weggelassen werden.

Unabhängig von der Form der durchzuführenden Befragung sind auch einem persönlich durchgeführten Interview in zwei Richtungen Grenzen gesetzt. Einerseits durch die Auswahl und Gestaltung der Fragen, also „was wird gefragt?“ und andererseits in Bezug auf die Streuung der Fragen, das heißt „wer wird gefragt?“. Im allgemeinen kann man feststellen, daß bei retrospektiven Interviews nicht unbedeutende Probleme bei der Erhebung und Auswertung der Daten auftreten können. Gerade wenn es um länger zurückliegende Ereignisse geht, wird eine genaue Erinnerung schwerer. Erlebnisse werden dabei so wiedergeben, wie sie gerne erlebt worden wären bzw. idealisiert. Außerdem sind Erinnerungen immer selektiv, weil ein Teil von ihnen bereits verdrängt wurde. Andererseits bietet zeitliche Distanz auch die Möglichkeit der deutlicheren Wahrnehmung von Grundlinien, Kontinuitäten und Brüchen. Insofern muß die Distanz des zeitlichen Abstandes nicht zwangsläufig eine Gefährdung der Objektivität bedeuten, sondern Ereignisse können unter Umständen für den Außenstehenden besser verständlich gemacht werden. Schließlich spielt noch die Motivation des Interviewpartners eine wichtige Rolle, da die Art und Auswahl der Antworten durchaus von Motiven der Rechtfertigung geleitet werden kann und die Zurückweisung von Verantwortung das Bild von Zeitzeugen trüben, Erinnerungen im Laufe der Zeit verwischen können.

Trotz der oben genannten Problematiken stellt die Befragung von Zeitzeugen jedoch eine unverzichtbare Quelle für den Forscher dar, denn sie ermöglicht die Sensibilisierung gegenüber dem Untersuchungsgegenstand und den Zugang zu weiteren Hintergrundinformationen und Zusammenhängen. Es erscheint also durchaus angemessen, Interviews mit Zeitzeugen als willkommene und interessante Ergänzung zu den vorhandenen Materialien zu betrachten, ihnen gegenüber aber die Distanz des Zeithistorikers zu wahren.

Forschungsstand

Die wissenschaftliche Aufgabe der DDR-Forschung liegt in der Erforschung von Staat, Gesellschaft in der ehemaligen DDR sowie deren verbindenden Strukturen und auf der Rekonstruktion des Abhängigkeitsgrades der Institutionen der DDR vom sowjetischen Modell. Dabei handelt es sich bei der Darstellung der Geschichte der DDR keineswegs um ein unbearbeitetes Feld der politisch-historischen Forschung. Bis 1989 hatten sich sowohl in der DDR als auch in der BRD zahlreiche Historiker mit der politischen und sozialen Entwicklung der DDR beschäftigt. Dabei beurteilten die einen die DDR als „Ergebnis und die Krönung des jahrhundertlangen Kampfes der Besten des deutschen Volkes für den Fortschritt“¹⁰, andere diagnostizierten ein „nach dem Vorbild“ und in Abhängigkeit des „stalinistischen Herrschaftssystems der UdSSR“ strukturiertes, diktatorisches System¹¹.

Entsprechend unterschiedlich waren die Resultate der Forschungen zu Struktur und Geschichte der DDR. Jedoch spiegeln diese Unterschiede keinen wissenschaftlichen Meinungsstreit wieder, sondern sind die unterschiedlichen Bewertungen vor allem auf den Einfluß der SED zurückzuführen, an welchen die DDR-Historiker durch ihren dezidierten politischen Auftrag thematisch und methodisch gebunden waren. Vor diesem Hintergrund kann man feststellen, daß es die Aufgabe der Zeithistoriker der DDR war, „die Strategie und Taktik des deutschen wie des internationalen Kommunismus historiographisch zu rechtfertigen und damit die SED-Herrschaft zu legitimieren.“¹². Bei der Klassifizierung der Forschungsrichtungen ist daher besonders zu berücksichtigen, daß es sich bei den wissenschaftlich etablierten Publikationen bis zu den achtziger Jahren vor allem um Publikationen westlicher Autoren handelt, während sich Historiker der DDR dem Druck ihres Regimes beugten und man daher gerade für die Erforschung und Analyse der Geschehnisse in der DDR und der Sowjetunion der achtziger Jahre bisher noch kaum auf aufschlußreiche, kritische Publikationen stößt¹³.

In der Bundesrepublik bildete sich dagegen mit Beginn der achtziger Jahre eine pluralistische zeitgeschichtliche DDR-Forschung heraus, der es möglich war, die der DDR wesentlichen

¹⁰ Vgl. Heitzer, H.: DDR. Geschichtlicher Überblick. 5. Durchgesehene Auflage, Berlin (Ost) 1989.

¹¹ Vgl. Weber, H.: Geschichte der DDR. A.a.O., S. 186.

¹² L. Herbst, F.P. Kahlenberg und Weber, H.: „*Erklärung zu Aufgaben und Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung nach der politischen Umwälzung in Osteuropa und in der DDR*“. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 38. Jg. (1990) 3, S. 509ff, hier 510.

¹³ An dieser Stelle sei kurz darauf hingewiesen, daß sich diese „Kluft“ in der Qualität der Forschung vor allem auf Regimeanalysen der DDR und UdSSR beziehen. Der Autorin ist es durchaus bewußt, daß es auf anderen historischen Forschungsfeldern, so z.B. der Absolutismusforschung, durchaus eine Annäherung innerhalb der west- und ostdeutschen Geschichtswissenschaft gegeben hat, welche allerdings immer noch einmal von allein problematischen räumlichen, aber auch ideologischen Distanzen geprägt wurde.

politischen und gesellschaftlichen Elemente zu identifizieren bzw. nachzuzeichnen, auch wenn es westdeutschen Forschern nur in Ausnahmefällen möglich war, Zugang zu den DDR-Archiven zu erhalten und so Einsicht in die Akten der entsprechenden Institutionen zu nehmen¹⁴.

Derzeit gibt es ca. 800 Forschungsprojekte, die sich mit der Erarbeitung der DDR-Geschichte beschäftigen¹⁵. Immerhin erleichtern günstige Voraussetzungen mittlerweile die Forschung: Es gibt umfangreiche Literatur zur Geschichte der DDR und der Zugang zu den einzelnen Archiven ist jederzeit möglich.

Auch 10 Jahre nach dem Zusammenbruch des DDR-Regimes ist die Art und Weise der Aufarbeitung der DDR-Geschichte immer noch umstritten. Vor einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte steht noch eine Aufarbeitung der DDR-Archivalien, ohne die ein distanzierter und detaillierter Überblick nicht möglich sein kann¹⁶. Dazu möchte die vorliegende Arbeit einen Beitrag leisten, deren Untersuchungsgegenstand die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als institutionalisierter Ausdruck der schwankenden Politik und inneren Zerrissenheit der SED gesehen werden kann.

Eine einheitliche Zusammenfassung oder eine Darstellung über die Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, ihres Organisationsaufbaus, über Mitgliederstatistiken und Personal- und Finanzpolitik gibt es bisher noch nicht.

Ihre Geschichte, insbesondere ihre Abhängigkeit von sowjetischen Direktiven und ihre Rolle in der Gesellschaft der DDR seit den achtziger Jahren, ist bis heute nur fragmentarisch untersucht. In der DDR wurden zwar zahlreiche Monographien in Buch- bzw. Aufsatzform publiziert, welche die Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion darstellten und in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Freundschaftsgesellschaften betonten¹⁷, die Zahl spezieller Untersuchungen über die DSF ist indes gering.

¹⁴ Vgl. Weber, H.: Die DDR 1945-1990. A.a.O.; S. 117 ff.

¹⁵ Vgl. dazu: Deutscher Bundestag (Hrsg.) Forschungsprojekte zur DDR Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung der Universität Mannheim. bearb. von T. Reimann unter Mitarbeit von R. Eichler und S. Wortmann. Bonn 1994. Dazu ebenfalls: Mähler, U.: „Aktuelles aus der DDR Forschung. Ein Newsletter“. In: Deutschland Archiv ab 1994 ff. und unter: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/ddr-forschung/einleitun.html>. vom 26.11.1995.

¹⁶ Weber, H.: In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 26/1997, S. 3.

¹⁷ Vgl. u.a. folgende Aufsätze und Monographien zur Freundschaft zwischen der DDR und der Sowjetunion: Abusch, A.: „Die gemeinsame ideologische und kulturelle Arbeit vertieft das Bündnis zwischen der DDR und der UdSSR. Die Auswirkungen des roten Oktobers auf die Entwicklung der deutsche sozialistischen Nationalkultur“. In: Institut für Geschichtswissenschaft beim ZK der SED (Hrsg.): Mit der Sowjetunion

Überraschend ist es, daß selbst die historische Forschung in der DDR der DSF (als Massenorganisation mit fast 7 Mio. Mitgliedern) so wenig Bedeutung beimaß, daß es bis zum Ende des Bestehens der DDR noch keine Gesamtgeschichte der GDSF gab¹⁸.

Allerdings wurde diese vom Präsidenten des Zentralvorstandes der GDSF zum vierzigsten Jahrestag geplant und dafür folgende Zielvorgabe abgegeben: „Ausgangspunkt für die gesamte Erforschung und Darstellung der Geschichte der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft muß der überzeugende und anschauliche Nachweis dafür sein, wie sich die Freundschaftsgesellschaft stets als treuer Helfer der Partei der Arbeiterklasse bewährt hat und getreu diesem Grundsatz handelt“¹⁹.

Mitte der achtziger Jahre suchte der Zentralvorstand der Gesellschaft nach einem Autorenkollektiv, welches die Geschichte der Gesellschaft von den alten Traditionen der Weimarer Republik bis in die Gegenwart den Anforderungen der Partei und ihres Präsidenten Mückenberger entsprechend nachvollziehen sollte. Bis Ende 1986 lagen die bis dahin mehrfach überarbeiteten Manuskripte im Wesentlichen fertig vor, wurden aber als Gesamtwerk nicht veröffentlicht, da der Zentralvorstand der GDSF sich nicht auf einen „Schluß“ einigen konnte; denn der gewünschte „positive Ausblick“ war durch die politische Entwicklung zu diesem Zeitpunkt nicht zu realisieren²⁰.

Dessen ungeachtet erschienen in der DDR besonders zur Frühgeschichte der DSF einige wenige Publikationen, welche die DSF im Rahmen ihres Propagandaauftrages teilweise selber

Sieger der Geschichte. Bilanz und Ausblick. Berlin 1968, S. 172 ff.; Badstüber, R. und Heitzer, H. (Hrsg.): Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 bis 1961. Berlin 1979; Gorski, G. u.a. (Hrsg.): Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart. Berlin 1975; Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Sektion Geschichte (Hrsg.): Die große sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland. Berlin 1967; Kampfgemeinschaft SED-KPdsU (Hrsg.) Kampfgemeinschaft SED-KPdsU. Grundlagen, Traditionen. Wirkungen. Berlin 1978; Richter, R.: Kultur im Bündnis. Die Bedeutung der Sowjetunion für die Kulturpolitik der DDR. Berlin 1979; Schneider, W.: „Wie die deutsch-sowjetische Freundschaft die Herzen der Bevölkerung gewann“. In: Deutsche Außenpolitik 1965, Sonderheft Nr. 1, S. 161-167;

¹⁸ Vgl. Weber, H.: Die DDR 1945-86. München 2000, S. 146; Voßke, H.: „Über den Kampf der SED zur Entwicklung der deutsch-sowjetischen Freundschaft in den ersten Nachkriegsjahren“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung Nr. 2/1970; S. 232-247.

¹⁹ SAPMO, DY 32, 2996, Vorlage für das Sekretariat des Präsidiums, Disposition vom 6.9.1984.

²⁰ Ein Teil der Aufsätze wurde später publiziert, so etwa: Mai, J.: „Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion 1947-49“. In: ZfG Nr. 35/1987, S. 859-871; Posenfeld, G.: „Zum Wirken der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den Jahren 1949-1970“. Heller, Ilse: „Wissenschafts- und Kulturbeziehungen zur Sowjetunion in den Jahren 1949-71“. Beide in: 40 Jahre mit der UdSSR in Freundschaft verbunden. Werden und Wachsen der DDR im engen Bruderbund mit der Sowjetunion (1949-71). Organisationsmaterial der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Ohne Ortsangabe (Berlin (Ost)) Ohne Jahrgang (1989), S. 3 ff. und S. 21 ff.

veröffentlichte. Es handelt sich dabei allerdings um deutlich „geprägte“ Beiträge, die sich vor allem mit der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft und deren Erfolgen beschäftigen. Hier liegt auch das Problem, will man anhand dieser Publikationen einen realistischen Überblick gewinnen. Da es sich um Themen der Zeitgeschichte und vor allem noch um eine existierende Organisation handelte, waren die Autoren in einem besonderen Maß der Parteilichkeit verpflichtet. Fragen nach der Legitimation der Gesellschaft für DSF, nach der Arbeit und Umsetzung der deutsch-sowjetischen Freundschaft wurden nicht bearbeitet, kritische Äußerungen vermißt man ganz. Diese Beiträge betonen vor allem die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Freundschaft und lobten diese in den höchsten Tönen. So ist bei einer Analyse der Darstellungen aus der ehemaligen DDR in Betracht zu ziehen, daß die Erkenntnisse, welche die DDR-Historiker bei ihren Recherchen gewannen, zwar berücksichtigt werden konnten, aber nicht unbedingt berücksichtigt werden mußten. Allerdings darf man vor diesem Kontext nicht außer Acht lassen, daß der Zugang zum Archiv der Gesellschaft für DSF nicht uneingeschränkt möglich war und west- und ostdeutschen Forschern erst nach 1989 vollständig allgemein zugänglich wurde.

Dennoch gibt es qualitative Unterschiede in den einzelnen Veröffentlichungen: Während viele DDR-Historiker nur nach den Vorgaben der Politik schrieben, gab es doch einige wenige, die versuchten, tiefergehende Analysen zu erstellen²¹. Genannt sei an dieser Stelle die unveröffentlichte Dissertation von Jutta Petersdorf, die einen tiefergehenden Ansatz versuchte, sich aber natürlich ebenfalls von der Zustimmung der Partei abhängig sah. Doch erfolgte die Petersdorf arbeitete unter der Leitfrage, welche Rolle die sowjetischen Institutionen in der Frühphase der GDSF übernahmen²². Bedauerlicherweise sind die Quellenangaben, auf die Petersdorf verweist, heute unbrauchbar, da die von ihr benutzten Ordner 1981 aufgelöst bzw.

²¹ Glossmann, R.: Die Geschichte der UdSSR als Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion 1947-1949. Diplomarbeit Universität Greifswald, Sektion Geschichtswissenschaft. Greifswald 1987; Hubrecht, S.: Die Geschichte der UdSSR als Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (1950-52). Diplomarbeit Universität Greifswald, Sektion Geschichtswissenschaft. Greifswald 1987; Rengert, B.: Gerhard Grünberg - Wegbereiter der deutsch-sowjetischen Freundschaft im Land Mecklenburg 1945-1950. Diplomarbeit Universität Greifswald, Sektion Geschichtswissenschaft. Greifswald 1987; Adam, A.: Zur Geschichte der DSF-Kreisorganisation Zwickau als Element des politischen Systems des Sozialismus (1949-56). Diplomarbeit Pädagogische Hochschule Zwickau. Zwickau 1988; Havenstein, C.: Geschichte der Kreisorganisation der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft in der Zeit von 1956-63. Diplomarbeit Pädagogische Hochschule Zwickau. Zwickau 1988.

²² Petersdorf, J.: Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR (1947-55). Phil. Diss. (masch.). Berlin (Ost) 1973.

umstrukturiert wurden. Petersdorf gehörte ebenfalls zu dem von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ausgewählten Autorenkreis, deren Aufgabe die Erarbeitung der Gesamtgeschichte der DSF war. Leider ist ihr fertiggestellter Beitrag ebenso wie die meisten anderen Aufsätze nicht veröffentlicht worden²³. Immerhin erschienen 1987 und 1989 Teile des Manuskriptes in unterschiedlichen Zeitschriften, wenn auch in gekürzter und modifizierter Form, so die Beiträge von Mai, Rosenfeld und Heller²⁴. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang ein Aufsatz von Joachim Mai, welcher noch 1987 das Erscheinen einer Gesamtdarstellung zur Geschichte der DSF ankündigte²⁵. Doch auch hier blieb die Auseinandersetzung um Probleme zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und den Deutschen von vornherein unberücksichtigt und so ist die Arbeit trotz ihres Faktenreichtums stark limitiert.

In der Forschung der alten Bundesrepublik hat die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mäßig bis wenig Beachtung bei den Wissenschaftlern gefunden. Die historische Literatur über die Geschichte der DDR, die über sie berichtet, greift häufig auf Auszüge des „DDR-offiziellen“ Handbuchs der gesellschaftlichen Organisationen zurück²⁶. Dagegen bietet Thomas Schönknecht in seinem Beitrag im 1990 veröffentlichten „SBZ-Handbuch“ eine knappe Zusammenfassung der Entwicklung der Organisationsstrukturen der DSF, eine Einbettung in den zeithistorischen Hintergrund sowie einen kurzen Abriß über die Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und geht damit über viele andere Publikationen weit hinaus²⁷.

²³ Die Gliederung und die Beiträge der Wissenschaftler sollte folgendermaßen gestaltet werden: Kapitel 1: Einleitung, Traditionen, Oktoberrevolution, Weimarer Republik, vorgesehene Autoren: Anderle, A. und Münch, H., dann Zeitraum 1930-1945, Autor: Anderle (60 S.); Kapitel 2: Zeitraum 1945-47, Autor Schützler, H. und Zeitraum 1947-1949, Autor: zunächst Anderle und Mai, J., dann Mai alleine (70 S.); Kapitel 3: Zeitraum 1949-1955, Autorin: Petersdorf, J. (60 S.); Kapitel 4: Zeitraum 1955-1964, Autor: Anderle (70 S.); Kapitel 5: Zeitraum 1964-1970, Autorin: Heller, I. (65 S.); Kapitel 6: Zeitraum 1971-1975, Autor: Rosenfeld, F. (55 S.); Kapitel 7: Zeitraum 1975-1986, Autor: Quilitzsch, G. (90 S.). Vgl. SAPMO, DY 32, 2996.

²⁴ Vgl. Mai, J.: „*Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion 1947-1949*“. A.a.O. S. 891 ff.; Rosenfeld, G.: „*Zum Wirken der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den Jahren 1949-1970*“ und Heller, I.: „*Wissenschafts- und Kulturbeziehungen zur Sowjetunion in den Jahren 1949-71*“, beide a.a.O. S. 3 ff. bzw. S 21 ff.

²⁵ Mai, J.: „*Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion 1947-49*“. A.a.O. S. 891 ff.

²⁶ Handbuch Gesellschaftlicher Organisationen in der DDR. Massenorganisationen, Verbände, Vereinigungen, Gesellschaften, Genossenschaften, Komitees, Ligen. Lt. d. Red. R. Mand. Berlin (Ost) 1985; so auch Weber, H.: *Die DDR 1945-1986*. A.a.O., S. 32.

²⁷ Schönknecht, T.: „*Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)*“. In: Broszat, M. und Weber, H.: *SBZ Handbuch*. A.a.O., S. 734 ff.

Den wohl umfassendsten Eindruck über die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in ihrer Frühphase bietet die Magisterarbeit von Jens Gieseke, der zwar seine Recherchen in der Zeit vor dem Zusammenbruch des DDR-Regimes betrieb und der daher nicht auf die uns heute zugänglichen Quellen zurückgreifen konnte, dem es aber trotzdem gelang, umfangreiche Materialien zusammenzutragen und diese auszuwerten. Dabei beruft sich Gieseke vorwiegend auf unbekannte Zeitungsartikel, unveröffentlichte Dissertationen und seltene Broschüren sowie auf interessante Zeitzeugeninterviews, welche in der DDR durchgeführt wurden. Heute eröffnen sich dem Historiker nach der Öffnung der DSF-Archivs jedoch noch viel weitergehende Quellen durch den direkten Zugang zu den Akten und man muß manches anders interpretieren, als es Gieseke getan hat²⁸. Zwei Jahre nach Anfertigung der Magisterarbeit veröffentlichte Gieseke einen Aufsatz, welcher die Ergebnisse seiner Magisterarbeit zusammenfaßte und in welchem er auch auf neu hinzugezogene Materialien aus dem DSF-Archiv zurückgriff²⁹.

Eine weitergehende Darstellung verfaßte 1993 Lothar Dralle. Obwohl er sich in ersten Teil seiner Publikation ausschweifend mit den Beziehungen von Deutschen und Russen seit dem Mittelalter beschäftigt, bietet er einen gut recherchierten Überblick über die Entwicklung von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bis zu den sechziger Jahren. Dralle macht vorwiegend den gesellschaftlichen Druck dafür verantwortlich, daß die GDSF so schnell zu ihrer späteren Größe kam, da es offensichtlich schnell bekannt wurde, daß man mit einer Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft den politischen Opportunität Genüge tun konnte. Das Ende der Gesellschaft bzw. die Entwicklung dahin, behandelt er dagegen äußerst knapp, Informationen über die innere Zerrissenheit der Gesellschaft, ihre Konflikte mit dem Politbüro und der Mitgliedschaft vermißt man ganz, was unter anderem wohl darauf zurückzuführen ist, daß Dralle nur Zugang zu den Akten bis 1960 hatte³⁰. Doch auch er kommt zu dem Schluß, daß das Scheitern der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft vor allem auf systemimmanente Gründe zurückzuführen war und der Untergang als zweitgrößte Massenorganisation der DDR nicht etwa an der mangelnden Qualifikation und Motivation der

²⁸ Gieseke, J.: Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der SBZ/DDR 1947-49. Magisterarbeit am Historischen Seminar der Universität Hannover. Hannover 1989; ders.: „Zur Entstehung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1945-50“. In: Deutsche Studien, XXIX JG.; Heft Nr. 113, S. 76-95.

²⁹ Ebd., S. 96.

³⁰ Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen, A.a.O.

Mitglieder lag. Dabei macht er deutlich, daß die Machthaber beider Völker „diese Gesellschaft, wie alle anderen Massenorganisationen auch, immer als einen Teil jenes Apparates betrachteten, der geschaffen worden war, um ihre Macht zu sichern, zu erhalten und, wenn möglich, noch auszubauen.“³¹.

Auch Anneli Hartmann und Wolfram Eggeling veröffentlichten 1993 eine Darstellung über die DSF, die sich allerdings ebenfalls auf die ersten 20 Jahre der Gesellschaft beschränkt. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt vor allem in der Darstellung der kulturellen Arbeit (Zusammenarbeit) der DSF und der Nachzeichnung der kulturellen Stränge der sowjetischen Kulturpolitik. Die Autoren setzten sie sich mit den Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR auseinander und ziehen daraus Schlüsse über die Situation der DSF. Politische Zusammenhänge werden in ihrer Arbeit allerdings kaum erläutert und auch die Einbettung in den zeithistorischen Hintergrund erfolgt nur kurz und unvollkommen, was dazu führt, daß manche Zusammenhänge nicht deutlich erkennbar sind. Jedoch werden die wichtigsten Strukturen der Gesellschaft deutlich nachgezeichnet und ein grundlegender Überblick über die Anfänge der Gesellschaft gegeben³².

An dieser Stelle zu nennen ist weiterhin auf alle Fälle die Reihe der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die an unterschiedlichen Stellen sowohl eine kurze Zusammenfassung über die verschiedenen Massenorganisationen gibt, aber in einer abgedruckten Diskussion auch unterschiedliche Meinungen zugänglich macht³³.

Zur Quellenlage

Die bisherige DDR-Forschung hat im Laufe der Jahre wichtige Ergebnisse teilweise unter schwierigsten Bedingungen zu Tage gebracht.

³¹ Ebd., S. 437.

³² Hartmann, A. und Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung. Analysen. Bonn 1993.

³³ Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Hrsg. Deutscher Bundestag, neun Bände in 18 Teilbänden. Baden-Baden 1995.

Durch die Aufhebung der Sperrfrist und die Öffnung der DDR-Archive ist es den Zeithistorikern heute endlich möglich, die Entwicklung und Verhältnisse der DDR auch mit Hilfe ihrer internen Dokumente zu erschließen; dabei ist für den DDR-Historiker vor allen das neugeschaffene Archiv der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (SAPMO) beim Bundesarchiv in Berlin zu nennen³⁴. Allerdings ist bei der Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte eine Problematik zu berücksichtigen, die Weber als „Schieflage“ des Archivzugangs beschreibt: „Derzeit ist das Geschehen archivarisches nur aus den Quellen der DDR zu bearbeiten. Während fast alle dortigen Akten bis 1989/90 offen sind, gilt für sämtliche westdeutschen Unterlagen weiterhin die 30-Jahre-Sperrfrist.“³⁵

Ähnliche Probleme fallen bei dem Versuch der Einbeziehung russischer Archivalien an, ohne die die Geschichte der DDR nur unzureichend aufgearbeitet werden kann³⁶.

An sich hat die Öffnung der DDR-Archivalien für die Forschung eine regelrechte Flut von Veröffentlichungen ausgelöst. Die Publizierung bisher unzugänglicher, geheimer Dokumente eröffnete in diesem Bereich eine Vielzahl neuer Erkenntnisse. Doch gerade in der neueren Literatur, die sich auf diese Dokumente beruft, finden sich auch viele Darstellungen, die offensichtlich „mit der heißen Nadel gestrickt“ und um der Spektakularität willen zusammengestellt wurden. Es überwogen ab 1989 zunächst Autobiographien, Memoiren und Chroniken, bevor Dokumentationen und Quelleneditionen veröffentlicht wurden. Dazu kommen schließlich noch die Versuche der „Rechtfertigung“ und „Verharmlosung“ ehemaliger DDR-Funktionäre und Historiker in Form von Memoiren, die nicht nur der alleinigen Apologie des eigenen Handelns dienen, sondern auch nur eine subjektive Wahrheit wiedergeben können. Einen Erkenntniswert bzw. Quellenwert sollte man solchen Publikationen allerdings nur dann zusprechen, wenn man die Aussagen anhand der Archivalien verifizieren kann³⁷.

³⁴ Vgl. dazu G. Braun: „Anmerkung zur Quellenbasis zeitgeschichtlicher DDR-Forschung am Beispiel der Überlieferungen von Parteien und Massenorganisationen“. In: Der Archivar. Nr. 45/1992, S. 538 ff. und Weber, H.: „Die Bedeutung der Archive für die Erforschung der DDR-Geschichte“, In : Der Archivar. Nr. 46/1993, S. 21 ff.

³⁵ Weber, H.: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26/ 1997, S. 4.

³⁶ Foitzik, J.: „Zur Situation in Moskauer Archiven“. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1993. Berlin 1993, S. 299 ff.

³⁷ Vgl. etwa: Hamacher, G.: „Von den Anfängen der Massenbewegung für deutsch-sowjetische Freundschaft in Mecklenburg“. In: Rektor der Ernst Moritz Universität Greifswald (Hrsg.): Die Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetunion - entscheidende Voraussetzung für den weiteren Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Protokoll der Konferenz vom 3. und 4. April 1975. Teil 1. Greifswald 1976, S. 323-332; ders.: „Vor vierzig Jahren“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Nr. 27/1985, Heft 3, S. 346 ff.; ders.: „Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation“. In BZG. Nr. 29/1987, S. 638-652.

Diffiziler gestaltet es sich für den Zeithistoriker, die nötige Distanz zu den Akten zu bewahren und diese weiterhin kritisch auf ihren Informationswert hin zu untersuchen. Gerade bei kleineren Themengebieten oder Teilbeständen sind die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen und die Intentionen der eigentlichen Verfasser distanziert zu hinterfragen³⁸.

Problematisch ist auch die Einbeziehung der zeithistorischen Publikationen aus der ehemaligen DDR als Quelle. Selbst die Geschichtswissenschaft mußte sich, wie alle Gesellschaftswissenschaften in der ehemaligen DDR, den Vorstellungen der Partei unterordnen, da gerade der Geschichtsdarstellung eine zentrale politische Funktion bei der ideologischen Legitimation des SED-Regimes zukam.

Die wichtigsten Akten, welche Aufschluß über die Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft geben, befinden sich heute im ehemaligen Zentralarchiv der Gesellschaft, welches sich seit 1993 unter dem Dach der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen“ (SAPMO) in Berlin befindet.

Des weiteren hat die Gesellschaft in der Zeit ihres Bestehens eine ganze Anzahl von Dokumentationsbänden und regelmäßig erscheinenden Zeitschriften herausgegeben, hier sei besonders auf die Tätigkeitsberichte der Gesellschaft verwiesen³⁹.

Heute wissen wir, wie stark der Einfluß der Partei auf Veröffentlichungen der DDR Institutionen war und wie sehr die Linie der Partei die Publikationen bestimmte - nicht in dem, was man schrieb, sondern viel eher, was man nicht schrieb. Genannt seien an dieser Stelle die Berichte der Gesellschaft zu besonderen Ereignissen und Jubiläen, die häufig in der Beilage „Für den Funktionär“ in der Zeitschrift „Presse der Sowjetunion“ (PdSU) veröffentlicht wurden.

Anläßlich wichtiger Jahrestage brachte sie schließlich noch selber Jubiläumshefte hervor, erst auf normalem, schließlich auf Hochglanzpapier⁴⁰. Der historische „Quellenwert“, der diesen

³⁸ Weber, H: „Zum Umgang mit DDR-Archivalien“. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994. Berlin 1994, S. 165 ff. und ders. in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995. Berlin 1995. S. 232 ff.

³⁹ Vgl. etwa: Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion (Hrsg.): Tätigkeitsbericht seit der Gründung der zentralen Gesellschaft bis zum 31.3.1948 vorgelegt von H. Mark. Berlin, ohne Jahrgang (1948); Auf dem Wege zu einer Massenorganisation. Tätigkeitsbericht der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 1. April 1948 bis 31.3.49, überreicht von Generalsekretär H. Mark. Berlin, ohne Jahrgang (1949). Jahresbericht der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Landesleitung Berlin. Berlin 1951; Vom 3. zum 4. Kongreß. Dokumente der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1951-53. Hrsg. vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Berlin 1953.

Materialien bis 1989 zukam, ist mit der Öffnung des Archivs in Berlin für jedermann mittlerweile aber zu vernachlässigen.

Das bisher publizierte Material der DSF ist nur ein kleiner Ausschnitt der in Berlin vorhandenen Akten, Memoranden, Protokolle und des Schriftverkehrs. Die Gesellschaft selber stellte Anfang der achtziger Jahre eine Archivarin ein, doch handelt es sich um eine derartige Masse von Dokumenten, daß diese noch nicht vollständig erfaßt werden konnten, hier wird eine weitere Aufgabe in der zukünftigen Arbeit der Archivare liegen⁴¹.

Die grundlegende Quellenbasis für die vorliegende Arbeit waren vor allem die Vorstandsakten, die Protokolle zu den Jahrestagungen und Kongressen und den Präsidiumssitzungen, sowie die Präsidiumskorrespondenz mit dem Politbüro der SED und die Eingaben von DDR-Bürgern, die sich besonders nach dem „Sputnik“-Verbot entweder an den Präsidenten der Gesellschaft, Erich Mückenberger, wandten, oder an das Präsidium der DSF schrieben. Schließlich sind an dieser Stelle noch Meldungen in der Tagespresse zu nennen.

Desgleichen finden sich in den Generallandes- und Landesarchiven der neuen Bundesländer noch vereinzelt Bestände zur Arbeit der ehemaligen Landesverbände der GDSF. Am umfangreichsten finden sich dabei Akten der DSF im Archiv in Magdeburg. Doch wird die Recherche dadurch erschwert, daß sich Informationen über die DSF-Arbeit häufig nur in den Akten der einzelnen Betriebe finden, in welchen DSF-Betriebsgruppen aktiv waren.

Auch in den Archiven der ehemaligen Sowjetunion, hier vor allem dem russischen Generalarchiv in Moskau (GARF), finden sich noch Bestände über den Austausch zwischen den entsprechenden Institutionen der Sowjetunion und der DSF. So erfaßt der Bestand der „Allunions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen zu dem Ausland“ (VOKS) ihre Korrespondenz seit 1946 mit den Ansprechpartnern in der SBZ⁴² und später dem „Haus der Kultur der Sowjetunion“, sowie der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion bzw.

⁴⁰ Vgl. u.a.: 20 Jahre Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Eine Dokumentation des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zusammengestellt von der Abteilung Propaganda. Ohne Ortsangabe (Berlin (Ost)), ohne Jahrgang (1967); Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft (Hrsg.): 40 Jahre Gesellschaft für DSF. Traditionen und Entwicklungen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. ausgewählte Dokumente, Bilder und Fakten. Ohne Ortsangabe (Berlin (Ost)), ohne Jahrgang (Red. Schluß: 10.Dezember 1986).

⁴¹ Zum Stand der Arbeit berichtete die Archivarin selber in: Lange, B.: *„Das Archiv der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beim Zentrallausschuß“*. In: Archivmitteilungen. 40/1990, Heft Nr. 3. Dies. *„Das Archiv der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beim Zentrallausschuß“*. In: Archivmitteilungen. 42/1992, Heft Nr. 3.

⁴² Der Schriftverkehr erfolgte erst über die SMAD, später über die Sowjetische Kontrollkommission SSK.

der GDSF. Außerdem findet sich hier die Korrespondenz zwischen der SSOD, der Nachfolgeorganisation der VOKS ab 1957, und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mit Ausnahme der Jahre 1985 und 1990, für welche die Akten nicht vorliegen. Inhalt der Akten sind vor allem Protokolle über kulturelle Aktivitäten, Freundschaftszüge, Besuche, Begrüßungstelegramme, Filmfestivals etc. Dabei entsprechen die Akten, abgesehen von Briefen von DDR-Bürgern an die sowjetischen Machthaber, den Aktenbeständen in Berlin und fassen vor allem Auswertungen von Reisen, Klagen über unfreundliche und schlampige Betreuung der Touristengruppen aus der DDR bzw. über mangelnde Disziplin und Desinteresse bei den Besuchern aus der UdSSR in der DDR zusammen. Hinzu kommen Berichte über Konferenzen und Feiern, deren Inhalt jedoch bis zum Schluß klischeehaft gehalten wurde. Nach 1986 finden sich häufig Briefe, die ihre Begeisterung anlässlich aller außenpolitischen Schritte Gorbatschows ausdrücken, so etwa zum Gipfeltreffen in Island, dem Moratorium auf Atomwaffentests oder dem Abzug der Raketen aus der DDR sowie Briefe von Schulklassen und Rentnern mit Worten der Unterstützung und Dankbarkeit⁴³.

Insgesamt ist das Quellenmaterial zur Geschichte der DSF also durchaus umfassend und vollständig und bietet weiteren Forschungen ein breites Feld zur Aufarbeitung der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

⁴³ Vgl. die Bestände im GARF Moskau, Fonds 9576, opis'20(2).

I. Kapitel

Die Bedeutung von Massenorganisationen in der DDR

1.1 Massenorganisationen in sozialistischen Staaten

Die praktische Bedeutung von Massenorganisationen im gesellschaftlichen System der Sowjetunion aber auch der DDR ist nicht zu unterschätzen.

Der Begriff Massenorganisation selbst stammt ursprünglich aus dem Wortschatz kommunistischer Bewegungen zu Beginn dieses Jahrhunderts, die bereits ihre Nebenorganisationen so bezeichneten⁴⁴.

Parallel zu dem Begriff der Massenorganisation, welcher überwiegend den Großorganisationen vorbehalten ist, wird auch häufig der Begriff der gesellschaftlichen Organisationen verwendet. Die DDR-Führung sprach selber von gesellschaftlichen Organisationen, die „unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei“ tätig seien und verstand unter Massenorganisationen gesellschaftliche Organisationen mit hoher Mitgliederzahl, die große soziale Gruppen repräsentierten⁴⁵.

Kommunistische Parteien beanspruchen in ihrem Herrschaftsbereich grundsätzlich ein vollständiges Organisationsmonopol, d.h. sie lassen nur solche Verbände bzw. Organisationen zu, deren Programmatik und Satzungen den Führungsanspruch der Partei ausdrücklich anerkennen und deren Gründung von der führenden Partei erwünscht ist. Dennoch ist es nicht angebracht, sie aufgrund dieser Abhängigkeit und ihrer uneingeschränkten Anerkennung des Führungsanspruchs der herrschenden Partei als reine „Hilfstruppen“ einzustufen, dies beschreibt zwar die Grundkonstellation der als „Bündnis“-verstandenen Instrumentalisierung von Interessengruppen, verkürzt allerdings gleichzeitig die gesellschaftliche Bedeutung, die Massenorganisationen im sozialen Gefüge eines sozialistischen Staates spielen⁴⁶.

⁴⁴ Vgl. Broszat, M. und Weber, H. (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München 1989. S. 621.

⁴⁵ Vgl. ebd.

1.2. Funktion der Massenorganisationen in der DDR

Mit Hilfe der Massenorganisationen versuchte die DDR, „an den täglichen Bedürfnissen, Unzufriedenheiten und Interessen bestimmter sozialer Klassen, Schichten und Gruppen anzuknüpfen, um deren je spezifische, partikuläre Interessen dem Alleininteresse, wie es von ihr jeweils artikuliert wird, unterzuordnen“⁴⁷. Dieses von oben gesteuerte Kanalisierungskonzept ist daher kein Pluralismus, dieser wurde in der DDR stets als gefährliche Variante bürgerlicher Infiltration angesehen, doch boten die Massenorganisation den Bürgern der DDR einen Rahmen, in welchem unterschiedliche Interessenlagen, wenn auch in begrenztem Umfang, ihren Ausdruck gefunden haben und zunehmend auch akzeptiert worden sind.

Entsprechend werden die verschiedenen Führungspositionen in den Massenorganisationen in der Regel auch von Parteimitgliedern besetzt. Die Konzeption der Massenorganisationen ist also auf zwei Ebenen angelegt, erstens, der Interessenorganisation der Mitglieder und zweitens, als Herrschaftsinstrument der Partei.

Gemeinsame Elemente der Massenorganisationen der DDR waren ihre Anleitung durch die SED-Mitglieder, welche alle wichtigen Funktionen besetzt hielten, die Anerkennung der führenden Rolle der SED und der strukturierte Aufbau nach Kriterien des „demokratischen Zentralismus“⁴⁸.

Massenorganisationen hatten in der ehemaligen DDR die Aufgabe, alle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft, besonders die Nicht-SED-Mitglieder, anknüpfend an ihre spezifische soziale Situation, Interessen und Aktivitäten, zu erfassen. Damit nahmen sie eine Identifikationsfunktion wahr, da sie die spezifische Bildung eines sozialistischen Bewußtseins aber auch die Kaderbildung fördern sollten.

Des weiteren boten die Massenorganisationen ihren Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Interessen kontrolliert und organisiert gegenüber dem Staat und der Partei zu artikulieren, in

⁴⁶ Vgl. Kleßmann, C.: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955 - 1970. Bonn 1988, S. 356ff

⁴⁷ Vgl.: Ludz, P.C. (Hrsg.): Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. Opladen 1971.

⁴⁸ Vgl. DDR-Handbuch. Wissenschaftliche Leitung: H. Zimmermann unter Mitarbeit von H. Ulrich und M. Fehlauer. Band 1 (A-L) / Band 2 (M-Z). 3. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1985, S. 876 ff.

diesem Sinne kam ihnen die Funktion der Interessenvertretung zu. Daher wurden Massenorganisationen der unterschiedlichsten Ausrichtung geschaffen, wie z. B. die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), der Kulturbund (KB), die Volkssolidarität, die Konsumgenossenschaften, der Verband der sorbischen Minderheit, Domowina, oder die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)⁴⁹.

Schließlich bot sich dem Bürger der DDR in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit, gesellschaftliche und staatliche Mißstände zu benennen und so eine gesellschaftliche Kontrolle wahrzunehmen. So hatte die Partei einen Zugang zu zusätzlichen Informationen über Einstellungen, Wünsche und Defizite in der Gesellschaft und damit die Möglichkeit, die eigene Politik korrigieren zu können oder Agitation und Propaganda gezielt einzusetzen. Damit waren die Massenorganisationen auch noch Informationsquellen mit korrigierender Funktion⁵⁰.

Die SED verwirklichte in den Massenorganisationen ihren Führungsanspruch durch ihre Mitglieder, die laut des Statuts der Partei gehalten waren, sich in den Massenorganisationen zu organisieren und dort die Parteibeschlüsse durchzuführen. Alle Massenorganisationen der DDR erkannten in ihren Satzungen und programmatischen Erklärungen die Führungsrolle der Partei ausdrücklich an. Die Mitgliedschaft war grundsätzlich freiwillig, doch war sie oft die Voraussetzung für einen sozialen bzw. beruflichen Aufstieg. Dazu kamen Vergünstigungen, die sich aus der Mitgliedschaft in einer Massenorganisation ergaben, so z.B. Urlaubsreisen z.B. in die UdSSR, wie sie die Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ermöglichte.

⁴⁹ Zur Geschichte der FDJ vgl. Mählert, U.: Die Freie Deutsche Jugend 1945-49. Paderborn 1995; ders. und Stephan, G.-R.: Blaue Hemden - Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Opladen 1996; zur Geschichte des DFD vgl.: Ehlenbeck, M.: Geschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschland. Leipzig 1989. Weber, G.: „Um eine ganze Epoche voraus? 25 Jahre DFD“. In: Deutschland Archiv Nr. 5/1972. S 410 ff.; Zur Geschichte des FDGB vgl.: Zernak, K.: „Der FDGB als Massenorganisation und seine Aufgaben bei der Erfüllung der betrieblichen Wirtschaftspläne.“ In: Ludz, P. (Hrsg.): Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. Köln, Opladen 1964, S. 144 ff. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 8).

Zu Massenorganisationen in der DDR im allgemeinen vgl. u.a.: Blickner, M.: Die Gesellschaftlichen Organisationen der DDR. Stellung, Wirkungsrichtungen und Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Staat. Berlin (Ost) 1980; Towit, T.: Le syndicalisme de type soviétique. L'U.R.S.S. et les pays de L'Est européen. Paris 1971; Scharf, C. B.: Labour Organizations in East German Society. Ann Arbor 1979.

⁵⁰ Vgl.: DDR Handbuch. Band 2 (M-Z). Wissenschaftliche Leitung: H. Zimmermann unter Mitarbeit von H. Ulrich und M. Fehlauer. Köln 1985, S. 876 f.

Doch nicht zuletzt kam den Massenorganisationen noch eine „Transmissionsfunktion“ zu, da sie die Lenkung und Kontrolle der Gesellschaft in Sinne der SED garantierten und die Bürger für die von der Partei gesetzten Ziele aktivierten und mobilisierten.

Auch wenn ihnen also ein relativ geringer politischer Einfluß zugesprochen werden kann, erfüllten sie doch eine zentrale Funktion in Bezug auf die Interaktion zwischen Parteiherrschaft und Bürgern in der DDR.

Die Mehrzahl der Massenorganisationen (ca. 80) bildete sich in den fünfziger und sechziger Jahren heraus, manche von ihnen waren dabei noch weiter untergliedert, so z.B. der FDGB in 16 Einzelgewerkschaften oder der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB) in 33 Sportverbände. Einige konstituierten sich schon 1945/46 in der Tradition früherer Verbände, so etwa die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in der Traditionslinie der kommunistischen Freundschaftsgesellschaften der Weimarer Republik.

Der Befehl Nr. 2 der SMAD deklarierte neben der Zulassung von Parteien auch das Recht zur Vereinigung in freien Organisationen. Während die Parteien sich „von oben nach unten“ konstituierten, gab es neben zentralen Gründungen, so etwa des Kulturbunds, auch Initiativen auf regionaler Ebene, welche erst später zu Gesamtverbänden zusammengeschlossen wurden, so etwa - wenigstens nominal - die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft⁵¹.

Alle in der Zeit zwischen 1945 und 1947 entstandenen Organisationen hatten für ihren jeweiligen thematischen Bereich das Organisationsmonopol, schon bald hatten die Kommunisten bzw. die SED die Kontrolle, auch wenn die Organisationen formal überparteilich waren und in dieser Weise unterschieden sich diese Verbände deutlich von den gesellschaftlich konkurrierenden Organisationen der Weimarer Republik. So basierte die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion/ Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwar auf Organisationen, die schon zu Weimarer Zeiten bestanden hatten, doch handelte es sich bei diesen um eher unbedeutende Gruppen.

Die Integration in das politische System der SBZ/DDR und die Anerkennung des SED-Monopols erfolgte schrittweise vor allem durch die Besetzung der Schlüsselpositionen durch SED-Mitglieder, schließlich wurde die Führungsrolle der Partei von allen

⁵¹ Vgl. Brozat, M und Weber, H.: SBZ-Handbuch, A.a.O. S. 621 f.

Massenorganisationen offiziell anerkannt und die Massenorganisationen zu Transmissionsriemen degradiert⁵².

Die Transformationsfunktion der Massenorganisationen

Die westdeutsche Geschichtsschreibung der SBZ/DDR bezeichnet mit dem Begriff der Transformation hauptsächlich den Prozeß der Umformung des Parteiensystems der DDR von eigenständigen, in der Tradition von Weimar verhafteten Parteien hin zu quasi Massenorganisationen der SED in der Zeit von 1945/46 und 1950/51⁵³. Durch den von der SED forcierten Prozeß der Transformation vollzog sich die Machterringung und auch die Machtsicherung der SED im Parteiensystem der DDR. Voraussetzung für einen solchen Umwandlungsprozeß war die Auswechselung insbesondere, insbesondere von aktiven Funktionären bzw. von Personen in führenden Positionen, die den Plänen der Partei im Wege standen, sowie die Änderung der Organisationsstrukturen der einzelnen Institutionen⁵⁴.

Der Transformationsbegriff wird aber ebenso für die Entwicklung der gesellschaftlichen Organisationen, vor allem der Massenorganisationen, so auch der DSF, in der SBZ bzw. der DDR verwandt⁵⁵. Doch auch hier steht der Begriff der Transformation für die Machtergreifung und -sicherung der SED gegenüber formell, von ihrer Mitgliederstruktur sowie dem Selbstverständnis ihrer Mitglieder unabhängigen Organisationen, die letztendlich durch diesen Prozeß zu abhängigen Massenorganisationen degradiert wurden.

„Die Übernahme der Funktion eines Transmissionsriemens der Partei bedeutete für die Massenorganisationen, die Ziele der SED zu propagieren und die Mitglieder der Organisationen zu deren Durchsetzung zu mobilisieren. Zugleich dienten die

⁵² Vgl. ebd. S. 623.

⁵³ Weber, H. (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. A.a.O., S. 12.

⁵⁴ Ebd., S. 13

⁵⁵ Vgl.: Vogt, L.: „Die Freie Deutsche Jugend (FDJ)“. In: Weber, H.: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. A.a.O., S. 387-419.; Weber selber verwendet für diesen Prozeß im SBZ-Handbuch die Begriffe „Umwandlung“ und „Umformung“. Vgl. SBZ-Handbuch. A.a.O., S. 621-625.

Massenorganisationen bei der Herrschaftssicherung der SED sowohl als Kontrollorgane als auch zur Integration breiter Bevölkerungskreise in des politische System⁵⁶.

Die Rolle der Massenorganisationen im politischen System der DDR

Wegen ihrer Rolle im Produktionsprozeß und nicht zuletzt ihrer großen Mitgliederzahl hatten Gewerkschaften unter den gesellschaftliche Organisationen der DDR einen besonderen Stellenwert. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund konnte 1987 auf fast 9,5 Millionen Mitglieder zurückgreifen, damit gehörten ihm fast alle Berufstätigen in der DDR an und er war die weitaus größte Massenorganisation der DDR. Seine Funktionalisierung als zentralistische Organisation im Sinne des leninistischen Konzepts vom Transmissionsriemen des Willens der SED war schon, wie auch bei den meisten anderen Massenorganisationen der DDR, in den fünfziger Jahren zu einem Abschluß gekommen⁵⁷. Zwar definierte er seine Arbeit, klassisch nach Gewerkschaftstradition, als Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und der Angehörigen der Intelligenz, sah sich aber deutlich auch mit der Vermittlung von patriotischen Grundideen und der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften vertraut und erfüllte in diesem Sinne eine politisch-pädagogische Funktion.

Diese theoretische Dreifachfunktion - Interessenvertretung der Mitglieder, Produktionsstimulierung und Propagierung der Parteiinteressen - erforderte stets eine Austangierung, besonders, da der FDGB nicht unabhängig war und nach seinem Selbstverständnis als Massenorganisation auch nicht sein konnte⁵⁸.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 624.

⁵⁷ In seinem zweiten Statut vom Juni 1955 erkannte der FDGB die führende Rolle der SED ausdrücklich an. Vgl. Kleßmann, a.a.O., S. 356.

⁵⁸ Zum FDGB vgl. Eckelmann, W., Hertle, H.H. und Weinert, R.: FDGB-Intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED. Berlin 1990.; Gatzmaga, D. (Hrsg.): Auferstehen aus Ruinen. Arbeitswelt und Gewerkschaften in der früheren DDR. Marburg 1991; Gill, U.: FDGB. Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zu ihrer Auflösung 1990. Köln 1991; Müller, W.: "Zur Entwicklung des FDGB in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945". In: Matthias, E. und Schönhoven, K. (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gegenwartsgeschichte; Ludz, P., a.a.O., 1971.; Bundesvorstand des FDGB: Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin (Ost) 1982; Pirker, J.; H.-H. Hertle u.a.: FDGB. Wende zum Ende. Köln 1990; Wilke, M., Müller, H.P. und Brabant, M.: SED-Politik gegen Realitäten. Verlauf und

Die FDJ hat wie kaum eine andere Massenorganisation das gesellschaftliche Leben in der DDR mitgeprägt. Die am 7. März 1946 gegründete Organisation war schon von Anfang an von den Kommunisten beeinflusst⁵⁹. Die Errichtung einer einheitlich strukturierten Jugendorganisation mit einer antifaschistischen Ideologie entsprach sowohl den Vorstellungen Ulbrichts, die dieser schon 1945 verkündet hatte, als auch den Interessen Moskaus. Da die SMAD keine anderen Jugendorganisationen in der DDR zuließ, besaß die FDJ außerdem das Organisationsmonopol in der SBZ⁶⁰.

Während die kommunistischen Jugendfunktionäre der SED die FDJ schon bald als Kaderreserve betrachteten, wurden Vertreter der Kirchen und anderer Parteien immer mehr aus der Organisation verdrängt.

Die Motivation hinter dem Eintritt in die Massenorganisation waren also offensichtlich. Wer in seinem beruflichen Werdegang nicht benachteiligt werden wollte, konnte sich z.B. der Mitgliedschaft in der FDJ nicht entziehen. Die FDJ übernahm, wenn möglich, die ganzen Klassenverbände, sobald die Schüler 14 Jahre alt geworden waren und begleitete sie bis zum Abschluß ihrer Ausbildung. Dabei gehörte es zur Tradition der Organisation, die Jugendlichen mit der Theorie des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen, sowie sie für die Beschlüsse der SED zu gewinnen. Entsprechend spielte die FDJ bei den verschiedenen Mobilisierungskampagnen und der Vermittlung von Feindbildern eine wichtige Rolle⁶¹.

Ebenfalls im Parlament der DDR vertreten war der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD). Bis zum Ende der sechziger Jahre benutzte die Partei den Frauenbund vor allem zur Rekrutierung von Arbeitskräften, die Emanzipierung von Frauen war wohl nur von untergeordneter Bedeutung. Es wurden daher sogenannte „Hausfrauenbrigaden“ ins Leben

Funktion der Diskussion über die westdeutschen Gewerkschaften in SED und KPD/DKP 1961 bis 1972. Köln 1991;

⁵⁹ Vgl. Mählert, U.: *Freie Deutsche Jugend 1945 - 1949: Von den antifaschistischen Jugendausschüssen zur SED - Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone*. Paderborn 1995. S. 346f. und Weber, H.: *„Das I. Parlament in Brandenburg 1948 und die Entwicklung der FDJ. Erinnerungen eines Zeitzeugen, Einschätzung eines Historikers.“* In: Gotschlich, H. (Hrsg.): *Aber nicht im Gleichschritt. Zur Entstehung der Freien Deutschen Jugend*, Berlin 1997. S. 50 ff.

⁶⁰ Vgl. Mählert, U./ Stephan, G. - R.: *Blaue Hemden - Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*. Opladen 1996. S. 18.

⁶¹ Zur FDJ vgl.: Jahnke, K.H.: *„Deutsche Jugend beim Übergang von Krieg zum Frieden 1944 - 1946“*. In : Koch, I. (Hrsg.): *Deutsche Jugend zwischen Krieg und Frieden 1944 - 1946*. Rostock 1993; Koch, I.: *Bibliographie über die in der Deutschen Demokratischen Republik angefertigten Arbeiten zur Geschichte der*

gerufen, welche gezielt bei Engpässen in der Landwirtschaft bzw. in der Industrie eingesetzt wurden. Die Organisationsführung des DFD wurde auch hier von der SED kontrolliert⁶².

Neben den oben skizzierten Massenorganisationen, den Parteien und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetischen Freundschaft existierten in der DDR zahlreiche gesellschaftliche Organisationen, die eine relativ breite soziale Basis vorweisen konnten.

Dazu gehörten u.a. die „Gesellschaft für Sport und Technik“, der „Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter“ sowie Fachverbände und Gesellschaften verschiedener Berufsgruppen⁶³.

Die „Nationale Front“ schließlich erfaßte als organisatorisches Element der DDR-Politik alle Parteien und die wichtigsten Massenorganisationen und fungierte so als Steuerungseinheit zwischen Partei und gesellschaftlichen Organisationen.

Schon mit der Staatsgründung der DDR 1949 erfolgte die Bildung der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“, in der die Massenorganisationen mit den Parteien zusammengeschlossen waren, ein Jahr später erhielt sie eine einheitliche Organisationsstruktur durch die Schaffung eines Sekretariates sowie von Landes-, Kreis- und Ortsausschüssen, die von der SED dominiert wurden. Die Partei benutzte die „Nationale Front“ schon bald als Mittel, die angeschlossenen Parteien zu lenken und besser zu kontrollieren. Gleichzeitig bemühte man sich, auch in der Bundesrepublik einen gewissen Einfluß zu gewinnen.

Für die SED und im politischen System der DDR hatten die Massenorganisationen ein unterschiedliches Gewicht. Sie waren nicht nur in Bezug auf ihre Mitgliederzahlen unterschiedlich, sondern nahmen die ihnen übertragenen Aufgaben auch differierend wahr. Neben den Parteien war der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund wohl die wichtigste und einflußreichste Massenorganisation mit einer überwiegenden Transmissionsfunktion, während

Jugendbewegung. Schriftenreihe der zur Geschichte der FDJ, Bd. Nr. 67. Berlin (Ost) 1988.; Mählert, U.: Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949. A.a.O.

⁶² Vgl. zum DFD: Ehlenbeck, M. (Leiter des Autorenkollektivs): Geschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands. Leipzig 1989; Gast, G.: Die politische Rolle der Frau in der DDR. Düsseldorf 1973; Weber, G., a.a.O., S. 410 ff.; Wiggershaus, G.: Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945, Wuppertal 1979.

⁶³ Vgl. Kleßmann, C., Zwei Staaten, eine Nation, a.a.O., S. 363 f. und Gesellschaftliche Organisationen der DDR, a.a.O.,

die Freie Deutsche Jugend vor allem als Kaderreserve fungierte und für die Erziehung der Jugend im Sinne der Partei zuständig war und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vor allem der Propagierung der Politik und des Systems der UdSSR diente⁶⁴.

An der Mitgliedschaft in mindestens einer der Massenorganisationen in der DDR führte kaum ein Weg vorbei, doch wurde von den Bürgern die Mitgliedschaft bzw. die Übernahme von Funktionen nicht als diskreditierend angesehen. „Es sei allerdings betont, daß es auch einzelne Menschen gab, die sich konsequent allen Organisationen verweigerten. Statistisch sind sie nicht erfaßbar. (...) In der Regel führten sie eine Randexistenz. In der Regel betrachtete man sie, sofern sie sich ansonsten politisch unauffällig verhielten, als Sonderlinge und ließ sie in Ruhe“⁶⁵.

⁶⁴ Vgl. Weber, H., Geschichte der DDR, a.a.O. S. 117 ff.

⁶⁵ Wolle, S.: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971 - 1989. Bonn 1989, S. 110 f.

II. Kapitel

Die erste Phase: Vor- und Gründungsgeschichte der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft

2.1. Die Freundschaftsgesellschaften bis 1945

Als die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion am 30. Juni 1947 gegründet wurde, stand sie in der Tradition früherer Freundschaftsgesellschaften, die schon zur Zeit der Weimarer Republik gegründet worden waren. Teilweise handelte es sich dabei um ad-hoc Gründungen, die der propagandistischen Unterstützung der Sowjetunion dienen sollten, teilweise eröffnete die diplomatische Anerkennung der Sowjetunion neue Möglichkeiten bei der Gründung von Freundschaftsgesellschaften⁶⁶. Es entwickelten sich nicht nur Kontakte im Rahmen internationaler Arbeitersolidarität, sondern auch in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

1925 wurde in der Sowjetunion die international recht erfolgreich agierende „Allunions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland“ (VOKS)⁶⁷ gegründet, deren Aufgabe die Aneignung „aller Wissenschaft und Technik, alles Wissens und aller Kunst des fortschrittlichen Kapitalismus“ war⁶⁸. Ob die VOKS schon nach dem Leitmotiv des „Sozialismus in einem Land“ handelte, ist bis heute nicht geklärt, doch ordnet die jüngere Forschung die Tätigkeit der VOKS der „cultural diplomacy“ zu und geht davon aus, daß sie dazu diente, den Aufbau der Sowjetunion außenpolitisch abzusichern⁶⁹. Immerhin gelang es ihr, bis 1927 internationale Kontakte zu 16 Gesellschaften für kulturelle Beziehungen mit der UdSSR aufzubauen, 1932 waren es schon 22. Die Gesellschaften, welche vor allem ein

⁶⁶ Vgl. Saakov, R. R.: *„Dvizenie obscestvennosti za druzbu mezdu narodami SSSR i drugich stran“*. In: *Voprosy Istorii*. 10/1975, S. 15-28.

⁶⁷ VOKS = Vsesojuzoe obscestvo kul’turnoj svjazi s zagranicej.

⁶⁸ Vgl. Gieseke, J.: A.a.O., S. 34.

⁶⁹ Genauerer siehe in Barghooren, F. C.: *The Soviet Cultural Offensive. The Role of Cultural Diplomacy in Soviet Foreign Policy*. Princeton 1960. S. 17, mit umfassenden Literaturangaben.

intellektuelles Klientel ansprechen sollten, wurden in einzelne „Bunde“ aufgeteilt⁷⁰, welche für die massenwirksame Propaganda zuständig waren⁷¹.

Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland

Die Weimarer Republik kannte schon zwei Gesellschaften, welche die Deutschen zu Freunden der Russen und des sowjetischen Systems machen wollten. Sowohl hinter der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“⁷² wie auch dem „Bund der Freunde der Sowjetunion“⁷³ stand letztendlich die Kommunistische Internationale, auch wenn die Freundschaftsgesellschaften ein völlig unterschiedliches Publikum ansprechen sollten.

Schon 1920 entstand eine Solidaritätsbewegung gegen die deutsche Unterstützung der Entente-Mächte im Russischen Bürgerkrieg unter der Losung „Hände weg von Sowjetrußland“⁷⁴. 1921 gründete sich dann in der Sowjetunion die Internationale Arbeiterhilfe, (IAH) deren Vorsitzende der deutschen Sektion, Clara Zetkin, schließlich auch am 1. Juni 1923 die Gründung einer „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ in Deutschland forcierte⁷⁵. Es käme darauf an, so Zetkin, „bestimmte Berufsgruppen - Lehrer, Ärzte, Sozialpolitiker, Künstler - anzusprechen, um zu erreichen, daß sie sich als „Sympathisierende“ mit Sowjetrußland zu einer Vereinigung zusammenschließen“⁷⁶. Der Gesellschaft traten bald der KPD nahestehende

⁷⁰ 1928 gab es 7 Bunde, 1932 waren es schon 30.

⁷¹ Das unterschiedliche Klientel erklärt auch die Diskrepanz in den Mitgliederzahlen. So hatten die 21 Gesellschaften, die es 1931 gab 6000 Mitglieder, während 1928 allein die französische Sektion des Bundes 50000 Mitglieder hatte. Vgl. dazu u.a.: Remer, C.: „*Aus der Arbeit des Bundes der Freunde der Sowjetunion*“. In: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas. Nr.4/1960, S. 77-121.; Deutschland - Sowjetunion. Aus fünf Jahrzehnten kultureller Zusammenarbeit. Berlin (Ost) 1957. (Wochenzeitung der Humboldt-Universität Berlin, Sonderband)

⁷² So Dralle vor der Enquete-Kommission. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der DDR-Diktatur in Deutschland. A.a.O. S. 96ff.

⁷³ Vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen. A.a.O. S. 101 ff.

⁷⁴ Hübsch, H. und Wehner, H.: „*Geschichte und Gegenwart der deutsch-sowjetischen Freundschaft*“. In: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde. Nr. 9/1967, S.864-889.

⁷⁵ Clara Zetkin, geb. Eißner, wurde am 5.7.1857 in Widerau geboren und spielte als Mitgründerin der KPD 1918/19, des Spartakusbundes 1917 und der USPD 1917, sowie später als Mitglied des Reichstages eine bedeutende politische Rolle. Sie starb am 20.6.1933 in Archangelskoje.

⁷⁶ Elias, R.: Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland. Köln 1985, S. 22. Allerdings ist die Schilderung Elias über die Aufgaben und die Arbeit der Gesellschaft geschönt und affirmativ.

Intellektuelle und namhafte Parteilose aus aller Welt, so u.a. Albert Einstein bei⁷⁷, jedoch hielt dieser Trend nicht lange an. Mit der Veränderung der Politik der Sowjetunion kam es ab 1927 zu vielfachen Austritten besonders der Prominenz, dazu kam, daß die Gesellschaft schon seit ihrer Gründung unter polizeilicher Beobachtung stand und zunehmenden Repressalien von staatlicher Seite ausgesetzt war⁷⁸.

In der Praxis blieb die „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ bedeutungslos. Auch wenn die prominenten Mitglieder auf einen gewissen Multiplikator-Effekt hoffen ließen und die Gesellschaft durch die Unterstützung sowjetischer Repräsentanten einen starken Zuspruch bei Veranstaltungen erhielt, war ihre Mitgliederzahl nie höher als mit ca. 1500 Personen zu veranschlagen⁷⁹.

Der „Bund der Freunde der Sowjetunion“

Es ist nicht ganz abwegig, in dem mäßigen Erfolg der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ den Grund für die Gründung des „Bundes der Freunde der Sowjetunion“ (BdFSU) zu sehen. 1927 wurde auf einem „Kongreß der Freunde der Sowjetunion“ beschlossen, ein massenpropagandistisches Pendant zur GDSF ins Leben zu rufen, welches nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler Ebene aktiv werden sollte. Die formale Gründung des Bundes erfolgte im Mai 1928⁸⁰.

⁷⁷ Genaueres zum Personenkreis und deren politischer Einschätzung vgl. Schützler, H.: „*Die Oktoberrevolution und fortschrittlichen deutsche Intellektuelle der zwanziger Jahre (Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland)*“. In: Parteihochschule „Karl Marx“ b. ZK d. SED (Hrsg.): *Der Rote Oktober - die grundlegende Wende der Menschheitsgeschichte. Materialien der XXXVI. Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Teil 2.* Berlin 1988, S. 202-214, hier S. 202 ff.

⁷⁸ Vgl. Elias, R.: *Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland...* A.a.O., S. 33.

⁷⁹ Diese Zahlen nach Dralle in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“.* A.a.O. S. 811 ff.

Vgl. auch Gorski G. und Anderle, A. und Rosenfeld, G.: *Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart.* Berlin (Ost) 1975, S. 79. Sowie Gieseke, J.: *Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.* A.a.O., S. 37. Die Autoren nennen 1350 Mitglieder, Gieseke dagegen gibt die Mitgliederzahl mit 1500 an.

⁸⁰ Vgl. Koch, G., Münch, H. und Grahn, G.: *Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Zur Geschichte des „Bundes der Freunde der Sowjetunion“.* Hrsg. Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Berlin (Ost) 1978, S 9 ff.

Die deutsche Sektion wurde im September 1928 in Berlin gegründet. Aufgabe des Bundes sollte es sein „alle Aktivposten aus den Arbeiterorganisationen und Intellektuellenkreisen (...) zu einer Front gegen die Kriegsgefahr, zum Schutz für die Sowjetunion“ zu sammeln⁸¹. Dabei sollten die Vertreter des Bundes vor allem unter sozialdemokratisch beeinflussten Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Genossenschaften, Sportorganisationen und nicht zuletzt in den sozialdemokratischen Parteien selbst Mitglieder werben⁸². Interessant ist es, daß es im Bund nicht nur individuelle, sondern auch korporative Mitglieder gab, so z.B. die Internationale Arbeiterhilfe (IAH), die Gesamtbetriebsräte der Berliner Verkehrsgesellschaft und die Liga gegen Imperialismus.

Das bei seiner Gründung gesteckte Ziel, schnell zu einer Massenorganisation zu werden, hat der Bund letztendlich verfehlt. Statt dessen stellte er sich eher als „komiteeartiger Zusammenschluß“⁸³ dar, der über keine direkte Massenbasis verfügte. Jedoch scheint er eine gewisse Anziehung auf Arbeitslose ausgeübt zu haben, denn sie stellten von 16 370 Neuaufnahmen mit 82% den größten Anteil im Zeitraum vom 1. Januar - 1. Juli 1932⁸⁴. Diese hohe Zahl der Neuaufnahmen ist auf eine Aktion zur Steigerung der Mitglieder zurückzuführen, die im März 1932 auf der II. Internationalen Konferenz in Essen beschlossen wurde. 1932 wurde die Zahl der Mitglieder mit 26 000 angegeben, von denen ein großer Teil der KPD angehörte. Das blieb auch der deutschen Polizei nicht verborgen. Laut Dralle sind die Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion wie der Bund der Freunde der Sowjetunion 1930 von der Polizei in einer Aufstellung der Hilfs- und Nebenorganisationen, über welche die KPD verfügte, aufgeführt worden. Der Bund stand dabei an achter, die Gesellschaft an neunter Stelle⁸⁵. Bei seinem Verbot 1933 wird die Mitgliederzahl mit ca. 50 000 angegeben⁸⁶, dabei scheint es sich jedoch um recht optimistische Schätzungen zu handeln.

⁸¹ Remer, C.: „*Der Bund der Freunde der Sowjetunion und seine Tätigkeit auf kulturellem Gebiet*“. In: Deutschland-Sowjetunion. Aus fünf Jahrzehnten kultureller Zusammenarbeit. Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin. Sonderband. Berlin (Ost) 1966, S. 117.; vgl. außerdem: Dokumente und Materialien zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen auf bildungspolitischen und pädagogischen Gebiet 1917-1933. ausgew. von Geißler, G. Berlin 1984; Münch, H.: „*Der Bund der Freunde der Sowjetunion*“. In: BzG 31/1989, Nr. 2., S. 200ff.; ders. „*Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland und der Bund der Freunde der Sowjetunion - Organisationen für deutsch-sowjetische Freundschaft in der Weimarer Republik*“. In.: Rapallo - gestern und heute. Halle 1972.

⁸² Vgl. Koch, G., Münch, H. und Grahn, G.: Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. A.a.O., S. 9.

⁸³ Gieseke, J.: Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 38.

⁸⁴ Vgl. Remer, C.: „*Aus der Arbeit des Bundes der Freunde der Sowjetunion*“, A.a.O., S. 78.

⁸⁵ Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen... A.a.O., S. 60.

Die Bedenken der Polizei erklären sich unter anderem daraus, daß neben der Friedensarbeit des Bundes der Freunde des Neuen Rußland die Propaganda für ein Gesellschaftsmodell nach sowjetischen Vorbild immer mehr in den Mittelpunkt der Arbeit desselben rückte. Damit sprach man sich einerseits gegen die „sozialfaschistische SPD-Führung“ aus, nahm es aber damit gleichzeitig in Kauf, daß zahlreiche Intellektuelle aus dem Bund ausschieden, als man verkündete, am „Aufbau des Sozialismus und seiner Verteidigung kämpfend“ teilzunehmen⁸⁷. Mit seiner Unterstützung der Destabilisierungspolitik der KPD in der späten Weimarer Republik und der Propaganda gegen die Sozialdemokratie trug auch der Bund zur politischen Polarisierung bei.

1932 verschärfte sich aus diesem Grund auch die staatlichen Repressionen, die sich auf Veranstaltungsverbote des Bundes der Freunde der Sowjetunion und die Unterbindung von Reisen in die Sowjetunion seiner Mitglieder ausdehnten. Nach der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten wurde die deutsche Sektion des Bundes der Freunde der Sowjetunion verboten.

Die Rolle der Freundschaftsgesellschaften in der Weimarer Republik

Beide Freundschaftsorganisationen waren in der Praxis von relativ geringer politischer Bedeutung in der Gesellschaft der Weimarer Republik. Dies ist vor allem auf die politische Isolation beider Organisationen zurückzuführen, denen es nicht gelang, außer der KPD noch andere Bündnispartner zu gewinnen - und das selbst dann nicht, als es schließlich gelang, nichtkommunistische Intellektuelle und Personen des öffentlichen Lebens zu einem Engagement für die Organisationen zu bewegen. Doch besonders in ihren letzten Jahren entwickelten sie sich immer mehr zum reinen „Transmissionsriemen“ für die Interessen der Kommunisten.

Auch ihr politisches Engagement trug nicht zu einem Erfolg der Organisationen bei. Gesteht man ihnen die jeweils höchsten Mitgliederzahlen zu, so waren es doch nie mehr als gut 50 000 Personen, die sich für die Sowjetgesellschaft und die Sowjetunion interessierten. Es ist ihnen

⁸⁶ Elias, R.: Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland. A.a.O., S. 110.

jedoch nicht gelungen, die sowjetische Gesellschaftsordnung als attraktive Alternative zum brüchigen bürgerlich-kapitalistischen Staat zu propagieren, noch die Etablierung des Nationalsozialismus zu verhindern⁸⁸. Die von Dralle ausführlich beschriebene generelle Uninteressiertheit der Deutschen an den Russen änderte sich auch nicht, als diese den Deutschen nun als Sowjets gegenüberstanden⁸⁹.

In dem Moment, in welchem die Russen die Aufmerksamkeit der Deutschen erregten, entwickelten diese den Russen gegenüber eine ambivalente Einstellung. Dralle beschreibt dieses Phänomen folgendermaßen:

“Die Ambivalenz in der unterschiedlich stark präsenten Einstellung der Deutschen gegenüber den Russen wird durch zwei gegensätzliche Merkmale bewirkt. Einerseits fühlen sich die Deutschen den Russen überlegen, andererseits hatten sie Angst vor ihnen. Diese Zustandsbeschreibung gilt für 95% der Deutschen oder mehr (...). Interesse wie Einstellung an der Sowjetunion nahmen übrigens vom deutschen Nordosten bis zum Südwesten in ihrer Intensität hin ab“⁹⁰.

Die Freundschaftsgesellschaften 1933-45

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde eine prosowjetische Propaganda durch die der Kommunistischen Partei nahestehenden Gruppierungen immer schwieriger.

Hitlers Illusion vom „Lebensraum im Osten“ beeinflusste dabei maßgeblich das Verhältnis zwischen Deutschen und Sowjets. Entscheidend war dabei die Überlegung, wollte man in Europa Grund und Boden gewinnen, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen.

⁸⁷ Vgl. Remer, C.: „*Der Bund der Freunde der Sowjetunion und seine Tätigkeit auf kulturellem Gebiet*“. A.a.O., S. 118.

⁸⁸ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 39.

⁸⁹ Dralle vor der Enquete-Kommission 1996. In: Materialien der Enquete-Kommission „*Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der DDR-Diktatur in Deutschland*“. A.a.O. S. 96 ff.

⁹⁰ Ebd., S. 96 und 97.

Die Russen galten in der nationalsozialistischen Propaganda als Zugehörige einer „minderwertigen Rasse“, welche durch die jüdisch-bolschewistische Unterdrückung ihre Eigenständigkeit verloren habe. Alle negativen Klischees gegenüber den Russen tauchten nun in der deutschen, von der Partei kontrollierten Presse, auf.

Das Komitee des Bundes der Freunde der Sowjetunion sah sich gezwungen, seinen Sitz in Berlin aufzugeben und wie so viele andere Organisationen ins Ausland zu verlegen, wo die Arbeit weitergeführt werden konnte. Von dort aus gelang es immerhin, die Zahl der Bundessektionen und der Freundschaftsgesellschaften auf ca. 40 bis 1938 zu steigern⁹¹.

Die anti-russischen Kampagnen in Deutschland wurden erst mit der Verkündung des Hitler-Stalin-Paktes, der letztendlich der bisher propagierten Haltung entgegenstand, zurückhaltender. Für die pro-sowjetischen Gesellschaften hatte dieser Wandel real jedoch keine Bedeutung, ihre aktive Arbeit war in der Illegalität fast komplett zum Erliegen gekommen, auch wenn sie formal auf dem Papier noch bestanden. 1941, mit dem Angriff auf die Sowjetunion, kehrten die Nazis zur gewohnten Propaganda, den unermüdlichen Kampf gegen den Bolschewismus bis zum Ende führen zu wollen, um Europa zu befreien, zurück.

Die anderen europäischen Freundschaftsgesellschaften dagegen „profitierten“ von dieser Politik der NSDAP, da der Zustrom an Sympathisanten seit der Bildung der Anti-Hitler Koalition weiter anstieg und in immer mehr Ländern Freundschaftsgesellschaften mit der Sowjetunion ins Leben gerufen wurden⁹². So hatte beispielsweise die britische Gesellschaft für Freundschaft mit der Sowjetunion zu dieser Zeit sogar über eine Million Mitglieder und beteiligte sich wie die anderen Gesellschaften maßgeblich an Kampagnen für Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Sowjetunion⁹³.

⁹¹ Vgl. Saakov, D.: „*Dvizenie obscestvennosti za druzbu mezdu narodami SSSR i drugich stran*“. A.a.O., S. 20.

⁹² So in Neuseeland 1941, 1942 in Australien und in den USA 1943.

⁹³ Vgl.: Freunde für immer. Kongreßbericht. Berlin 1949. (Kongreßbericht der Neuen Gesellschaft. Sonderheft zum 2. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1949), S. 227.

2.2. Gründung und Gründungsprogramm der Zentralen Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Die Anfänge der deutsch-sowjetischen Gruppen in der SBZ

Als die Rote Armee in Deutschland einmarschierte, hinterließ sie bei den Deutschen ein genauso grausiges Bild, wie es die Deutschen in der Sowjetunion hinterlassen hatten. Das Verhältnis zwischen Deutschen und Russen war damit auf beiden Seiten derartig getrübt, daß nach dem Krieg ein Anschluß an die Verhältnisse zu Weimarer Zeiten mehr als illusorisch erschien. Um so erstaunlicher ist der rasante Mitgliederzuwachs der deutsch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft in den darauffolgenden Jahren in der DDR zu beurteilen.

Der organisatorische Aufbau der KPD wurde schon ab Mai 1945 durch die Gruppen von Ulbricht, Ackermann und Sobottka⁹⁴ eingeleitet, also bereits vier Wochen vor der offiziellen Zulassung der Partei, Ende Juni begann man wieder mit der Mitgliederwerbung. Dabei wurde schon zu Beginn eine systematische Kaderarbeit betrieben, indem Schlüsselpositionen mit aus der Sowjetunion zurückgekehrten Personen besetzt wurden, welche die politische und programmatische Linie vorgaben⁹⁵. „Entsprechend der stalinistischen Devise, daß Machtfragen vor allem Kaderfragen sind, ging es nicht nur um wichtige personelle Positionen innerhalb des Parteiapparates, sondern auch in Verwaltung und Wirtschaft sowie den Massenorganisationen, die vom Sekretariat beschlossen wurden. (...) Die Sowjetunion bestimmte 1945/46 über Politik und Struktur der KPD, sie förderte dabei auch den wachsenden Herrschaftsanspruch der

⁹⁴ Zu Walter Ulbricht (1893 - 1973) vgl.: „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von der Vorbereitung im Sommer 1944 bis zur Wiedegründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation von G. Keiderling. Berlin 1993; Wilke, M. (Hrsg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998. Anton Ackermann (1905 - 1973) hieß eigentlich Eugen Hanisch und kam ebenfalls 1945 aus Moskau als Leiter der KPD-Initiativgruppe für Sachsen. Set 1945 war er Mitglied des Sekretariates des ZK der KPD/SED, dort verantwortlich für Kultur, Volksbildung, Parteischulung, Presse und Rundfunk. 1949 wurde er Kandidat des Politbüros des ZK der SED. 1953 verlor er seine Posten wegen seiner Unterstützung von Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaiser, 1954 wurde er aus dem ZK ausgeschlossen. Vgl.: Ackermann, A.: Fragen und Antworten. Berlin 1946.

Gustav Sobottka (1886 - 1953) war ab Mai 1945 Leiter einer Gruppe deutscher Kommunisten in Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied des provisorischen ZK der KPD. Vor seiner Pensionierung 1951 war er seit 1947 Präsident der Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie.

deutschen Kommunisten, die ihre angestrebte Führungsrolle nunmehr als Massenpartei erreichen wollten“⁹⁶.

Ähnliche Aktivitäten wie auf der Ebene der Parteiarbeit lassen sich auch in Bezug auf die Initiierung der Gründung der zukünftigen Massenorganisationen feststellen.

In den Räumen des späteren Zentralarchivs der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Berlin fanden sich schon etwa sieben Wochen nach dem Einmarsch der Roten Armee Menschen zusammen, die sich mit der russischen Kultur beschäftigten und später im Rahmen des Kulturbundes agierten.

Neben diesen, den Kulturbund angeschlossenen Zirkeln, entstanden auch noch andere pro-russische Vereinigungen, die wenigstens formal selbständig waren. Mit einer der bekanntesten Clubs war der Deutsch-Russische Club in Weimar.

Die in verschiedenen Städten entstandenen Zirkel übernahmen zusammen mit den Anfang 1947 entstandenen Ortsgruppen des Kulturbundes und den dort gegründeten Sektionen für deutsch-russische Beziehungen genaugenommen die Gründungsfunktionen für die Gesellschaft zum Studium der Kultur in der Sowjetunion.

Trotzdem war die Schaffung der Gesellschaft das Ergebnis eines genauen politischen Kalküls, sowohl der Besatzungsmacht als auch der mit ihr zusammenarbeitenden KPD/SED, denn die unterschiedlichen Vereinigungen waren nur formal unabhängig, letztendlich jedoch durchaus an die herrschende politische Elite gebunden.

„Die Sowjets verfolgten dabei, wie bei ihrer eigenen Propagandaarbeit, im wesentlichen ein imagologisches Ziel⁹⁷, welches der „Untermenschpropaganda der Nazis“ entgegenwirken sollte. Doch die Initiative ging nicht allein von den sowjetischen Vertretern aus. Helmut Meng weist in seinem Aufsatz über den Deutsch-Russischen Club in Weimar z.B. darauf hin, daß der Landesleitung der KPD/SED bei der Initiierung einer deutsch-russischen Gesellschaft die dominierende Rolle zukam⁹⁸.

⁹⁵ Vgl. zur Struktur der Parteizentrale in Berlin die genaue Beschreibung von Wilke, M.: Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998. S. 17 f.

⁹⁶ Weber, H.: Geschichte der DDR. A.a.O.; S. 42.

⁹⁷ So Dralle vor der Enquete-Kommission. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der DDR-Diktatur in Deutschland“. A.a.O., S. 97.

⁹⁸ Vgl. ders.: „Organisierte Freundschaft. Zur Funktion der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihrer Vorläuferinnen“. In Fischer, A. (Hrsg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR. Berlin 1993. S. 81 ff.; Meng, H.: „Zur Entwicklung der Landesorganisation Thüringen der Gesellschaft für

1945 besaßen die Kommunisten tatsächlich ein theoretisches Potential, eine Massenbasis in der deutschen Gesellschaft zu gewinnen, zum einen, weil sie als entscheidende Widerstandskämpfer gegen das nationalsozialistische Regime über eine erhebliche Autorität innerhalb der Gesellschaft verfügten, zum anderen, weil sie eng an die Sowjetunion gebunden waren. Genau dies jedoch gestaltete sich bald problematisch, da sich die Partei in den Augen der Bevölkerung bald zu sehr mit der sowjetischen Besatzungsmacht identifizierten und z.B. von Mitgliedern Übergriffe der Roten Armee rechtfertigten, die Vorgehensweise derselben in Schutz nahmen, die ideologische Linie propagierten u.ä.⁹⁹.

Sowohl die SED als auch sowjetische Politiker hatten auf einer Tagung in Moskau im Frühjahr 1946 zwischen führenden Vertretern beider Länder Strategien für das politisch-ideologische Vorgehen und die Umgestaltung der SBZ beschlossen (darunter auch Pieck, Ulbricht und Grotewohl) und dabei nach einer Möglichkeit zur Überwindung der antisowjetischen Einstellungen in der gesamten deutschen Bevölkerung gesucht. Doch mit der Gründung der SED durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD im April 1946 wurde auch die Spaltung Deutschlands weiter vertieft, „denn die Auseinandersetzungen zwischen der westdeutschen Sozialdemokratie und der kommunistischen SED im Osten schufen ein feindseliges Klima in der Politik“¹⁰⁰. Gleichzeitig wurden die Gegensätze zwischen der alliierten Politik und der Politik Stalins auch auf internationaler Ebene immer größer.

Am 20. und 21. Mai 1947, auf dem ersten Bundeskongreß des Kulturbundes, wurde die Notwendigkeit eines besseren Verhältnisses der Deutschen zur Sowjetunion sowohl von den Vertretern der SED als auch der Sowjetunion betont. Auch im Rahmen des Kulturbundes, der die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in den ersten Jahren beeinflusste, hatte es schon seit 1946 Zirkel gegeben, die sich mit dem Studium der Kultur und Sprache der Sowjetunion beschäftigten. Ein Teil dieser Zirkel wurde bis 1950 in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aufgenommen, auch wenn dies nicht immer ganz reibungslos verlief. So versuchte z. B. die Kulturbund-Sektion „Russische Kunst“ aus Suhl die Gründung

Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den Jahren 1945-1949“. In: Beiträge zur Geschichte Thüringens. Band IV, S. 94-112;

⁹⁹ Vgl.: Dittrich, G.: „Über den Umschwung im Verhältnis der Bevölkerung der DDR zur Sowjetunion“. In: Kampfgemeinschaft KPdSU - SED. Berlin (Ost) 1978. S. 345 ff.

¹⁰⁰ Weber, H.: Geschichte der DDR. A.a.O., S. 69.

einer Ortsgruppe Suhl der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ nicht zuzulassen¹⁰¹.

In der ersten Hälfte des Jahres 1947 entstanden dann plötzlich, strenggenommen auf Betreiben der SED, in der gesamten SBZ „Gesellschaften zum Studium der Kultur der Sowjetunion“¹⁰². Diese fungierten in ihrer Anfangsphase unabhängig voneinander. Eine „Gruppe von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern und Studenten“ stellte schließlich einen Gründungsantrag an die SMAD und betrieb die Gründung eines übergeordneten Verbandes in der gesamten SBZ¹⁰³.

Interessant ist es in diesem Zusammenhang, daß dem eigentlichen Gründungsakt keine langwierigen Vorbereitungen vorausgingen, sondern daß man die Gesellschaft, wie irgendeine Vereinigung öffentlichen Rechts, in kürzester Zeit „aus dem Boden stampfte“.

Die Gründung der zentralen Gesellschaft

Unter Leitung von Jürgen Kuczynski¹⁰⁴, Heinrich Ehmsen¹⁰⁵ und Anna Seghers¹⁰⁶ trat im Frühjahr 1947 ein vorbereitender Ausschuß zur Gründung einer Gesellschaft zum Studium der

¹⁰¹ Vgl. Schönknecht, T.: „*Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft*“. In: Broszat, M. und Weber, H.: SBZ-Handbuch. A.a.O., S. 734 f.

¹⁰² Zunächst entstanden Gesellschaften, die sich mit dem Studium der Kultur der Sowjetunion beschäftigten in Thüringen, Mecklenburg und Sachsen-Anhalt, später auch in Brandenburg und Sachsen. Vgl. Schönknecht, T.: „*Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft*“. In: Broszat, M. und Weber, H.: SBZ-Handbuch. A.a.O., S. 735.

¹⁰³ Ebd., S. 736.

¹⁰⁴ Jürgen Kuczynski (17.09.1904 - 06.08.1997) war ein bekannter Wirtschaftshistoriker, 1946-56 ordentlicher Professor an der Universität Berlin, Gründer des Institutes für Wirtschaftsgeschichte, 1947-1950 Präsident der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. Kuczynski galt als herausragender Forscher im Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften der DDR und publizierte auf nahezu allen Gebieten der Geistes- und Sozialwissenschaften. Gegen ihn wurden wiederholt Revisionismusvorwürfe erhoben, trotzdem war er außenwirtschaftspolitischer Berater Erich Honeckers. Vgl.: Grimm, T: Was von den Träumen blieb. Berlin 1993.

¹⁰⁵ Heinrich Ehmsen, geb.1886, arbeitete als Maler und Grafiker und war 1945 Mitbegründer und Professor an der Hochschule für Bildende Künste in Berlin. Er starb 1964. Vgl.: Katalog: Heinrich Ehmsen. Maler - Lebenswerk - Protokoll. Berlin 1986.

¹⁰⁶ Anna Seghers, eigentlich Netty Radványi, geb. Reiling (19.11.1900 - 1.6.1983) gilt als Nestorin der DDR-Literatur. Sie erhielt verschiedene Auszeichnungen der UdSSR und der DDR, so z.B. den sowjetischen Orden der Oktoberrevolution aber auch den Kulturpreis des Weltfriedensrates und verschiedene Ehrenbürgerschaften so z.B. in Berlin, Jena und Mainz. Batt, K.: Anna Seghers. Versuche über Entwicklung und Werke. Leipzig

Kultur der Sowjetunion zusammen¹⁰⁷. Mit der ersten Sitzung des Vorstandes der Berliner Mitglieder am 25. Juli 1947 nahm der Vorstand der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion dann offiziell seine Arbeit auf. Anwesend war auch der sowjetische Oberstleutnant Saakov, der laut Protokoll als Gast teilnahm, um bei der Organisation eines ersten Aufbaus der Gesellschaft zu helfen.¹⁰⁸

Somit wurde mit einem Abstand von nur zwei Jahren neben dem „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, welcher am 8. Juli 1845 unter Vorsitz von Johannes Becher¹⁰⁹ gegründet worden war, eine zweite Gesellschaft, ebenfalls mit einer kulturellen Ausrichtung, ins Leben gerufen, die jedoch offensichtlich ein anderes Image bekommen sollte und damit in Konkurrenz zum Kulturbund trat. Entsprechend entschlossen gab sich der Kulturbund, dessen Präsidialrat sich in seinen Sitzungen wiederholt gezwungen sah, sich sowohl gegen die GSKS und gleichermaßen gegen den FDGB in Bezug auf seine Funktionen deutlich abzugrenzen.

Am 30. Juni 1947 hatten Oberst S. I. Tulpanov¹¹⁰, welcher auch die Eröffnungsansprache hielt, und sein Stellvertreter Major Dymshitz zur Gründungsversammlung in das Berliner Haus der Kultur der Sowjetunion, Unter den Linden, eingeladen. Ihrer Initiative wurde formal die

1980; Wagner, F.: Anna Seghers. Leipzig 1980; Stephan, A.: Anna Seghers im Exil: Essays, Texte, Dokumente. Bonn 1993; Zehl Romero, C.: Anna Seghers. Eine Biographie in Bildern. Berlin 1994.

¹⁰⁷ Vgl. Mai, J.: „Für ein neues, freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion (1945-1949). Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“. In: 40 Jahre DDR mit der UdSSR in Freundschaft verbunden. Ohne Ortsangabe (Berlin (Ost)), ohne Jahrgang (1989), S. 3.

¹⁰⁸ SAPMO, DY 32, 1, Entwurf des Briefes an die Landesgesellschaften (handschriftlicher Eintrag 1. o.: Protokoll). Vgl. auch Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen... A.a.O., S. 129.

¹⁰⁹ Johannes Becher (22.5.1891 - 11.10.1958) Schriftsteller und erster Kulturminister der DDR, war Mitbegründer und erster Präsident des Kulturbundes und ab 1946 Mitglied des PV bzw. ZK der SED, ab 1950 Abgeordneter der Volkskammer. Als Kulturminister trat er für eine liberalere Politik ein, änderte aber nach scharfer Kritik der Parteiführung seinen Kurs, nach 1957 leitete er das Ministerium nur noch nominell und verlor jeden politischen Einfluß. Vgl.: Rohrwasser, M.: Der Weg nach oben. Johannes Robert Becher. Politiken des Schreibens. Frankfurt Main 1980; Gansel, C. (Hrsg.): Der gespaltene Dichter. Berlin 1991. Dwars, J.-F.: Abgrund des Widerspruchs. Das Leben des J.R. Bechers. Berlin 1998.

¹¹⁰ Sergej Iwanowitsch Tulpanov (1901 - 1984) war als Chef der bekannteste Offizier der Propagandaverwaltung (ab 1947 dann Informationsverwaltung) der SMAD. Tulpanov stand in engem Kontakt zum obersten Chef der SMAD (also Schukow und später Sokolowski) und unterhielt gute Verbindungen zu deutschen Politikern. Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler war Absolvent der Leningrader Militäarakademie und im Krieg Mitglied der politischen Organe der Roten Armee. Von 1945 bis 1949 leitete er die Verwaltung Information der SMAD. Nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion arbeitete er als Universitätsdozent. Vgl.: Foitzik, J.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999; Rentmeister, M.: „Kulturelle Beziehungen zu unseren Freunden“. In: Die ersten Jahre. Erinnerungen an den Beginn der revolutionären Umgestaltung. Berlin (Ost) 1979, S. 321 ff.; Koch, M.: Zum Tode von Sergej I. Tulpanov. Deutschland Archiv 17 (1984), S. 341 ff.; Tulpanov, S. I.:

Aktivität von Deutschen vorgeschaltet¹¹¹. Außer den oben genannten Personen waren dazu Vertreter aller Landesorganisationen und der lokalen Gruppen in Brandenburg geladen worden. Erster Präsident der Gesellschaft wurde „durch Mehrheitsbeschluß“ -so die Akten- Professor Dr. Jürgen Kuczynski, ein Wirtschaftshistoriker, der nach seiner Rückkehr aus dem englischen Exil 1945 zwei Jahre für die „Spezialabteilung der sowjetischen Besatzungsmacht“ arbeitete¹¹² und 1947 zum Präsidenten der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion vorgeschlagen wurde. Den Bedenken Kuczynskis, er spreche ja kaum Russisch, entgegnete der Leiter der Informationsverwaltung der SMAD, Tulpanov, dies spiele keine Rolle, und er fügte hinzu: „oder meinen Sie, daß sich die SMA in Ihnen täuscht?“¹¹³. Sergej Iwanowitsch Tulpanov war 1945-1949 Chef der Verwaltung für Propaganda bzw. ab 1947 auch Chef für Informationen der sowjetischen Militäradministration in Deutschland, und daher einer der vermeintlich wichtigsten politischen Entscheidungsträger in der SBZ¹¹⁴.

Anneli Hartmann und Wolfgang Eggeling zitieren in ihrem Buch Kuczynski nach einem Interview 1988, wonach Tulpanov, als Kuczynski zuerst Einwände gegen eine Ernennung vorbrachte, sagte: „Sie verstehen mich falsch, dies ist keine Bitte sondern ein Befehl“¹¹⁵. Die Überlegungen bzw. Motivation der SMAD, Kuczynski zum Präsidenten der Gesellschaft zu machen, sind nicht bekannt. Kuczynski selber gab sich den Motiven gegenüber in einem Interview mit Gieseke 1989 ahnungslos¹¹⁶, doch dürften einige Aspekte seiner Biographie eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben. Durch seinen Exilaufenthalt in England wurde er nicht sofort als russisch-ideologischer, Moskau-höriger Apparatschiks eingeordnet, auch war er in der Wissenschaft schon lange tätig und hatte sich als Professor für Wirtschaftswissenschaften

Erinnerungen an deutsche Genossen. Berlin/ Weimar 1984., Ders.: Deutschland nach dem Kriege (1945-1949). Berlin 1986.

¹¹¹ Vgl. Tägliche Rundschau Nr. 526 vom 1.7.1947, S.1.

¹¹² Bei der Tätigkeit für die sog. „Spezialabteilung der sowjetischen Besatzungsmacht“ handelte es sich wohl um einen geheimdienstlichen Einsatz, den Jürgen Kuczynski selber später als nicht sehr effektiv beschrieb: „(...) Dabei wußte ich (...), daß ich unter den gegebenen Umständen für die Spezialabteilung nichts besonders Nützliches würde leisten können, womit ich recht behielt“. Vgl. ders. in: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch. Erstveröffentlichung der ungekürzten und unzensierten Originalfassung. Berlin 1989, S. 50. Die Zusammenarbeit Kuczynskis mit dem sowjetischen Sicherheitsdiensten bestätigt auch seine Schwester, die der gleichen Tätigkeit nachging, in ihren Memoiren vgl. Werner, R.: Sonjas Rapport. Berlin (Ost) 1977.

¹¹³ Kuczynski, J.: Dialog mit meinem Urenkel. A.a.O., S. 151.;

¹¹⁴ Vgl. FN 118.

¹¹⁵ Hartmann, A. und Eggeling, W.: A.a.O., S. 20.

¹¹⁶ so jedenfalls zitiert Gieseke eine Befragung Kuczynskys: „Ich habe keine Ahnung, wie sie auf mich gekommen sind (...). Ich war völlig überrascht und hatte keine Idee warum.“. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 58.

einen Namen erworben, und außerdem war er seit 1930 nicht nur Mitglied der Kommunistischen Partei, sondern hatte zu Zeiten der Weimarer Republik sogar in der Zentrale der KPD gearbeitet.

Im Grunde genommen kann man davon ausgehen, daß die Ernennung Kuczynskis ohne die volle Zustimmung der sowjetischen Entscheidungsträger unmöglich gewesen wäre. In seinen Memoiren wird er das 1973 indirekt bestätigen: „Keine Tätigkeit, kein Amt, keine Funktion habe ich seitdem ausgeübt ohne Billigung oder Auftrag der Partei, es sei denn, die Anregung, der Auftrag kamen direkt aus der Sowjetunion, der Mutter auch meiner Partei.“¹¹⁷. Schließlich war er entgegen seiner Erwartungen nicht zum Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission ernannt, sondern eben der sowjetischen Spezialabteilung zugeschlagen worden, so daß seine „Wahl“ zum Präsidenten der GSKS vielleicht als eine Art „Entschädigung“ anzusehen ist.

Zur Wahl Kuczynskis „durch Mehrheitsbeschluß“, wie es das "Neue Deutschland" am 3. Juli 1947 bekanntgab¹¹⁸, sei noch folgende Anekdote vermerkt: Das Protokoll selber erwähnt eine offizielle „Wahl“ Kuczynskis an keiner Stelle, statt dessen findet sich zur Ernennung Kuczynskis als neuen Präsidenten der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion folgendes Schlußwort Tulpanovs: „Ich denke, es ist schon die Zeit gekommen, das die Leitung in deutsche Hände gegeben wird und weil Herr Professor Kuczynski als Letzter gesprochen hat, wird er der erste sein, der die Leitung übernimmt.“¹¹⁹. Es spricht einiges dafür, daß es tatsächlich keinen wirklichen Wahlakt gegeben hat, sondern auch in dieser Situation die Sowjets von ihrem inoffiziellen Recht Gebrauch machten, Positionen nach eigenem Gusto zu besetzen. Die Ernennung Kuczynskis war also offensichtlich keineswegs ein „Zufall“, welcher in einer Wahl bestätigt werden mußte. In seinen Memoiren gibt Kuczynski später selber an, bereits am 14. Juni 1947 von Tulpanov darüber informiert worden zu sein, demnächst Präsident der neu zu gründenden Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu werden¹²⁰.

Erster Generalsekretär wurde Hans Mark, ein früherer Exilgefährte Kuczynskis. Seine Wahl wurde offensichtlich von der Partei befürwortet, denn er sprach nicht nur fließend Russisch,

¹¹⁷ Kuczynski, J.: Dialog mit meinem Urenkel. A.a.O., S. 157.

¹¹⁸ Neues Deutschland, vom 3. Juli 1947, S. 2.

¹¹⁹ SAPMO, DY 32, 1, Gründungsversamlungsprotokoll, Schlußrede Tulpanovs.

¹²⁰ Kuczynski, J.: „Beginn einer großen Freundschaftsbewegung. Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und deren Entwicklung zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“. In: Im Zeichen des Roten Sterns. Erinnerungen an die Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Berlin 1975, S. 477-481, hier S. 480.

sondern stand auch ideologisch eindeutig hinter der Partei. Vizepräsidentin wurde Anna Seghers, die schon an den Gründungsvorbereitungen teilgenommen hatte¹²¹.

Weiterhin setzte sich der Vorstand aus folgenden Mitgliedern zusammen: Walter Gerull-Kardas (Mitarbeiter des Hauses der Kultur, Schriftführer), Prof. Ehmsen (Berlin), Prof. Pontius van Beek (Berlin), Prof. Unger (Erfurt), Prof. Schneider (Jena), Stadtrat Matern (Rostock), Luise Paul (Weimar) und Anna Groß (Studentin; Berlin)¹²².

Die Gründungsprogramm

Die Gründungsversammlung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion war offiziell eine überaus schnelle „Reaktion“ auf die vorgeschobene, formale Forderung der Bürger der SBZ nach der Bildung einer Gesellschaft, die sich mit der sowjetischen Kultur auseinandersetzen und diese den Deutschen näher bringen sollte. Doch in Wirklichkeit spiegeln sich in der Gründung der Gesellschaft wohl eher die Interessen der Sowjets wider, die eindeutig die Initiative ergriffen und die Gründung der Studiengesellschaft forcierten.

Die beiden Reden, welche bei der Gründungssitzung von Tulpanov und Kuczynski gehalten wurden, bieten eine interessante Zusammenfassung in Bezug auf die Ziele, welche durch die Bildung einer neuen Gesellschaft gesetzt wurden.

Zuerst sprach Tulpanov. Er betonte zuallererst die Notwendigkeit, daß „(...) die verschiedenen Gesellschaften, die entstanden sind, sich vereinigen, um eine zentrale Leitung zu bilden und die ganze Arbeit mit viel großem Schwung weiterzuführen(...)“¹²³.

Auch die Finanzierung der Gesellschaft war zu diesem Zeitpunkt offensichtlich noch nicht geklärt¹²⁴. Die bisher zur Verfügung gestellten Gelder stammten aus dem „Profit“ des Verkaufs der „Täglichen Rundschau“, d.h. die Gründungsphase der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion wurde durch die deutschen Zeitungsleser finanziert.

¹²¹ Vgl. Mai, J.: Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. A.a.O., S. 861.

¹²² Neues Deutschland vom 3.7.1947, S. 3; Tägliche Rundschau vom 1.7.1947, S.1.

¹²³ SAPMO, DY 32, 1, Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung vom 30.6.1947

¹²⁴ Ebd., S. 1.

Ausdrücklich verwies er auf das Interesse der Sowjets an der Existenz solcher Freundschaftsgesellschaften anderer Länder mit der Sowjetunion. Dabei konnte er jedoch nicht angeben, ob es jemals ein Pendant zu der deutschen Freundschaftsgesellschaft in der Sowjetunion geben könne. „Wir sind noch nicht soweit, um so eine Gesellschaft zu gründen. Wir wissen noch gar nicht, wie die gesamte Entwicklung weitergeht (...)“¹²⁵

Offensichtlich jedoch erscheint das Interesse der Sowjetunion, eine Massenorganisation zu gründen, deren Mitglieder positiv gegenüber der Sowjetunion eingestellt wären und die durch ihre Struktur möglichst viele Personenkreise ansprechen würde¹²⁶.

Zwar gab es schon unter dem Dach des Kulturbundes kleine Zirkel, die sich vor allem aus den „Schichten der Intelligenz“ rekrutierten, doch erschien dies nun den sowjetischen Vertretern nicht mehr ausreichend. Die zukünftige Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion sollte dagegen auch die „breiten Massen der Arbeiter, der Bauern und des Mittelstandes und gewiß die Intelligenz aufnehmen“¹²⁷, es ging also offensichtlich eher um die Schaffung einer Massenorganisation als um eine effektive Freundschaftsgesellschaft. Entsprechend forderte Tulpanov: „Die einen werden etwas lernen, die anderen werden Vorträge halten (...)“¹²⁸. Die Aufgaben der neu zu schaffenden Gesellschaft erstreckten sich dabei nicht nur auf die Vermittlung der russischen Kultur, „obwohl die russische Kultur eine große und führende Rolle in der Sowjetunion bedeutet“, sondern auch auf ein geistiges, kulturelles und politische Niveau. „Kultur heißt auch verstehen, wie der Staat gebildet wurde, also die Lehre des Staates von Marx und Lenin. Das waren die Lehren, auf Grund derer wir unsere Politik, unsere Wirtschaft, unsere Kultur aufbauten (...). Man kann sich nicht nur beschränken auf die sogenannte schöne Kunst. Wer über die Sowjetunion wirklich etwas wissen will, muß auch verstehen, was heißt Kolchosen, was sind Bolschewiki, was haben sie gemacht und wie ist ihre Einstellung zur Gegenwart. Es wäre falsch, wenn man sich nur mit Musik beschäftigt. Die russische Kultur ist nicht nur Dostojewski (...).

¹²⁵ Ebd., S. 3.

¹²⁶ Zwar hatte auch der „Bund der Freunde der Sowjetunion“ auf den Wunsch Moskaus hin schon zu Weimarer Zeiten eine Massenorganisation werden sollen, doch war eine reale Umsetzung nie erfolgt und der Eintritt sogar für Kommunisten relativ optional gewesen.

¹²⁷ SAPMO, DY 32, 1, Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung vom 30.6.1947, S. 3.

¹²⁸ Vgl. Abraham, H.: *„Freundesland/Bruderland. Auf den Bauplätzen des ersten Fünf-Jahresplanes. Politikinstrukteur der Sowjetarmee im großen Vaterländischen Krieg. Oberst Tulpanow über das Verhältnis der Angehörigen der SMAD zum Deutschen Volk“*. In: Im Zeichen des Roten Sterns. Berlin(Ost) 1974, S. 239ff.; ders.: *Die Kampfgemeinschaft zwischen der SED und der KPdSU, das Fundament der deutsch-sowjetischen Freundschaft*. Berlin 1966

Man muß in dieser Gesellschaft ganz klar die Stellung zu der Sowjetunion, zu unserer Demokratie verstehen, man muß sie nicht nur immer bejahen, aber man muß, um darüber diskutieren zu können, sie ganz verstehen. In der ganzen Welt spricht man über Sozialismus und man muß in dieser Gesellschaft klar zum Ausdruck bringen, was ist eigentlich Sozialismus.“¹²⁹

Die neue Massenorganisation sollte sich also nicht allein mit der sowjetischen Kultur im engeren Sinne befassen, sondern ihre Aufgabe bestand auch darin, über das politische System der Sowjetunion zu berichten. De facto forderte der sowjetische Oberstleutnant schon an dieser Stelle die Gründung einer Gesellschaft, deren Daseinsberechtigung sich auf die politisch-ideologischen Indoktrination möglichst vieler Deutscher im Sinne der Kommunisten konzentrierte, eine Forderung, der die Gesellschaft über viele Jahre nachkommen sollte.

Eine ganz anderes Verständnis von der Formierung einer Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion stellte dagegen Kuczynski unter Beweis, obwohl man davon ausgehen kann, daß auch seine Rede bis ins Detail mit der SMAD abgesprochen war.

Er unterschied zwischen deutschen und sowjetischen Interessen an der Gründung einer Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. Die deutsche Interessen sah er bestimmt durch den Abbau der „barbarischen Hasses“ der Bevölkerung auf die Sowjets. Dieser resultiere aus einer dreißig Jahre währenden falschen Erziehung . „Nicht nur die Junker und die Monopolisten, die Erzreaktionäre unseres Landes hetzen gegen die Sowjetunion (...), sondern auch große Teile des mittleren Bürgertums, der Intelligenz, des Kleinbürgertums und - sprechen wir es offen aus - auch der Arbeiterschaft (beteiligten, K.K.) sich aktiv an der Kampagne gegen die Sowjetunion“¹³⁰. Damit, so Kuczynski, stellten sich weite Teile des deutschen Volkes gegen den menschlichen Fortschritt: „Wer aber den menschlichen Fortschritt, wie er sich in der Sowjetunion manifestiert, haßt und verachtet, der ist selbst hassenswert und verächtlich, denn er stellt unter Beweis, daß er (...) barbarisch ist, daß er keinen Sinn für Kultur hat“¹³¹.

Einen zweiten Vorteil sah Kuczynski im Studium der sowjetischen Kultur an sich. So nützlich für das Studium Goethes die Kenntnis der Werke von Shakespeare, Dante, Racine und Euripides gewesen sei, so nützlich sei für die gegenwärtige Kulturarbeit die Kenntnis der Sowjetkultur. Doch müsse man eingestehen „(...) daß das eine schwere Arbeit wird (...) denn

¹²⁹ SAPMO, DY 32, 1, Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung, Rede Kuczynskis

¹³⁰ Ebd., S. 3.

¹³¹ Ebd., S. 3.

die übergroße Mehrheit unseres Volkes - das muß klar ausgesprochen werden - ist heute noch gegen die Sowjetunion eingestellt(...)¹³².

Die Aufgaben der neu zu gründenden Gesellschaft sah Kuczynski in der Verbreitung sowjetischer kultureller Publikationen (Übersetzung bzw. Aufführung von Romanen, Gedichten, wissenschaftlichen Werken, Theaterstücken, Filmen) und in der Produktion eigener Arbeiten über die Sowjetunion. Daher benötigte die Gesellschaft auf der einen Seite eine Massenbasis, andererseits „(...) einen kleinen Kreis (...), der sich dem wissenschaftlichen Studium der Sowjetkultur widmen will.“¹³³

Das Interesse der SMAD, so resümierte Kuczynski weiter, bestehe offensichtlich letztendlich darin, zu verhindern, daß sich erneut ein „kriegerischer Chauvinismus mit besonderer Spitze gegen die Sowjetunion“ entwickeln werde. Deswegen wolle die SMAD die Gründung einer solchen Gesellschaft auch tatkräftig fördern.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es eine Differenz zwischen den „Kulturbegriffen“ und deren „Ausdehnung“ beider Redner gibt.

Während für Kuczynski, wie übrigens auch für die seiner Ansprache nachfolgenden Reden, der Kulturbegriff relativ eng zu fassen ist, räumte der sowjetische Oberst eine Ausdehnung desselben auch auf den polit-ökonomischen Bereich ein. Man könnte nun weiter schließen, daß Kuczynski nicht davon ausging, daß sich aus einer Gesellschaft, die sich allein mit dem Studium der Kultur der Sowjetunion beschäftigen sollte, eine Massenorganisation werden könne, doch spricht nicht nur die pro-sowjetische Einstellung Kuczynskis gegen die Vermutung, dieser werde sich nicht für die Ziele der Sowjetunion einsetzen und diese unterstützen. Gegen eine solche These spricht jedoch vor allem die dominierende Rolle, welche die SMAD bei der Gründung dieser Freundschaftsgesellschaft spielte und die Rolle, die der Gesellschaft in der Zukunft zukam.

Dralle verweist darauf, daß beide wohl nur eine Doppelstrategie verfolgten, in der Kuczynski für die „Taktik“, Tulpanov für die „Strategie“ zuständig war, indem der eine die Etappen, der andere das Fernziel für die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion vorgab¹³⁴.

Für diese These spricht auch, daß man die Rede Kuczynskis in der „Täglichen Rundschau“

¹³² Ebd., S. 3.

¹³³ Ebd., S. 4.

¹³⁴ Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen. A.a.O., S. 126.

veröffentlichte, während die Rede Tulpanovs erstmals in Auszügen durch die Dissertation von Jutta Petersdorf bekannt wurde¹³⁵.

Eine solche Annahme erscheint plausibel und läßt sich durch mehrere Argumente unterstützen. Zu allererst konnte die SMAD bzw. die Partei durch die Beschränkung der Gesellschaft auf den klassisch- kulturellen Bereich erwarten, einen größeren Teil der deutschen Bevölkerung anzusprechen, darunter nicht nur die tatsächlich kulturell Interessierten, sondern auch diejenigen, die wirklich einen neues, positives nachbarliches Verhältnis gegenüber der Sowjetunion entwickeln wollten.

Ein weiterer Aspekt war die Gefahr, daß eine solche Gesellschaft sofort als russisch-dominiert angesehen werden konnte, wenn sie eindeutig ein politisches Interesse in den Vordergrund ihrer Aktivitäten stellte und damit ihre Glaubwürdigkeit aufgeben mußte.

Schließlich paßte zu diesem Zeitpunkt die Gründung einer solchen Gesellschaft zwar in das politische Konzept der Sowjetunion der damaligen Zeit, keineswegs aber in die russische Rhetorik in Bezug auf Gesamtdeutschland. Die Zunahme antisowjetischer Propaganda auf westlicher Seite ließ sich kaum verleugnen, um so überraschender scheint es, daß Kuczynski in seiner Rede die gemeinsamen Interessen der Siegermächte noch erwähnt - und dies nach der Gründung der Bi-Zone, dem Scheitern der Ministerpräsidentenkonferenz in München und der Verkündung des Marshall-Planes.

Auch die Wahl des Zeitpunktes zur Gründung einer solchen Freundschaftsgesellschaft läßt sich aus der Geschichte selbst erklären. Seit 1946 bzw. Anfang 1947 war es im Zuge der Auseinandersetzungen mit den Westmächten zu einer zunehmenden „Verhärtung der Fronten“ gekommen. Mitte 1947 wurde der Begriff „Cold War“ (Kalter Krieg) in der Öffentlichkeit benutzt¹³⁶ und hier liegt wohl auch die Erklärung in der doch hektischen Gründung einer pro-sowjetischen Gesellschaft - offiziell - auf Wunsch der deutschen Bevölkerung.

Dieselbe Antwort findet sich wohl auch auf die Frage, warum die Sowjets auf einmal an der Gründung einer Massenorganisation interessiert waren, obwohl dies eine doch nicht unbedeutende Abweichung von ihrer bisherigen Politik bedeutete, nach der man offiziell (noch) nicht daran interessiert war, einen Zugang zur Beeinflussung der Massen der SBZ-Bevölkerung

¹³⁵ Petersdorf, J.: Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 54 ff.

¹³⁶ Vgl. Herder Lexikon Politik. 7. Auflage. Freiburg 1988, S. 109. Zur Entwicklung und zum Verlauf des Kalten Krieges. Vgl. auch Link, W.: Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1988.

zu finden und befürchten mußte, daß eine Gesellschaft, welche die Politik und Kultur der Sowjetunion repräsentieren und propagieren sollte, schon aus diesem Grund bei der Bevölkerung auf Ablehnung stoßen werde.

Durch die antisowjetische Stimmung in der Bevölkerung und durch die zunehmenden Spannungen mit den Westmächten gerieten die Vertreter der Sowjetunion real immer mehr unter Druck. Die Schaffung einer Massenorganisation, die sich ausdrücklich zur Sowjetunion bekannte, sollte nun die eigene Basis stärken sowie der ideologischen Absicherung dienen und bot darüber hinaus der Sowjetunion gleichzeitig die Möglichkeit, durch eine Ausweitung gegenüber Westdeutschland offensiv vorzugehen. Somit war die Gründung einer „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ eindeutig eine Reaktion auf den sich verschärfenden Kalten Krieg, wobei diese Gründung eindeutig von den Sowjets forciert wurde.

2. 3. Zur Organisationsstruktur

Allgemeiner Aufbau

Nachdem der eigentliche Gründungsakt der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion auf den verschiedenen Ebenen vollzogen war, begann man mit dem eigentlichen organisatorischen Aufbau, welcher mehrere Jahre in Anspruch nehmen sollte. Vor allem die ersten beiden Jahren können daher als eine Art Orientierungszeit beschrieben werden.

Ebenso wie bei dem eigentlichen Gründungsakt standen auch während des Organisationsaufbaus sowjetische Partner an der Seite der Deutschen, so der sowjetische Oberstleutnant Saakov, dessen Hauptaufgabe, laut Tulpanov „der Aufbau dieser Organisation“ war¹³⁷.

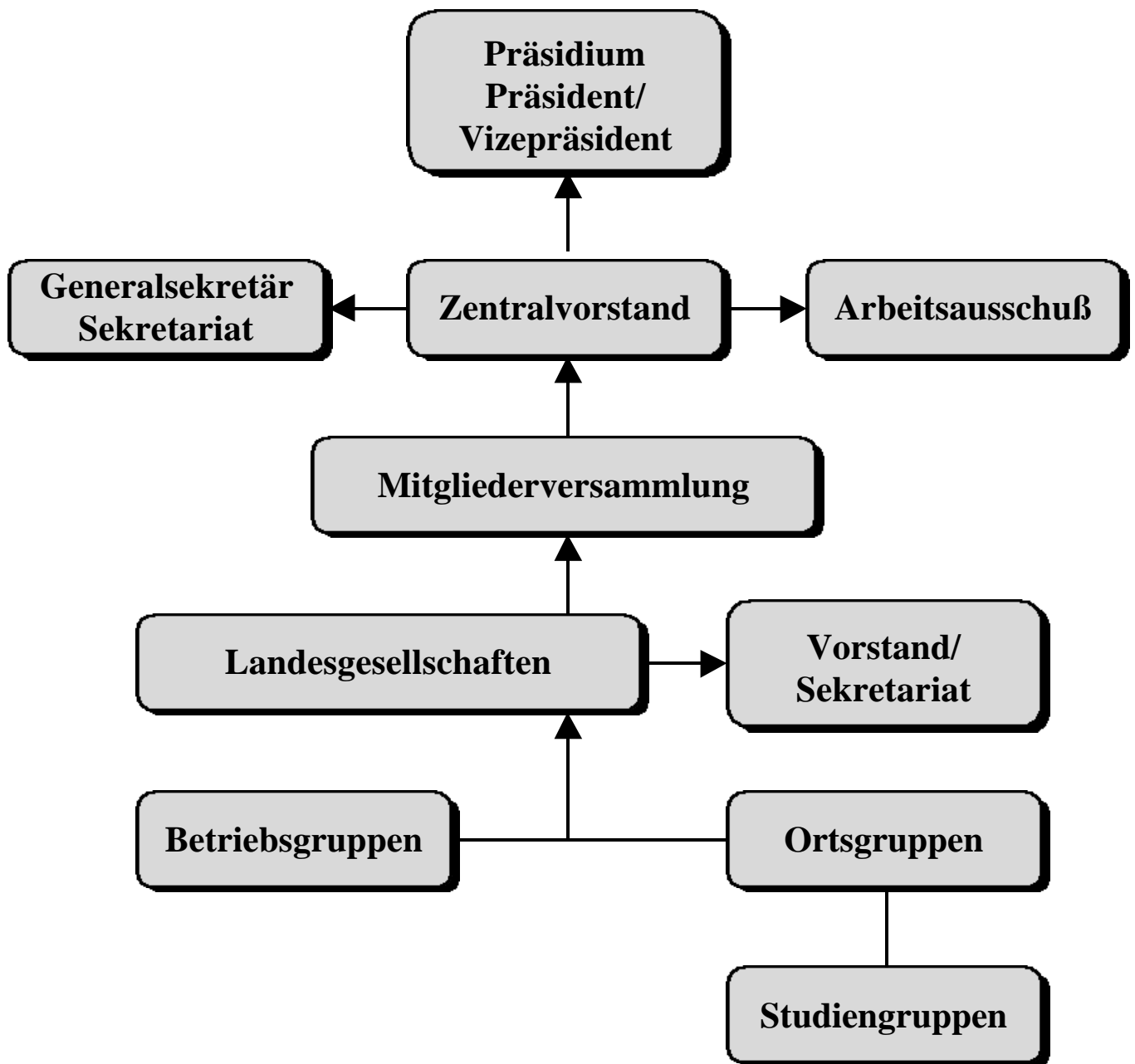
Das neu eingesetzte Präsidium stellte sich für die Gesellschaft folgende Strukturierung vor: Die zentrale Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion wurde in Landesgruppen aufgegliedert, welche man dann wiederum in Orts-, Wirkungs- und Betriebsgruppen unterteilte. Auf allen Ebenen setzte man je einen Vorstand mit einem Vorsitzenden und einem Sekretär ein und entsprechend dieser Hierarchie strukturierte man die durchzuführenden Mitgliederversammlungen von der Ortsgruppe über die Landesdelegiertenkonferenzen zur zentralen Delegiertenkonferenz. Der Vorstand habe - gemäß dieser Planung- aus seiner Mitte den Präsidenten, die Vizepräsidenten und den Generalsekretär zu wählen. Unerwähnt blieben in der später veröffentlichten Satzung von 1948 die entstandenen Studiengruppen, welche innerhalb der Ortsgruppen gebildet wurden, sowie die vom Zentralvorstand ins Leben gerufenen Sektionen, welche für die Betreuung der Orts- und Betriebsgruppen zuständig waren¹³⁸.

1947 wurden folgende Statuten als vorläufige Satzung veröffentlicht, welche erst einmal das Prozedere zum Organisationsaufbau regeln sollte:

¹³⁷ SAPMO, DY 32, 1, Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung, Schlußrede Tjulpanovs.

¹³⁸ SAPMO, DY 32, 1, Satzungsentwurf der GDSF. S. 1.

Abbildung 1: Vorgesehene Gesamtstruktur der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft



Nach §1 führte die Gesellschaft den Namen „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ und hatte Ihren Sitz in Berlin. Interessant ist es hier, daß selbst die spätere Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft-Westberlin sich an dieser Satzung

orientieren sollte und der Sitz der Gesellschaft auch in ihrem Statut weiterhin mit Berlin angegeben wurde und nicht zwischen Ost- und Westberlin unterschieden wurde¹³⁹.

Nach § 2 wurde die Gesellschaft aus dem Zweck gegründet, „(...) dem deutschen Volk die Kenntnis der kulturellen Grundlagen und Einrichtungen der verschiedenen Völker der Sowjetunion zu vermitteln¹⁴⁰.

§ 11 gliederte die Gesellschaft in Landesgesellschaften auf, die „nach der Satzung und den organisatorischen Richtlinien der zentralen Gesellschaft handeln“¹⁴¹.

Wollte eine Landesgesellschaft den Satzungsentwurf ändern, mußte die Zustimmung der Zentralebene eingeholt werden¹⁴². Das bedeutete letztendlich, daß schon in der ursprünglichen Planung die Landesleitungen zugunsten des Zentralvorstandes an Bedeutung und Kompetenzen verloren, und eine zentralistische Organisationsstruktur vorgesehen war.

Die Landeszentralgesellschaften wurden weiter aufgegliedert in Betriebs- und Ortsgruppen, wobei die Ortsgruppen „eine Zusammenfassung der Mitglieder nach Wohnsitz darstellen, die Betriebsgruppen in größeren wirtschaftlichen Betrieben, in Hochschulen, Schulen (...) und sonstigen Institutionen, in denen größere Gruppen Menschen regelmäßig vereint sind“ eingerichtet werden sollten¹⁴³.

Zentrale Leitung

Die Paragraphen 12-16 dieses Satzungsentwurfs regelten das Organisationsprinzip der Gesellschaft.

Die Wahl des Vorstandes als das oberste Gremium erfolgte demnach durch die Mitgliederversammlung. Jeder Landesverband war mit drei Vertretern im Vorstand präsent, die von der Delegiertenversammlung bestätigt werden mußten. Dazu kamen noch 15 „Einzelpersönlichkeiten“, die ebenfalls in den Vorstand gewählt wurden.

¹³⁹ SAPMO, DY 32, WB 66. Satzung der GDSF 1948.

¹⁴⁰ SAPMO, DY 32, 1, Satzungsentwurf der DSF. S.1; SAPMO, DY 32, 1, Tätigkeitsbericht 1948.

¹⁴¹ SAPMO, DY 32, 1, Satzungsentwurf der DSF. S. 3.

¹⁴² SAPMO, DY 32, 1, Satzungsentwurf der DSF. S. 5 (§20).

¹⁴³ SAPMO, DY 32, 1, Satzungsentwurf der DSF. S. 3 (§ 11).

Der Vorstand bestimmte schließlich aus seiner Mitte einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Der Präsident „beruft die Delegiertenversammlung der Gesellschaft (Mitgliederversammlung) ein und leitet ihre Verhandlungen“¹⁴⁴. Der so gebildete Vorstand mußte vor und nach den Delegiertenversammlungen zusammentreten, oder auch dann, wenn mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder dies verlangen sollten¹⁴⁵.

Zur Erledigung seiner Geschäfte sollte der Vorstand weiterhin einen Arbeitsausschuß aus sieben Mitgliedern (darunter laut des Satzungsentwurfes der Präsident und der Generalsekretär, laut der vorläufigen Satzung der Präsident und die beiden Vizepräsidenten¹⁴⁶) bilden, die ihren Wohnsitz vorzugsweise in Berlin haben sollten - damit trug man zuerst wohl den erschwerten Reisebedingungen der Nachkriegsjahre Rechnung, stärkte damit aber auch ungleich die Position der Mitglieder des Arbeitsausschusses in Berlin. Der Vorschlag der Wahlkommission legte dementsprechend auf der ersten Konferenz der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ eine Liste mit fünfunddreißig Personen vor, von denen sechzehn ihren Wohnsitz in Berlin hatten¹⁴⁷.

Das Sekretariat war dem Vorstand unterstellt und mit der Erledigung der täglichen Geschäfte betraut. An der Spitze des Sekretariats stand ein bezahlter Generalsekretär, der vom Präsidenten im Einverständnis mit dem Arbeitsausschuß bestimmt wurde¹⁴⁸.

Der Generalsekretär, faktisch eine Institution, deren Macht unter Umständen sehr groß sein konnte, sollte für organisatorische Fragen allgemeiner Art, die Personalpolitik und die Finanzen der Gesellschaft zuständig sein und von einem Organisationssekretär vertreten werden, dem wiederum acht Fachreferenten unterstanden.

¹⁴⁴ SAPMO, DY 32, 1, Satzungsentwurf der DSF. S. 4 (§ 13 und S. 6 (§14).

¹⁴⁵ SAPMO, DY 32, 1, Satzungsentwurf der DSF. S. 6 (§14).

¹⁴⁶ SAPMO, DY 32, 1, Satzungsentwurf der DSF. S. 5. (§15).

¹⁴⁷ Vgl. SAPMO, DY 32, 2, Satzungsentwurf der DSF. Aus Berlin kamen: Prof. Bontjes van Beek, Keramiker; Prof. Heinrich Ehmsen, Maler; Walter Florath, Student; Bernhard Gabelin, Chefredakteur; Dr. Walter Gerull-Kardas, Prof. Jürgen Kuczynski, Volkswirtschaftler; Käte Kühl, Schauspielerin; Ernst Legal, Intendant; Fritz Rodenberg, Regisseur; Prof. Johannes Stroux, Akad. D. Wissenschaften; Prof. Heinrich Tiessen; Max Tschesnow, Verlagsleiter; Herbert Volkmann, Dtsch. Verw. f. Volksbildg.; Erich. Weinert, Schriftsteller; Dr. Elfriede Witkowski, Volkswirtschaftlerin; aus Altenburg: Karl Fritz Bernhard, Publizist; aus Dresden: Diekmann, Min. der Justiz, Holzhauer, Minister; aus Greifswald: Günter Erbach, Student; aus Schwerin: Grünberg, Minister für Volksbildung, Karsten, Minister; aus Gera: Prof. Dr. Haak, Geograph; Therese Wiedenfeld, Arbeiterin; aus Magdeburg: Dr. Hestermann, Arzt; aus Weimar: Stephan Heymann, Publizist; aus Gebersdorf: Werner Hilsen, Bauer; aus Rostock: Anton Hollerwiek, Arbeiter; aus Potsdam: Prof. Justi, Kunsthistoriker, Bernhard Kellermann, Schriftsteller; aus Chemnitz: Erna Kempel, Arbeiterin; aus Halle: Dr. Mende, Dozent; Prof. Winter; aus Leipzig: Margarete Richter, Studentin und aus Leuna: Elfriede Strodthüter, Arbeiterin.

¹⁴⁸ SAPMO, DY 32, 1, Satzungsentwurf der DSF. S. 7 (§ 22).

Auf der ersten zentralen Delegiertenkonferenz kam es zu einer Meinungsverschiedenheit der Teilnehmer darüber, ob der Generalsekretär nun automatisch zum Vorstand gehöre oder nicht. Kuczynski nahm dazu, ganz gemäß dem von ihm immer wieder (nicht) bewiesenen Demokratieverständnis folgendermaßen Stellung: „(...) Der Generalsekretär gehört automatisch zum Vorstand. Er ist so notwendig für den Vorstand, daß wir es für richtig halten, den Generalsekretär nicht zur Wahl zu stellen.“¹⁴⁹. Da der Posten immer mit einem SED-Mitglied besetzt sein sollte, hatte man offensichtlich gute Gründe dafür, ihn nicht zur Wahl zu stellen, denn es war offensichtlich, daß die faktische Macht des Generalsekretärs sehr groß werden konnte. Hier ist die Form, in der diese Diskussion beendet wird, ein weiterer Indikator für den Mitsprachewillen der Delegierten und des Vorsitzenden der Statutenkommission, Meschkat. Dieser schlägt vor, eine Entscheidung zu verschieben, ohne darauf einzugehen, daß eine Delegiertenversammlung das Recht hat, sich zu entscheiden. Er taktiert: „Da (...) sowohl der Generalsekretär wie auch der Vorstand (...) der Meinung sind, daß es mit dem bisherigen Zustand sein Bewenden haben soll, meine ich, man sollte in der heutigen Sitzung eine solche Sache nicht übers Knie brechen. Das kann man eventuell im nächsten Jahr, wenn wir mehr Erfahrungen gesammelt haben, noch einmal diskutieren (...)“¹⁵⁰.

Über diesem Aspekt kam es zur einzigen Kampfabstimmung während der ganzen Konferenz. Für eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes stimmten sechzehn Delegierte, dagegen immerhin dreizehn, während alle weiteren Entscheidungen in gewohnter Einstimmigkeit getroffen wurden¹⁵¹.

Diskutiert wurde auch der Zeitraum, der zwischen zwei Ausschußsitzungen liegen sollte. Der Vorsitzende des Wahlausschusses, Donath, schlug eine monatliche Zusammenkunft vor, Meschkat präferierte die zuvor getroffene Regelung, nach der welcher Vorstand „mindestens alle zwei Monate“ zusammenkommen sollte¹⁵².

Im siebten Abschnitt der vorläufigen Satzung schließlich regelten die Paragraphen 17-21 die Rechte und Pflichten der Mitgliederversammlungen und das eigentliche Prozedere derselben. Die Zentrale machte in Bezug auf die Landesdelegiertenkonferenzen von ihrer

¹⁴⁹ SAPMO, DY 32, 2. Stenographische Niederschrift Bl. 79 ff.

¹⁵⁰ Ebd., S. 87.

¹⁵¹ Ebd., S. 88.

¹⁵² Vgl. ebd., Dralle weist darauf hin, daß das Wort „mindestens“ in der Version, die vermutlich der Weise dem Kontrollrat vorgelegt wurde, fehlt. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen... A.a.O., S. 135.

Richtlinienkompetenz Gebrauch und legte fest, daß jährliche Mitgliederkonferenzen der Landesgesellschaften bis zum Mai jeden Jahres abzuhalten seien.

Bei der „Bearbeitung“ bzw. Zusammenstellung der Satzung schlich sich allerdings ein bezeichnender Fehler ein: „Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung“ waren demnach die Entlastung des Vorstandes, der Rechnungsbericht, der Jahresbericht und der Berichte des Prüfungsausschusses. Ein Recht der Mitglieder, den Vorstand zu wählen, wurde in der vorläufigen Satzung nicht einmal erwähnt und erst auf der ersten Delegiertenkonferenz im Mai 1948 korrigiert, als Meschkat vorschlug, um der Eindeutigkeit willen die jährliche Wahl des Vorstandes hinzuzufügen¹⁵³.

Für die zentrale Delegiertenkonferenz wurde der Juni als spätester Termin festgesetzt. Für je 1000 Mitglieder sollte ein Delegierter entsandt werden, jede Landesorganisation sollte jedoch durch mindestens fünf Delegierte (im ersten Entwurf sogar nur durch drei Delegierte bei einem Delegierten auf 500 Mitglieder) vertreten werden. Hier zeigt es sich deutlich, in welchen, im Vergleich zu später, minimalistischen, Größenordnungen man dachte¹⁵⁴.

Dralle weist darauf hin, daß einiges dafür spricht, daß die erarbeitete vorläufige Satzung später von den sowjetischen Behörden noch einmal überarbeitet wurde. Dieses Interesse der Sowjetunion würde die Anwesenheit eines sowjetischen Offiziers, sozusagen als Kontrollmaßnahme, bei der ersten Vorstandssitzung erklären¹⁵⁵.

Soweit die Theorie, doch die Praxis stellte sich ganz anders dar. Entgegen der Satzung wurde z.B. der Präsident, wie oben beschrieben, in sein Amt „befördert“ und nicht regelgerecht gewählt.

Dies blieb nicht der einzige Verstoß gegen die neu etablierte Satzung. So wählte man statt zweier Vizepräsidenten offensichtlich nur einen, und bestimmte statt dessen zusätzlich einen Schriftführer. Die Akten weisen Anna Seghers als Vizepräsidentin aus, die Position des Schriftführers übernahm Walter Gerull-Kardas, der deutsche Direktor des Hauses der Kultur der Sowjetunion, ein überzeugter Kommunist¹⁵⁶.

¹⁵³ SAPMO, DY 32, 2, Stenographische Niederschrift Bl. 80 f.

¹⁵⁴ SAPMO, DY 32, 2, Stenographische Niederschrift Bl. 80 und SAPMO, DY 32, 1, Satzungsentwurf S. 6.(§ 21).

¹⁵⁵ Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen... A.a.O., S. 130.

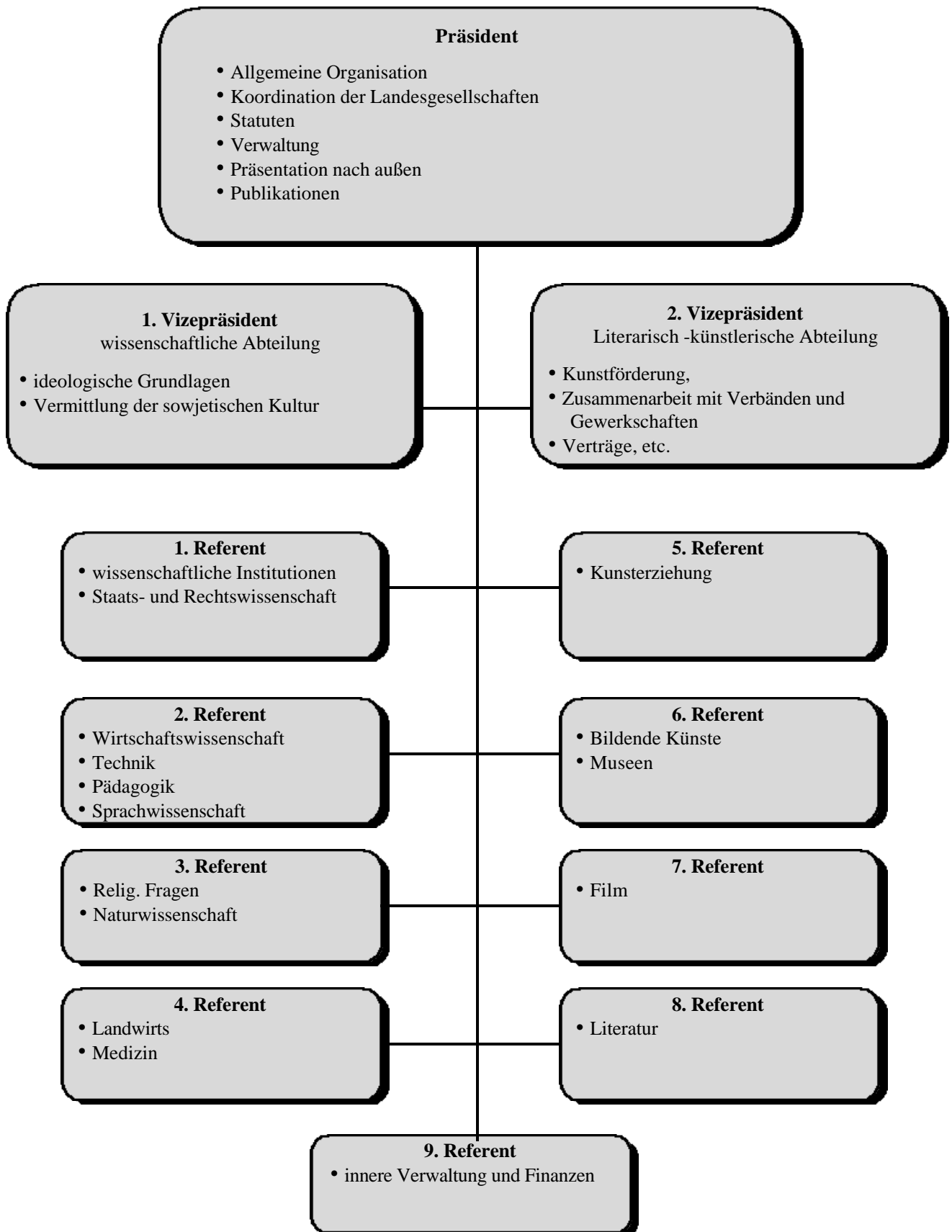
¹⁵⁶ Vgl dazu im folgenden das Kapitel über die Häuser der Gesellschaft.

Generalsekretär der Berliner Zentrale wurde der langjährige Exilgefährte Kuczynski, Hans Mark, der ebenfalls schon viele Jahre KPD-Mitglied gewesen war und nun der SED angehörte. Mark trat im Sommer 1947 sein neues Amt an. Kuczynski beschrieb später, wie Mark seine Arbeit zuerst „mit zwei Hilfskräften“ begann¹⁵⁷. Schon bald beanspruchte dieses personell so schwach besetzte Sekretariat weitreichende Kompetenzen. Anhand der Akten lassen sich Rückschlüsse auf die Überlegungen ziehen, wie man den Apparat der Zentrale gestalten wollte. Für das Sekretariat einer „voll arbeitenden Gesellschaft“ plante man „37 besoldete Mitarbeiter“ ein, deren Gehälter man mit ca. 22.000 Reichsmark veranschlagte¹⁵⁸. Neben dem Organisationsreferenten, in dessen Kompetenzen u.a. die Koordination der Landesgesellschaften, die Herstellung und Pflege der Beziehungen zu kulturellen sowjetischen Institutionen und die Werbung fiel, unterstanden diesem auch noch acht Fachreferenten, obwohl es insgesamt neun Referenten geben sollte. Einer von ihnen, also der neunte, war jedoch für die innere Verwaltung, die Buchhaltung, Personal- und Finanzangelegenheiten eingeplant. Diesem Referenten wiederum wollte man schließlich 6 Sachbearbeiter unterstellen.

¹⁵⁷ Kuczynski, J.: „Aus den Anfängen einer großen Freundschaftsbewegung“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Sonderheft zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1967, S. 153.

¹⁵⁸ SAPMO, DY 32, 294, Organisation der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion.

Abbildung 2: Die geplante Organisationsstruktur des Präsidiums der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion



Eine der wichtigsten Aufgaben der Sekretäre der Landesgesellschaften und der Zentrale war es, geeignete Räumlichkeiten aufzutreiben. Trotz der vielen Zerstörungen gelang es den SMAD-Kommandanturen schnell, entsprechende Räume freizumachen. Bis Ende Oktober 1947 waren in allen Ländern Häuser eingerichtet, welche die Basis der organisatorischen und inhaltlichen Arbeit der Gesellschaft bilden sollten¹⁵⁹. Für Berlin ergab sich eine besondere Situation, da ein „Haus der Kultur der Sowjetunion“ vorhanden war, dieses unterstand jedoch direkt der SMAD. Man belegte nur einen Teil der Räumlichkeiten und das Initiativkomitee für die örtliche Berliner Gesellschaft wurde dort schließlich ebenfalls untergebracht¹⁶⁰.

Die Zentrale bildete verschiedene Kommissionen, deren Vorsitz je ein Vorstandsmitglied übernahm, welches mit mindestens vier weiteren Mitarbeitern zusammenarbeiten sollte. Zu diesem Zweck band man alle Mitarbeiter in einen Organisationsplan ein. So wurde die geplante Personallimitierung auf 37 hauptamtliche Mitarbeiter schnell beiseite geschoben. Die Akten zählen für die geplante Berliner Zentrale 46 Personen auf, die sich folgendermaßen zusammensetzten:

Die Aufgaben, denen sich die Zentralebene der Gesellschaft stellen sollte, sah man in folgenden Bereichen:

1. Förderung des Studiums der Kultur der Sowjetunion.
2. Förderung von Experten in bestimmten Fachgebieten bzw. von Projekten, die sich auf die Sowjetunion bezogen.
3. Beratung von Landesgesellschaften und Ortsgruppen in Fachfragen.
4. Bearbeitung von Fachfragen und Zusammenarbeit mit den entsprechenden Institutionen in der Sowjetunion.

¹⁵⁹ Vgl. dazu Leopoldi, H. H. und Garrandt, W. (Hrsg.): Ein Haus - zwei Traditionen. Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Die Geschichte des Hauses „Puschkinstr.19“ in Schwerin. Schwerin 1972; ebenfalls Kuczynski, J.: „Aus den Anfängen einer großen Freundschaftsbewegung“. A.a.O. ,S. 155 f.

¹⁶⁰ Man suchte in Berlin ein Haus in der Nähe des sowjetischen Kulturhauses, welches mindestens über 26 Zimmer verfügen mußte, da man jedem Referenten ein eigenes Zimmer zur Verfügung stellen wollte.

Tabelle 1: Beschäftigte der Berliner Zentrale

Anzahl	Position
1	Präsident
2	Vizepräsidenten (bzw. 1 Vizepräsident und einen Schriftführer)
1	Generalsekretär
1	Organisationssekretär
9	Referenten
6	Sachbearbeiter
1	deutsch-russische Sekretärin
1	Dolmetscher
6	Sekretärinnen
8	Chauffeure
1	Bibliotheksleiter
2	Bibliothekare
1	Bote
2	Kinovorführer
2	Pförtner
2	Putzfrauen ¹⁶¹ .
Insgesamt 56 Personen	

Es sollte jedoch noch einige Zeit dauern, bevor dieses theoretische Szenario auch nur annähernd in die Praxis umgesetzt werden konnte.

Es fehlte 1947 nicht nur an Personal, vielmehr auch an der Motivation der Vorstandsmitglieder, diese so groß und komplett angedachte Organisation zum Leben zu erwecken. So litten die Zentrale und die Landesgesellschaften zu Beginn nicht nur an mangelnder Beratung, sondern der „großzügig geplante Wissenschafts- und Musentempel war für lange Zeit eher ein schäbiger Bretterverschlag.“¹⁶².

¹⁶¹ SAPMO, DY 32, 294, Organisation der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion.

¹⁶² Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen... A.a.O., S. 143.

Die Landesgesellschaften

Nachdem die Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion auf den verschiedenen Ebenen forciert worden war, und das trotz unterschiedlicher organisatorischer Voraussetzungen zwischen der Berliner Zentrale und den einzelnen Landesgesellschaften, begann der Vorstand nun mit dem eigentlichen Aufbau der Organisation.

Am einfachsten war dies an den Orten, in denen schon früher Vereinigungen vorhanden gewesen waren, die sich mit der Kultur der Sowjetunion beschäftigten. Hier konnte man nicht nur auf eine materielle, sondern auch auf eine personelle Basis zurückgreifen wie z. B. den Weimarer Klub, auf den sich nun die thüringische Gesellschaft stützen konnte. Schon am 13. Juni 1947 wurde dort eine Landesgesellschaft gegründet, während die Zentrale Gesellschaft erst am 30. Juni 1947 offiziell ins Leben gerufen wurde. In den anderen Ländern gab es immerhin einzelne funktionierende Ortsgruppen. Da jedoch viele der Ortsgruppen erst kurz vor den einzelnen Landesorganisationen gegründet werden konnten, waren nicht wenige von ihnen noch mit der eigenen Konsolidierung beschäftigt.

So wurden die Landessekretäre und, eng mit diesen verbunden, die einzelnen Geschäftsstellen zur tragenden Säule der Landesgesellschaften. Eine der vorrangigsten Aufgaben der Sekretäre war zu diesem Zeitpunkt die Beschaffung der notwendigen Räumlichkeiten, eine andere die Schaffung einer arbeitsfähigen Organisation.

In diesem Punkt finden sich daher auch kontroverse Beurteilungen über das Verhältnis zwischen der Zentralen Gesellschaft und den Landesgesellschaften. Gieseke gibt nach einer Befragung Kuczynskis an, es sei nur eine Sache von wenigen Tagen gewesen, eine arbeitsfähige Zentrale und effektive Landesgesellschaften einzurichten¹⁶³. Der mecklenburgische Landessekretär Gottfried Hamacher¹⁶⁴ dagegen beklagt in späteren Publikationen, daß es Monate gedauert hätte, eine zentrale Leitung der Landesgesellschaften zu schaffen und daß die Landesgesellschaften sich aufgrund dessen so unterschiedlich entwickelt hätten, da sie in den Anfängen auf sich allein

¹⁶³ Gieseke, J.: Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 70.

¹⁶⁴ Gottfried Hamacher war als Armeebefehlshaber des Nationalkomitees Freies Deutschland mit der Roten Armee in die SBZ gekommen und vor seinem Eintritt in den Mitarbeiterstab der Gesellschaft u.a. damit beauftragt, als Mitarbeiter der KPD-Landesleitung eine Landesparteschule aufzubauen.

gestellt gewesen wären¹⁶⁵. So hatte man z.B. in Thüringen schon bis August 1945 Werbung in Zeitschriften und im Radio plazieren können, eine Broschüre mit dem Titel „Staatswesen der Sowjetunion“¹⁶⁶ herausgegeben und zusammen mit dem Kulturbund eine „Woche des sowjetischen Films“ veranstaltet und war damit viel weiter als andere Landesverbände, welche sich noch um Räumlichkeiten bemühten¹⁶⁷. Außerdem hatte man den Aufbau einer Bibliothek in Angriff genommen und war hierbei durch den „SWA-Verlag“, dem offiziellen Verlag der SMAD, durch bevorzugte Lieferungen von Neuerscheinungen unterstützt worden. Daher war es der Landesgesellschaft Thüringen auch möglich, eine eigene Zeitschrift mit dem Titel „Licht vom Osten“ herauszugeben.

Die Landesvorstände sahen sich beim Aufbau ähnlichen Problemen gegenüber wie die Zentralebene, es mangelte ihnen an Personal und eine kontinuierliche Aufbauarbeit war in den Anfangsjahren schwer durchzuhalten.

Hinzu kam, daß eine eigenständige Arbeit auf Landesebene eigentlich von Anfang an kaum möglich war, denn der Zentralvorstand versuchte schon bald, den Landesverbänden die Inhalte ihrer Arbeit vorzuschreiben und organisatorische Anweisungen zu geben¹⁶⁸, auch wenn die Egalisierung des Organisationsgrades der Gesellschaft noch das vorrangige Ziel war. Damit wurde schon in der Anfangsphase die bis zum Ende der Gesellschaft bestehende Dominanz der Zentralen Gesellschaft gegenüber den Landesgesellschaften festgelegt. Mit dem dann einsetzenden Wachstum der Gesellschaft wurde jedoch auch eine Straffung der Organisationsstruktur nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, eine Expansion der Landesgeschäftsstellen und die Einrichtung von Sekretariaten auf Orts- und Kreisebene ermöglicht.

¹⁶⁵ Hamacher, G.: Vor 40 Jahren. A.a.O., S. 346. ders.: „Nach der Befreiung vom Faschismus in Mecklenburg Vorpommern (1945-1946)“. In BzG 28/1986, S. 352-362. ders.: „Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation“. In BzG 29/1987, S. 638-652; ders.: „Von den Anfängen der Massenbewegung für deutsch-sowjetische Freundschaft in Mecklenburg. T.I.“. In: Die Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetunion - entscheidende Voraussetzung für den weiteren Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Protokoll der Konferenz vom 3. Und 4. April 1975. Hrsg. Der Rektor der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Greifswald 1976. S. 232 - 332.

¹⁶⁶ Vgl. Kuczynski, J.: Aus den Anfängen. A.a.O., S. 155.

¹⁶⁷ Vgl. Meng, H.: „Zur Entwicklung der Landesorganisation Thüringen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den Jahren 1945-49“. In: Beiträge zur Geschichte Thüringens. Bd. 4. Erfurt 1984, S. 94-112.

¹⁶⁸ SAPMO, DY 32, 1, Entwurf an die Landesgesellschaften, Bl. 1 f.

Die später oft hochgelobte schnelle Entwicklung der Landesgesellschaften erweist sich bei einem Blick hinter die Kulissen als ein oberflächliches Konstrukt, welches nicht auf soliden Füßen stand. Exemplarisch dafür ist der Arbeitsbericht, den Hamacher im Juli 1947 an die Zentrale abschickte und in welchem er die problematische Situation bemängelte¹⁶⁹.

Kuczynski sollte das folgendermaßen beschreiben: „Wenn sich bis Ende Juni 1947 in allen Gebieten mit Ausnahme von Brandenburg Landesgesellschaften gebildet hatten, so mag die Schnelligkeit der Bewegung überraschen, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich nicht um eine spontane Organisation, entsprungen einem spontan erwachten Interesse für die Kultur der Sowjetunion handelt“¹⁷⁰.

Immerhin gelang es bis 1949, die Beziehungen zwischen der Zentralen Gesellschaft und den Landesgesellschaften durch regelmäßige Zusammenkünfte zu effektivieren. Dies war notwendig, wollte die zentrale Ebene der Gesellschaft ihren Einfluß auf die Landesgesellschaften manifestieren. Schon bald dienten diese Zusammenkünfte der „ideologischen Ausrichtung der Arbeit, zum Austausch der Erfahrungen und der Festigung der Organisation durch Festlegung von konkreten organisatorischen Maßnahmen“¹⁷¹.

Die Sektionen

Das Problem dieses so schön geplanten Systems war, wie oben beschrieben, die Umsetzung. Es fehlte der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion einerseits gerade in den Anfängen auf allen Ebenen an Personal und andererseits mangelte es wohl auch an der Motivation des Vorstandes, sich intensiv mit der Förderung der Gesellschaft zu beschäftigen. Zur Lösung dieses Dilemmas beschloß der Vorstand die einzelnen Sachbereiche in Sektionen aufzuteilen um die Arbeit zu effektivieren.

Der Zentralvorstand gründete also, ganz nach dem Vorbild der „Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland“ und der VOKS Sektionen, die sich mit bestimmten thematischen

¹⁶⁹ SAPMO, DY 32, 6, Arbeitsbericht der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, Landesverband Mecklenburg für den Monat Juli 1947.

¹⁷⁰ Kuczynski, J.: „Die Durchsetzung der Freundschaftsidee zur Sowjetunion in unserem Volke“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 21/1979, S. 678-681.

Schwerpunkten beschäftigen sollten und sich so, geleitet von Fachleuten, eher auf die Bedürfnisse einzelner Zielgruppen einstellen konnten. Dabei ging es vor allem um eine inhaltliche Arbeit in den Orts- und später auch in den Betriebsgruppen, wie z. B. die Unterstützung bei der Beschaffung von Fachliteratur, die Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und die Pflege der Beziehungen zu den Medien.

Am 17. Januar 1948 gründete sich die Sektion Musik, zwei Tage später informierte Kuczynski die Mitglieder einer Arbeitstagung über die Gründung einer Sektion Film.

Tabelle 2: Gründungsmonat der Sektionen

Gründungsmonat	Name der Sektion
Januar 1948	Musik
Januar 1948	Film
Juni 1948	Bildende Kunst
September 1948	Theater
Januar 1949	Wirtschaftswissenschaften
März 1949	Jura
März 1949	Literatur

Die Gründung der einzelnen Sektionen zog sich über ein Jahr bis in den März 1949 hinein, von einer befriedigenden Arbeit konnte man jedoch bis zu diesem Zeitpunkt keinesfalls sprechen. Petersdorf verweist in ihrer Dissertation darauf, daß bis 1950 die Sektionen Film, Jura und Wirtschaftswissenschaften noch als „im Aufbau befindlich“ beschrieben wurden¹⁷².

Trotzdem versuchte das Sekretariat der Zentralgesellschaft, die Sektionen dazu zu nutzen, um die Arbeit der Landesgesellschaften in bestimmte Richtungen zu lenken¹⁷³ - dieses sollte zu diesem Zeitpunkt zunächst noch aufgrund von personellen Engpässen scheitern. Das größte Problem bei der Einflußnahme waren dabei wohl die Defizite in der Zusammenarbeit zwischen den Orts- und Betriebsgruppen und den sogenannten Studienzirkeln.

¹⁷¹ SAPMO, DY 32, 2, Tätigkeitsbericht 1948/49.

¹⁷² Petersdorf, J.: Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S 290.

¹⁷³ Vgl. dazu ausführlich Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen... A.a.O., S. 144 ff.

1950 stellte die VOKS fest, daß folgende Punkte noch an der Arbeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion verbessert werden müßten¹⁷⁴:

Die Arbeit der Sektionen an sich sei zu schwach und „ (...) vor allem fehlen die wichtigsten Sektionen: Gesellschaftswissenschaften, Medizin, Biologie (...). Die Sektionen Theater, Musik usw. spielen eine nicht so wichtige Rolle (...), denn für die gute Arbeit sind folgende Grundbedingungen notwendig:

1. Das fachliche Interesse der Wissenschaftler muß vorhanden sein.
2. Der Sektion muß Material gegeben werden.
3. Die Korrespondenz muß zwischen den Sektionen der VOKS und der Gesellschaft organisiert werden.“¹⁷⁵.

Ebenfalls auf Vorschlag der VOKS wurde beschlossen, als Vorsitzenden einer Sektionen eine repräsentative Persönlichkeit zu wählen¹⁷⁶, d.h. eine Person, die „politisch unverdächtig“ war. Diese Maßnahme wurde schließlich in allen repräsentativen Bereichen der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion durchgesetzt und hatte letztendlich bis zum Ende der Gesellschaft Bestand. Doch ist dieses Phänomen nicht nur singulär in der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, sondern letztendlich in fast allen DDR-Massenorganisationen zu beobachten gewesen.

Die Gesellschaft kam den Wünschen der VOKS, die zu diesem Zeitpunkt über 14 Sektionen verfügte, in allen Punkten nach. Nach ihrem dritten Kongreß gründete die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion nach und nach die Sektionen Medizin, Pädagogik, Geographie, Politik, Biologie, Technische Wissenschaft, Ökonomie und Geschichte. Hinzu kam als organisatorischer Aspekt, daß man den brieflichen Austausch mit der entsprechenden Sektion der VOKS eine größere Priorität einräumte.

Ein anderes Problem ließ sich jedoch nicht so schnell beseitigen. Noch 1952 beklagten die Vorstände der Gesellschaft, daß es den Sektionen nicht gelungen sei, eine sinnvolle Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachverbänden, so etwa dem Schriftstellerverband, dem Verband Bildender Künstler in der DDR aufzubauen und in diesem Bereich Einfluß zu gewinnen. Der damit unternommene Versuch der Gesellschaft zum Studium der Kultur der

¹⁷⁴ So Kislova Denisov als Vertreterin der VOKS in einem Gespräch mit Ebert und Grünberg als Vertreter der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion.

¹⁷⁵ SAPMO, DY 32, 339, Protokoll.

¹⁷⁶ Ebd.,

Sowjetunion, ihren Einfluß auf Akademien und intellektuelle Verbände auszudehnen und so als Vermittler zwischen der VOKS und den Organisationen der SED zu fungieren, scheiterte. Es ist jedoch eine interessante Frage, ob das Scheitern dieses Unterfangens auf die Unfähigkeit der Sektionen oder aber auf den Unwillen der Akademien zurückzuführen ist. Eine Antwort hierauf wäre jedoch eine reine Spekulation, welcher an dieser Stelle nicht nachgegangen werden soll.

„Die Häuser sind ein Prunk“ Die Kulturhäuser der Gesellschaft

Die Sowjets waren offensichtlich schon früh der Meinung, daß es wichtig sei, der deutschen Bevölkerung Zugang zu Informationsmaterial über die Sowjetunion zu verschaffen. Am 17. November 1946 verabschiedete der Ministerrat der UdSSR den Beschluß Nr. 2498, der die Einrichtung eines Hauses der Kultur in Berlin vorsah. Die Eröffnung erfolgte am 25. Februar 1947, nachdem ein entsprechendes Anwesen gefunden worden war. Neben Mitarbeitern der SMAD, vor allem dem sowjetischen Leiter des Hauses, Dr. G.N. Golikov, waren auch Deutsche im „Haus am Kastanienwäldchen“ beschäftigt, so etwa der deutsche Direktor Walter Gerull-Kardas. Dabei handelte es sich offensichtlich ausschließlich um Kommunisten, wie der damalige Pressereferent Körbel später feststellte¹⁷⁷. Schon bald entwickelte das Haus eine große Aktivität. Insgesamt fanden im ersten Jahr 474 Vorträge und Diskussionen, vorwiegend zu Themen wie Alltag und Leben in der UdSSR sowie politischen Fragen, statt, häufig mit dem Kulturbund bzw. der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. Außerdem wurden Theaterstücke und Filme gezeigt und eine Bibliothek errichtet.

Das Haus der Kultur der Sowjetunion diente den Kulturhäusern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als Vorbild. Dabei folgte man folgender Struktur: Es gab eine Bibliothek, einen großen Saal für Theater- bzw. Filmvorführungen und große Veranstaltungen, mehrere kleine Räume die für die Arbeit von Studiengruppen, Lese- und/oder Schachzimmer bzw. als Sitzungszimmer genutzt wurden, eine Gaststätte und Ausstellungsräume. Hinzu kamen Büroräume, da die meisten Kulturhäuser auch als Geschäftsstellen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft genutzt wurden.

¹⁷⁷ Vgl.: Körbel, G.: „Das Haus am Kastanienwäldchen“. In: Im Zeichen des Roten Sterns, A.a.O., S. 515 ff.

Bis zum 31. März 1948 waren 41 Kulturhäuser eingerichtet worden, 1949 kamen drei Häuser in Berlin und mindestens 24 Clubräume in verschiedenen Orten hinzu, 32 Häuser befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Aufbau¹⁷⁸. Mit der Umgestaltung der Gesellschaft zur Massenorganisation kam die Forderung auf, die Häuser in Kulturzentren umzuwandeln, was auch in Angriff genommen wurde, gleichzeitig wurden der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion weitere Liegenschaften zugesprochen, so etwa Ferienwohnungen, die von Mitgliedern der Gesellschaft benutzt werden konnten und nicht zuletzt dazu dienten, die Attraktivität der Gesellschaft zu erhöhen.¹⁷⁹

Auch wenn die Häuser in erster Linie als Geschäftsstelle der Gesellschaft für DSF fungierten, kam ihnen doch eine wichtige Funktion zu. Durch die Errichtung der Häuser war es Ortsgruppen nun möglich, Veranstaltungen an einem Ort abzuhalten und auch befreundete Organisationen hinzuzuziehen. Daher übernahmen sie, so die Vertreter der Organisation, eine bedeutende Rolle für das lokale kulturelle und gesellschaftliche Leben¹⁸⁰, ein Anspruch, dem die Häuser durch die schwierige Situation der Nachkriegszeit tatsächlich zunächst erfüllen konnten.

Auch die Ausstattung bzw. der Neuaufbau von Bibliotheken wurde von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion/Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft organisiert, auch wenn diese Aufgabe vor allem in den vierziger und fünfziger Jahren nur schleppend zu bewältigen war. Insgesamt gab es 1950 123 Bibliotheken in den Kulturhäusern bzw. Clubräumen der Gesellschaft mit 40 959 Bänden (ein Durchschnitt von 333 Büchern pro Bibliothek)¹⁸¹.

Auch wenn es in den ersten Jahren sehr schwer war, die Bürger zur Mitwirkung in der Gesellschaft zu bewegen, legten Partei und die Vertreter der SMAD offensichtlich großen Wert auf eine überdurchschnittliche Ausstattung der Gebäude, wohl um den Erfolg der Politik der Sowjetunion und die Attraktivität ihrer Ideologie unter Beweis zu stellen. So konstatierte der Delegierte Weimann auf dem 2. Kongress am 1. Juli 1949: „Diese Häuser sind ein Prunk und stehen in keinem Vergleich zu den Ruinen hier draußen und den Leuten, die schlecht und ärmlich

¹⁷⁸ Vgl. Gieseke, J. A.a.O., S. 110.

¹⁷⁹ Vgl. Petersdorf, J.: A.a.O., S. 121.

¹⁸⁰ Vgl.: „*Ein Tag im Hause der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion in Weimar*“. In: Die Neue Gesellschaft Nr 5/6, 1948, S. 111 ff.

¹⁸¹ Vgl. Gieseke, J.: Von der Gesellschaft... A.a.O., S. 112.

gekleidet herumlaufen. Es gibt Menschen, die haben nur eine Hose und ein Hemd. Man fühlt sich ganz benommen. Aus diesem Grund sind die Häuser für das Volk.¹⁸²“

Insgesamt war diese Strategie durchaus erfolgreich, denn die Bedingungen zum Aufbau der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion waren tatsächlich überall dort besser, wo ein Kulturhaus zur Verfügung stand.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens bot die räumliche Einheit von Geschäftsstelle und Veranstaltungszentrum eine gute Ausgangsbasis, die Arbeit der Gesellschaft in Angriff zu nehmen. Zweitens erreichte man durch die attraktive Ausstattung auch Personen, die ansonsten ihren Weg in Häuser der Gesellschaft nicht gefunden hätten und schließlich war der Bedarf nach Informationen über die UdSSR real, was dazu führte, daß vor allem politisch und kulturell interessierte Deutsche bereitwillig das Angebot der Studiengesellschaft in Anspruch nahmen.

Die Ortsgruppen

Auch die Basis der Gesellschaft befand sich Anfang der fünfziger Jahre in einem konfusen Zustand. In der Anfangszeit war das wichtigste Organisationselement der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion die Ortsgruppe, deren Vorstände sich überwiegend aus lokalen Intellektuellen rekrutierten. Die Vertreter der Landesgesellschaften versuchten offensichtlich, möglichst viele Ortsgruppen ins Leben zu rufen und übersahen dabei, daß diese eine wirtschaftlich solide Basis brauchten, um effektive Arbeit leisten zu können. Hermann Werdau weist darauf hin, daß Ortsgruppen vor allem in ihrer Aufbauphase nicht selten den Charakter von „Privatvereinen des jeweiligen sowjetischen Kommandanten“ hatten¹⁸³.

Die meisten Ortsgruppen gründeten sich zunächst in den größeren Städten - das vorläufige Ziel war die Präsenz in allen Kreisstädten¹⁸⁴. Nach dem Schneeballprinzip sollten die bereits

¹⁸² Zit. nach Gieseke, J.: Von der Gesellschaft... A.a.O., S. 112.

¹⁸³ Werdau, H.: „Die Fiktion einer Freundschaft. Struktur und Aufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“. In: SBZ Archiv, Nr. 18/1953, S. 277-280.

¹⁸⁴ Hamacher, G.: Von den Anfängen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. A.a.O., S. 840.

gegründeten Ortsgruppen durch Werbung und Veranstaltungen dann weitere Gründungen initiieren und bei den Landesorganisationen eine finanzielle Stütze finden¹⁸⁵.

Die Größe der Gruppen konnte jedoch sehr unterschiedlich sein. So hatte die Ortsgruppe Schwerin 1948 als größte Ortsgruppe der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion schon 3000 Mitglieder, während es auch einige Ortsgruppen mit ca. 15 Mitgliedern gab, bei denen es sich wohl eher um Karteileichen handelte. 1948 beschrieb der Landessekretär der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt seine Arbeit in der Zeit vom 1. April bis 31. August 1948 folgendermaßen: „(...) Es macht sich der Umstand bemerkbar, daß man mit dem Aufbau der Gesellschaft im Lande Sachsen-Anhalt von dem Standpunkt ausging, möglichst viele Ortsgruppen ins Leben zu rufen, d.h. es wurde auch die kleinste Initiative aufgegriffen, um sofort eine Ortsgruppe zu gründen (...). Diese verloren (...) ihre Wirkung aber zu einem wesentlichen Teil nach dem ersten Anstoß, den sie von der Landesleitung erhielten, allmählich - zum Teil sogar ziemlich schnell (...). Bei einem so schnell durchgeführten Aufbau war es nicht möglich, immer diejenigen Kräfte ehrenamtlich oder hauptamtlich zu betrauen, die über das genügende Maß an geistiger Aufgeschlossenheit und persönlicher Initiative verfügten. Viele Besetzungen der Ortsgruppen mußten sich notwendigerweise als nicht günstig herausstellen“¹⁸⁶.

Die neu eingerichteten Häuser der Gesellschaft stellten dabei die Basis der organisatorischen Arbeit dar und waren damit auch die Zentren der Aktivitäten der Ortsgruppen. Die Gesellschaft war dabei in entschiedenem Maß auf die Unterstützung der SMAD angewiesen, da dieser bei der Beschaffung der Räumlichkeiten die entscheidende Rolle zukam. Im März 1948 gab es 42 Kulturhäuser, im März 1949 waren es immerhin schon 76¹⁸⁷.

Die Zusammenarbeit zwischen den Ortsgruppen und den übergeordneten Stellen gestaltete sich schwierig. Schon die ursprüngliche Planung der Zentralen Gesellschaft sah eine enge Zusammenarbeit mit zentralistischen Strukturen in Form von regelmäßiger Berichterstattung,

¹⁸⁵ Mark, H.: „*Einige praktische Hinweise*“. In: Die Neue Gesellschaft 2/1948, Heft Nr. 2, S. 69-74, hier S. 70.

¹⁸⁶ SAPMO, DY 32, 68, Zusammenfassender Bericht des Landesverband Sachsen-Anhalt über die Arbeit vom 1.4.1948 bis 31.8.1948.

¹⁸⁷ Vgl. Mai, J.: „*Von den Anfängen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion - ihre fördernde Rolle beim Erlernen und Anwenden der russischen Sprache in den Jahren 1947-1949*“. In : Fremdsprachenunterricht 31/1987, Heft Nr. 6, S. 290-293, hier 292.

Kontrollen durch Vertreter der Landesgesellschaften und die Vorlage aller in den Ortsgruppen verwendeten Redemanuskripte und Materialien an übergeordnete Institutionen vor¹⁸⁸.

In der Praxis erwies sich die Einführung derartig hierarchischer Kontrollmechanismen auch hier problematischer als die Planung es vorsah. Aus dem Rechenschaftsbericht des Landesverbandes Sachsen-Anhalt von 1948 geht hervor, daß die Gesellschaft „auch heute noch mit einer ganzen Anzahl von Schwierigkeiten und auch Schwächen organisatorischer sowie ideologischer Art zu kämpfen“ hatte. In Bezug auf die Jahreshauptversammlung wird beschrieben, „daß die Anteilnahme der Mitgliedschaft an diesen, für das Leben der Organisation repräsentativen, einmal im Jahr stattfindenden Versammlungen teilweise sehr gering war. An vielen Orten war nicht einmal die Hälfte der Mitglieder (...) erschienen.“¹⁸⁹.

Am 22. März 1948 meldete der Landesverband die Lösung dieses Problems. Man erlegte den Ortsgruppen die Führung von Anwesenheitslisten auf. Mitglieder, die den Versammlungen mehrmals fernblieben, wollte man durch folgende Maßnahmen wieder für die aktive Mitarbeit in der Gesellschaft gewinnen:

- “1. Aufforderung an je zwei bis vier dieser Mitglieder, an Vorstandssitzungen teilzunehmen.
2. Aufforderung, in geeigneter Form, zu einer Rücksprache das Sekretariat aufzusuchen.
3. Persönlicher Besuch durch Vorstandsmitglieder bei diesen nichtaktiven Mitgliedern, zwecks Rücksprache über den Grund der Inaktivität“¹⁹⁰.

Diese Maßnahmen kamen übrigens in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bis zum Ende der achtziger Jahre als adäquates Mittel zur Mitgliederremobilisierung zur Anwendung.

Als Grund für die Zurückhaltung der Bevölkerung, sich aktiv in der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu engagieren, gab man an, daß die Organisation einiger Veranstaltungen das Publikum - aufgrund des geringen Niveaus und der schlechten Organisation - enttäuscht habe und daß teilweise nicht die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung gestanden hätten. Die Tatsache, daß viele Menschen noch mit dem Wiederaufbau des eigenen Umfeldes beschäftigt waren und weder an Kultur an sich noch der Sowjetunion überhaupt Interesse hatten,

¹⁸⁸ Kuczynski, J.: Aus den Anfängen. A.a.O., S. 165.

¹⁸⁹ SAPMO, DY 32, 68, Rechenschaftsbericht des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der Gesellschaft über die Arbeit der Gesellschaft von der Gründung bis zum 1. April 1948.

¹⁹⁰ Ebd., S. 2.

fiel bei der Analyse allerdings unter den Tisch - so etwas hätte keinesfalls in das Bild der Funktionäre gepaßt und auch nicht passen dürfen.

Die Betriebsgruppen

Betriebsgruppen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durften dann gegründet werden, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt wurden und sind, falls die Angaben der Gesellschaft zutreffen, schon seit Oktober 1946 entstanden.

Der Generalsekretär verkündete in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1948/1949, daß am 31. März 1949 673 Betriebsgruppen existiert hätten. Diese Zahlen überraschen, vergleicht man sie mit den Zahlen, welche von den einzelnen Ländern noch 1948 genannt werden. (vgl. Tabelle 3)

Bei den Zahlen von 1949 ist allerdings wohl davon auszugehen, daß es sich um Wunschdaten bzw. Zielvorgaben handelt, welche die Landesgesellschaften für sich verbuchen wollten¹⁹¹.

Die ursprüngliche Satzung vom November 1947 stellte die Betriebs- bzw. Wirkungsgruppen den Ortsgruppen gleich. Doch die Praxis zeigte schon schnell, daß sich zwischen den Betriebs- und Ortsgruppen die Zusammenarbeit so gestaltete, daß eine Zusammenlegung des organisatorischen Bereiches sinnvoll erschien. Besonders in den Orten, die noch nicht über starke Betriebsgruppen verfügten, konnten die Ortsgruppen Einfluß in die Betriebe nehmen und auch so ein stärkeres Engagement für die Interessen der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion bewirkt werden. Wie schwierig der Aufbau der Ortsgruppen war, beschreibt der Leiter des Landesverbandes Berlin, Lindner, in einer Notiz vom 17. Dezember 1948. Das größte Problem sei es, „daß die Entwicklungsfähigkeit der Abteilung Betriebe durch das Fehlen von jeder finanziellen und ideellen Unterstützung stark behindert ist“. Es gäbe weder Informations- und Werbematerial, welches dem Arbeiter bei der Suche nach Argumenten gegen gegnerische Kreise Unterstützung liefere, „die er allein nicht findet“. „(...) Veranstaltungen

¹⁹¹ Vgl. SAPMO, DY 32, 59, Arbeitsbericht Brandenburg 1947-52, Blatt 4; Danach registrierte man im Frühjahr 1948 in Brandenburg „als erste Betriebsgruppe“ das Stahlwerk Henningsdorf.

musikalischer Art sind nur durchführbar, wenn die betreffenden Betriebe selbst in der Lage sind, diese zu bezahlen. Wir (...) müssen uns ständig sagen lassen: „andere Organisationen bringen uns das kostenlos“¹⁹².

Tabelle 3: Betriebs-bzw. Wirkungsgruppen 1948 und 1949¹⁹³

Land	1. April 1948	31. März 1949
Gesamt	2	673
Berlin	-	60
Brandenburg	1	31
Mecklenburg	-	211
Sachsen	-	241
Sachsen-Anhalt	1	68
Thüringen	-	62

Über die Zusammensetzung der Betriebe, die sich zu Betriebsgruppen zusammenschlossen, ist nur wenig bekannt. Nach Petersdorf bildeten die Schwerpunkte der Produktionsbetriebe die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) und Volkseigenen Betriebe (VEB), die Mehrzahl der Betriebsgruppen waren jedoch offensichtlich im Bereich der staatlichen Exekutive angesiedelt¹⁹⁴. Am 31. März 1949 gab es nachweisbar Betriebsgruppen in elf „Schwerpunktbetrieben“, 101 in volkseigenen Betrieben und 129 Gruppen im Bereich „Verwaltung, Schulen und Polizei“¹⁹⁵.

Nicht übersehen darf man im Zusammenhang mit der Arbeit der Betriebsgruppen, daß diese auf politischer Ebene keineswegs unumstritten waren. Mitte März 1949 beschloß das Politbüro u.a., die Bildung von Betriebsgruppen der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu unterbinden. Die Gesellschaft fügte sich offiziell und verkaufte diesen Beschluß als Ergebnis eigener Überlegungen. Der Vorstand veranlaßte daraufhin, Mitglieder der

¹⁹² SAPMO, DY 32, 757, Aktennotiz Lindner vom 17.12.1948.

¹⁹³ zitiert nach Gieseke, J.: Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 74.

¹⁹⁴ Petersdorf, J. Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 36. Und SAPMO, DY 32, 12, Tätigkeitsbericht 1948.

¹⁹⁵ Ebd.,

Gesellschaft, die zu einer Betriebsbelegschaft gehörten, zukünftig den Ortsgruppen zuzurechnen und benannte die Betriebsgruppen in Wirkungsgruppen um¹⁹⁶.

Erst am 9. August 1949 konnte sich die SED dazu durchringen, nun auch Betriebsgruppen als Organisationseinheiten der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zuzulassen und hob den Märzbeschuß auf, nicht zuletzt deshalb, weil es zu diesem Zeitpunkt schon mehrere hundert Betriebsgruppen gab¹⁹⁷.

Die ablehnende Haltung, der die Gesellschaft besonders in den Betrieben ausgesetzt war, erfuhr erst nach ihrem zweiten Kongreß und der Namensänderung in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ eine Veränderung. Dies ist unter anderem auf neue Strategien zurückzuführen, die bei dem Versuch, besonders die Industriearbeiterschaft für die Gesellschaft zu gewinnen, verfolgt wurden. Hier spielte vor allem der angestrebte Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und russischen Arbeitskollegen eine Rolle¹⁹⁸, man forcierte aber auch kulturelle Veranstaltungen, die sich überwiegend mit dem Leben und der Arbeit sowjetischer Arbeiter auseinandersetzen sollten. Außerdem initiierten die Vertreter der Gesellschaft in den Betrieben die Erstellung von Wandzeitungen und den Vertrieb populistisch aufgemachter Magazine, da Publikationen wie „Die Neue Gesellschaft“ und die „Sowjetwissenschaft“ kaum gelesen wurden. Dies entsprach wohl auch mehr den Wünschen der Arbeiter, obwohl persönliche Treffen zwischen den Arbeitern beider Staaten weiterhin nur äußerst schleppend möglich wurden, nicht zuletzt deshalb, weil die VOKS keinerlei Interesse an nicht steuerbaren, spontanen Kontakten hatte. Erst der erste deutsch-sowjetische Freundschaftsmonat im Herbst 1949 stellte, natürlich organisierte, Kontakte zwischen ostdeutschen und sowjetischen Arbeitern her, so z.B. den Kontakt zwischen hundertfünfzig deutschen und sechzig sowjetischen Ingenieuren und Technikern im Kabelwerk Ostspree¹⁹⁹.

¹⁹⁶ SAPMO, DY 32, 115, Das Zentralsekretariat an die Gesellschaft am 15.3.1949.

¹⁹⁷ Hartmann, A. und Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 94. Kuczynski hielt in seinem Rechenschaftsbericht von 1948 für den Zeitraum zwischen dem 1. April und dem 30. September 1948 813 Betriebsversammlungen fest, die angeblich von über 150 000 Besuchern aufgesucht wurden. Vgl. SAPMO, DY 32, 399, Lothar Dralle dagegen verweist auf das Verbot der Betriebsgruppen und ihre Umbenennung, versäumt es aber an dieser Stelle zu erwähnen, daß es sich nur um eine kurzfristige Entscheidung der SED handelte, die schon ein halbes Jahr später revidiert wurde. Vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen... A.a.O., S. 157.

¹⁹⁸ Petersdorf, J.: Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 85.

¹⁹⁹Vgl. ebd., S. 127.

2.4 Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Ein neuer Name

Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion war, wohl nicht zuletzt durch ihren Namen, welcher schon die Ausrichtung auf „Studium“ und „Kultur“ anzeigte, vor allem für Vertreter der Intelligenz attraktiv. Dies spiegelt sich auch in der Besetzung der Landesvorstände wider, in denen Schriftsteller und Wissenschaftler dominierten. Durch eine Änderung des Namens hofften die sowjetischen Vertreter aber auch die der SED, die bestehende soziale Blockade gegenüber der Sowjetunion in der deutschen Bevölkerung zu mildern und die Gesellschaft für die Massen attraktiver zu machen. Kuczynski erinnerte sich später, die Umbenennung in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ sei von den sowjetischen Stellen vorgeschlagen worden²⁰⁰. Dies ist anhand der Akten nicht eindeutig zu klären, jedoch erscheint es durchaus logisch, daß der Sowjetunion bei der Umbenennung der Gesellschaft eine wichtige Rolle zukam.

Hinzu kamen außerdem die politischen Veränderungen im politischen System der DDR, welche sich von allem in der Umgestaltung der SED zu einer „Partei neuen Typus“ ausdrückten, die Abwendung von der Programmatik früherer Jahre bedeutete und ebenfalls auf die Gesellschaft wirkten²⁰¹.

Auf der 2. Jahreskonferenz der Gesellschaft am 1. Juli 1949 erfolgte der Beschluß, die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ umzubenennen²⁰².

²⁰⁰ Kuczynski, J.: Aus den Anfängen einer großen Freundschaftsbewegung. A.a.O., S. 151.

²⁰¹ Vgl. dazu Weber, H.: Geschichte der DDR. A.a.O, S. 123 ff.

²⁰² In der Literatur findet sich auch noch der Begriff „Zweite Zonenkonferenz“. Vgl. dazu: „Freunde für immer“. In: Die neue Gesellschaft. A.a.O., S. 6 ff.

Interessant ist es, daß Kuczynski sich offensichtlich der Zustimmung der Delegierten zur Namensänderung nicht sicher war und daher keine offizielle Abstimmung, welche eine Zweidrittelmehrheit erfordert hätte, durchgeführt wurde²⁰³. Um eine Mehrheit für diesen Beschluß sicherzustellen bediente Kuczynski sich eines Rechenricks, denn er ließ deutlich mehr Abgeordnete zur Teilnahme an der Konferenz zu, als ursprünglich vorgesehen zu²⁰⁴, erkannte aber, ganz gemäß den Statuten, nur 104 Delegierte als stimmberechtigt an. Damit war die Zustimmung der entsprechenden Anzahl Delegierter sichergestellt und die Namensänderung konnte problemlos erfolgen.

Massen begeistern, Mitglieder gewinnen....

Schon im Januar 1949 hatte die SED auf der 1. Parteikonferenz die Umgestaltung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur Massenorganisation vorgeschlagen und ihre Führungsrolle gegenüber der Gesellschaft damit auch nach außen hin deutlich gemacht. Auch Kuczynski als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft setzte sich mit einer neu zu definierenden Rolle der Gesellschaft auseinander. Auf der Halbjahrestagung des Gesamtvorstandes der Gesellschaft am 25. und 26. Oktober 1948 stellte er fest, daß das Auftreten der Gesellschaft zu defensiv erscheine und man es unterlasse “darauf hinzuweisen, daß die Grundprinzipien und Grundtendenzen der Entwicklung Deutschlands die gleichen sein müssen wie in der Sowjetunion. (...) Wir bringen keineswegs klar genug in unserer Arbeit die Tatsachen heraus, daß man den Fortschritt unserer deutschen Entwicklung in der gegenwärtigen Situation auf ideologischem Gebiet in erster Linie zu messen hat an dem Verhalten des Einzelnen und jeder Schicht zur Sowjetunion (...)“²⁰⁵. Entsprechend mußte es das

²⁰³ Vgl. Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen... A.a.O. S. 312 ff.

²⁰⁴ Petersdorf nennt 700 Delegierte, vgl. Petersdorf, J.: Die Rolle der Gesellschaft. A.a.O., S. 104; Die Mandatsprüfungskommission dagegen spricht von 324 Delegierten, die restlichen 220 Delegierten stufte sie nur als Gäste ein. Vgl. dazu: „Bericht der Mandatsprüfungskommission“. In: Die neue Gesellschaft. A.a.O., S. 173 ff.

²⁰⁵ SAPMO, DY 32, 4, Aufgaben und Arbeit unserer Gesellschaft in der gegenwärtigen Situation, Rede des Präsidenten auf der Halbjahrestagung des Gesamtvorstandes am 25. und 26. Oktober 1948. Blatt 18 ff. Die Rede wurde außerdem abgedruckt in: Die neue Gesellschaft Nr. 11/1948, S. 5-11 und 44-149.; Vgl.:

erklärte Ziel der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sein, neue Mitglieder für ihr Anliegen zu begeistern. Zu diesem Zweck spannte die Gesellschaft schließlich sogar andere Massenorganisationen der DDR, wie etwa die FDJ, ein, indem sie sich z.B. zusammen mit der FDJ an die Jugend wandte und diese aufforderte, in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einzutreten²⁰⁶. Dazu kam der Aufruf, einen „Monat für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ abzuhalten sowie die Ernennung Wilhelm Piecks zum Ehrenpräsidenten der Gesellschaft²⁰⁷.

Immerhin ließen sich so langsam Erfolge verbuchen und Anfang 1950 hatte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft schätzungsweise 100 000 Mitglieder. In der „kritischen Einschätzung zum Abschlußbericht des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ wurde festgehalten, „daß die Gesellschaft es verstanden hat, die günstige politische Situation, entstanden durch

- a) die Änderung des Namens der Gesellschaft
- b) die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
- c) das Begrüßungstelegramm Generalissimus Stalin an den Präsidenten und Ministerpräsidenten der DDR mit ihrer Werbearbeit in Verbindung zu bringen.²⁰⁸

Als besonders effektive Werbemaßnahme im Zuge der Kampagne der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ist die Einfuhr sowjetischer Landmaschinen zu sehen, welche die „freundschaftliche Hilfe“ seitens der Sowjetunion für die Deutschen real spürbar machen sollte. Doch vor allem war die eigentliche Ursache für den Gewinn so vieler Mitglieder wohl darin begründet, daß die Mitgliedschaft in der Gesellschaft für die Bevölkerung der DDR

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Landessekretariat Mecklenburg (Hrsg.): Freundschaft mit der Sowjetunion als nationale Existenzfrage. o.O., (1949), o.J. (1949).

²⁰⁶ In dem Aufruf der DSF und der FDJ an die deutsche Jugend hieß es: „Mädels und Jungen! Schließt euch der großen, ständig wachsenden Gemeinschaft der Freunde der Sowjetunion an! Es genügt nicht, sich nur mit Worten zur Freundschaft mit der Sowjetunion zu bekennen (...). Werdet darum Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und besucht die Kulturhäuser.“ In: 40 Jahre DSF. A.a.O., S. 8. Vgl. Neues Deutschland vom 1.11.1949, S. 2.; Vgl. : Für ein neues, freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion (1945-1949). Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. (propagandistische Veranstaltung des Zentralvorstands der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft). Berlin (Ost) 1989.

²⁰⁷ Wilhelm Piek (1876 - 1960) war als anerkannter Kämpfer für den Kommunismus ab 1947 maßgeblich an der Umgestaltung der SED zur Partei nach stalinistischem Vorbild beteiligt und wurde im Oktober 1949 zum Präsidenten der DDR gewählt. Vgl. Petersdorf, J.: Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 123 f.; Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen... A.a.O., S. 340 f.

²⁰⁸ SAPMO, DY 32, 432, Kritische Einschätzung zum Abschlußbericht des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft. November/ Dezember 1949.

obligatorisch wurde, da sie einen positiven Vermerk in den Kaderakten bewirkte und als Mindestmaß gesellschaftlichen Engagements gewertet wurde. Insofern waren Kollektivbeitritte und Selbstverpflichtungskampagnen in der Expansionsphase der Gesellschaft die Regel. In die Gesellschaft trat ein, wer dem Druck der ihn umgebenden Institutionen nachgab und es aus persönlichen Aufstiegs- oder auch Nicht-Abstiegs-Wünschen für opportun hielt, sich zur Freundschaft zur Sowjetunion zu bekennen²⁰⁹.

Damit war es der Gesellschaft schließlich gelungen, sich als Massenorganisation im gesellschaftspolitischen System der DDR zu etablieren, doch mußten erneut innere Umstrukturierungen in Angriff genommen werden. So fällt in diese Zeit gleichfalls der Aufbau der Sekretariate der Landesgesellschaften, die sprachliche Gleichschaltung der Gesellschaft sowie die Organisation der Kader.

²⁰⁹ Vgl. Eggeling, W. und Hartmann, A. : Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 31 und Gieseke, J.: Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 156 ff.

2.5 Zwischenbilanz

Die Koordinierung des Aufbaus der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion/Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sowie die organisatorische Aufbauphase an sich dauerte bis 1949. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Koordinierung der politischen und ideologischen Inhalte und auch der strukturellen Gleichschaltung der verschiedenen Landesgesellschaften.

Der Versuch, eine Gesellschaft aufzubauen, die das Studium der Kultur der Sowjetunion zum offensichtlichen Anliegen aller Deutschen machen sollte, war nicht erfolgreich.

Denn schon die Ausgangslage an sich war äußerst ungünstig, da die Einstellung der Bewohner der SBZ gegenüber den Sowjets Ende der vierziger Jahre per se negativ war.

Die Idee einer Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion scheiterte zunächst in der Praxis an schwerwiegenden Organisationsproblemen, der völlig zusammengebrochenen Infrastruktur in der SBZ und den noch immer nicht abgebauten Vorbehalten großer Bevölkerungsteile gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht.

Gleichzeitig spiegelt die Gründungsphase der Gesellschaft jedoch auch das Interesse und das Engagement wider, mit welchem die Vertreter der sowjetischen Verwaltung die Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft verfolgten bzw. unterstützten, ein Interesse, welches bis in die achtziger Jahre bestehen blieb.

Die Initiative zur Gründung einer Gesellschaft, welche sich ausschließlich mit der sowjetischen Kultur und damit unterschwellig der Propagierung der Sowjetunion befassen sollte, ging eindeutig von der sowjetischen Verwaltung aus. Schon die Zielvorgaben der Sowjets bei der Gründungsversammlung macht deutlich, daß es von Anfang an geplant war, die Gesellschaft als Massenorganisation zu strukturieren und als Mittel zur ideologischen Indoktrination der Deutschen einzusetzen. Insofern kann die sowjetische Initiative zur Gründung einer Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion als Weiterführung der von der SMAD- Informationsverwaltung geförderten Propaganda der Popularisierung der Sowjetunion mit anderen Mitteln angesehen werden. Dabei sollten zunächst Intellektuelle gewonnen werden, bevor man das Engagement auf die gesamte Bevölkerung der SBZ/DDR ausdehnte.

So befand sich die Gesellschaft schon mit ihrer Gründung in dem Konflikt, auf der einen Seite den Interessen der Sowjets dienen zu müssen, auf der anderen Seite jedoch als deutsche

Institution in der SMAD/DDR mit deutschen Mitgliedern angesiedelt zu sein. Schon zu diesem Zeitpunkt mußte sie letztendlich beiden Seiten gerecht werden, um ihre Position im politischen System der DDR zu verteidigen.

Demgemäß kann man feststellen, daß es der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion nicht gelungen ist, den Anspruch, eine Organisation für die ganze Bevölkerung zu sein, umzusetzen, auch wenn sie durch den sowjetischen Verwaltungsapparat deutliche Unterstützung erfuhr.

Auch die Zusammenarbeit auf der Landesebene im organisatorischen Bereich war zu Anfang nicht sehr ausgeprägt. So war es schwierig, einheitliche, demokratisch-zentralistische Strukturen auf allen Ebenen in der SBZ/DDR zu etablieren, was nicht zuletzt auf mangelnde organisatorische Qualifikationen der Beteiligten zurückzuführen ist. Entsprechend gab es teilweise gravierende Unterschiede zwischen dem Organisationsgrad der einzelnen Landesgesellschaften. Für die Kontrolle der Arbeit einer Institution derartigen Ausmaßes war es jedoch unumgänglich, hierarchisch-zentralistische Strukturen zu etablieren, wollte man die Steuerung der Gesellschaft auf allen Ebenen sicherstellen.

Der große Einfluß der Sowjets zeigt sich hier u.a. darin, daß die Position des Generalsekretärs der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion nicht zur Diskussion stand. Kuczynskis Rolle von den Sowjets schon im Vorfeld zugewiesen wurde und damit nicht in Frage gestellt werden konnte. Interessant ist es hier, daß die sowjetische Seite zu diesem Zeitpunkt offensichtlich daran interessiert war, ihren Einfluß bei der Gründung einer solchen Gesellschaft zu verschleiern und formal eine deutsche Initiative forcierte. Der Grund hierfür ist wohl vor allem in den Ressentiments der Deutschen gegenüber den Sowjets zu suchen, aber auch darin, daß die Sowjetunion mit dem sich verschärfenden ideologischen Konflikt mit dem Westen ein Interesse daran hatte, die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur Politik der Sowjetunion unter Beweis zu stellen.

1948 änderte sich das Interesse der Gesellschaft mit dem Kurswechsel der SED. Im Zuge des Kalten Krieges war es die vorrangige Aufgabe der Gesellschaft, möglichst viele Deutsche zu einem Bekenntnis zur sowjetischen Politik zu bewegen. Unterstützung fand diese Propaganda in der Lancierung sowjetischer Produktionsmethoden vor allem im landwirtschaftlichen Bereich. Parallel dazu erfolgte der Aufbau einer regelmäßigen Betriebsarbeit, welche sich in der

Initiierung von Betriebsgruppen äußerte. Dieses Vorhaben gestaltete sich jedoch schwierig, da die Arbeiterschaft wenig Interesse an der Gesellschaft zeigte.

Der zweite Kongreß der Gesellschaft stellt vor diesem Hintergrund einen Wendepunkt in der Geschichte der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion dar. Der wohl wichtigste Schritt war die hier vollzogene Namensänderung in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ und ihre Statusänderung zur Massenorganisation. Durch massive Kampagnen gelang es, in kürzester Zeit die Mitgliederzahlen zu versechsfachen²¹⁰. So konnte die Gesellschaft zwar schon nach kurzer Zeit einerseits auf einen immensen Mitgliederzuwachs verweisen, andererseits jedoch stand sie damit jedoch vor großen organisatorischen Problemen. Schon nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß es, besonders durch die Unterstützung von sowjetischer Seite, zwar gelungen war, nominell die Mitgliederzahlen zu erhöhen, diese Mitglieder waren jedoch selten daran interessiert, sich aktiv für die Arbeit der Gesellschaft einzusetzen.

Insofern entspricht auch die Gründungsphase der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion/Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durchaus dem Muster, welches den Transformationsprozeß der SBZ/DDR steuerte.

²¹⁰ Vgl. Gieseke, a.a.O., S. 170.

III. Kapitel

Die Zweite Phase: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als Massenorganisation in der DDR

3.1. Die Etablierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als Massenorganisation in der DDR

Nur eine unter Vielen

Die Zeit nach der Aufbauphase der Gesellschaft bis in die Mitte der siebziger Jahre kann als Etablierungsphase der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft angesehen werden, in welcher sich die Gesellschaft weiter auf die Partei ausrichtete, schließlich endgültig als Massenorganisation etablierte und ihren Platz in der Gesellschaft der DDR einnahm.

So war es ihr bis zum Ende der sechziger Jahre gelungen, fast fünf Millionen Mitglieder zu erfassen, zehn Jahre später sollten es fünfeinhalb Millionen sein, welche als Mitglieder der Gesellschaft für DSF aufgeführt wurden. Auch die Aktivitäten der Gesellschaft für DSF fanden nun in einem geordneten Rahmen statt und wurde vor allem von Megaereignissen wie der „Woche der DSF“ oder großen Propagandakonferenzen getragen, die häufig in Zusammenarbeit mit anderen Massenorganisationen ausgerichtet wurden. Dazu gehörte u.a. die Zentrale Agitationskonferenz in Berlin im April 1954, die Zentrale Propagandistentagung zur Erforschung der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Juni 1957, die Konferenz der Literaturpropagandisten im April 1967²¹¹, 1972 die Theoretische Konferenz der Gesellschaft für DSF in Erfurt zum Thema „Fünfzig Jahre UdSSR und Fragen des Antikommunismus in der Gegenwart, aber auch die Konferenz des Zentralvorstandes der DSF in Magdeburg zum Thema „Die Bedeutung der sozialistischen ökonomischen Integration und die sich daraus ergebenden Aufgaben der DSF“ von 1973.

²¹¹ Diese erfolgte in Zusammenarbeit mit der Urania, dem FDGB und dem Kulturbund.

Um dem Anspruch der minimal geforderten kritischen Auseinandersetzung mit den sowjetischen Arbeitsmethoden gerecht zu werden, rief die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den fünfziger Jahren zur Bildung von Zirkeln auf, die das Publikationsorgan der Gesellschaft, die „Presse der Sowjetunion“ bzw. hier behandelte Themen regelmäßig diskutieren sollten²¹². Anfang der sechziger Jahre wurden diese Diskussionen noch weiter forciert und weitere Zirkel gegründet. So forderten z.B. der VEB Elektrogerätewerk Gornsdorf sowie der VEB Mansfeld-Kombinat „Wilhelm Pieck“ in Eisleben 1961: „Bildet in Euren Betrieben Zirkel zum Studium und zur Auswertung der „Presse der Sowjetunion“! (...) Laßt uns, gestützt auf die fortgeschrittensten Erfahrungen der Sowjetunion, die eigenen schöpferischen Leistungen erhöhen, die uns noch schneller voranbringen. So setzen wir am wirkungsvollsten die deutsch-sowjetische Freundschaft in die Tat um“²¹³.

Hier spiegelt sich eine thematische Veränderung wider, die sich nicht nur innerhalb der Gesellschaft für DSF, sondern in der gesamten Gesellschaft der DDR vollzog. Waren es in der Zeit von 1947 bis 1951 die Probleme der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung der DDR-Gesellschaft und ab 1952 die verschiedenen Aufgaben des „Übergangs zum Sozialismus“, so rückte Ende der fünfziger Jahre die Umformung der Menschen im Sinne einer „sozialistischen Ideologie“ in das Interesse der SED, welches zuallererst den Funktionären der Partei und der Massenorganisationen vermittelt werden sollte²¹⁴.

Damit kam den Massenorganisationen eine besonders wichtige Rolle zu, denn durch sie war es der Partei möglich, auf das gesellschaftliche Leben in der DDR erheblichen Einfluß zu nehmen. Doch gleichzeitig kam es so zum Aufbau eines Spannungsverhältnisses zwischen den Massenorganisationen und der Partei. Durch die Aufgabe, die Politik der SED in die durch die Massenorganisationen organisierte Bevölkerungsgruppe zu tragen und der originären Funktion die Interessen der Mitglieder zu vertreten, kam es zu Reibungen zwischen beiden Institutionen, die sich bis zum Ende der DDR 1989 verschärfen sollten.

²¹² Ebert, F.: In fester Freundschaft mit der Sowjetunion - vorwärts für Frieden, Demokratie und Fortschritt. Rechenschaftsbericht des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an den 5. Kongreß (vom 8. bis 10. Dezember 1955 in Berlin). Berlin (Ost) 1956; Rosanow, G.: „Die Tätigkeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“. In: Anderle, A.; Gorski, G. und Herdeen, H.: Zwei Jahrzehnte deutsch-sowjetische Beziehungen 1945-1965. Beiträge des Institutes für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther Universität Halle. Berlin (Ost) 1965; Zur Arbeit der Zirkel Vgl.: Heutehaus, K.: „Die Aufgabe der Zirkel zum Studium der Presse der Sowjetunion bei der Durchsetzung des wissenschaftlich - technischen Fortschritts“. In: PdSU, Nr. 152/1959, Sonderbeilage.

²¹³ Vgl.: 40 Jahre DSF. A.a.O., S 10.

²¹⁴ Vgl. dazu: Weber, H.: Die Geschichte der DDR. A.a.O., S. 208 ff.

Offensichtlich war jedoch die Gesellschaft für DSF für die SED auch nur eine Massenorganisation in der DDR unter vielen anderen, der man als Propagandainstrument eine untergeordnete Bedeutung beimaß. Ein Indiz dafür war nicht nur das geringe „Aufsehen“, welches die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihre Aktivitäten in diesem Zeitraum real erregte, sondern auch die Besetzung des Präsidentenamtes der Zentralen Gesellschaft mit Nicht-SED-Mitgliedern seit 1963²¹⁵.

Doch schon zu diesem Zeitpunkt war der Gesellschaft für DSF wie einigen anderen Massenorganisationen und den Blockparteien der DDR sämtliche Eigenständigkeit abhanden gekommen.

Vor allem stand nun die Unterstützung der Partei im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Der bis dahin aufrechterhaltene Schein von Pluralität im Parteiensystem und die Vielfältigkeit der Massenorganisationen kam immer mehr abhanden. Gleichzeitig war die DDR so eng an die Sowjetunion gebunden, daß der propagierte Freundschaftsgedanke der Gesellschaft für DSF omnipräsent war und weniger einer eigenen Organisation bedurfte. Damit wurde auch die Bedeutung der Blockparteien und Massenorganisationen als Transmissionsriemen der SED immer geringer.

Wie eng jedoch umgekehrt die Bindung der Gesellschaft für DSF an die Partei war, spiegelt die willige Übernahme der Parteitermini und Darstellungen wider, derer sich der Vorstand der Gesellschaft bediente.

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den siebziger Jahren

Die Rolle der Gesellschaft für DSF im sozialen und politischen System der DDR wurde jedoch in der Mitte der siebziger Jahre wieder maßgeblich gestärkt. Der Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR“ vom 7. Oktober 1975 war ein völkerrechtliches Instrument geschaffen, welches die Bindung der DDR an die Sowjetunion vertiefen sollte. In ihm verpflichteten sich die Vertragsunterzeichner, ihre Beziehungen bis über das Jahr 2000 hinaus in politischen, wissenschaftlichen, ökonomischen,

²¹⁵ Zu den Präsidenten und ihrer Parteizugehörigkeit s. Anhang

technischen und kulturellen Gebieten zu vertiefen und sich auch auf außenpolitischer Ebene noch enger abzustimmen.

Schon drei Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages fand die 4. Tagung des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft statt, in dem ein Schreiben an Honecker erarbeitet wurde, in welchem es hieß: „Wir begrüßen aus vollem Herzen den Abschluß des neuen Vertrages über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ zwischen der DDR und der UdSSR. Durch dieses historische Dokument wird unser unzerstörbarer Bruderbund mit dem Lande Lenins auf eine neue, qualitativ höhere Stufe gehoben, werden die Beziehungen der engen, unverbrüchlichen Freundschaft, der brüderlichen gegenseitigen Hilfe weiter gefestigt und vertieft, wird die Gemeinsamkeit unserer beiden Staaten in ihrer ganzen Vielfalt zu neuen Dimensionen geführt. Der neue Vertrag (...) ist uns Anlaß, mit noch größerem Schwung, Einsatz und Ideenreichtum die weitere Annäherung unserer Völker, die brüderlichen Kontakte und Beziehungen zwischen den Werktätigen beider Länder zu fördern, die Gemeinschaft mit dem Sowjetvolk in den Herzen aller Bürger für immer fest zu verankern“²¹⁶.

Damit war die Richtung für eine weitere grundsätzliche Orientierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vorgegeben. Da man den geschlossenen Vertrag als Indikator für die Entwicklung des Zusammenhalts beider Länder auf einer neuen, qualitativ höheren Stufe ansiedelte, wurde damit gleichzeitig die Gesellschaft für DSF aufgewertet. Interessant ist es, daß Formulierungen benutzt wurden, welche beide Staaten durchaus auf einen gleichwertigen Level hoben, indem man z.B. betonte, Gemeinsamkeiten seien in ihrer ganzen Vielfalt zu neuen Dimensionen geführt worden. Damit implizierte man indirekt, daß das herrschende Regime davon ausging, daß nicht nur die Bevölkerung der DDR von dieser Freundschaft profitieren würde, sondern dies auf Gegenseitigkeit beruhe.

Trotzdem blieb das zentrale Element der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft die ideologische Indoktrinierung der Bevölkerung. Um dies zu sichern, beschloß das Sekretariat des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einen speziellen Plan für die Weiterentwicklung der Freundschaftsbeziehungen und der Propagierung des sozialistischen Fortschritts in der UdSSR. In den Mittelpunkt der politisch-ideologischen Arbeit

²¹⁶ Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft: 4. Tagung des Zentralvorstandes der Gesellschaft für DSF. Sonderdruck. O.O. Berlin (Ost), O.J. (1975) S. 2.

der Gesellschaft rückte daher die Überlegung, die Bedeutung des Vertrages eng an die bevorstehende „Volksaussprache“ über die Dokumente für den angesetzten IX. Parteitag der SED, besonders aber an den Entwurf des neuen Parteiprogramms, zu binden.

Basierend auf der Grundlage gemeinsamer Empfehlungen, welche im Dezember 1975 vom Sekretariat des Zentralvorstands der Gesellschaft für DSF gemeinsam mit dem Sekretariat des Nationalrates der Nationalen Front der DDR herausgegeben wurden, entwickelte sich im Rahmen der Gesellschaft eine rege Vortragstätigkeit, deren Zweck es war, die Bedeutung des Freundschaftsvertrages umfassend zu erläutern und die „korrekte“ Interpretation zu vermitteln²¹⁷. Die zu diesem Zeitpunkt getroffene Entscheidung, Referentenkollektive auf der Ebene des Zentralvorstands sowie auf Bezirks- und Kreisebene zu schaffen, unterstütze eben dieses maßgeblich²¹⁸.

Insgesamt wußte die Gesellschaft für DSF den Zeitraum von Abschluß des Vertrages vom Oktober 1975 bis zum IX. Parteitag der SED im Mai 1976 effektiv zu nutzen. Über einhunderttausend Vorträge und mehr als zwölftausend Veranstaltungen konnten im Rahmen des Wissenswettbewerbs unter dem Motto „Von Freund zu Freund“, vorrangig in Arbeitskollektiven, organisiert werden. Einen hohen Anteil hatten daran die Kabinette der Freundschaft sowie die Häuser der DSF, deren Anzahl sich in diesem Zeitraum von 900 auf 1100 im Jahr 1977 erhöhte²¹⁹.

Gleichzeitig unternahm der Vorstand der Gesellschaft für DSF weitere Anstrengungen, um die politischen Ergebnisse des DDR-Tourismus in die Sowjetunion zu erhöhen. Dabei ging es vor allem darum, die Leistungen der UdSSR beim Aufbau einer sozialistischen Gemeinschaft hervorzuheben und eine Bindung zwischen beiden Ländern zu beschwören²²⁰.

Die Gesellschaft setzte zu diesem Zeitpunkt folgende Schwerpunkte: Die Propagierung der Errungenschaften der UdSSR und damit die „neue Qualität“ der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern rückte stärker in den Mittelpunkt der politischen Massennarbeit.

²¹⁷ Zur Nationalen Front der DDR vgl.: Parteihochschule Karl-Marx beim ZK der SED, Lehrstuhl geschichte der SED (Hrsg.): Die Nationale Front der DDR. Geschichtlicher Überblick. Berlin (Ost) 1984.; Natioanle Front des demokratischen deutschland - Sozialistische Volksbewegung. Handbuch. Berlin (Ost) 1969.

²¹⁸ SAPMO DY 32, 4348, 3, Fassung der Geschichte der DSF, S. 4 ff.

²¹⁹ Vgl. ebd., S. 5.; Vgl. Leopoldi, H.H. und Garrandt, W. (Hrsg.): Ein Haus - Zwei Traditionen. Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Die Geschichte des Hauses „Puschkinstr. 19“ in Schwerin. Schwerin 1972.

²²⁰ Vgl.: Heller, I. und Krause, H.-T.: Kulturelle Zusammenarbeit DDR - UdSSR. Berlin (Ost) 1967; Dies.: Kulturelle Zusammenarbeit DDR - UdSSR in den siebziger Jahren. Berlin (Ost) 1979.

So wurde z.B. im Bereich der Landwirtschaft eine Initiative gestartet, deren Arbeit an den „Hinweisen für die Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion, Genossenschaften und Betrieben der sozialistischen Landwirtschaft“ gesteuert wurden und deren Zweck es war, einen nachweisbaren Zusammenhang zwischen der erhöhten Produktivität der DDR-Landwirtschaft und den Erfahrungen aus der Sowjetunion herzustellen, um so die Bürger der DDR weiter für die Anliegen von Gesellschaft und Partei begeistern zu können. Mit solchen Aktivitäten lag die Gesellschaft für DSF völlig auf der Linie der Partei, da sie nicht nur die Errungenschaften in der UdSSR propagierte und damit den politischen Weg der DDR rechtfertigte, sondern gleichzeitig als Instrument der SED fungierte, die Massen zu mobilisieren. Dies stellte der Leiter der KAP Ferdinandshof in Ueckermünde folgendermaßen fest: „Die Grundeinheit der DSF ist aus dem Leben der KAP nicht mehr fortzudenken, sie hat sich im wahrsten Sinne des Wortes zum Helfer der Partei entwickelt. Mit ihrer Hilfe gelang es, durch politisch-ideologische Arbeit erhebliche Reserven zu erschließen.“²²¹.

„Für immer und unwiderruflich mit der Sowjetunion verbunden ...“

Auf ihrem IX. Parteitag 1976 legte die SED ihre weitere Strategie zur Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft fest. Das bis zum Ende der SED gültige Parteiprogramm zeigte deutliche Veränderungen der Position der SED auf, die bis zur Mitte der achtziger Jahre ihre Gültigkeit behalten sollten. Im neuen Parteiprogramm wurden die Anforderungen eines neuen gesellschaftlichen Entwicklungsschrittes in der DDR in ihrem inneren Zusammenhang und in ihrer untrennbaren Wechselwirkung mit den außenpolitischen Zielsetzungen der DDR fixiert. Dabei wurde die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft als historischer Prozeß mit tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Veränderungen angesehen. Eine zentrale Stellung nahm hier die enge Bindung der DDR an die

²²¹ zit. nach: SAPMO DY 32, 4348, 3, Fassung der Geschichte der DSF, S. 6. In der Kreisorganisation Erfurt Land der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wurden beispielsweise bis Ende 1975 in allen neuen KAP Grundeinheiten der Gesellschaft geschaffen. Vom Oktober 1975 bis Januar 1976 stellten 605 Genossenschaftsbauern und -bäuerinnen einen Antrag auf Mitgliedschaft.

UdSSR ein, die schon 1968 bzw. 1974 in der Verfassung der DDR festgeschrieben worden war. So hieß es in der Verfassung nun: „Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet. Das enge und brüderliche Bündnis mit ihr garantiert dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik das weitere Voranschreiten auf dem Wege des Sozialismus und des Friedens. Die Deutsche Demokratische Republik ist untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft.“²²².

Entsprechend fanden sich folgende Formulierungen im Parteiprogramm: „In Gestalt der UdSSR entstand der erste Staat des befreiten Proletariates auf der Erde. Wie beim Aufbau und bei der Verteidigung des Sozialismus erfüllt die Sowjetunion, die Hauptkraft der sozialistischen Gemeinschaft, heute bei der Errichtung des Kommunismus ihre welthistorische Rolle (...). Die Leistungen und der revolutionäre Erfahrungsschatz der Sowjetunion sind eine unersetzliche Errungenschaft und ein (...) Kraftquell der internationalen Arbeiterbewegung (...).“²²³.

Daraus leitete die herrschende Parteilite schließlich sogar die grundsätzliche Feststellung ab, „daß für die SED die Stellung zur KPdSU und zur UdSSR der Prüfstein für die Treue zum Marxismus-Leninismus, zur revolutionären Sache der Arbeiterklasse und ihrer historischen Mission war“²²⁴.

Ein weiterer bedeutender Schritt war die Aufnahme der führenden Rolle der SED in Staat und Gesellschaft in das Parteiprogramm sowie das Statut der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Hinzu kam auf internationaler Ebene die auf einer „friedlichen Koexistenz“ beruhende Entspannungspolitik gegenüber dem Westen bei gleichzeitiger Beibehaltung der ideologischen Abgrenzung der sowjetischen Hemisphäre.

Nach wie vor war die Partei von den hauptamtlichen Funktionären beherrscht. Die Macht in der DDR lag beim Politbüro, beim Sekretariat und bei dem in Abteilungen gegliederten Apparat des Zentralkomitees (ZK) in Ostberlin. Dohlus weist darauf hin, daß die Entscheidung von Grundsatzfragen dem Politbüro vorbehalten war, während die Auswahl der Kader vom Sekretariat vorgenommen werde und schließlich der Apparat „die Durchführung der Beschlüsse und Weisungen der Parteiführung durch ein umfassendes System der Kontrolle der

²²² 40 Jahre DSF. A.a.O., S. 13.

²²³ SAPMO, DY 32, 4348, 3, Fassung der Geschichte der DSF, S. 9.

²²⁴ Ebd., S. 10.

Tätigkeit der nachgeordneten Parteiorgane, der Parteiorganisationen sowie (...) der zentralen Leitung der Massenorganisationen“ sicherte²²⁵.

Auf der sechsten Tagung des Zentralvorstandes im Herbst 1976 stellte der Zentralvorstand der Gesellschaft für DSF die DDR und ihr Verhältnis zur Sowjetunion als in tiefen, sozialistischen Traditionen verwurzelt dar. So hielt Mückenberger während seiner Rede fest: „Wenn wir die Dokumente des XXV. Parteitages der KPdSU und die drei Parteitagsdokumente zur Vorbereitung des 9. Parteitages der SED analysieren, miteinander vergleichen, so wird ein jeder die Feststellung treffen können, daß viele der Vorstellungen über den weiteren sozialistischen und kommunistischen Aufbau sich voll und ganz decken. Was durchaus kein Zufall ist, sondern nur eine erneute Aussage dafür: die Parteien unsere Länder gehen von den gleichen politisch-ideologischen Grundlagen aus; sie besitzen die gleiche Zielsetzung, die sich auch in der unerschütterlichen Verbundenheit unserer Bruderparteien und Völker ausdrückt“²²⁶.

Problematischer als die Theorie war wie immer die Praxis. Der Stellenwert des neuen Parteiprogramms sollte nicht überschätzt werden, denn innerhalb weniger Jahre waren Teile des Programms und deren Interpretation durch die leitenden Organe überholt. Selbst die Gesellschaft für DSF distanzierte sich schon Mitte der achtziger Jahre immer mehr vom sowjetischen Modell und propagierte schließlich, wie schon in der Aufbauphase der DDR, den „eigenen Weg zum Sozialismus“.

Die Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wurde 1977 durch die Vorbereitung und Durchführung des für Mai 1977 nach Magdeburg einberufenen „2. Festivals der DSF“ bestimmt. Im Vorfeld fanden in allen Landesorganisationen entsprechende Veranstaltungen statt. Im Rahmen des Festivals wurden Beiträge zur Thematik „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ und „Erlebte Sowjetunion“ vorgestellt, begleitet von einem umfangreichen Rahmenprogramm.

Parallel dazu lag es absolut im Interesse von Partei und der Gesellschaft für DSF, die Zusammenarbeit mit der sowjetischen Schwestergesellschaft zu vertiefen. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit mit der sowjetischen Organisation für Freundschaft mit der DDR standen Veranstaltungen, welche der Propagierung und Erläuterung der Beschlüsse des IX. Parteitages

²²⁵ Vgl. Dohlus, H.: Der demokratische Zentralismus - Grundprinzipien der Führungstätigkeit der SED bei der Verwirklichung der Beschlüsse des Zentralkomitees. Berlin (Ost) 1965. Vgl. auch Weber, H.: Die Geschichte der DDR. A.a.O., S. 258 f. Zur Person Mückenbergers vgl. S. 75 ff.

der SED und des XXV. Parteitages der KPdSU dienen sollten. Vor diesem Hintergrund reisten Kreissekretäre der Gesellschaft für DSF der Bezirksorganisationen Karl-Marx-Stadt, Dresden und Leipzig nach Irkutsk, Leningrad und Kiew, wo sie mit den Ergebnissen beider Parteitage, dem der KPdSU und dem darauffolgenden der SED, vertraut gemacht werden sollten.

Ein Beispiel für die praktische Arbeit der Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt war die Beteiligung durch ein „Aktiv“, also eine Gruppe, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an der „Drushba-Trasse“, wie die Erdgasleitung „Sojus“ auch genannt wurde. An ihm waren ca. 5000 überwiegend jugendliche Mitglieder der Gesellschaft beteiligt und dafür zuständig, Verbindungen mit der „Ukrainischen Gesellschaft für Freundschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland“ herzustellen.

Auf diese Aktivitäten ist wohl unter anderem auch das Zustandekommen eines ersten langfristigen Plans beider Gesellschaften für Freundschaft mit dem jeweils anderen Staat über eine verstärkte Zusammenarbeit zurückzuführen, welche sich zuerst einmal auf den Zeitraum bis 1980 beziehen sollte und am 14. Februar 1977 unterschrieben wurde. Der Schwerpunkt dieser Zusammenarbeit sollte dabei vor allem auf der Propagierung der Erfolge bei der Verwirklichung der Beschlüsse ihrer Parteitage, insbesondere in sozial-ökonomischen Bereich und den Friedensbemühungen, liegen. Basierend auf diesen Grundzielen wurden gemeinsame Maßnahmen bei gesellschaftspolitischen Höhepunkten vereinbart, so z.B. anlässlich der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, zu den „Jahrestagen der Befreiung“, den „Tagen der Kultur der DDR in der UdSSR“ 1979 bzw. umgekehrt in der DDR 1980, den „Wochen der DSF“ u.ä., sowie ein langfristiger Austausch von Propagandisten und Journalisten usw.²²⁷.

Das dreißigjährige Bestehen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1977

²²⁶ Vgl. Presse der Sowjetunion 1976, S. 157; auch SAPMO DY 32, 4348, 3, Fassung der Geschichte der DSF, S. 2.

²²⁷ Vgl. Große, H.: „Plan der Zusammenarbeit bis 1980 unterzeichnet“. In: Für den Funktionär. Beilage der PdSU. Nr. 21/1977 S.1.

Am 30. Juni 1977 feierte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ihr dreißigjähriges Bestehen. Anlässlich dieses Jubiläums wurde die Gesellschaft mit dem Orden „Großer Stern der Völkerfreundschaft“ ausgezeichnet und Honecker lobte in seiner Rede zu diesem Anlaß: „Die Organisation hat während dieser Jahrzehnte einen hervorragenden Beitrag dazu geleistet, daß die brüderliche Verbundenheit mit der Sowjetunion und mit dem Sowjetvolk im Denken und Handeln der Menschen unseres Landes so fest verankert wurde. (...) Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands half sie mit, die faschistische Ideologie auszumerzen und die Menschen im Geiste der Völkerfreundschaft, des Friedens und des proletarischen Internationalismus zu überzeugen. Sie (...) hat einen großen Anteil daran, daß die Menschen unserer Länder immer besser miteinander vertraut werden und sich unsere Völker und Staaten immer mehr annähern. (...) Die Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des XXV. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eröffnet nun der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ein weites und fruchtbares Feld ihrer Tätigkeit (...)“²²⁸.

Der Präsident der Gesellschaft, Lothar Bolz, konnte auch einen Grußadresse des Generalsekretärs des ZKs der KPdSU, Breshnew, verlesen, in welcher ebenfalls die Arbeit der Gesellschaft gelobt wurde:“ (...) In den drei Jahrzehnten wurde Ihre Gesellschaft dank der ständigen Aufmerksamkeit, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Ihrer Tätigkeit widmete, zu einer wahren Massenorganisation. Wir schätzen Ihren Beitrag zur edlen Sache der Festigung und Entwicklung der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik hoch ein“²²⁹.

In beiden Grußadressen wird deutlich, daß zu diesem Zeitpunkt die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sowohl den Interessen der Partei als auch denen der Sowjetunion handelte und handeln konnte.

Gleichzeitig lassen beide Grußadressen ebenfalls erkennen, wie eng die Gesellschaft für DSF an die Vorgaben der SED gebunden war. So ging sogar Breshnew darauf ein, daß die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ihre Effektivität der „Aufmerksamkeit“ der

²²⁸ Für den Funktionär. Beilage zur PdSU Nr. 29/1977, S. 3.

²²⁹ Ebd., S. 5; Lothar Bolz (1903-1986) war NDPD Vorsitzender, Minister für Auswärtige Angelegenheiten von 1953-1965 und Träger verschiedener Auszeichnungen, darunter des Sterns der Völkerfreundschaft. Als Nachfolger von Johannes Diekmann war er von 1968-78 Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

SED zu verdanken habe, während Honecker eindeutig auf den Führungsanspruch seiner Partei hinwies.

An dieser Stelle lassen sich illustrativ die Muster für den späteren Konflikt nachweisen, in welchem sich die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zehn Jahre später wiederfinden sollte. Es war 1977 noch einfach, die Führung der SED und die Vorbildfunktion der UdSSR miteinander zu kombinieren. Mit einer Abkehr der Partei von dieser Haltung war jedoch eine derartige Kombination beider Faktoren nicht mehr aufrechtzuerhalten und letztendlich ist hier schon zu erkennen, daß es zwar eine Vorbildfunktion der Sowjetunion gab, auf der anderen Seite jedoch die direkte Anleitung durch die Partei erfolgte und damit dieser die dominierende Rolle zukam.

3.2 Zwischenbilanz

Nachdem die Aufbauphase an sich abgeschlossen war, ging es der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nun darum, sich im politischen System der DDR zu etablieren. Dies geschah vor allem durch eine intensivere Ausrichtung auf die Partei, die damit in den Aktionsmittelpunkt der Gesellschaft rückte.

Durch diese Bindung gelang es der Gesellschaft nicht nur, den Interessen der herrschenden Elite und gleichzeitig der Sowjetunion zu entsprechen, sondern dies war auch ein Mittel der Mitgliedergewinnung.

Da die Mitgliedschaft in gesellschaftlichen Organisationen für die Bürger der DDR als Indikator für Linientreue galt, konnte sie Ende der sechziger Jahre schon fünf Millionen Mitglieder vorweisen. Dies kam wieder den Interessen der SED entgegen, welche die Massenorganisation der DDR als Transmissionsriemen der eigenen Politik einsetzte. Dabei kam der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft jedoch keine herausragende Rolle zu. Entsprechend nahmen jedoch die Veranstaltungen der Gesellschaft für DSF in Umfang und Häufigkeit zu.

Mit der weiteren Manifestierung der eigenen Machtposition verlor die Partei jedoch ihr Interesse an Massenorganisationen, welche vor allem die eigenen Interessen unter der

Bevölkerung publik machen sollten. So kann man feststellen, daß sich das Interesse der SED seit Mitte der sechziger Jahre an der Gesellschaft für DSF deutlich verringerte - ein Hinweis darauf ist unter anderem die Besetzung der Präsidiumsposten mit Nicht-SED-Mitgliedern.

Dies änderte sich jedoch 1974 wieder, als die „unverbrüchliche Freundschaft“ zwischen der DDR und der Sowjetunion in die Verfassung der DDR aufgenommen wurde, und damit eine Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an Attraktivität gewinnen konnte, da sie diese enge Verbindung unterstrich.

IV. Kapitel

Die Dritte Phase: Aufstieg der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur wichtigen Massenorganisation

4.1 Auf dem Höhepunkt der gesellschaftlichen Macht

Erste Schatten einer Krise?

Die Gesellschaft für DSF war zu Beginn der achtziger Jahre enger als jemals zuvor an die Parteiführung der SED gebunden. Entsprechend schwierig gestaltete sich aber auch für die Gesellschaft für DSF der Umgang mit der sich zuspitzenden innen- und außenpolitischen Situation.

Anfang der achtziger Jahre setzte sich die Ende der siebziger Jahre begonnene ökonomische Krise der DDR weiter fort. Zu den allgemeinen wirtschaftlichen Problemen der DDR durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise kam 1981 die Kürzung der Rohöllieferungen durch die UdSSR von jährlich 19 auf 17 Millionen Tonnen, da die UdSSR ebenfalls mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Obwohl Honecker dagegen intervenierte und eine Destabilisierung der DDR befürchtete, konnte er nichts dagegen ausrichten²³⁰. Die Reaktionen der DDR auf die Verringerung der Rohöllieferungen waren eine Einschränkung des Heizölverbrauches und ein Programm zur Substitution von Ölprodukten durch die Umstellung auf Braunkohle, um weitere Ölexporte möglich zu machen, da man auf westliche Devisen angewiesen war. Zusätzlich zu dieser Exportoffensive versuchte man die Importe westlicher Produkte in die DDR weitestmöglich zu drosseln. Trotzdem stieg die Westverschuldung massiv an, und die Zahlungsfähigkeit der DDR konnte kaum aufrecht erhalten werden²³¹.

²³⁰ Das bestätigte Gerhard Schürer während eines Interviews am 11. Mai 1998, Vgl auch ders.: *Gewagt und doch verloren*, a.a.O. S. 162

²³¹ Ebd., S. 163.

Die einzige zu erwartende Hilfe konnte nun nicht mehr aus der Sowjetunion kommen, die sich in einer neuen Phase des Kalten Krieges mit den USA befand, sondern aus der Bundesrepublik, auf deren finanzielle Unterstützung die DDR zunehmend angewiesen war und deren Kredite man mehr als bereitwillig in Anspruch nahm. Ermahnungen der sowjetischen Führung konnten die DDR nicht mehr von ihrem Kurs abbringen, zumal die Erfahrungen in Polen gezeigt hatten, wie instabil die Lage war und wie schnell es zu politischen Unruhen kommen konnte. Immerhin war seit Ende Oktober 1980 die Grenze nach Polen für den normalen Reiseverkehr der DDR zeitweilig gesperrt worden und im Dezember 1981 wurde in Polen schließlich das Kriegsrecht verhängt. In der ganzen Zeit hatte die SED zwar unablässig gegen die polnische Gewerkschaft „Solidarnosc“ gehetzt und sich mit dem eigenen scharfen Vorgehen gegen eventuelle Revolutionäre gebrüstet²³², doch die Entwicklung in Polen wurde nicht ohne Beunruhigung beobachtet²³³.

Die DDR unternahm in diesem Zeitraum große Anstrengungen, um außenpolitische Erfolge verbuchen zu können und die Destabilisierung innerhalb des Systems zu überwinden.

Neben den wirtschaftlichen Problemen stand die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die sich unter anderem in einer stark steigenden Zahl von Ausreiseanträgen äußerte, an vorderster Stelle der zu lösenden Problematiken. Dies sollte unter anderem dadurch geschehen, daß man durch die Parteigruppen der Massenorganisationen den Einfluß der Partei weiter durchsetzen wollte.

Nach den Vorstellungen der SED sollten die Massenorganisationen „Heimstatt des politischen Wirkens“ für die Mehrheit der Bevölkerung der DDR sein. Ihnen kam somit eine besondere Funktion zu, da es durch sie möglich war, einen Großteil der Bevölkerung zu erreichen. Besonders dachte man hier an den FDGB, der 1980 ca. 9,5 Millionen Mitglieder zählte, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hatte zu diesem Zeitpunkt ca. 6 Millionen, die FDJ ca. 2,5 Millionen, der Kulturbund ca. 263.000 und der DFD ca. 1,5 Millionen Mitglieder²³⁴.

²³² So wurde am 1. September Roland Jahn bei einer Solidaritätskundgebung für die „Solidarnosc“ in Jena festgenommen.

²³³ Vgl. Wolle, S.: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Bonn 1998, S. 92.

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Anfang der achtziger Jahre

Für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war die Orientierung an der Sowjetunion in den siebziger und anfangenden achtziger Jahren letztendlich aufgrund der politischen Struktur in der DDR ein adäquates Mittel, ihre eigene Rolle innerhalb des Systems zu manifestieren.

War es in den siebziger Jahren für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nicht immer problemlos gewesen, ihre Stellung im System der DDR zu behaupten, so befand sie sich zu Beginn bis Mitte der achtziger Jahre durch die einsetzende Vertrauenskrise zwischen der DDR und der Sowjetunion auf den Höhepunkt. 1978 hatte sie 5.5 Millionen Mitglieder, 1986 waren es 6.225 Millionen²³⁵.

Für diese Neupositionierung der Gesellschaft für DSF im gesellschaftspolitischen System der DDR sprachen mehrere Indikatoren:

Erich Mückenberger hatte noch 1977 den Toast zum dreißigjährigen Bestehen der Gesellschaft ausgebracht, 1978 wurde er der Präsident der Gesellschaft. Damit war nicht nur zum ersten Mal seit fünfzehn Jahren wieder ein Mitglied der SED Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft geworden²³⁶, Mückenberger war außerdem seit 1950 Mitglied des Zentralkomitees und seit 1958 Mitglied des Politbüros der SED. Schon 1963 war er Mitglied des Präsidiums des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetischen Freundschaft geworden und erst sechsundzwanzig Jahre später, 1989, mußte er schließlich von seinen Funktionen als Präsident der Freundschaftsgesellschaft zurücktreten und war damit nicht nur der letzte Präsident, der von der SED gestellt wurde, sondern der letzte Präsident der Gesellschaft überhaupt. Während seiner Präsidentschaft sollte die Gesellschaft der DDR und mit ihr die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einen Wandel erleben, den niemand der damaligen DDR-Eliten in diesem Ausmaß vorhersehen konnte.

So war die Ernennung Mückenbergers zum Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ein eindeutiger Hinweis darauf, daß die Einheitspartei der

²³⁴ Vgl. Weber, H.: Die DDR 1945-90. A.a.O., S. 94.

²³⁵ Rede Honekers anlässlich des dreißigsten Jahrestages der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. In: 40 Jahre Gesellschaft für DSF. Anhang.

²³⁶ Zu den Präsidenten und deren Parteizugehörigkeit s. Anhang .

Gesellschaft wieder eine bedeutendere Rolle zugestehen wollte, immerhin war Mückenberger Mitglied des ZK der SED und damit eng mit den damaligen DDR-Machthabern verbunden.

Dies hatte sich auch schon im Vorfeld abgezeichnet. Zum dreißigjährigen Bestehen der Gesellschaft gab es zwar keinen Prospekt auf Hochglanzpapier, wie bei vorhergegangenen Jubiläen, dafür eröffnete nun Erich Honecker selbst die Sitzungen, erst daran anschließend durfte der damalige Präsident, Lothar Bolz, seinen Dank anschließen. Lothar Bolz (geb. 1903; gest. 1986) war von 1968 bis 1978 Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, nach der Wahl Mückenbergers blieb er Mitglied des Präsidiums. Als ausgebildeter Jurist war er seit 1948 in die NDPD eingetreten und von 1948 - 1972 ihr Vorsitzender. Von 1949-1953 war er Minister für Aufbau, 1950-1967 stellvertretender Ministerpräsident, 1953 - 1965 Minister für auswärtige Angelegenheiten. Als Träger mehrerer Auszeichnungen, darunter des Ordens des Vaterländischen Krieges 1. Grades und des Sternes der Völkerfreundschaft, war er eine repräsentative und einflußreiche Figur an der Spitze der Gesellschaft für DSF²³⁷.

Wie so oft zu solchen Anlässen, folgten dann nach der Rede von Bolz die Grußadressen unterschiedlichster Personen oder Gremien an die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und schließlich kam eine weitere Neuerung für den Ablauf einer Jubiläumssitzung hinzu: Man „hatte den Toast entdeckt“²³⁸, der nun von Erich Mückenberger ausgebracht wurde. Schon ein Jahr später war er Präsident der Gesellschaft für DSF.

Auch die KPdSU wußte eine Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, besonders nachdem diese einen erneuten Aufschwung in der DDR zu erfahren schien und sich die SED noch mehr an die KPdSU gebunden hatte, zu schätzen. Leonid Breshnew tat dies in sehr schmeichelhaften Worten: „Die Sowjetmenschen kennen die wichtige und umfangreiche Arbeit sehr gut, die von den Aktivisten der Gesellschaft geleistet wird, um die Bevölkerung mit dem Leben und der Arbeit des Sowjetvolkes bekannt zu machen und die breiten Massen der Werktätigen der DDR im internationalistischen Geist zu erziehen (...). Wir schätzen Ihren Beitrag zur edlen Sache der Festigung und Entwicklung der unverbrüderlichen Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und der DDR hoch ein.“²³⁹

²³⁷ Vgl.: Fricke, K. W.: „Lothar Bolz. Sowjetbürger als Deutscher Patriot“. In: SBZ-Archiv Nr. 20/1953, S. 4; Saritz, D.: „Zum Tode von Lothar Bolz“. In Deutschland Archiv Nr. 20/1987 S. 1.

²³⁸ Dralle, L. Von der Sowjetunion lernen... A.a.O., S. 426.

²³⁹ SAPMO, DY 32, 4348, 3, Fassung der Geschichte der DSF, S. 9.

Immerhin erfüllte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu diesem Zeitpunkt eine Dreifachfunktion. Erstens war die Förderung der Freundschaft zwischen beiden Völkern die eigentliche Aufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, zweitens entsprach sie damit genau den Interessen der SED, welche die Gesellschaft für DSF noch als Propagandamedium nutzen konnte, aber gleichzeitig und damit drittens entsprach eine Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der DDR auch den Interessen Moskaus, da sie die sowjetische Politik vermittelte.

Dies mag auch ein Grund dafür gewesen sein, daß die SED ein größeres Interesse entwickelte, die Gesellschaft für DSF wieder enger an sich zu binden und ihr eine bedeutendere Rolle in der DDR zuzugestehen.

Die Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Die Zahlen, anhand denen die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ihre Entwicklung seit 1978 nachweisen konnte, waren trotz der wirtschaftlichen Probleme durchaus erfolversprechend. So konnte darauf verwiesen werden, daß im Vergleich zu 1978 die Zahl der Referentenkollektive fast um 30% zugenommen hatte und 1982 von 885 auf 1215 gestiegen war. In diesem Zusammenhang hielt z.B. Erich Mückenberger auf den erweiterten Tagungen des Zentralvorstandes Vorträge zu den Themen „Das Jahr 1980 zum Jahr der großen Initiativen machen“ und „Durch verstärkte massenverbundene Tätigkeit sich immer aufs neue als treuer Helfer der Partei bewähren“.

Natürlich nahm auch die Beschäftigung mit der Geschichte - besonders unter dem Gesichtspunkt der Parteiengeschichte- einen großen Stellenwert ein, ging es doch in der Gesellschaft darum, der Bevölkerung die Vorteile einer Entwicklung nach sowjetischem Vorbild und die enge Verbundenheit zwischen UdSSR und DDR zu vermitteln. In diesem Zusammenhang wurden Vorträge zu Themen wie etwa „Herausbildung der Gemeinsamkeiten DDR-UdSSR“ in Dresden 1981, „W.I.Lenin - Die große Initiative - gewidmet dem 110 Geburtstag W.I.Lenins“ in Karl-Marx-Stadt 1981 oder „Herausbildung und Vertiefung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins“ 1982 in Potsdam gehalten.

Die Auswahl dieser Themen gibt einen Einblick in die Interessen des jeweiligen Organisationsleiters. Während es dem Zentralvorstand der Gesellschaft für DSF darum ging, Mechanismen zu entwickeln, die noch mehr Menschen an die Gesellschaft binden sollten, ging es an der Basis außerdem darum, das „richtige“ Bild zu vermitteln.

Um die politisch-organisatorische Erfassung der Mitglieder zu systematisieren und die Leistungstätigkeit der Gesellschaft für DSF wirkungsvoll umzusetzen, gab der Vorstand der Gesellschaft Anfang der achtziger Jahre neue Richtlinien bekannt, nach welchen die Arbeit der einzelnen Gruppen und die Mitgliederzahlen erfaßt werden sollten. Gleichzeitig intensivierte man die Anleitung der Vorstände der Grundeinheiten und Abteilungsgruppen durch von Zentralvorstand abgegebenen Empfehlungen, deren Umsetzung regelmäßig überprüft und eingefordert wurde. So waren auch die Aktivitäten der Grundeinheiten der Gesellschaft darauf ausgerichtet, möglichst viele Personen zur Arbeit in der Gesellschaft zu mobilisieren.

Dies spiegeln auch die Zahlen wieder: Auf der Ebene der Grundeinheiten wurden 559791 Vorträge, Lichtbilder- bzw. Diavorträge, Gruppen und Forengespräche allein durch die Vorstände der Grundeinheiten organisiert²⁴⁰. Hinzu kamen Wissenswettbewerbe, welche die Vorstände als eine besondere Form des Dialogs mit den Mitgliedern ansah und durch deren Einbeziehung in die Arbeit der Gesellschaft man sich eine weitere Auseinandersetzung der Mitglieder mit den Zielen der Gesellschaft versprach. So wurde auch kontinuierlich an einer Ausweitung der Wissenswettbewerbe gearbeitet. Waren es 1978 22569 Veranstaltungen gewesen, welche von 773221 Teilnehmern besucht wurden, waren es 1982 schon 30945 Veranstaltungen (also ein Plus von 37%) mit 1.127 853 Teilnehmern (plus 46%)²⁴¹.

Schließlich waren besonders für die Kollektive der Gesellschaft für DSF die Wandzeitungen ein Mittel, ihre Zielstellungen gegenüber der Arbeit der Gesellschaft zu manifestieren. 1982 fertigten die Grundeinheiten insgesamt 267 564 Wandzeitungen an, darunter zu Themen wie „Der Kampf um den Frieden - 2 Linien in der Weltpolitik“.

Um das Bewußtsein vor allem der jungen Generation im Sinne der gemeinsamen Interessen von Partei und DSF weiterzuentwickeln, führte beispielsweise der Bezirksvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zusammen mit dem Rat des Bezirkes, der FDJ und dem FDGB jährliche Kulturkonferenzen durch, die dazu dienten, Kollektive der

²⁴⁰ SAPMO, DY 32/3485, Vorbereitung und Durchführung des 12. Kongresses der Gesellschaft, Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED, Anlage 9, S. 1 ff.

²⁴¹ Vgl. ebd., S. 4.

Gesellschaft für DSF etc. mit den neuesten Werken der sowjetischen Schriftsteller vertraut zu machen.

Hinzu kamen des weiteren Auftragswerke, welche vom Zentralvorstand vergeben und gefördert wurden. Sichtbare Resultate waren die Novelle von Max-Walter Schulz „Der Soldat und die Frau“ oder eine Anthologie sowjetischer und DDR-Autoren „Mein Freund von nebenan“²⁴². Sowjetische Kunst und Literatur, aber auch entsprechende Werke von Künstlern der DDR wurde von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ebenfalls zielgerichtet genutzt, um moralisch-ethische Züge der Erbauer des Sozialismus zu veranschaulichen. Dabei spielten sowjetische Autoren wie Aitmatow, Trifnow, Abramow, Granin, Schuschkin, Schatrow und Gelman ebenso eine Rolle wie Kant, Sabowksi, Noll, Neutsch, Görlich und Bastian aus der DDR.

Kunstaussstellungen zum Thema „Frieden und Krieg“ sollten als effektive Mittel bei der Unterstützung der Propagierung der Friedenspolitik der DDR genutzt werden. Simonows Trilogie „Die Lebenden und die Toten“ oder Tschakowskis „Blockade“ und der „Sieg“ oder Neutchs „Friede im Osten“ und Edels „Wenn es ans Leben geht“ stießen bei der Bevölkerung der DDR auf besonderes Interesse²⁴³. Ebenso wußte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft die Möglichkeit auszuschöpfen, Kunstwerke zur Propagierung eines sozialistischen Geschichtsbewußtseins einzusetzen. Hier spielten klassische Werke des sozialistischen Realismus eine große Rolle, darunter Ostrowskis „Wie Stahl gehärtet wurde“, Makarenkos „Der Weg ins Leben“, aber auch die Werke von DDR-Autoren wie Seghers „Die Toten bleiben jung“ oder Bredels „Verwandte und Bekannte“.

In diesen Kontext reiht sich auch die Errichtung der Informationszentren „Camera Politika“ im Jahr 1981 in den Bezirken der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ein, die einer zusätzlichen Auseinandersetzung mit den Antikommunismus-Antisowjetismus Rechenschaft tragen sollten und besonders Jugendliche und Angehörige des Militärs und der GSSD ansprach. Ebenso wichtig erschienen die „Festivals des sowjetischen Films“, an denen von 1978 bis 1982 immerhin 10,1 Millionen Besucher teilnahmen.

Dabei hielt die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an einer einheitlichen Struktur der Kampagnen und Aktivitäten fest. Wurde einmal ein thematischer Schwerpunkt

²⁴² Vgl. SAPMO, DY 32, 4348, 3, Fassung der Geschichte der DSF, S. 49.

²⁴³ Vgl. ebd., S. 70.

festgelegt, hatte dieser auf allen Ebenen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft umgesetzt zu werden.

So bildete die Popularisierung und Vermittlung des theoretischen Werkes von Lenin einen politisch-ideologischen Schwerpunkt, der unter dem Titel „W.I.Lenin - Die große Initiative“ Anfang der achtziger Jahre aufgearbeitet wurde. Beispielsweise fand zu diesem Thema die schon erwähnte Konferenz in Karl-Marx-Stadt statt (1980), hinzu kam die Bearbeitung des Themas in den Wandzeitungen und unterschiedliche Veranstaltungen auf allen Ebenen der Gesellschaft (insgesamt 85)²⁴⁴.

Der Vorstand der Gesellschaft sollte diese Arbeit dann folgendermaßen darstellen: „Auf der Grundlage des 11. Kongresses hat die Gesellschaft für DSF durch eine zielgerichtete politisch-ideologische Massenarbeit zur sozialistischen Bewußtseinsbildung ihrer Mitglieder beigetragen und ihnen geholfen, im sozialistischen Wettbewerb Initiativen und Leistungsbereitschaft zur Erfüllung und gezielten Überbietung der Planaufgaben, insbesondere bei der Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion, zu verwirklichen“²⁴⁵.

Organisierte Freundschaft

Auch die Vertiefung der Beziehungen zwischen den Völkern der UdSSR und der DDR blieb ein offiziell propagiertes Anliegen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Die Umsetzung dieses Zieles erfolgte allerdings auf absolut formalisierten Wegen, auch wenn die Gesellschaft öffentlich bekanntgab, sie habe „durch die Organisation vielfältiger Begegnungen, des gegenseitigen Kennenlernens und den beiderseitigen Erfahrungsaustausch die Entwicklung und Vertiefung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Bürgern der DDR und der UdSSR gefördert und damit zur weiteren allseitigen Annäherung unserer beider Völker beigetragen“²⁴⁶.

Letzendlich stützte sich die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bei dieser sogenannten Zusammenarbeit auf absolut offizielle Institutionen, wie die Sowjetische

²⁴⁴ SAPMO, DY 32/3485, Vorbereitung und Durchführung des 12. Kongresses der Gesellschaft, Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED, Anlage 9, S. 5 f.

²⁴⁵ Ebd., S. 6.

²⁴⁶ Ebd., S. 7.

Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR, dem Kollektiv der Botschaft der UdSSR, den Kollektiven der Generalkonsulate der UdSSR und der politischen Verwaltung der GSSD.

Diese Kontakte wurden von der Partei gezielt gesteuert und organisiert. So erhielten beispielsweise die Kreis- und Stadtsekretariate in Magdeburg am 24. Januar 1983 ein Schreiben des Bezirksvorstands der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft/Magdeburg, in welchem Handlungsanleitungen für den Einsatz von Referenten der sowjetischen Botschaft bzw. der Handelsvertretung der UdSSR in der DDR gegeben wurden. Darin hieß es: „Der Einsatz sowjetischer Referenten ist eine wichtige Form unserer politischen Massenarbeit. Es kommt dem Wunsch der Mitglieder und Bürger unseres sozialistischen Staates entgegen, über das Land Lenins, den kommunistischen Aufbau, die Friedenspolitik der Sowjetunion und andere Fragen informiert zu werden. Diese Vorträge wurden zu echten Bedürfnissen unserer Menschen.“²⁴⁷

Obwohl nach diesem Selbstverständnis zu erwarten wäre, daß solche Veranstaltungen gut besucht würden, ging der Bezirksvorstand lieber auf Nummer sicher und gab genaue Rahmenbedingungen vor, nach denen ein solcher Vortrag zu gestalten sei. Es wurde festgelegt, daß der zu erfassenden Personenkreis mindestens 50 Personen umfassen sollte. Um der Forderung der DDR-Regierung nachzukommen, Benzin zu sparen, sei das Fahrzeug der Referenten besser auszulasten, d.h. entweder habe ein Referent mit einem zeitlichen Unterschied von zwei Stunden zum gleichen Thema auf zwei Veranstaltungen zu sprechen oder es sollten zwei Referenten zu zwei unterschiedlichen Themen angefordert werden.

Weiterhin wurde auf die Auswahl des Teilnehmerkreises Einfluß genommen. „In erster Linie sollten die sowjetischen Freunde vor den ehrenamtlichen Funktionären der Organisation sprechen, z.B. vor Mitgliedern des gewählten Kreisvorstandes, Funktionären aus den Grundeinheiten, aber auch vor Kollektiven mit dem Ehrennamen DSF, in Mitgliederversammlungen der Grundeinheiten usw.“²⁴⁸. Großen Wert legte der Bezirksvorstand darauf, daß anschließend ein Gespräch mit den Referenten geführt wurde, „d.h. es sind Fragen zu stellen, oder die Referenten darüber zu informieren, wie wir als Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft den Kampf für die Erfüllung unserer Aufgaben führen“²⁴⁹.

²⁴⁷ Landesarchiv Magdeburg LHA- Rep. P73-DSF-Bezirksvorstand Magedburg, Nr. 1158.Schreiben des Bezirksvorstand Magdeburg zum Einsatz von sowjetischen Referenten.

²⁴⁸ Ebd. S. 3.

²⁴⁹ Ebd. S. 3.

Und natürlich war es unmöglich, einen sowjetischen Referenten zu einem Vortrag einzuladen, ohne die SED-Kreisleitung darüber in Kenntnis zu setzen. So wurde in dem Schreiben ausdrücklich darauf hingewiesen: „Bei jedem Einsatz eines Referenten der Botschaft sollten wir uns mit den Genossen der SED-Kreisleitung konsultieren. Auf jeden Fall müssen sie darüber informiert sein!“²⁵⁰

In der Praxis war es also nicht so, daß jeder Bürger uneingeschränkte und ungesteuerte Kontakte mit den Sowjetbürgern haben konnte und sollte, sondern ein Austausch auf privater, zwischenmenschlicher Ebene sollte nur organisiert und damit kontrolliert erfolgen. In der Darstellung der Gesellschaft für DSF hörte sich das dann folgendermaßen an: „Fortschritte auf dem Gebiet der Partnerschaftsbeziehungen zwischen den Bezirksorganisationen unserer Gesellschaft und den Gebiets- und Stadtabteilungen der SG DDR konnten erreicht werden, so z.B. durch

- den Aufenthalt leitender Funktionäre des Apparates des Zentralvorstandes, der 1. Sekretäre und der Sekretäre der Bezirksvorstände in der UdSSR zum Studium der historischen Leistungen der Sowjetunion, ihrer großen praktischen und theoretischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus/Kommunismus.
- die Teilnehmer der Kreissekretäre an Seminaren in den Partnergebieten, die durch die SG DDR regelmäßig organisiert wurden.
- das Bestehen von freundschaftlichen Beziehungen zu mehr als 800 Kollektiven in den Partnergebieten der UdSSR, an deren Gestaltung die Mitglieder unserer Grundeinheiten beteiligt sind.

Zur weiteren Ausprägung der internationalistischen Haltung unserer Mitglieder haben die Freundschaftstreffen mit Arbeitskollektiven aus Industrie und Landwirtschaft, zwischen Künstlern, Schülern und Studenten aus der UdSSR beigetragen. Herausragende Höhepunkte bilden stets die Treffen mit den Angehörigen der GSSD.“²⁵¹

1982 fanden 2300 Treffen mit ca. 80 000 sowjetischen Touristen statt, hinzu kamen 15 000 Treffen mit Angehörigen der GSSD. Damit konnte die Gesellschaft stolz verkünden, daß statistisch jeder sowjetische Tourist an einem Freundschaftstreffen teilgenommen hatte und daß

²⁵⁰ Ebd. S. 3.

²⁵¹ SAPMO, DY 32/3485, Vorbereitung und Durchführung des 12. Kongresses der Gesellschaft, Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED, Anlage 9, S. 7.

es gelungen sei, die Vorbereitung und Popularisierung der Ergebnisse solcher Reisen verstärkt für eine „lebensnahe Darstellung“ der Sowjetunion zu nutzen²⁵².

Insofern trugen letztendlich auch die Touristenreisen zur politischen und kulturellen Massenarbeit des DDR-Regimes bei, denn ungeachtet der wirtschaftlichen Probleme wurde die enge Verbindung zur Sowjetunion in den Massenorganisationen weiterhin propagiert und dabei daran erinnert, welche Errungenschaft der Sozialismus für die DDR-Gesellschaft sei. „Nie werden wir vergessen, daß es sowjetische Menschen waren, die auf diesem schweren und komplizierten Weg von der ersten Stunde an aktiv zur Seite standen. Für immer gilt ihnen auch dafür unser Dank. Seit nunmehr 35 Jahren entwickeln sich, getragen von unseren Parteien, der SED und der KPdSU, die unverbrüchliche Freundschaft, die brüderliche und allseitige Zusammenarbeit, bildet sich ein bewährter Kampfbund, eine echte Gemeinschaft heraus (...). So ist die Geschichte der DDR weder von der Befreiungstat der Sowjetarmee, noch von dieser echten und wahren Freundschaft, der allseitigen Zusammenarbeit und dem Bruderbund mit der UdSSR zu trennen (...)“ konstatierte Mückenberger 1980²⁵³. Es war der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft also weiterhin wichtig, ihre dreifache Funktion zu erfüllen. Am 14. Mai 1980 hielt die GDSF daher z.B. eine propagandistische Konferenz zum Thema „Aktuelle Aufgaben im Kampf gegen Antikommunismus und Antisowjetismus“ ab, deren Zweck es war, die Freundschaft zur UdSSR und die führende Rolle der SED zu beschwören, und gleichzeitig neue Mitglieder für die Gesellschaft zu gewinnen.

Gerade zu dieser Zeit läßt sich deutlich feststellen, wie eng die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mit der SED verknüpft war. Im Rahmen der Vorbereitungen des X. Parteitages der SED betonte der Bezirksvorstand der Gesellschaft in Dresden, daß es in der inhaltlichen Arbeit der Gesellschaft darauf ankomme, „bei allen Bürgern volles Verständnis für die zu lösenden Probleme zu erzielen, feste Kampfpositionen zu beziehen und alle Materialien und geistigen Potenzen des Bezirkes für die allseitige Stärkung der DDR auszuschöpfen.“²⁵⁴.

Sogar aus der „Problematik des Antisowjetismus“, also der antisowjetischen Propaganda des Westens, ließ sich für die Partei positiv Kapital schlagen, indem man nicht nur eine Kampagne

²⁵² Ebd., S. 8.

²⁵³ Politik der Sowjetunion, Beilage: Für den Funktionär Nr. 8/1980.

²⁵⁴ SächsHStA BT/RdB Dresden, Archiv-Nr.: 38798, Zeitraum 1980-1984 Aus dem Programm des DSF-Bezirkstages Dresden zur Vorbereitung des X. Parteitages der SED vom 9.6.1980.

gegen den westlichen Antisowjetismus begann, und damit den Maßgaben der KPdSU entsprach, sondern gleichzeitig die Errungenschaften und Vorteile der sozialistischen Entwicklung der eigenen Gesellschaft der DDR darstellte.

Der Kampf der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft gegen den „Antisowjetismus“

In einer „Vorläufigen Arbeitsorientierung für die Informationszentren der DSF zur offensiven Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus/Antisowjetismus“ wurde die propagandistische Rolle der Gesellschaft im Kampf gegen die antikommunistische Politik des Westens ausdrücklich festgehalten. Darin wurden die Informationszentren von der Abteilung für Agitation und Propaganda des Zentralvorstands der Gesellschaft für DSF dazu aufgefordert, in den Veranstaltungen eindringlich westliche Probleme und Zusammenhänge der internationalen Klassenauseinandersetzung zu erläutern. Ausgangspunkt sollte es dabei sein, „die Darstellung der historisch offensiven Entwicklung der revolutionären Hauptströme in der Welt, besonders der dynamischen Entwicklung und konstruktiven Politik der Länder der sozialistischen Gemeinschaft mit der UdSSR an der Spitze“²⁵⁴ zu erläutern. Von dieser Position aus sollte die Gesellschaft die Perspektivlosigkeit der Politik und Argumentation des Gegners nachweisen und darstellen, daß der Antisowjetismus nur eine „politische Waffe der Bourgeoisie“ als Antwort auf die „Formierung der Arbeiterklasse“ sei. Entsprechend wurde die Verschärfung antikommunistischer bzw. antisowjetischer Attacken sei in den Ausführungen der DSF-Funktionäre allein auf die Krise des Imperialismus zurückgeführt, dessen historisch gesetzmäßige Alternative - so die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft - der Sozialismus sei.

²⁵⁴ SAPMO, DY 32, 4348, 3, Fassung der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

²⁵⁵ LA Magd.LHA-, Rep. P 73 DSF-BV Magdeburg, Nr. 637.

Daraus schloß die Gesellschaft, daß „die Länder des realen Sozialismus mit der UdSSR an der Spitze demzufolge Hauptkraft im Kampf um die Zügelung der imperialistischen Aggressivität und schließlich seine endgültige Überwindung sind“²⁵⁶.

Letztendlich wiederholten sich in dieser Zeit die inhaltlichen Vorgaben, welche die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als „Neue Ziele“ propagierte.

Der Bezirksvorstand Dresden stellte sich z. B. in einem Arbeitsprogramm der Grundeinheit der Gesellschaft im Januar 1980 folgende Aufgaben:

- „1. Mit der „Presse der Sowjetunion“ soll mehr gearbeitet werden, sie soll „fachbezogen“ studiert werden.
2. Die Vorgaben in den Kultur- und Bildungsplänen der Abteilungsgewerkschaftsgruppen für die Erfüllung der politischen ökonomischen Aufgaben sind konkret festzulegen. Der Kampf um den Ehrentitel „Kollektiv der DSF“ ist zu popularisieren.
3. Zusammenarbeit mit BGL und AGL für die Vorbereitung des 35. Jahrestages der Befreiung unseres Volkes durch die ruhmreiche Sowjetarmee.
4. In Verbindung mit dem Jahrestag der Gründung der Sowjetarmee: Freundschaftstreffen.
5. Aktive Mitarbeit bei den Wandzeitungen zur engen, allseitigen Bindung zur SU“²⁵⁷, und formulierte damit nichts Neues.

Im Juni 1980 legte der Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auf seiner 6. Tagung die Inhalte der weiteren politischen und kulturellen Massennarbeit fest. Die Kernaufgabe blieb die „Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern der DDR und der UdSSR, die Propagierung und weitere Herausbildung von Gemeinsamkeiten zwischen den Bruderländern.“²⁵⁸.

Der wirtschaftlichen Problematik und dem ökonomischen Gefälle zwischen West und Ost konnte sich jedoch auch die Gesellschaft für DSF nicht verschließen und auch hier mußte eine Formel gefunden werden nach der wirtschaftliche Diskrepanzen als „Hauptfeld der internationalen Klassenauseinandersetzungen“ zu sehen waren²⁵⁹.

²⁵⁶ Ebd., S. 2.

²⁵⁷ SächsHStA BT/RdB Dresden, Archiv-Nr.: 38798, Zeitraum 1980-1984 Arbeitsprogramm der Grundeinheit der GfDSF im Rat des Bezirkes Dresden, beschlossen auf der Delegiertenkonferenz am 28. Januar 1980.

²⁵⁸ SAPMO, DY 32, 4348, 3, Fassung der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. S. 24.

²⁵⁹ Ebd., S. 25.

Im Juli 1981 hatte die SED sogar die Unterstützung der westdeutschen Friedensbewegung beschlossen, nicht zuletzt deshalb, um eine Destabilisierung der BRD oder gar eine Spaltung der NATO zu erreichen²⁶⁰. Doch trotz ihrer massiven Einflußnahme auf die bundesdeutsche Friedenspolitik ist es der SED nicht gelungen, die Stationierung von amerikanischen Raketen in der BRD zu verhindern und so der Politik der USA entgegenzuwirken.

Dieses außenpolitische Engagement der Partei scheiterte, in der DDR selber entwickelten sich immer mehr oppositionelle Gruppen, die für die Sicherung des Friedens und den Schutz der Umwelt eintraten und sich besonders im Umfeld der Kirchen etablierten. Doch sobald diese Gruppen militärische Abrüstung und eine Entmilitarisierung der Gesellschaft forderten, wurden sie von der Partei als negative, feindliche Kräfte kategorisiert, die fortan unter der Beobachtung des MfS standen²⁶¹. Die SED fürchtete, daß „äußere und innerer Feinde ihre Bestrebungen unter dem Deckmantel des Eintretens für Frieden und Abrüstung (...) verstärken, um (...) in der DDR eine alternative, pseudopazifistisch ausgerichtete, sogenannte staatlich unabhängige Friedensbewegung zu etablieren. Sie sollte als Basis und als Sammelbecken für feindliche, oppositionelle und andere negative Kräfte dienen“²⁶².

Dieser Entwicklung mußte sich neben der SED auch die Gesellschaft für DSF stellen und sie reagierten schnell. Eine aktive, kontrollierte Unterstützung der Friedensbewegung und die Propagierung des Friedenswillen der sozialistischen Staatenwelt gehörte fortan zu Tagesordnung, nicht zuletzt deshalb, um einen gewissen Einfluß manifestieren zu können.

Um ihren Funktionären in der Diskussion mit den Mitgliedern mit passenden Argumenten auszustatten, erstellte der Zentralvorstand der Gesellschaft 1981 sogenannte „Hinweise für die Gesprächsführung“, die sich mit den wichtigsten Argumenten auseinandersetzten und Argumentationsstrategien liefern sollten. Darin hieß es, die im Westen aufgestellten „Lüge von der Bedrohung aus dem Osten“ habe unterschiedliche Funktionen.

²⁶⁰ Schoeder, K. unter Mitarbeit von Allitsch, S.: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949 - 1990. München 1998, S. 274.

²⁶¹ Vgl. zu dieser Strategie der SED Ploetz, M.: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall. Berlin, München 2000.

²⁶² Informationen des MfS, HAXX, Nr. 150/89, „Beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer, feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen“, zit. nach Jesse, E.: „Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständischen Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik“. In: Materialien der Enquete-Kommission „Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der DDR-Diktatur in Deutschland“. A.a.O 1995, S. 1013.

Erstens wolle man so den Sozialismus als Friedenskraft diffamieren und als aggressiv darstellen, zweitens die eigene Erhöhung der Rüstungsausgaben sowie die Forcierung des Wettrüstens rechtfertigen, drittens von den eigenen „Verbrechen des Imperialismus“ ablenken und viertens so das imperialistische Feindbild auszuprägen und die Möglichkeit eines Krieges unter der Bevölkerung publik machen²⁶³. Die Gegenargumente waren dabei schwer nachvollziehbar bzw. so allgemein, daß sie wenig zu einer offensichtlichen Diskussion beitragen konnten, so hieß es etwa: „60 Millionen Menschen in den USA sind des Lebens und Schreibens unkundig“ - eine sehr unrealistische Zahl, geht man von einer amerikanischen Bevölkerung von ca. 258 Millionen Menschen 1980 aus.

Anschließend wurden den Funktionären Definitionen gegeben, die dem Interesse der Partei und damit auch der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft entsprachen und die in ihrer überwiegenden Zahl aus Reden von Honecker zusammengestellt wurden.

Antikommunismus definierte sich danach als „Ausdruck der Furcht des Imperialismus vor dem wachsenden Einfluß des Sozialismus, vor dem friedlichen Wettbewerb der entgegengesetzten Gesellschaftssysteme sowie vor der Kraft der Völker“²⁶⁴. Unter dem Banner des Antikommunismus hätten sich - so Honecker - daher alle „Feinde von Frieden, Sozialismus und Fortschritt zusammengefunden“ um im eigenen Interesse die Wahrheit zu verdrehen.

Diese Argumente wurden durch weitere Redebeiträge und Daten untermauert, bevor festgestellt wurde: „Unsere Lebenserfahrungen besagen, nur an der Seite der Sowjetunion und niemals gegen sie kann man auf unserem Erdball den Sozialismus errichten und den Frieden sichern. Die Deutsch-Sowjetische Freundschaft ist für unser Volk eine Lebensfrage!“²⁶⁵.

Primär ging es der Partei und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft darum, den Bürgern der DDR die Erkenntnis zu vermitteln, daß es - nach den Erkenntnissen der SED - einen Zusammenhang zwischen Sozialismus und der Garantie des Friedens gebe und daß der Kampf um Frieden und Sicherheit vor allem dann erfolgreich zu führen sei, wenn die ökonomische Leistungskraft und politische Stabilität in der DDR gestärkt werden könne. Zur

²⁶³ Vgl.: Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. P 73 DSF-Bezirksvorstand Magdeburg, Nr. 637. Richtlinien für die Gesprächsführung 1981, S. 1-3.

²⁶⁴ Ebd., S. 4.

²⁶⁵ Ebd. S. 5.

gleichen Zeit wurde viel unternommen, um das Bild der Sowjetunion als Hauptkraft in den Bereichen Frieden und Abrüstung innerhalb der Bevölkerung der DDR zu manifestieren.

In dieses Bild paßten auch die Aktivitäten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, so beispielsweise die Organisation der „Woche der DSF“ vom 8. bis 15. Mai 1980 in Abstimmung mit dem 35. Jahrestag der Befreiung, aber auch die „Wochen der Waffenbrüderschaft“, welche jährlich Ende Februar bzw. Anfang März durchgeführt wurden²⁶⁶. Zu den „Wochen der Waffenbrüderschaft“ gehörten gemeinsame Manöver mit anderen Staaten des Warschauer-Paktes, gemeinsame Gefechtsausbildung, Leistungsvergleiche auch auf militärischer Ebene sowie Sportveranstaltungen und organisierte kulturelle Projekte.

Im Rahmen solcher Veranstaltungen benutzte die Gesellschaft diese Gelegenheit vor allem, um ihren Einfluß auf die Jugend weiter auszubauen, was einfach war, da vor allem junge Menschen an den „Wochen der Waffenbrüderschaft“ teilnahmen. Ziel war dabei die Erziehung der Jugendlichen der DDR dahingehend, ihr Land bereitwillig zu verteidigen, außerdem Mitglieder für die FDJ bzw. die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu gewinnen, welche bereit waren, im Militär einen Dienst auf Zeit anzutreten. Zu diesem Zeitpunkt waren ca. 23% der Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unter fünfundzwanzig Jahre alt.

Eine weitere Neuerung kam 1980 hinzu: In der Folge einer Konferenz, deren Zweck die Befähigung der Mitglieder zur Entlarvung Antisowjetischer Propaganda sein sollte, wurden sogenannte Kabinette der Gesellschaft für DSF gegründet, welche entsprechend den Vorgaben der Konferenz diese Arbeit vertiefen sollten. Sie fungierten seit 1981 unter dem Namen „Camera Politica“ und lieferten in den Folgejahren Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Argumente und methodische Hinweise für anstehenden Diskussionen und Auseinandersetzungen²⁶⁷.

Im Dezember 1981 nahm eine Delegation der Gesellschaft für DSF unter der Leitung von Mückenberger an der „Unionskonferenz der Sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR“, also der sowjetischen Schwesterorganisation der Gesellschaft für DSF, teil.

²⁶⁶ Vgl.: Tage der Kultur der UdSSR in der DDR. Die Rolle der kulturellen Massennarbeit bei der patriotischen und wehrpolitischen Erziehung. Leipzig 1986.

²⁶⁷ Vgl.: SAPMO, DY 32, 4348, 3, Fassung der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. S. 45 ff.

Darin verlas er eine Grußadresse Honeckers, die dem Aspekt der Verbundenheit zwischen beiden Ländern viel Raum einräumte. Dieser versicherte darin, für die DDR bleibe „die unverbrüchliche Freundschaft mit dem Lande Lenins das Fundament des Aufblühens des sozialistischen Staates, durch das gemeinsame Streben beider Staaten nach Sicherheit und Frieden werden die Staaten noch weiter vereint. Wir sind gewiß, daß die Freundschaftsgesellschaften unserer Länder auf der Grundlage der wegweisenden Beschlüsse des XXVI. Parteitages der KPdSU und des X. Parteitages der SED ihre fruchtbringende Tätigkeit, inspiriert durch das Friedensprogramm der sozialistischen Gemeinschaft, im Kampf für die Bannung der atomaren Kriegsgefahr weiter aktiviert werden (...)“²⁶⁸.

Interessant ist es, daß trotz der zunehmenden Spannungen, besonders im wirtschaftlichen Bereich, die DDR nicht bereit war, von der Propagierung des Vorbildes Sowjetunion abzugehen, auch wenn sie sich der angespannten internationalen Lage nicht verschließen konnte. Trotz der Polenkrise, der eigenen wirtschaftlichen Misere, der Nachrüstungsdebatte und den nicht nur wirtschaftlichen Problemen mit der UdSSR (Honecker sagte im April 1983 auf Druck der UdSSR einen geplanten Besuch in der BRD ab) hielt Honecker zunächst an dem auf dem X. Parteitag der SED im April 1981 verkündeten Statement fest, die DDR werde in den achtziger Jahren den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft gestalten. Nach einer streng marxistisch-leninistischen Auslegung bedeutete dies die Existenz einer klassenlosen Gesellschaft, doch nach den Thesen der Partei wurde nun eine stärkere führende Rolle der Partei als „gesetzmäßig“ bezeichnet und die enge Bindung an die UdSSR verstärkt propagiert²⁶⁹. So stellte Honecker den Nutzen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für die politischen und gesellschaftlichen Strukturen der DDR in seiner Grußadresse an den 12. Kongreß der DSF vom 12. und 13. Mai 1983 folgendermaßen dar: „(...) Indem sie die besten Erfahrungen der Sowjetwissenschaft aus Industrie und Landwirtschaft der UdSSR vermittelt, kann die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auch künftig zur Stärkung der Leistungskraft der DDR beitragen. Das gilt ebenso für die Propagierung der Errungenschaften der sozialistischen Demokratie und Kultur, sowie all dem Neuen, das in der Sowjetunion entsteht (...)“²⁷⁰.

²⁶⁸ Ebd., S.46.

²⁶⁹ Vgl. Weber, H.: Geschichte der DDR. A.a.O., S. 470.

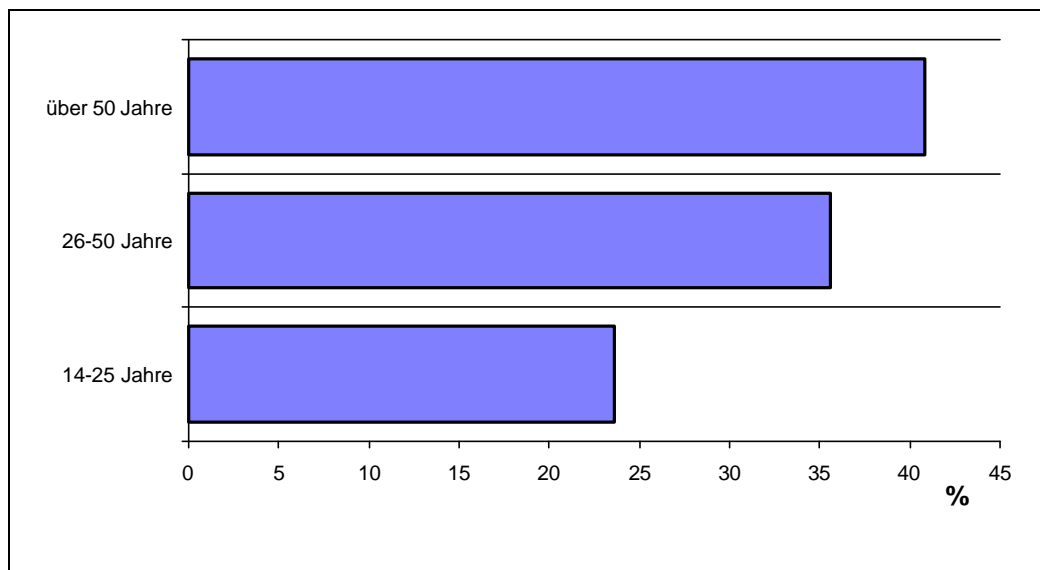
²⁷⁰ SAPMO, DY 32, 3730, Honeckers Grußadresse an den Kongreß für DSF 1983.

Die Mitgliedschaft und die Grundeinheiten der Gesellschaft

Anfang der achtziger Jahre konnte sich die Gesellschaft stabil und leistungsstark darstellen. Jeder zweite Bürger der DDR über 14 Jahre war Mitglied der Gesellschaft für DSF, d.h. 1982 zählte man mehr als sechs Millionen Mitglieder der Gesellschaft²⁷¹. Die Steigerungen waren beachtlich, denn 1977 hatte man den Mitgliederstand noch mit 5 293 000 angegeben, 1980 waren es 5 755 100 Mitglieder. Dabei zeigt es sich, daß besonders Menschen über 25 Jahre für die Arbeit der Gesellschaft gewonnen worden waren. Mit 23,6% stellten die 14-25 Jährigen den kleinsten Anteil in der Mitgliedschaft, während die Gruppe der 26-50 Jährigen mit 35,6% bzw. die Gruppe der über 50 Jährigen mit 40,8 % repräsentiert wurde.

²⁷¹ SAPMO, DY 32/3485, Kongreßvorbereitung 1983, a.a.O. Tagesordnung des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Anlage 9, S. 8.

Abbildung 3: Altersstruktur der GDSF Mitglieder 1982²⁷²



Gleichzeitig legte die Gesellschaft großen Wert darauf, daß die bestehenden Grundeinheiten alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Gesellschaft erfaßte. So führte man über die Anzahl der Grundeinheiten und die Zahl der Mitglieder sorgfältig Buch, um die Repräsentanz der Gesellschaft in den jeweiligen Bereich nachvollziehen zu können.

1982 bestanden 38 839 Grundeinheiten, 11 649 Abteilungsgruppen und 249 126 DSF-Gruppen. Die Grundeinheiten waren vor allem in Industrie- und Baubetrieben vertreten (8 876) und stellten auch 46,4% der Mitglieder, gefolgt von Grundeinheiten in den Bereichen Volksbildung (7 279) und Land- und Forstwirtschaft (5 824). Die wenigsten Grundeinheiten fanden sich an den Universitäten, doch immerhin rekrutierten sich aus diesem Bereich 4,3% der Mitglieder der Gesellschaft 1982. Dagegen gab es zwar im Bereich PGH 1440 Grundeinheiten (3,7%), doch stellte dieser Bereich nur 1% der Mitgliedschaft.

²⁷² SAPMO, DY 32/3485. Kongreßvorbereitung 1983, a.a.O. Tagesordnung des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Anlage 9, S. 8.

Tabelle 4: Grundeinheiten der DSF 1982²⁷³

Bereich	Anzahl	%	Mitglieder	%
Industrie und Bauwesen	8 876	22,9	2 787 064	46,6
Verkehrs-, Post-, Fernmeldewesen	1 995	5,1	395 010	6,6
Land-, Forstwirtschaft	5 824	15,0	500 864	8,4
Handel, Dienstleistungen	2 758	7,1	444 038	7,4
Gesundheitswesen	2 119	5,5	209 781	3,5
Volksbildung	7 279	18,7	575 041	9,6
Universitäten	530	1,4	258 110	4,3
Wissenschaft und Kultur	860	2,2	102 340	1,7
PGH	1 440	3,7	62 366	1,0
Wohngebiete	2842	7,3	173362	2,9
Sonstige Einrichtungen	4316	11,1	492024	8,2

Fast jedes zehnte Mitglied übte 1982 innerhalb der Gesellschaft eine Funktion aus. Darunter 215 als Mitglied des Zentralvorstandes, 1 388 im Bezirksvorstand, 15 806 als Mitglied eines Kreisvorstandes, 70 047 als Mitglied einer Revisionskommission, 34 041 arbeiteten in einem Kabinettrat, einem Referentenkollektiv oder einer Wandzeitungsredaktion, 229 377 engagierten sich im Vorstand einer Grundeinheit und 249 126 fungierten als DSF-Gruppenleiter. Von diesen Funktionären waren 23,4% Frauen und 6,0 % Jugendliche²⁷⁴.

Die Arbeit der Bezirks- Kreis und Grundeinheiten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war zu diesem Zeitpunkt völlig durchstrukturiert. So berichteten die Grundeinheiten in der Regel an die Kreisgeschäftsstellen, die wiederum bis zum 30. eines Monats der Bezirksleitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Bericht erstatteten bevor ein zusammenfassender Report bis zum 5. des nächsten Monats nach Berlin geschickt wurde. Dazu verwendete man standartisierte Vorlagen, die als Monatsbericht regelmäßig in der zentralen Geschäftsstelle der Gesellschaft für DSF eingingen. Die

²⁷³ Zahlen nach: SAPMO, DY 32/3485 Kongreßvorbereitung 1983, a.a.O. Tagesordnung des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Anlage 9, S. 9.

²⁷⁴ Ebd., S. 8.

Monatsberichte gaben einen guten Überblick über die einzelnen Aktivitäten auf den Bezirksebenen sowie über Themen und Kritiken an der Arbeit der Gesellschaft und waren folgendermaßen strukturiert:

1. Auflistungen der Sitzungen des Sekretariates des Kreis- bzw. Bezirksvorstandes
 - Anzahl der Sitzungen
 - Wieviele Mitglieder nahmen teil (Zahl und Prozent)
 - Die wichtigsten Tagesordnungspunkte und Beschlüsse
2. Tagungen des Kreis- bzw. Bezirksvorstandes
 - Tagte der Vorstand im Berichtszeitraum?
 - Anwesenheit
 - Tagesordnung und Beschlüsse
3. Arbeitsberatungen /Schulungen mit den Vorsitzenden der Grundeinheiten bzw. Kreissekretären
 - Anzahl
 - Wesentlicher Inhalt der Arbeitsberatungen/Schulungen
4. In der Massenarbeit der Organisation aufgetretene Meinungen zu Grundfragen und zu aktuellen politischen Ereignissen unseres Bruderbundes mit der Sowjetunion
5. Informationen über neue Initiativen und Aktivitäten, Vorschläge, Hinweise und Kritiken
6. Termine für den Folgemonat

4.2 Der 12. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Die Vorbereitung

Zu Beginn der achtziger Jahre zeigt sich deutlich die noch immer vorhandene Verbundenheit zwischen der UdSSR und der DDR ganz im Gegensatz zu der späteren Formel der SED, daß Neuerungen in einem Land nicht gleich Neuerungen in einem anderen sozialistischen Staat

herbeiführen mußten. Entsprechend der damaligen Propagandaformeln wie etwa „Fest verbunden mit dem Land des Roten Oktober - alles für die Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED“ oder „Freundschaft mit der Sowjetunion - Herzenssache unseres Volkes“ hatten sich auch die Massenorganisationen darzustellen.

In seinem Grußwort an die Mitglieder der Gesellschaft für DSF zum Jahreswechsel 1983 lieferte Mückenberger dafür eine Vorlage. Schon die Überschrift implizierte die Intentionen des Schreibens: „Fest verbunden mit der Sowjetunion werden wir unsere Aufgaben im Karl-Marx-Jahr 1983 meistern“²⁷⁵. Obwohl die wirtschaftlichen Probleme und Defizite bekannt waren, beschwor Mückenberger weiter den Erfolg, man sei 1982 „wieder gut vorangekommen“²⁷⁶. Wichtig waren ihm die Pläne für 1983, besonders die Durchführung des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Die gesellschaftliche Diskussion war bestimmt von der populären Friedensbewegung und stand so im Mittelpunkt des Blickfeldes und damit auch in der thematischen Planung des 12. Kongresses der Gesellschaft²⁷⁷.

Das Ziel der Gesellschaft für DSF sei es, so hieß es in den Informationen für den 12. Kongreß, im Jahr 1983 „alles zu tun für die Bannung der drohenden Kriegsgefahr sowie auf allen Gebieten dem gefährlichen Konfrontationskurs, dem hochgepeitschten Antisowjetismus und Nationalismus führender Kreise der NATO die Stirn zu bieten, beizutragen, daß deren gefährliche Machenschaften entlarvt und zerschlagen werden. So kommt es darauf an, in allen Bezirken und Kreisen auch unter den komplizierten Kampfbedingungen der achtziger Jahre unseren Anteil in der politisch-ideologischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Tätigkeit voll und ganz zu erbringen (...)“²⁷⁸.

²⁷⁵ Vorlage des Grußwortes zum Jahreswechsel 1983 zur Veröffentlichung in der PdSU 1/1983, DY 32/3263; Vgl auch Schmidt, B.: Hauptrichtungen des Wirkens der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen dem 11. und 12. Kongreß und ihre Bedeutung für die internationalistische Erziehung der Werktätigen der DDR. Diplomarbeit an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft - Institut für Internationale Beziehungen. Potsdam 1984.

²⁷⁶ die DDR hatte den Fünf-Jahresplan bis 1980 nicht wie vorgesehen erfüllen können, die neuen Vorgaben von 5,1-5,4 % Wirtschaftswachstum waren ebenfalls zu hoch gesteckt und die DDR mittlerweile auf die Kredite der BRD angewiesen

²⁷⁷ Vorlage des Grußwortes zum Jahreswechsel 1983 zur Veröffentlichung in der PdSU 1/1983, DY 32/3263, S.1.

²⁷⁸ SAPMO, DY 32/3485, Kongreß für DSF 1983: Informationen über Meinungen und Diskussionen zum politischen Inhalt des Kongresses und seiner Organisation des Organisationsstabes.S. 3.

Letztendlich ging es also darum, den Mitgliedern der Gesellschaft für DSF den politisch-ideologisch richtigen Weg vorzugeben und sie also weiter auf die kompromißlose Unterstützung der Politik der SED einzuschwören.

Der 12. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft kann als typisches Beispiel dienen, in welchem Rahmen ein Kongreß der Gesellschaft ablief. Schon in der Vorbereitungsphase lassen sich die engen Verbindungen zwischen der Partei und dem Vorstand der Gesellschaft nachweisen, ebenso das deutliche Interesse der Gesellschaft für DSF, sich eindeutig hinter die SED zu stellen.

Wie dies in der Praxis aussehen sollten, lassen die Akten erkennen, die sich mit der Vorbereitung und Auswertung des 12. Kongresses der Gesellschaft für DSF am 12. und 13. Mai 1983 beschäftigen. Themen des kulturellen Austausches zwischen der DDR und der Sowjetunion - also nominal eine der Hauptaufgaben der Gesellschaft sollten nur am Rande behandelt werden. Statt dessen wurde Wert darauf gelegt, „(...) daß man sich immer wieder mit Fragen der Erhaltung des Friedens und der auch mit der politischen Arbeit unter der Jugend(...)“ befaßte²⁷⁹.

Im Rahmen der Organisation des Kongresses wurde, neben umständlichen Planungen der Sitzordnung und Redefolge, ebenfalls ein umfangreiches Konzept zur medizinischen Betreuung der Delegierten aufgestellt, womit man nicht zuletzt der Tatsache Rechnung trug, daß einige Teilnehmer die siebzig schon überschritten hatten. Um die medizinische Versorgung zu gewährleisten, standen an allen Tagungsorten „Gesundheitshelfer“ bzw. während der Tagungszeiten zwei Ärzte, zwei Schwestern, zwei Pfleger und 15 Helfer zur Verfügung.

Der Beginn des Kongresses

Die Gesellschaft für DSF verhehlte es auch nicht, daß sie sich des gewachsenen Interesses durchaus bewußt war. Aufmerksam habe man die Charakterisierung der Gesellschaft für DSF als „staatstragende politische Massenorganisation und aktiven Teil der nationalen Front der DDR“ betrachtet, heißt es in der Beschlußvorlage. Schon am 8. Februar 1983 wurde von der

²⁷⁹ Ebd. S. 4.

Gesellschaft eine Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED gereicht, die nicht nur einen detaillierten Ablaufplan und die Tagesordnung des Kongresses enthielt, sondern auch schon einen erarbeiteten Entwurf des Beschlusses des 12. Kongresses, sowie einen Neuentwurf des Statutes der Gesellschaft und die Vorschläge zur Wahl des Präsidiums bzw. des Sekretariates der Gesellschaft für DSF²⁸⁰.

Dieser Beschluß - wie immer wußte man schon vor der Verabschiedung des Beschlüsse, zu welchem Ergebnis man kommen würde - trägt einen Vermerk des Zentralkomitees der SED: „Das Sekretariat des ZKs der SED nimmt den Entwurf zustimmend zur Kenntnis. Die gegebenen Hinweise sind in den Entwurf einzuarbeiten“²⁸¹. Hier sieht man deutlich, wie sehr die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an die Partei angebunden war. Sogar Beschlüsse mußten im Vorfeld von der Partei abgesegnet werden und wurden daher dem Zentralkomitee bzw. dem Sekretariat des Zentralkomitees vorgelegt. Das Sekretariat des ZK war neben dem Politbüro die wichtigste Instanz der SED. Alle zwölf Sekretäre gehörten dem Politbüro an, wobei dem Generalsekretär, also Honecker, die dominierende Stellung zukam²⁸². Letztendlich war die Gesellschaft für DSF also unfähig, einen eigenen Beschluß zu verabschieden, welcher nicht mit Honecker abgestimmt worden war.

Leider sind die vorgenommenen Veränderungen anhand der Akten nicht zu erkennen - es ist zu vermuten, daß Änderungen mündlich abgesprochen wurden - der Beschluß selber liest sich als Lobeshymne auf die deutsch-sowjetische Freundschaft und die Errungenschaften der Sowjetunion selber, kein Wort wird dagegen über die wirtschaftlichen und diplomatischen Probleme beider Länder verloren:

“65 Jahre Oktoberrevolution und 60 Jahre UdSSR künden von den welthistorischen Leistungen der Sowjetunion, vom erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, von ihrer

²⁸⁰ SAPMO, DY 32/3485, Vorbereitung und Durchführung des 12. Kongresses der Gesellschaft, Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED und Anlagen vom 8. Februar 1983 in Berlin.

²⁸¹ handschriftlicher Vermerk ebd.,

²⁸² Die Tagesarbeit der Partei wurde vom Sekretariat erledigt, welches auch die parteiinternen Angelegenheiten anleitete und die staatlichen und gesellschaftlichen Apparate dirigierte. Als Vorgesetzte der hauptamtlichen Funktionäre waren die Sekretäre des ZK sehr mächtig, sie kontrollierten den „Apparat des ZK“ an, welcher über 1 500 Mitarbeiter beschäftigte. Für alle relevanten Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens gab es unterschiedliche Abteilungen, so z.B. die Abteilungen Kader, Jugend, Propaganda, Agitation, Finanzen, Wissenschaft etc., die jeweils einem Abteilungsleiter, manche von ihnen waren Mitglied des Zentralkomitees, unterstanden, welcher von einem Stellvertreter unterstützt wurde. Die einzelnen Abteilungen untergliederten sich weiter in Sektoren mit Sektorenleitern, Instruktoren und Mitarbeitern.

führenden Rolle als Banträger des Menschheitsfortschritts und ihrem unbeugsamen Kampf für die Sicherung des Friedens und der Verbannung imperialistischer Kriege aus dem Leben der Völker. Der ruhmreiche Weg der UdSSR in den vergangenen sechs Jahrzehnten und die erfolgreiche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik in nunmehr fast 34 Jahren, verstärken im Volk der DDR das Wissen um die Richtigkeit, Gerechtigkeit und Unbesiegbarkeit unserer gemeinsamen Sache des Sozialismus und Kommunismus, spornen den Leistungswillen auch aller Mitglieder und Funktionäre der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an, fördern ihre Bereitschaft für neue Taten zur Erfüllung der gewachsenen Aufgaben unserer Massenorganisation als treuer Helfer der Partei der Arbeiterklasse. Der 12. Kongreß unterstreicht, daß es nach wie vor darauf ankommt, unermüdlich die Rolle der Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus als Hauptkraft der sozialistischen Gemeinschaft und als Inspirator des weltweiten Friedenskampfes beweiskräftig darzustellen und zu propagieren (...). Es ist und bleibt eine vordringliche Aufgabe der GDSF, die unerschöpflichen Erfahrungen des Sowjetvolkes, die beim Aufbau des entwickelten Sozialismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gemachten werden, zielstrebig zu vermitteln und sich für deren schöpferische Anwendung in unserer Republik einzusetzen (...)."²⁸³.

So betonte auch der 12. Kongreß das Ziel der Gesellschaft für DSF, die Festigung der Freundschaft und die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion weiter zu fördern, und vor allem „unermüdlich die Rolle der Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus als der Hauptkraft der sozialistischen Gemeinschaft und als Inspirator des weltweiten Friedenskampfes beweiskräftig darzustellen und zu propagieren.“²⁸⁴. Des weiteren sei es eine grundsätzliche politische Aufgabe der Gesellschaft für DSF, unter der Führung der SED die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus weiterzuführen, das Kampfbündnis der

Weiteres zum Sekretariat des ZK in: Dohlus, H.: Der demokratische Zentralismus - Grundprinzip der Führungstätigkeit der SED bei der Verwirklichung der Beschlüsse des Zentralkomitees. Berlin (Ost) 1965, S. 19 f. und Weber, H.: Geschichte der DDR. A.a.O., S. 322.

²⁸³SAPMO, DY 32/3485, Kongreßvorbereitung 1983 Beschlußvorschlag zum 12. Kongreß der Gesellschaft für DSF. S. 4.

²⁸⁴ SAPMO, DY 32/3485, Kongreßvorbereitung 1983. Beschlußvorschlag zum 12. Kongreß der Gesellschaft für DSF, a.a.O. S. 5.

Warschauer Vertragsstaaten zu stärken und die Erkenntnis zu vermitteln, „daß einzig und allein der Sozialismus ein Leben in sozialer Sicherheit und Geborgenheit ermöglicht.“²⁸⁵.

Der massive Einfluß der Partei bzw. die Abhängigkeit der Gesellschaft für DSF von der Partei spiegeln sich nicht nur darin wieder, daß Beschlüsse erst „von oben“ genehmigt werden mußten, sondern auch darin, daß sogar neben der Besetzung der Posten auf der Ebene des Präsidiums der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und dessen Sekretariates auch die Zusammensetzung des Zentralvorstandes bei der Neuwahl auf dem 12. Kongreß der Gesellschaft schon im Vorhinein festgelegt wurde²⁸⁶.

Nach erfolgter Zustimmung des Sekretariats des ZK der SED und der von diesem beschlossenen Direktiven zu den „Rechenschaftslegungen und Neuwahlen in den Grundeinheiten sowie der Vorstände und Bezirksorganisationen“ und natürlich in Abstimmung mit den Beschlüssen der herrschenden Partei schon im Februar 1983, fand der Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 12. und 13. Mai 1983 in Berlin unter der Losung „Verbündete, Kampfgefährte, Freunde“ im Großen Saal des Palastes der Republik statt.

Am Kongreß nahmen insgesamt 2686 Delegierte der 2694 gewählten Delegierten sowie Delegationen von ausgewählten Schwesterorganisationen teil. Insgesamt wurde der Kongreß in über 50 000 Jahreshauptversammlungen, Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen vorbereitet. Entsprechend der Mitgliederstärke der Organisation waren auf dem Kongreß jeweils 2275 Mitglieder durch einen Delegierten vertreten, hinzu kamen 80 Vertreter der zentralen Ebene

²⁸⁵SAPMO, DY 32/3485, Kongreßvorbereitung 1983 Beschlußvorschlag zum 12. Kongreß der Gesellschaft für DSF, a.a.O. S. 8.

²⁸⁶ Zum Präsidium des Zentralvorstandes der Gesellschaft für DSF gehörten 1983 u.a. Dr. Rudolf Agsten als Mitglied des politischen Ausschusses und Sekretär des Zentralvorstandes der Liberal-Demokratischen Partei; Dr. Lothar Bolz, Ehrenvorsitzender der National-Demokratischen Partei; Horst Finner, Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands Neubrandenburg und stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für DSF, Valery Fischmann, langjähriger Sekretär der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Dr. Manfred Gerlach, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Gerald Götting, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union, Prof. Dr. Lothar Kolditz, Mitglied des Staatsrates der DDR und Präsident des Nationalrates der Nationalen Front; Peter Krüger, Sekretär des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Heinz Kuhrig, Mitglied des Zentralkomitees der SED, er wurde für die Position des Vizepräsidenten vorgeschlagen; Dr. Klaus Kurz, Sekretär des Zentralvorstandes der DSF, Dr. Ernst Mecklenburg, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei; Erich Mückenberger, Mitglied des Zentralkomitees der SED, er übernahm 1983 das Amt des Präsidenten der DSF, Günther Nitschke, Sekretär des Zentralvorstandes der DSF; Ursula Raurin-Kutzner, Mitglied des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU und Direktorin für Sozialfragen der VOB Union (Vereinigung Organisationseigener Betriebe), sowie Helmut Schaefer, Sekretär des Zentralvorstandes der DSF und Mitglied des Hauptausschusses der National-

sowie 70 Delegierte als Vertreter der Mitglieder der Gesellschaft für DSF in den bewaffneten Organen. Auch die Teilnahme von repräsentativen Delegationen anderer DDR-Institutionen war den Organisatoren der Gesellschaft für DSF sehr wichtig, da man einerseits die Verbundenheit mit anderen Institutionen darstellen wollte und auf der anderen Seite die enge Bindung an die Partei unter Beweis stellte. Dies gelang dank der Teilnahme von Delegationen des Zentralkomitees der SED, des Ministerrates der DDR, Vertretern der einzelnen Parteien und Massenorganisationen, die auch in der Nationalen Front vertreten waren und die durch ihre Präsenz auf den Kongreß unter Beweis stellen sollten „ (...) wie unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands alle gesellschaftlichen Kräfte der DDR die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR im Interesse des Sozialismus und des Friedens weiter vertiefen.“²⁸⁷.

An der Begrüßung nahmen weiterhin 500 Jung- und Thälmannpioniere aus Berliner Oberschulen teil, bevorzugt aus Schulen, die Namen von sowjetischen Helden und Kosmonauten trugen, hinzu kamen 50 Leninpioniere der Schule der Botschaft der UdSSR in der DDR in Berlin und der Schule der Garnison der GSSD in Karlshorst, 70 Mitglieder der Chor- und Tanzgruppe des Pionierpalastes „Ernst Thälmann“ sowie Teilnehmer verschiedener Arbeitsgemeinschaften desselben.

Insgesamt waren 650 Thälmann- und Leninpioniere auf dem Kongreß anwesend. Mit der Einbeziehung der Jugendorganisationen wollte die Gesellschaft auf „kindgemäße Weise“ den Inhalt der Losung des Kongresses „Verbündete, Kampfgefährte, Freunde“ dokumentieren und so deutlich machen, daß auch die Jugend bereit war, sich für die Freundschaft mit der Sowjetunion einzusetzen und die Bereitschaft zu demonstrieren, sich für deren Festigung und Vertiefung einzusetzen. Gleichzeitig sollten die Jugendlichen die Gelegenheit nutzen, sich für die „konsequente und aktive Friedenspolitik der Sowjetunion“ zu bedanken und mit dem Schlußapell „Kinder wollen den Frieden“ ihre Gewißheit deutlich machen, daß sich die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten den Sozialismus und den Frieden sicher schützen würden.

Demokratischen Partei Deutschlands. SAPMO, DY 32/3485, Kongreßvorbereitung 1983 Beschlußvorschlag zum 12. Kongreß der Gesellschaft für DSF, a.a.O., Anlage 3 und 4.

²⁸⁷ SAPMO, DY 32/3485, Bericht über den Verlauf des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft S. 1.

Die Begrüßung und mit ihr die Einbeziehung der Jugendlichen war bis ins Detail geplant worden. Der Einmarsch erfolgte mit dem Lied „Immer lebe die Sonne“, wobei der Chor alle Kongreßteilnehmer zum Mitsingen animieren sollte. Es folgte die Begrüßung der Delegierten durch einen Thälmann und einen Leninpionier in deutscher bzw. russischer Sprache. Im Dialog wurde auch noch einmal betont, wie wichtig das Erlernen der russischen Sprache sei. Daran schloß sich ein Bericht über die „Forschungsexpedition: Auf den Spuren der Befreier“ an, wobei ein weiter Bogen über die historischen Wurzeln der Freundschaft zwischen beiden Völkern gespannt wurde²⁸⁸.

Es folgte wieder ein Lied und daran schloß sich der sogenannte „Drushba-Festzug“ an, eine Spielszene, in welcher die Pioniere ihre Beziehung zum Sowjetland darstellten und verschiedene Mottos, so etwa „junge Funker“, „junge Schiffsmodellbauer“ etc. darstellten und mit sowjetischen Vorschulkindern Geschenke austauschten, bevor sie wiederum mit einem Lied ausmarschierten.

Auch die Demonstration der engen Verbundenheit und Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gruppen war der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wichtig. So wurde ebenfalls schon im Vorfeld dafür gesorgt, daß nicht nur Vertreter der Schwestergesellschaften aus anderen Staaten des sowjetischen Imperiums eingeladen wurden, sondern daß diesen auch ein umfassendes Programm geboten werden konnte.

Das Spektrum der eingeladenen Gruppen konnte sich durchaus sehen lassen. So wurden vom Verband der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland drei Vertreter erwartet, vom Zentralvorstand der Sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR ebenfalls drei Personen, darunter der Vorsitzende Lapin, sowie je zwei Vertreter der Bewegung der Bulgarisch-Sowjetische Freundschaft, der Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische Freundschaft, der Gesellschaft für Ungarisch-Sowjetische Freundschaft, des Verbandes für Tschechoslowakisch-Sowjetische Freundschaft sowie der Rumänischen Gesellschaft für freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion. Hinzu kamen Gäste aus diplomatischen Reihen wie etwa Vertreter der Botschaft der Republik Kuba, der Mongolischen

²⁸⁸ Bei der Forschungsarbeit von Lenin- und Thälmannpionieren handelte es sich um ein Projekt, welches mit der Befreiung Berlins beschäftigte. Auf den Spuren der 5. Stoßarmee wurden die Ereignisse 1945 rekonstruiert und persönliche Erfahrungen ausgetauscht. Auf dem Kongreß erzählten ein Leninpionier und ein Thälmannpionier von ihren Vätern, die als Offiziere ihrer Armeen an den Ereignissen beteiligt waren. Der Komplex endete mit dem Einspiel eines Tonbandes, besprochen in Moskau vom Kommandeur der ehemaligen

Volksrepublik, der sozialistischen Republik Vietnam, der Volksdemokratischen Republik Laos und der Republik Kampuchea.

Neben der Teilnahme am Kongreß der Gesellschaft für DSF plante man für die internationalen Gäste ein umfangreiches Programm, welches außer einer Stadtbesichtigung auch der Kontaktpflege mit ausgesuchten Bezirken der Gesellschaft für DSF beinhaltete. Diese Kontakte bzw. „Erfahrungsaustausche“ erfolgten jedoch nicht in einem ganz so ungezwungenen Rahmen, wie es den Anschein haben sollte. In der Vorabplanung der Gesellschaft wurde nämlich ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die jeweiligen Bezirksleitungen der SED vor dem Aufenthaltsprogramm in den Bezirken über die Besuche in Kenntnis zu setzen seien, wohl um unangenehmen Ereignissen entgegenzuwirken bzw. ausgewählte Personen zu diesen Treffen einzuladen, deren Verhalten einschätzbar war²⁸⁹.

Schon bei der Eröffnung des Kongresses wurde die „Hierarchie“ unter den Delegierten deutlich. An erster Stelle begrüßte der Präsident der Gesellschaft für DSF die Delegation des Zentralkomitees der SED, welcher die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros Hermann Axen, Werner Felfe, Harry Tisch, Egon Krenz und Erich Mückenberger angehörten²⁹⁰. Mückenberger betonte im Mai in einem Bericht an die Sekretäre und Abteilungsleiter im Apparat des Zentralvorstandes, daß die Delegierten des Zentralkomitees „mit großer Beachtung und Genugtuung“ die Anwesenheit der Genannten zur Kenntnis genommen hatten. Dies habe man

301. Schützendivision im Bestand der 5. Stoßarmee. SAPMO, DY 32/3485, Bericht über den Verlauf des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft S. 3.

²⁸⁹ SAPMO, DY 32/3485, Kongreßvorbereitung 1983, a.a.O. Tagesordnung des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Anlage 7.

²⁹⁰ Hermann Axen (1916-1992) trat 1923 in die KLVD ein und hatte seit 1945 verschiedenen Positionen innerhalb der SED inne. Von 1954-89 war er Abgeordneter der Berliner Volkskammer, seit 1970 Mitglied des Politbüros. Er galt seit den sechziger Jahren als Architekt der DDR-Außenpolitik, seit 1981 Mitglied der Kommission zur Koordinierung der ökonom. kult. und wiss.-technischen Beziehungen der DDR zu den Ländern Asiens, Afrikas und des arab. Raumes beim Politbüro, Träger verschiedener Auszeichnungen, darunter 1986 den sowj. Orden der Völkerfreundschaft, 1989 aus dem Politbüro ausgeschieden wurde er nach seiner Rückkehr aus Moskau verhaftet. Werner Felfe (1928-88) seit 1946 Mitglied der SED war seit 1963 Mitglied des Zentralkomitees der SED, wurde 1976 Mitglied des Politbüros, Inhaber verschiedener Ämter besonders im Bereich Landwirtschaft; Harry Tisch (1927-1995) ebenfalls schon 1945/46 KPD bzw. SED Mitglied wurde 1973 Mitglied des Zentralkomitees, 1975-89 Mitglied des Politbüros, wurde 1989 aus der SED ausgeschlossen und wegen „Vertrauensmißbrauchs und Untreue“ verurteilt. Egon Krenz (geb. 1937) wurde 1953 Mitglied der FDJ, war ab 1973 Mitglied des Zentralkomitees der SED, von 1983-89 Mitglied des Politbüros, Sekretär des ZK zuständig für Sicherheitsfragen, Jugend, Sport, Staats- und Rechtsfragen, 18. Oktober bis 3. Dezember 1989 Generalsekretär des ZK der SED, vom 24. Oktober bis 6. Dezember Vorsitzender des Staatsrates als Nachfolger Honekers, wurde 1990 aus der SED/PDS ausgeschlossen und 1995 wegen „Totschlag und Mitverantwortung für das Grenzregime der DDR“ verurteilt; detailliertere Informationen zu den Biographien vgl. Müller-Engbergs u.a.: Wer war Wer in der DDR? A.a.O.

„wiederum als einen sichtbaren Ausdruck der ständigen Hilfe, Anleitung und Unterstützung, die die Gesellschaft für DSF ständig durch die Partei erfährt,“ gewertet²⁹¹.

Die Beschlußfassung

Die Eröffnungsrede mit der Vorstellung dauerte ca. 20 Minuten. Die Beschlußfassung des Kongresses dagegen war nur halb so lang, jedoch war Wort für Wort geplant.

Gegen neun Uhr 20 bekam Heinz Kuhrig das Wort zur Konstituierung des Kongresses, in deren Rahmen die den Delegierten vorliegenden Beschlüsse verabschiedet werden sollten. Dabei stützte er sich auf eine Textvorlage, die als „Drehbuch“ bezeichnet wurde und die ein weiterer Indikator dafür ist, daß der Ablauf des Kongresses vor allem darauf ausgerichtet war, ein vorbestimmtes Bild der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu inszenieren, durch welches die Gesellschaft als motivierte, die Partei unterstützende, begeisterte Institution dargestellt wurde, deren Engagement sich neben der Unterstützung der Partei auch auf die Vermittlung der Kultur der Sowjetunion ausrichtete. Dieses „Drehbuch“ beschreibt folgenden Ablauf:

„Liebe Freunde!

Wir kommen zur Konstituierung unseres Kongresses.

Ich bitte Sie die Delegiertenkarten bereitzuhalten.

Von den Bezirksdelegationen wurde ein gemeinsamer Vorschlag für die Wahl des Präsidiums unterbreitet.

Der Wahlvorschlag liegt allen Delegierten vor.

Gibt es zu diesem Vorschlag Bemerkungen?

Das ist nicht der Fall!

Wir kommen damit zur Abstimmung.

²⁹¹ SAPMO DY 32/3485, Bericht Mückenbergers an die Sekretäre und Abteilungsleiter des Zentralvorstandes vom 24. Mai 19983, S. 1.

Wer den Vorschlägen für das Präsidium zustimmt, den bitte ich, die Delegiertenkarte zu erheben.

Danke!

Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen?

Das ist nicht der Fall.

Das Präsidium unseres 12. Kongresses ist damit einstimmig gewählt.²⁹²

Ebenso „einstimmig“ wurde auch dem Programm und der Zusammensetzung der Redaktions-, der Statuten- bzw. der Mandatskommission zugestimmt. Diese Vorlage für die Rede, also das Drehbuch, berücksichtigt noch nicht einmal die theoretische Möglichkeit, daß sich Delegierte ablehnend gegenüber den Vorschlägen äußern könnten. Daran kann man deutlich die Ausrichtung der Gesellschaft für DSF und der Delegierten erkennen, deren Befragung bzw. Beschlußfassung vor diesem Hintergrund als kaum mehr als eine Farce und reine Formalität ohne inhaltlichen Anspruch bewerten läßt.

Ähnlich erfolgte auch die Wahl des Präsidenten. Auch hier lag ein Drehbuch vor, welches einen Widerspruch bei der Wahl des Präsidenten nicht in Erwähnung zog. Die Wahl erfolgte wie die anderen öffentlich und war schnell abgewickelt. Im Drehbuch liest sich das folgendermaßen:

„Wer für die Wahl unseres Freundes und Genossen Erich Mückenberger zum Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ist, den bitte ich um das Erheben der Delegiertenkarte.

Gibt es Gegenstimmen?

Das ist nicht der Fall.

Gibt es Stimmenthaltungen?

Das ist auch nicht der Fall.

Damit ist unser Freund und Genosse Erich Mückenberger - einstimmig - zum Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft gewählt worden.²⁹³

Daß diese Wahl keineswegs eine wirkliche Wahl war, spiegelt sich in den Aktivitäten des Sekretariates des Präsidiums der Gesellschaft im Vorfeld wieder. Im Rahmen der schon erwähnten Vorlage für das Sekretariat des ZK vom 8. Februar 1983 wurde nicht nur der

²⁹² SAPMO DY 32/3485, Eröffnungsansprache des Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, hier Rede Kuhrigs, S. 9.

²⁹³ SAPMO DY 32/3485, Drehbuch für den Vorsitzenden der Wahlkommission. S. 2 f.

Entwurf des Beschlusses vom Zentralkomitee der SED im Vorfeld genehmigt und offensichtlich vom Politbüro begutachtet, sondern ebenfalls der Vorschlag für die Wahl des Präsidiums des Zentralvorstands der Gesellschaft für DSF und seines Sekretariates. In dem Beschlußentwurf heißt es dazu: „Der vorgeschlagenen Zusammensetzung des Zentralvorstands der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, seines Präsidiums und des Sekretariates wird zugestimmt. Das Sekretariat des Zentralkomitees der SED stimmt der Wahl des Genossen Erich Mückenberger als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und des Genossen Heinz Kuhrig als Vizepräsident zu.“²⁹⁴.

Der Kongreß beschloß auch die Beibehaltung der Kommissionen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft verfügte über drei Kommissionen, die sich mit unterschiedlichen Themenbereichen beschäftigten, so die Redaktionskommission unter der Leitung von Dr. Klaus Kurz, die sogenannte Statutenkommission unter der Leitung von Valery Fischmann und schließlich die Mandatsprüfungskommission unter der Leitung von Ottomar Pech²⁹⁵. Auch diese wurden in den Vorlagen an das Politbüro kurz erwähnt, ihre personelle Zusammensetzung aber in keiner Weise in Frage gestellt.

Da niemand mit Diskussionen über die vorgelegten Listen rechnete, nachdem diese von der SED genehmigt wurden, war der eingeplante Zeitrahmen entsprechend gering.

Demgemäß konnte man schon bald zu folgendem Schluß kommen: „Die Delegierten unseres 12. Kongresses haben mit der einstimmigen und einmütigen Wahl des Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, des Zentralvorstandes und der Zentralen Revisionskommission überzeugend die Einheit im Denken unserer politischen Massenorganisation zum Ausdruck gebracht. Daraus nehmen wir die Gewißheit, daß alle Delegierten bereit und willens sind, ihre ganze Kraft für die Lösung der von diesem 12. Kongreß gestellten Aufgaben einzusetzen. Die Wahlkommission bestätigt, daß die Wahl des

²⁹⁴ SAPMO DY 32/3485, Vorlage für das Sekretariat des Zentralkomitees der SED: Materialien zur Vorbereitung und Durchführung des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 12. Und 13. Mai in Berlin, Hauptstadt der DDR. S. 2

²⁹⁵ Klaus Kurz (geb. 1937) war zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Präsidiums der Gesellschaft und Sekretär des Zentralvorstands; Valery Fischmann (geb. 1925) war ebenfalls Mitglied des Präsidiums der Gesellschaft und Sekretär des Zentralvorstands; Ottomar Pech (geb. 1914) Generalleutnant a.D., ehemaliger Kommandeur der Inneren Truppen des MfS, davor Inhaber verschiedener Abteilungen im MfS, 1957 stellvertretender Chef des Hauptstabes der NVA wurde 1979 aus dem Dienst entlassen, war aber weiterhin Beauftragter der NVA für die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für DSF.

Präsidenten und der leitenden Organe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ordnungsgemäß entsprechend der Wahlordnung verlaufen ist.“²⁹⁶.

Die Festlegung der Beschlüsse im Vorfeld blieb nicht auf personalpolitische Entscheidungen begrenzt.

Auch inhaltliche Beschlüsse, in denen es nicht um personalpolitische Entscheidungen ging, wurden den Delegierten zwar vorgelegt und als Beschlußentwurf im Vorfeld abgedruckt, jedoch in keiner Weise diskutiert.

Letztendlich hatten inhaltliche Beschlüsse auch wieder die Funktion, das Handeln der Gesellschaft zu glorifizieren und ihre enge Bindung an die Regierung und das sowjetische System zu betonen. Dabei wurde nicht nur die Abhängigkeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von der Partei offensichtlich, sondern der Beschlußentwurf verdeutlicht auch, wie tief die Abhängigkeit der DDR-Gesellschaft von der Partei und dem herrschenden Regime in der Sowjetunion im offiziellen Denken der Massen verinnerlicht waren.

Der Beschlußentwurf 1983 konstatierte: „Die Freundschaft und die brüderliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR sind ein entscheidendes Fundament, eine Kraftquelle der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik. Das findet seine Verankerung in der Verfassung der DDR und im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Der X. Parteitag der SED, der führenden Kraft unseres Volkes in der DDR, hat zur Verwirklichung dieser grundlegenden Linie der DDR neue, höhere Aufgaben gestellt, die sich aus den Erfordernissen der Gestaltung bzw. der Vervollkommnung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und der UdSSR ergeben.“²⁹⁷.

Des weiteren läßt der Beschlußentwurf deutlich die propagandistische Funktion der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erkennen. Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von ihren Mitgliedern erwartete, „politisch und praktisch zur Gewährleistung des gebührenden Niveaus der sozialistischen Landesverteidigung, zum weiteren Erstarren der Waffenbrüderschaft zwischen der Nationalen Volksarmee der DDR und der Sowjetarmee beizutragen.“ In diesem Kontext sei es eine besondere Aufgabe der Mitglieder der Gesellschaft für DSF, „durch die Darlegung der

²⁹⁶ SAPMO DY 32/3485, Drehbuch für den Vorsitzenden der Wahlkommission. S. 3 f.

²⁹⁷ SAPMO DY 32/3485 12, Kongreßmaterial: Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Berlin, Hauptstadt der DDR, 12. und 13. Mai 1983, S. 24.

Vorzüge und der Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung offensiv allen Entscheidungsformen der antikommunistischen und antisowjetischen Politik und Lügenpropaganda des Imperialismus entgegenzutreten“²⁹⁸. Gleichzeitig erwartete man von den Mitgliedern der Gesellschaft für DSF, ihren Beitrag für die fortschreitende Intensivierung der sozialistischen Produktion zu leisten, indem sie entsprechend ihren spezifischen Mittel und Möglichkeiten systematisch zur Propagierung und Vermittlung der ökonomischen Strategie der SED beitrugen und die Fortschritte und Leistungen der UdSSR hervorhoben. Dies wurde sogar offiziell als „Ehrenpflicht aller Mitglieder“ bezeichnet und in diesem Zusammenhang alle Organisationseinheiten und Einrichtungen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aufgefordert „zielstrebig und mit noch größerer Überzeugungskraft die Errungenschaften der sozialistischen Demokratie in der UdSSR, der sowjetischen Wissenschaft und Kultur, der sozialistischen Lebensweise in der UdSSR, der sowjetischen Wissenschaft und Kultur, der sozialistischen Lebensweise in der UdSSR und die großen Errungenschaften bei der Lösung der nationalen Frage in der UdSSR zu propagieren“²⁹⁹.

Die Ehrenmedaille „Freundschaft-Druschba“

Nachdem die Beschlußfassung in gut zehn Minuten abgearbeitet war, konnten sich die Kongreßteilnehmer in den nächsten Stunden den Lobeshymnen auf die deutsch-sowjetische Freundschaft widmen. Unterbrochen wurde die Aneinanderreihung von Grußadressen und Reden durch die Überreichung eines Lenin-Portraits an den Kongreß durch die Vorsitzende des Verbandes der Sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland und Mitglied des ZK der KPdSU, Sinaida Kruglowa, und das Auftreten einer gemeinsamen Delegation von Thälmann- und Leninpionieren.

Eine Neuheit anlässlich des 12. Kongresses war die Einführung der Verleihung einer Ehrenmedaille „Freundschaft - Drushba“ der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die beginnend mit dem 12. Kongreß verliehen werden sollte. Schon in früheren

²⁹⁸ Ebd., S. 25.

²⁹⁹ Ebd., S. 25.

Jahren hatte man über die Einführung einer solchen Medaille nachgedacht, welche neben der Ehrennadel der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Gold und Silber an verdienstvolle Mitglieder der Gesellschaft sowie an Persönlichkeiten, die sich besonders um die deutsch-sowjetische Freundschaft verdient gemacht hatten, verliehen werden sollte.

Doch hatte das Präsidium des Zentralvorstandes der Gesellschaft für DSF der Einführung der Medaille nicht ohne weiteres zugestimmt, sondern seine Zustimmung auch dieses Mal von der Zustimmung des Sekretariates des Zentralvorstandes der SED abhängig gemacht. Damit war dies ein weiterer Indikator für die Abhängigkeit von der Partei und gleichzeitig von der Unselbständigkeit des Präsidiums der Gesellschaft für DSF sogar dann, wenn eindeutig die Interessen der Gesellschaft für DSF im Vordergrund standen. Gleichzeitig kann man an der Einführung dieser Medaille erkennen, daß die Gesellschaft durchaus daran interessiert war, ihre Mitglieder zu einer engagierteren Arbeit im Bereich der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetischen Freundschaft zu bewegen und durch diese Medaille zu belohnen. So betonte man, daß bei der Verleihung der Medaille, entsprechend den Maßstäben des X. Parteitages der SED, die Aktivitäten bzw. Personen zu berücksichtigen seien, die sich besonders „zur Festigung und Vertiefung des Bruderbundes mit der Sowjetunion“ einsetzten, sowie „Leistungen von Werktätigen, die sich im sozialistischen Wettbewerb als Patrioten und proletarische Internationalisten“ erweisen³⁰⁰.

Der 12. Kongreß der Gesellschaft bot, nach der Zustimmung durch das Sekretariat des Zentralkomitees der SED, einen angemessenen Rahmen, mit der Verleihung dieser Auszeichnung zu beginnen³⁰¹. Damit erweiterte sich die Liste der von der Gesellschaft verliehenen Auszeichnungen um eine weitere neben der Ehrennadel der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Silber und Gold, der Ehrenurkunde des Zentralvorstandes, der Eintragung in das Ehrenbuch des Zentralvorstandes bzw. in die Ehrenbücher der Bezirksvorstände, der Verleihung des Ehrennamens „Kollektiv DSF“ bzw. der Ehrenplakette, dem Johann-Gottfried-Herder-Madaille in Bronze, Silber und Gold, dem

³⁰⁰ SAPMO, DY 32/3485, Kongreßvorbereitung 1983. Beschlußvorschlag zum 12. Kongreß der Gesellschaft für DSF. Anlage 8, S. 2.

³⁰¹ Die Ehrenmedaille hatte die Form eines achtzackigen Sterns mit einem Durchmesser von 37 mm. Der vergoldete Stern trug eine weißemaillierte rechteckige Fläche, der die farbig ausgeführte Ehrennadel der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aufgelegt war sowie vier Lorbeerzweige. Auf der Rückseite standen die Worte „Freundschaft-Druschba“. In die blauemaillierte Spange war ein zweiseitig auslaufender Lorbeerzweig eingelegt. Ein Bild der Medaille findet sich in SAPMO, DY 32/3485, Kongreßvorbereitung 1983. Beschlußvorschlag zum 12. Kongreß der Gesellschaft für DSF. Anlage 8, S. 3.

Kunstpreis der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und dem Ehrenbanner des Zentralvorstandes.

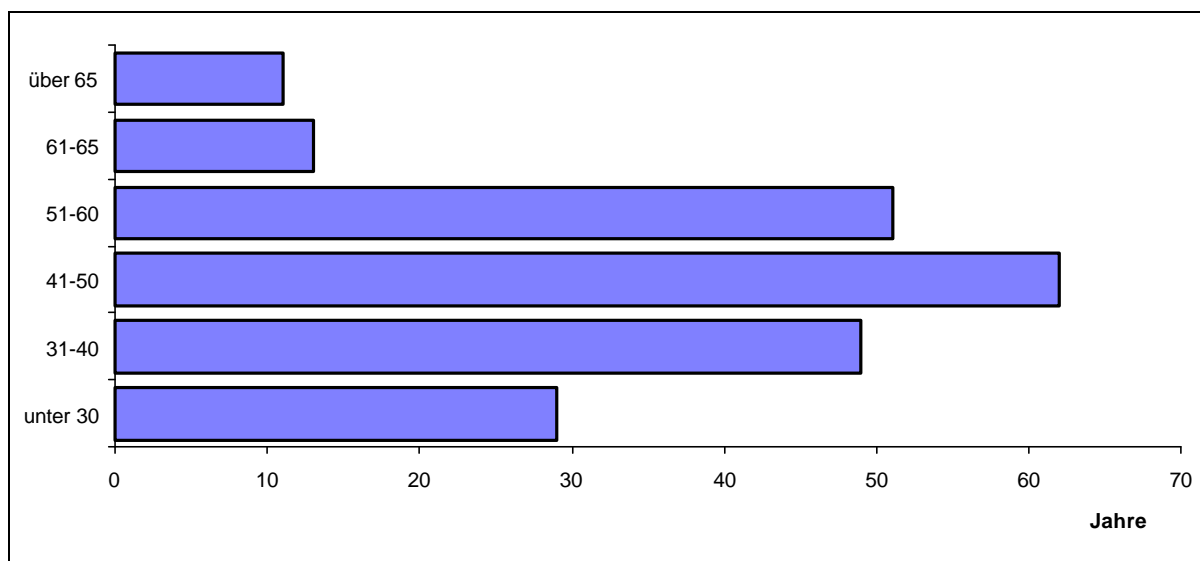
Die Mitglieder des Zentralvorstands

Wie auch für andere Massenorganisationen in der DDR war es für die DSF ein wichtiger Aspekt, in ihrer Zusammensetzung möglichst jeden gesellschaftlichen Bereich einzuschließen, um einem repräsentativen Bild der DDR-Gesellschaft zu entsprechen, d.h. man versuchte, sowohl die unterschiedlichsten sozialen Schichten als auch die Parteizugehörigkeit und die Altersstrukturen in der Zusammensetzung des Zentralvorstandes zu berücksichtigen.

Dabei blieb die Auswahl der Mitglieder des Zentralvorstandes keineswegs dem Zufall überlassen. Es sollten vor allem solche Mitglieder ausgewählt werden, die sich durch vorbildliche Leistungen gemäß den Ansprüchen der Partei ausgezeichnet hatten und aktiv an der Arbeit der Organisation beteiligt waren. Die zahlenmäßige Festlegung und namentliche Benennung der Mitglieder aus der zentralen Ebene, welche den einzelnen Bezirksdelegiertenkonferenzen vorgeschlagen wurden, erfolgte dabei durch das Präsidium der Gesellschaft.

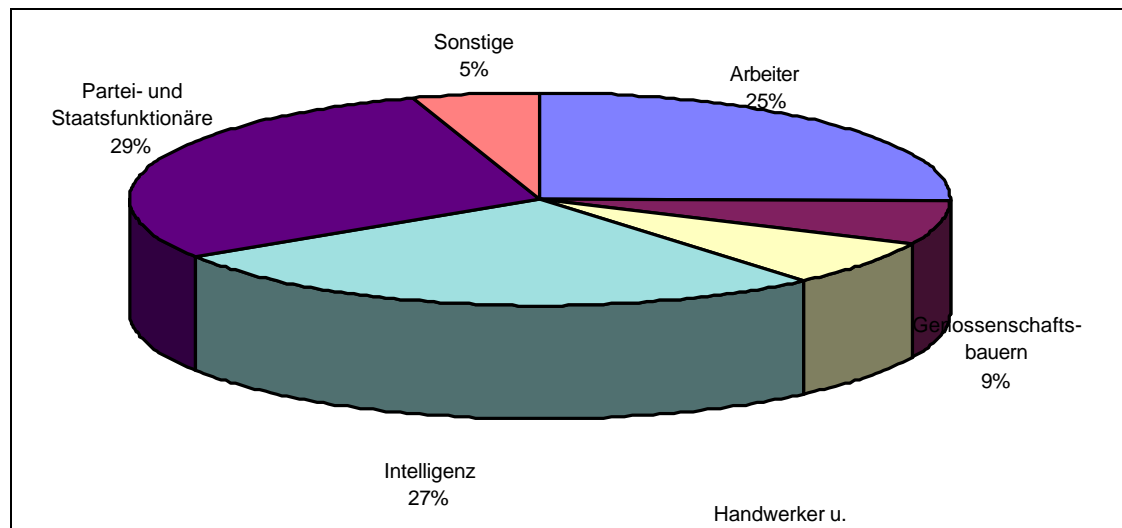
Im Vergleich zur Gesamtstärke des Zentralvorstandes von 1978 mit 215 Mitgliedern strebte man nun eine Erweiterung auf ca. 240 Mitglieder an, sowie eine Erhöhung des Frauenanteils von 45 Frauen 1978 auf 70 Frauen 1983. Sogar die Altersstruktur wurde analysiert, um zu große Abweichungen von einer dynamischen, gemischten Gesellschaft für DSF zu vermeiden:

Abbildung 4: Altersstruktur der Mitglieder des Zentralvorstandes der DSF des 11. Kongresses 1978



Die soziale Zusammensetzung veränderte sich im Vergleich zu 1978. Waren es 1978 je 73 Mitglieder aus den Reihen der „Intelligenz“ bzw. Staatsfunktionäre, kamen 1983 nur noch 65 Mitglieder aus den Reihen der „Intelligenz“ bzw. 71 aus den Reihen der Partei. Dagegen wurde der Anteil der Gewerbetreibenden und der Genossenschaftshandwerker von zwei im Jahr 1978 auf neun für 1983 erhöht, ebenso der Anteil der „Freischaffenden“ von 5 Vertretern 1978 auf 12 im Jahr 1983.

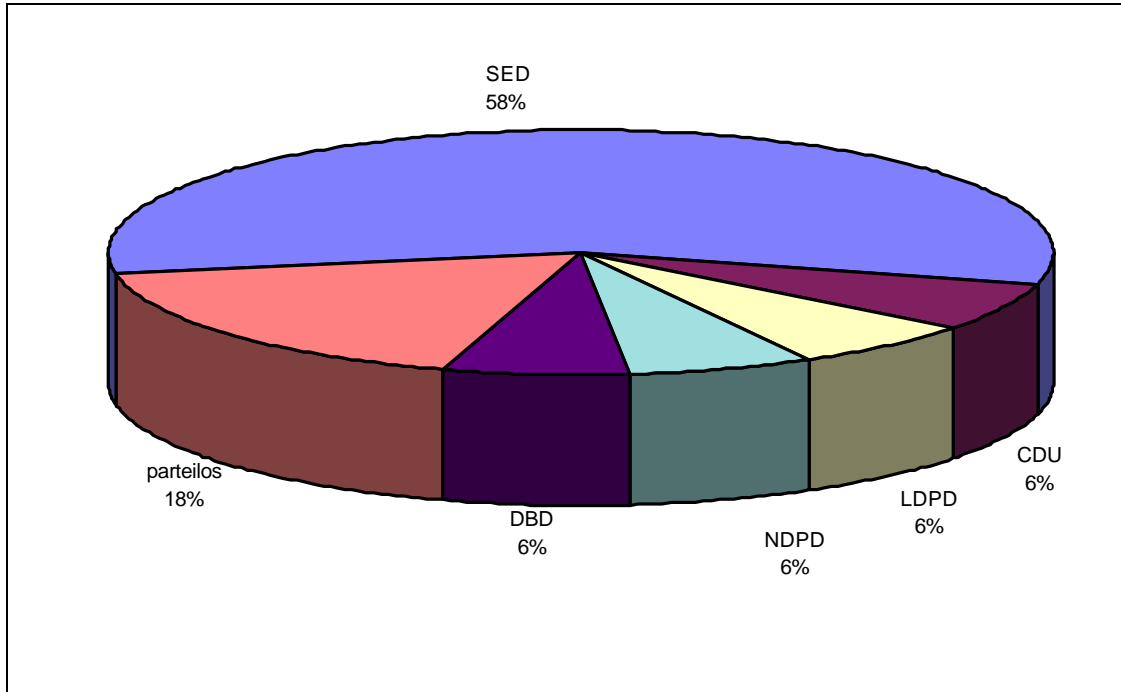
Abbildung 5 Soziale Stellung der Mitglieder des Zentralvorstandes des 12. Kongresses der DSF



Ähnliche Veränderungen wurden auch in Bezug auf die Parteizugehörigkeit des Kongresses vorgesehen. Man plante eine Erhöhung der SED-Mitglieder von 118 auf 133, damit stieg der Anteil der SED-Mitglieder von 54 % auf 56%. So war sichergestellt, daß die Interessen der Partei auch in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auf jeden Fall gewahrt werden konnten. Konstant gleichmäßig blieb dagegen die Verteilung der Plätze auf die Mitglieder der anderen Parteien, die mit jeweils 15 Mitgliedern (damit wurde die Zahl um je drei Repräsentanten erweitert) vertreten waren. Der Anteil der parteilosen Mitglieder des Zentralvorstandes wurde allerdings von 49 im Jahr 1978 auf 41 für 1983 gesenkt, dementsprechend waren 1983 nur noch 17,5 % der Mitglieder des Zentralvorstandes offiziell parteilos und damit für die SED nicht unbedingt leicht zu kontrollieren³⁰².

³⁰²SAPMO, DY 32/3485, Kongreßvorbereitung 1983, a.a.O. Anlage 3 200, S. 2.

Abbildung 6: Parteimitgliedschaft der Mitglieder des Zentralvorstands des 12. Kongresses der GDSF



Auch die Anzahl der Delegierten aus den einzelnen Bezirksorganisationen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war von der Größe bzw. Mitgliederstärke der einzelnen Bezirke abhängig und wurde ebenfalls vom Zentralvorstand bestimmt. Der Schlüssel wurde folgendermaßen festgelegt:

Tabelle 5: Anzahl der zu wählenden Delegierten des 12. Kongresses³⁰³

Bezirk	Anzahl
Berlin	190
Cottbus	125
Dresden	260
Erfurt	200
Frankfurt/Oder	90
Gera	100
Halle	285
Karl-Marx-Stadt	285
Leipzig	190
Magdeburg	190
Neubrandenburg	90
Potsdam	150
Rostock	140
Schwerin	80
Suhl	100
Wismut	25
Delegierte der zentralen Ebene	80
Delegierte aus bewaffneten Organen	70
gesamt	2650

Die Auswertung des Kongresses

³⁰³SAPMO, DY 32/3485, Bericht über den Verlauf des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Delegiertenschlüssel für den am 12. und 13. Mai stattfindenden 12. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Anlage 1.

Wie immer nach einem Kongreß, war es die Aufgabe des Präsidenten, dem Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einen Bericht bzw. eine Einschätzung über den Kongreß vorzulegen. Mückenberger betonte in einem nur für den Dienstgebrauch bestimmten Bericht, daß auch dieser Kongreß wieder bewiesen habe, daß die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft „als eine staatstragende Massenorganisation in der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer gesamten Tätigkeit und zwar auf der Grundlage der Beschlüsse des X. Parteitages der SED sowie der Beschlüsse des ZK der SED und der Verfassung der DDR“ handle und davon „ihre eigenen spezifischen Aufgaben“ ableite³⁰⁴.

Diese Aussage sah er auch inhaltlich in den 33 Diskussionsbeiträgen des Kongresses bestätigt, in welchen häufig darauf hingewiesen wurde, daß nach einem Besuch Honeckers in der UdSSR eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion erreicht sei, welche sich in einem gemeinsam veröffentlichten Kommuniqué widerspiegle.

Zu diesem Zeitpunkt war es für die Gesellschaft für DSF noch überaus wichtig, ihre enge Bindung und die Vorreiterrolle der UdSSR zu betonen, noch war von den später propagierten unterschiedlichen Stufen und Wegen hin zu einer sozialistischen Gesellschaft nichts zu hören. Daran hielt sich auch Mückenberger als er betonte: „Es war besonders charakteristisch, daß sich auf dem 12. Kongreß in den Diskussionsreden unüberhörbar die Einheit von sozialistischem Patriotismus, proletarischen Internationalismus und sozialistischer Solidarität widerspiegelte. Ebenso wurde der Grundgedanke immer wiederholt (sic!), daß die Freundschaft, das Kampfbündnis und die enge, sich weiter entwickelnde Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die Zugehörigkeit der DDR zur sozialistischen Staatengemeinschaft, zum RGW und zum Warschauer Verteidigungspakt der Garant sind für die erfolgreichen Lösung der Aufgaben des X. Parteitages. (...)“³⁰⁵.

Gleichzeitig betonte Mückenberger, daß sich die Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ihrem Anspruch nach einer offensiveren Arbeit auf politisch-ideologischen Gebiet und einer schärferen Popularisierung der Erfolge in der Entwicklung beider Gesellschaften stellen müßten, um den Anforderungen gerecht zu werden. Das Auftreten der Mitglieder auf dem Kongreß sei auch ein Indikator für ein „wachsendes Staatsbewußtsein“

³⁰⁴ SAPMO, DY 32/3485, Bericht Mückenbergers an die Sekretäre und Abteilungsleiter im Apparat des Zentralvorstandes vom 24. Mai 1983, S. 2.

³⁰⁵ SAPMO, DY 32/3485, Bericht Mückenbergers an die Sekretäre und Abteilungsleiter im Apparat des Zentralvorstandes vom 24. Mai 1983, S. 3.

gewesen, „besonders in kollektiven und persönlichen Verpflichtungen für die Lösung der Aufgaben bei der Sicherung der Landesverteidigung“ sowie „auch in Hinblick der Mitwirkung zur Vertiefung der Waffenbrüderschaft mit den sozialistischen Streitkräften und den anderen Armeen der sozialistischen Staatengemeinschaft“³⁰⁶. Letztendlich verwies Mückenberger darauf, daß es wichtig sei, die Kontrolle und die dazu nötigen Hierarchien weiter auszubauen und die Befolgung der festgesetzten Regeln auch in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sicherzustellen.

Dies habe in den Reihen der Mitgliedschaft auch schon entsprechend Bestätigung gefunden, wie sich aus der ausgesprochenen Anerkennung der Teilnehmer erkennen ließe, die sich auch für die ständige Unterstützung der SED wiederholt bedankten, eine Formel, die den Standartvorgaben dieser Zeit entsprach. Stolz und voller Überzeugung teilte Mückenberger weiterhin mit, daß die Wahlen in den 50 206 Jahreshauptversammlungen und auf dem 12. Kongreß einstimmig verlaufen waren, natürlich ging er dabei nicht auf die Vorabgespräche zwischen der Partei und der Gesellschaft für DSF ein. Dies wertete er durchaus als Indiz für die Harmonie und Stabilität der Gesellschaft. Die einstimmige Wahl des Zentralvorstands, seiner Organe und der Zentralen Revisionskommission waren in ihrer Einmütigkeit - laut Mückenberger - als Bekenntnis der Delegierten zu der Politik der SED zu werten und Ausdruck der Übereinstimmung darüber, daß die Freundschaftsgesellschaft bereit war, sich für die Umsetzung der Beschlüsse des X. Parteitag zu engagieren. Dies wurde auch in der Antwort des Kongresses an den Generalsekretär des ZK der SED betont, in dem sich die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als „Kampfgefährte der Partei der Arbeiterklasse, als bewußter Kämpfer für die deutsch-sowjetische Freundschaft am weiteren Voranschreiten unseres sozialistischen Vaterlandes bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, bei der Lösung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und bei der Sicherung des Friedens“³⁰⁷ beteiligt.

Dennoch forderte Mückenberger, daß es nun darauf ankomme, die Bemühungen und das Augenmerk besonders auf eine „noch bessere Sicherung der Arbeitsfähigkeit und Kollektivität

³⁰⁶ SAPMO, DY 32/3485, Bericht Mückenbergers an die Sekretäre und Abteilungsleiter im Apparat des Zentralvorstandes vom 24. Mai 1983, S. 4.

³⁰⁷ SAPMO, DY 32/3485, Bericht über den Verlauf des 12. Kongresses für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 4

der Leitungen aller Ebenen, einer noch besseren Beachtung und Einhaltung des demokratischen Zentralismus, bis hin zu den Vorständen der Grundeinheiten“ zu richten sei³⁰⁸.

Der offizielle Bericht, welcher schließlich an die 1. Sekretäre der Bezirksvorstände versendet wurde, war schließlich sogar noch umfassender als die im Vorfeld erstellte Version und dazu wurde im vorhinein eine Anleitung versendet, die darstellte, welche Maßnahmen zu einer optimalen Auswertung des Kongresses zu erfolgen hätten. Demnach war der Kongreß ein „Ausdruck und Manifestation der unverbrüderlichen Freundschaft und des brüderlichen Bündnisses mit der Sowjetunion, die auf der Kampfgemeinschaft zwischen SED und der KPdSU beruhen und im Leben und Wirken der Bürger der DDR tief verwurzelt ist“³⁰⁹.

4.3 Die Arbeit der Gesellschaft 1984-1985 - Ein geschlossenes Bild

Zu diesem Zeitpunkt war die Bindung der Gesellschaft an die Partei aber auch an das Vorbild UdSSR noch absolut intakt und so war es für die Gesellschaft für DSF leicht, ihrem Anspruch nach einer zunehmenden Mobilisierung der Mitglieder gerecht zu werden. Diese Haltung des Vorstandes der Gesellschaft spiegelt sich auch in der Arbeit auf den Bezirksebenen wider.

Letztendlich ging es in den Jahren 1984 und 1985 darum, die politisch-ideologische Attraktivität der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu erhöhen und damit überproportional mehr Mitglieder zu werben.

Dabei setzte man auf Veranstaltungen auf propagandistischen, massenpolitischen und kulturellen Gebiet, auf denen es vor allem um den wirtschaftlichen Fortschritt in der Sowjetunion ging. Der Bezirksvorstand Magdeburg führte 1984 7370 propagandistische

³⁰⁸ SAPMO, DY 32/3485, Bericht Mückenbergers an die Sekretäre und Abteilungsleiter im Apparat des Zentralvorstandes vom 24. Mai 1983, S. 4 f.

³⁰⁹ SAPMO, DY 32/3485, Bericht über den Verlauf des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft S. 1.. Vgl. auch Mückenberger, E.: „*DDR-UdSSR. Im Bruderbund fest vereint*“. In: *Horizont* 1982, Nr. 16, S. 3.; ders.: *Der Menschheit ein Leben in Frieden sichern. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Oktober 1979 - April 1985*. Berlin (Ost) 1985.

Veranstaltungen, 7441 Vorträge und Dia-Ton-Vorträge, 18222 Gruppengespräche und Foren, 3071 Wissenswettbewerbe und 7475 Mitgliederversammlungen, auf welchen „überzeugend nachgewiesen wurde, daß das Werden und Wachsen unseres sozialistischen Vaterlandes auf das engste mit der Entwicklung des brüderlichen Bündnisses mit der UdSSR verbunden ist.“³¹⁰.

Die Gesellschaft für DSF bemühte sich in ihrer Arbeit darum, ihre Attraktivität vor allem für die SED unter Beweis zu stellen. Unter anderem zählte dazu die Vermittlung eines geschlossenen Bildes auf allen Ebenen der Gesellschaft für DSF, also die durchgängige Etablierung hierarchischer Strukturen um die Gesellschaft auf allen Ebenen kontrollieren und damit zusammenhalten zu können.

Dies zeigt exemplarisch ein Referat, welches im August 1984 auf der Tagung des DSF-Bezirksvorstandes Dresden gehalten wurde. Hier wurde zusammenfassend festgehalten, daß sich die zukünftigen Bemühungen der Gesellschaft darauf konzentrieren sollten, „bei allen Kreisvorständen und Vorständen der Grundeinheiten die politische Notwendigkeit und wachsenden Bedeutung der Arbeit mit allen Mitgliedern, ihres größeren politischen Engagements und festeren organisatorischen Zusammenschlusses weiter auszuprägen und auf dieser Grundlage das Niveau der politisch-ideologischen Massenarbeit entsprechend den „neuen“ Anforderungen zu erhöhen.“³¹¹. Auch die Bezirksvorstände hatten sich also auf die Forderungen Mückenbergers nach zentralistischen, den Anforderungen der SED entsprechenden Strukturen einzustellen und diese zu übernehmen bzw. weiter auszubauen.

Auch die unteren Ebenen der Gesellschaft für DSF hielten an den bekannten Standardvorgaben fest, d.h. man präsentierte die Gesellschaft als Institution, welche ganz auf Parteilinie lag und außerdem die Interessen der Sowjetunion unterstützte. Der VEB PKM Anlagenbau Leipzig stellte in seinem Rechenschaftsbericht der Abteilungsgruppe 4 fest, daß die zukünftige Arbeit darauf ausgerichtet sein sollte:

„- anschaulich und überzeugend die Rolle des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte für die Weltzivilisation darzulegen,

³¹⁰ Sächs. StA. Rat des Bezirkes Dresden, IVE-2/15/692. Beitrag der Bezirksorganisation Dresden der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur Vorbereitung des 35. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. Oktober 1984, S. 2.

³¹¹ Sächs. StA Dresden. Rat des Bezirks Dresden, IVE-2/715/7692. Referat zur Auswertung der 8. Tagung des Sekretariates der SED und der 4. Tagung des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 4. August 1984 im Bezirk Dresden.

- den großen Einfluß des Sieges des Sowjetvolkes über den deutschen Faschismus und japanischen Militarismus auf den Verlauf der Weltentwicklung, für den Kampf der werktätigen Massen für ihre soziale und nationale Befreiung sichtbar zu machen (...),
- die Politik und Ideologie des Antikommunismus, insbesondere die Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“ verstärkt zu entlarven,
- die historische Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung über die Welt des Kapitals nachzuweisen. (...) Eine Voraussetzung ist die weitere Vertiefung der engen Zusammenarbeit der DDR und der UdSSR, die Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft und das eindeutige Bekenntnis zu ihr (...).³¹².

Um also die Vertiefung der Ausstrahlungskraft und die „Qualifizierung“ der propagandistischen Arbeit der Gesellschaft für DSF durch die DSF-Kader sicherzustellen, wurden die Vorstände der Gesellschaft zusätzlich dazu angehalten, an Vorträgen zu Themen über „die welthistorische Bedeutung und die Lehren des Sieges des Sowjetvolkes unter Führung der KPdSU“ teilzunehmen³¹³.

Der politische Inhalt der von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ausgerichteten Veranstaltungen in Vorbereitung und Durchführung des „40. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus“ war dominiert durch das Engagement der Gesellschaft bei der Vermittlung von Grundfragen der Außen- und Innenpolitik der SED und deren Verbundenheit mit der Sowjetunion, sowie der obligatorischen Propagierung des sozialistischen Systems. Dabei kam, auf der Grundlage eines gemeinsamen Aufrufes des Zentralkomitees der SED, des Ministerrates der DDR, des Staatsrates und des Nationalrates der Nationalen Front der DDR der Propagierung der Lehren des zweiten Weltkrieges auch in den Aktivitäten der DSF eine bedeutende Rolle zu. Höhepunkte waren hier die „Woche der Waffenbrüderschaft“ und die „Woche der DSF“.

Am Vorabend des 40. Jahrestages zeichnete die Gesellschaft für DSF zwei Mitglieder des Präsidiums der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Gerald Götting und Heinz

³¹² Sächs. StA Leipzig, VEB PKM Anlagenbau Leipzig, Nr. 2664, S. 1-5, hier S. 1 ff. Rechenschaftsbericht zur Jahresversammlung der DSF der Abteilungsgruppe 4 anlässlich der Wahlen vom 8. März 1985.

³¹³ Ebd., S. 3; Vgl. zur Kaderpolitik der SED und der Massenorganisationen: Brandt, H.-J. und Ginges, M.: Kaderpolitik und Kaderarbeit in den „Bürgerlichen Parteien“ und den Massenorganisationen in der DDR. Berlin 1984.

Kuhrig, für „hervorragende politische, kulturelle und künstlerische Leistungen“ mit der Johann-Gottfried-Herder-Medaille und dem Kunstpreis der Gesellschaft für DSF aus³¹⁴.

Doch nicht alles lief so reibungslos wie die Propagierung der Freundschaft zwischen DDR und UdSSR.

Die Probleme, denen sich die Gesellschaft gegenüber sah, waren zu diesem Zeitpunkt die schwieriger werdenden Möglichkeiten, Planstellen mit entsprechenden Nomenklaturkadern zu besetzen, sowie die als effektiv erkannten Methoden in der Arbeit der Gesellschaft verbindlich zu verallgemeinern, um eine stetig wachsende Erfassung von neuen Mitgliedern zu gewährleisten, sowie eine effizientere Durchstrukturierung der Gesellschaft zu erreichen³¹⁵ und sich schließlich weiterhin für die Partei einzusetzen.

Dabei waren vor allem die „Kollektive“ der DSF eine wichtige Einrichtung, um auf die Menschen einzuwirken und diese für eine Arbeit in der Gesellschaft für DSF zu gewinnen. Die Zahlen, an welchen das Engagement und die Attraktivität der Gesellschaft gemessen wurden, bestätigen, daß sich die Bemühungen der Gesellschaft für DSF durchaus auszahlte. So konnte z.B. der Bezirksvorstand Dresden für 1984 feststellen, daß es gelungen sei, zu den Feierlichkeiten zum 35jährigen Bestehen der DDR auf von der Gesellschaft für DSF organisierten Veranstaltungen 1731923 Teilnehmer zu begrüßen, sowie in zehn Monaten (von Januar bis Ende Oktober 1984) 24313 neue Mitglieder zu werben, 76 neue Grundeinheiten zu schaffen und eine ganzen Anzahl schon bestehender Grundeinheiten wieder zu aktivieren³¹⁶.

Ziel der Arbeit, vor allem gegenüber den neu gewonnenen Mitgliedern, sollte es dann sein, „im breiten Maße Einfluß zu nehmen (...) um bei unseren Mitgliedern (...) kämpferische Positionen und sozialistische Arbeitshaltungen, Leistungswillen und internationalistisches Pflichtbewußtsein weiter auszuprägen.“³¹⁷. Unter „Einflußnahme“ verstand die Gesellschaft für DSF zu diesem Zeitpunkt die Mobilisierung der Mitglieder zur Unterstützung der Partei, unter „kämpferischer Position“ den aktiven Einsatz für die politische Linie derselben und nicht etwa das uneingeschränkte Bemühen um die Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft.

³¹⁴ Vgl. dazu: SAPMO, DY 32, 4348, 3. Fassung der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. S. 106 f.

³¹⁵ Sächs. StA Dresden. Rat des Bezirks Dresden, IVE-2/715/692. Referat zur Auswertung der 8. Tagung des Sekretariates der SED und der 4. Tagung des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 4. August 1984 im Bezirk Dresden, S. 2.

³¹⁶ Ebd., S. 4.

³¹⁷ Ebd., S. 4.

Trotz dieses Engagements blieb die politische Wirksamkeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bis 1985 ein Schwerpunkt der DSF-Arbeit. In einer Information an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Hans Modrow³¹⁸, wurde im Februar 1985 darauf hingewiesen, daß vor allem der Organisationsgrad der Gesellschaft auf Kreisebene als unzureichend eingestuft werden müsse. Dabei sei es vorrangig, alle Mitglieder der Sekretariate gemäß der „erforderlichen politischen Kampfpositionen“ zu motivieren und für die Erhöhung des Organisationsgrades, also der politischen Wirksamkeit der Gesellschaft, verantwortlich zu machen und entsprechend zu kontrollieren³¹⁹.

In ihrer Selbstdarstellung gefiel es der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, ihre Attraktivität über die wachsenden Mitgliederzahlen zu rechtfertigen, es paßte dagegen gar nicht in das von ihr erstellte Bild, wenn ein Bezirk den geforderten Zuwachs an Mitgliedern nicht vorweisen konnte. Einerseits zog die Gesellschaft für DSF damit unweigerlich die Aufmerksamkeit der SED auf sich, wenn die „Soll-Erfüllung“ in Frage gestellt werden mußte, andererseits sprach eine derartige Entwicklung nicht für die Anziehungskraft der Organisation. Trotzdem mußten die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für DSF in einigen Bezirken auf unbefriedigende Entwicklungen in der Mitgliederwerbung hinweisen. So teilte z.B. Werner Moke, der Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, am 6. März 1985 den Sekretären für Agitation und Propaganda der Kreis- und Bezirksleitungen mit, daß es nach einer gerade erfolgten Einschätzung der DSF-Arbeit notwendig sei, „die Parteikontrolle verstärkt auf folgende Probleme zu richten: „(...) Um den erforderlichen Zuwachs an Mitgliedern zu erreichen, sind konkretere Kontrollen und auf Schwerpunkte orientierte Anleitungen erforderlich. Die bisher gewonnen 6300 neuen Mitglieder entsprechen nicht den geforderten

³¹⁸ Hans Modrow, geb. 1928, war von 1973 bis 1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden. Im Herbst 1989 wurde er Mitglied des Politbüros. Vom 13. November 1989 bis März 1990 war er als Nachfolger von Willi Stoph Vorsitzender des Ministerrates und seit Dezember 1990 Vorsitzender der SED/PDS. Im Februar 1990 bildete er mit Vertretern des Runden Tisches die „Regierung der nat. Verantwortung“, auch bekannt als „Regierung Modrow“. Im Herbst 1990 wurde er Mitglied des Deutschen Bundestages, wegen falscher Aussagen vor dem sächsischen Landtag verlor er seine Immunität und wurde 1994 angeklagt. Mehr zu seiner Person in: Barth, B.-R.; Links, C.; Müller-Enbergs, H. und Wielgoß, J.: Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch. Frankfurt/Main 1995, S. 511.

³¹⁹ Sächs. StA Dresden. Rat des Bezirks Dresden, IVE-2/715/692. Information des Sekretariates Moke an den Genossen Hans Modrow, 1. Sekretär vom 11. Februar 1985, S. 2-4.

Maßstäben. Größere Aktivitäten sind in den Kreisen Kamenz, Meißen, Bischofswerda, Sebnitz, Freital und Pirna erforderlich.“³²⁰.

Daran zeigt sich deutlich, wie eng die Gesellschaft für DSF an die Partei gebunden war. So wurden die Vorgaben der neu zu gewinnenden Mitgliedern offensichtlich nicht nur intern in der Gesellschaft für DSF abgestimmt, sondern die Partei hatte einen massiven Einfluß auf diese Vorgaben. In dem Moment, in welchem die Gesellschaft für DSF die von der Partei geforderten Vorgaben nicht erfüllte, griff die Partei ein und koordinierte die weiteren Maßnahmen, um das abgesprochenen Kontingent an neu zu gewinnenden Mitgliedern doch noch zu erreichen. Zu diesen Maßnahmen gehörten u.a. Kontrollen der Veranstaltungen, durch welche die Effektivität der Arbeit der Gesellschaft und die Motivation der Mitarbeiter sichergestellt werden sollte, sowie Schulungen durch die Partei, um die Mitarbeiter gemäß den Richtlinien der Partei anzuleiten und Strategien zu vermitteln.

Deutlich wird hier, daß es schon zu Anfang der achtziger Jahre in der praktischen Arbeit der Gesellschaft vor allem um die Registrierung möglichst vieler Bürger der DDR als DSF-Mitglieder und deren Mobilisierung für die Politik der SED ging und weniger um die Propagierung des sowjetischen Modells.

Dies wurde von Seiten des DSF-Vorstandes auch explizit festgehalten. Mückenberger persönlich forderte in einem Schreiben an Moke nach der 7. Tagung des Zentralvorstandes der Gesellschaft dazu auf, das Sekretariat des Bezirksvorstandes der Gesellschaft bei der Vorbereitung des XI. Parteitages der SED zu unterstützen, „damit sie genau wissen, was die Bezirksleitung der Partei von den Kreisdelegiertenkonferenzen und den Bezirksdelegiertenkonferenzen erwartet.“³²¹.

4.4. Zwischenbilanz

Bis in die Mitte der achtziger Jahre war es durch die verkrusteten Herrschaftsstrukturen in der DDR unmöglich, die Spannungen zwischen der überalterten Führung und den Bürgern der DDR abzubauen. Die dominierende Rolle der SED im politischen System der DDR blieb unverändert

³²⁰ Sächs. StA Dresden. Rat des Bezirks Dresden, IVE-2/715/692. Fernschreiben-Telegramm von Werner Moke, Sekretär der BL an die Sekretäre für Agitation/Propaganda der KL, SL und SBL vom 6. März 1985.

³²¹ Sächs. StA Dresden. Rat des Bezirks Dresden, IVE-2/715/692. Schreiben von Mückenberger, Mitglied des Politbüros an den Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Dresden vom 17. Juni 1985

und damit der Erhalt des Status Quo und die Zentralisierung der DDR-Gesellschaft Endzweck der politischen Macht³²².

Den Massenorganisationen, hier auch der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, kamen besonders seit Beginn der achtziger Jahre vor allem parteiunterstützende und propagandistische Funktionen zu. So wurden beispielsweise auf den unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft für DSF die Ergebnisse von SED-Parteitag sowie als wichtig erachtete Reden der herrschenden Eliten regelmäßig, ausführlich und im Sinne der SED „diskutiert“.

Die Gesellschaft für DSF bekannte sich als „treue Gefährtin der SED“ wiederholt explizit und offen zur Arbeit der Partei und sah ihre Aufgabe eben auch besonders in der Propagierung der Parteipolitik, da sie gerade so ihre Verbundenheit mit derselben herausstellen konnte und damit in diesem System ihre eigene Stellung stärkte.

Der sozialpolitische Beitrag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft lag also in der politischen Indoktrination der als Mitglieder zu erreichenden DDR-Bürger und in der Durchführung handlangerischer Tätigkeiten für die SED. Dafür war es wichtig, Zugriff auf möglichst viele Mitglieder zu haben, was die verstärkten Initiativen zur Durchstrukturierung der Gesellschaft für DSF und zur Motivationsförderung der Funktionäre und Mitglieder erklärt.

Die Vermittlung vor allem der politischen Linie der Sowjetunion, wegen ihres früheren Vorbildcharakters ehemals eine Hauptaufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und die wirkliche Förderung der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf der Ebene der Bevölkerung durch die Gesellschaft rückte in der Praxis dagegen immer weiter in den Hintergrund des Aufgabenbereiches der Gesellschaft für DSF.

Die enge Freundschaft zur UdSSR wurde allerdings weiter beschworen, Mückenberger selber beschrieb in einem Zeitungsinterview die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Freundschaft wieder einmal als „kontinuierlich“³²³ und betonte, daß diese absolut den Erfordernissen der Zeit entspräche, denn diese Freundschaft garantiere das gemeinsame Voranschreiten beim Aufbau des entwickelten Sozialismus³²⁴. Entsprechend hieß es in der offiziellen Propaganda der

³²² Das 1986 gewählte Politbüro bestand wieder nur aus Männern, von denen der Jüngste fast 50 und der Älteste knapp 80 Jahre alt war. Vgl. dazu: Weber: Geschichte der DDR. A.a.O., S. 334; Biographisches s. unter Barth, B.-R.; Links, C.; Müller, H. und Wieloghs, J. (Hrsg.): Wer ist Wer in der DDR. A.a.O.; Herbst, A.; Ranke und W.; Winkler, J. (Hrsg.): So funktionierte die DDR. Bd. 3. Lexikon der Funktionäre. Reinbeck 1994; Herbst, A., Ranke, W. und Winkler, J.: Die SED. Ein Handbuch. Geschichte, Organisation, Politik. Berlin 1997, S. 894 ff.

³²³ Neues Deutschland vom 13.5.1983, S. 3.

³²⁴ Ebd., S. 3.

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft: „Es ist hervorzuheben, daß die in Moskau gefaßten Beschlüsse die weitere erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus fördern, seine Anziehungskraft erhöhen und uns im Kampf für die Sicherung des Friedens voran bringen“³²⁵. Letztendlich rückte allerdings in der Arbeit der Gesellschaft real die Erfüllung von Mitgliederquoten und die Propagierung der Parteiparolen in den Vordergrund. Die Probleme bei der Mitgliedergewinnung und der Vereinheitlichung der Strukturen der Gesellschaft waren zu diesem Zeitpunkt durchaus ernst. Es ist dabei allerdings festzustellen, daß die Arbeit der einzelnen Kreisvorstände und der Sekretariate stark voneinander abwich, was den Grad der „Aktivität“ und „Linientreue“ anging, das gleiche galt für die einzelnen Grundeinheiten.

Es läßt sich also schon zu diesem Zeitpunkt erkennen, daß sich die Qualität und Ausrichtung der Arbeit der Freundschaftsgesellschaft deutlich zu Gunsten der herrschenden Partei verschob, auch wenn das nicht öffentlich zugegeben wurde und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in eine Lage gebracht wurde, in welcher sie sich einerseits unbedingt als parteitreue Organisation beweisen mußte, andererseits jedoch als Freundschaftsgesellschaft auch das Interesse der Bevölkerung an der Entwicklung der Sowjetunion wachhalten sollte. Damit befand sich die Gesellschaft in einem wachsenden Dilemma, das sich vor allem auf folgende Entwicklungen zurückführen läßt:

Erstens war die Existenz der DDR eng an die Beziehungen zum „großen Bruder“ und dessen Unterstützung gebunden und diese Unterstützung mußte man nun wirklich „beschwören“, zumal die wirtschaftliche Situation in der DDR sich zu diesem Zeitpunkt deutlich verschlechterte. Zweitens entstand eine zunehmend kritische Stimmung innerhalb der Bevölkerung gegenüber dem DDR-Regime³²⁶, welche sich am Lebensstandard der BRD und nie dem der UdSSR orientierte, sich in der Friedensbewegung und anderen oppositionellen Gruppen zu artikulieren begann, welche die herrschende Partei jedoch kaum kontrollieren konnte, auch nicht, indem man, wie Honecker auf der Abschlußrede des Kongresses für DSF im Mai 1983, betonte: „Es ist gewiß, wer mit der Sowjetunion verbunden ist, gehört zu den Siegern der Geschichte!“³²⁷.

³²⁵ Sächs. StA Dresden. Rat des Bezirks Dresden, IVE-2/715/692. Referat zur Auswertung der 8. Tagung des Sekretariates der SED.

³²⁶ Zur Opposition in der DDR. Vgl. Neubert, E.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn 1998; Poppe, U. ; Eckert, R. und Kowalczyk, I.-S. (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995.

³²⁷ Bauern Echo, vom 16.5.1983, S.5.

Drittens dürften die Unruhen in den anderen sozialistischen Ländern, vor allem in Polen, die DDR-Führung in dem Versuch bestärkt haben, in möglichst allen Bereich des gesellschaftlichen Lebens der DDR-Bürger den Einfluß auf - und damit die Kontrolle über - die Bevölkerung zu verstärken. In diesen Kontext ist daher die engere Bindung der Gesellschaft für DSF an die Parteispitze, u.a. durch die Ernennung Mückenbergers einzuordnen.

V. Kapitel

Die vierte Phase: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1985-1989

5.1 Die neue Politik der Sowjetunion und ihr Einfluß auf die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Ein neuer Herrscher im Kreml

Bis zum Regierungsantritt Gorbatschows 1985 blieb für die SED- Führung die Hegemonie der SED in Staat und Gesellschaft Voraussetzung für die Stabilität ihres Regimes. Die SED war eine zentralistische Partei, die den politischen Kurs anordnete und schließlich auch seine Durchsetzung kontrollierte. Die Sicherung der Macht blieb dabei das entscheidende Ziel, d.h. die Partei ließ keine Teilung der Macht zu, verhinderte jeglichen Versuch einer legalen Ablösung, unterdrückte pluralistische Bestrebungen und drang mit Hilfe der Massenorganisationen weit in das öffentliche Leben vor. Dabei schien die wachsende Polarisierung zwischen Regierten und Regierung ein zunehmendes Risiko auch für die Entwicklung innenpolitischer Spannungen in der DDR zu bieten.

De facto repräsentierte die SED weiterhin die privilegierten Eliten des Landes und setzte alles daran, die Machtelite zusammenzuhalten. An den Herrschaftsstrukturen änderte sich in den achtziger Jahren wenig. Das System der stalinistischen Diktatur konnte nur funktionieren, wenn der Parteiapparat intakt blieb, Weisungen nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus von oben nach unten widerspruchslos befolgt wurden. Daher war es der Parteiführung auch unmöglich, der Bevölkerung die immer häufiger geforderten Freiheiten, auch innenpolitische Freiheiten, zu gewähren³²⁸.

³²⁸ Vgl. Presse und Informationsamt der Bundesregierung „Konventionelle Kräfte in Europa“, Bonn 1988, dazu auch Krakau, A., Diehl, O.: „Die einseitigen konventionellen Rüstungsreduzierungen der UdSSR“. In: Außenpolitik Nr. 2, 1989, S, 126-136.

Schließlich gerieten die zu Beginn der achtziger Jahre eingeleiteten wirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen um 1985 durch das hohe internationale Zinsniveau und die sinkenden Rohölpreise an ihre Grenzen und die durch das Wettrüsten und durch Mißernten ökonomisch strapazierte Sowjetunion war nicht mehr in der Lage, der DDR-Wirtschaft unter die Arme zu greifen, was die DDR in ihrem wirtschaftlich-finanziellen Spielraum deutlich weiter einschränkte.

Am 9. Februar 1984 war der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Juri Andropow gestorben, sein Nachfolger wurde der zweiundsiebzigjährige Konstantin Tschernenko, der an dem von Andropow eingeleiteten Reformversuch zwar festhielt, sein Amt aber nur 13 Monate ausüben konnte und am 10. März 1985 verstarb. Michail Sergejewitsch Gorbatschow, Jahrgang 1931, wurde nun der neue Generalsekretär, 1988 auch Staatsoberhaupt der Sowjetunion. Der XXVII. Parteitag der KPdSU 1986 und die Allunionskonferenz der KPdSU im Juli 1988 brachten mit der Politik von „Glasnost“ und „Perestroika“ einen Umbruch in der Sowjetunion. Durch diese neuen Strategien versuchte man, die stalinistischen Strukturen der sowjetischen Gesellschaft zu überwinden und die Krise zu bewältigen, in der sich die UdSSR zunehmend gefangen sah. Das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik war eine Kopplung von Außen- und Innenpolitik, die sich zunächst auf eine breite Ebene innerer Aspekte des gesellschaftlichen Lebens erstreckte. Dabei spielten drei Faktoren eine entscheidende Rolle:

Die Politik von „Glasnost“ und „Perestroika“ begann ursprünglich 1985 als Prozeß, in dem das Primat auf den inneren Aktivitäten lag. Die dominierende Idee war die Überwindung irreleitender Ideen und Mechanismen, eine Auswirkung auf die außenpolitische Ebene und die öffentliche Meinung waren ursprünglich nicht vorgesehen.

Der zweite Aspekt war die entstandene öffentliche Diskussion in der sowjetischen Gesellschaft, die gewisse Veränderungen in der Wahrnehmung innerer und äußerer Faktoren der sozialen Entwicklung bewirkte. Vor der „Perestroika“ galt das öffentliche Interesse im stärkeren Maß Vorkommnissen im Ausland, da eine innere Opposition nicht möglich war, nun gab es auch für die sowjetische Bevölkerung im innenpolitischen Bereich Möglichkeiten, politisch zu werden.

Ein daraus resultierender, dritter Faktor war schließlich die Problematik, die starre sowjetische Gesellschaft radikal reformieren zu können. Soziale und psychologische Trägheit,

die Entwicklung neuer Gegensätze und die versteckte Opposition einiger Bevölkerungsschichten waren nur schwer zu überwinden.

Das „neue Denken“ in der Außenpolitik diente damit letztendlich vor allem der Abschirmung der inneren Reformpolitik und zugleich der intensiven Beeinflussung der Außenwelt im Sinne der von der Sowjetunion verfolgten außenpolitischen Ziele³²⁹. Damit vollzog sich ein außenpolitischer Kurswechsel, der über bisherige Kurskorrekturen hinausging und das Ende des Kalten Krieges bedeutete. Dieser Kurswechsel lief einher mit der Erkenntnis, daß in einer Welt der zunehmenden globalen Interdependenz der Staaten eine Selbstisolierung der Sowjetunion und ihres Hegemonialbereichs schädlich war. Besonders auffällig veränderte sich nun auch die sowjetische Bündnispolitik. Überall in den Ländern der sowjetischen Hemisphäre begann ein Prozeß des Machtverlustes der bisher herrschenden kommunistischen Eliten.

Der DDR war es bis zu diesem Zeitpunkt gelungen, die mit den raschen Wechseln in der Führungsspitze der KPdSU verbundenen Unbeweglichkeit der Partei zugunsten einer eigenen Manövriertätigkeit auszunutzen und in diesem Zusammenhang die Ablehnung der DDR durch ihre Partei- und Massenorganisationen gegenüber einer sich verschärfenden „Eiszeit“ deutlich zu machen³³⁰.

Die aus den schnellen Machtwechseln und inneren Problemen der sozialistischen Staaten resultierenden gesellschaftlichen Unruhen, die nun zu den wirtschaftlichen Problemen dazukamen, machten sich auch innerhalb der Partei und den Massenorganisationen der DDR bemerkbar. Während ein Teil der DDR-Bevölkerung befürchtete, der Reformkurs Gorbatschows werde den Sozialismus in eine tiefe Krise stürzen, hoffte der andere Teil, nun die Gesellschaft reformieren zu können.

Beiden Gruppen gemeinsam war es, daß sie ihre Interessen nicht strukturiert vertraten und Veränderungen von der Basis anstrebten, sondern auf Veränderungen „von oben“ warteten.

Unter diesen Umständen ist es offensichtlich, daß die DDR unter Honecker mit am wenigsten Interesse an einer reformorientierten Politik hatte, bedrohte diese doch die eigenen Machtposition. Dazu kam auch die sich steigernde Antipathie zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Machthaber. Auch wenn es heute schwer ist, anhand der vorhandenen Quellen

³²⁹ Gummerdsiri, B.: Die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1989 bis zur Begegnung Kohl/Gorbatschow in Moskau im Februar 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Revolution in der DDR. Diss. Universität München. München 1992.

³³⁰ Vgl. Weber, Die DDR 1945-90, S. 97.

nachzuzeichnen, was genau die beiden Führungschefs voneinander hielten, erschien es zunächst so, als ob auch mit dem Amtsantritt Gorbatschows für die DDR keine Veränderungen zu erwarten waren. Die SED beschwor weiterhin den Bruderbund mit der Sowjetunion und hielt an der Behauptung fest, keinerlei Differenzen zwischen den beiden Staaten zu verspüren.

Adomeit beschreibt das Verhältnis als angespannt und zunehmend von Mißtrauen geleitet. „As for the latter set of factors, a particularly interesting and important feature is the increasing alienation, animosity, and antipathy between Gorbachev and Honecker in the period from 1985 until 1989. Outwardly, everything looked normal in that relationship, with all the embraces, the kisses, the awarding of medals, the cordial receptions, and attendance of congresses. But beneath the surface in the relationship between Gorbachev and Honecker, there was smoldering suspicion, resentment, and shaming, much of it fuelled by Gorbachev’s realization that the East German leader was risking serious instability by stubbornly refusing to go with the times and, conversely, by Honecker’s conviction that the Soviet leader was pursuing disastrous policies that undercut the legitimacy of his rule in the GDR and the fabric of „socialist community“.³³¹”

Die DDR-Bevölkerung setzte in diese neue Bewegung in der Sowjetunion große Hoffnungen, da sie ähnliche Reformen im eigenen Land erwartete. Doch dieser Optimismus wurden nur in kleinen Teilen erfüllt. Im Bereich der Außenpolitik sowie bei den Friedensinitiativen und der Abrüstungsbemühungen war es für die SED-Führung leicht, den Ansätzen der Sowjetunion zu folgen, nicht zuletzt deshalb, weil sie darin ihre eigenen Initiativen bestätigt sah. Doch schon bei den kleinsten Ansätzen innerer Reformen verweigerte sich das ostdeutsche Parteiregime absolut³³².

Obwohl es Honecker mit seinem Besuch in Bonn im Herbst 1987 gelungen war, einen außenpolitischen Erfolg für sich zu verbuchen, wuchs die Unzufriedenheit in der Bevölkerung weiterhin. Dabei richtete sich der Unmut der DDR-Bürger nicht nur gegen die Verweigerung

³³¹ Adomeit, H.: *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews.* Baden-Baden 1998, S. 14.

³³² Vgl. zur Politik Gorbatschows: Gorbatschow, M.: *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt.* München 1987; ders.: *Erinnerungen.* Berlin 1996; ders.: *Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung.* Berlin 1999.; *Einen breiten Überblick über die Interessen der Sowjetunion gibt: Adomeit, H.: Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews.* A.a.O.; dazu auch: Levesque, J.: *The Enigma of 1989. The USSR and the Liberation of Eastern Europe.* Berkeley, Los Angeles, London 1997; Von Beyme, K.: *Systemwechsel in Osteuropa.* Frankfurt/Main 1997.

politischer Freiheiten, sondern bezog sich auf Informationsdefizite, Probleme bei der Umsetzung der Wirtschaftspolitik und auf die schlechte Versorgungslage allgemein.

Dies war der SED-Führung durch die Stimmungsberichte in der Partei und die Berichte des MfS durchaus bekannt. Entgegen des schönen theoretischen Scheins hatte die DDR-Führung schon zu Beginn der achtziger Jahre in Ansätzen begonnen, einen anderen Kurs als die UdSSR zu fahren, ohne jedoch dieser offiziell die Gefolgschaft zu verweigern. Ein wichtiger Punkt der Auseinandersetzungen war dabei der von Honecker geplante Besuch in der Bundesrepublik 1984, den Honecker schließlich absagte. Trotzdem hielt man an dem westpolitischen Kurs fest; ein Besuch in der BRD erneut geplant und 1987 kam er schließlich zustande.

1983 veröffentlichte der frühere Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Jürgen Kuczynski, sein Buch: „Dialog mit meinem Urenkel“³³³. Mit dieser, schon 1977 entstandenen Publikation begann eine erste Diskussion um eine öffentliche konstruktive Kritik innerhalb des Parteiapparates, doch war Kuczynski gezwungen, nach Einwänden Kurt Hagers entsprechende Änderungen des Textes vorzunehmen, bevor dieser veröffentlicht werden durfte. Kuczynskis Feststellung, die Überzentralisierung des Staates bringe unausweichlich auch einen überzeichneten Bürokratismus mit sich, viel Hager genauso zum Opfer, wie die Feststellung, „ (...) daß unser Leben und Wirken heute ein harter Kampf ist, ein großartiger Kampf, wenn er auch mitunter dreckige Phasen hat, wird der Aufbau des Sozialismus als ein harmonischer, kontinuierlicher Prozeß voller „Friede, Freude, Eierkuchen“ dargestellt“³³⁴.

So berichtete das MfS von öffentlichen Gesprächen, die immer offensiver und aggressiver wurden: Diese vom Grundtenor her kritischer und unduldsamer werdenden Diskussionen prägen zunehmend das Stimmungsbild in der DDR-Bevölkerung³³⁵. Dagegen wurden die ersten Berichte über kritische Diskussionen im Rahmen der Gesellschaft für DSF erst gegen Ende des Jahres 1988 an das Präsidium weitergeleitet.

Die Krise in der DDR wurde letztendlich dadurch ausgelöst, daß sich die SED-Führung von der Politik Gorbatschows distanzierte und damit den Interessen der Bevölkerung entgegen handelte.

³³³ Vgl. Kuczynski, J.: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch. Erstausgabe der unzensurierten und ungekürzten Fassung, Berlin 1989.

³³⁴ Ebd., S. 37.

³³⁵ Streng geheime interne Information des MfS „Hinweise über bedeutsame Aspekte der Reaktion der Bevölkerung“ vom 25. August 1988. Zit. nach: Stephan, G.-R. (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Berlin 1994, S 36 f.

Schließlich rückte die SED auf ihrem XI. Parteitag 1986 von der über Jahrzehnte propagierten Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ ab, berief sich auf eine politische Eigenständigkeit und ging deutlich auf Distanz zu den von Gorbatschow angeschobenen Reformen und der neuen „Offenheit“, welche auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des stalinistischen Systems zuließ. Dabei ging es Gorbatschow vor allem darum, den Niedergang des „realen Sozialismus“ aufzuhalten und diesen zu modernisieren um das politische System der Sowjetunion zu stabilisieren. Der Schwerpunkt lag deutlich auf Reformen desselben und nicht darauf, die Vorherrschaft der Kommunistischen Partei in der Gesellschaft aufzugeben.

Ganz im Gegensatz zu den sonst überschwenglichen Reaktionen auf sowjetische Vorgaben fiel die Reaktion der SED auf den neuen Kurs der Sowjetunion alles andere als euphorisch aus, doch wurde immerhin noch in alter Tradition auf den gemeinsamen Kampf um den Frieden und die unverbrüchliche Freundschaft zwischen den beiden Ländern .

Was Honecker über die neue Entwicklung in der Sowjetunion seit dem Amtsantritt Gorbatschows dachte, ist anhand seiner Gesprächsnotizen wenigstens in groben Zügen nachzuvollziehen. In der Zusammenfassung seines Treffens mit Gorbatschow im Rahmen des XXVII. Parteitages der KPdSU stellte Honecker fest, die UdSSR hätte mit ihrem neuen Kurs nur das nachzuvollziehen, was die SED seit ihrem achten Parteitag praktiziere³³⁶, obwohl ihm sehr wohl klar sein mußte, daß Gorbatschows Kurs sich von der Linie der SED unterschied. Seine Mißachtung gegen die Gedanken der Perestroika stieg, als politische Ungeschicklichkeiten der neuen Regierung und wirtschaftliche Probleme der UdSSR immer offensichtlicher wurden.

Das Mißtrauen der ostdeutschen Regierung wuchs, je mehr Gorbatschow im Westen als Reformers des Sozialismus angesehen wurde; außerdem dürften die unterschiedlichen Charaktere und Lebenswege und der Generationsunterschied die Vorstellungen beider Politiker über die Form des Sozialismus sehr geprägt haben. Die zentrale Differenz lag wohl darin, daß Honecker generell eine Erneuerung des Sozialismus ablehnte und sich damit der Wahrnehmung sich umgestaltender historischer Prozesse verweigerte, nicht zuletzt, um seine Machtbasis nicht zu gefährden. Die unumschränkte Dominanz der kommunistischen Parteien, die uneingeschränkte Hegemonie der UdSSR im Warschauer Vertrag und das Festhalten am Status Quo in Europa waren für die DDR Honeckers die Säulen seiner Form des Sozialismus. Wer dies in der einen

³³⁶ SAPMO, ZPA IV, 2/2.039/35. Dokument 8.

oder anderen Form in Frage stellt- gar über Pluralismus nachdachte- stelle diese Garanten eines stabilen Sozialismus in Frage.

Von einer regelrechten Feindschaft zwischen Gorbatschow und Honecker kann man seit dem Herbst 1986 sprechen. Vorhergegangene Streitereien auf dem Gebiet wirtschaftlicher Zusammenarbeit und um Rohstofflieferungen bestanden zwischen beiden Ländern seit Jahren. Schwierig wurde das Verhältnis im Verlauf um die Ergebnisse des XXVII. Parteitages der KPdSU im Frühjahr 1986.

Im November 1986 verließ Gorbatschow eine für die SED besonders wichtige Grundlage des Sozialismus, als er intern den damaligen Parteichefs des RWG mitteilte, wie die Beziehungen untereinander umzugestalten seien. „Selbständigkeit jeder Partei, ihr Recht auf souveräne Entscheidung über die Entwicklungsprobleme ihres Landes, ihr Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk. Dies seien unabdingbare Prinzipien. Niemand könne eine besondere Rolle innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft beanspruchen“³³⁷.

Diese Prämissen waren ein eindeutiges Abrücken von der Brechnev- Doktrin, von der sich die sowjetische Spitze immer mehr distanzierte. Gorbatschow hatte damit festgestellt, daß die bedingungslose Gefolgschaft gegenüber der UdSSR nicht mehr gefordert wurde, ein weiterer Schlag für Honecker, der sein Regime seit den siebziger Jahren auf der Gefolgschaft zur Sowjetunion eingeschworen hatte und damit in der Tradition Ulbrichts stand. Die bedingungslose Unterordnung unter die sowjetischen Interessen war in der DDR jahrzehntelang ein Kriterium der Regimetreue gewesen³³⁸.

Nun akzeptierte die Sowjetunion verschiedene nationale Wege der einzelnen Staaten des sowjetischen Imperiums und stellte außerdem klar, daß bedrängte kommunistische Parteien nicht mehr selbstverständlich auch auf eine militärischen Unterstützung der Sowjetunion bauen konnten, um die Macht zu erhalten. Damit versuchte die Spitze in der Sowjetunion, ihre eigene Position zu festigen, doch für die DDR eröffnete sie eine existentielle Bedrohung. Mit den Überlegungen Gorbatschows über ein „europäisches Haus“³³⁹ wurde schließlich auch die Systemauseinandersetzung auf eine neue Basis ausgeweitet.

Honecker hatte zwar ein Interesse an einer Entspannung in den internationalen Beziehungen, um seinen Handlungsspielraum zu vergrößern, war aber gleichzeitig nicht an einer Beseitigung der

³³⁷ SAPMO, ZPA, IV 2/1/658.

³³⁸ Weber, Geschichte der DDR, S. 175 ff.

³³⁹ Gorbi, Ansprache im franz. TV. 30.9.87 in: ausgew. Reden und Aufsätze, Bd. 2, S. 487.

Gegnerschaft zwischen NATO und den Warschauer Paktstaaten und damit der BRD und der DDR interessiert. Ein „europäisches Haus“ würde die Existenz der in der Zeit des Kalten Krieges gegründete DDR in Frage stellen. Das bei diesen Überlegen zwischen den sozialistischen Staaten nun der DDR eine Schlüsselrolle zukam, läßt sich nicht leugnen. Durch das besser werdende Verhältnis zwischen der UdSSR und der BRD nach dem Besuch Genschers in Moskau im Juli 1986 wurde das politische Verhältnis zwischen DDR und Moskau schließlich noch schwerer belastet, hinzu kam, wie oben erläutert, fünf Monate später das Abrücken Moskaus von der Breshnew -Doktrin.

Berühmt wurde in diesem Zusammenhang das Interviews Kurt Hagers³⁴⁰ mit der Zeitschrift „Stern“ 1987, in welchem er die „Perestroika“ in der Sowjetunion mit dem Tapezieren einer Wohnung verglich - nur weil der Nachbar dies tue, sei es doch fraglich, ob man nun selber renovieren müsse³⁴¹.

Diese distanzierte Meinung gegenüber der Politik Gorbatschows wurde seit Beginn des Jahres 1988 noch deutlicher. Honecker verbot sowjetische Filme und Zeitschriften und ließ im „Neues Deutschland“ Artikel von Gorbatschow-Gegnern plazieren³⁴².

Nach dem Sturz Honeckers äußerte sich Gorbatschow über das Verhalten Honeckers folgendermaßen: diese Entwicklung sei für den DDR-Politiker ein persönliches Drama, für die DDR sei es aber durchaus folgenreich gewesen. Honecker „habe sich jedoch offensichtlich für die Nr. 1 im Sozialismus, wenn nicht sogar in der Welt gehalten. Er habe nicht mehr real gesehen, was wirklich vorgehe“³⁴³.

Für die DDR bedeuteten die Reformen Gorbatschows eine Gefahr auf gleich mehreren Ebenen. Einerseits förderte seine Politik von Glasnost und Perestroika die Reformwünsche auch innerhalb der DDR und erhitzte die Stimmung zunehmend. Auf der anderen Seite war die Öffnung der Sowjetunion nach Europa eine deutliche Bedrohung der Existenz der DDR, die dann zumindest theoretisch in Frage zu stellen war. Die SED sah sich also gezwungen, auf der einen Seite die ideologische Abgrenzung zur neuen Politik der UdSSR durchzusetzen und auf

³⁴⁰ Hager war seit 1954 Mitglied des ZK der SED, dort u.a. verantwortlich für die Bereiche Wissenschaft, Volksbildung und Kultur. 1963 wurde er Mitglied des Politbüros und übernahm hier die Leitung der Ideologischen Kommission.

³⁴¹ Vgl. dazu Weber, H.: Die Geschichte der DDR. A.a.O., S. 337 ff. und Holzweißig, G.: „*Verzerrte Beiträge zur Geschichte*“. *Zehnter Jahrestag des „Sputnik“-Verbots*“. In: Deutschland Archiv 31/1998, S. 976 ff.

³⁴² ND 2/3.4.88, 6/7.5.89.

³⁴³ SAPMO, ZPA, IV, 2/1/704.

der anderen Seite den bündnispolitischen Schulterschuß zu vollziehen. Hier bot sich als erster Schritt die Abschottung der Medien und die Verklausulierung des eigenen Standpunktes ohne eine offizielle Abkehr von der UdSSR als vielleicht adäquates Mittel, an welchem sich, wenn auch nicht in so starkem Maß, natürlich auch die DSF beteiligte.

Der Balanceakt zwischen Moskau und Berlin - Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1985-1986

Vor diesem Hintergrund konnten sich die Massenorganisationen im System der DDR neu plazieren. Durch die Personalunion der Entscheidungsgremien der SED mit den wichtigen Funktionären der Massenorganisationen war es der Partei möglich, ihre Interessen bis zur Basis hin durchzusetzen und diesen eine systemstabilisierende Funktion zuzuschreiben. So grenzten sich die Massenorganisationen wie die Partei scharf gegenüber den Gorbatschowschen Reformen ab und stellten sich eindeutig auf die Seite der SED, ohne jedoch die sowjetischen Reformen öffentlich zu verdammen.

Obwohl die Aspekte der Friedensbewegung einen deutlichen Einfluß auf die Polemik der Gesellschaft für DSF hatten, ignorierte auch sie die zu Beginn der achtziger Jahre bekannt werdenden wirtschaftlichen Probleme in der UdSSR genauso wie die im eigenen Land.

Die Gesellschaft für DSF hat bis zu diesem Zeitpunkt nicht einmal öffentlich Stellung zu den wirtschaftlichen Problemen der Sowjetunion genommen, die Akten lassen sogar erkennen, daß dies niemals, noch nicht einmal auf den Sitzungen des Präsidiums des Zentralvorstandes, thematisiert worden waren, sondern die Gesellschaft beschwor bis in die Mitte der achtziger Jahre weiterhin die Fortschritte des Sozialismus und die Erfolge des eigenen Landes und versteckte sich hinter standardisierten Belobigungen, welche man wieder und wieder verwendete.

Für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war dies eine neue rhetorische Herausforderung, denn noch war der Bruch zwischen Gorbatschow und Honecker nicht so offensichtlich. Damit mußte die Gesellschaft beiden Seiten gerecht werden, also einerseits betonen, daß die DSF eindeutig hinter der SED stand, andererseits aber auch weiterhin an dem

Bruderbund mit der Sowjetunion festhalten. Dieser „Balanceakt“ läßt sich exemplarisch an folgenden Stellungnahmen Mückenbergers festmachen:

Mückenberger betonte in seinem üblichen Schreiben zum Jahreswechsel 1984/85, welches in der „Presse der Sowjetunion“ veröffentlicht wurde, pflichtgemäß, daß man „1984 beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wiederum erfolgreich vorangekommen“³⁴⁴ sei aber nun die vorrangige Aufgabe der Gesellschaft für DSF darin bestehe „ (...) in Vorbereitung des XI. Parteitages die anstehenden Aufgaben lösen zu helfen. Dabei wird unsere Tätigkeit, die aller Mitglieder und Funktionäre in den nächsten Monaten vor allem gemessen werden an der guten und allseitigen Vorbereitung und Durchführung des 40. Jahrestages des Sieges der Sowjetunion über den deutschen Faschismus und den japanischen Militarismus (...) entsprechend der Zielstellung der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED wissen wir, daß auch das Jahr 1985 von einem jeden von uns erneut hohe Aktivität und persönliche Einsatzbereitschaft für den weiteren planmäßigen Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft fordert (...). Dabei gilt es, die dynamische Entwicklung der DDR sowie die kontinuierliche Entwicklung der Sowjetunion und aller Bruderstaaten nachzuweisen“³⁴⁵.

Die Aufgaben der Massenorganisation sah Mückenberger vor allem in der Einflußnahme auf die Bevölkerung im Sinne der Partei, also darin „ (...) mit in vorderster Reihe die Aufgaben des Jahres 1985 zu erfüllen. So wollen wir als Freundschaftsorganisation in der DDR gemeinsam mit allen Kräften der Nationalen Front unablässig mithelfen, in der nach der 9. Tagung des ZK der SED bereits in vollem Gange befindlichen Volksaussprache feste Standpunkte auszuprägen, die von Schlußfolgerungen gekennzeichnet und - unter Führung der Partei der Arbeiterklasse - mit weiteren Taten verbunden sind, womit die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus noch sichtbarer gemacht wird“³⁴⁶.

Vier Monate später, am 23. April 1985, veröffentlichte die TASS ein Interview mit Mückenberger, in welchem dieser, da er ja nun der sowjetischen Seite gerecht werden mußte, unterstrich: „Die Werktätigen der DDR (...) sind voller Entschlossenheit, die brüderliche Freundschaft und allseitige Zusammenarbeit mit der UdSSR umfassend zu entwickeln und zu

³⁴⁴ PdSU 1/85.

³⁴⁵ SAPMO, DY 32/3264. Manuskript der Rede zum Jahreswechsel 1984/85, S. 4.

³⁴⁶ Ebd., S. 5.

vertiefen, den unzerstörbaren Bruderbund mit der Sowjetunion - das feste Fundament aller Erfolge und künftigen Errungenschaften der DDR - auch weiterhin zu festigen (...)“³⁴⁷.

Diese ambivalente Haltung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft läßt sich auch an den Überschriften ablesen, unter welchen die Gesellschaft für DSF in der KPdSU publizierte. In der Juni Ausgabe von 1985 hieß es z.B. „Erfolgreiche Entwicklung der DDR war und ist nur im Bündnis möglich“.

Die Einheit von Partei und Massenorganisation zeigte sich wieder einmal in der Neujahrsansprache des Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, welche dieser zum Jahreswechsel 1985/86 hielt³⁴⁸. Auch hier kann man schon am Titel die verfolgten Intentionen ablesen: „Freundschaft mit dem Lande Lenins für immer! Vorwärts zum XI. Parteitag der SED!“.

Die DSF sah ihre Rolle also nicht allein in der Arbeit zur Förderung der Freundschaft mit der UdSSR, sondern stellte gleichzeitig ihre Funktion als Hilfsorgan der SED dar und hielt so an der offiziellen engen Verbundenheit fest, ohne auf die sich abzeichnende „neue Qualität“ der Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion einzugehen.

Eine -kleine- Veränderung zeigte sich allerdings: Immerhin erkannte die Gesellschaft für DSF offensichtlich zu diesem Zeitpunkt schon die Notwendigkeit, mehr auf die aktuelle politische Situation einzugehen. Während im Jahr davor noch die Bereitschaft zur Erfüllung der Vorhaben der Partei regelrecht „breitgetreten“ wurde, ging man nun mehr auf die Perspektiven ein, die man bis zur Jahrtausendwende erwartete. Natürlich stand jedoch die erneute Beschwörung der unverbrüchlichen Freundschaft zum „engsten und brüderlichsten Freund, dem Volk der Sowjetunion“ neben der Bekundung der Treue zur Partei, „der führenden Kraft unseres Volkes“³⁴⁹, im Mittelpunkt. Auf dem Wege zum XXVII. Parteitag der KPdSU und zum XI. Parteitag der SED gelte es, „die guten und vielfältigen Ergebnisse bei Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unseren Ländern, das zielgerichtete Wirken der führenden Kraft unserer Völker, der SED und der KPdSU“ darzulegen und „(..) deren Perspektive bis hin zum Jahre 2000 immer und immer wieder unter Beweis zu stellen (...)“³⁵⁰. Die Verantwortung der Gesellschaft für DSF erfordere es, die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu

³⁴⁷ SAPMO, DY 32/3264. Interviews Mückenbergers mit der TASS vom 23. April 1985 (In Übersetzung).

³⁴⁸ Vgl. SAPMO, DY 32/3264. Vgl.: Engbertz, R. und Jahn, M.: Bruderbund DDR-UdSSR. In: BzG Nr 28/1986.

³⁴⁹ Ebd., S. 1.

propagieren und die „reaktionären, menschenfeindlichen und antisowjetischen Machenschaften der imperialistischen Ideologen schonungslos zu entlarven“. Mückenberger argumentierte weiter, aus der weiteren Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration im RGW und besonders der ständig enger werdenden Kooperation mit der Sowjetunion wachse schließlich auch die Verantwortung für die politische Massenarbeit und für die Lösung der gestellten Aufgabe³⁵¹.

Die Beeinflussung der Bürger war- so Mückenberger- weiterhin ein wichtiger Aspekt der politischen Arbeit der DSF. Gut und richtig sei es in diesem Sinne, stets darauf zu achten, den untrennbaren Zusammenhang zwischen Sozialismus, einem sicheren Frieden und der Stärkung des Vaterlandes darzulegen, um so das Denken und Handeln der Bürger weiterhin „positiv“ als sozialistische Patrioten und Internationalisten leiten zu können, so Mückenberger³⁵². Eine Vertiefung dieses Aspektes war im ursprünglichen Manuskript geplant, von einer Veröffentlichung sah man jedoch ab, indem man folgenden Satz strich: „(...) Noch intensiver werden und wollen wir diesbezüglich auf das Denken und Handeln unserer Bürger Einfluß nehmen und sie als sozialistische Patrioten und Internationalisten stets positiv beeinflussen“. Als staatstragende Organisation sah Mückenberger nun die Gesellschaft für DSF mit wachsender Verantwortung für die politische Massenarbeit, die sich auf die weitere Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration im RGW und besonders die ständig enger werdende Kooperation mit der Sowjetunion stütze; und natürlich wolle man weitere Aktivitäten an der Auswertung des XXVII. Parteitages der KPdSU und dem XI. Parteitag der SED orientieren.

Hier kann man sehr deutlich die noch vorhandene gedanklich enge Bindung an die Vorgaben der KPdSU erkennen. Selbstverständlich wurde bis zu diesem Zeitpunkt die Ausrichtung des eigenen Verhaltens - auch das einer Massenorganisation - stark an die Vorgaben der KPdSU gekoppelt und diese Verbindung nicht nur zugegeben, sondern mit einem gewissen Stolz propagiert, war doch bis zum XVII. Parteitag der KPdSU die Sowjetunion nicht „ein Freund unter vielen anderen sozialistischen Partnerstaaten“, sondern der vorgeblich engste und wichtigste Partner überhaupt, welcher gleichzeitig als Garant für das Bestehen des Sozialismus (und der DDR) im Mittelpunkt der DDR-Ideologie stand.

³⁵⁰ Ebd., S. 2.

³⁵¹ Ebd., S. 5.

³⁵² Ebd., S. 5.

Daß dies auch noch der offiziellen Meinung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft entsprach, zeigt sich in einem Entwurf einer Stellungnahme Mückenbergers für die sowjetische Armeezeitung, welcher Anfang Mai 1985 erschien und in welcher Mückenberger als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auf die historisch gewachsenen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR einging und die weitere Entwicklung des Sozialismus skizzierte: „Die reaktionärsten chauvinistischen Kräfte des deutschen Imperialismus wollten ihre „Neuordnung Europas“, erstrebten die Weltherrschaft. Bis an die Zähne bewaffnet, überfielen sie wortbrüchig die Sowjetunion. Sie hatten das Ziel, in einem Blitzkrieg den ersten sozialistischen Staat, die Sowjetunion, zu zerschlagen, um für ihre Zwecke das kapitalistische Ausbeutersystem wieder zu installieren. Doch der Masseneroismus, die Opferbereitschaft des sowjetischen Volkes, seiner Streitkräfte und Partisanen durchkreuzten diese Vorhaben und bewiesen, daß der Sozialismus unbesiegbar ist (...). Mit der DDR entstand und entwickelte sich als treuer und zuverlässiger Kampfgefährte der Sowjetunion unter Führung der SED ein stabiler sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern, eine bewährte Bastion des Friedens an der Nahtstelle zwischen Sozialismus und Imperialismus in Europa. Dieser Staat garantiert, daß von seinem Boden nie wieder Faschismus und Krieg ausgehen wird. (...) Und die 40jährige Erfahrung besagt, daß das enge, unzerreißbare Bündnis mit der SU und allen anderen sozialistischen Staaten der Fundament ist für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR.“³⁵³.

Der XXVII. Parteitag der KPdSU und der XI. Parteitag der SED 1986 und die mit ihnen einhergehenden Reaktionen der Politfunktionäre waren natürlich gerade für eine Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von herausragender Bedeutung.

Die SED hatte formal auf ihrem XI. Parteitag den Konsens zu den Beschlüssen der KPdSU formuliert, eine qualitativ neue Stufe in der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen³⁵⁴. Es wurde unterstrichen, daß in den Grundfragen zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft eine Übereinstimmung bestehe und man bot als Interpretationsmuster die Formel, daß die sowjetische Umgestaltung (diese nahm ja als „Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung“ ihren Anfang) ein Versuch sei, in der

³⁵³ Vgl. SAPMO, DY 32/3264. Entwurf einer Rede Mückenbergers vom 5. Mai 1985.

³⁵⁴ zu der Ausprägung der Perestroika-Vorstellung vgl. Nakath, M.: „*Perestroika in der Sowjetunion*“. In: *Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde*, Berlin 1990, S. 40 ff.

sowjetischen Volkswirtschaft Faktoren eines intensiven Wachstums in den Mittelpunkt zu stellen und in diesem Zusammenhang technische und wissenschaftliche Entwicklungen stärker zu nutzen. Dieser Formel konnte sich natürlich auch die Gesellschaft für DSF rückhaltlos anschließen und sie wurde daher auch sofort in die offizielle Darstellung der Gesellschaft für DSF übernommen.

Trotzdem lassen sich innerhalb eines Zeitraumes von 1985 bis 1986 nicht nur unterschwellige Hinweise in den Akten der Gesellschaft für DSF ablesen, die auf die neue, diffizilere Interpretation der Politik eingehen. Hatte Mückenberger vor dem Parteitag der KPdSU noch festgehalten „das Volk der DDR anerkennt, daß die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen 40 Jahre unter Führung der Partei nur in unverbrüchlicher Freundschaft, im Bündnis mit der Sowjetunion und in engster Zusammenarbeit mit ihr möglich war, ist und bleibt (...).

Wir (Die DSF, KK) werden aktiv an der Vorbereitung des XI. Parteitag teilnehmen. Wir sind überzeugt davon, daß sowohl der XXVII. Parteitag der KPdSU wie auch der XI Parteitag der SED die nächste Wegstrecke für den weiteren Aufbau der entwickelten Gesellschaft in unseren Ländern abstecken, und ihre Beschlüsse werden unsere Freundschaft, unsere Kampfgemeinschaft, unser Bündnis weiter befruchten und stärken“³⁵⁵, so wurden die Formulierungen nach einem Besuch Mückenbergers in der UdSSR, welcher mit einem Treffen mit Gorbatschow verbunden worden war, in einem Ende 1986 in der KPdSU veröffentlichten Interview schon viel vorsichtiger: “ (...) Denn sowohl Genosse Honecker, der die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als Grundlage für unsere weitere erfolgreiche Entwicklung bezeichnete, als auch Genosse Gorbatschow, betonten auf den Parteitagen unserer Länder, daß es (bei diesen neuen Aufgaben KK) nicht um ein oder zwei Teilstriche geht, sondern wie die Mathematiker sagen, um eine ganze Größenordnung und daß das alle Bereiche unserer Gesellschaft betrifft (...). Auch unsere sowjetischen Genossen und Freunde verwiesen auf die Übereinstimmung unserer Ansichten beim Herangehen an die sich aus den Parteitagen ergebenden qualitativ neuen Aufgaben. (...) Man muß einen Erfahrungsaustausch anstreben und so die Zusammenarbeit effektivieren“³⁵⁶.

Interessant ist es an dieser Stelle, daß es trotz dieser massiven politischen Veränderungen nicht zu einer offenen Diskussion unter den Mitgliedern oder wenigstens innerhalb des Präsidiums

³⁵⁵ Vgl. SAPMO, DY32/3264. Präsidiumssitzung anläßlich der Vorbereitung des XI. Pt. der SED.

³⁵⁶ SAPMO, DY 32/3264. Interview mit Mückenberger PdSU 12/96.

der DSF kam. Die Gesellschaft für DSF ignorierte die Vorkommnisse genauso wie das wachsende Ansehen Gorbatschows im Ausland und schloß sich, wie so oft stillschweigend, der Linie der Partei an. Hier spielte es natürlich eine Rolle, daß Mückenberger gleichzeitig Mitglied des Politbüros war und eventuelle Diskussionen wahrscheinlich, wenn überhaupt, an dieser Stelle erfolgten.

Die neue Attraktivität der Sowjetunion

Das Verhalten der Gesellschaft für DSF im Jahr 1987 ist vor allem deshalb interessant, da mittlerweile ein großer Teil der ostdeutschen Bevölkerung große Hoffnungen in die Reformen Gorbatschows setzte und auf eine Übernahme derselben durch die DDR-Führung hoffte. Das vielzitierte Interview Kurt Hagers löste eine Reihe von Protesten in der Bevölkerung aus, denen man durchaus eine neue Qualität in Ton und Umfang zusprechen kann³⁵⁷. Der scharfe Ton gegenüber einem Genossen der Parteiführung in Kombination mit der kollektiven Formulierung eines Widerspruchs war im Grunde der Beginn einer offenen Rebellion gegen die „Prinzipien des demokratischen Zentralismus“. War bisher die Haltung gegenüber der Sowjetunion der Maßstab für die „korrekte ideologische Einstellung“ gewesen und damit auch der Indikator für eine eventuelle persönliche Karriere, erhielt nun die so oft gebrauchte Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ einen ziemlich ironischen Beigeschmack³⁵⁸.

Eine Folgerung dahingehend, daß es sich bei derartigen Äußerungen und die Berufung auf die Politik Gorbatschows nur um eine Provokation der Partei durch die Bevölkerung handelte, wäre an dieser Stelle nicht angebracht. Vielmehr entstand die besondere Situation, daß die UdSSR sich auf einmal für die Bewohner der DDR tatsächlich als Hoffnungsträger darstellte. Vor diesem Zusammenhang ist auch das wachsende Interesse an der Person Gorbatschows, sowjetischen Publikationen und der russischen Sprache einzuordnen.

Dabei waren für einige Menschen die Gorbatschowschen Reformen noch längst nicht so transparent, wie sie sich später darstellen sollten. In einem Schreiben von DDR-Bürgern an

³⁵⁷ Vgl. dazu SAPMO, ZPA, DY30, 42228. Büro Hager, Reaktionen der Bevölkerung auf das „Stern-Interview“.

³⁵⁸ Vgl. Wolle, S.: Die heile Welt der Diktatur. A.a.O., S. 292.

Gorbatschow hieß es noch im Oktober 1986, angelehnt an die standardisierten Formulierungen der SED, u.a.: „wir möchten uns bei Ihnen (...) und der Regierung der Sowjetunion für Ihr unermüdliches Bemühen zur Erhaltung des Weltfriedens auf das Innigste von Herzen bedanken. (...) Wir sind aber zutiefst davon überzeugt, daß unsere gerechte Sache siegen wird. Dieser Weg dahin wird noch einen großen Kampf kosten, bis alle Menschen frei von Unterdrückung und Ausbeutung sind. Wir haben eine sehr große Hochachtung vor den sowjetischen Menschen sowie Ihrem großen Land (...). Von den großen Errungenschaften erfuhren wir unter anderem durch Radio Moskau in der Sendereihe „Funkuniversität“. (...) Mit der Gewißheit für einen erfolgreichen Kampf auf dem Weg zum Kommunismus, den Sie (...) mit den anderen Genossen der Regierung der Sowjetunion zu führen haben, verabschieden wir uns (...).“³⁵⁹.

Die Partei und natürlich auch die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft begegneten also der sich ändernden Lage in der Sowjetunion mit dem Gebot „Wertung durch Verschweigen“. Auch wenn formal immer noch an den Übereinstimmungen zwischen der Sowjetunion und der DDR festgehalten wurde, erklärte die SED-Führung den neuen Weg der Sowjetunion damit, daß diese eine Stufe in ihrer Entwicklung erreichen wolle, welche die DDR schon überschritten habe und daß es daher in jedem Land bestimmte Eigenarten in der Entwicklung geben müsse. Dabei ging man jedoch nicht explizit auf die wirklichen Veränderungen in der Sowjetunion ein, sondern hielt sich an allgemeine Formulierungen, welche ein „neue Niveau“ in den Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion beschrieben, ohne allzu konkret zu werden.

Dies spiegelt sich nicht nur in den Pressemitteilungen und Berichten wider, sondern auch in den Reden und Interviews der Mitglieder des Präsidiums der Gesellschaft, so z.B. in der Rede Mückenbergers zum Jahreswechsel 1987/1988: „Der Generalsekretär des ZK der SED und der Vorsitzende des Staatsrates der DDR hat in seiner Rede auf der Festveranstaltung in Moskau (...) all unsere Gedanken und Gefühle zum Ausdruck gebracht, als er sagte: „Wir freuen uns über die Sowjetunion von heute und ihre kämpferische immer neue Ziele anstrebenden Kommunistische Partei. Wir freuen uns über das Sowjetland 70 Jahre nach dem Roten Oktober, über seine Kraft, seinen Mut, über seine Erfolge und seine Pläne“³⁶⁰. Genugtuung - so Mückenberger - empfinde man auch über das Treffen zwischen Gorbatschow und Honecker, bei

³⁵⁹ GARF Moskau, Fonds 9576, opis'20(2), delo 5080, 1986, S. 3 f. Brief an den Genossen Michail Gorbatschow vom 28. Oktober 1986.

³⁶⁰ SAPMO, DY 32, 3264. Erich Mückenberger zum Jahreswechsel 1987/88.

welchem „ (...) eindeutig verwiesen wurde auf die erfolgreiche Entwicklung der allseitigen Beziehungen zwischen unseren Staaten und darauf, daß das neue Niveau in der Zusammenarbeit den Erfordernissen der gegenwärtigen Etappe in beiden Ländern entspricht.“³⁶¹.

Interessant, und ein Indikator für das sich ändernde Verhältnis zur Sowjetunion, ist an dieser Stelle vor allem die Schlußformel Mückenbergers Rede. War früher der Dank immer mit der Überzeugung der erfolgreichen gemeinsamen Durchführung der Beschlüsse des x-ten Parteitages der KPdSU und den x-ten der SED abgeschlossen worden, wurde nun zwischen den Ländern eindeutig differenziert, als man festhielt: „Herzlicher Dank sagen wir ihnen (der sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR, KK) für die drei Jahrzehnte guter, brüderlicher Zusammenarbeit, wobei wir davon überzeugt sind, daß das Sowjetvolk unter der Führung der KPdSU die Beschlüsse des XXVII. Parteitages verwirklichen wird (...). Das ZK sprach dem Sowjetvolk seine brüderliche Solidarität und Verbundenheit aus und verwies darauf, daß durch die Realisierung der Beschlüsse des XI. Parteitages ein aktiver Beitrag dafür geleistet wird.“³⁶².

Strukturierte Kontrolle - Kontrollierte Struktur

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft reagierte als „treuer Helfer der Partei“ auf die sich ändernde Lage in Bezug auf die Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion unter anderem damit, daß sie im Beschluß Nr. 570 von 1987 „Richtlinien für die Informationstätigkeit und Berichterstattung der Vorstände und Sekretariate der Gesellschaft für DSF“ aufstellte, um die weitere Arbeit der Gesellschaft zu steuern und kritische Standpunkte von Mitgliedern zu kontrollieren.

In dem Beschluß wurde mit den üblicher Formulierungen festgehalten, daß die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED neue und damit höhere Anforderungen an Inhalt, Niveau und Wirksamkeit der kulturellen Massenarbeit und damit die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft stelle, bevor man zum eigentlichen Kern des Beschlusses kam, demgemäß eine bessere Kenntnis der Lage in den Organisationseinheiten sowie eine

³⁶¹ Ebd., S.1.

³⁶² Ebd., S.1.

regelmäßige Einschätzung über die politisch-ideologische Arbeit, also die ideologische Durchdringung der Bevölkerung, zu gewährleisten sei³⁶³.

Eine wichtige Rolle spielte dabei die Information und Berichterstattung über Aktivitäten bzw. Diskussionen in den Grundeinheiten. „Insbesondere geht es dabei um konkrete und gesicherte Informationen über das Wirken der Grundeinheiten in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Entsprechend dem differenzierten Informationsbedarf auf den einzelnen Leitungsebenen sind künftig mehr Beispiele und Erfahrungen aus der Tätigkeit der Mitglieder in den DSF-Gruppen, Fragen zu Anliegen und Wirken der Organisation, sowie Hinweise, kritische Bemerkungen und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit zum Gegenstand einer lebendigen und aussagefähigen Informationstätigkeit und Berichterstattung zu machen“³⁶⁴.

Ziel dieser verbesserten Organisation sollte es sein, den Vorständen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft die Möglichkeit zu geben, rascher auf Probleme - also doch wohl kritische Mitglieder- zu reagieren und die eigenen Leitungstätigkeit zu vervollkommen - und so die Mitgliedschaft der Gesellschaft für DSF weiter zu kontrollieren.

Dabei war die „hauptsächliche Quelle zur Gewinnung der Fakten und Aussagen für die Information und Berichterstattung die persönliche Wahrnehmung durch Teilnahme am Mitgliederleben in den Grundeinheiten. (...) Ebenso sind die Erfahrungen der Referenten und Gesprächsleiter aus den Veranstaltungen und die Aussprachen mit den Mitgliedern sorgfältig auszuwerten“³⁶⁵.

Es war dem Vorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft also durchaus bewußt, daß es sich in diesem Beschluß um die Aufforderung handelte, die Mitglieder besser zu kontrollieren. Die Aufgabe der Vorstände war damit neben der politisch-ideologischen Indoktrinierung auch die Kontrolle der Mitglieder im Rahmen der Massenorganisation und dies erforderte offensichtlich „eine weitere Verbesserung des Inhaltes sowie der Formen und Methoden der anleitenden und kontrollierenden Tätigkeit der Vorstände und Sekretariate“ um mehr den „Erfordernissen des Informations- und Erfahrungsaustausches“³⁶⁶ Rechnung zu tragen. Diese planmäßige Realisierung und Einschätzung der Information und Berichterstattung sollte dabei auf folgende Weise stattfinden:

³⁶³ Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. P73 DSF-Bezirksvorstand Magdeburg, Nr. 1159. Beschluß Nr. 570/87 vom 20. November 1987. S. 1.

³⁶⁴ Ebd. S. 3.

³⁶⁵ Ebd. S. 3.

1. Die „Auftragsinformation“

Sie diene in erster Linie der rechtzeitigen und systematischen, auf Schwerpunkte orientierten Kontrolle der Durchführung von Beschlüssen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und sollte bei der Einschätzung des Arbeitsstandes auf einem bestimmten Tätigkeitsfeld dienen. Die Planung erfolgte auf der Grundlage halbjährlicher Informationspläne, die Beschlußcharakter hatten und in denen die Zielstellungen der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auf allen Ebenen festgehalten und damit überprüfbar wurden.

2. Der Monatsbericht

Die Kreissekretäre übermittelten den Ersten Sekretär des Bezirksvorstandes und die Ersten Sekretärs der Bezirksvorstände dem Vizepräsidenten der Gesellschaft monatlich einen Bericht, „in dem sie nach eigenem Ermessen über Reaktionen, Stimmungen und Meinungen der Mitglieder zum politischen Geschehen sowie über Aktivitäten, Erfahrungen und Probleme bei der Verwirklichung der Beschlüsse“ berichten. Des weiteren wurden die Sekretariate der Kreis- bzw. Bezirksvorstände dazu angehalten, „bei bedeutenden nationalen und internationalen Ereignissen (...) unaufgefordert Informationen über Stimmungen und Meinungen der Mitglieder“ zu übermitteln sowie über „besondere Vorkommnisse ohne Zeitverzug“ die jeweils übergeordnete Stelle zu informieren.

3. Die Quartalsmeldung

Zur Verbesserung der Informationen über die Arbeit und das Leben in den Grundeinheiten wurde zum 1. Juli 1988 eine Quartalsmeldung der Vorstände der Grundeinheiten an das Sekretariat des Kreisvorstands eingeführt, die neben statistischen Angaben über die Aktivitäten und die Entwicklung der Grundeinheiten Informationen zu Veranstaltungen, Sitzungen und Fragen bzw. Bemerkungen der Mitglieder zur Arbeit der Grundeinheiten enthalten sollte.

4. Das Tagungs- und Sitzungsprotokoll

Jede Sitzung wurde in Form eines kurzen Protokolls festgehalten und weitergeleitet. Dem Protokoll waren als Anlage das Referat, ausgewählte Diskussionsbeiträge bzw. eine Zusammenfassung der Hauptprobleme der Aussprachen hinzuzufügen, ebenso Vorlagen sowie Beschlußvorschläge und Kritiken der Mitglieder³⁶⁷.

³⁶⁶ Ebd. S. 3.

³⁶⁷ Vgl Ebd. S. 3-9.

Auch wenn die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu diesem Zeitpunkt offiziell noch bedingungslos zu der Freundschaft zur Sowjetunion stand und dies als ihre vorrangige Aufgabe propagierte, kann man schon 1987 erkennen, daß es ihr in ihrer praktischen Tätigkeit vor allem darum ging, die Kontrolle über die Mitglieder sowie einen kontinuierlichen Informationsfluß zu gewährleisten, um eine weitere „politisch-ideologische Arbeit“ sicherzustellen. Damit machte sie deutlich, daß es ihr tatsächlich in erster Linie darum ging, die Partei zu unterstützen und daß die Freundschaft zur Sowjetunion diesem Anliegen untergeordnet wurde.

5.2 Aktivitäten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1988

Der 40. Jahrestag

Das vierzigjährige Jubiläum des Bestehens der Gesellschaft wurde am 30. Juni 1987 groß gefeiert; am 30. Juni 1947 hatte der Gründungskongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion stattgefunden, und nun würdigte man dieses Datum bei vielen Reden und Veranstaltungen.

Die aufgrund des anstehenden Jubiläums schon drei Jahre vorher in Angriff genommene Veröffentlichung der „Geschichte der DSF“, eine Darstellung der Gesamtgeschichte der Gesellschaft, wurde allerdings aufgrund des zunehmend schwieriger werdenden Verhältnisses zwischen der SED und der Sowjetunion verworfen, obwohl ein Autorenkollektiv die Manuskripte ein Jahr vor dem Jubiläum vorlegen konnte. Die bis dahin schon mehrfach überarbeitenden Manuskripte genügten den von Mückenberger noch 1984 festgelegten Vorgaben nicht, nach denen der „Ausgangspunkt für die gesamte Erforschung und Darstellung der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft der überzeugenden und anschauliche Nachweis sein muß, wie sich die Freundschaftsgesellschaft stets als treuer Helfer

der Partei der Arbeiterklasse bewährt hat und getreu diesem Grundsatz handelt“³⁶⁸. So wurden die Manuskripte - und hier besonders die, welche bis in die Gegenwart reichten - immer wieder überarbeitet und den entsprechenden sich wandelnden Politikvorgaben angepaßt. Kuhrig beschrieb in einem Interview mit der Autorin am 12. Mai 1998, man habe sich vor allem nicht auf einen Schluß festlegen können, denn durch die sich ändernden Gegebenheiten in der Sowjetunion und auch durch den Wandel in der DDR habe man die Geschichte immer wieder umschreiben müssen³⁶⁹.

Doch wieder einmal schmückte sich die Gesellschaft mit einer Jubiläumspublikation, diese war die letzte. Das zum Jubiläum erschiene Heftlein konnte sich nicht mehr mit vorhergegangenen Hochglanz Publikationen messen. Doch hier gab man einen kurzen Abriß über die Leistungen der Gesellschaft und stellte vor allem die Entwicklung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, sowie die wichtigen von ihr initiierten Kongresse und Aktionen in das Zentrum der Darstellungen, wobei die Quantität eher im Vordergrund stand als die Qualität der Arbeit³⁷⁰.

Mückenberger selbst hielt anläßlich dieses Jubiläums fest, daß es die Hauptaufgaben der Gesellschaft sei, die Geschichte der wachsenden Freundschaft weiter zu entwickeln, sich aktiv an der Lösung der Gegenwartsaufgaben des XI. Parteitages zu beteiligen und an der Realisierung der sozialistischen Perspektive zu arbeiten³⁷¹.

Immerhin ging er in seiner Rede auf den XXVII. Parteitag des KPdSU ein, auch wenn die von Gorbatschow geforderten Neuerungen nicht erwähnt wurden, statt dessen wurde auch dieser Parteitag in die Tradition der bisherigen gerückt.

Mückenberger betonte, es sei die Aufgabe einer Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu zeigen, daß „vom „Dekret über den Frieden“ bis hin zu den Vorschlägen des

³⁶⁸ SAPMO, DY 32, 2996. Vorlage für das Sekretariat des Präsidiums, Disposition vom 6.9.1984.

³⁶⁹ Heinz Kuhrig, geb. 1929, trat 1946 in die SED ein, war von 1952 bis 1961 Mitarbeiter der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED, von 1961-63 Direktor des Instituts für Landestechnik der DAL in Potsdam, anschließend stellvertretender Minister und Mitglied des Landwirtschaftlichen Rates. 1967/68 studierte er an der PHS der KPdSU in Moskau und wurde nach seiner Rückkehr Staatssekretär im Rat für Landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft. Von 1973 bis 1982 war er schließlich Minister für Landwirtschaft, ab 1976 Mitglied des ZK der SED. 1976 wurde er in die Volkskammer gewählt. 1982 wurde er Generalsekretär der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, von 1983 bis 1990 war er der Vizepräsident der Gesellschaft, bzw. der Leiter des Außerordentlichen Vorstandes“ der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

³⁷⁰ 40 Jahre DSF, a.a.O. S. 14 ff.

³⁷¹ SAPMO, DY 32, 3264. Erich Mückenberger zum 40. Jahrestag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Generalsekretärs des ZK der KPdSU (...), sowie denen der DDR und der anderen sozialistischen Staaten, sowie der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 28. und 29. Mai 1987 in Berlin eine gerade Linie verläuft. (...) Heben wir hervor, daß dabei der Weiterführung des Dialogs mit allen seinen Kräften des Realismus und der Vernunft erhöhte Verantwortung zukommt (...) Indem das Volk der DDR die Beschlüsse des XI Parteitages der SED und das Volk der UdSSR die Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU verwirklichen, tragen sie dazu bei, die Ausstrahlung des Sozialismus in der Welt zu verstärken und den Frieden sicherer zu machen.³⁷²

Auch hier sieht man die ambivalente Haltung, welche sich die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu eigen machen mußte. Immerhin verwies man nun schon darauf, daß das Volk der DDR die Beschlüsse der SED und die Sowjetbürger die Beschlüsse der KPdSU zu verwirklichen hätten und nicht die einen dem Vorbild der anderen zu folgen hätten. Von einer gemeinsamen Verwirklichung der Vorgaben, wie sonst üblich, war in dem standardisierten Sprachgebrauch nichts mehr zu hören, auch wenn man immer noch die enge Verbundenheit zur Sowjetunion vorschob. In dieser Situation kommt der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eine besondere Rolle zu, da sie ein offizieller Indikator für die Verbundenheit zwischen beiden Ländern war. So lag es nah, daß die SED beschloß, die Attraktivität der Gesellschaft für DSF weiter zu nutzen und sie gleichzeitig für ihre „Treue“ zu belohnen. Am 1. Juli 1987 verlieh der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft den Karl-Marx Orden³⁷³.

³⁷² Ebd., S. 2.

³⁷³ Der anlässlich des Karl-Marx-Jahres 1953 gestiftete „Karl-Marx-Orden“ konnte für außerordentliche Verdienste in der „revolutionären deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, bei der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus, bei dem Kampf um die entwickelte sozialistische Gesellschaft und im Kampf um die Sicherung des Friedens“ verliehen werden. Er wurde sowohl an Einzelpersonen als auch an Kombinate, Betriebe, Genossenschaften und gesellschaftliche Organisationen - teilweise sogar mehrmals - verliehen und wurde zu festgelegten Terminen im Mai und Oktober oder zu einem besonderen Anlaß - wie bei der DSF - vergeben.

Erste Probleme im Vorfeld der „Woche der DSF“ und des 13. Kongresses

Mit Beginn des Jahres 1988 beschäftigte sich der Vorstand der DSF vor allem mit der Vorbereitung des 13. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, welcher vom 13. bis 14. Mai 1988 stattfand.

Dabei verknüpfte man auch in diesem Jahr die Vorbereitungen der „Woche der DSF“ mit den Kongreßvorbereitungen, was sich vor allem in den „Treffen von Delegierten“ und deren Verabschiedung in ihren Grundeinheiten und Kreisorganisationen widerspiegelte. Die Grundlage hierfür bildete die „Direktive für die Vorbereitung und Durchführung des 13. Kongresses der Gesellschaft für DSF sowie der Beschluß der „Hauptaktivitäten der politischen und kulturellen Massenarbeit zur Vorbereitung des 13. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ vom 18. August 1987³⁷⁴.

Insgesamt präsentierte sich die Gesellschaft aktiv und motiviert, was sich in den Plänen zum Ablauf des Kongresses deutlich widerspiegelt. Dies war auch nötig, da sich kritische Stimmen in der Bevölkerung erhoben und damit die Partei und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zunehmend unter Druck gerieten. Allerdings lag es der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu diesem Zeitpunkt noch fern, sich diesem Problem und damit der Mitgliedschaft auch zu stellen, statt dessen betonte man Engagement und Motivation der Mitglieder und hielt sich damit an die Formeln, die schon seit Jahren in Gebrauch waren, nur daß nun die Beschwörung der deutsch-sowjetischen Freundschaft für die DDR-Bürger eine andere Bedeutung hatte.

So stellte z.B. die 14. Delegiertenkonferenz in Magdeburg noch im April 1988 fest, daß die Jahreshauptversammlungen sich „unter der Führung der Bezirksparteiorganisation zu einem machtvollen Bekenntnis unserer Mitglieder zur auf das Wohl des Volkes und des Friedens gerichteten Politik der SED und der Stärkung des Bruderbundes mit der Sowjetunion als entscheidendes Fundament des erfolgreichen Weges unseres Staates zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ gestalteten³⁷⁵.

³⁷⁴ SAPMO, DY 32, 3020. Plan der Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der „Woche der DSF“ 1988, S. 2.

³⁷⁵ Rede anläßlich der 14. Delegiertenkonferenz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. April 1988. Landesarchiv Magdeburg - LHA-Rep. P73 DSF-Bezirksvorstand Magdeburg Nr. 1150. S. 31.

Dies spiegelte sich auch in dem sogenannten Ablaufplan für die Vorbereitung des 13. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wider. Dieser Ablaufplan sah für den Bezirk Cottbus im Februar 1988 folgende Maßnahmen vor: Im Mittelpunkt stand wie üblich auch die politische und kulturelle Massenarbeit, deren Ziel es sein sollte, die „Friedenspolitik des Sozialismus, insbesondere der Kampf der Sowjetunion um die Erhaltung der Sicherheit“³⁷⁶ nach wie vor zu propagieren und dabei die Rolle der Sowjetunion als „erstrangige Weltmacht“ zu vermitteln. Dies wolle man vor allem durch Kontakte der Massen zu den Mitgliedern der Gesellschaft für DSF erreichen und so organisierte man verschiedenen Treffen, vor allem zwischen den Delegierten des 13. Kongresses und den Grundeinheiten. Auf diesen Veranstaltungen wurden für die „hervorragenden Leistungen in Vorbereitung des Kongresses“ Auszeichnungen an Grundeinheiten, Abteilungsgruppen oder Einzelpersonlichkeiten verliehen. Unterstützt wurden diese Maßnahmen durch „niveaurolle, politische und kulturelle Veranstaltungen“ des Hauses für DSF, wie z. B. Ausstellungen der „besten Werke des künstlerischen Volksschaffens“. Dabei erschien es vorrangig, „das Auftreten von Gruppen des künstlerischen Volksschaffens mit dem Ehrennamen „Kollektiv DSF“ bzw. Zirkel und Ensembles, die um den Ehrennamen „Kollektiv DSF“ kämpften“³⁷⁷ zu fördern. Es läßt sich also feststellen, daß sich diese Veranstaltungen auf politische Gespräche zur Förderung eines politischen Bewußtseins im Sinne der SED, Treffen und Begegnungen mit „sowjetischen Freunden“ und Veteranen der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, Feierstunden und Kranzniederlegungen, die Gestaltung von Wandzeitungen und Veranstaltungen im Haus der Gesellschaft für DSF konzentrierten.

Interessanterweise findet man in den Ablaufplänen für vorbereitende Tagungen des Kongresses - abgesehen davon, daß man- gemäß der Strategie „Werten durch Verschweigen“ - Themen, die sich mit den Gedanken von „Glasnost“ und „Perestroika“ befaßten von vornherein ausschloß - erste Indizien dafür, daß die Vorstände der DSF sich durchaus im Klaren darüber waren, daß die Entwicklung in der Sowjetunion ein brisanter Interessenschwerpunkt der Bevölkerung war. Hinweise darauf lassen sich schon Ende 1987 feststellen. Der Bezirksverband Magdeburg hielt in einer Sekretariatsvorlage Anfang 1988 fest: „Im Jahre 1987 wurde in der Bezirksorganisation 42 Vorträge von sowjetischen Referenten vor allen Schichten der

³⁷⁶ SAPMO, DY 32, 3020. Plan der Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der „Woche der DSF“ 1988, S. 2.

³⁷⁷ Ebd., S. 4.

Bevölkerung gehalten; drei Vorträge sind aus politisch notwendigen Gründen ausgefallen.³⁷⁸. Es ist leider anhand der Akten nicht ersichtlich, welche thematischen Schwerpunkte durch diese Vorträge abgedeckt werden, bzw. welche Personen diese Vorträge halten sollten. Es ist jedoch zu vermuten, daß es sich entweder um Themen handelte, welche sich mit den neuesten Entwicklungen in der Sowjetunion beschäftigten oder die sowjetische Geschichte zu Zeiten Stalins zum Thema hatten. Beides hätte aufgrund der Brisanz der Thematik in der Bevölkerung der DDR mit Sicherheit großen Anklang gefunden und beides wäre nicht im Sinne der SED gewesen. Immerhin ist dies ein Indikator dafür, daß innerhalb der Gesellschaft für DSF ein Bewußtsein für diffizile Themenbereiche entwickelte und man in einigen Fällen nicht bereit war, das Risiko einzugehen, in den eigenen Reihen eine Diskussion zu provozieren. 1988 wurde es allerdings immer schwieriger, dem Ruf nach einer öffentlichen Diskussion der Reformen nicht nachzugeben und sich statt dessen hinter einem traditionellen Vokabular zu verschanzen. Die Leitung der Gesellschaft für DSF hielt es offensichtlich ab 1988 für nötig, explizit festzuhalten, daß sich der Einsatz von Mitgliedern der Referentenkollektive der Gesellschaft für DSF, sowjetischer Referenten und Lektoren der Botschaft der UdSSR in der DDR, der Handelsvertretung, aber auch der Generalkonsulate und des „Hauses der Sowjetischen Wissenschaft und Kultur“ auf die Propagierung besonders der Friedenspolitik des Sozialismus und auf die Probleme der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR zu beschränken habe und legte die Einhaltung dieser Vorgaben gleich in die Verantwortung der Sekretariate der Bezirks- bzw. Kreisvorstände³⁷⁹. Gerade diese Anweisung zeigt deutlich, daß die Einhaltung dieser Vorgaben als wichtig eingestuft wurde und man keine untergeordneten Stellen damit betrauen wollte.

Die alte neue Formel: Der eigene Weg zum Sozialismus

³⁷⁸ Bericht über die Vorbereitung des 13. Kongresses. Landesarchiv Magdeburg.-LHA, Rep. P73, DSF-BV Magdeburg NR. 1120.

³⁷⁹ SAPMO, DY 32, 3020. Plan der Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der „Woche der DSF“ 1988, S. 3.

Trotz des wachsenden Interesses an der politischen Entwicklung in der Sowjetunion stellte sich die Gesellschaft für DSF dieser Diskussion wenigstens in einem öffentlichen Rahmen bis zur Mitte 1988 nicht, auch wenn Diskussionen innerhalb der Mitgliedschaft wohl letztendlich nicht vollständig vermeidbar waren, sondern übernahm als Institution des SED-Herrschaftsapparates widerspruchslos auch weiterhin die Haltung der Partei und damit auch deren Formulierungen.

Real konnte man sich der erhöhten Aufmerksamkeit, welche die neue Linie Gorbatschows unter den Bürgern der DDR hervorrief, nicht vollständig verschließen, doch waren die herrschenden Eliten der DDR zu diesem Zeitpunkt nur wenig gewillt, eine Kritik an der Partei oder der eigenen Linie zuzulassen bzw. sich mit derselben auseinanderzusetzen. Noch immer war es für die Gesellschaft für DSF wichtig, ihre enge Verbundenheit unter der Partei unter Beweis zu stellen und daher wurde das Interesse der DDR-Bürger an der Umgestaltung der UdSSR zwar zur Kenntnis genommen, nun aber die später noch schärfere Formel entwickelt, nach welcher jedes Land seinen eigenen Weg zur Umsetzung des Sozialismus gehen müsse. Eben diese Einsicht sollte nun auch den DDR-Bürgern vermittelt werden, dazu boten sich die Massenorganisationen an - hier nicht an letzter Stelle die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

In Magdeburg wurde dies folgendermaßen dargestellt: „Mit Interesse wird die revolutionäre Umgestaltung in der Sowjetunion verfolgt und findet Zustimmung. Allerdings ist auch zu verzeichnen, daß nicht alle unsere Freunde das Wesen dieses revolutionären Prozesses voll verstehen, daß sich ihre Notwendigkeit aus der inneren historischen Entwicklung der Sowjetunion, aus der Lösung der gegenwärtigen und künftigen Aufgaben und dem friedlichen Wettbewerb beider Systeme, (Sic! K.K.) ergibt und daß es falsch wäre, bestimmte Entwicklungstendenzen der UdSSR auf die DDR zu übertragen. Schlußfolgernd ergibt sich daraus die Aufgabe, unseren Mitgliedern noch intensiver und wirksamer die Erkenntnis zu vermitteln, daß jedes sozialistische Land auf der Grundlage seiner konkreten historischen Bedingungen und Voraussetzungen seinen eigenen Weg gehen muß und daß es kein einheitliches Modell beim Aufbau des Sozialismus geben kann“³⁸⁰.

³⁸⁰ Ebd., S. 51.

Dadurch, daß sich die Gesellschaft dieser Formel bediente, manifestierte sie, ebenso wie auch die SED, die langsame Abkehr des DDR-Regimes von der jahrzehntelang propagierten Vorbildfunktion der Sowjetunion bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft.

Dies bedeutete einen massiven Einschnitt in die bisherige Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und stellte diese damit vor ganz neue Herausforderungen. War es bis zu diesem Zeitpunkt für eine Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einfach gewesen, den Anforderungen der Partei und der selbstgestellten und ursprünglichen Aufgabe der Propagierung der Errungenschaften in der Sowjetunion gerecht zu werden, so war nun eine neue Qualität für die Arbeit der Gesellschaft erreicht worden.

Bisher hatte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ihre nicht nur namentliche Verbindung zur Sowjetunion dazu nützen können, für die Partei eine bedeutenden Rolle zu spielen, wie sich auch aus der Bindung der Gesellschaft für DSF an die SED seit den späten siebziger Jahren deutlich erkennen läßt. Nun jedoch mußte sie eindeutiger Position beziehen und von dem alten Doppel-Standpunkt abrücken, um den Anforderungen der Partei weiter gerecht zu werden.

Natürlich war auch für eine Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft die Unterstützung und das Wohlwollen der Partei so wichtig, daß man nicht darauf verzichten konnte. Also blieb nur die Entwicklung einer neuen Formulierung, die wenigstens formal -noch- beiden Entwicklungen gerecht werden konnte und auch nicht ein völliges Abrücken von alten Thesen war, da man dadurch die eigene Arbeit und die Kompetenz der Gesellschaft selbst disqualifiziert hätte. Was lag also näher, als jedem Land einen eigenen Weg auf dem Weg zum Sozialismus zuzugestehen und indirekt dabei durchblicken zu lassen, daß der eigenen Weg letztendlich schon weitergeführt hatte, als der, welcher von der Sowjetunion beschritten wurde und der deshalb die Reformen Gorbatschows notwendig werden ließ und die Sowjetunion als „Partner“ auf die gleiche Ebene wie die DDR zu stellen? Dieses offizielle Bekenntnis der Gesellschaft zur Freundschaft mit der Sowjetunion und der engen Verbundenheit faßte man auf der Bezirkskonferenz der DSF in Magdeburg anschaulich zusammen:

„Was heißt heute Freund der Sowjetunion zu sein? (Im Original unterstrichen)

- Freund der Sowjetunion sein heißt, sich noch aktiver einzusetzen im Kampf um die Sicherung und Erhaltung des Friedens als erste und wichtigste Freundschaftstat.

- Freund der Sowjetunion sein heißt, Inhalt, Geschichte und Traditionen der Freundschaft und Waffenbrüderschaft unserer Mitglieder, besonders der Jugend, interessant und lebendig zu vermitteln.
- Freund der Sowjetunion sein heißt, die DDR allseitig zu stärken und sich einzureihen in die Massenbewegung „Mein Arbeitsplatz - Mein Kampfplatz für den Frieden“, wobei die UdSSR unser vorrangiger Partner bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Entwicklung von Schlüsseltechnologien ist.
- Freund der Sowjetunion sein heißt, Propagierung der historischen Errungenschaften, die der Sozialismus in unseren Ländern hervorgebracht hat.
- Freund der Sowjetunion sein heißt, offensive und kompromißlose Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen des Antikommunismus und Antisowjetismus und mit allem, was unsere Freundschaft diskreditiert und untergräbt.“³⁸¹.

Hier lassen die Formulierungen schon deutlich erkennen, daß sich die vormalige Stellung der Sowjetunion als Staat mit Vorbildfunktion deutlich änderte und man nun die Sowjetunion als „Partner“ ansah, ein Begriff, welcher eine gewisse Gleichberechtigung impliziert und weiterhin davon ausging, daß die historischen Errungenschaften des Sozialismus in den betreffenden Ländern - und eben nicht mehr als System an sich- zu propagieren seien. Auch wenn in solchen Formulierungen nur feine, verbale Verschiebungen und Umformulierungen vorgenommen wurden, waren diese entscheidend, denn sie bedeuteten ein Abrücken von der bisher propagierten Linie und wurden auch von der Bevölkerung entsprechend wahrgenommen.

Immerhin war die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft klug genug, sich nicht vollständig gegen die Auseinandersetzung mit den Veränderungen in der Sowjetunion zu sperren. Auch wenn eine Diskussion um eine Übertragung von Glasnost und Perestroika auf die DDR im Rahmen der DSF vollständig unmöglich war, konnte man auf die Veränderungen in der UdSSR durchaus eingehen, besonders, da durch die Bevölkerung ein so reges Interesse zu bemerken war, und gleichzeitig versuchen, gemäß der Linie der Partei in diesen Runden zu erklären, warum diese Schritte in der Sowjetunion notwendig waren, nicht aber auf die DDR zutrafen. Eine Diskussion im eigentlichen Sinne gab es daher nicht, dies erschien den Verantwortlichen wohl zu brisant, statt dessen versuchte man, die Bevölkerung mit den alten

³⁸¹ Rede anlässlich der 14. Delegiertenkonferenz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. April 1988. Landesarchiv Magdeburg - LHA - Rep. P 73 DSF-Bezirksvorstand Magdeburg. Nr. 115.

Mustern zu Engagement in der Gesellschaft für DSF zu bewegen und gleichzeitig die Linie der Partei zu stärken.

Anlässlich der Vorbereitungen des 40. Jahrestages der DDR stellte z.B. der VEB PKM Anlagenbau Leipzig folgende Direktiven auf: Ziel der Aktivitäten der DSF-Mitglieder dieses Betriebes sollte die „Übererfüllung“ aller gestellten Aufgaben sein, vor allem jedoch das Studium und die Propagierung der Anstrengungen der Sowjetunion zur Umgestaltung des gesellschaftlichen Systems der Sowjetunion auf dem Weg zum Kommunismus. Hilfestellung dazu sollte durch die Auswertung der zur Verfügung stehenden Publikationen über das Leben in der Sowjetunion geleistet werden, dazu zählten Magazine wie „Presse der Sowjetunion“, „Sowjetfrau“, „Freie Welt“, „Sowjetunion“ und „Reisen in die UdSSR“.

Gleichzeitig wurden die Mitglieder der Gesellschaft für DSF wieder einmal explizit verpflichtet, Sondermarken in der in der Grundeinheit beschlossenen Anzahl zu erwerben, sowie an Wissenswettbewerben und der Gestaltung von Wandzeitungen mitzuarbeiten und erfüllte so die Standartanforderungen der Gesellschaft³⁸². Die Bereitschaft, über die politischen Veränderungen in der Sowjetunion und eine Übertragung des sowjetischen Modells auf die DDR mit den Mitgliedern zu diskutieren, wurde dagegen in der Vorlage nicht einmal erwähnt.

Die „Woche der DSF“ 1988

Mit der jedoch offensichtlich vorhandenen und nicht unterdrückbaren Diskussionsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung hatte der Vorstand der DSF nicht gerechnet. Die „Woche der DSF“ vom 8. bis 15. Mai 1988 bot nun der Bevölkerung der DDR das Forum zur Diskussion - auch mit sowjetischen Besuchern. Obwohl auch hier jede Maßnahme und Veranstaltung von den Vorständen genau geplant worden waren, entwickelten die DDR-Bürger ein deutliches Interesse an den Informationen über den Wandel in der Sowjetunion und man nutzte die sich bietenden Kontakte zu sowjetischen Besuchern während der organisierten Treffen und Diskussionsabende. Die Bezirksorganisation Berlin meldete dem Berliner Sekretariat der

Gesellschaft für DSF im nachhinein, daß das Interesse der Besucher beider Nationen sich nicht auf die vorgegebenen Themen beschränkt habe. So wurden z.B. von sowjetischen Touristen bei einem Treffen im Prenzlauer Berg folgende Fragen gestellt:

- „Haben die Bürger der DDR Angst davor, daß eines Tages die Sowjetarmee aus der DDR abzieht?
- Was hat man gesagt, als die Raketen abgezogen wurden?
- Aus welchem Grund stellen die Bürger der DDR Ausreiseanträge?
- Warum hält der Bus bei der Stadtrundfahrt nicht beim Brandenburger Tor?“³⁸³.

Demgegenüber waren die DDR-Bürger „vor allem daran interessiert, wie sich die seit dem XXVII. Parteitag der KPdSU eingeleitete Umgestaltung in Ergebnissen für die Bevölkerung der UdSSR“ niederschläge und welche spürbaren Veränderungen es gab“.³⁸⁴

Dieses Interesse war kein einmaliges Phänomen während der „Woche der DSF“. Die Organisation der VEB Betonwerke berichtete von ähnlichen „Vorkommnissen“. Während eines Forums im VEB Betonwerk Leipzig traten auch Lektoren der sowjetischen Botschaft auf. „Die sowjetischen Genossen erläuterten in der UdSSR entstandene Probleme und wie sie in der Verwirklichung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU einer Lösung zugeführt werden. In der Aussprache wurden dann von den Kollegen folgende Fragen gestellt:

- Warum kam die Umgestaltung in der Sowjetunion erst jetzt, wäre der Zeitpunkt nicht schon vor Jahren erforderlich gewesen?
- Welche Erfahrungen gibt es heute schon bei der Wahl von Direktoren und Leitern in den Betrieben?
- Wie wird die neue Form der Selbständigkeit der Betriebe eingeschätzt und welche Erfahrungen gibt es bereits dazu?
- Wie werden die Medien in der Sowjetunion in der Umgestaltung eingeordnet?
- Werden im Prozeß der Umgestaltung in der Sowjetunion auch bewährte Erfahrungen auf den verschiedenen Gebieten aus anderen sozialistischen Ländern genutzt?“³⁸⁵.

³⁸² Sächs. StA Leipzig, VEB PKM Anlagenbau, Lpz 2662 VEB-PKM Anlagenbau Leipzig. Arbeitsgruppe 4. Plan der Maßnahmen zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Oktober 1988. S.1.ff.

³⁸³ SAPMO, DY 32, 3020. Auswertung der Woche der DSF vom 8.-15.5.1988.

³⁸⁴ Ebd., S.1.

³⁸⁵ Ebd., S.1.

Als es nach den Vorkommnissen in der „Woche der DSF“ selbst für den Vorstand der Gesellschaft für DSF nicht mehr möglich war, die politischen Interessen der Mitgliedschaft zu ignorieren, wurde eine Sitzung der Zentralen Revisionskommission, dem Kontrollorgan des Zentralvorstandes und Organ zur Wahrnehmung der Interessen der Mitgliedschaft, mit den anderen Vorsitzenden der Revisionskommissionen der Gesellschaft für DSF einberufen, auf welcher der Vorsitzende die Haltung der Gesellschaft für DSF gegenüber den politischen Prozessen in der Sowjetunion folgendermaßen festlegte: „Es ist nochmals zu betonen, daß wir alle Aktivitäten der Umgestaltung in der Sowjetunion begrüßen und unterstützen. Aber wir sollten auch nicht verschweigen, daß wir nicht alles propagieren was jetzt in Filmen, in der Presse und auch in der Literatur veröffentlicht wird, wie dies verstärkt jetzt unsere westlichen Nachbarn und andere westliche Medien tun. Wir lassen uns in unserer Arbeit von den objektiven Leitlinien, die unsere Partei uns vermittelt, leiten.“³⁸⁶.

5.3 Der 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Der Beginn des Kongresses

Es gibt keine Hinweise, die darauf hindeuten, daß es, nachdem die „Woche der DSF“ eine so starkes Interesse der Bevölkerung an den Gorbatschowschen Reformen offenbarte, im Rahmen des 13. Kongresses wenigstens innerhalb der Vorstände der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu Diskussionen über die Haltung der DDR-Führung gegenüber der UdSSR gekommen ist. Wahrscheinlich wurden bis zu diesem Zeitpunkt Gespräche, wenn es sie in den Reihen der Gesellschaft für DSF gab, eher auf der Ebene der einfachen Mitglieder geführt, die z. B. die Bibliotheken der Häuser der DSF dazu nutzten, um Informationen über die

³⁸⁶ SAPMO, DY 32, 4408. Protokoll der Sitzung.

neuen Bewegungen in der Sowjetunion zu bekommen bzw. über die Gesellschaft für DSF Kontakt zu sowjetischen Bürgern suchten, um Informationen zu bekommen.

Diese Ignoranz der politischen Lage in der DDR durch leitende Institutionen war zu diesem Zeitpunkt allerdings kein Spezifikum, welches für die Gesellschaft für DSF allein zu beobachten wäre. Selbst die SED-Parteiführung stellte sich offensichtlich noch keiner Diskussion in den eigenen Reihen. Insofern sind Analysen über die Situation innerhalb der Gesellschaft für DSF auch nicht so sehr auf das zu stützen, was öffentlich geäußert wurde, sondern eher aus dem zu schließen, worüber eben nicht diskutiert werden konnte.

Der 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft fand am 14. und 15. Mai 1988 im Palast der Republik in Berlin statt und folgte in seinem Ablaufplan weitgehend den bewährten Mustern der vorangegangenen Kongresse.

Nach der Eröffnung durch den Präsidenten Erich Mückenberger ging man schnell zur Begrüßung der Ehrengäste und Delegierten über. Hier konnte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ihre Nähe zur herrschenden Partei demonstrieren, denn wieder war eine Delegation des Zentralkomitees der SED vertreten, außerdem eine Delegation des Ministerrates unter der Leitung des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Alfred Neumann³⁸⁷, sowie eine Delegation des Nationalrates der Nationalen Front der DDR unter der Leitung seines Präsidenten, Prof. Dr. Lothar Kolditz³⁸⁸.

Das Bild vervollständigten Delegationen der FDJ, des DFD, des Zentralkomitees der Volkssolidarität, des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR sowie die Delegationen ausländischer Institutionen, darunter des Verbandes der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland sowie der sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR. Hinzu kamen einzelne Gäste, so etwa der neue Leiter des Hauses der sowjetischen Wissenschaft und Kultur, Valeri Bykowski, der

³⁸⁷ Alfred Neumann, geb. 1909, war seit 1954 Mitglied des Politbüros des ZK der SED und 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates. In den dreißiger Jahren war er an der Seite von Karl Maron an der Organisation des illegalen Widerstands beteiligt. 1965-68 Minister für Materialwirtschaft, seit 1968 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR. Neumann trat 1989 mit dem Ministerrat zurück und schied ebenfalls aus dem Politbüro aus. 1990 wurde er aus der PDS/SED ausgeschlossen, seit 1992 wurde gegen ihn wegen „Todschlags und Körperverletzung an der innerdeutschen Grenze“ ermittelt, 1999 wurde das Verfahren eingestellt. Vgl.: Prokop, S.: Poltergeist im Politbüro. S. Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann. (Von Alfred Neumann wurde dieses Buch nicht autorisiert) Frankfurt/ Oder 1996.

³⁸⁸ Lothar Kolditz, geb. 1929, Professor der Chemie war von 1981-1989 Präsident des Nationalrates der Nationalen Front. 1986-1990 Abgeordneter der Volkskammer befindet sich seit 1992 im Ruhestand.

Außerordentliche Botschafter der UdSSR in der DDR, Wjatscheslaw Kotschemassow, der Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte in der DDR, Boris Snetkow und Generaloberst Nikolai Moissejew, der Chef der sowjetischen Politischen Verwaltung und Mitglied des Militärrates. Schließlich waren die ausländischen Schwesterorganisationen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aus Bulgarien, der Mongolei, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn mit Delegationen vertreten, und die Botschafter der Volksrepublik Kamputschea, aus Kora, Kuba, Laos und Vietnam anwesend.

Die Wahl des Zentralvorstandes

Nach der Eröffnungsrede Mückenbergers und der Begrüßung der Ehrengäste ging man auch dieses Mal schnell zur Abstimmung über, die sich nicht wesentlich von den Ablaufplänen der Vorjahre unterschied. Heinz Kuhrig übernahm als Vizepräsident die Leitung der Abstimmung. Auch hier ging man nicht davon aus, daß die vorliegende Liste des Präsidiums nicht einstimmig beschlossen werden würde, so heißt es auch hier in dem im Vorfeld geplanten „Drehbuchs“:

„Von den Bezirksdelegationen wurde ein gemeinsamer Vorschlag für die Wahl des Präsidiums unterbreitet.

Dieser Vorschlag liegt allen Delegierten vor. (...)

Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen?

Das ist nicht der Fall.

Das Präsidium unseres 13. Kongresses ist damit einstimmig gewählt³⁸⁹.

Für den gesamten Abstimmungsvorgang über Präsidium, Geschäftsordnung, Tagesordnung, die Wahl der Kommissionen, also der Mandatsprüfungskommission und der Redaktionskommission, wurden ganze 15 Minuten eingeplant, ein Hinweis darauf, daß man auch 1988 nicht mit abweichenden Reaktionen oder aufkommenden Diskussionen rechnete.

Auch diese Wahlentscheidung konnte von den Mitgliedern des Präsidiums der Gesellschaft für DSF nicht unabhängig getroffen werden, sondern wurde ,wie auch in den Jahren davor, dem Sekretariat des Politbüros der SED vorgelegt. Auch dieses Mal wurde also wieder im Vorfeld

³⁸⁹ SAPMO, DY 32, 2902. Drehbuch für die Leitung der Tagungen des 13. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 14. und 15. Mai 1988 in Berlin, S. 8. Eine Liste der Mitglieder des Präsidiums der Gesellschaft und ihre weiteren Funktionen findet sich in der Publikation des Zentralvorstands

entschieden, daß Mückenberger und Kuhrig die Positionen des Präsidenten bzw. Vizepräsidenten einnehmen sollten³⁹⁰.

Mit diesen Vorschlägen waren fast alle bisherigen Mitglieder des Präsidiums für die Wiederwahl vorgeschlagen worden, bis auf vier Mitglieder, die teils auf eigenen Wunsch bzw. aus Altersgründen aus dem Präsidium der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ausschieden.

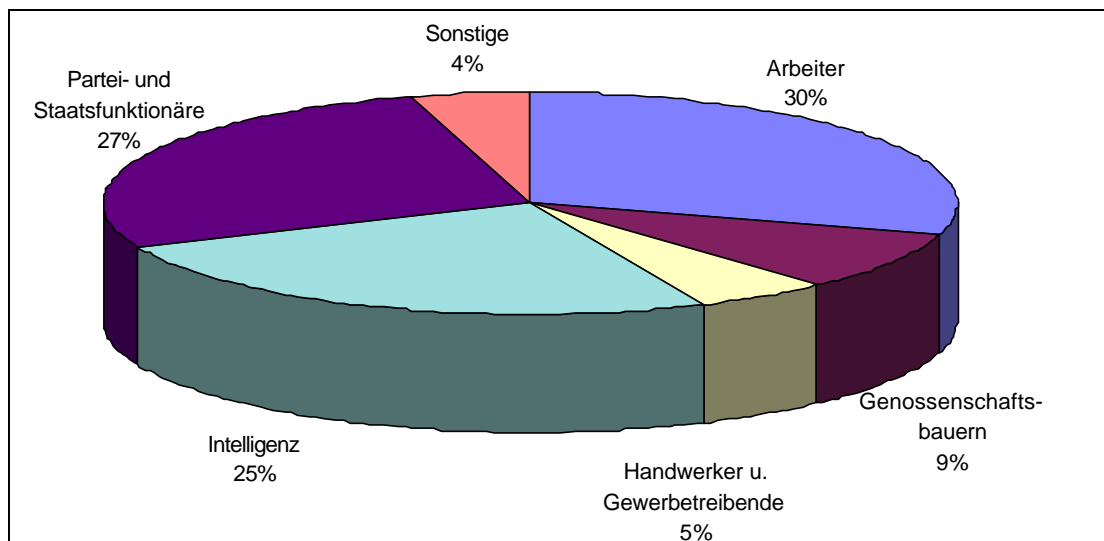
Insgesamt wurde der Zentralvorstand im Vergleich zu 1983 von 240 auf 245 Mitglieder erweitert, darunter waren 76 Frauen, 1983 waren es 70. Es ergab sich folgende soziale, parteipolitische und altersmäßige Zusammensetzung:

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten im Zentralvorstand 1988 stieg im Vergleich zur Zusammensetzung des Zentralvorstandes 1983 von 61 auf 72, die Genossenschaftsbauern wurden durch sechs zusätzliche Vertreter ergänzt (von 16 auf 22), ebenso gewannen die Freischaffenden drei Vertreter hinzu (nun 12), dagegen kamen aus den Reihen der Intelligenz drei Vertreter weniger (nun 62). Um immerhin elf Repräsentanten wurden die Vertreter der Partei- und Staatsorgane auf nun 66 gekürzt, während die Zahl der Veteranen mit elf (1983 12) konstant blieb.

der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Hrsg.): Der 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Berlin (Ost) 1988, S. 24 f.

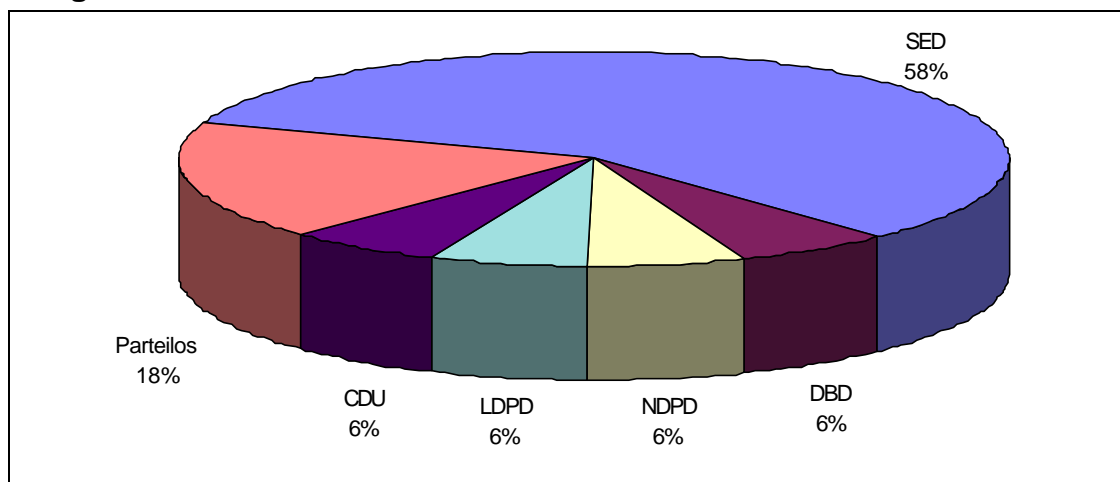
³⁹⁰ Vgl.: SAPMO DY 32/3913. Mitglieder des Zentralvorstandes DBD, CDU, LDPD, NDPD. 9 Bl. Anlage: Vorschlag für die Wahl des Präsidiums des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und seines Sekretariates auf dem 13. Kongreß.

Abbildung 7: Soziale Stellung der Mitglieder des Zentralvorstandes des 13. Kongresses der DSF



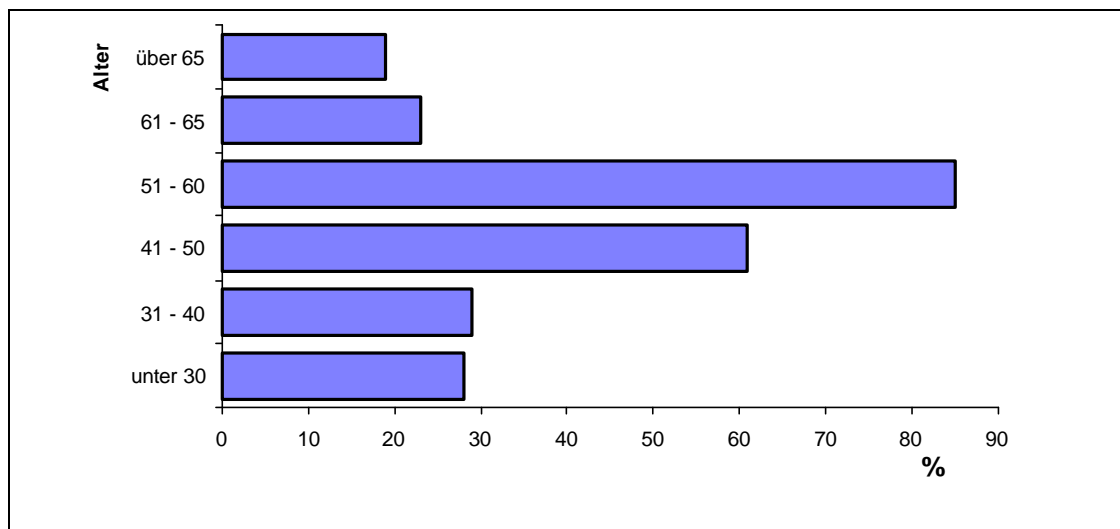
Kaum Verschiebungen gab es dagegen im Bereich der Parteizugehörigkeit, doch wurde die SED um weitere zwei Vertreter, auf nun 58%, gestärkt, während von allen anderen Parteien je 15 Vertreter vorgesehen wurden um eine Parität zu erreichen und die Zahl der Parteilosen von 41 im Jahr 1983 auf 44 im Jahr 1988 stieg.

Abbildung 8: Parteizugehörigkeit der Mitglieder des Zentralvorstandes des 13. Kongresses 1988



Auch in der Altersstruktur kam es zu Verschiebungen. Hier verringerte sich die Zahl der Vertreter bis zum 40sten Lebensjahr um insgesamt fünf, dagegen gehörten der Gruppe der 41 bis 50 Jahre alten Menschen nun 61 Mitglieder des Zentralvorstandes an, ebenso erweiterte sich die Altersgruppe der bis Sechzigjährigen um vier³⁹¹

Abbildung 9: Altersstruktur der Mitglieder des Zentralvorstandes der GDSF des 13. Kongresses 1988



Der weitere Verlauf des Kongresses

Im Anschluß an diese Abstimmungen im Rahmen des Kongresses wurde von Horst Dohlus³⁹², Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, ein Grußwort Erich Honeckers verlesen, welcher auch dieses Mal nicht persönlich anwesend war.

In diesem Grußwort ließen sich nun erstmals im großen Rahmen eines Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen den obligatorischen Lobeshymnen leise Zwischentöne erkennen, welche von dem altbewährten Muster der unverbrüchlichen Bruderbundes der DDR mit dem großen Idol Sowjetunion abwichen. Dies war nicht

³⁹¹ Alle Daten der Graphiken nach DY 32/3913. Mitglieder des Zentralvorstandes, Anlage: Statistische Übersicht über die geplante Zusammensetzung des Zentralvorstandes bei der Neuwahl auf dem 13. Kongreß Bl. 2.

unkompliziert, vor allem gegenüber einer Gesellschaft, deren Aufgabe es immer noch sein mußte, die Sowjetunion, das sowjetische System und die sowjetische Gesellschaft hervorzuheben und deren Vorzüge zu unterstreichen. So rückte Honecker in seiner Grußadresse auch nicht vollständig von diesem Bild ab, sondern schränkte es auf Teilbereiche wie etwa die Diskussion um Abrüstung und Atomwaffen oder die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit ein. Dazu kam, daß in seiner Darstellung die DDR nicht mehr dem Vorbild der Sowjetunion nacheiferte, sondern, in Anlehnung an die neu entwickelte Formel, beide Staaten als gleichberechtigte Partner an diesen Zielen gemeinsam arbeiteten. So hieß es nun in Honeckers Grußadresse: „(...) Ihr Kongreß findet in einer Zeit statt, in der sich die Bedingungen für den Kampf der Völker um den Frieden günstiger gestalten und eine reale Chance für eine Wende zum Besseren besteht. (...) Fast vier Jahrzehnte der Entwicklung der deutschen Demokratischen Republik zeugen davon, daß die ständig enger werdenden Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ein zuverlässiges Unterpfand für die erfolgreiche Gestaltung unseres sozialistischen Aufbauwerkes und für die Verteidigung der sozialen und demokratischen Errungenschaften unseres Volkes ist. Die Festigung des Bruderbundes mit der UdSSR als entscheidenden Voraussetzung für die Verwirklichung unserer Ziele, für die Stärkung des Sozialismus, die Entfaltung seiner Vorzüge und die Erhöhung seiner internationalen Ausstrahlungskraft bleibt auch künftig erstrangiges Anliegen unserer Außenpolitik. (...) Mit dem XI. Parteitag der SED und dem XXVII. Parteitag der KPdSU wurde ein qualitativ neues Niveau der allseitigen Zusammenarbeit unserer beiden Länder erreicht. Dabei nimmt die wissenschaftlich - technische Zusammenarbeit mit der UdSSR, die gemeinsame Entwicklung und Anwendung der Schlüsseltechnologien einen zentralen Platz bei der Verwirklichung unserer ökonomischen Strategie ein (...)“³⁹².

Durch diese Formulierungen war es möglich, daß die Gesellschaft für DSF einerseits dem ihr selbst gestellten Anspruch gerecht werden konnte, sich deutlich zur Sowjetunion zu bekennen, andererseits die DDR durchaus auf Distanz zur Sowjetunion gehen konnte, indem man eine „neue Qualität“ definierte, welche nun die Freundschaft zwischen beiden Staaten bestimmte und welche den Mitgliedern der Gesellschaft erläutert werden sollte:“(…) Es ist und bleibt die

³⁹² Horst Paul Dohlus, geb. 1925, war von 1960 bis 1986 Leiter der Abteilung Parteiorgane beim Zentralkomitee der SED, 1980 bis 1989 Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, ab 1986 Mitglied der Kaderkommission des Sekretariates des ZK.

ehrenvolle Verpflichtung der Freundschaftsgesellschaft, die welthistorischen Leistungen der Sowjetunion, der Hauptmacht des Sozialismus und des Friedens in der Welt, zu erläutern, hervorragende Errungenschaften auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kultur zu verbreiten und ein lebendiges Bild vom Ringen des Sowjetvolkes um die Verwirklichung des XXVII. Parteitages der KPdSU zu vermitteln. Dazu tragen auch vielfältige persönliche Begegnungen der Menschen beider Länder bei, welche die Freundschaft mit der Sowjetunion für jeden erlebbar machen. (...) Indem die Freundschaftsgesellschaft ihren Mitgliedern die grundlegende Übereinstimmung der vom XI. Parteitag der SED und vom XXVII. Parteitag der KPdSU beschlossenen Ziele erläutert und sie für die Erfüllung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED mobilisiert, leistet sie einen wichtigen Beitrag zur weiteren Festigung des Bruderbundes und der Zusammenarbeit mit dem Lande Lenins und zur Erhöhung des internationalen Ansehens des Sozialismus in der Welt“³⁹⁴.

Interessant ist es an dieser Stelle, daß Honecker darauf verwies, daß es durchaus die Aufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war, ein lebendiges Bild der Sowjetunion zu vermitteln, er aber den „Kampf des Sowjetvolkes um die Erfüllung der Vorgaben des XXVII. Parteitages der KPdSU“ offensichtlich distanziert von der Bevölkerung der DDR betrachtete und die Aufgabe der Gesellschaft für DSF darin sah, über diesen anderen Weg der Sowjetunion zwar zu berichten, ihn aber nicht zu propagieren. Gleichzeitig läßt sich feststellen, daß die Äußerungen Honeckers über den Fortschritt und die Entwicklung der Sowjetunion im Vergleich zu den vorangegangenen Kongresses weitaus weniger euphorisch und überschwänglich waren, was ein weiterer Indikator für die sich ändernde Beziehung dieser beiden Regierungen angesehen werden kann.

Diese neue Einschätzung und Interpretation des Verhältnisses wußte auch Erich Mückenberger in seinem folgenden Bericht an den 13. Kongreß aufzunehmen. Gleich zu Beginn stellte er fest, es gehe der Gesellschaft auf der Grundlage der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED um die „ständige planmäßige, allseitige Stärkung des sozialistischen Vaterlandes, um den weiteren Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, um die erfolgreiche Fortsetzung des bewährten Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes entsprechend dem Fünfjahrplan 1986 bis 1990“.

³⁹³ Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Hrsg.): Der 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 24 f.

³⁹⁴ Ebd., S. 25.

Dabei betonte er ausdrücklich, daß die Innen- und Außenpolitik der DDR von „festen und unerschütterlichen Vertrauen des Volkes zur Partei der Arbeiterklasse“ getragen werde, dem Wohl „aller Klassen und Schichten des Volkes“ diene³⁹⁵ und unterstrich so letztendlich die dominierende Rolle der SED und die vermeintliche Anerkennung ihrer führenden Rolle durch die Bevölkerung der DDR und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Gleichzeitig sah er sich im folgenden zu dem „Spagat“ gezwungen, die Freundschaftsidee zu loben und ihren Ausbau zu fordern, aber gleichzeitig den Ansprüchen der Partei gerecht zu werden und auf ihre Linie des bald überall propagierten „eigenen Weges zum Sozialismus“ einzuschwenken.

Dabei mußte er auf zwei unterschiedliche Argumentationen zurückgreifen:

Einerseits definierte er die Freundschaft, der sich die Gesellschaft verpflichtet fühlte folgendermaßen:

„- Freundschaft zur Sowjetunion heute - das schließt vor allem das gemeinsame Ringen um die Verhinderung eines atomaren Infernos, den gemeinsamen Kampf zur Herbeiführung eines sicheren Friedens auf unserem Planeten für alle Menschen ein.

- Freundschaft heute erfordert die bewußte Tat eines jeden Mitgliedes unserer Gesellschaft, ja aller Bürger unseres Landes zur weiteren Festigung der politischen Stabilität und dynamischen ökonomischen Entwicklung der DDR. Aktiv tragen wir dazu bei, den Sozialismus in unserem Lande allseitig zu stärken, weil wir aus Erfahrung wissen: Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden.

- Diese Freundschaft erfordert, im Bündnis mit der Sowjetunion und allen anderen sozialistischen Staaten die anspruchsvollen Aufgaben der wissenschaftlich - technischen Revolution zu meistern und so den Welthöchststand zu bestimmen.

- Freundschaft heute erfordert, die großen historischen Errungenschaften, die der Sozialismus in unseren Ländern hervorgebracht hat und bewährte, anwendbare Erfahrungen auszutauschen (...)³⁹⁶.

Es fällt auf, daß schon an zweiter Stelle auf eine Engagement hingewiesen wurde, welches letztendlich nichts mit den Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR zu tun hatte, sondern welches allein auf Bemühungen im eigenen Land ausgerichtet war. Dagegen betonte der dritte

³⁹⁵ alle Zitate ebd., S. 27.

³⁹⁶ Ebd., S. 30.

Punkt zwar die Errungenschaften des Sozialismus im allgemeinen, ging aber keineswegs auf eine Vorreiterrolle der Sowjetunion ein. Dabei war er sich durchaus der diffizilen Situation bewußt, welche zwischen den beiden Staaten bestand, worauf eine Bemerkung schließen läßt, welche noch im letzten Entwurf der Rede auftaucht, in der Publikation der Reden des Kongresses aber nicht mehr zu finden ist. In der Vorlage jedoch wurde noch darauf verwiesen, daß diese Aufgaben in einem schwierigen Rahmen umzusetzen seien, denn „diese Grundaufgaben zur Vertiefung unserer Freundschaft verwirklichen wir unter den veränderten und komplizierten internationalen Bedingungen von heute“³⁹⁷.

Andererseits ging Mückenberger durchaus auf die sich ändernden Verhältnisse in beiden Staaten ein. Er erkannte an, daß „der Bruderbund mit der Sowjetunion auf der gemeinsamen sozialistischen Gesellschaftsordnung und Ideologie, auf übereinstimmenden politischen und ökonomischen Zielen, auf Einmütigkeit in den grundlegenden Fragen der Zeit“ basiere, dennoch habe sich aber die folgende Erkenntnis vertieft:

„Beim Aufbau des Sozialismus sind der jeweilige Entwicklungsstand eines jeden Landes, seine spezifischen historischen und nationalen Bedingungen zu berücksichtigen. Jede Bruderpartei, jedes sozialistische Land beschreitet die seinen konkreten Erfordernissen entsprechenden Wege, nutzt jene Methoden, die dem Wohl des eigenen Volkes dienen und zur Stärkung des Weltsozialismus beitragen, ihn immer attraktiver und anziehender zu gestalten“. Dabei sei es - so Mückenberger- selbstverständlich, daß die DDR die Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder beim Aufbau des Sozialismus in Betracht ziehe, jedoch könne es sich dabei nicht um eine bloße Kopie des sowjetischen Modells handeln. Auf diese Weise sei es für die sozialistische Länder möglich, gemeinsam eine höhere Stufe des Sozialismus zu erreichen und Gemeinsamkeiten ihrer Entwicklung auf qualitativ höherem Niveau auszuprägen. Mückenberger erläuterte weiter: „Die Erfüllung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU verfolgen und unterstützen unsere Mitglieder mit großem Interesse und solidarischer Sympathie. (...) Die von der KPdSU angepackten Probleme zur Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung und die sich daraus ergebenden vielfältigen Maßnahmen zur Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens in der Sowjetunion mit dem Ziel, das materielle und kulturelle Lebensniveau des Sowjetvolkes zu heben, findet nicht nur unsere Bewunderung, sondern unsere

³⁹⁷ SAPMO, DY 32, 3739. Entwurf des Berichtes an den 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 31.3.1989, S. 10.

volle Unterstützung. Das wird den Sozialismus in der Sowjetunion stärken und den Frieden in der Welt sicherer machen. Unser Volk wird durch die Erfüllung der Beschlüsse der XI. Parteitag und durch die weitere Vertiefung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR dazu auch weiterhin seinen Beitrag leisten“³⁹⁸.

Hier drückt sich deutlich das Abrücken der Gesellschaft für DSF von den bisher auf ihren Kongressen der Sowjetunion zugestanden Rolle aus, nach denen man davon ausging, daß der Gesellschaft der UdSSR eine Vorreiterrolle in Bezug auf die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zukam und die DDR ihr dementsprechend eine Vorbildfunktion zugestand. Damit adaptierte auch das Präsidium der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft selbstverständlich die Version der SED über den eigenen Weg eines jeden Landes zum Sozialismus und stellte es beinahe so dar, als ob man fast mit „väterlicher Güte“ auf den eigenen Entwicklungsweg des ehemaligen Vorbildlandes heruntersah.

Selbst die sich an die Vorträge anschließende sogenannte „Diskussion“ war alles andere als eine unabhängige, freie Diskussion. Auch hier waren die Beiträge sowie die Referenten bekannt und ihre Reihenfolge im Vorfeld festgelegt worden³⁹⁹. Dies ist vor allem darum interessant, da es sich im Rahmen der „Woche der DSF“ vom 8. bis 15. Mai 1988 durchaus zeigte, daß an der Basis der GDSF geradezu Diskussionsbedarf um unbeantwortete Fragen zu den Reformen in der Sowjetunion bestand und diese Fragen durchaus kritischen Inhaltes waren, jedoch wurde dies auf der obersten Ebene der Gesellschaft geflissentlich ignoriert.

Immerhin konnte die Gesellschaft auf eine, den Zahlen nach, erfolgreiche Arbeit zurückblicken. So hatte sich die Anzahl der „Kollektive DSF“ seit dem 12. Kongreß in allen Bezirken erhöht und war insgesamt von 119662 auf 196289 gestiegen. Die Gesellschaft verfügte damit offiziell über gut 6,3 Millionen Mitglieder. Diese waren in 56274 Grundeinheiten bzw. Abteilungsgruppen mit über 245000 DSF-Gruppen organisiert, annähernd ein Fünftel der Mitglieder waren Jugendliche. Mit etwa 22000 Veranstaltungen und 1,8 Millionen Besucher jährlich konnte sie schließlich auf eine große Aktivität verweisen⁴⁰⁰.

³⁹⁸ Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Hrsg.): Der 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O., S. 31 ff.

³⁹⁹ Vgl. SAPMO, DY 32/2902 Drehbuch für die Leitung der Tagungen des 13. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 14. Und 15.5.1988 in Berlin. Bl. 1-38.

⁴⁰⁰ Vgl. Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Hrsg.): Der 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. A.a.O.; 42 ff.

5.4. Konflikte durch verschärfte Zensur

Eingriffe in das Pressewesen

Die neuen politischen Veränderungen gestalteten sich auch für die Medienwelt der DDR problematisch.

Dies betraf ebenfalls die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, welche Aktivitäten und Kongreß- bzw. Veranstaltungsberichte vor allem über die Beilage „Für den Funktionär“ des Magazins „Presse der Sowjetunion“ publizierte.

Hinweise auf ein gespanntes Verhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion finden sich schon 1987. Am 20. Januar 1987 beispielsweise hatte ein Treffen zwischen Dobrynin, dem KPdSU-ZK Sekretär für internationale Angelegenheiten, und Honecker stattgefunden und die daran anschließende Meldung im „Neuen Deutschland“ war insofern auffallend, als daß ein sonst üblicher Hinweis auf das Gesprächsklima unterblieb⁴⁰¹.

Ein von Gorbatschow anlässlich der Tagung der für „internationale und ideologische Fragen“ der zuständigen ZK-Sekretäre sozialistischer Staaten am 22. und 23. Januar 1987 gehaltene Referat wurde um wesentliche Passagen gekürzt veröffentlicht⁴⁰². Die Partei entwickelte eine Strategie des Verschweigens, um nicht von ihrem Kurs abweichen zu müssen. Süß spricht in diesem Zusammenhang davon, daß die Partei entgegen der offenen Polemik während der Polenkrise nun den Weg einer „Stellvertreterauseinandersetzung“ ging, die bis in das Jahr 1989 praktiziert wurde⁴⁰³.

⁴⁰¹ Vgl. Neues Deutschland vom 21. Januar 1987, S.5.

⁴⁰² Vgl. Neues Deutschland vom 24./25. Januar 1987, S.3.

⁴⁰³ Vgl. Süß, W.: Die DDR und ihre Blockführungsmacht. Berlin 1994, S. 204 ff.; ders.: „Zum Verhältnis von SED und Staatssicherheit“. In: Herbst, A, Ranke, W. und Winkler, J. (Hrsg.): Die SED. Geschichte - Organisation - Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997.

Für die zweite Jahreshälfte 1987 lassen sich offensichtliche Restriktionen der SED festmachen. So beschloß das Politbüro schon 1987, daß „Reden von Genossen der KPdSU(...) in der Zukunft auszugsweise oder zusammengefaßt“ zu veröffentlichen seien⁴⁰⁴.

Gleichzeitig setzte in der Sowjetunion, möglich durch „Glasnost“ und bedingt durch die Suche nach den Ursachen der wirtschaftlichen Krise, eine intensive Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte statt. Bisher tabuisierte Themen besonders der Stalin-Ära wurden von sowjetischen Wissenschaftlern kontrovers diskutiert und in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht. Der zur Beschreibung dieses Aufarbeitungsprozesses übernommene Begriff „weiße Flecken“ entwickelte sich im historischen Spektrum besonders in den sozialistischen Ländern zum Synonym für „Perestroika“⁴⁰⁵.

Dies galt allerdings keineswegs im gleichen Ausmaß für die DDR. Noch im Sommer 1988 sollte Kurt Hager erklären, daß es für die SED und die Historiker der DDR keinen Grund gebe, „eine Suche nach weißen Flecken zu unternehmen“⁴⁰⁶. Dies betraf die Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erheblich, denn immerhin war die Berichterstattung über Kultur und Geschichte der Sowjetunion offiziell eine ihrer Hauptaufgaben. Damit befand sich die Gesellschaft in dem Dilemma, daß sie nicht in der Lage war, uneingeschränkt über die neuen Forschungsergebnisse sowjetischer Historiker berichten zu können, ohne gegen die Interessen der SED zu arbeiten, der ihrerseits nicht daran gelegen war, die neuen Erkenntnisse der sowjetischen Geschichte publik zu machen. Der Vorstand der Gesellschaft für DSF teilte im Februar 1988 der SSOD, also der Nachfolgeorganisation der VOKS, in Moskau mit, daß die Grundlage für die Darstellung der damaligen politischen Entwicklung in der Sowjetunion „die entsprechenden Ausführungen in der Rede des Genossen Honecker vom 12. Februar 1988“ bildeten und stellte sich so eindeutig hinter die Partei bzw. die Vorgaben Honeckers⁴⁰⁷.

Auch hier verschloß die SED ihre Augen vor den offensichtlichen Bedürfnissen innerhalb der eigenen Bevölkerung. Von dieser wurde der aufklärerische Trend der Sowjetunion begrüßt und unterstützt, dies zeigt sich deutlich in Briefen, welche von Mitgliedern der Gesellschaft für DSF an den Zentralvorstand bzw. an Mückenberger oder sein Sekretariat geschrieben wurden und in

⁴⁰⁴ SAPMO, ZPA, 2/2.039/282.

⁴⁰⁵ Vgl. Weber, H.: „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. Frankfurt/Main 1990; Ritter, R.: „Die Geschichte mit den weißen Flecken. Wie man mit Geschichtsbüchern Tagespolitik macht“. In: Die Wahrheit vom 25.5.1989;

⁴⁰⁶ Vgl. Neues Deutschland vom 10. Juni 1988, S. 2.

⁴⁰⁷ GARF Moskau, Fonds 9576, opis'20(2), delo 5847, S. 26-31, hier S. 29.

denen um die Unterstützung bei Reisen in die Sowjetunion oder bei der Beschaffung von Informationsmaterialien gebeten wurde. Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang, daß solche Briefe auch schon vor dem Verbot des „Sputnik“ beim Vorstand der Gesellschaft für DSF eingingen, ein Indikator dafür, daß das Interesse an den sowjetischen Reformen und der Wunsch nach Informationen in der DDR-Bevölkerung also schon Mitte 1987 stark zunahm. Letztendlich war die SED noch zu diesem Zeitpunkt in der Lage, alle Presseerzeugnisse und die Journalisten der DDR zu kontrollieren.

In der DDR gab es eine Vielzahl von Druckerzeugnissen: Mit einer Auflagenhöhe von 9,7 Millionen Exemplaren der 39 Tageszeitungen betrug der Pro-Kopf Bezug 583 Exemplare je tausend Einwohner. Insgesamt wurden 1988 1812 verschiedene Presseerzeugnisse, darunter 39 Tageszeitungen, 667 Betriebszeitungen der SED, 508 Zeitschriften, 176 Mitteilungsblätter, vier Kreiszeitungen, 354 regionale Mitteilungsblätter sowie 34 Wochenzeitschriften herausgegeben⁴⁰⁸.

Es gab zwar niemals in der DDR eine offizielle Zensur wie beispielsweise in der Sowjetunion oder in Polen - lediglich kurz nach dem Krieg wurde durch die sowjetische Besatzungsmacht in der DDR eine wirksame Pressezensur ausgeübt - an deren Stelle, und vielleicht viel wirksamer, gab es jedoch ein verschlungenes Geflecht von „Empfehlungen“, welche vom SED-Zentralratskomitee gegeben wurden und an welche resolute Eingriffe in die redaktionelle Freiheit der Zeitungen, Zeitschriften und Magazine gebunden waren.

Auch die Journalistenausbildung unterlag staatlichen Reglementierungen. Zwei Drittel der Journalisten „durchliefen in ihrem Berufsweg die als „Rotes Kloster“ bekannte Sektion Journalistik an der Karl-Marx-Universität in Leipzig“⁴⁰⁹. Die Zulassung zum Studium erhielt jedoch nur, wer sich durch gesellschaftliche Aktivitäten im Sinne der SED ausgezeichnet hatte. Die Anwendung der die Presse- und Medienfreiheit einschränkenden verfassungs- und strafrechtlichen Normen lag im Belieben der Parteiführung. Schon ihre, durchaus beabsichtigte, erschreckende Wirkung zeigte bei der Disziplinierung der meisten Journalisten den

⁴⁰⁸ Glaab, M.: „Medien“. In: Weidenfeld, W. und Korte, K.-R. (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Einheit. Frankfurt/Main und New York 1993, S. 467.

⁴⁰⁹ Glaab, M.: „Medien“. In: Weidenfeld, W. und Korte, K.-R. (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Einheit. A.a.O., S. 467.

erwünschten Erfolg; die Allgegenwart des MfS im unmittelbaren Umfeld der Presse dürfte dabei das Mitläufertum vieler Journalisten maßgeblich beeinflusst haben⁴¹⁰.

Der Druck auf die Journalisten, u.U. ihre berufliche Karriere aufs Spiel zu setzen, machte eine Vorzensur überflüssig, denn die „Schere im Kopf“ war wirksam genug und selbst vermeintliche Freiräume innerhalb der DDR-Medienlandschaft stellen sich der heutigen Forschung als durchaus beabsichtigt dar und lassen Parallelen zu den Methoden der Medienlenkung des 3. Reiches erkennen⁴¹¹.

Die „staatliche Öffentlichkeitsarbeit“ fungierte indessen als Koordinator des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates und war dabei gleichzeitig und unmittelbar auch für die Lenkung der „Blockpartei- und Kirchenpresse“ zuständig. Außerdem unterlag das Presseamt der Anleitung der Agitationsabteilung und der Agitationskommissionen im SED-Zentralkomitee, war also eng an die SED gebunden. Ebenso verhielt es sich mit der Nachrichtenagentur ADN und den staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen als nachgeordnete Institutionen des Ministerrates, die der Weisungsbefugnis des SED-Zentralkomitees unterstanden, welche häufig von Honecker selber ausgeübt wurde.

Damit war letztendlich die Zuständigkeit des Postministers auf die Organisation des Zeitungsvertriebs und der Bereitstellung und Betreuung der Technik beim Hörfunk und Fernsehen beschränkt. So erfuhr er im November 1988 auch erst aus den Medien von der, angeblich von ihm verfaßten, Streichung des sowjetischen Magazins „Sputnik“ von der Postzeitungsliste.

Für die Lizenzvergabe aller Presseerzeugnisse, die Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien, die genaue Registrierung des Imports dienstlich benötigter westlicher Druckerzeugnisse, die Redaktion der Monatszeitschrift „Presse der Sowjetunion“ (PdSU) und

⁴¹⁰ Vgl. Holzweißig, G.: Zensur ohne Zensor. A.a.O., S. 219. Zum Umgang der Staatsmacht der DDR mit den Medien vgl. u.a.: Bachmann, R.: Ich bin der Herr. Und wer bist Du? Ein deutsches Journalistenleben. Berlin 1995; Bürger, U. (Pseudonym): Das sagen wir natürlich so nicht! Donnerstags - Argus bei Herrn Geggel. Berlin 1990; Geppert, D.: Das „Manifest der Opposition“ und die Schließung des Ost - Berliner „Spiegel“-Büros im Januar 1978. Berlin 1996; Fricke, K. W.: Akteneinsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauk. Berlin 1995; Geserik, R.: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik im der DDR. München 1989; Geserik, R. und Kutsch, A. (Hrsg.): Publizistik und Journalismus in der DDR. Acht Beiträge zum Gedenken an Elisabeth Löckenhoff, München u.a. 1988; Hacker, J.: Deutsche Irrtümer. Schönfärberei und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen. Frankfurt a.M. und Berlin 1994; Holzweißig, G.: Massenmedien in der DDR. Berlin 1989; ders.: DDR-Presse unter Parteikontrolle. Kommentierte Dokumentation. Analysen und Berichte des gesamtdeutschen Institutes Nr.3; Bonn 1991; Minolz, M. und Stirnberg, U.: Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN). Gute Nachrichten für die SED. München 1995; Riedel, H.: (Hrsg.) Mit uns zieht die neue Zeit. ...40 Jahre DDR-Medien. Berlin 1993.

die Anleitung der Blockpartei- und Kirchenzeitungen war das Presseamt zuständig und dadurch der Vorsitzende des Ministerrates. Wie stark die Abhängigkeit der „freien Medien“ in der DDR war, macht ein Beispiel deutlich. Holzweißig berichtet „selbst Routinemeldungen, wie beispielsweise die alljährliche Ankündigung über den Beginn der Sommerzeit, bedurften der engen und zeitraubenden Abstimmung sowohl mit den verantwortlichen Ministerien als auch mit der Agitationsbürokratie beziehungsweise anderen jeweils fachlich zuständigen Abteilungen des SED-Zentralkomitees“⁴¹².

Doch die Eingriffe der SED in das Pressewesen beschränkten sich nicht allein auf die Kürzung bzw. Zusammenfassung wichtiger Reden u.a.. Schon Anfang 1988 hatte das SED-Zentralkomitee die Auslieferung von drei Ausgaben der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ aufgrund einiger darin abgedruckter Auszüge aus einem kritischen Stück des sowjetischen Autors Michael Schatrow unterbunden, nachdem man im Politbüro festgestellt hatte: „Unserer Meinung nach entstellt und verfälscht dieses Stück die Geschichte der Oktoberrevolution und der siebenzig Jahre UdSSR (...) Es geht vielmehr darum, daß solche Veröffentlichungen bei dem breiten Leserkreis der Zeitschrift „Neue Zeit“ in der DDR selbstverständlich Entrüstung und Fragen hervorrufen. (...) Damit würden wir veranlaßt, gegen diese Publikationen öffentlich Stellung zu nehmen. Polemiken mit sowjetischen Autoren und Medien liegen keineswegs in unserem Interesse. Man muß stets auch berücksichtigen, daß solche Veröffentlichungen sofort vom imperialistischen Gegner für seine Hetzkampagnen ausgenutzt werden (...). Deshalb werden wir die Verbreitung solcher grundfalscher, schädlicher Auffassungen in den deutschsprachigen Ausgaben sowjetischer Publikationen nicht zulassen.“⁴¹³.

Kurz davor waren schon stillschweigend die „Budapester Rundschau“ und die „Prager Volkszeitung“ auf den Index gekommen, „doch erst die kraftmeierische Pose des öffentlich verkündeten Verbotes einer Publikation aus der UdSSR, verbunden mit der duckmäuserischen Verlogenheit des äußeren Form seiner Bekanntmachung, löste den Proteststurm aus“⁴¹⁴. Dagegen wurde es von der breiten Öffentlichkeit erst kaum zur Kenntnis genommen, daß manche neue Publikationen von vornherein nicht in die Postzeitungsvertriebsliste Aufnahme fanden, wie z.B.

⁴¹¹ Vgl. Holzweißig, G.: Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur. Bonn 1997.

⁴¹² Holzweißig, G.: Zensur ohne Zensor. A.a.O., S. 76.

⁴¹³ SAPMO, ZPA IIV, 2/2/2257.

⁴¹⁴ Wollé, S.: Die heile Welt der Diktatur. A.a.O., S. 295.

die Zeitschrift „Mitteilungen des ZK der KPdSU“, deren erste Ausgabe im Januar 1989 in Moskau erschien⁴¹⁵.

Die parteikonforme Linie wurde auch in der „Presse der Sowjetunion“ und der von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft herausgegebenen Beilage „Für den Funktionär“ umgesetzt. In der Arbeitsplanung der Redaktion der Beilage für das 2. Halbjahr 1988 wurde die Schwerpunkte für die inhaltliche Gestaltung folgendermaßen festgelegt: „Im Mittelpunkt der inhaltlichen Gestaltung der Beilage insgesamt wie jeder einzelnen Ausgabe steht die Auswertung und Verwirklichung der Beschlüsse des 13. Kongresses der Gesellschaft für DSF im untrennbaren Zusammenhang mit der langfristigen Vorbereitung des vierzigsten Jahrestages der DDR. Die Themen der Beilagen basieren auf den Arbeitsschwerpunkten des Präsidiums des Zentralvorstandes und seines Sekretariates für den Zeitraum bis Ende 1988, deren Inhalt von der Aufgabenstellung des 13. Kongresses bestimmt wird“⁴¹⁶. Besonderes Gewicht sei dabei auf den Abdruck der Materialien vor allem des 13. Kongresses sowie der Beschlusserklärung, der Unterstützung und gründlichen Auswertung der Beschlüsse des 13. Kongresses und der Organisierung einer breiten Bewegung zur allseitigen Vorbereitung des vierzigsten Jahrestages der DDR, vor allem durch die Grundeinheiten, zu legen⁴¹⁷. In diesen Zusammenhang sei schließlich auch die politische und organisatorische Vorbereitung der Mitgliederversammlungen in den Grundeinheiten einzubetten.

Am wichtigsten erschien es aber nun, daß „(...) in der Beilage (...) stärker als bisher verdeutlicht (wird, K.K.), daß die Gesellschaft für DSF als treuer Helfer und Kampfgefährte der Partei der Arbeiterklasse zugleich Bürger aller Klassen und Schichten vereint.“⁴¹⁸.

⁴¹⁵ Zur Veröffentlichung der ersten Ausgabe der Zeitschrift „Iswestija ZK KPSS“ vgl. „Sowjetwissenschaft“ - Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin 4/1989, S. 436 ff.

⁴¹⁶ SAPMO, DY 32,3474. Arbeitsplanung der Redaktion „Für den Funktionär“. 2. Halbjahr 1988. S. 1.

⁴¹⁷ Vgl. ebd., S. 1.

⁴¹⁸ Ebd., S. 2.

Fallbeispiele: Reaktionen der DSF-Mitglieder auf die Eingriffe in das Pressewesen

Nicht nur die unmittelbaren Verbote sowjetischer Presseerzeugnisse und sowjetischer Filme, sondern vor allem der steigende Bedarf an Informationen über die Sowjetunion führten bei der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft schon seit dem Frühjahr 1988 zu einem starken Anstieg an Briefen von Mitgliedern, die sich über diese Situation beim Vorstand der Gesellschaft bzw. deren Präsidenten beschwerten.

Interessant ist es, daß sich Ton und Qualität der Eingaben deutlich von denen früherer Eingaben unterscheiden, in welchen es vor allem um Vorschläge für Ehrungen u.ä. ging.

Die folgenden Fallbeispiele können nur einen kurzen Einblick geben, worum es in den Eingaben dieser Zeit ging, doch spiegeln sie deutlich die kritischen Tendenzen in der Bevölkerung wider und hätten in dieser Form eine Warnung für den Vorstand der DSF sein können.

Der „Fall“ Calek

Klaus Calek wandte sich in einem Brief aus Moskau als „objektiverer Beobachter“ am 21. Mai 1988 an den Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Mückenberger, um diesen auf „Informationsdefizite“ aufmerksam zu machen, die er in der Berichterstattung der ostdeutschen Medien feststellte. Calek war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der DSF, studierte chemische Technologie in Moskau, und lernte so die Veränderungen durch „Glasnost“ und „Perestroika“ von der „anderen Seite“ kennen.

In Caleks Brief hieß es: „ (...) Sicherlich wird es für Dich ungewöhnlich sein, daß Dir ein Student schreibt. So ist auch der Grund meines Briefes eine ungewöhnliche Besorgnis nach dem Studium der ND-Berichterstattung über den kürzlich beendeten 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Du wirst mir sicherlich zustimmen, daß Bürger der DDR, die sich aus dienstlichen Gründen in der UdSSR aufhalten, einen besonders gründlichen und objektiven Einblick in die gesellschaftlichen Verhältnisse und die politische Atmosphäre

des Freundeslandes bekommen. Leider aber, und hier empfinde ich zuallererst Besorgnis, zeigt sich in aller Deutlichkeit der Fakt, daß die in der DDR erworbenen Kenntnisse, das Bild über das Freundesland Sowjetunion, mit den tatsächlichen Bedingungen und Sachlagen einen Gegensatz bildet. (...).

Seit die großen revolutionären Umgestaltungen in der Sowjetunion, die allein mit dem schlichten Wort „Perestroika“ nicht erschöpfend charakterisiert werden können, begonnen haben, ist das Interesse der Bürger unseres Landes, mehr über die konkreten Bedingungen und das Herangehen der sowjetischen Menschen an diese historisch kolossale Aufgabe zu erfahren, sprunghaft gestiegen. Warum geht man in der DDR darauf ungenügend ein? Warum überlassen wir es dem Klassengegner, die Informationslücken unserer Menschen über die Ereignisse in der Sowjetunion auf seinen Weise zu schließen? Warum wird beim DDR-Bürger eine Unfähigkeit der realen Betrachtung der verschiedenen Prozesse vorausgesetzt?“⁴¹⁹.

Immerhin verschwand der Brief nicht in der Ablage der Verwaltung des Zentralvorstandes, sondern Mückenberger wandte sich persönlich an die Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der SED mit der Bitte, mit dem jungen Studenten in Moskau ein persönliches Gespräch zu führen. Dabei betonte er, man finde es zwar grundsätzlich gut, daß „der junge Genosse frei und offen schreibt“⁴²⁰, was ihm auffalle, doch offensichtlich nahm man den Brief so ernst, daß ein persönliches Gespräch mit Parteifunktionären einem Brief vorgezogen wurde. Mückenberger betonte ausdrücklich, daß er es für erforderlich halte, Caleks Fragen in einem persönlichen Gespräch in seiner Parteiorganisation in Moskau ausdiskutieren. Er bitte darum, so hieß es in dem Schreiben an die entsprechende Stelle, „daß ihm die Genossen der Moskauer Parteiorganisation geduldig, überzeugend und mit Takt auf der Grundlage unserer Stellungnahme zur KPdSU und zur Sowjetunion, wie sie auf dem 13. Kongreß und auf der sechsten Tagung des ZK der SED erneut zum Ausdruck kam, die erforderlichen Antworten geben. Vielleicht kann auch die Botschaft dabei behilflich sein.“⁴²¹. Hier zeigt sich, wie weitgehend die Gesellschaft für DSF den Einfluß auf ihre Mitglieder durchsetzen wollte. Als Antwort auf einen doch relativ harmlosen Brief wurde nicht nur der ganze Apparat in Bewegung gesetzt, der dann die Moskauer Parteiorganisation der DDR einschaltete, sondern es wurde sogar in Erwägung gezogen, die deutsche Botschaft in Moskau

⁴¹⁹ SAPMO, DY 32/3265. Eingaben an den Vorstand

⁴²⁰ Ebd., Bl. 1.

⁴²¹ Ebd., Bl. 3.

mit hinzuzuziehen. Die Begründung für eine solche doch recht harsche Reaktion lieferte Mückenberger in dem Schreiben gleich mit: „Gerade unsere in der Sowjetunion tätigen und studierenden Genossen müssen unsere Politik besonders gut kennen, um sie überzeugend zu vertreten.“⁴²².

Der „Fall“ Rasch

Am 5. Juli 1988 erhielt die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einen an ihren Präsidenten gerichteten Brief folgenden Inhalts von Jürgen Rasch⁴²³ aus Dresden:

„Sehr geehrter Genosse Mückenberger!

Durch die Veröffentlichung im Neuen Deutschland vom 30. Juni 1988 über die Präsidiumstagung des DSF-Zentralvorstandes fühle ich mich zu diesem Brief provoziert. Es ist ein unerhörter Vorgang, daß das Präsidium des DSF Zentralvorstandes einen Tag nach der die ganze Welt bewegende Rede des Generalsekretärs der KPdSU, welche die revolutionäre Erneuerung der SU analysiert und damit nicht nur diesem Land völlig neue Perspektiven bietet, dieses Ereignis völlig ignoriert. Als Vorsitzender der DSF-Grundeinheit einer Dresdener Hochschule kann ich Ihnen versichern, daß Sie sich hiermit im Gegensatz befinden zu den Gedanken und Gefühlen der Mehrheit der DSF-Mitglieder. (...) Ich will damit keinesfalls sagen, daß die Friedenspolitik der KPdSU nicht breiteste Zustimmung bei den Bürgern finde. Es liegt aber wohl auf der Hand, daß die jüngsten Durchbrüche auf dem Weg zu mehr Sicherheit insbesondere auch mit wachsendem Vertrauen zur Sowjetunion verbunden sind. Dieses wiederum ist m.E. in erster Linie Resultat der energischen Politik der Umgestaltung unter Führung M.S. Gorbatschows. Wenn heute in der Sowjetunion neue gesellschaftliche Perspektiven erstritten werden, so knüpfen sich daran auch Hoffnungen vieler Bürger in der

⁴²² Ebd., Aufgrund der berentzen Informationen in den Akten war es der Autorin nicht möglich, Calek ausfindig zu machen. Daher ist es unmöglich, an dieser Stelle Angaben darüber zu machen, ob und in welcher Form ein Gespräch dann tatsächlich erfolgte.

⁴²³ Jürgen Rasch arbeitete zu diesem Zeitpunkt als Dozent an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden, hatte jedoch neben seinem Amt als Vorsitzender der Grundeinheit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an der Hochschule für Bildenden Künste keine offizielle, politische Funktion. Auf seine Bitte hin verzichtet die Autorin auf die Darstellung seiner Biographie.

DDR. (...) Wenn sich gerade in der jetzigen Situation die offizielle Führung der DDR, das Präsidium des DSF-Zentralvorstandes eingeschlossen, vom Kurs der KPdSU distanziert, so kann ich nur mit aller Deutlichkeit mein Mißfallen zu dieser Haltung ausdrücken. (...)⁴²⁴.

Der Vorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft reagierte schnell auf diese Eingabe.

Am 6. Juli 1988 wurde der erste Sekretär des Bezirksvorstandes Dresden beauftragt, mit dem kritischen Mitglied ein persönliches Gespräch zu führen und den Zentralvorstand anschließend über den Ausgang desselben zu informieren. Auch der „Betroffene“ selber wurde von dieser Maßnahme in Kenntnis gesetzt. Er erhielt einen neutralen Brief, welcher nur über das eingeleitete Prozedere informierte und ziemlich kurz gefaßt war. Diese unpersönliche Mitteilung ist offensichtlich schon vorab telephonisch mit dem Sekretär des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für DSF, Klaus Kranke, abgesprochen worden. In einem Schreiben des Sekretariates vom 11. Juli an Kranke, welchem eine Kopie des Briefes von J. Rasch beigelegt wurde, heißt es: “Anbei übersende ich Dir die Eingabe des Genossen Rasch und unsere Antwort wie abgesprochen. Du möchtest das Gespräch mit dem Parteisekretär und dem Genossen Rasch gemeinsam führen. Bitte informiere anschließend.”⁴²⁵.

Die Brisanz dieses Briefes wurde offenbar so hoch eingeschätzt, daß sogar der Parteisekretär zu diesem Gespräch gebeten wurde. Dieses wurde auch schon eine Woche später, am 19. Juli 1988 geführt. Anwesend waren dabei Kranke als Vertreter der DSF, Schwabe, von der Abteilung Kultur der Bezirksleitung der SED Dresden, und Rasch. Das zu dieser Sitzung angefertigte Protokoll erwähnt außerdem, daß zusätzlich noch ein Mitglied der Parteileitung der Hochschule für Bildende Künste, Teichmann, an dem Gespräch teilnehmen sollte, diesem aber ohne Angaben von Gründen fernblieb⁴²⁶. Wie sich offensichtlich später herausstellte, handelte es sich - laut Rasch - bei dieser Person wohl um einen Mitarbeiter der Staatssicherheit⁴²⁷. In dem Gespräch wurde die Linie der DDR-Parteiführung dem Eingabeverfasser erneut dargelegt und man versuchte, seine Argumente mit Zitaten aus Reden von Honecker und anderen zu widerlegen. Der Text der in Anschluß an dieses Gespräch erstellten Aktennotiz spricht letztendlich für sich:

⁴²⁴ Ebd., Bl. 2.

⁴²⁵ Ebd., Bl. 3.

⁴²⁶ SAPMO, DY 32,3265. Aktennotiz zum Ergebnis der Aussprache mit J. Rasch.

„In einem parteilichen und ausführlichen Gespräch wurden Genossen Rasch auf der Grundlage von Reden des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED, des Referates von Genossen Erich Mückenberger, Präsident der Gesellschaft für DSF, auf dem 13. Kongreß sowie dessen Beschlüsse, des Grußes des ZK der SED an die XIX. Unionsparteienkonferenz der KPdSU und des dazu im „Neuen Deutschland“ am 8. Juli 1988 veröffentlichten Kommentars sowie des Inhalts der Präsidiumstagung des DSF-Zentralvorstandes vom 29. Juni 1988 die grundsätzlichen Positionen der SED, der DDR und unserer Freundschaftsgesellschaft zur UdSSR, zu den Beschlüssen des XXVII. Parteitages der KPdSU und damit zur Umgestaltung erläutert und nachgewiesen.

Anhand von Originalzitate aus Dokumenten der Partei und des 13. Kongresses sowie der Erläuterung der Tatsachen des Lebens erkannte Genosse Rasch im Verlauf des Gesprächs, daß seine unparteilichen und falschen Schlußfolgerungen bzw. Unterstellungen von ihm selbst durch ungenügendes schöpferisches Studium der verfügbaren Dokumente und undialektische Verabsolutierung von „Eindrücken“ und „Empfindungen“ ausgingen. Die schwerwiegenden Anwürfe und Unterstellungen mußten deshalb im Gespräch zurückgewiesen werden, was Genosse Rasch ebenfalls als richtig und notwendig verstand.“⁴²⁸.

Des weiteren bot man Rasch bei der Beantwortung weiterer Fragen die „Hilfe“ der Gesellschaft an. Schwabe gab Rasch außerdem Empfehlungen für die Bildung und Verbreitung von „parteilichen Positionen“ und Argumenten mit den Möglichkeiten der Partearbeit an der Hochschule, an der Rasch tätig war. Zusammenfassend wurde schließlich festgestellt, Rasch habe seine Meinungen nur „mosaikhaft“ zusammengetragen und diese letztendlich zu einem falschen Bild zusammengesetzt.

Rasch erinnert sich, daß das „klärende“ Gespräch in gelöster Atmosphäre und ohne besonderen Druck geführt wurde, nicht zuletzt deshalb, weil ihm die Teilnehmer des Gespräches persönlich gut bekannt waren. Die oben so drastisch dargestellte Überzeugungsarbeit habe in der Praxis nicht auf eine sorgfältige Vorbereitung der Gesprächsführer schließen lassen, sondern man habe sich eher mit den bekannten Allgemeinplätzen auseinandergesetzt. Allerdings habe es sich nach dem Zusammenbruch der DDR herausgestellt, daß er seit der Mitte der achtziger Jahre unter Beobachtung der Staatssicherheit gestanden habe. Konkrete Folgen habe der Brief für ihn nicht

⁴²⁷ So J. Rasch bei während eines Interviews mit der Autorin am 12.7.1999. Weitere Angaben zu dieser Person sind nicht bekannt.

⁴²⁸ SAPMO, DY 32,3265. Aktennotiz zum Ergebnis der Aussprache mit J. Rasch.

gehabt, da er schon vorher als Dissident bekannte gewesen wäre und den entsprechenden Repressionen - so etwa Schwierigkeiten beim Wechsel des Arbeitsverhältnisses - schon früher ausgesetzt war⁴²⁹.

Letztendlich war mit der erfolgten Aussprache das Thema für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erledigt und der Fall wurde ad acta gelegt. Der gesamte Vorgang wurde offensichtlich in Kopie schon am 27. Juli 1988 an das Büro Mückenberger weitergeleitet und dieser persönlich informiert. Darauf weist der handschriftliche Verweis von Peter Neubert aus dem Büro Mückenberger hin: „27.7.E.M. informiert - Ablage“⁴³⁰.

Reaktionen der Führung der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft auf die Eingaben

Die an die Gesellschaft für DSF schon vor dem Verbot des „Sputnik“ geschickten Briefe ihrer Mitglieder weisen alle in die selbe Richtung. Es wird durchgehend das Informationsdefizit hinsichtlich der Vorgänge in der Sowjetunion bemängelt und um eine bessere Aufklärung gebeten. Ebenso kritisierten die Mitglieder die Zustellprobleme bei sowjetischen Presseerzeugnissen bzw. Zeitschriften, die vorwiegend über die Sowjetunion berichteten, wie z.B. die Zeitschrift „Neue Zeit“.

Der Zentralvorstand der Gesellschaft für DSF reagierte auf diese Eingaben mit Plattitüden, er machte sich am Anfang noch die Mühe, solche Eingaben schriftlich zu beantworten. Da es aber dabei zu unterschiedlichen Erklärungen kam, sah man schließlich davon ab und beauftragte führende Funktionäre der DSF, persönliche Gespräche mit den einzelnen Verfassern der Briefe zu führen.

Dazu gibt es in den Akten der Gesellschaft für DSF eine Aktennotiz als Reaktion auf die zunehmende Zahl von Beschwerden nach der Nichtauslieferung zweier Ausgaben der „Neuen Zeit“. Darin heißt es: “Das Gespräch mit dem Genossen Geggel ergab, daß die Abteilung Agitation zum gleichen Problem bereits mehrere Eingaben erhielt. Er rät, den Bürgern nicht

⁴²⁹ Ebd., S. 2.

⁴³⁰ Ebd., S. 2.

schriftlich zu antworten, sondern daß ein verantwortlicher Genosse im persönlichen Gespräch den Sachverhalt erklärt, der zur Nichtauslieferung von Ausgaben der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ führte. Der Grund besteht darin, daß diese Ausgaben Artikel enthalten, die in der russischen Originalausgabe nicht veröffentlicht wurden. Offensichtlich hielten die sowjetischen Genossen diese Veröffentlichung in ihrem Land nicht für zweckmäßig.

Genosse Geggel erklärte, daß in den bei uns erscheinenden Presseerzeugnissen nur Artikel veröffentlicht werden, die der Vertiefung der Freundschaft dienen und u.a. auch unserer Geschichtsauffassung entsprechen...⁴³¹. Heinz Geggel (geb. 1921) war Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED. Von 1949 bis 1957 arbeitete er als Redakteur bzw. Ressortleiter beim Berliner Rundfunk, anschließend war er bis 1960 Intendant des Deutschlandsenders Berlin. 1960 bis 1973 war er Mitarbeiter bzw. Leiter der Westkommission des Politbüros, ab 1971 bis 1989 schließlich Mitglied des ZKs der SED⁴³².

Als die Zahl der Eingaben mit dem Verbot des „Sputnik“ zu umfangreich wurde, ist auch diese Maßnahme teilweise fallengelassen worden.

Betrachtet man die Akten, läßt sich erkennen, daß es bei der Bearbeitung der Eingaben durch die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nie um wirklich kritische Auseinandersetzungen mit dem Inhalt der Briefe ging, sondern der Briefeschreiber nur wieder auf „Parteilinie“ gebracht werden sollte. Dies dachte der Zentralvorstand der Gesellschaft für DSF durch Hinweise und Analysen von Reden u.ä. besonders von Honecker zu erreichen. In der Regel wurde nach solchen Gesprächen eine Rückmeldung nach Berlin gegeben und die Sache dann von Seiten der Gesellschaft als erledigt betrachtet. Ob die Namen der Verfasser dieser kritischen Eingaben an Stellen des Sicherheitsapparates weitergegeben wurden, ist anhand der Aktenlage nicht zu erkennen, erscheint aber immerhin möglich.

Die Gesellschaft bzw. das Präsidium versäumte es jedoch, sich diesen unangenehmen Fragen der Mitglieder konstruktiv zu stellen, bzw. die zunehmenden Eingaben als Problem per se wahrzunehmen und anzugehen. Auch hier folgte man der Haltung der Partei, die nicht bereit war, sich der aufkommenden Kritik zu stellen, sondern beschränkte sich auf das „Totschweigen“ des Problems.

⁴³¹ SAPMO, DY 32, 3265. Aktennotiz, ungekennzeichnet.

⁴³² Vgl.: Bürger, U.: Das sagen wir natürlich so nicht! Donnerstags - Argus bei Herrn Geggel. Berlin 1990

5.5. Die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft im Spannungsfeld von „Sputnik“- und Filmverbot

Der „Sputnik“

1987 gingen beim Vorstand der DSF mehrere Schreiben ein, die sich um ein Abonnement des „Sputnik“ bemühten. Schon vor ihrem endgültigem Verbot im November 1988 war sie von der Abonnement-Liste gesperrt worden und wurde nur noch über öffentliche Kioske u.ä. vertrieben. Der „Sputnik“ war eine seit 1967 in acht Sprachen monatlich erscheinende Zeitschrift, deren Aufmachung sich an der amerikanischen „Readers Digest“ Monatszeitschrift orientierte. Als Publikation der sowjetischen Auslandspropaganda hatte sie eine Gesamtauflage von ca. 1 Million Exemplaren, von denen ca. 210 000 in der DDR vertrieben wurde, davon ca. 130 000 über ein Abonnement. In der DDR war der „Sputnik“ schon vor dem Beginn der Perestroika aufgrund seiner ansprechenden illustrierten Mischung aus Kochrezepten, Reiseberichten und Kulturbeiträgen sehr beliebt. Mit dem Regierungsantritt Gorbatschows nahm das Interesse am „Sputnik“ in der DDR aber noch einmal sprunghaft zu⁴³³. Die SED war nicht bereit, die Auflage zu steigern und reagierte darauf, indem sie den „Sputnik“ für die Abonnementannahme sperrte. Da die Zeitschrift schon 1987 immer schwerer an den öffentlichen Zeitungsständen zu erhalten war, gingen mehrere Anfragen bezüglich eines Abonnements auch bei der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ein. So erhielt Erich Mückenberger aus Dresden eine direkte Anfrage, ob dieser nicht ein Abonnement des „Sputniks“ vermitteln könne: „Seit Jahren lese ich den „Sputnik“, Digest der sowjetischen Presse (...) Da die Kioskexemplare seit geraumer Zeit schnell vergriffen sind, entschloß ich mich, ein Abonnement beim Postzeitungsvertrieb zu eröffnen (...). Die Postangestellte erklärte mir, Bestellungen für den Sputnik seien nicht möglich, da es sich um eine für die Bestellannahme gesperrte Zeitschrift handelt(...)“⁴³⁴.

⁴³³ Vgl. Holzweißig, G.: „*Verzerrende Beiträge der Geschichte*“. *Zehnter Jahrestag des „Sputnik“-Verbotes*. In: Deutschland Archiv. Nr. 1/99, S. 977 ff.

⁴³⁴ Vgl. SAPMO, DY 32, 3268. Allgemeiner Schriftverkehr mit dem Genossen Mückenberger.

Im Zusammenhang mit den Bezug des „Sputnik“ mußte sich die Gesellschaft für DSF zum ersten Mal deutlich mit den Anliegen der DDR-Bevölkerung über Informationen zu den Vorgängen in der UdSSR und der ihr von den Mitgliedern zugeschriebene Funktion als Institution der deutsch-sowjetischen Beziehungen direkt auseinandersetzen. Hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt die Wünsche zu mehr oder detaillierteren Informationen nur gelegentlich bei Veranstaltungen und daran anschließenden Diskussionen bemerkbar gemacht, wurde nun der Vorstand der DSF schwarz auf weiß damit konfrontiert. Doch auch das genügte nicht, um innerhalb des Vorstandes eine Diskussion über die eigene Haltung auf die Tagesordnung zu bringen. Die Eingaben wurden Mückenberger vorgelegt und anschließend wurden den Antragstellern schriftliche Erklärungen zugesandt, welche aber letztlich eine Verantwortung und ein dem Namen der Gesellschaft entsprechendes Engagement nicht erkennen ließen. Im Gegenteil, die Mitglieder wurden mit Lügen abgespeist.

In diesen standardisierten Antwortschreiben hieß es dann: „Sie sind nicht der Einzige, der diesen Wunsch hat (...) Der Zentralvorstand hat sich deshalb schon wiederholt an den sowjetischen Verlag gewandt und an den PZV unseres Landes. Die sowjetischen Genossen haben uns geantwortet, daß sie die große Nachfrage in der DDR nicht befriedigen können und daß sie nicht in der Lage sind, die Auflage für den PZV der DDR zu erhöhen.“⁴³⁵.

Zu dieser Behauptung des DSF-Vorstandes, sich mehrmals an verschiedene Stellen bezüglich der Auslieferung des „Sputnik“ gewandt zu haben, findet man in den Unterlagen der DSF keinerlei Hinweise. Es liegt wohl eher die Vermutung nahe, daß eine Erhöhung der Verkaufsauflagen in der DDR keinesfalls gewünscht war, im Gegenteil, und die herrschende Elite daher bestrebt war, die Auflagenhöhe möglichst klein zu halten. Offensichtlich fühlte sich die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft jedoch nicht dafür verantwortlich, dieses Problem entsprechend der Interessen der Mitglieder gegenüber der Partei zu vertreten.

Interessant ist vor diesem Hintergrund, daß sich die einzelnen Institutionen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft über die Entschuldigung, warum der „Sputnik“ denn nun nicht mehr im Abonnement zu erhalten war, offensichtlich nicht einig waren.

Ein Mitglied aus Langenbrück wandte sich an Mückenberger, um von diesem Unterstützung bei der Beschaffung eines „Sputnik“ Abonnements zu erhalten, da „das von der Deutschen Post und dem Bezirksvorstand der DSF des Bezirkes Dresden genannte Argument, daß wir uns aus

⁴³⁵ Ebd., S.3.

Devisengründen die Einfuhrquote nicht erhöhen können (...) höchst seltsam“⁴³⁶ sei, denn „ein enges Zusammenarbeiten und Informationsaustausch (auch Presseerzeugnisse) auf allen Gebieten mit der Sowjetunion ist erklärtes Partei- und Staatsziel höchster Priorität.“⁴³⁷. Hier sieht man deutlich, wie unkoordiniert der Informationsfluß zwischen den einzelnen Institutionen war und wie hilflos und unvorbereitet die Gesellschaft für DSF von der Streichung der „Sputnik“ Abonnements getroffen wurde. Um die DDR-Bürger zu beruhigen schob man offizielle, sowjetische Stellen vor bzw. verschanzte sich hinter Aussagen, nach denen es „Devisengründe“ seien, warum man die Zeitschrift nicht liefern könne. Diese „Devisengründe“ wurden allerdings nie erläutert bzw. verifiziert, doch offensichtlich wurde erwartet, daß sich die Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mit derartigen Begründungen zufrieden geben würden.

⁴³⁶ Ebd., S. 1.

⁴³⁷ Ebd., S. 2.

Das „Sputnik“-Verbot

Auch wenn nicht nur der „Sputnik“ von den restriktiven Maßnahmen der Partei getroffen wurde, sondern auch verschiedene andere sowjetische Publikationen der Zensur zum Opfer fielen, so war das „Sputnikverbot“ eine der einschneidendsten Maßnahmen der SED-Machteliten.

Die Partei war bis 1988 nicht bereit, den Hoffnungen der Bevölkerung nachzugeben. Noch 1987 hatten führende Genossen des SED-Politbüros er fertig gebracht, in ihrem Auftrag von der Akademie der Gesellschaftswissenschaften eine Programmschrift mit dem Titel „Sozialismus in der DDR“ zu veröffentlichen, in der sie eine „Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000“ entwickelten, ohne darin auch nur ein einziges Mal Gorbatschow bzw. dessen neue Politik zu zitieren. Dieser dagegen versetzte der Propaganda der DDR einen weiteren Schlag, als er im Juni 1988 auf der XIX. Unionsparteikonferenz der KPdSU die Meinung vertrat, daß das bestehende politische und ökonomische System der UdSSR unfähig sei, die zunehmenden Stagnationserscheinungen innerhalb der sowjetischen Wirtschaft zu überwinden. Damit wurde die Kluft zwischen der Sowjetunion und der DDR immer größer, Reaktionen der SED ließen daher nicht lange auf sich warten.

Demonstrativ verlieh Honecker am 18. November 1988 dem rumänischen Diktator Ceausescu den Karl-Marx-Orden und ließ am nächsten Tag die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ von der Postzeitungslister der DDR streichen.

Die verkrampfte Diktion der ADN-Meldung „Mitteilung der Pressestelle des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen“ ging eindeutig auf das SED-Politbüro und nicht auf den Postminister zurück, als bekanntgegeben wurde:

„Wie die Pressestelle des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen mitteilt, ist die Zeitschrift „Sputnik“ von der Postzeitungsliste gestrichen worden. Sie bringt keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte.“⁴³⁸.

Den Anlaß für diese Streichung des „Sputnik“ waren zwei Artikel im Oktoberheft, in denen der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 und das Schicksal deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil kritisch beleuchtet wurden.

⁴³⁸ Vgl. Neues Deutschland vom 19/20.11.1988, S. 2.

Die Rechtfertigung der SED für das Verbot war auffallend scharf: „Wer den heldenhaften Kampf der deutschen Kommunisten und aller Antifaschisten gegen den Hitlerfaschismus verleumdet, wer die heroische Geschichte der Sowjetunion und ihrer leninschen Partei verzerrt, wer den Sozialismus schmäht, der hat bei uns, ganz gleich, wo er seine Reden hält, seine Artikel schreibt und wo sie gedruckt werden, keinen Platz.“⁴³⁹.

In seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß der Volkskammer am 17. Januar 1990 erklärte der ehemalige SED-ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda, Joachim Hermann⁴⁴⁰, man habe in Bezug auf die kritisch bewerteten Artikel in der Oktoberausgabe des „Sputnik“ zunächst darüber nachgedacht, DDR-Autoren zu suchen, die eine kritische Stellungnahme veröffentlichen sollten. Dies sei jedoch aufgegeben worden, da man damit hätte rechnen müssen, eine öffentliche Debatte über das Verhältnis zur Sowjetunion auszulösen. Die Pressemeldung sei von Honecker selber formuliert worden, er jedoch habe die Meldung an die ADN weitergeleitet⁴⁴¹.

Die öffentlich bekannt gemachte Absetzung einer Zeitschrift des großen Bruderlandes hatte eine neue Qualität und war in dieser Form in der DDR noch nicht vorgekommen. Nachdem schon einige Zeitschriften aus osteuropäischen Ländern nicht ausgeliefert wurden, ging die SED mit dem Verbot des „Sputnik“ erstmals offen gegen den sowjetischen Reformkurs vor.

Die Enttäuschung und der Zorn der DDR Bürger machte sich nach der Nichtauslieferung des Oktoberheftes des „Sputnik“ in einer Flut von Eingaben an das Postministerium und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft deutlich. Später erklärten sowohl der damalige Postminister Rudolph Schulze⁴⁴² als auch der Präsident der Gesellschaft für DSF, Erich Mückenberger, man habe von der Streichung des „Sputnik“ von der Postzeitungsliste der DDR erst aus der Meldung im „Neuen Deutschland“ erfahren. Dies scheint glaubhaft, denn ihre

⁴³⁹ Müller, G. (Kandidat des Politbüros, 1. Sekretär der Bezirksleitung Erfurt): „*In zehn Jahren ein Zentrum der Hochtechnologie geworden*“. In: Dokumentation zur 7. Tagung des ZK der SED. Abgedruckt in: Deutschland Archiv, Nr. 2/1989, S. 235 f.

⁴⁴⁰ Joachim Herrmann (1928 - 1992) wurde 1967 Kandidat, 1971 dann Mitglied des ZK der SED und war von 1971 bis 1978 Chefredakteur des „Neuen Deutschland“. 1973 wurde er zum Kandidaten des Politbüros, ab 1978 bis 1989 war er Mitglied desselben, dort zuständig für Medien, befreundete Parteien, Blockparteien und die Nationale Front. Im November 1989 wurde er von der Partei ausgeschlossen. Vgl.: Müller - Engbers, H.: „*Meinungsoffizier der Parteiführung*“. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Berlin 1997

⁴⁴¹ Vgl. dazu Neues Deutschland vom 27./28.1.1990.

⁴⁴² Rudolph Schulze (1919 - 1993) ehemaliger Präsident der Industrie- und Handelskammer der DDR war von 1963 bis 1989 Minister für Post- und Fernmeldewesen, von 1971 bis 1989 gleichzeitig Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR.

später zu unterschiedlichen Anlässen gemachten späteren Aussagen decken sich in diesem Punkt⁴⁴³.

In einem Interview mit der Autorin erinnerte sich der damalige Vizepräsident der Gesellschaft für DSF, Heinz Kuhrig, Honecker habe am 23. November 1988 noch darüber nachgedacht, die Herausgabe der „Freien Welt“ ebenfalls zu unterbinden, dabei wollte man die offizielle Begründung vorschieben, man habe nicht mehr genügend Papier⁴⁴⁴. Doch dieses Vorhaben sei schließlich - erst einmal - aufgegeben worden. In den Akten der Gesellschaft für DSF finden sich auf ein solches Vorhaben keinerlei Hinweise, trotzdem erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß die Einstellung der „Freien Welt“ durchaus diskutiert worden ist, die Partei jedoch vorerst davon absah. Im Herbst 1988 wurde auch die Auslieferung der „Freien Welt“ ebenfalls eingestellt.

Die Reaktionen der Mitglieder auf das „Sputnik“-Verbot

Als Reaktion auf die ablehnenden Entscheidungen der Partei- und Staatsführung in Bezug auf sowjetische Publikationen und Filme in der DDR kam es zu heftigen, nie dagewesenen Protesten der Mitglieder der Gesellschaft für DSF. So gingen im Zeitraum vom 23. November 1988 bis zum 2. Dezember 1988 322 Eingaben beim Zentralvorstand der Gesellschaft für DSF ein, davon waren 83 direkt an den Präsidenten der Gesellschaft adressiert; 77 waren von Kollektiven, 245 von Einzelpersonen verfaßt worden, 22 Mitglieder erklärten dabei ihren sofortigen Austritt aus der DSF⁴⁴⁵.

Während bis zum 23. November dem Zentralvorstand nur fünf Eingaben vorlagen, waren es am 24. November schon 20, dies steigerte sich bis zum Montag, den 28. November auf 63 Eingaben und pendelte sich in der darauffolgenden Woche auf einen Stand von etwa 60 Eingaben pro Tag ein. Am 2. Dezember war mit 42 ein, wenn auch nur geringer, Rückgang zu verzeichnen.

⁴⁴³ Vgl. dazu die Aussagen von Joachim Herrmann (er war der ehemalige SED-ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda von 1978 bis 1989) vor dem Untersuchungsausschuß der Volkskammer am 17.1.1990. Ebenso die Kommentare in „Neues Deutschland“ vom 27./28. Januar 1990.

⁴⁴⁴ Interview der Autorin mit Heinz Kuhrig vom 12..5.1998 in Berlin.

Aus einer Aufschlüsselung nach den Bezirken der Absender⁴⁴⁶ er gibt sich folgendes Bild:

Tabelle 6: Anzahl der Eingaben nach dem „Sputnik“-Verbot nach Bezirken

Bezirk	Anzahl der Eingaben
Berlin	99
Dresden	86
Leipzig	32
Erfurt	21
Karl-Marx-Stadt	13
Potsdam	13
Halle	12
Suhl	9
Magdeburg	8
Gera	8
Cottbus	6
Frankfurt	5
Rostock	4
Schwerin	4
Neubrandenburg	2
gesamt	322

Bei den 77 Kollektivgruppen handelte es sich überwiegend um DSF-Gruppen und DSF-Grundeinheiten, um „Kollektive DSF“ (darunter oft mehrfache Träger des Ehrennamens), Vorstände, Gewerkschaftsgruppen, Arbeitskollektive sowie um Seminargruppen von Universitäten und anderen Hochschulen. Von diesen Eingaben wurden einige während einberufener Mitgliederversammlungen in Form eines „Beschlusses“ formuliert und durch „Abstimmung“ angenommen, ein Schreiben des Aufbau-Verlages Berlin und Weimar war mit der staatlichen und Parteileitung abgestimmt.

Der überwiegende Teil der kollektiven Eingaben stammte aus Instituten der Akademie der Wissenschaften (AdW) sowie anderer Institute und Forschungseinrichtungen und Hochschulen und Universitäten. Aus dem Zentralinstitut für Elektronenphysik und dem Institut für

⁴⁴⁵ SAPMO, DY 32, 3267. Eingaben zum Sputnikverbot beim Zentralvorstand, S. 1-3.

⁴⁴⁶ Die hier verwendeten Datensätze wurden zusammengestellt anhand der Eingaben zum Verbot des „Sputnik“.

Technologie der Polymere der Akademie der Wissenschaften in Berlin, dem Institut für Post- und Fernmeldewesen, Berlin, der Technischen Hochschule Ilmenau sowie aus dem VEB Robotron-Elektronik, Dresden und dem VEB Robotron-Projekt, Dresden, erreichten den Zentralvorstand der DSF sogar Eingaben von gleich mehreren Kollektiven⁴⁴⁷.

Die Einzelpersonen, die sich an den Vorstand wandten, darunter auch viele Ehepaare, repräsentierten alle Altersgruppen und gehörten den unterschiedlichsten Schichten der Bevölkerung an. Dabei fällt auf, daß die überwiegende Anzahl der Eingaben von DSF-Mitgliedern verfaßt wurden, die unter den Verhältnissen der DDR aufgewachsen waren und die zwischen 20 und 50 Jahre alt waren. Viele der Personen waren Funktionäre der GDSF, die teilweise schon auf eine lange Mitgliedschaft in der Freundschaftsbewegung verweisen konnten. Eine Analyse des schriftlichen Ausdrucks, Stils und der Rechtschreibung der Eingaben läßt darauf schließen, daß es sich bei vielen Absendern um Personen mit einem gehobenen Bildungsgrad handelt. Nicht alle Schreiben waren jedoch in einem gemäßigten Stil verfaßt worden. Bei der Auswertung der Eingaben stellte das Sekretariat der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Berlin fest, mindestens „eine Eingabe (von Pfarrer Eppelmann aus Berlin⁴⁴⁸) ist als offene Provokation zu werten.“⁴⁴⁹.

Alle Eingaben, die in den oben genannten Zeitraum beim Vorstand der Gesellschaft für DSF eingingen, richteten sich gegen die Streichung des „Sputnik“ von der Postzeitungsliste der DDR. Doch auch in dem Maße, in welchem die Absetzung der im Rahmen des sowjetischen Filmfestivals angekauften Filme von den Kinoprogrammen der DDR bekannt wurden, gab es darüber hinaus in immerhin 45 Eingaben auch Kritik an dieser Entscheidung.

16 Briefe, welche aus dem Zeitraum von 1.-2. Dezember nahmen auf den Artikel im Neuen Deutschland Bezug, der am 25. November 1988 den Versuch unternahm, die Streichung des „Sputnik“ zu erklären. Die hier gegebene Begründung für die Streichung der Zeitschrift wurde

⁴⁴⁷ SAPMO, DY 32, 3267. Eingaben zum Sputnikverbot beim Zentralvorstand, S. 1-3.

⁴⁴⁸ Rainer Eppelmann, geb. 1943, wurde in der Umbruchsphase der DDR als Bürgerrechtler, später als Minister für Abrüstung und Verteidigung bekannt. Als Pfarrer setzte er sich massiv für die Friedensbewegung ein und versammelte Oppositionelle um sich. 1989 war er Mitbegründer der Partei „Demokratischer Aufbruch“ in der DDR, in diesem Zusammenhang auch deren Vertreter am Zentralen Runden Tisch von Dezember 1989 bis 1990. Seit 1990 ist er Abgeordneter des Deutschen Bundestages. 1992-1994 war er Vorsitzender der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, seit 1998 Mitglied im Vorstand der CDU. Vgl.: Herbst, D. (Hrsg.): Wendewege. Köln 1992; Eppelmann, R.: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland. Köln 1993. Ders. (Hrsg.): Die DDR. Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED Diktatur in Deutschland. Köln 1994.

in der Bevölkerung jedoch durchgehend abgelehnt, vorwiegend mit dem Argument, der Artikel sei anonym, seine Argumentation beziehe sich ohnehin nur auf das nicht ausgelieferte Heft 10 des „Sputnik“.

Generell wurde von vielen Verfassern der Eingaben besonders in den Tagen direkt nach der Streichung des „Sputnik“ eine offizielle Stellungnahme oder Erklärung von Seiten der Gesellschaft für DSF in der DDR-Presse vermißt. Dabei läßt der Inhalt der Eingaben darauf schließen, daß die überwiegende Zahl der Eingabenverfasser sich ausschließlich auf die knappen Pressenotiz des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen im „Neuen Deutschland“ vom 19./20. November 1988 bezogen, worin es hieß, der „Sputnik“ bringe „keine Beiträge, die der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dienen, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte!“. Der DSF-Vorstand faßte dies so zusammen: „In Unkenntnis des Inhaltes von Heft 10/88 (des „Sputniks, K.K.) zogen sie (die Eingabenverfasser, K.K.) die Schlußfolgerung, die DDR wolle der UdSSR vorschreiben, wie diese ihre eigenen Geschichte zu bewerten habe.“⁴⁵⁰.

Betrachtet man die inhaltlichen Aussagen der Briefe, läßt es sich feststellen, daß in ihnen vorwiegend die Betroffenheit und das Unverständnis der Mitglieder ausgedrückt wird. Dabei wurden als Gründe u.a. angeführt, daß der „Sputnik“ besonders für die DSF Gruppen und Kollektive ein wichtiges Arbeitsmaterial gewesen sei. Außerdem habe ein Teil der Kollektive das Abonnement dieser Zeitschrift als Auszeichnung für gute und erfolgreiche DSF-Arbeit erhalten, daher sei die Streichung um so unverständlicher. Es sei bekannt, daß in Bezug auf den Umgestaltungsprozeß in der UdSSR ein Informationsdefizit in der DDR bestehe und durch den „Sputnik“ sei es möglich gewesen, diese Informationslücken zu schließen, die diesbezüglich in den DDR-Medien vorhanden sei. Schließlich wurde häufig betont, daß durch das zu lange anhaltende Schweigen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der DDR-Presse die notwendigen Argumente für das Mittragen dieser unpopulären Entscheidungen für die Funktionäre immer schwieriger werde.

Die als Grund für die Streichung von der Partei angeführte „Widersprüchlichkeit“ des „Sputnik“ wurde von den Funktionären in Teilen durchaus akzeptiert, dies wurde auf den Digest-Charakter des Magazins zurückgeführt. Immerhin veröffentlichte der „Sputnik“ Artikel

⁴⁴⁹ SAPMO, DY 32/3267. Eingaben zum Sputnikverbot beim Zentralvorstand, S. 3.

⁴⁵⁰ Ebd., S. 4

aus den verschiedensten sowjetischen Presseorganen, deren Auffassungen zu bestimmten Problemen im Rahmen von „Glasnost“ und „Perestroika“ nicht immer auf der Linie der KPdSU lagen. So verwiesen die Leser auch darauf, daß nicht alle im „Sputnik“ veröffentlichten Meinungen von den Lesern geteilt würden, beurteilten das Verbot der „Sputnik“ generell aber als indirektes Verbot der gesamten sowjetischen Presse.

Damit wurde das Verbot des „Sputnik“ auch als Entmündigung der Bürger verstanden und daher um so stärker abgelehnt. In diesem Zusammenhang fiel der Begriff der „Beschränkung der sozialistischen Demokratie.“⁴⁵¹. Einige Bürger argumentierten, sie seien durch das sozialistische Schul- und Ausbildungssystem gegangen und politisch gebildet, also durchaus in der Lage, kritische Artikel unabhängig zu beurteilen. Außerdem werde ihnen auf der einen Seite die Auseinandersetzung mit den „gegnerischen“ Medien zugemutet - der Empfang westlicher Sender werde staatlicherseits sogar gefördert, z.B. durch den Aufbau von Antennenanlagen zum Empfang von BRD-Fernsehstationen in allen Neubaugebieten-, der eigenen Meinungsbildung bei widersprüchlichen Artikeln aus Medien eines Freundeslandes jedoch mißtraut.

Anstelle von Verboten, die häufig als unzeitgemäß bezeichnet wurden, forderten viele der Beschwerdeschreiber eine öffentliche Diskussion, bzw. den kulturellen Meinungsstreit in der Öffentlichkeit⁴⁵². So müsse eventuellen Geschichtsverzerrungen eben öffentlich widersprochen werden, doch seien derartige diskussionsfördernde Artikel ostdeutscher Historiker oder Gesellschaftswissenschaftler in der Presse der DDR kaum zu finden. Damit wäre dem DDR-Bürger allerdings die Möglichkeit genommen worden, sich über derartige Probleme auseinanderzusetzen, da ihnen ja schon per se die Grundlage für jede Diskussion entzogen worden sei.

In ihren Briefen brachten viele Bürger ihren Protest über die Streichung des „Sputnik“ deutlichst zum Ausdruck. Es handle sich, so der allgemeine Tenor der Eingaben, dabei um einen Willkürakt, den sich nicht dazu autorisierte Stellen anmaßen würden, denn „wenn man im Namen des Volkes spreche, müsse man auch wissen, wie das Volk darüber denkt.“⁴⁵³. Einige Beschwerdeführer sahen in der Kette der getroffenen Entscheidungen - Sputnikverbot,

⁴⁵¹ Ebd., S. 6.

⁴⁵² Ebd., S. 6.

⁴⁵³ Ebd., S. 7.

Filmverbot, Verbot des Distelprogramms, Schwierigkeiten und Verzögerungen beim Publizieren sowjetischer Literatur - „eine gefährliche Tendenz in der DDR-Politik“⁴⁵⁴.

Die Proteste der DSF-Mitgliedschaft beschränkten sich 1988 nicht mehr allein auf schriftliche Beschwerden, sondern gleichzeitig geriet die nun auch die Gesellschaft für DSF auch während ihrer Veranstaltungen immer mehr unter Druck. So stellte z.B. die DSF-Abteilungsgruppe des VEP Anlagenbau in Leipzig für das III. Quartal 1988 den Antrag, verstärkt Vorträge zu „Fragen zur Demokratie in der UdSSR“ abzuhalten. Außerdem verwies man darauf, daß unter den Mitgliedern ein besonders großes Interesse an der Auswertung des Allunionskongresses der KPdSU in den Gruppen und Brigaden bestehe.⁴⁵⁵

Am 29. November 1988 schrieb der Sekretär der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Kurz, eine Mitteilung über einen unerwarteten Vorfall anlässlich eines Treffens der DSF-Stadtbezirksorganisation in Berlin: „(...) Bereits während des Vortrages, als ich über die weitere Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit sprach und über die Vermittlung eines lebendigen Bildes der Entwicklung in der Sowjetunion, stand eine Teilnehmerin spontan auf und rief in den Saal: „Das macht ihr durch Verbote von „Sputnik“ und „Freie Welt“⁴⁵⁶. In der Folge kam es im Auditorium zu heftigen Zwischenrufen, die danach fragten, wie lange eine Bevormundung der Bevölkerung noch zulässig sei und wie lange es noch eine so schlechte Argumentation in der DDR-Presse geben solle. Außerdem wurde das verzerrte Geschichtsbild angeprangert: „Jahrelang wurde über Stalin falsch informiert und seine Verbrechen heruntergespielt - das war Geschichtsfälschung“ und ähnliche Äußerungen wurden von mindestens 50 Prozent der Teilnehmer mit Beifall quittiert (...).“⁴⁵⁷.

Das Verbot des „Sputnik“ sollte die Gesellschaft für DSF noch über das Jahr 1988 hinaus beschäftigen. Selbst 1989 wurden immer noch Schreiben an die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft weitergeleitet, in denen Mitglieder die Lieferungsmodi des „Sputnik“ bemängelten und sich daher an die unterschiedlichsten Stellen wandten, um wieder ein Abonnement des Magazins zu beziehen - bei der Lektüre der Quellen kann der Leser durchaus den Eindruck gewinnen, manche DDR-Bürger hätten daraus einen regelrechten „Sport“ gemacht...

⁴⁵⁴ Ebd., S. 7.

⁴⁵⁵ Vgl. ebd., S. 7.

⁴⁵⁶ SAPMO, DY 32/3267. Eingaben zum Sputnikverbot beim Zentralvorstand, S. 5.

⁴⁵⁷ Ebd., S. 7.

Die „offizielle Version“ der Gesellschaft für DSF und der Partei konstatierte, daß die Lieferung des „Sputnik“ ab 1990 wieder erfolgen solle, aber vorher eine Neubestellung durch zukünftige Abonnenten zu erfolgen habe. Damit konnte die Anzahl der zu beziehenden Magazine stark reduziert bzw. die Bestellung des „Sputnik“ erschwert werden und das entsprach durchaus den Interessen der Partei, jedoch nicht denen der Bevölkerung.

So wandte sich beispielsweise der Berliner Physiker Prof. Dr. Klaus Thiessen noch am 15. Oktober 1989 an den Präsidenten der Gesellschaft für DSF, um die zu 1990 schließlich erneut geplante Auslieferung des „Sputnik“ zu fordern und sich über die Modalitäten der Bestellung zu beschweren. Prof. Dr. Klaus Thiessen (geb. 1927) war ein führender Physiker in der DDR, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, und seit Mitte der siebziger Jahre auch Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Er hatte schon 1988 Eingaben verfaßt, welche sich auf die eingestellte Lieferung des „Sputnik“ bezogen und anschließend die Sache über das Jahr hinaus verfolgt⁴⁵⁸. Als durch die Gesellschaft keine Rückmeldung zu seiner Forderung erfolgte, wandte er sich an den Minister für Post- und Fernmeldewesen, Rudolph Schulze, um seine Forderung nachdrücklicher zu vertreten und die Lieferung des Magazins ohne eine erneute Bestellung einzufordern: „(...) Ich ging davon aus, daß die Abonnenten mit einer Neubestellung die Rechtmäßigkeit der einseitigen Aufkündigung der Lieferung anerkennen würden. Mit Verwunderung lese ich heute in der Presse, daß doch Neubestellungen erforderlich seien, mit der eigenartigen Begründung, es hätten sich ja bei den Abonnenten Adreßänderungen ergeben können. Da gleichzeitig mitgeteilt wird, daß frühere Abonnenten vorrangig beliefert werden, müssen Sie also noch über die diesbezüglichen Angaben verfügen (...).“⁴⁵⁹. Die Stellungnahme des Vertreters des Ministeriums, Germer, welche sich wie das Schreiben von Thiessen in den Akten der DSF findet, ist fast einen Monat später datiert. Darin heißt es: “ (...) Zunächst ist festzustellen, daß die Abonnentenverträge nach den geltenden Lieferbedingungen enden, wenn ein Presseerzeugnis nicht mehr erscheint. Mit der Streichung der Zeitschrift aus der Postzeitungsliste im Jahre 1988 wurde dieser Tatbestand herbeigeführt. (...) Die Mehrzahl der ehemaligen Abonnenten hat für diese Maßnahme das nötige Verständnis aufgebracht.“⁴⁶⁰.

⁴⁵⁸ So Thiessen während eines Gesprächs mit der Autorin am 3. Dezember 2000.

⁴⁵⁹ SAPMO, DY 32/4171. Schreiben von Thiessen an den Minister für Post- und Fernmeldewesen vom 24.10.1989.

⁴⁶⁰ SAPMO, DY 32, 4171. Antwort auf das Schreiben Thiessens vom 17. November 1989 durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen.

Thiessen wandte sich daraufhin noch einmal direkt an den Minister für Post- und Fernmeldewesen, um sich gegen den Tenor und Inhalt des Briefes, welchen er als „überheblich, belehrend und bürokratisch“ empfand, zu wehren. Er forderte „dringend, meine Briefe und den von Herrn Germer auszuwerten und Schlußfolgerungen zu ziehen“. Thiessen weiter:“ Ich beneide Sie nicht um Ihr neues Amt, sollten Sie noch mehr leitende Mitarbeiter haben, die so handeln, wie Herr Germer. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und betrachte die Angelegenheit damit als erledigt.“⁴⁶¹. Laut Thiessen hatte diese Beschwerde jedoch keinerlei Konsequenzen, da die politische Situation 1989 derartig brisant war, daß solche und ähnliche Eingaben offensichtlich nicht mehr weiterverfolgt wurden, sondern das Ministerium sie nur noch an die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu Kenntnisnahme weiterleitete.

Das Filmverbot

Nicht nur schriftliche Publikationen waren von den Repressionen der SED betroffen, sondern es kam auch zum Ausstrahlungsverbot sowjetischer Filme. So wurde z. B. der Film „Die Reue“, der den DDR Bürgern ohnehin nur in sowjetischen Offiziersklubs und dem Zweiten Deutschen Fernsehen zugänglich war, vom Politbüro aufs heftigste kritisiert und es wurde gefordert, den Film „von marxistisch-leninistischen Positionen aus einer kritischen Wertung zu unterziehen.“⁴⁶². Sowjetische Filme wie „Das Thema“ oder „Die Kommissarin“ verschwanden ohne jede Erklärung vom Spielplan.

Auch die Gesellschaft für DSF beteiligte sich an den zensierenden Maßnahmen des Politbüros. Im Januar 1989 wurde im Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur der russische Film „Sperrgebiet“ vorgeführt und von der Abteilung Kultur der Gesellschaft der DSF anschließend begutachtet, um über einen eventuell brisanten Inhalt urteilen zu können. Es geht in diesem Film um einen Wirbelsturm und die durch ihn angerichtete Zerstörung in der Region Wolgo-Wjatsk, welche nach dem Unwetter von der Regierung zur Sperrzone erklärt wird, um das Ausmaß der Zerstörungen vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen.

⁴⁶¹ Alle Zitate SAPMO, DY 32; 4174. Schreiben Thiessens an den Minister für Post- und Fernmeldewesen vom 23. November 1989.

Die Abteilung Kultur der Gesellschaft für DSF riet von einer weiteren Aufführung ab, denn „die Handlung des Films stellt einzelne Schicksale in extremen Situationen dar. Hauptthema ist die Beseitigung der Folgen der Katastrophe und die Hilfe für die Menschen. Es wird gezeigt, wie oberflächliche, administrative Entscheidungen der staatlichen und der Parteiorgane die Maßnahmen behindern. (...) Ein direkter Bezug Tschernenkows wird durch das Einblenden dessen Portraits gegeben. Eine im Film arbeitenden Kameragruppe wird absichtlich zur positiven Darstellung der Hilfsmaßnahmen angehalten. (...) Die Zuschauer sollen erleben, wie diese Manipulation organisiert wird.(...).

Wir halten eine öffentliche Aufführung dieses Films im Haus der Kultur der Sowjetunion für nicht geeignet (...)“⁴⁶³. Offensichtlich war es einer Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu gefährlich, Filme auszutrahlen, von welchen Rückschlüsse auf das System der DDR möglich waren und deren Inhalt daher als politisch brisant zu beurteilen war.

Formal orientierte sich die Gesellschaft in ihrer Auswahl an dem „Beschluß über die weitere Arbeit der Gesellschaft für DSF“ vom 18. Juli 1985. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vertrat dementsprechend den Standpunkt, sowjetische Filme zur „Vermittlung hervorragender Werke der multilateralen Kunst und Literatur der UdSSR“ zu verwenden um so „auch Wissen über das Wesen und die Spezifik der sich in der Sowjetunion entsprechend ihrer konkreten historischen und nationalen Bedingungen vollziehenden Prozesse“ weiterzugeben⁴⁶⁴.

Nach dem Filmverbot betonte die Gesellschaft für DSF, gegenüber den für die Filmpolitik in der DDR zuständigen Stellen und Einrichtungen, so auch gegenüber der Hauptverwaltung Film im Ministerium für Kultur, diesen Standpunkt schon immer vertreten zu haben. Dabei habe die Gesellschaft für DSF Filmklassiker, Gegenwarts- und Dokumentarfilme sowie sowjetische Filmkunst stets unterstützt und als Gesellschaft für DSF habe man die stets in der ersten Reihe bei der Propagierung sowjetischer Filme gestanden, allerdings habe sich dabei immer um hochwertige Filme gehandelt⁴⁶⁵. Damit fand die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einen Weg, die Streichung der Filme zu rechtfertigen, ohne ihre jahrelang propagierte Position revidieren zu müssen. Einerseits konnte der Zentralvorstand der Gesellschaft betonen, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sei durchaus an

⁴⁶² SAPMO, ZPA IIV, 2/2/2244.

⁴⁶³ SAPMO, DY 32, 3268.

⁴⁶⁴ Orientierung zur Arbeit mit dem Film. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. P73 DSF-Bezirksvorstand Magdeburg . Nr. 1160.

der Ausstrahlung sowjetischer Filme interessiert, andererseits stellte die Gesellschaft für DSF fest, diese Filme sollten ein gewisses Niveau haben, um gezeigt werden zu können und dem Anspruch der Mitglieder zu genügen. Sollte dieses Kriterium nicht erfüllt werden, war eine Streichung des Filmes nach dieser Argumentation gerechtfertigt.

In der neueren Literatur trifft man häufig auf die Meinung, daß diese Verbote fast ausschließlich auf die persönliche Weisung Erich Honeckers zurückgehen und von diesem kurzfristig angeordnet wurden⁴⁶⁶.

Monika Nakath widerspricht dieser These besonders in Bezug auf das Verbot des „Sputnik“ und der Nichtauslieferung einiger Ausgaben der „Neuen Zeit“⁴⁶⁷. „Allein die Protokolle von Sitzungen des Politbüros des ZK der SED lassen den Nachweis zu, daß derartige repressive Maßnahmen weitgehend auf Beschlüsse dieses Gremiums zurückgehen. So wurde die Abteilung „Internationale Verbindungen“ des ZK der SED per Beschluß des Politbüros vom 19. Mai 1987 beauftragt, die Artikel der Zeitschrift „Neue Zeit“ regelmäßig zu analysieren und Vorschläge für ein Reagieren zu unterbreiten“, denn „Honecker selbst, aber auch andere Spitzenfunktionäre der SED wie Axen, Hager und Hermann nutzen fast jede sich bietende Gelegenheit, der sowjetischen Seite ihre Auffassung zur Geschichte von KPdSU, KPD und SED unmißverständlich darzulegen.“⁴⁶⁸.

Folgen der Verbote für die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft

Für die meisten Eingabeverfasser war das „Sputnik“-Verbot und die kommentarlose Streichung von sowjetischen Filmen aus den Kinoprogrammen der DDR ein ernstzunehmender Angriff auf die deutsch-sowjetische Freundschaft. Dabei stellten viele die Frage, ob eine solches Verbot mit dem Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft abgesprochen worden bzw. mit dem Präsidenten in Abstimmung erfolgt sei. Viele Briefe

⁴⁶⁵ Vgl. ebd., S. 1.

⁴⁶⁶ Vgl. z.B. Holzweißig, G.: Zensur ohne Zensor. A.a.O. und Lindner, B.: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn 1998. S. 18.

⁴⁶⁷ Vgl. Nakath, M.: SED und Perestroika. Reflexion osteuropäischer Reformversuche in den 80er Jahren. Berlin 1993. S. 20 ff.

enthielten die Bitte an den Zentralvorstand bzw. den Präsidenten, gegen diese Entscheidung öffentlich Stellung zu nehmen und alle Mittel einzusetzen, um eine solche Entscheidung rückgängig zu machen. Oft berief man sich dabei auf das Statut der Gesellschaft für DSF sowie auf den Beschluß des 13. Kongresses, demgemäß es die zentrale Aufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sei „ein lebendiges Bild des Freundeslandes, Wissen und Wesen und Spezifik der sich in der Sowjetunion entsprechend ihren konkreten historischen und nationalen Bedingungen vollziehenden Prozesse“⁴⁶⁹ zu vermitteln.

Parallel zu der Forderung nach der Wiedereinsetzung des „Sputnik“ und der erneuten Aufnahme der verbotenen sowjetischen Filme forderten die Verfasser einer Reihe von Eingaben eine wesentlich umfassendere Information über die Vorgänge in der Sowjetunion der die Gesellschaft, deren Sinn und Zweck eben auch darin zu sehen sei.

Diese angespannte politische Situation blieb, abgesehen von den sofortigen aufgebracht Reaktionen der Mitgliedschaft, für die Gesellschaft für DSF auch langfristig nicht ohne Folgen. Das spiegelt sich vor allem in ersten Problemen bei der Soll-Erfüllung in Bezug auf die Mitgliederwerbung wider. Nun zeigte es sich, daß die vorgegebenen Zahlen, die den Zuwachs der Mitglieder bestimmen sollten, nicht erreicht werden konnten. Als Lösung dieses Problems versuchte der Zentralvorstand der Gesellschaft die „Kampfpositionen“ weiter auszuprägen um dadurch dem Mitgliederschwund entgegenzuwirken.

Exemplarisch hierfür steht die Korrespondenz Heinz Kuhrigs mit dem Leiter des Bezirksvorstands der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Karl-Marx-Stadt, Johannes Kaiser, welcher in einem Brief an den Zentralvorstand der DSF mitteilte, daß die Zielstellung für neugeworbene Mitglieder nicht erfüllt werden könne⁴⁷⁰. Dabei herrschte zwischen beiden noch die übereinstimmende Meinung, daß es zu einem Rückgang der Mitgliederzahlen nicht kommen dürfe. Kuhrig stützte sich dabei in einem Schreiben vom 21. November 1988, indem er Lösungswege ansprach, auf ihm vorliegende Zahlen: „Verweisen möchte ich auf Eure unzureichenden Anstrengungen zur Gewinnung neuer Mitglieder. Die Anzahl der Neuaufnahmen geht in Eurer Bezirksorganisation von Jahr zu Jahr beträchtlich zurück. 1986 waren es 38.936, 1987 29.104 und bis zum Oktober 1988 nur 16.000. (...) Doch

⁴⁶⁸ Ebd., S. 22.

⁴⁶⁹ SAPMO, DY 32, 3267. Beschluß des 13. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 8.

⁴⁷⁰ SAPMO, DY 32, 4439. Schreiben Kuhrigs an Kaiser vom 21. November 1988

das allerwichtigste scheint mir die weitere Ausprägung von Kampfpositionen bei allen hauptamtlichen Mitarbeitern der Bezirksorganisation, angefangen bei Dir und dem Sekretariat des Bezirksvorstandes.“⁴⁷¹.

Dabei war ein Rückgang der Neumitgliedschaften für die Gesellschaft für DSF noch zu verschmerzen. Die im Zuge des „Sputnik-Verbotes“ und bedingt durch die politische Situation in der DDR ausgesprochenen Kündigungen der Mitgliedschaft trafen die Gesellschaft für DSF weitaus schwerer.

Schon zu Beginn der gesellschaftlichen Unruhen hatte sich die Gesellschaft endgültig auf allgemeingültige, parteitreue Positionen zurückgezogen. Die von Kuhrig in seinem Schreiben geforderten „Kampfpositionen“ finden sich seit 1988 auch in den Programmvorschlügen der Gesellschaft für DSF wieder. Themenvorschläge, die im Rahmen von geplanten Propagandaveranstaltungen der DSF eingereicht wurden, beschäftigten sich nicht mehr mit der deutsch-sowjetischen Freundschaft, sondern vor allem mit der Treue der Gesellschaft zur Partei. Entsprechend wurde z.B. als Auftaktthema anlässlich einer Aktion über die Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft das Thema „Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft - Kampfgenosse der SED, Mitgestalter des entwickelten Sozialismus in der DDR“ vorgeschlagen⁴⁷². Als weitere Themen anlässlich einer Propagandaveranstaltung zur Geschichte der Gesellschaft für DSF wurden folgende Titel geplant:

- „Die Jugend übernimmt den Stafettenstab der Freundschaft
- Die DDR - mein sozialistisches Vaterland
- Brüderliche Verbundenheit UdSSR/DDR - Pulsschlag unseres Lebens“⁴⁷³.

Immerhin hatten diese massiven Proteste der Mitgliedschaft die Parteistrategen aufhorchen lassen und auch den Vorstand der Gesellschaft für DSF in Unruhe versetzt. Natürlich suchte man nach Ursachen und versuchte, die Probleme in Bezug auf die unzufriedenen Mitgliedschaft zu beheben. Auf eine mögliche Maßnahme verweist ein Vermerk, welcher den Sputnikeingaben angeheftet wurde: “Die Tatsache, daß unter den ca. 400 Eingaben zum Sputnik ca. 100 von Grundeinheiten, Vorständen und Kollektiven sind und ca. 150 von DSF-Funktionären, macht

⁴⁷¹ Ebd., S. 2.

⁴⁷² Vgl. SAPMO, DY 32, 4439. So Kuhrig in einem Schreiben an den 1. Sekretär Helminiak.

⁴⁷³ Ebd., S. 1.

darauf aufmerksam, daß der ideologischen Stählung und Schulung der Vorstände mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muß.⁴⁷⁴

Viele Mitglieder kündigten in der Folge des Film- und Sputnikverbots schließlich ihren Austritt aus der Gesellschaft für DSF an (zum 31. Dezember 1988 oder zum 1. Januar 1989), falls von der Seite der Gesellschaft nicht auf eine Revidierung der Entscheidung öffentlich gedrängt werde. Vereinzelt wurde daran anknüpfend die Bereitschaft erklärt, den schon erklärten Austritt rückgängig zu machen, wenn die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sich öffentlich gegen diese Entscheidung stellen würde und mehr im oben beschriebenen Sinne handle.

22 Mitglieder der Gesellschaft für DSF erklärten ihren definitiven Austritt aus der Freundschaftsgesellschaft in direktem Zusammenhang mit der anhaltenden Passivität des Vorstandes gegenüber dem „Sputnikverbot“ und gegenüber der Absetzung sowjetischer Filme. Der DSF-Vorstand rechtfertigte seine bekannte dogmatische Position, ließ alle Eingaben an den Vorstand und den Präsidenten genau durcharbeiten und leitete die Namen der Verfasser an die betreffenden Bezirksleitungen weiter, einen kleinen Teil beantwortete der Zentralvorstand persönlich. Die lokalen Funktionäre der Gesellschaft für DSF sollten in persönlichen Aussprachen die kritisierten Entscheidungen begründen, doch konnte es auf diesem Wege zu keiner befriedigenden Klärung kommen.

Die geplanten persönlichen Gespräche mit kritischen DSF-Mitgliedern blieben in der Konsequenz häufig aus, da die Ereignisse in der DDR die Gesellschaft überrollten und, um ein Überleben der Gesellschaft für DSF zu sichern, schließlich der Vorstand zu eigenständigen Reaktionen gezwungen wurde.

Dieses Versagen des DSF-Vorstandes, eine konstruktive Auseinandersetzung zwischen der Führungsebene und den Mitgliedern herbeizuführen, war später ein entscheidender Grund für die zahllosen Massenaustritte aus der Gesellschaft, deren politische Konflikte bis zum Ende der DDR ungelöst blieben.

⁴⁷⁴ SAPMO, DY 32, 3288. Vermerk, ohne Datum, angeheftet.

5.6. Die neue Linie

Die „Säuberungen“ der Partei und der Massenorganisationen

Immerhin hatte sich die Partei schon zu diesem Zeitpunkt zu viel rigoroseren Maßnahmen durchgerungen, die schließlich auch von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft adaptiert wurden - die „Säuberung“ der Partei und der Massenorganisationen der DDR von abtrünnig gewordenen Mitgliedern. Das Präsidium der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft entschloß sich, abtrünnige Mitglieder aus der Gesellschaft auszuschließen. Die Erklärung dieses Schrittes ließt sich folgendermaßen: und beschrieb das folgendermaßen:

„Immer mehr Grundorganisationen trennen sich (...) von solchen Mitgliedern und Kandidaten, die der gegnerischen Hetze und Demagogie erliegen. Es wuchs die Zahl der Mitglieder und Kandidaten, die aus der Partei entfernt werden mußten, weil sie gegen die Generallinie der Partei auftreten, die Erfolge unseres sozialistischen Staates negieren, durch unparteiliches Verhalten, ständiges Nörgeln und Meckern der Partei Schaden zufügten bzw. die DDR verrieten. (...) Auseinandersetzungen und Parteiverfahren ergeben sich in jüngster Zeit auch daraus, daß Parteimitglieder in provokanter und außergewöhnlich aggressiver Weise gegen den Kurs unserer Partei auftreten, „Pluralismus“ fordern und sich dabei zum Teil auf Darstellungen und Artikel aus einzelnen sowjetischen Presseerzeugnissen, wie z.B. des „Sputnik“ berufen.“⁴⁷⁵. Diese Maßnahme ist letztendlich nur als Indikator dafür zu werten, wie hilflos man im Vorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft dem zunehmenden Unmut der Mitglieder gegenüberstand, aber auch ein Zeichen für die Unfähigkeit der herrschenden Partei, mit der an ihr geübten Kritik umzugehen.

⁴⁷⁵ Bericht über die Arbeit der Partei-Kontrollkommissionen von 1988 im Januar 1989. Zit. nach Otto, W.: „Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED“. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. A.a.O. hier Band VII,2, S. 1437 ff.

Die dritte Tagung des Zentralvorstandes am 9. Februar 1989

Diese neue aggressive Position der Partei betraf die Gesellschaft für DSF besonders, da gerade ihre Aufgabe darin bestand, Mittler zwischen DDR und UdSSR zu sein, ohne dabei gegen die Interessen der SED zu handeln.

Die Bezirksvorstände der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sahen sich schließlich gezwungen, den sich ändernden Verhältnissen im eigenen Land Rechnung zu tragen und die Unruhen in der Mitgliedschaft in die Aktivitäten der Gesellschaft für DSF einzubeziehen. Auf einer Tagung, die in Magdeburg am 12. Januar 1989 stattfand, wurde festgehalten: „Wir werden beachten und bedenken, daß wir es heute mit veränderten Sowjetunion-Bürgern und mit DSF-Mitgliedern zu tun haben, die viele Fragen stellen.“⁴⁷⁶.

Der DSF Vorstand dagegen zog sich schließlich immer mehr hinter die Weiterentwicklung der schon 1988 propagierten „Kampfhaltung“ zurück.

Nachdem es im Vorfeld von Großveranstaltungen wiederholt auch bei Versammlungen der Gesellschaft für DSF während der angesetzten Diskussionen zu kritischen und systemfeindlichen Auftritten von DDR-Bürgern gekommen war, wurde nun die dritte Tagung des Zentralvorstandes genauestens durchgeplant, um ähnliche Vorkommnisse zu verhindern. In der Konzeption für die Diskussion auf der dritte Tagung des Zentralvorstandes am 9. Februar 1989 heißt es: „Angesichts der Bedeutung der dritten Tagung sollten - einer Empfehlung des Präsidiums folgend - vor allem im öffentlichen Leben der DDR bekannte (Vorhebung im Original, KK) Freunde zu Wort kommen.“⁴⁷⁷. Es ging dem Präsidium der Gesellschaft für DSF also offensichtlich darum, nur Personen zu den Diskussionen zuzulassen, deren politische Linie bekannt, systemkonform und damit berechenbar war, um so systemkritische Äußerungen zu unterbinden.

Dabei sei als Bezugspunkt für die Diskussion die Dokumente der siebten Tagung des ZK der SED anzusetzen und es sei deutlich zu machen, daß die DSF aktiv an der Verwirklichung der Vorgaben der SED mitwirke⁴⁷⁸. Es sei weiterhin darauf zu achten, „daß sie zugleich die klare, vom Geiste des sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus geprägte

⁴⁷⁶ LA Magd.-LHA, Rep. P73 DSF-BV Magdeburg NR. 1157.

⁴⁷⁷ SAPMO, DY 32, 3478. Protokoll der 3. Tagung des Zentralvorstands vom 9. Februar 1989.

⁴⁷⁸ Ebd., S. 2.

persönliche Haltung und Erfahrung der Freunde“ sichtbar werden lassen⁴⁷⁹. Letztendlich fürchtete das Präsidium der Gesellschaft für DSF offensichtlich, mit ähnlichen kritischen Diskussionen konfrontiert zu werden und dachte dies zu verhindern, indem man, wie auch sonst üblich, die Redner vorher bestimmte, also Personen die in der DDR bekannt und damit wohl auf der Linie der Partei waren, und so einen Einfluß auf den Inhalt der Beiträge sicherstellte.

Auf der dritten Tagung des Zentralvorstandes der DSF am 9. Februar 1989 wurde die zukünftige Position der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in ihrem Bericht folgendermaßen festgeschrieben:

„Die komplizierten und widersprüchlichen internationalen Ereignisse, die Entwicklungen in den sozialistischen Ländern und die steigenden Erfordernisse bei der Gestaltung unserer entwickelten sozialistischen Gesellschaft verlangen auch von unserer Freundschaftsorganisation eine noch offensivere und überzeugendere politisch-ideologische Arbeit (...).

(...) Dabei ist und bleibt von besonderem Gewicht, alles zu tun für die Festigung der Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion entsprechend den heutigen, neuen Bedingungen. (...) Unsere Mitglieder finden zunehmend die Einschätzung Erich Honeckers auf der siebten ZK-Tagung bestätigt, in der es heißt: Die Entwicklung in der Welt des Sozialismus ist vielgestaltiger, als mancher früher annahm. Vereinfachte Vorstellungen sind weniger denn je am Platz. Doch gibt es kein Problem zwischen sozialistischen Ländern, die nicht auf internationalistischer Grundlage zu meistern wäre.

Dabei wächst bei grundlegender Übereinstimmung der Ziele und Aufgaben bei der Gestaltung des Sozialismus die Vielfalt der Formen und Wege. Daraus resultiert die prinzipielle Einschätzung der SED, der KPdSU und anderer Parteien sozialistischer Staaten, daß es für den sozialistischen Aufbau generell keine für alle Länder gültigen Rezepte oder Modelle gibt.

Wir übersehen auch nicht, daß es in dieser Phase des Ringens der sozialistischen Bruderländer (...) ungelöste Probleme und auch Schwierigkeiten gibt. Deutlich sagen die sowjetischen Genossen, daß ihre Umgestaltung notwendig wurde, um ihre inneren, ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten zu überwinden, um die Bedürfnisse der Menschen besser zu befriedigen und um die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution zu meistern (...).“⁴⁸⁰.

⁴⁷⁹ Ebd., S. 10.

⁴⁸⁰ Ebd., S. 11.

Hier zeigt sich deutlich, wie schwierig, eigentlich unmöglich, es für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war, in dem gespannten Verhältnis zwischen der SED und der Politik der Sowjetunion einen eigenen Position zu beziehen. Um dieses Verhältnis zu beschreiben, ohne die Konflikte zu nennen, verwandte sie die Formel, eine „Zusammenarbeit mit der Sowjetunion entsprechend den heutigen, neuen Bedingungen“ anzustreben, welche man auf eine „vielgestaltige Entwicklung“ des Sozialismus zurückführte, mit der man früher nicht gerechnet hatte. So gelang es einerseits, die enge Verbindung zur Sowjetunion formal weiter als ein wichtiges Ziel der Arbeit der Gesellschaft bestehen zu lassen, sich andererseits jedoch auch der Parteilinie anzuschließen, die nun einen eigenen Weg zum Sozialismus propagierte, da es eben kein einheitliches Modell zur Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft gebe, eine Formel, welche die Differenzen zwischen der Linie der UdSSR und der DDR den Mitgliedern der Gesellschaft für DSF plausibel machen sollte.

Schließlich sah sich das DSF-Präsidium gezwungen, während dieser Sitzung auch auf die Ereignisse um den „Sputnik“ und das Verbot sowjetischer Filme einzugehen und erstmals bezog das Präsidium des Zentralvorstands der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eine deutliche Position, die von ihren Mitgliedern so lange gefordert worden war, welche aber nicht unbedingt den Interessen der Mitglieder entsprochen haben dürfte:

„Auch gibt es Unverständnis für solche Publikationen aus der Sowjetunion, die bekanntlich auch Genosse Gorbatschow wiederholt als oberflächlich, ungeprüft und als Effekthascherei anprangerte. Unsere Position ist klar: Wir unterstützen alles, was der Stärkung des Sozialismus dient und setzen uns mit dem auseinander, was dem Sozialismus schadet, ihn verfälscht oder schwächt.“⁴⁸¹

Doch auch hier war man gar zu gerne bereit, die Realitäten zu verkennen. Der Sekretär der Gesellschaft, Klaus Kurz, kam in seiner Rede auf der dritten Tagung des Zentralvorstands zu dem Schluß, daß die Proteste nur eine kleine Minderheit der Mitglieder repräsentieren könnten, denn „in den Diskussionen mit den Filmschaffenden und in den Filmgesprächen insgesamt wurde das große Interesse der Mitglieder an guten Werken sowjetischer Filmkunst deutlich. Unverständnis wurde teilweise darüber zum Ausdruck gebracht, wie die sowjetische Geschichte in einigen Filmen des Festivals dargestellt wird (...). Es wurde der Wunsch geäußert, daß uns künftig sowjetische Filme gezeigt werden, die von Optimismus und dem

⁴⁸¹ Ebd., S. 11.

Ringen um die Verwirklichung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU geprägt sind.⁴⁸²

Im Beschluß Nr. 24/1989 wurde die ambivalente Stellung der Gesellschaft für DSF in Bezug auf die politischen Veränderungen in der Sowjetunion und die ablehnende Haltung der DDR noch einmal fixiert: „Der Prozeß der Umgestaltung der Sowjetunion wurde wegen der inneren Entwicklung und der Zukunft des Weltsozialismus notwendig und wird in umfassender Weise von der DDR unterstützt. Jede Partei ist für die Politik in ihrem Lande verantwortlich und ein schematisches Kopieren zum Beispiel von Methoden der Sowjetunion kann es nicht geben.“⁴⁸³

Als kurzfristige Ziele, die im nächsten Halbjahr umzusetzen seien, wurde auf der Tagung des Zentralvorstandes vor allem die Unterstützung der Partei bei der Durchführung der im Mai 1989 stattfindenden Kommunalwahlen genannt. Entsprechend der Orientierung „wirken wir als GDSF gemeinsam mit allen in der Nationalen Front der DDR vereinten Parteien und Massenorganisationen aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen mit“⁴⁸⁴. Dazu sollten auch die zur Unterstützung der politischen Massenarbeit von Zentralvorstand der Gesellschaft für DSF und Verlag für Agitations- und Anschauungsmaterial gedruckten Materialien zielgerichteter eingesetzt werden⁴⁸⁵.

In der Abschlußrede der Tagung brachte Mückenberger die Position der Gesellschaft für DSF schließlich auf den Punkt und schaffte es, auf der einen Seite die Reformen in der Sowjetunion nicht völlig abzulehnen, sondern gemeinsame Überzeugungen und Übereinstimmungen zu erläutern und auf der anderen Seite die eigenen Gesellschaft in der DDR als stabil darzustellen und damit den Bedarf von Reformen im eigenen Land zu negieren. Damit gelang es der DSF nicht nur, die eigene Funktion zu rechtfertigen, sondern sie bediente gleichzeitig die Interessen der eigenen Gesellschaft und die Linie der Partei:

„(...) Wir sind auch damit einverstanden, daß jedes Land entsprechend den eigenen nationalen Bedingungen - so auch die Deutsche Demokratische Republik - den Sozialismus aufbauen muß, daß es ein Fehler wäre, den Weg eines einfachen Kopierens gehen zu wollen, was andererseits jedoch niemals heißt, daß wir nicht so wie bisher mit der Sowjetunion, mit den sozialistischen Staaten Erfahrungen austauschen, auch als Freundschaftsgesellschaft (...).

⁴⁸² Ebd., S. 11.

⁴⁸³ SAPMO, DY 32, 3472. Beschluß Nr. 24, vom 9. Februar 1989.

⁴⁸⁴ SAPMO, DY 32, 3474. Beschluß Nr. 20, 1989.

⁴⁸⁵ Ebd., S. 2.

Einig waren wir uns auch darüber, daß die Sowjetunion sich mit einer Reihe von Problemen beschäftigt, die in anderen sozialistischen Ländern bereits gelöst sind oder ihrer Lösung zugeführt werden und daß die in der Sowjetunion sich vollziehende Umgestaltung den Erfordernissen des gesellschaftlichen Fortschritts in der Sowjetunion entspricht, so wie es der Genosse Michail Gorbatschow in seiner Rede vor den Kulturschaffenden darlegte (...).⁴⁸⁶.

⁴⁸⁶ Ebd., S. 1.

Die Einberufung von Kommissionen

Zur Unterstützung der Tätigkeit des Zentralvorstandes bei der Durchführung der „Beschlüsse des XI. Parteitages der SED“ und des 13. Kongresses für DSF und nicht zuletzt wohl auch wegen der für den Vorstand immer verwirrender erscheinenden Situation, entschied sich der Zentralvorstand im Frühjahr 1989, sogenannte „Kommissionen“ zur Unterstützung seiner Arbeit einzuberufen. Aufgabe dieser Kommissionen sollte es sein, dem Zentralvorstand bei der Entscheidungsfindung zur Seite zu stehen und die Durchführung der Beschlüsse anzuleiten. Es gab 1989 zehn Kommissionen, die sich mit unterschiedlichen Thematiken beschäftigten:

1. Kommission für politische Massenarbeit.
2. Kommission für kulturelle Massenarbeit.
3. Kommission Organisation und Kader.
4. Kommission zur Förderung des deutsch-sowjetischen Erfahrungsaustausches.
5. Kommission für die Organisation freundschaftlicher Begegnungen mit Bürgern der UdSSR.
6. Kommission für die Arbeit der DSF auf dem Lande.
7. Kommission für die Arbeit mit Absolventen sowjetischer Universitäten und Hochschulen.
8. Kommission „DSF-Arbeit in städtischen Wohngebieten“.
9. Kommission Waffenbrüderschaft.
10. Kommission Traditionspflege.

Die Einsetzung dieser Kommissionen zeigt, wie sehr die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu diesem Zeitpunkt Wert darauf legte, die Kontrolle über die Mitglieder zu behalten. Offensichtlich war der Vorstand nicht mehr sicher, daß die Mitglieder der Gesellschaft eindeutig hinter den Aktivitäten der Gesellschaft standen. Die Aufgabe dieser Kommissionen sollte es sein, sicherzustellen, daß er Zentralvorstand Zugang zu nötigen Informationen hatte, bzw. eine Übersicht behalten konnte. Gleichzeitig ging man wohl davon aus, daß der Zentralvorstand klarer strukturierte Informationen benötigte und daher wurden unterschiedliche Kommissionen eingerichtet, welche einerseits das ganze Spektrum der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft abdeckten, andererseits auf bestimmte Schwerpunkte spezialisiert waren. Dabei erschien die Arbeit und das Bemühen mit und um die Mitglieder offensichtlich als wichtigster Aspekt, da zwei Kommissionen für Massenarbeit

eingerrichtet wurden und zuzätzlich für die Arbeit der Gesellschaft sowohl in den Städten als auch auf dem Land zuständige Kommissionen eingerrichtet wurden.

Die Wahlen 1989 und die Reaktionen der DSF Mitgliedschaft

Am 7. Mai 1989 fanden die Kommunalwahlen in der DDR statt. Die Propagandamaschinerie wurde wie gewohnt eingesetzt und das herrschende Regime erwartete die üblichen Ergebnisse, doch statt dessen wurden schon im Vorfeld der Wahlen die sogenannten Volksausssprachen zu Foren offener Dispute der unzufriedenen Bevölkerung umfunktioniert⁴⁸⁷. Als schließlich nach den Wahlen der Verdacht der Wahlfälschung öffentlich ausgesprochen wurde - es wurde von eine Wahlbeteiligung von 98,78 Prozent bei einer Zustimmung von 98,85 Prozent für die SED ausgegangen⁴⁸⁸ - ging die Partei massiv gegen Widerständler vor

Die kriselnde Situation in der DDR erreichte mit den Wahlen eine neue Dimension. Im Vorfeld der Diskussion um die Wahlen wurden nicht nur die Kandidaten immer wieder angeprangert und nicht erfüllte Wahlversprechen beklagt, sondern das kommunistische System an sich wurde in Frage gestellt. Häufig wurden Vergleiche zu gerade in der UdSSR stattfindenden Wahlen zum Volksdeputiertenkongreß angestellt, bei denen sich zum ersten Mal mehrere Kandidaten zur Wahl stellten. So wurden von der Staatssicherheit schon den Wahlen 103 gegen die Kommunalwahlen gerichtete Vorkommnisse registriert. Außerdem konnte der Partei in einigen Fällen Wahlfälschung nachgewiesen werden, was in einzelnen Städten schon am Wahlabend zu Protesten führte. Der Umfang der Einsprüche aus der Bevölkerung veranlaßte die Staatsführung, am 19. Mai einen Maßnahmenplan zur „Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen“ an die übergeordneten Abteilungen der Staatssicherheit zu senden.

⁴⁸⁷ Vgl. Mitter, A. und Wolle, S.: „Ich liebe Euch doch alle!“ Befehle und Lageberichte des MfS. Januar - November 1989. Berlin 1990.

⁴⁸⁸ Vgl. dazu Schroeder, K.: Der SED-Staat. Partei. Staat. Gesellschaft. A.a.O., S. 297 f.

Tatsächlich führten die Ereignisse um die Durchführung der Kommunalwahlen jedoch dazu, daß sich die Ansätze einer oppositionellen Bewegung im Land verstärkten⁴⁸⁹.

Gleichzeitig stieg die Zahl der Ausreiseanträge und die Zahl der Bürger, die in freieren kommunistischen Ländern nach Möglichkeiten suchten, in die Bundesrepublik einzureisen.

Von den Unruhen im Land blieb auch die Gesellschaft für DSF keineswegs verschont. Wieder erreichten sie eine Flut von Protestbriefen, deren Tenor, im Vergleich zu denen, die unmittelbar an das Sputnikverbot gebunden waren, teilweise viel schärfere Formulierungen aufwiesen. Den wohl schärfsten Brief folgenden Inhaltes erhielt der DSF-Vorstand aus Bernau:

„Hallo DSF-Fans!

Beiliegend gebe ich Euch mein DSF-Buch zurück.

Die Sache bei Euch war, wie ihr nun selbst wißt, für`n Arsch. Ihr habt Euch gemästet und wir Lullis wurden von Euch nur gemolken. Ich melke meine Kühe auch ohne DSF weiter. Sagt daß auch unserem früheren Bezirkshauptling, (...), dem Erich Mückenberger, der ja für den ganzen DSF Quatsch zuständig ist. Glaubt ruhig weiter an den Weg ohne Glasnost und Perestroika.

(...) Macht Euch noch ein paar schöne Tage, es gibt ja noch genug Blöde, die Euch monatlich 1,50 (OST) in den Rachen werfen. Vielleicht versucht Ihr es einmal mit der Freundschaft mit allen Menschen der Welt. (...)⁴⁹⁰.

Vergleicht man diesen und ähnliche Briefe, welche die Gesellschaft für DSF im Sommer 1989 erreichten mit denen, die anlässlich des Sputnikverbotes geschrieben wurden, läßt sich ein wesentlich kritischerer, gelegentlich sogar ausfälliger Ton feststellen. Zeugten die ersten Briefe zwar von der Enttäuschung der Mitglieder der DSF in Bezug auf die politische Haltung der Gesellschaft, so war ihr Inhalt doch meistens fragend bis konstruktiv und grundsätzlich nicht so provokant, wie die Briefe, welche die Gesellschaft nach den Wahlen 1989 erreichten. Natürlich gab es auch im Sommer 1989 noch Briefe, die Vorschläge zu Änderungen innerhalb der Gesellschaft brachten und nicht nur die pure Wut und Enttäuschung der Mitglieder widerspiegelten. Manche Anregungen wurden später, nach dem Rücktritt Mückenbergers,

⁴⁸⁹ Vgl. zu den Kommunalwahlen in der DDR von 1989 u.a. Linder, B.: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn 1998; ders.: Zum Herbst 1989. Demokratische Bewegungen in der DDR. Leipzig 1994; Dietrich, C.: „Fallstudie Leipzig 1987-1989. Die politisch-alternativen Gruppen in Leipzig vor der Revolution“. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. A.a.O. hier Band. VII/1, S. 588-666; Meuschel, S.: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt 1992; Mitter, A. und Wolle, S.: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993.; Lindner, B. und Wolle, S.: Die heile Welt der Diktatur. A.a.O., S. 306 ff.

⁴⁹⁰ SAPMO, DY 32, 3268.

durchaus aufgegriffen und umgesetzt. So schrieb ein Mitglied aus Dresden, nachdem er das Buch von Gorbatschow: „Umgestaltung Neues Denken-Perestroika“ gelesen hatte:

„Über den Komplex (...) hatte ich keine richtigen Vorstellungen, weil es bei uns darüber auch keine Veröffentlichungen gab und wenn, dann ist es nicht normal, daß man an alle Zeitungen, Zeitschriften oder Illustrierten sich halten kann. Außerdem nimmt die Post ja keine Bestellungen an, weil es nur einem Teil der Bürger mit „Stehvermögen“ möglich ist, an Kiosken eine Zeitschrift oder gar „die Sowjetfrau“ zu erwerben. (...)

Wenn Michail Gorbatschow zu der Einschätzung kommt, daß Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre eine Stagnation in der Wirtschaft eintrat, sich bürokratische Hemmnisse entwickelten, das Planungssystem für das riesige Land „überzentralisiert“ war und sich Schlamperei, Unkorrektheiten im Leitungssystem sich ausbreiteten, die Kriminalität und der Zentralismus bekämpft werden mußte, dann kann nur ein Programm zur Errichtung des entwickelten Sozialismus helfen.(...) Ich habe nun ein kritischeres Bild von der Sowjetunion, weil es nicht nur ein Reiseland ist, sondern eine Pionierrolle hat zur Gestaltung des Sozialismus als eine attraktive Gesellschaftsform.(...).

Darüber sollte die Presse der SU berichten, denn nach meiner Meinung wird zuviel über die Aktivitäten in den Gesellschaft der DDR berichtet (...)⁴⁹¹.

Probleme an der Basis 1989

Nicht nur der Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Berlin mußte sich mit den Kritiken der Mitglieder auseinandersetzen, auch die Bezirksorganisationen mußten feststellen, daß ihre Mitglieder sich offensiver zu Aktionen der Gesellschaft äußerten.

So berichtete die Bezirksorganisation Magdeburg im Juni 1989, im Mai habe man über 40 Veranstaltungen durchgeführt und so einen „wirksamen Beitrag zur offensiven Propagierung des Freundschaftsgedankens“⁴⁹² geleistet. Doch ging es bei den Veranstaltungen auch darum, den

⁴⁹¹ Ebd., S. 1.

⁴⁹² Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. P73 DSF Bezirksvorstand Magdeburg, Nr. 1159. Persönlicher Monatsbericht Mai 1989; vom 9. Juni 1989., S. 1.

Mitgliedern der Gesellschaft Informationen zu geben, die sie in den Diskussionen um die Reformen in der Sowjetunion verwenden konnten. Dabei wurde auch die SED selbstverständlich hinzugezogen, wollte sich die Gesellschaft doch deutlich machen, wie sehr sie Zusammenarbeit mit der Partei begrüßte und so ließ sich feststellen: „Mit der Unterstützung der Bezirksleitung und der Kreisleitung der Partei gestalteten sich alle Veranstaltungen zu parteilichen und streitbaren Diskussionen über Grundfragen unserer Zeit“⁴⁹³. Letztendlich faßt dieser Satz zusammen, was von diesen Diskussionen und Veranstaltung zu halten ist. Durch die aktive Einbeziehung der SED wurde gewährleistet, daß die Organisation nicht gegen die Interessen der SED handelte und so war es möglich, eigene Unsicherheiten zu überspielen. Außerdem wurde so sichergestellt, daß es sich um „parteiliche“ Veranstaltungen handelte, die SED also diesen Veranstaltungen ihren Stempel aufdrücken konnte. Ob die Diskussionen dann tatsächlich objektiv die „Grundfragen unserer Zeit“, also doch wohl die Reformen in der Sowjetunion und ihre Übertragbarkeit auf das deutsche System, diskutierten, ist in Frage zu stellen. Die Stimmungen und Meinungen zu politischen Tagesfragen war also offensichtlich in der Mitgliedschaft so indifferent, daß der Bezirksvorstand Handlungsbedarf sah, um die Mitglieder auf Kurs zu halten. „Zur Sicherung einer offensiven politischen Massenarbeit vertreten wir den Standpunkt, und in diesem haben wir unsere Kreissekretäre mit entsprechenden Argumenten ausgerüstet, daß es für einen DSF-Funktionär in einer heute sehr bewegten Zeit lebensnotwendig ist, von der Langfristigkeit und Unumkehrbarkeit von Umbruchprozessen in einer Reihe von sozialistischen Ländern auszugehen, sich dabei nicht auf eine ausschließliche Diskussion von nicht oder nur sehr schwer zu erklärenden Beispielen mit Negativcharakter einzulassen, sondern, gestützt auf unsere Gesellschaftsstrategie, die das feste Bündnis zur Sowjetunion beinhaltet, mehr Wissen und feste Standpunkte auszuprägen, die uns helfen, unsere eigenen Aufgaben zu erfüllen“⁴⁹⁴.

Dies eigenen Aufgaben definiert der Bericht kurz darauf:“ Es bleibt dabei, daß wir entsprechend unserem Auftrag (sic! K.K.) sozialistische Ideologie durch kluge Nutzung unserer Möglichkeiten, insbesondere beim politischen Dialog in kleineren Gruppen, in die Massen hineinragen müssen, wobei wir die Themen bestimmen“⁴⁹⁵. Hier findet sich wohl eine der deutlichsten Aussagen, worin die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft real ihre

⁴⁹³ Ebd. S. 1.

⁴⁹⁴ Ebd. S. 3.

⁴⁹⁵ Ebd. S. 3.

Bestimmung sah. Zwar wollte man die Kultur der Sowjetunion vermitteln, aber vor allem ging es offensichtlich darum, die sozialistische Ideologie unter der Bevölkerung der DDR zu etablieren und diese letztendlich so auf die Linie der SED einzuschwören. Damit übernahm die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ganz selbstverständlich ihre Rolle als Handlanger der Partei.

Immerhin waren die Reaktionen auf die Aktivitäten der Gesellschaft offensichtlich nicht ganz so euphorisch, wie der Bericht glauben machen wollte, denn die Bezirksleitung mußte eingestehen, daß neun Kreisorganisationen im Mai erhebliche Rückstände in der Mitgliederkassierung zugelassen hatten. „Deshalb wurden allen Kreisorganisationen die konkrete Aufgabe gestellt, den Monat Juni zum Monat der höchsten Planerfüllung zu machen und insbesondere das Tempo bei Neuaufnahmen von Mitgliedern erheblich zu beschleunigen“⁴⁹⁶.

Einen Monat später mußte der Bezirksvorstand zugeben, daß dieses Ziel nicht erreicht worden war. Im persönlichen Monatsbericht für Juli 1989 verwies man erneut auf erhebliche Rückstände, die sich bei der Mitgliedererfassung ergeben hatten, immerhin wurden in Magdeburg 108 000 Mitglieder nicht erfaßt, begründete dies jedoch mit der Urlaubszeit. Schon der zweite Punkt verwies darauf, daß die Mitglieder weiterhin ein gesteigertes Interesse an der Innen- und Außenpolitik der DDR hatten, doch verwies der Bericht ausdrücklich darauf, daß es zu den Beschlüssen der 8. Tagung der SED eine breite Zustimmung unter den Mitglieder gäbe. Nicht desto trotz wurden im Rahmen der Veranstaltungen der Gesellschaft für DSF viele Fragen gestellt, die von den Vorständen nicht leicht bzw. gerne zu beantworten waren, wie z.B.

- Warum greift die Regierung der UdSSR nicht stärker bei der Beilegung der nationalen Konflikte durch?
- Wie kann es zu solchen Versorgungsproblemen bei den Waren des täglichen Bedarfs in der Sowjetunion kommen?
- Wir sind Freunde der Sowjetunion, zu welchen Sowjetvölkern sollen wir nun Freundschaft halten?
- Wie kann es in einem sozialistischen Land zu Prostitution und Drogensucht kommen?
- Wird die Perestroika vom Volk nicht verstanden, oder wird diese von den Verantwortlichen nicht durchgesetzt?

⁴⁹⁶ Vgl. ebd. S. 2.

- Welche Auswirkungen haben die sich in der UdSSR, der VR Polen und der UVR vollziehenden Prozesse auf unsere ökonomische Strategie?

- hat die Gesellschaft für DSF gegenwärtig an Bedeutung verloren?⁴⁹⁷

Auch der August brachte keine Beruhigung der Situation. Der Bericht der Bezirksleitung war dementsprechend deutlich umfangreicher und griff das innen- bzw., außenpolitischer Interesse der Mitgliedschaft gleich als ersten Punkt auf. Das dominierende Interesse der Mitglieder lag dabei auf der Diskussion um die aufkommenden Ausreisewelle der DDR-Bürger in der BRD über Österreich und Ungarn und die Legitimität derselben, aber auch auf Fragen der Umgestaltung der UdSSR sowie der politischen Veränderungen in Polen und Ungarn.

Zu diesem Zeitpunkt war es nicht mehr möglich, von einer Neugewinnung von Mitgliedern zu sprechen, allein schon der Erhalt des Staus Quo wurde schwierig. „Dabei spielen aktuelle politische Entwicklungen in der Sowjetunion sowohl objektiv eine Rolle, als auch betont subjektiv. Das heißt, einige Freunde glauben jetzt endlich Argumente in der Hand zu haben, um sich entsprechend ihrer schon länger ausgeprägten politischen Grundhaltung aus dem aktiven Mitgliederleben zurückzuziehen. Auch staatliche und gesellschaftliche Funktionäre ziehen sich gegenwärtig aus notwendigen Auseinandersetzungsprozessen zurück“⁴⁹⁸.

Letztendlich war es also auch auf der Bezirksebene der Gesellschaft nicht mehr möglich, durch „ausgeprägte Kampfpositionen und verstärkten Einsatz“ die ideologische Arbeit plangemäß fortzusetzen, sondern auch hier mußte man sich den Diskussionen der Mitglieder stellen.

5.7. Zwischenbilanz

Mit den von Gorbatschow in der UdSSR durchgeführten Reformen wuchs auch unter den Bürgern der DDR die Hoffnung, ähnliche Umstrukturierungen auch im eigenen Land erwarten zu können. Doch sie wurden schon bald enttäuscht, da die Machthaber der SED nicht willens waren, sich den sowjetischen Reformen anzuschließen bzw. eine öffentliche

⁴⁹⁷ Landesarchiv Magedburg -LHA- Rep. P73 DSF Bezirksvorstand Magedburg, Nr. 1159. Persönlicher Monatsbericht Juli 1989; vom 9. August 1989, S. 4.

⁴⁹⁸ Landesarchiv Magedburg -LHA- Rep. P73 DSF Bezirksvorstand Magedburg, Nr. 1159. Persönlicher Monatsbericht August 1989; vom 14. September 1989., S. 5.

Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und ihrer Geschichte zuzulassen. Statt dessen entwickelte die Partei eine Formel, nach welcher jedes Land ein eigenes Modell zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft verfolge und wandte sich damit von der jahrzehntelang propagierten Vorbildrolle der Sowjetunion ab.

Für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war dies eine außerordentlich schwierige Situation, war sie doch eine in der DDR etablierte Institution, welche von dem Wohlwollen der SED abhängig war und gleichzeitig eine Organisation, deren nominale Aufgabe es war, die Freundschaft zwischen beiden Ländern zu propagieren und zu fördern.

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft versuchte zunächst, dieser Situation gerecht zu werden, indem sie weiterhin die Freundschaft zur UdSSR als ihren zentrale Aufgabe darstellte, die Reformen Gorbatschows jedoch nicht beachtete, sondern sich weiter auf die Partei ausrichtete und damit vollständig zum Propagandainstrument der Partei wurde. Dies spiegeln beispielsweise die neuen Maßnahmen zur Gewährleistung eines Informationsflusses von unten nach oben, aber auch die Durchstrukturierung der Berichterstattung wider, bei denen es vor allem darum ging, die Mitglieder zu kontrollieren und Unruhen innerhalb der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vorzubeugen.

So wurden die Veränderungen in der UdSSR auf dem 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nicht diskutiert, obwohl deutlich wurde, daß es unter den Mitgliedern der Gesellschaft für DSF ein starkes Interesse gab. Statt dessen versuchte man, die Reformen zu bagatellisieren und für das eigene Land als unnötig darzustellen.

Der 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft verlief entsprechend der etablierten Mechanismen ohne größere, systemfeindliche Vorkommnisse, hatte die Gesellschaft doch selbst die „Diskussionsbeiträge“ schon im Vorfeld festgelegt, von der Wahl des Zentralvorstands ganz zu schweigen. Doch schon zu diesem Zeitpunkt gab es im Rahmen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft innerhalb von Veranstaltungen, so etwa der „Woche der DSF“, Forderungen der Mitglieder nach Diskussionen und Informationen über die Vorgänge im Bruderland, waren dem Vorstand der Gesellschaft also bekannt, wurden jedoch nicht beachtet.

Diese Haltung war jedoch nach dem Verbot des „Sputnik“ und der Absetzung von sowjetischen Filmen im Rahmen des „Festivals des sowjetischen Films“ nicht mehr zu halten, da erstmals in der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eine Vielzahl von

Beschwerden der Mitglieder beim Vorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eingingen. Diese waren sowohl von Einzelpersonen als auch von Kollektiven der Gesellschaft für DSF verfaßt worden und spiegelten überwiegend das Unverständnis über die Passivität der Gesellschaft für DSF und die Betroffenheit der Mitglieder über ein derartiges Verbot wider.

Der Vorstand der Gesellschaft reagierte darauf zunächst, indem im Rahmen der Organisation Einzelgespräche mit Verfassern kritischer Briefe geführt wurden. Als die Zahl der Schreiben jedoch zunahm, verschanzte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sich hinter Standardformulierungen und Platitüden, welche das „Sputnik- bzw. Filmverbot herunterspielen sollten, es erfolgte jedoch keine kritische Auseinandersetzung zwischen der Mitgliedschaft und der Führung der Gesellschaft für DSF.

Die Folge dieses ignoranten Verhaltens war es, daß immer mehr Mitglieder ihren Austritt aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erklärten und sich der Zentralvorstand schließlich gezwungen sah, die Massenarbeit zu „effektivieren“. Zu diesem Zweck wurden Kommissionen eingesetzt, welche das gesamte Themenspektrum der DSF-Arbeit abdeckten und deren Aufgabe es war, den Informationsfluß zum Zentralvorstand zu gewährleisten. Außerdem wurden Personen, welche sich kritisch dem System gegenüber äußerten, von der Mitarbeit in der Gesellschaft ausgeschlossen, eine Maßnahme, welche nur kurzfristig von Erfolg sein konnte, sich aber an ähnliche Maßnahmen innerhalb der SED und den anderen Massenorganisationen orientierte.

Trotzdem hielt die Gesellschaft für DSF an der Strategie fest, die Reformen in der UdSSR so wenig wie möglich zu beachten und schloß sich damit der Linie der SED und deren Interpretation der sowjetischen Reformen an, wandte sich aber damit eindeutig gegen die Interessen der eigenen Mitglieder.

VI. Kapitel

Die fünfte Phase: Maßnahmen zur ersten Umgestaltung der Organisation

6.1. Aktion und Reaktion

Massive Veränderungen in der SED

Im Spätsommer bzw. Herbst 1989 spitzte sich die Situation in der DDR zu. Am 10. September hatte Ungarn die Grenzen zu Österreich auch für DDR-Bürger geöffnet. Von dieser Möglichkeit der Ausreise aus der DDR hatten bis Oktober allein ca. 50.000 Menschen Gebrauch gemacht. Außerdem hatten bis zu 7500 DDR-Bürger in den westdeutschen Botschaften der DDR-Nachbarländer Zuflucht gesucht, denen schließlich die Ausreise in die Bundesrepublik genehmigt wurde.

Gleichzeitig kam es in der DDR zur Gründung verschiedener Bürgerbewegungen wie der Oppositionsgruppe „Neues Forum“ oder „Demokratie Jetzt“. Die Zufriedenheit der Bürger der DDR mit den politischen Verhältnissen war massiv gesunken. 1975 meinten nur 14 Prozent und 1981 34 Prozent der DDR-Bürger, die politischen Verhältnisse seien schlechter geworden, aber 1989 sahen das rund 68 Prozent so⁴⁹⁹.

Den Höhepunkt fand die Protestbewegung der DDR-Bürger jedoch in den großen Demonstrationen, hier gewannen die oppositionellen Kräfte, die bleiben und die DDR verändern wollten, einen enormen Auftrieb. Am 9. Oktober kamen 70.000 Demonstranten nach Leipzig um sich für demokratische Reformen einzusetzen, eine Woche später waren es schon 100.000. Einem solchen Druck hatte auch das SED-Regime nichts entgegenzusetzen - erstmals wurden die „Sicherheitskräfte“ bei der Demonstration nicht eingesetzt.

Der Niedergang des alten Regimes war in der Woche nach den Feierlichkeiten zum vierzigsten Jahrestages der DDR nicht mehr zu übersehen. Der Druck auf die Führung der DDR kam aus allen Schichten und Gruppierungen der DDR-Bevölkerung.

Nachdem an der Leipziger Montagsdemonstration vom 17. Oktober 1989 mehr als 120000 Menschen teilgenommen hatten, konnte die Parteispitze eine Reaktion nicht länger verweigern. Es erfolgte eine Verständigung der Mitglieder des Politbüros, welche sich einig waren, daß nur

⁴⁹⁹ Weber, H.: Geschichte der DDR. A.a.O., S. 352.

ein Rücktritt Honeckers und kontrollierte politische Reformen einen Sturz des Regimes verhindern konnten⁵⁰⁰.

Am 18. Oktober 1989 entband das Zentralkomitee der SED Erich Honecker aus „gesundheitlichen Gründen“ und auf „eigenen Wunsch“ von seinem Amt als Generalsekretär und wählte Egon Krenz zu seinem Nachfolger. Krenz blieb Generalsekretär der SED vom 18. Oktober bis zum 3. Dezember 1989. Krenz hatte seit 1953 verschiedene Positionen in der FDJ inne und war 1976-1983 Kandidat, anschließend Mitglied des Politbüros und mit 52 Jahren eines der jüngsten Mitglieder desselben⁵⁰¹. Joachim Herrmann und Günter Mittag wurden aus dem Politbüro abberufen⁵⁰². Krenz stellte den DDR-Bürgern nun zwar politische Veränderungen in Aussicht, doch dachte er dabei wohl eher an moderate Kurskorrekturen. Als Ziehsohn Honeckers bekannt, war seine Autorität gering⁵⁰³.

Doch selbst dieser Schritt reichte der Bevölkerung nicht mehr. Am 23. Oktober kam es in zahlreichen Städten der DDR zu Demonstrationen gegen die Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär und für die demokratische Erneuerung des Landes⁵⁰⁴. Die grundsätzliche vollständige Erneuerung des politischen Systems der DDR und die Neubesetzung der Führungspositionen in demokratischen Wahlen waren nun die Mindestforderungen der Opposition.

⁵⁰⁰ Vgl. Schabowsky, G.: Der Absturz. Berlin 1991. Dazu auch Weber, H.: Geschichte der DDR. A.a.O. S. 353 ff.

⁵⁰¹ Vgl. Krenz, E.: Wenn Mauern fallen. Wien 1990.

⁵⁰² Günter Mittag (1926-1994) war seit 1962 Mitglied des ZK der SED, seit 1989 Mitglied des Politbüros. Er wurde gemeinsam mit Herrman wegen „gröblichster Verstöße gegen die innerparteiliche Demokratie, gegen die Partei- und Staatsdisziplin sowie Schädigung des Ansehens der Partei“ aus dem ZK und einen Monat später aus der SED ausgeschlossen. Joachim Herrman (1928-1992) war seit 1971 Mitglied des Politbüros der SED, dort ab 1979 zuständig für Medien, befreundete Parteien, Blockparteien und die Nationale Front. Von 1976 bis 1989 war er Sekretär des ZK der SED. Vgl. Mittag, J.: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme. Berlin/ Weimar 1991.

⁵⁰³ So Schürer während eines Gesprächs mit der Autorin im Mai 1999.

⁵⁰⁴ Zum Zusammenbruch der DDR vgl.: Hertle, H. - H. und Stephan, G. R. (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. Berlin 1997; Weber, H.: Geschichte der DDR. A.a.O.; Faulenbach, B., Meckel, M. und Weber, H (Hrsg.): Die Partei hatte immer recht. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur. Essen 1994; Henke, K. D. (Hrsg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte um die Stasi-Akten und die DDR-Geschichte auf dem 39. Historikertag in München 1992. München 1993; Hertle, H. - H. : Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989. Berlin 1996; Maier, C. S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt/ Main 1999; Mitter, A. und Wolle, S.: Untergang auf Raten. A.a.O.; Weber, H.: Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR. Köln 1991; Weber, J.: Neues über eine vergangene Diktatur. München 1994; Stephan, G. - R. (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“. A.a.O.; Nakath, D. und Stephan, G. - R.: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987 bis 1990. Berlin 1996.

Auf der größten Massendemonstration in der DDR am 4. November in Ost-Berlin forderte etwa eine Million Menschen freie Wahlen, sowie Presse-, Meinungs-, Reise- und Versammlungsfreiheit. Dies wirkte bis in die Reihen der SED, welche deutliche Zerfallserscheinungen zeigte. Am 8. November wurden auf der Tagung des ZK der SED zusätzliche weitreichende strukturelle Veränderungen beschlossen und das Politbüro auf elf Mitglieder und sechs Kandidaten verkleinert, elf Mitglieder wurden ausgeschlossen, darunter auch Erich Mückenberger und Hermann Axen. Die einschneidendste Veränderung war jedoch eindeutig die überraschende Öffnung der Grenzen nach West-Berlin und in die Bundesrepublik am 9. November 1989⁵⁰⁵.

Die Reaktionen der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft auf die politischen Maßnahmen

Natürlich war auch die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von den Vorgängen in der DDR betroffen. Auch den Mitgliedern des Zentralvorstands war - besonders nach dem Sturz Honeckers - bewußt, daß sie nun nicht mehr an der bisherigen Linie festhalten konnte, sondern auch innerhalb der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einschneidende Schritte notwendig waren, um die Existenz der Gesellschaft sicherzustellen.

Am 26. Oktober 1989 wurde im Protokoll der vierten Sitzung der Kommission „Traditionspflege“ der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft diese neue Situation diskutiert und an einer Problem- bzw. Lösungssuche für die Gesellschaft gearbeitet.

Endlich kam es innerhalb des Zentralvorstands der Gesellschaft für DSF zu der von den Mitgliedern so lange geforderten kritischen Auseinandersetzung mit den Vorgehensweisen innerhalb des letzten Jahres. Dabei wurde festgestellt, daß die Unzufriedenheit innerhalb der Mitgliedschaft vor allem auf folgende Faktoren zurückzuführen sei:

„Das Verbot des „Sputnik“ wurde nicht einleuchtend und ausreichend begründet und hat große Diskussionen mit den Mitgliedern verursacht.

⁵⁰⁵ Die Darstellung der Entwicklung und detaillierter Zusammenhänge des Mauerfalls finden sich in Hertle, H.-H.: Chronik des Mauerfalls. Berlin 1996. S. 144 ff.

(...) Es wird abgelehnt, daß sich die GDSF bislang mit der Darstellung der inhaltlichen Ziele des Staates und der Partei befaßt hat, ohne sich auf ihre Spezifik zu besinnen.“⁵⁰⁶.

Man analysierte weiter, das Ziel sei eine Veränderung der politischen Haltung der DSF und auch eine Umstellung der Strukturen, denn „die Gesellschaft sollte sich zu einer Organisation entwickeln, die Menschen versammelt, die sich über das normale Interesse mit tieferen Kenntnissen über die UdSSR ausrüsten wollen.“⁵⁰⁷.

Mit dem Sturz Honeckers war es auch dem Vorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft klargeworden, daß man sich den gesellschaftlichen Veränderungen stellen mußte. Fieberhaft wurde an einer Umstrukturierung und an Lösungsmöglichkeiten gearbeitet. Am 15. November schrieb Kuhrig an Professor Agsten:“ Wenn es zu einem Rücktritt des Präsidiums und seines Sekretariates kommen müßte - dann wird Freund Prof. Gerlach für dieses Arbeitsgremium bis zum außerordentlichen Kongreß Fritz Krausch vorschlagen.“⁵⁰⁸.

Zu diesem Zeitpunkt wurde zum ersten Mal über die Einberufung eines „außerordentlichen Kongresses“ nachgedacht, auf welchem eine Neuwahl des Präsidiums erfolgen sollte⁵⁰⁹.

Bis zur Einberufung der fünften Tagung des Zentralvorstandes war man sich nicht sicher, ob nur der eventuelle Rücktritt Mückenbergers die Mitglieder der Gesellschaft beruhigen könnte, oder ob ein vollständiger Rücktritt des gesamten Zentralvorstandes gefordert werden würde. In den Überlegungen ging man jedoch erst einmal davon aus, daß nach einem Rücktritt Mückenbergers ein vorläufiger Zentralvorstand die Geschäfte bis zum geplanten außerordentlichen Kongreß leiten könne, sofern man umfangreiche Neuerungen in Aussicht stelle⁵¹⁰. Außerdem beschloß

⁵⁰⁶ Vgl. SAPMO, DY 32, 4379. Protokoll der Sitzung der Kommission Traditionspflege vom 26. Oktober 1989.

⁵⁰⁷ Ebd., S. 1.

⁵⁰⁸ SAPMO, DY 32, 4439. Schreiben Kuhrigs an Agsten vom 15. November 1989.

Rudolf Agsten, Jahrgang 1926, war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der LDPD- Fraktion, Mitglied des Präsidiums der Volkskammer und schon seit 1955 Mitglied des Zentralvorstands der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, bzw. deren Präsidiums.

Manfred Gerlach, geb. 1928, war Vorsitzender der LDPD und seit 1967 Mitglied des Präsidiums der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Am 13. Oktober 1989 hatte er das Machtmonopol der SED in Frage gestellt und grundlegende Reformen gefordert. Als Nachfolger von Egon Krenz wurde er von Oktober 1989 bis März 1990 Vorsitzender der Staatsrates der DDR. 1990 trat er in die FDP ein, 1993 wieder aus, nachdem ein Parteiausschlußverfahren angestrebt wurde. Vgl.: Gerlach, M.: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. Berlin 1991.

⁵⁰⁹ So erinnert sich Heinz Kuhrig bei einem Gespräch mit der Autorin im Mai 1998 in Müggelheim.

⁵¹⁰ SAPMO, DY 32, 4439.

man nun, wegen der „außerordentlichen Lage im Land“ die fünfte Tagung des Zentralvorstandes von Februar auf Dezember und schließlich auf November vorzuverlegen⁵¹¹.

In einer Information des Zentralvorstandes über die bekannten Mindestforderungen der Mitglieder vom 14. November wurden die von den Mitgliedern festgestellten Defizite folgendermaßen festgehalten: „Gefordert wird eine selbstkritische Stellungnahme des Zentralvorstandes und seines Präsidiums zu ihren fehlerhaften, den Interessen der Mitglieder widersprechenden und von Berührungängsten zur sowjetischen Perestroika und Glasnost getragenen Leitungsentscheidungen. (...) Sehr kritische Äußerungen gibt es zu Freund Mückenberger, dem in nicht wenigen Briefen das Vertrauen der Organisation abgesprochen wird. In einem Positionspapier des Sekretariates des Bezirksvorstand Dresden heißt es u.a.: „Wir haben durch deutliche Zeichen und Signale kein Vertrauen, daß eine Erneuerung der Gesellschaft für DSF unter dem derzeitigen Präsidenten möglich ist und beantragen seinen Rücktritt (...)“

Heftig kritisiert wird die Rechtfertigung des „Sputnik“-Verbotes durch das Präsidium des ZV. „Anstatt die eingeforderten Interessen der Mitglieder zu vertreten“, so heißt es in den Briefen, hat sich das Präsidium „mit seiner Rechtfertigung der administrativen Entscheidung zum Verbot des „Sputnik“ gegen den Willen der Mitgliedschaft gestellt.“ Nicht selten wird daraus die Forderung nach einem sofortigen Rücktritt des Präsidiums⁵¹².

Doch die Forderungen gingen über den Rücktritt des Präsidiums hinaus: Eine Analyse der aktuellen Lage in der Organisation sowie neue Konzepte für eine Umstrukturierung zu einer zeitgemäßen Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erschienen nun auch dem Zentralvorstand unerläßlich, außerdem gab man zu, daß durch die Zentrale kritischer Stellung bezogen und die Linie der Organisation neu bestimmt werden sollte. Jedoch hielt man an der Strategie fest, den Mitgliedern der Gesellschaft weiterhin eine „Handlungsanleitung“ zu geben, da ohne diese der „gute Inhalt der Freundschaftsgesellschaft fast sinnentleert“ werde⁵¹³.

Selbstkritisch mußte die Berliner Zentrale der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft feststellen, daß es dem Zentralvorstand in den letzten Jahren nicht gelungen sei, Beschlüsse zu fassen, die den Interessen der Mehrheit der Mitglieder der

⁵¹¹ Vgl. SAPMO, DY 32, 3480. Information des Zentralvorstand über die Mindestanforderungen der Mitglieder vom 14. November 1989.

⁵¹² Alle Zitate ebd., S. 3.

⁵¹³ Ebd., S. 3.

Freundschaftsgesellschaft entsprachen und daher erschien es ratsam, zukünftige Beschlüsse auf breiter Ebene mit der Basis der Gesellschaft zu diskutieren und parallel dazu den Apparat zu reduzieren.

Die „neuen“ Aufgaben der umstrukturierten Gesellschaft für DSF stellten sich damit folgendermaßen dar: Einerseits solle sich die Gesellschaft wieder darauf besinnen, Menschen zu vereinen, deren Interesse an der Sowjetunion überdurchschnittlich waren und sich gleichzeitig wieder ihren ursprünglichen Aufgaben - der Vermittlung von Informationen über die UdSSR und der Förderung freundschaftlicher Beziehungen der Bevölkerungen - zuwenden. Außerdem erschien es notwendig, daß man sich deutlich von anderen politischen und kulturellen Massenorganisationen abhob und die Vermittlung eines realen, lebendigen Bildes über die UdSSR in den Mittelpunkt der Aufgaben der Gesellschaft stellte, insbesondere, da durch die bisherige Anti-Perestroika-Politik und -Haltung dem Image der Gesellschaft für DSF großer Schaden zugefügt worden war.

Nun war man auch innerhalb des Zentralvorstands der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bereit, Initiativen aus der Bevölkerung in Betracht zu ziehen, welche vorschlugen, die Herausgabe von nutzlosem Agitationsmaterial einschließlich der kostenaufwendigen Dia-Reihen einzustellen und statt dessen einen Erfahrungsaustausch über den Umgestaltungsprozeß in beiden Ländern möglich zu machen. Hier wurde auch die Einbeziehung der „Freien Welt“ und der „Presse der Sowjetunion“ gefordert, da es schriftliches Material der Gesellschaft für DSF zu „Perestroika“ und „Glasnost“ kaum zugänglich war und die Artikel in den Zeitschriften auf diese Themen zu wenig, wenn überhaupt eingingen. Des weiteren wurde auch über die Einbeziehung der DSF-Zirkel in die kritische Auseinandersetzung mit den Reformen in der Sowjetunion nachgedacht, die sich unter dem Dach der DSF mit der Auswertung sowjetischer Erfahrungen beschäftigten.

Der Rücktritt Erich Mückenbergers

Im Spätherbst 1989 sah sich der Zentralvorstand nicht nur gezwungen, den Forderungen der DSF-Mitgliedschaft offen zuzuhören, sondern, ganz nach dem Vorbild der SED, über eine zumindest teilweise Umsetzung des Zentralvorstandes ernsthaft nachzudenken und an einer Umstrukturierung der Gesellschaft zu arbeiten.

Schon zu diesem Zeitpunkt war klar, daß eine Präsidentschaft Mückenbergers nicht mehr zu halten war.

Kuhrig erinnert sich, daß ein Rücktritt Mückenbergers schon im Vorfeld der fünften Sitzung des Zentralvorstandes, welche offiziell auf den 20. November 1989 angesetzt worden war, unter den Mitgliedern des Zentralvorstandes diskutiert wurde, besonders nach dem Rücktritt Honeckers am 18. September 1989, und daß das Präsidium des Zentralvorstands Mückenberger fast dazu zwang, rechtzeitig vor der Sitzung schriftlich seinen Rücktritt vom Amt des Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu erklären⁵¹⁴.

In den Akten finden sich zwei unterschiedliche Varianten des Rücktrittsschreibens Mückenbergers. Das erste Schreiben ist auf den 10. November 1989 datiert, also zwei Tage, nachdem Mückenberger auch aus dem Zentralkomitee der SED ausgeschlossen worden war, und ist in den Akten nur als Kopie ohne Unterschrift erhalten.

Der Text ist kurz:

„Es fällt mir schwer, gerade angesichts der krisenhaften Situation, in der sich die sozialistische DDR befindet, das Präsidium des Zentralvorstands zu bitten, dem Zentralvorstand der Gesellschaft für DSF meinen Entschluß zu unterbreiten, ab sofort als Präsident und als Mitglied des Zentralvorstandes der Gesellschaft für DSF zurückzutreten.

Auch weiterhin werde ich als Mitglied unserer Gesellschaft - soweit es meine Kräfte und Gesundheit erlauben - aktiv und rückhaltlos für die Sache der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft wirken.“⁵¹⁵

Kuhrig erklärte später, diese Rücktrittserklärung sei dem damaligen Präsidium nicht ausreichend erschienen und man habe Mückenberger daher aufgefordert, ein ausführlicheres Schreiben zu verfassen⁵¹⁶.

Dieses zweite Schreiben vom 16. November 1989, dieses Mal mit handschriftlicher Unterschrift, findet sich in den Akten im Original und enthält, neben der schon oben formulierten Rücktrittserklärung eine Erläuterung über deren Motive mit folgendem, ausführlichen Inhalt:

⁵¹⁴ Dies bestätigte auch Günther Marsch, ehemaliger Sekretär der DSF, während eines Gespräches mit der Autorin am 17. Mai 1998 in Berlin.

⁵¹⁵ Vgl. SAPMO, DY 32, 3480.

⁵¹⁶ Günther Marsch, ehemaliger Sekretär der DSF, während eines Gespräches mit der Autorin am 17. Mai 1998 in Berlin.

„Ich habe diesen Schritt getan, weil ich mich für die in den letzten Jahren auch in der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eingetretene Fehlentwicklung verantwortlich fühle.

Die Politik der Parteiführung, die ich auch als Präsident unserer Gesellschaft vertreten habe, war für die Freundschaft zur Sowjetunion und für die Entwicklung unserer DSF schädlich. (...) Ich habe die Bedeutung von Perestroika und Glasnost als Impuls für die Erneuerung des Sozialismus verkannt und so dazu beigetragen, daß sie nicht rechtzeitig bei uns Eingang fanden.“⁵¹⁷.

Letztendlich hielt die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auch hier noch die „Reihenfolge“ ein. Zuerst handelte die Partei und erst im Anschluß daran konnte auch die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft reagieren und war damit auf der „sicheren Seite“.

Auf der fünften Tagung des Zentralvorstandes am 20. November 1989 kam es damit zu einem in der über vier Jahrzehnten bestehenden Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu einem bisher einmaligen Vorgang. Erich Mückenberger, zwei Tage vorher noch Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und damit eine der wichtigsten politischen Personen in der DDR, erklärte schriftlich seinen Rücktritt von seiner Funktion als Präsident der Freundschaftsgesellschaft und nahm an der Sitzung - vermeintlich aus gesundheitlichen Gründen - schon nicht mehr teil.

Zur Sitzung waren alle 248 Mitglieder des Zentralvorstandes eingeladen worden, anwesend waren 143 (57,7%). Die Leitung übernahm Valery Fischmann, der auch die Rücktrittserklärung Mückenbergers verlas. Der Zentralvorstand nahm den Rücktritt des Präsidenten an und bestätigte anschließend auch den Rücktritt des Präsidiums und seines Sekretariates mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen⁵¹⁸. Des weiteren wurde die Einberufung eines Außerordentlichen Kongresses beschlossen, dessen Vorbereitung ein „Arbeitssekretariat“ übernehmen sollte.

Diese massiven Eingriffe in die Struktur der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft waren die Antwort auf die Reaktionen in der DDR und auf die politischen Umstrukturierungen

⁵¹⁷ Vgl. SAPMO, DY 32, 3480.

⁵¹⁸ In den Akten heißt es: „Dem in diesem Zusammenhang erklärten Rücktritt des Präsidiums und seines Sekretariates wurde mit Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen entsprochen.“.

der Partei. Der Rücktritt Honeckers und die Entlassung von elf Mitgliedern aus dem Politbüro waren ein massiver Einschnitt und dies hatte auch Folgen für die Gesellschaft für DSF.

Mit dem Ausschluß Mückenbergers aus dem Politbüro mußte die Gesellschaft für DSF erkennen, daß ihr Präsident unhaltbar für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft geworden war. Entsprechend blieb nichts anderes übrig, als Mückenberger auch zu einem Rücktritt von seinem Amt als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu bewegen. Interessant ist, daß diese Schritte erst eingeleitet wurden, als auch die Partei sich eindeutig von ihren früheren Mitgliedern distanzierte und daß die Gesellschaft für DSF nicht schon direkt nach dem Sturz Honeckers derartige Schritte einleitete. Dies zeigt jedoch, wie stark die Gesellschaft noch in ihrem Denken und Handeln den alten Traditionen verpflichtet war. Offensichtlich ging der Zentralvorstand davon aus, so die Gesellschaft für DSF stabilisieren zu können und massivere Einschnitte innerhalb der Struktur der Gesellschaft für DSF zu vermeiden.

Das war im „Drehbuch“ zur fünften Tagung des Zentralvorstandes allerdings nur als „Oder-Variante“ vorgesehen. Vgl. SAPMO, DY 32, 3480.

6.2. Die Umstrukturierung der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft bis zum Außerordentlichen Kongreß

Die Führung der Gesellschaft für DSF übernahm bis zum Außerordentlichen Kongreß das zehnköpfige „Arbeitssekretariat“, welches in geheimer Wahl auf der fünften Sitzung des Zentralvorstandes am 20. November 1989 bestätigt wurde. Der Vorschlag, ein Arbeitssekretariat zu bilden, wurde von 81 Teilnehmern von insgesamt 137 befürwortet. Anschließend stellte man die Personen zur Wahl, die bereit waren, sich in diesem Arbeitssekretariat zu engagieren und einigte sich darauf, daß jeder vorgeschlagene Kandidat mindestens fünfzig Prozent der Stimmen erhalten müsse, also jeder, der sich gegen einen Kandidaten aussprechen wolle, diesen von der Liste streichen könne. In das Arbeitssekretariat gewählt wurden schließlich Heinz Kuhrig mit elf Streichungen, Dr. Udo Bartsch und Peter Krüger mit acht, Valery Fischmann mit 15, Dietrich Freitag mit vier, Fritz Krausch mit zwei, Dr. Klaus Kurz mit 32, Jutta Schneider mit 26, Dr. Horst Schuhknecht mit 13, Gerhard Siebernik mit sieben und Leopold Wohlert mit zehn Streichungen⁵¹⁹. „Daß sechs seiner Mitglieder der SED angehörten, muß man unter das liebgewonnene Gewohnheitsrecht verbuchen, von dem man sich nicht so schnell lösen konnte“, ebensowenig wie von einigen Mitgliedern des alten Präsidiums⁵²⁰. Heinz Kuhrig wurde als Vizepräsident mit der Vertretung der Gesellschaft in der Öffentlichkeit und der Leitung ihrer internationalen Arbeit beauftragt. Der Zentralvorstand beschloß außerdem die Bildung von Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Außerordentlichen Kongresses und die Veröffentlichung der Materialien der fünften Sitzung des Zentralvorstandes sowie einen offenen Brief an die Mitglieder, der in der Beilage „Für den Funktionär“ veröffentlicht werden sollte. Dies war nicht nur ein Indiz für eine vorgesehene Wandlung der Gesellschaft für DSF, sondern auch ein Mittel des Zentralvorstandes, seine eigene, zu diesem Zeitpunkt ziemlich wackelige, Position zu stärken. Dadurch, daß man selber als Vorreiter und Sprachrohr der Reformen agierte, konnte es vielleicht gelingen, die eigene Position wieder zu festigen.

⁵¹⁹ Vgl. SAPMO DY 32/3480. Die 5. Tagung des Zentralvorstands der Gesellschaft für DSF, bzw. des Arbeitskreises des Außerordentlichen Kongresses der DSF. Hier finden sich sogar die Wahlzettel.

⁵²⁰ Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen... A.a.O., S. 427.

Der „Offene Brief“

Als erste aktive Maßnahme beschloß das Arbeitssekretariat das Verfassen eines „offenen Briefes“ an die Mitglieder. In ihm waren zwar noch keine radikalen Änderungen der Organisationsstrukturen und Ziele der Gesellschaft vorgesehen, doch immerhin hatte man sich „als Ergebnis einer selbstkritischen Aussprache für eine grundlegende Erneuerung der Freundschaftsgesellschaft“ ausgesprochen und unterbreitete die Resultate nun als Arbeitsvorschläge der Mitgliedschaft⁵²¹.

In dem Brief hieß es:

„Wir wollen eine Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft,

- die ihrem Namen wieder Ehre macht und den Interessen der Mitglieder gerecht wird;
- als Heimstatt für Menschen, die tiefe Gefühle der Sympathie und Freundschaft mit der Sowjetunion hegen;
- die mithilft, Erfahrungen von Perestroika und Glasnost in der UdSSR für unser Land zu erschließen und damit selbst aktiv für eine tiefgreifende Erneuerung des Sozialismus in der DDR wirkt;
- die Bürger aller Klassen und Schichten, unabhängig von Parteizugehörigkeit, Weltanschauung und religiösem Bekenntnis, auf der Grundlage echter Freiwilligkeit vereinigt und sich als selbstständige, unabhängige Organisation profiliert, die ihre organisatorische Basis in Betrieben, Genossenschaften, Einrichtungen sowie in städtischen und ländlichen Wohngebieten sieht und künftig auch durch Klubs und Interessensgemeinschaften differenzierten Wünschen und Erwartungen der Mitglieder entsprechen will;
- mit demokratischem Charakter und überschaubaren Aufgaben, die sich in ihrer Arbeit konsequent von Formalismus, Bürokratie und Zahlenhascherei freimacht.

Wir wollen den Wünschen und Vorschlägen der Mitglieder entsprechen, indem wir uns einsetzen

- für eine umfangreiche Berichterstattung über Perestroika in der UdSSR durch die DDR-Medien (...),

⁵²¹ Vgl.: „Von der 5. Tagung“. In: Presse der Sowjetunion Nr. 14/1989. Beilage „Für den Funktionär“, S. 553-563.

- für die Einführung von mehr den Interessen der Mitglieder entsprechenden sowjetischen Presseerzeugnissen und Filmen (...),
- für bessere Bedingungen für den (...) Tourismus einschließlich wesentlich mehr Möglichkeiten des Individualtourismus (...)⁵²².

Der „offene Brief“ an die Mitglieder und auch die vom Zentralvorstand unterbreiteten Vorschläge, die, wie der Brief selbst, in der Beilage „Für den Funktionär“ veröffentlicht wurden, können in dieser Form nur als politische Plattform für die Diskussion unter den Mitgliedern in den Grundeinheiten zur Vorbereitung des außerordentlichen Kongresses gesehen werden. In den Vorschlägen wurde davon ausgegangen, daß eine neuprofilerte Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, angesichts ihrer Tradition und trotz der begangenen Fehler, über organisatorische, politische und kulturelle Vorzüge verfügen würde, um einen spürbaren Beitrag für einen „attraktiven Sozialismus“ in der DDR zu erbringen. Als Aufgabe unter dieser Orientierung wurden die Vermittlung eines realistischen Bildes über die Sowjetunion, ein eloquenter Meinungsstreit über die multinationale sowjetische Kunst und Literatur, die Förderung von persönlichen Kontakten und Begegnungen zwischen Ostdeutschen und Bürgern der Sowjetunion sowie die Entwicklung von jugendgerechten Formen und Methoden der Zusammenarbeit ausformuliert.

Endlich war der Zentralvorstand nun bereit, das zuzugestehen, was er der Mitgliedschaft nicht länger verweigern konnte, da die „Volksmassen unseres Landes“ eine „tiefgreifende Erneuerung des Sozialismus in der DDR“ eingeleitet hatten⁵²³. Vorrangig sollte es nun die Aufgabe der Gesellschaft für DSF sein, Kenntnisse und Erfahrungen über die Umgestaltung der Sowjetunion zu vermitteln, außerdem sollte sie sich nicht mehr in die Dienste der Partei stellen.

Dabei sollten folgende Schwerpunkte der DSF-Arbeit in Zukunft in der Berichterstattung und in den Diskussionen berücksichtigt werden:

1. Die Konzeption der Reform des politischen Systems in der Sowjetunion und die daraus gewonnenen bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen,
2. Analyse der Haupttendenzen in der Lösung der nationalen Frage der UdSSR,
3. Darstellung des Grundanliegens und Konzeption der Umgestaltung in der Sowjetunion und Auswertung des bisher erreichten Standes,

⁵²² Ebd., S. 553.

⁵²³ Ebd., S. 556.

4. Inhalt und Realisierung der ökonomischen Reformen in der UdSSR,
5. Diskussion über Trends auf geistig-kulturellem und sozialwissenschaftlichem Gebiet und
6. Erörterung von aktuellen Fragen der Geschichtsdiskussion in der UdSSR, besonders der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus⁵²⁴.

Damit schwenkte die Gesellschaft schließlich auf die Forderungen der Mitglieder ein, die diesen über Jahre verweigert worden waren, und distanzierte sich von ihrer früheren Strategie, in welcher sie sich der Diskussion der Reformen in der Sowjetunion verweigert hatte. Nun war sich der Vorstand einig, daß genau diese Reformen und Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen System der UdSSR im Zentrum der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft liegen und auch eine Auseinandersetzung mit dem Stalinismus erfolgen müsse.

Weitere Maßnahmen des Arbeitssekretariates

Trotz dieser für die Gesellschaft für DSF „modernen“ Forderungen hinkte der Zentralvorstand hinter den Vorstellungen seiner Mitglieder immer noch her, wenn auch, wohl erstmals in der Geschichte der Gesellschaft immerhin der Versuch deutlich wird, den Wünschen und Ideen der Mitglieder in den Führungsentscheidungen gerecht zu werden.

In der Beilage „Für den Funktionär“ wurden gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Neuerungen der Zentrale und dem „Offenen Brief“ auch Beiträge von Mitgliedern veröffentlicht, deren Inhalt in Bezug auf die zukünftige Darstellung und Arbeit der Gesellschaft für DSF weitaus radikaler waren. In diesem Schreiben ging es um Forderungen und Fragen wie z.B. nach einer sofortigen, öffentlichen, kritischen Stellungnahme zu den ideologischen Entscheidungen der Gesellschaft für DSF der vergangenen zwei Jahre, einer Umorganisation der Interessengruppen nach dem Territorialprinzip, dem Austritt der DSF aus dem Kulturbund und der Liga für

⁵²⁴ Ebd., S. 556 f. und 560.

Völkerfreundschaft, die Reduzierung des Verwaltungsapparates und der Mitgliedsbeiträge und den Ruf nach einer Aufdeckung der Finanzen der Gesellschaft⁵²⁵.

Immerhin, in diesem letzten Punkt konnte das Arbeitssekretariat den Forderungen der Mitglieder sofort nachkommen. Die Beilage „Für den Funktionär“ veröffentlichte schon in ihrer nächsten Ausgabe eine Aufschlüsselung der Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für das Jahr 1988⁵²⁶:

Tabelle 7: Einnahmen der GDSF 1988

Einnahmenart	Summe
Mitgliedsbeiträge	77,2 Mio
Veranstaltungen, Verkauf von Materialien	3,8 Mio
Vermietungen von Räumen u.a.	1,7 Mio
Einnahmen gesamt	82,7 Mio

Tabelle 8: Ausgaben der GDSF 1988

Ausgaben	Summe
Beitragsrücklagen an die Grundeinheiten	15,4 Mio
politische und kulturelle Massennarbeit	23,5 Mio
Verwaltungsarbeit	3,9 Mio
Konferenzen auf allen Ebenen	5,0 Mio
Löhne und Gehälter	24,3 Mio
Erhaltung der Grundmittel	9,4 Mio
gesamt	81,6 Mio

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft konnte also Gewinne von 1,1 Millionen DDR-Mark nachweisen

⁵²⁵ SAPMO, DY 32, 4380. Vgl. Informationen über die dem Präsidium des Zentralvorstandes und seinem Sekretariat vorliegenden Forderungen von Mitgliedern, Vorständen und Organisationseinheiten nach einer tiefgründigen Erneuerung der Gesellschaft für DSF, S. 16-31.

⁵²⁶ Vgl. Presse der Sowjetunion Nr. 1/1990. Beilage „Für den Funktionär“, S. 2.

Im Vorfeld der fünften Tagung des Zentralvorstandes hatte Kuhrig zur weiteren Entwicklung der Gespräche zwischen Krenz und Gorbatschow noch konstatiert, „daß die in der DDR eingeleitete Wende zur Erneuerung unserer sozialistischen Gesellschaft die Beziehungen zur Sowjetunion fest einschließt und ein neues Kapitel in der Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit unserer Völker und Staaten aufgeschlagen wurde.

Unsere Mitglieder erkennen, daß es die DDR ernst meint mit einem neuen Herangehen an die Politik der Umgestaltung in der UdSSR und erwarten, daß der Besuch starke Impulse für eine bedeutend engere, vertrauensvolle und effektive Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auslöst.“⁵²⁷.

Nun mußte das Arbeitssekretariat erkennen, daß mit schönen Worten allein das Vertrauen der eigenen Mitglieder nicht zu gewinnen war, bzw. daß im Vorfeld der Vorbereitung des Außerordentlichen Kongresses neue Strategien entwickelt werden mußten. Damit sollten noch zu bildende Arbeitsgruppen beauftragt werden, die auch für die Organisation des Kongresses zuständig waren.

Diese Arbeitsgruppen sollten ihre Arbeit sofort aufnehmen und wurden folgendermaßen eingeteilt:

1. Erarbeitung des Referates,
2. Ausarbeitung des Arbeitsprogramms,
3. Ausarbeitung des Statutes,
4. Ausarbeitung der Wahlordnung,
5. Bearbeitung von Anträgen⁵²⁸.

Betrachtet man heute die Vorkommnisse der fünften Tagung des Zentralvorstandes, muß man berücksichtigen, daß hier ein Ideenbild der DDR-Gesellschaft reflektiert wird, welche erst am Beginn des „Wendeprozesses“ stand. Ein Indiz dafür ist z. B., daß die Forderungen nach einer Demokratisierung der DDR-Gesellschaft und einer humaneren, offeneren Politik im Mittelpunkt des Forderungskataloges stehen.

⁵²⁷ SAPMO, DY 32, 4380. Informationen über die dem Präsidium des Zentralvorstandes und seinem Sekretariat vorliegenden Forderungen von Mitgliedern, Vorständen und Organisationseinheiten nach einer tiefgründigen Erneuerung der Gesellschaft für DSF, S. 16-31.

⁵²⁸ Vgl. ebd., S. 17.

Es spiegelt sich aber auch noch eine Gesellschaft wieder, die in den „alten“ Denkstrukturen verhaftet war. Um so interessanter ist das Bemühen des Vorstandes der Gesellschaft für DSF, den Forderungen und Wünschen seiner Mitglieder entgegenzukommen und dafür sogar solche einschneidende personalpolitische Veränderungen in Kauf zu nehmen, wie es der Rücktritt Mückenbergers für die Gesellschaft für DSF mit Sicherheit war.

Insgesamt setzte der Zentralvorstand auf dieser fünften Tagung erste Zeichen, die auf eine Neuprofilierung und grundlegende Erneuerung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hoffen ließen, auch wenn es zu diesem Zeitpunkt offensichtlich noch nicht möglich war, die alten Denkstrukturen endgültig über Bord zu werfen. Kuhrig faßte diesen Trend in seiner Rede vom 15. November 1989 anläßlich einer Sitzung des Präsidiums des Zentralvorstandes zusammen: „Wir müssen heute offen sagen, daß insbesondere die Beschlüsse des 13. Kongresses bereits in Ansatz falsch waren, von unseren eigentlichen Aufgaben als Freundschaftsgesellschaft wegführten, wir dadurch unser Profil zunehmend einbüßten, den Interessen und Vorstellungen unserer Mitglieder nicht gerecht wurden. Das ist in starkem Maß darauf zurückzuführen, daß die damalige Partei- und Staatsführung der DDR sich prinzipiell von Perestroika und Glasnost in der UdSSR distanzierte und diese Position über den Präsidenten auch in unserer Organisation bedingungslos durchsetzte.

All das wurde begünstigt durch einige verkrustete Auffassungen und Strukturen in unserer Freundschaftsgesellschaft - wie im gesellschaftlichen Leben der DDR insgesamt, des Mißbrauches unserer Partei- und Staatsdisziplin, der Einengung der Gesellschaft als treuer Helfer und Kampfgefährte der Partei der Arbeiterklasse sowie als staatstragende Organisation sowie durch andere Faktoren.

Aufs Äußerste zugespitzt hat sich der Widerspruch zwischen dem eigentlichen Anliegen unserer Organisation, den Interessen unserer Mitglieder und der offiziellen Politik in unserem Lande und in unseren Organisationen, die vom Präsidium im wesentlichen mitgetragen wurde. Eine besondere Zuspitzung fand dieser Konflikt durch das Verbot des „Sputnik“ und von sowjetischen Filmen.“⁵²⁹.

In der Phase vor der Wiedervereinigung stand wie viele andere Organisationen also auch die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vor der Frage, in welcher Form sie sich in Zukunft verstehen und darstellen sollte.

⁵²⁹ SAPMO, DY 32, 3460.

Das nach dem Rücktritt Mückenbergers und des gesamten Sekretariates eingerichtet Arbeitssekretariat mußte sich sowohl mit der Vorbereitung eines Außerordentlichen Kongresses befassen, als auch mit Vorschlägen über die Neugestaltung der Gesellschaft, die von den unterschiedlichsten Ebenen an das Arbeitssekretariat gerichtet wurden. An Anregungen aus allen Ebenen der Mitgliedschaft und der Funktionäre mangelte es zu diesem Zeitpunkt nicht. So stellte sich der Kreisvorstand der Gesellschaft für DSF Neubrandenburg die Neuformierung der Gesellschaft z.B. folgendermaßen vor: „(...) Wir wollen deshalb unsere Organisation in eine internationale Freundschaftsgesellschaft umprofilieren. Wir meinen, daß das den Erfordernissen der Zeit entspricht. Wir sehen drei territoriale Hauptsäulen unserer Arbeit:

- Sowjetunion
- Sozialistische Staaten
- Andere Länder Europas, vor allem jene, wo wir Städtepartnerschaften haben.“⁵³⁰

Heftiger reagierte man in Cottbus: „Ohne die Freundschaft zur Sowjetunion (...) abzuwerten, schlägt die Grundeinheit der Gesellschaft für DSF des WBK Cottbus vor, die Gesellschaft der DSF durch eine neue Gesellschaft zu ersetzen. Die Mitglieder der DSF sind empört über die späte Reaktion des Zentralvorstands und seines Präsidiums. Sie halten die gegenwärtigen Vorschläge zur Weiterführung der DSF-Aktivitäten als nicht akzeptabel, politisch falsch und betrachten sie als Restauration veralteter Ideologien und des Apparates.“⁵³¹

Ähnliche Forderungen kamen im November 1989 auch aus Rostock, hier “(...) wurde die Meinung geäußert, daß eine Freundschaftsgesellschaft wie in der Gegenwart, die nur einseitig ausgerichtet ist auf Freundschaft mit einem Land einfach keine Basis mehr hat (sic!).“⁵³²

Um diesen vielfältigen Forderungen zu entgegnen und Maßnahmen zur „Rettung“ der Gesellschaft zu unternehmen, entwickelte das DSF-Arbeitssekretariat einen Maßnahmenplan, dessen Durchführung unmittelbar in Angriff genommen werden sollte.

Mit am wichtigsten war dabei die von den Mitgliedern sehr häufig geforderte Propagierung der Gedanken von „Perestroika“ in der UdSSR und deren - nicht nur politischen - Auswirkungen. Man beschloß, eine Broschürenreihe über die „Perestroika“ herauszugeben und diese in den

⁵³⁰ SAPMO, DY 32, 4006. Schreiben an den Zentralvorstand 1989. Hier: Schreiben des Kreisverbandes der DSF Neubrandenburg an den Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 6. Dezember 1989.

⁵³¹ SABMO, DY 32. Schreiben der GDSF Rostock an den Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (ohne Datum/ November 1989, K.K.).

⁵³² Ebd., S. 1.

Häusern der DSF mit den Mitgliedern zu diskutieren. Außerdem wollte man die Anzahl der Sowjetischen Presseerzeugnisse erhöhen und besonders im Bereich der Publikationen der Gesellschaft verstärkt über die UdSSR und über die wirtschaftliche und politische Situation berichten.

Als sofortige Maßnahme und großen Schritt hatte sich Kuhrig gleich nach der fünften Sitzung des Zentralvorstandes entschlossen, in der nächsten Ausgabe „Für den Funktionär“ die Rede Chruschtschows zum XX. Parteitag der KPdSU ungekürzt und originalgetreu zu veröffentlichen.

Das Auftreten der Gesellschaft gegenüber den regionalen Massenmedien wurde ebenfalls geplant. Der Pressereferent der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Erhard Röhmer, verwies auf folgende Strategie:

„Es ist notwendig, öffentlich zu erklären, daß wir uns von alten Arbeitsweisen lösen, um ausschließlich im Sinne der Interessen, Wünsche und Vorschläge der Mitglieder in Freundeskreisen, Zirkeln, Interessengemeinschaften und ähnlichen Basisgruppen zu wirken (...). Es ist wichtig, in der Öffentlichkeit auf die ersten bescheidenen Versuche einer neuen Qualität in unserer Arbeit zu verweisen (...).“⁵³³.

Dennoch unternahm das Arbeitssekretariat seit der fünften Tagung des Zentralvorstandes der Gesellschaft für DSF auch Anstrengungen zur Weiterführung der traditionellen Arbeit der Gesellschaft im Rahmen der Vorbereitungen der „Woche der Waffenbrüderschaft“ und der „Woche der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“. Außerdem versuchte man Kontakte zur Generaldirektion des Reisebüros der DDR und den Vertretungen von „Intourist“ zu intensivieren und diskutierte ein mögliches eigenständiges Engagement der Freundschaftsgesellschaft im touristischen Bereich.

⁵³³ Ebd., S. 1.

Die Gesellschaft am Zentralen Runden Tisch

In diesen Komplex der Bereitschaft, nun endlich als selbständige Organisation zu agieren und Verantwortung für dieses Handeln zu übernehmen, fiel auch das Bemühen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, an dem politischen „Wendeprozess“ in der DDR aktiv mitzuarbeiten. Daher stellte das Arbeitssekretariat einen Antrag zur Teilnahme am Zentralen „Runden Tisch“.

Die Einrichtung von „Runden Tischen“ 1989 ging auf Forderungen der DDR-Oppositionellen zurück, die mit den alten DDR-Machthabern in einen Dialog treten und diese zur Offenlegung der realen Situation im Lande zwingen wollten. Obwohl die Errichtung von „Runden Tischen“ auf lokaler Ebene relativ reibungslos vonstatten ging, war die Einrichtung eines „Zentralen Runden Tisches“ weitaus komplizierter. Am 7. Dezember 1989 gelang es schließlich unter der Leitung der Kirchen, einen „Zentralen Runden Tisch“ zu initiieren. Die SED sprach sich in diesem Zusammenhang massiv für eine Beteiligung der Massenorganisationen aus, wohl in der Hoffnung, sich durch diese Taktik eine Mehrheit sichern zu können. Dieser Plan ging nur teilweise auf, denn immerhin wurden der FDGB am „Zentralen Runden Tisch“ zugelassen. Weiteren Massenorganisationen wurde ein Beobachterstatus eingeräumt, so u.a. der FDJ, dem Kulturbund und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft⁵³⁴.

In einem „Bewerbungsschreiben“ der Gesellschaft für DSF zur Teilnahme an den Gesprächen des Zentralen Runden Tisches heißt es: „Als traditionsreiche Gesellschaft, die für Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion, für eine enge Zusammenarbeit der DDR und der UdSSR, für breite Information über Geschichte und Gegenwart deutsch-sowjetischer Freundschaftsbeziehungen und für deren Stabilität und gedeihliche Weiterentwicklung eintritt, sind wir zutiefst besorgt über die Erscheinungen von Ausländerfeindlichkeit und über großdeutsche Parolen in unserem Land, die friedensgefährdend sind und der Freundschaft zur

⁵³⁴ Vgl. Zum „Runden Tisch“ Thaysen, U.: Der Runde Tisch. Oder: Wo bleibt das Volk? Opladen 1990; ders. und Kloth, H.M.: Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. „*Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl*“. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden 1995; Band VII, 2, S. 1706; Schroeder, K.: Der SED-Staat, A.a.O., S. 344 ff.

Sowjetunion Schaden zufügen. Im Namen unserer Mitglieder sehen wir es als unsere Pflicht an, dazu unseren eindeutigen Standpunkt in den „Runden Tisch“ einzubringen.“⁵³⁵.

Es erschien der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft jedoch auch wichtig, darauf hinzuweisen, daß es sich um eine „erneuerte“ Organisation handelte, die nicht mehr von der SED dominiert werden konnte. So konstatierte Kuhrig in dieser Bewerbung weiter: „Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unternimmt große Anstrengungen, ihr eigenes Profil im Sinne der weiteren Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion neu auszuprägen und wirkt aktiv an der gesellschaftlichen Erneuerung unseres Landes mit. Daraus leiten wir im Namen des Zentralvorstandes unserer Freundschaftsgesellschaft den berechtigten Antrag ab, am „Runden Tisch“ teilzunehmen“⁵³⁶.

Und tatsächlich wurde dieser Anfrage entsprochen. Seit dem 22. Januar 1990 war die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an der Arbeitsgruppe „Ausländerfragen“ des Runden Tisches beteiligt.

Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen

Nach der fünften Sitzung des Zentralvorstands bemühte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sich, Kontakte zu Bürgerbewegungen aufzunehmen. So fanden erste Gespräche mit Vertretern des „Demokratischen Aufbruchs“, der Bewegung „Demokratie Jetzt“ und führenden Persönlichkeiten der evangelischen Kirche in der DDR, so unter anderem auch mit Manfred Stolpe statt⁵³⁷.

Ziel dieser Gespräche war es, Gruppen, die ebenfalls an freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion interessiert waren, an der Neukonsolidierung der DSF zu beteiligen und sie zur Teilnahme und Diskussion am Außerordentlichen Kongreß aufzufordern. In wie weit ein solches Unterfangen erfolgversprechend schien und welche konkreten Schritte in diesem Zusammenhang vorstellbar waren, wurde in einer Art Memorandum fixiert. Dabei wurde über

⁵³⁵ SAPMO, DY 32, 4604. Bewerbungsschreiben der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an Oberkirchenrat Kirchner, ohne Datum, November 1989.

⁵³⁶ Ebd., S. 1.

das Selbstverständnis der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ z. B. festgehalten, daß diese sich „gegenwärtig noch als Opposition und Kollektiv im Prozeß der gesellschaftlichen Selbstreinigung der DDR verstehe“ und weiter wurde vermerkt: „In ihrem Selbstverständnis gehen sie vom Aufbau eines demokratischen Sozialismus aus.“⁵³⁸. Auf Grund dieses politischen Selbstverständnisses wären die Vertreter der Organisation „Demokratie Jetzt“ allerdings nicht bereit, sich organisationspolitisch und personell durch eine andere Organisation wie die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft „vereinnahmen“ zu lassen. Die Gesprächspartner von „Demokratie Jetzt“ ließen aber durchblicken, daß je nach der weiteren Entwicklung in der DDR eine engere Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nicht auszuschließen sei⁵³⁹.

Vielsprechender klang da schon der Versuch der Gesellschaft für DSF, mit Vertretern des „Demokratischen Aufbruchs“ in Verbindung zu treten. Am 5. Dezember 1989 trafen sich Dr. Udo Bartsch, Fritz Kausch und Leopold Wohlert als Vertreter der DSF mit Rainer Eppelmann und Rudi Pahnke⁵⁴⁰, den offiziellen Vertretern des „Demokratischen Aufbruchs“.

Der Ergebnisbericht stellt fest, daß auch der „Demokratische Aufbruch“ eine positive Haltung zur „Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion auf gesamtgesellschaftlicher, staatlicher, insbesondere aber individueller Ebene“⁵⁴¹ habe und die Existenz und Arbeit einer Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unterstütze. Als vielversprechendes Ergebnis dieses Treffens konnten die Vertreter der Gesellschaft für DSF später feststellen, die beiden Gesprächspartner hätten „ohne sich bereits endgültig für die spätere Partei zu äußern (...) für sich und auch für andere Vertreter ihrer Organisation eine organisatorisch institutionelle Mitwirkung in der Gesellschaft für DSF nicht ausgeschlossen.“⁵⁴².

Während des Gespräches sei es den Vertretern des „Demokratischen Aufbruchs“ besonders wichtig für eine Entwicklung der DDR erschienen, den Abbau der Behinderungen von persönlichen Kontakten zu Bürgern der Sowjetunion zu unterstützen, sowie die Förderung des Erlernens der russischen Sprache. Außerdem hätten sich beide Gesprächspartner bereit erklärt

⁵³⁷ Vgl. SAPMO, DY 32, 4604. Gesprächsvermerke des Arbeitssekretariates der Gesellschaft für DSF vom 4. und 5. Dezember 1989.

⁵³⁸ Ebd., Vermerk vom 4.12.89. S. 1.

⁵³⁹ Ebd., S. 1.

⁵⁴⁰ Rudi Pahnke, geb. 1943, ist evangelischer Theologe und Mitbegründer der Partei Demokratischer Aufbruch.

⁵⁴¹ SAPMO, DY 32, 4604. Vermerk vom 5. Dezember 1989.

„sich zu dem sie bewegenden Thema der Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion und der Freundschaft zwischen den beiden Völkern in Veranstaltungen der Gesellschaft für DSF (Zentrales Haus der DSF) zu artikulieren“ und mit anderen Personen des öffentlichen Lebens an Gesprächsrunden teilzunehmen⁵⁴³.

Hier zeigt es sich, wie überaus deutlich die DSF mittlerweile zu der Überzeugung gekommen war, daß eine Diskussion auch innerhalb der Gesellschaft über die Weiterentwicklung der DDR notwendig war, um Mitglieder zu binden. Die Bereitschaft, dabei Personen einzubeziehen, die bekannterweise der DDR-Opposition zuzurechnen waren, ist eindeutig ein Indiz für die schwierige Situation, in der sich die bis dahin rückratlose DSF-Führung befand und spiegelt den Versuch wieder, nicht nur ein eigenes Profil zu zeigen, sondern sich auch als reformbereite Organisation zu präsentieren.

Dazu zählte weiterhin ein Termin, den die Vertreter der Gesellschaft für DSF am ebenfalls 5. Dezember 1989 mit Dr. Manfred Stolpe⁵⁴⁴ als Vertreter der evangelischen Kirche hatten. Als Ergebnis wurde festgehalten, daß auch für Stolpe die Notwendigkeit einer Gesellschaft für DSF zur Förderung einer engeren Zusammenarbeit mit der Sowjetunion notwendig sei. Dieses Interesse lasse sich nicht nur aus der aktuellen politischen Sicht begründen, vielmehr „leitet die evangelische Kirche die Notwendigkeit eines engen Freundschaftsverhältnisses zwischen unseren Völkern aus kulturgeschichtlichen Erkenntnissen her“⁵⁴⁵.

Weiter wurde festgestellt, daß auch Stolpe die „Mitwirkung von Kirchenvertretern in den Leitungsorganen der Gesellschaft für DSF“ unterstütze⁵⁴⁶.

Immerhin ging man im Rahmen dieses Gespräches schon so weit, Empfehlungen auszusprechen, welche Vertreter der evangelischen Kirche in der DDR anlässlich des Außerordentlichen Kongresses in Schwerin zu Wort kommen sollten. Dafür kamen vor allem prominente, bisher als systemkritisch bekannte Personen in Betracht. So wurde u.a. vorgeschlagen, Altbischof Dr. Werner Krusche aus Magdeburg für ein Grußwort zu gewinnen, da dieser eine angesehene

⁵⁴² Ebd., S. 1.

⁵⁴³ Ebd., S. 1.

⁵⁴⁴ Manfred Stolpe, geb. 1936, Kirchenjurist. Er war maßgeblich beteiligt an der Gründung und Profilierung des Bundes evangelischer Kirchen in der DDR 1969. Ab 1982 war er Konsistorialpräsident des evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg. 1990 trat er in die SPD ein und im selben Jahr wurde er Ministerpräsident des Landes Brandenburg. Seit 1991 gehört er dem SPD Parteivorstand an. Vgl.: Stolpe, M.: Schwieriger Aufbruch. Berlin 1992.

⁵⁴⁵ SAPMO, DY32, 4604 Vermerk vom 5. Dezember 1989.

⁵⁴⁶ Ebd., S. 1.

Persönlichkeit in evangelischen Kirchenkreisen sei⁵⁴⁷. Der spätere Vorsitzende der Gesellschaft für DSF, Cyrill Pech, wurde zwar nicht erwähnt, jedoch scheint die Vermutung nahezuliegen, daß Pech's Amt als evangelischer Pfarrer bei seiner Wahl zum Vorsitzenden der DSF eher ein Vor- als ein Nachteil war.

Die sechste Tagung des Zentralvorstandes

Am 1. Dezember 1989 wurde die „führende Rolle“ der SED aus der DDR-Verfassung gestrichen und damit war die Hegemonie der SED im politischen System der DDR beendet. Die SED schloß am 3. Dezember ehemalige hohe Funktionäre, darunter Honecker und Mielke, als dem Zentralkomitee und der SED aus, gleichzeitig wurden Einzelheiten über Korruption und kriminelle Taten ehemaliger ZK-Mitglieder bekannt und versetzten der Partei einen weiteren Schlag. Am 6. Dezember traten Krenz, das Politbüro und das ZK zurück.

Bis zur sechsten Tagung des Zentralvorstandes am 21. Dezember 1989 hatte das Arbeitssekretariat der Gesellschaft für DSF schließlich auch einige Neuerungen bzw. Erfolge vorzuweisen. Dies war angesichts der Ereignisse in der DDR auch notwendig.

Erstmals wurde dank des aufgebauten, massiven Drucks durch die Mitgliedschaft in der Beilage zur „Presse der Sowjetunion“ eine Stellungnahme des Vorstandes über die finanzielle Lage der Gesellschaft für DSF unter dem Titel „Unsere Antwort“ veröffentlicht.

Damit erfüllte der Zentralvorstand eine der wichtigsten Forderungen der fünften Tagung, in derer verkündet hatte: „Wir sind für das Offenlegen der Finanzen auf allen Ebenen unserer Organisation.“⁵⁴⁸.

Ein weiterer Aspekt waren organisatorische Fragen, die in der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft einen breiten Raum einnahmen.

Die „Vorstellungen hinsichtlich des künftigen Organisationsaufbaus“ und die „Ausarbeitung von Vorschlägen zur radikalen Veränderung und Vereinfachung des Berichtswesens und der Statistik“ wurden auf der sechsten Tagung des Zentralvorstandes am 21. Dezember 1989

⁵⁴⁷ Ebd., S. 1.

⁵⁴⁸ Vgl: „Unsere Antwort“. In: Presse der Sowjetunion. Nr. 1/1990. Beilage Für den Funktionär, S. 2.

erläutert und die Bildung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die Vorschläge entwickeln sollte, wie die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an der Gestaltung von partnerschaftlichen Beziehungen zu sowjetischen Institutionen mitwirken können und wie die als notwendig angesehenen Korrekturen auf dem Gebiet „Ökonomische Initiativen“ auszusehen hätten⁵⁴⁹.

Hervorzuheben ist an dieser Stelle, daß in den von dieser Arbeitsgruppe erarbeiteten Entwürfen der Satzung und anderer Dokumente für den Außerordentlichen Kongreß die Anerkennung der führenden Rolle der SED nicht mehr aufgenommen wurde und man die entsprechende Formulierung in der noch gültigen Satzung noch auf der sechsten Tagung mit sofortiger Wirkung strich.

Schwieriger gestaltete sich die Formulierung der von der Mitgliedschaft geforderten selbstkritischen Stellungnahme des Zentralvorstandes. Doch das Arbeitssekretariat war nun auch zu dem Eingeständnis bereit, daß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durch eine fehlerhafte, den Interessen der Mitgliedschaft zuwiderlaufende und von Berührungängsten zur Politik der „Perestroika“ geprägten Führung der Gesellschaft Schaden zugefügt worden war und erkannte ebenfalls die Unfähigkeit des Vorstandes zur kritischen Stellungnahme gegenüber der SED an.

In einer Erklärung, welche vom Zentralvorstand der Gesellschaft noch am 21. November 1989 abgegeben wurde, heißt es, man müsse heute feststellen, daß es der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nicht gelungen sei, das in der DDR vorhandene Defizit in der Vermittlung eines lebendigen Bildes der UdSSR trotz der vorhandenen Mittel aufzufüllen⁵⁵⁰. „Das Sekretariat hat - trotz vielfacher Hinweise aus der Mitgliedschaft - ungenügend Mut und Konsequenz bewiesen, gegen administrative Entscheidungen wie im Fall des „Sputniks“ oder neuer sowjetischer Filme aufzutreten.“⁵⁵¹.

Ebenfalls im Rahmen der Vorbereitungen des außerordentlichen Kongresses wurde eine stärkere Berücksichtigung der Meinungen und Vorstellungen der Mitglieder, sowie eine größere Öffentlichkeit für deren Anliegen eingeplant. Die schon im Vorfeld gerade von der

⁵⁴⁹ Die sog. „Ökonomischen Initiativen“ waren Zirkel zum Studium sowjetischer Produktionsmethoden, förderten die Teilnahme der Mitglieder an der Bewegung der „Messe der Meister von Morgen um den Kampf um den Ehrentitel Kollektiv der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ u.ä.

⁵⁵⁰ SAPMO, DY 32, 3480. Erklärung von Kuhrig anlässlich des Besuches des Generalsekretärs des ZK der SED in Moskau am 20.11.1989. S. 1.

⁵⁵¹ Ebd., S. 1.

Mitgliedschaft begonnene Diskussion, welche wenigstens teilweise in der „Presse der Sowjetunion“ veröffentlicht wurde, drehte sich nicht allein um die Erneuerung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, sondern war auch geprägt von den Rufen nach einer kritischen Analyse der Gesamtsituation in der DDR sowie der Diskussion um die Suche nach neuen, realistischen Konzepten für eine adäquate Arbeit als unabhängige Massenorganisation. In diesem Zusammenhang wurden auch Konzepte zur Neustrukturierung der Führung der Gesellschaft, einem neuen inhaltlichen Profil, der Befreiung von Formalismen, Überbürokratisierung und dem Aufbrechen alter hierarchischer Strukturen von Seiten der Mitglieder eingebracht.

Die sechste Tagung des Zentralvorstandes der DSF beschloß schließlich die offizielle Einberufung des Außerordentlichen Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nach Schwerin für den 27. Januar 1990. Außerdem wurden die „Grundpositionen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ als vorläufiges Programm und die Satzung als Entwurf für die Beschlußfassung des Kongresses verabschiedet.

Gleichzeitig sah man sich auch gezwungen, die Mitgliedsbeiträge neu zu regeln und so wurde eine neue Beitragsordnung zum 1. Januar 1990 beschlossen. Der Mitgliedsbeitrag sollte jährlich erhoben werden und in Abstimmung mit dem Vorstand bzw. den Vorständen der Basisgruppen entsprechend den finanziellen Möglichkeiten des einzelnen Mitgliedes festgelegt werden⁵⁵². Man einigte sich auf einen Mindestmitgliedsbeitrag von sechs Mark, einem Regelbeitrag von zehn Mark sowie Förderbeiträge von 20 bzw. 30 Mark und Beiträge für Schüler, Lehrlinge, Studenten und Rentner von einer Mark. Von den eingenommenen Beträgen sollten schließlich 40% den jeweiligem Basisgruppen für ihre Arbeit zur Verfügung stehen.

Ebenso wie in der vorangegangenen Ausgabe „Für den Funktionär“ wurde auch im ersten Heft des Jahres 1990, welches im Januar erschien, die Gelegenheit ergriffen, die Mitglieder über die Neuerungen innerhalb der DSF zu informieren. So wurde nicht nur darauf verwiesen, daß der Zentralvorstand die Rückgabe des an Ceausescu verliehenen Karl-Marx-Ordens verlange⁵⁵³, sondern man veröffentlichte auch dieses Mal Auszüge aus Briefen, die man in die folgenden vier „Pro-und Contra“-Gruppen unterteilte:

1. Stellungnahmen zur Existenz der Freundschaftsgellschaft

⁵⁵² „Unsere Antwort“. In: Presse der Sowjetunion. Nr. 1/1990. Beilage Für den Funktionär, S. 2.

⁵⁵³ Ebd., S. 1.

2. Vorschläge zum Inhalt der zukünftigen Arbeit der Gesellschaft
3. Anregungen zum ökonomischen Engagement der GfDSF und
4. Auffassungen zum zukünftigen Organisationsaufbau.

In diesem Zusammenhang ist vor allem der erste Aspekt „Stellungnahmen zur Existenz der Freundschaftsgesellschaft“ aufschlußreich. Der Zentralvorstand veröffentlichte unter diesem Punkt neun Zuschriften, welche sich aus Briefen, die sich direkt an die DSF-Vorstände richteten und Protokollen von DSF-Versammlungen, in denen eine Position festgelegt wurde, zusammensetzten.

Von diesen Schreiben sprachen sich acht für ein Weiterbestehen der Gesellschaft aus, wobei zwei ein Weiterbestehen unter einem anderen Namen forderten. Nur eine einzige Zuschrift vom Vorsitzenden der Grundeinheit der DSF-Großbaustelle KKW Stendal verlangte die Auflösung der Gesellschaft. In dieser heißt es: „Heute sehen viele Mitglieder, mit denen ich gesprochen habe, und auch ich selbst den historischen Auftrag der GfDSF als erfüllt an. Wir sollten zu Schluß kommen, unsere Gesellschaft aufzulösen.“⁵⁵⁴.

In zwei Beiträgen wurde dieser Idee ausdrücklich widersprochen, „da die deutsch-sowjetische Freundschaft durch den Umgestaltungsprozeß auch in unserem Land aktueller denn je geworden ist.“⁵⁵⁵.

Doch auch in den die Existenz der Gesellschaft bejahenden Beiträgen spiegelt sich die Unzufriedenheit und der Wunsch nach Reformen wider, mit denen man das Vertrauen der Mitgliedschaft zurückgewinnen wollte. Gerade dieses wurde in den Briefen thematisiert. So schrieb der Vorsitzende des DSF-Stadtverbandes Dresden und Mitglied des DSF Zentralverbandes, Heinz Sacher: „Der Verlußt an Vertrauen der Mitglieder zu den Funktionären und zu den Vorständen, insbesondere (...) zum Zentralvorstand ist groß. Vom Verbot des „Sputnik“ über die restriktive Behandlung der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“, die Unterdrückung der Aufführung sowjetischer Filme und sowjetischer Literatur, über die aus historischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen herausgelösten Meldungen über miese Zustände und Armut in der Sowjetunion bis hin zum angeblich nicht notwendigen

⁵⁵⁴ Ebd., S. 2.

⁵⁵⁵ Ebd., S. 2.

Tapetenwechsel (den Lesern mitgeteilt via „Stern“) und dem schäbigen Artikel über den Film „Die Reue“ im ND, ging diese Linie (...).“⁵⁵⁶.

Die geänderte Einstellung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, auch unter formalen Aspekten, umzusetzen war eine kritische Forderung der DSF-Grundeinheit im VEB Haushaltsgeräte Karl-Marx-Stadt, Werk Suhl. Hier wurde die Meinung vertreten „ (...) daß das Statut der GfDSF vom Mai 1983 nicht mehr den neuen Anforderungen entspricht, und wir halten folgende Änderungen für erforderlich:

1. Streichung des Satzes „unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nimmt sie aktiv an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft der DDR teil“ aus der Präambel.
2. Abkehr vom Prinzip des demokratischen Zentralismus.
3. Streichung des Satzes: „Der Vorstand handelt in Übereinstimmung mit der jeweiligen Leitung der SED in Punkt II/3 (...).“⁵⁵⁷.

Die Auswahl der präsentierten Artikel spiegelt deutlich das Interesse des Zentralvorstandes wieder. Die Forderung nach einer Auflösung der Gesellschaft wurde nach diesen Auszügen nur von einem kleinen Teil der Mitgliedschaft gestellt (eine Zuschrift), während die anderen Beiträge sich deutlich für ein Weiterbestehen der DSF einsetzten. Doch weisen die veröffentlichten Artikel versteckt in eine andere Richtung - denn in zwei Beiträgen wird einer Auflösung massiv widersprochen: „(...) im Gegensatz zu den wiederholt an uns herangetragenen Forderungen zur Auflösung unserer Organisation.“⁵⁵⁸. Diese Bemerkung gibt einen Hinweis, daß eine Diskussion um die Auflösung der DSF innerhalb der Basis der Gesellschaft gleichwohl stattgefunden haben muß.

Immerhin bewies die Gesellschaft für DSF ein wachsendes Interesse, was den Umgang mit neuer sowjetischer „Perestroika-Literatur“ anging. So wurde in der Rubrik „Unsere Antwort“ von Udo Bartsch⁵⁵⁹ die Frage erläutert, was denn die „Literatur der Perestroika“ nun Neues bringe. Es war ungewöhnlich in der Geschichte der DSF, daß auch manch kritischer Ton angeschlagen wurde, dem nun Raum zu Diskussion eingeräumt werden konnte. So hieß es unter anderem: „Gewiß, bei der Aneignung von Kunst der Perestroika wollte und will bei manchem,

⁵⁵⁶ Ebd., S. 3.

⁵⁵⁷ Ebd., S. 2.

⁵⁵⁸ Ebd., S. 2.

⁵⁵⁹ Er war Mitglied des Arbeitssekretariates und Leiter der Abteilung Kultur.

der immer noch ein romantisch-verklärtes Bild vom Sowjetland pflegte und der Jugend als richtendes Beispiel empfahl, so recht keine Freunde aufkommen über das, was da mit einem Mal in erschütternden Bildern schonungslos und rigoros öffentlich gemacht wurde und wird. Und gewiß werden wir eine Zeit lang noch aktionsreich gerade die dunklen Seiten der Geschichte und der Verhältnisse, die es auch reichlich gab (...) ausgeleuchtet finden. Erst müssen wohl der geistige Schutt und jahrzehntelang lastende Widersprüche abgetragen werden, bis die ausgewogene, dialektische Sicht auf Geschichte und gesellschaftliche Verhältnisse frei wird (...).⁵⁶⁰

Sowohl die Vorbereitungen der fünften als auch der sechsten Tagung des Zentralvorstandes machen deutlich, wie sehr sich der Vorstand darum bemühte, den Forderungen seiner Mitgliedschaft entgegenzukommen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte stellte sich die DSF als Gesellschaft mit eigenem Profil und eigenen Ideen dar.

So hatte der Zentralvorstand schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Mitgliederzuschriften einem Teil der Wünsche entsprochen.

Die Bereitschaft der DSF-Führung, sich trotz ihres Bestrebens um Unabhängigkeit auch weiterhin mit der Unterstützung von staatlichen Aufgaben zu beschäftigen, soweit diese die deutsch-sowjetische Freundschaft tangierten, spiegelt sich in dem Bemühen der Gesellschaft um die Realisierung des Beschlusses des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Februar 1990 über die „Konzeption für das Vorgehen der DDR zur Unterstützung der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität“ wider⁵⁶¹.

In der Konzeption dieses Beschlusses wurde festgehalten, daß es für die DDR weiterhin wichtig sei, die Freundschaft zur Sowjetunion zu erhalten und in diesem Zusammenhang auch die Zusammenarbeit mit Sowjetbürgern deutscher Nationalität zu fördern. Dabei konzentrierte sich die Arbeit hauptsächlich auf „die Erhaltung, Pflege und Entwicklung der kulturellen Traditionen und Werte, einschließlich der deutschen Sprache und Literatur; auf die Erweiterung der Kontakte und Beziehungen zwischen den staatlichen Einrichtungen auf allen Ebenen und auf die Förderung der persönlichen Kontakte der Kollektive und Bürger beider Länder.“⁵⁶².

Hervorgehoben wurde, daß besonders auf dem Gebiet der Medien- und Informationspolitik die

⁵⁶⁰ Presse der Sowjetunion. Nr. 1/1990, Beilage „Für den Funktionär“, S. 2.

⁵⁶¹ Vgl. SAPMO, DY 32, 4492. Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Februar 1990.

⁵⁶² Ebd., S. 1.

begonnene Zusammenarbeit weiterhin fortzusetzen und auszubauen sei. Schließlich wurde den „Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Religionsgemeinschaften der DDR empfohlen, im Rahmen ihrer Beziehungen zu den sowjetischen Partnern eigene Aktivitäten zur Unterstützung der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität zu entfalten.“⁵⁶³.

6.3. Der Außerordentliche Kongreß in Schwerin

Der nach Schwerin einberufene Außerordentliche Kongreß der Gesellschaft für DSF begann am Samstag, dem 27. Januar 1990 um neun Uhr und endete in den Morgenstunden des Sonntags.

Der Außerordentlichen Kongreß setzte eine Phase der Umstrukturierung und Demokratisierung in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft fort. Die alleinige Kontrolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft „von ganz oben“ sollte umstrukturiert, Fehler der Vergangenheit eingestanden und offengelegt werden. Doch ebenso stand eine realistische Einschätzung der gegenwärtigen Lage, eine Analyse zum Stand der Erneuerungen der Gesellschaft für DSF, besonders auf Länderebene, und eine Diskussion um die Zukunft der Gesellschaft im Blickfeld der Teilnehmer.

Die Delegierten

Von den 810 gewählten Delegierten waren 753 angereist. Die Stimmung war aggressiv. In einem Interview erinnerte sich Günther Marsch, daß die Teilnehmer sich schon zu Wort meldeten, bevor überhaupt irgendein Punkt der Tagesordnung aufgerufen werden konnte⁵⁶⁴. Daran läßt sich das offensichtliche Interesse der Delegierten festmachen, ihre - oppositionelle -

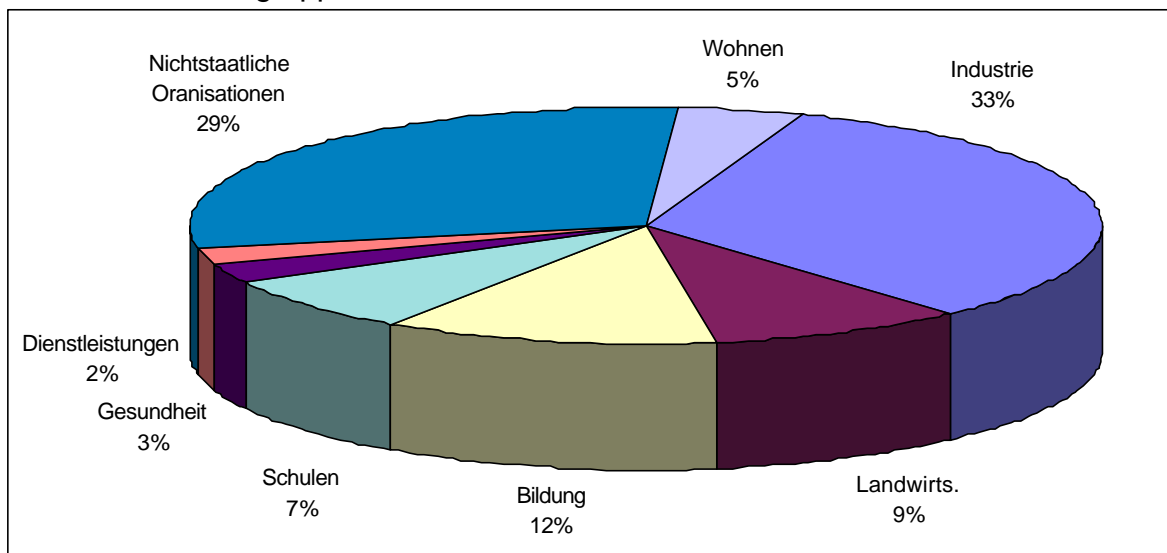
⁵⁶³ Ebd., S. 1.

⁵⁶⁴ So Marsch während seines Interviews mit der Autorin am 16.5.1999 in Berlin.

Haltung auf alle Fälle deutlich zu machen und sich - -kritisch - an den Diskussionen zu beteiligen.

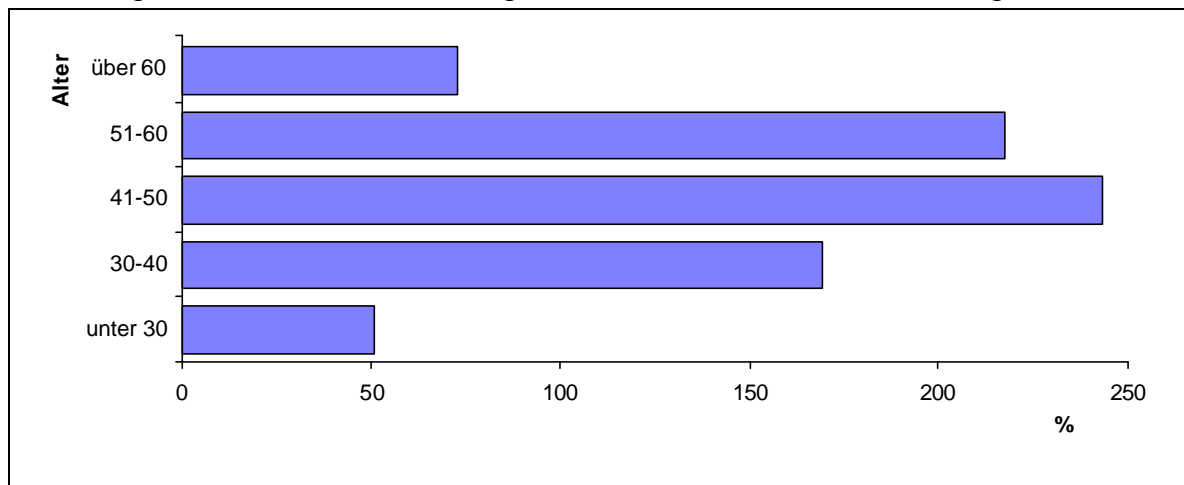
Von den Delegierten waren 267 Frauen, das entsprach einem Anteil von 35.5 %. Ganz nach dem Vorbild früherer Kongresse waren fast alle Altersgruppen und sozialen Schichten repräsentiert. Interessant ist es, daß die Mehrzahl der Delegierten aus den Bereichen der volkseigenen Industrie und der Landwirtschaft kamen, ein Indiz dafür, wie weit die Gesellschaft wenigstens formal auch in nicht so hoch gebildete Bereiche vorgedrungen war.

Abbildung 10: Struktur der GDSF-Delegierten des Außerordentlichen Kongresses 1991 nach Berufsgruppen



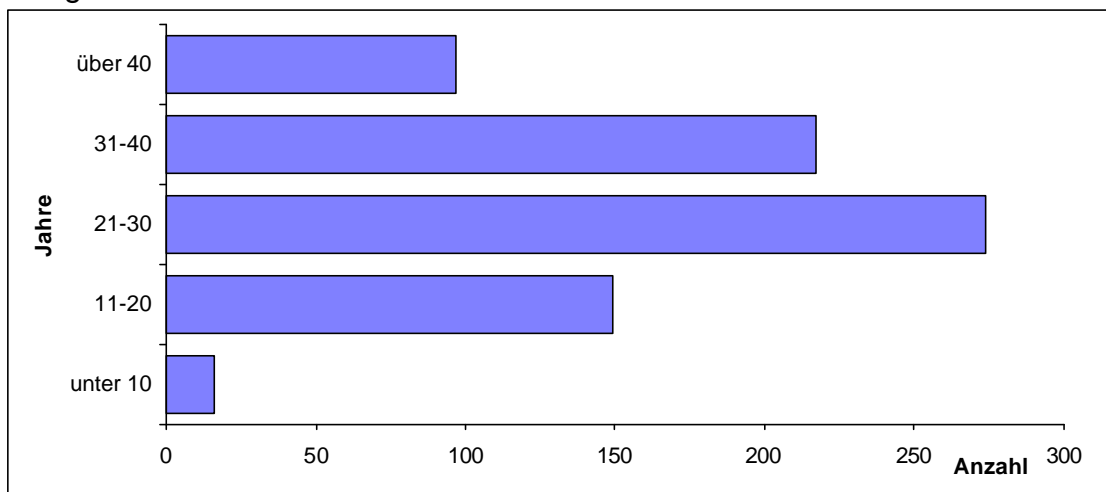
Dagegen war es offensichtlich nicht sehr gut gelungen, junge Menschen zur Teilnahme am Außerordentlichen Kongreß zu gewinnen. Es waren nur 51 Teilnehmer unter dreißig Jahren, die Mehrheit der Delegierten zwischen einundvierzig und sechzig Jahren; unter ihnen befanden sich vor allem altgediente „DSFler“.

Abbildung 11: Alter der GDSF-Delegierten des Außerordentlichen Kongresses 1991



Faßt man die Delegierten zusammen, die eine mindestens zwanzigjährige DSF-Mitgliedschaft vorweisen konnten (588 Personen), kann man feststellen, daß hier überwiegend Vertreter versammelt waren, denen die Struktur der Gesellschaft seit langen Jahren vertraut sein mußte.

Abbildung 12: Mitgliedschaft in der GDSF der Delegierten des Außerordentlichen Kongresses 1991



Der Ablauf des Kongresses

Zu Beginn des Außerordentlichen Kongresses am 27. Januar 1990 stellte der Vorstand seinen Bericht über die fünfte und sechste Tagung des Arbeitssekretariates vor. Außerdem wurde nochmals auf die in der Gesellschaft entbrannte Situation um Erneuerung und Fehlverhalten der DSF eingegangen.

Es wurde dabei festgehalten „die entscheidenden Impulse für die Erneuerung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Gesellschaft waren und sind die zahlreichen, sehr unterschiedlichen Forderungen, Hinweise, Vorschläge und Kritiken, die von der Basis ausgingen.“ Daraus folgte Kuhrig in seiner Rede, „daß unsere Freundschaftsgesellschaft und ihre große Idee leben“⁵⁶⁵.

Einig waren sich die Beteiligten darüber, daß ein Neubeginn in der Gesellschaft nicht möglich sei, ohne die Fehler und Defizite aus der vergangenen Tätigkeit aufzuarbeiten. Zu den begangenen Fehlern in der Vergangenheit konstatierte man, daß sie in erster Linie durch das Festhalten der SED an stalinistischen Sozialismusvorstellungen und seit 1985 durch ihre Distanzierung gegenüber „Perestroika“ und „Glasnost“ in der Sowjetunion verursacht wurden. Als Mitglied des ehemaligen Politbüros des ZK der SED hätte der unter starkem Druck der Mitgliedschaft zurückgetretene Präsident, Erich Mückenberger, dem damaligen Verständnis von der „führenden Rolle der SED“ folgend, den Kurs der Partei in der Freundschaftsgesellschaft bedingungslos durchgesetzt.⁵⁶⁶

Selbstkritisch mußte der Zentralvorstand nun vor den Delegierten zugeben: „Das Präsidium des Zentralvorstandes und sein Sekretariat sind dieser fehlerhaften Politik nicht entgegengetreten. Sie haben sie weitgehend in unserer Gesellschaft mitgetragen, wenn auch zu berücksichtigen ist, daß der Spielraum, insbesondere des Sekretariats, durch Bevormundung und administrative Eingriffe seitens der damaligen Partei- und Staatsführung stark eingeengt war. (...) Dadurch ist der Idee der deutsch-sowjetischen Freundschaft beträchtlicher Schaden zugefügt worden.“⁵⁶⁷.

Die Ursache der Fehlentwicklung wurde schließlich auf die Übernahme und Realisierung stalinistischer Strukturen und Denkmodelle zurückgeführt⁵⁶⁸.

⁵⁶⁵ SAPMO, DY32, 4408. Bericht von Heinz Kuhrig, S. 2.

⁵⁶⁶ SAPMO, DY 32, 3483. Abschrift der Reden des Außerordentlichen Kongresses der DSF in Schwerin nach Tonbandprotokollen.

⁵⁶⁷ „Außerordentlicher Kongreß - DSF im Zeichen der Erneuerung“. In: Presse der Sowjetunion. Nr. 1/1990, Beilage „Für den Funktionär“, S. 2.

⁵⁶⁸ Vgl. ebd. In der Rede Kuhrigs heißt es: „Der Widerspruch zwischen dem eigentlichen Anliegen der Gesellschaft für DSF, den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre einerseits und der damaligen offiziellen Politik andererseits hatte sich durch das Verbot des Sputnik und die

Eine solche Erklärung spielte für die Zukunft der DSF und das Selbstverständnis der Gesellschaft eine wichtige Rolle. Mit dieser kritischen und selbstkritischen Analyse durch das verantwortliche Organ der Gesellschaft war ein erster Schritt zu einem sich verändernden Verständnis der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft getan. Gleichzeitig bot sich auf dem Kongreß nun auch öffentlich die Gelegenheit, Hindernisse zu beseitigen, die das freundschaftliche Verhältnis zu den Völkern der UdSSR im Zusammenhang mit der früheren ablehnenden Haltung gegenüber der Politik von „Perestroika“ und „Glasnost“ belasteten. Für die Mitglieder konnte damit ein Signal gesetzt werden, daß die Forderungen der Basis, ihre Kritik oder Wünsche in Zukunft berücksichtigt, ernstgenommen und von den gewählten Organen beachtet würden.

Ebenso neu war die vom Zentralvorstand vorgetragene durchaus realistische Lage für eine Zukunft der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Im Bericht des Zentralvorstandes heißt es dazu: “(...) Tausende Grundeinheiten haben sich aufgelöst bzw. befinden sich in Auflösung. Das betrifft insbesondere Grundeinheiten in großen Industriebetrieben, staatlichen Institutionen und Bildungseinrichtungen. Oft erfolgt die Auflösung überstürzt, ohne die Mitglieder zu befragen, durch Entscheidung einzelner ohne Vorsorge zu treffen, wie der Kontakt zwischen den Mitgliedern aufrecht erhalten werden kann“⁵⁶⁹.

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war sich durchaus bewußt, daß ein Neuaufbau nicht ohne Hindernisse vonstatten gehen würde. Ein Problem war es dabei zu diesem Zeitpunkt, in der von Auflösungserscheinungen verwickelten Organisation den Überblick zu behalten. Kuhrig beschrieb dies in seinem Bericht folgendermaßen: „(...) Eine Neuformierung von Organisationseinheiten geht nach der Herausnahme der Grundeinheiten aus den genannten Bereichen nur sehr zögernd vonstatten. Häufig ist es den Kreisvorständen noch nicht gelungen, einen exakten Überblick über die Situation im Territorium zu erhalten. Nicht

Zurückziehung der Filme des XVII. Festivals des sowjetischen Films in der DDR besonders zugespitzt. All das führte im Jahr 1989 zum wachsenden Vertrauensverlust und massenhaften Austritten von Mitgliedern aus der Gesellschaft (...). (...) Die letztlichen Ursachen für die Fehlentwicklung der Gesellschaft für DSF liegen jedoch in der Übernahme und Realisierung stalinistischer Strukturen und Denkmodelle begründet. Das äußerte sich schon in den weiter zurückliegenden Jahren unter anderem in Schönfärberei bei der Darstellung der Sowjetunion, und bis in die jüngste Vergangenheit zunehmend in Formalismus, Überzentralisierung und Zahlenhascherei (...). Vgl.: „Außerordentlicher Kongreß - DSF im Zeichen der Erneuerung“. In: Presse der Sowjetunion. Nr. 1/1990, Beilage „Für den Funktionär“, S. 2.

⁵⁶⁹ Ebd., S. 3.

selten ist die Lage von Ratlosigkeit aber auch Resignation gekennzeichnet. Mittel und Wege, wie unter den veränderten Bedingungen die Tätigkeit der Gesellschaft weiter zu gestalten ist, müssen vielfach erst erfunden und erprobt werden⁵⁷⁰.

Hier spiegeln sich deutlich die Probleme wider, denen sich die gesamte DDR-Gesellschaft nach der Wende in der DDR stellen mußte. Gerade weil die traditionellen Machtmechanismen nicht mehr in Kraft waren, funktionierte die auf Freiwilligkeit beruhenden Organisation der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als demokratisch strukturierte Institution noch nicht in allen Bereichen. Es war nicht zu übersehen, daß der Erneuerungsprozeß der Gesellschaft für DSF noch am Anfang stand und zu diesem Zeitpunkt noch nicht als abgesichert eingestuft werden kann. Bemerkenswert ist jedoch die überwiegend nach vorn orientierte Atmosphäre des Kongresses, in welcher vor allem die Suche nach neuen Möglichkeiten und die Versuche der Überwindung konservativer Arbeitsformen zum Ausdruck kamen.

Daß die Gesellschaft bereit war, neue Wege zu beschreiten, kündigte sich auch in der Bereitwilligkeit an, sich in Zukunft berechtigter Kritik zu stellen. Im Bericht wurde nun ausdrücklich darauf verwiesen, daß die Gesellschaft „auf jeden Versuch direkter Einflußnahme im Bereich der Volkswirtschaft“⁵⁷¹ verzichten werde. Gleichzeitig wurde festgehalten, daß „zentral keine Zirkel zur Auswertung sowjetischer Erfahrungen und kein Kampf um die Verleihung des Ehrennamens „Kollektiv der DSF“ mehr stattfinden sollten, ein Entschluß, welcher den politischen Realitäten gerecht wurde⁵⁷²“.

Statt dessen empfahl der Bericht, den neu zu wählenden Zentralausschuß damit zu beauftragen, bei der Liga für Völkerfreundschaft der DDR den Beitritt der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft „mit dem Status eines Mitglieds bei gleichzeitiger Beibehaltung der Eigenständigkeit - einschließlich eigentumsrechtlicher Eigenständigkeit - sowie aller anderen statuaren Spezifika (...)“⁵⁷³ zu beantragen, und so den Status eines institutionellen Mitgliedes zu haben. Der Vorstand versprach sich davon, daß dies die kooperative Arbeit im Interesse der schrittweisen Schaffung eines „gemeinsamen Hauses Europa“ begünstigen und gleichzeitig auch helfen könne, eine gewisse traditionelle Enge konstruktiv zu überwinden⁵⁷⁴.

⁵⁷⁰ Ebd., S. 3.

⁵⁷¹ Ebd., S. 3.

⁵⁷² Ebd., S. 3.

⁵⁷³ Ebd., S. 3.

⁵⁷⁴ Vgl. ebd., S. 4.

Hier kommt ein weiteres wichtiges Anliegen der Gesellschaft zum Ausdruck, nämlich die Festigung ihrer Rolle in der Öffentlichkeit und ihr Versuch, unter der veränderten Lage Verbündete bei den neuen demokratischen Organisationen, Parteien und Bürgerbewegungen zu gewinnen. In diesem Zusammenhang konnte das Arbeitssekretariat nun mitteilen „(...) unser Antrag, am Runden Tisch beteiligt zu sein, worüber wir auf der sechsten Tagung informierten, wurde inzwischen von dem zuständigen Gremium akzeptiert (...). Seit dem 22. Januar nehmen zwei Mitglieder unserer Gesellschaft in der Arbeitsgruppe „Ausländerfragen“ des Runden Tisches das Anliegen der deutsch-sowjetischen Freundschaft wahr.“⁵⁷⁵.

Außerdem hatte sich das Arbeitssekretariat in einem Brief an den Ministerpräsidenten der DDR „gegen Tendenzen der Diskriminierung von Sowjetbürgern in Handelseinrichtungen“ gewandt und „vor zunehmender Ausländerfeindlichkeit, auch gegen Sowjetbürger“ gewarnt⁵⁷⁶.

Als beachtens- und bewahrenswerte Grundlage für den angestrebten Erneuerungsprozeß konnte das ansehnliche Sach- und Finanzvermögen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft gelten. Die Zentrale Revisionskommission berichtete auf dem Schweriner Kongreß, daß die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Rechtsträgerschaft Gebäude und bauliche Anlagen im Werte von 54,4 Millionen Mark verwaltete. Per 31. Dezember 1989 besaß die Gesellschaft für DSF bewegliche Grundmittel, Maschinen, Fahrzeuge, Büromöbel und -technik in einem Wert von 22,8 Millionen Mark.

Dabei legte die Zentrale Revisionskommission Wert darauf, zu betonen, daß die Gesellschaft in den vergangenen zwanzig Jahren keinerlei Zuwendungen aus dem Staatshaushalt der DDR erhalten hatte, sondern man verweise darauf, daß sich die Gesellschaft für DSF überwiegend aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert habe, die 1989 einen Anteil von 91,9 Prozent der gesamten Einnahmen ausmachten. Das entsprach einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 1,3 Prozent. Diese Entwicklung war auf die seit 1988 nachzuzeichnenden Einnahmeverluste von Mitgliederbeiträgen zurückzuführen, ein Trend, der sich auch 1989 fortsetzte und bei den Beiträgen Mindereinnahmen von rund 11,5 Millionen Mark offenließ⁵⁷⁷.

⁵⁷⁵ Ebd., S. 5.

⁵⁷⁶ Vgl. ebd., S. 6.

⁵⁷⁷ Vgl. „Aus dem Bericht der Zentralen Revisionskommission“. In: Presse der Sowjetunion. Beilage „Für den Funktionär“. Nr. 2/1990, S. 2.

Ergebnisse des Außerordentlichen Kongresses

Als wichtigste Ergebnisse des Kongresse sind vor allem die nach langen Diskussionen erarbeiteten Beschlüsse anzusehen.

Dabei wurde vor allem anderen mit großer Mehrheit die weitere Existenz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beschlossen. Die Frage: „Sind Sie für die Existenz der Gesellschaft für DSF, bei radikaler Erneuerung von der Basis“ wurde von 685 Delegierten zustimmend beantwortet. 21 Delegierte waren gegen eine weitere Existenz der Gesellschaft, 37 enthielten sich ihrer Stimme.

Nach zahlreichen Diskussionen und Änderungen gegenüber den Entwürfen wurden die „Grundpositionen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ als vorläufiges Programm bis zum nächsten Ordentlichen Kongreß verabschiedet⁵⁷⁸.

Ebenso heftig wurde mehrheitlich die neue Satzung beschlossen, deren Hauptanliegen es war, „eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durchzusetzen“⁵⁷⁹. Gleichzeitig propagierten die Mitglieder des Arbeitssekretariates in diesem Zusammenhang eine „bisher nicht gekannte Flexibilität, die wir dringend brauchen um Mitglieder zu gewinnen, ihre Interessenvertretung zu gewährleisten und die ordentliche Finanzierung der Gesellschaft zu ermöglichen.“⁵⁸⁰. Ein äußerlicher Indikator der die Neuausrichtung der Gesellschaft für DSF deutlich machen sollte, war die Abschaffung des Präsidiums und des Zentralvorstands bzw. deren Umbenennung in Zentralausschuß. Statt eines Präsidenten überwachte nun ein ehrenamtlicher Vorsitzender die Aktivitäten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Schließlich wählte der Kongreß den Zentralausschuß der Gesellschaft für DSF, dem insgesamt 33 Delegierte angehörten.

Um die Zahl der Mitglieder des Zentralausschusses war während des Kongresses ein heftiger Streit zwischen den eher reformerischen Delegierten und den Interessen des Zentralvorstandes entbrannt. Einig war man sich, daß der neu zu wählende Vorstand nicht wie bisher aus 247 Mitgliedern bestehen, sondern stark verkleinert werden sollte. Zur Diskussion standen die

⁵⁷⁸ Ebd., S. 2.

⁵⁷⁹ Ebd., S. 2.

Möglichkeiten, in den Zentralausschuß 49 oder 33 Mitglieder zu wählen. Die Entscheidung war knapp: 363 Abgeordnete sprachen sich für eine Größe des Zentralausschusses von 33 Mitgliedern aus, 351 waren für die Größe von 49.

Aus diesen 33 Mitgliedern des Zentralausschuß wurde ein Vorsitzender gewählt: der Pfarrer Cyrill Pech. Stellvertretender Vorsitzender und Leiter der Geschäftsstelle des Zentralausschusses wurde der bis dahin erste Sekretär des Bezirksvorstands der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Magdeburg, Wolfgang Lenz⁵⁸¹.

Cyrill Pech, geb. 1938, war zu diesem Zeitpunkt Pfarrer in Berlin und Mitwirkender im Friedensrat. 1979 war er in die CDU eingetreten und von 1985 bis 1989 Mitglied des Bezirksvorstandes Berlin der CDU und außerdem Mitglied im Kreisvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Berlin-Marzahn. Die Wahl Pechs zum ehrenamtlichen Vorsitzenden der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war durchaus ein Mittel, um die Distanzierung von alten Funktionären der Gesellschaft bzw. Partei zu betonen, auch wenn die Person Pechs nicht ganz unbescholten war. Noch im Februar 1988 wünschte Cyrill Pech in einem Brief an Honecker dem SED-Chef für sein gutes Wirken viel Kraft und alles Gute. Das staatsfromme Grußwort brachte 1990 dem Pfarrer in der alternativen Ost-Berliner Zeitung „Die Andere“ das Prädikat ein, er sei ein Stalinist im Talar⁵⁸².

Ganz ungeplant und unvorbereitet wurden die damaligen Delegierten nicht in den Zentralausschuß gewählt. Cyrill Pech erinnerte sich während eines Gespräches mit der Autorin im Mai 1998 daran, daß er im Vorfeld der Vorbereitungen des Schweriner Kongresses angerufen wurde und man ihm die Frage stellte, ob er bereit wäre, Mitglied des Zentralvorstandes zu werden. Als er dies zusagte, wurde er vom Marzahner Kreisverband zum Delegierten gewählt, wobei Pech sich selber nicht sicher war, ob dies auf Veranlassung des geschäftsführenden Zentralvorstandes geschah, oder von dem informierten Kreisverband selber. Jedoch war es schon zu diesem Zeitpunkt im Gespräch, Cyrill Pech zum (stellvertretenden) Vorsitzenden zu machen⁵⁸³.

Interessant sind vor diesem Hintergrund die Geschehnisse auf dem Kongreß selbst. Obwohl den Delegierten eine Liste mit ca. einhundert Kandidaten vorgelegt wurde, welche schon im Vorfeld

⁵⁸⁰ Ebd., S. 2.

⁵⁸¹ Ebd., S.2.

⁵⁸² Vgl.: „Mehr von Katharina. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, einst DDR Massenorganisation, schickt jetzt Päckchen in den Osten“. In: Der Spiegel, Nr. 45/ 1991, S. 99.

der Organisation des Kongresses erarbeitet worden war, stellten die Bezirksverbände zusätzlich noch einmal ihre Kandidaten auf und so zog sich die an die Wahl anschließende Auswertung des Wahlergebnisses bis in die Nacht.

Als schließlich die 33 Kandidaten feststanden, hatte Pech die wenigsten Stimmen dieser 33 erhalten.

Trotzdem wurde er Vorsitzender der Gesellschaft für DSF, da er als einziger für diesen Posten kandidierte, Wolfgang Lenz, langjähriger Funktionär des Bezirksverbandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Magdeburg, wurde sein Stellvertreter und Geschäftsführer. Der Grund, warum niemand anders bereit war, das Amt des Vorsitzenden zu übernehmen, war wohl die aggressive Stimmung und die langen Diskussionen, welche den Kongreß im Vorfeld der Wahl dominierten. Niemand der alten Kader wagte es offensichtlich, den Versuch zu unternehmen, die Wahl zu beeinflussen bzw. eine „bekannte“ Persönlichkeit zur Wahl an die Spitze der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu stellen.

Am darauffolgenden Montag entließ Pech die Mitglieder des Sekretariates und trat sein Amt als neuer Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an.

Die Wahl Pechs zum neuen ehrenamtlichen Vorsitzenden der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war offensichtlich von den alten Funktionären nicht erwartet worden. In einem Protokoll der Kreisorganisation der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Burg hieß es in der Auswertung des Außerordentlichen Kongresses: „Ein Pfarrer als Vorsitzender wurde begrüßt. Zu Wolfgang Lenz als stellvertretenden Vorsitzenden gab es die Auffassung, nach dem Auftreten zur Plandiskussion im August 1989 ist er nicht glaubhaft. Freund Held schätzte dazu ein, er hat sich damals bewegt also ob alle Sekretariatsmitglieder Genossen sind über die er bestimmen kann (sic! K.K.). (...).“⁵⁸⁴. Interessant ist hier, daß noch nicht einmal der Name des neu gewählten Vorsitzenden auf alle Ebenen der Gesellschaft durchgedrungen, mit seinem Stellvertreter jedoch offensichtlich ein Funktionär gewählt worden war, der auch auf der Kreisebene bekannt war.

⁵⁸³ Dies bestätigte auch Heinz Kuhrig während eines Gesprächs mit der Autorin im Mai 1998 in Müggelheim.

⁵⁸⁴ Landesarchiv Magdeburg - LHA-. Rep. P 73 DSF-Bezirksvorstand Magdeburg Nr. 1170. Protokoll über die Tagung bzw. Sitzung des Sekretariates des Kreisvorstands Burg am 7. Februar 1990.

6.4 Zwischenbilanz

Der Außerordentliche Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und die in dieser Tagung angestrebte Erneuerung in Schwerin war trotz aller innovativen Ansätze noch immer in traditionellen Methoden und Formulierungen gefangen, entsprach aber mit seinen Beratungen und Beschlüssen den vorgefundenen und voraussehbaren gesellschaftlichen Erfordernissen.

Der Erneuerungsprozeß der Gesellschaft hatte schon früher mit dem Rücktritt Mückenbergers begonnen und gewann mit dem Kongreß nur eine neue Dimension. So muß man die Aktivitäten nach der fünften und sechsten Tagung des Arbeitssekretariates als wichtige Voraussetzung für seine Resultate bewerten und die Bedeutung des Kongresses zusammen mit der Entwicklung im Vorfeld desselben betrachten. Immerhin hat das Arbeitssekretariat schon während der Vorbereitung des Kongresses versucht, die Weichen für eine Umstrukturierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu stellen um deren Existenz zu sichern. Dazu zählten neben Überlegungen über das neue Auftreten der Gesellschaft auch die Bemühungen, Kontakte zu den neu gegründeten gesellschaftlichen Organisationen bzw. zu den Parteien herzustellen, sowie die Bewerbung der Gesellschaft für DSF um die Zulassung zur Teilnahme an den Verhandlungen des Zentralen Runden Tisches.

Der Außerordentliche Kongreß konnte sich also auf Vorleistungen stützen, die sein Ergebnis wesentlich mitbestimmten.

Der Kongreß selber war bestimmt von dem Bedürfnis der Delegierten, ihre Kritik an den bisherigen Strukturen der Gesellschaft deutlich zu machen und sich damit auch selber von den alten Strukturen zu distanzieren. Der Entschluß, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nicht aufzulösen, kann als Indikator für ein noch bestehendes Interesse der Mitglieder an der Arbeit in der Gesellschaft gewertet werden. Die Vertretung der Interessen der Mitglieder sollte oberste Handlungsmaxime für die Leitung auf allen Ebenen der zukünftigen Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sein. Dies war nötig, da die Gesellschaft für DSF schon zu diesem Zeitpunkt mit einer großen Zahl von Austritten ihrer Mitglieder konfrontiert wurde und das Arbeitssekretariat nach Möglichkeiten suchte, wie die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unstrukturiert werden müsse, um an Attraktivität zu gewinnen und sich deutlich von dem alten Apparat zu distanzieren. Damit war

die neue Satzung mit ihrer angestrebten Flexibilität auf die Gewinnung neuer Mitglieder, die Interessenvertretung und eine ordnungsgemäße Finanzierung der Gesellschaft ausgerichtet, wobei die Verschiebung des Schwerpunktes der Arbeit von Basisgruppen auf die Wohngebiete durchaus der zeitgemäßen Situation angepaßt war. Die programmatischen „Grundpositionen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ und die Satzung regelten den Erneuerungsprozeß verbindlich und organisatorisch.

Dies war besonders auch für die nationale und internationale Darstellung der Gesellschaft von großer Bedeutung, auch wenn keinerlei Zweifel darüber bestehen konnten, daß gerade diese Problematik wesentlich von der weiteren Entwicklung in der Sowjetunion und deren Verhalten gegenüber der politischen Wende in der DDR abhängen würden.

Auch die Wahl des neuen Vorsitzenden der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Cyrill Pech, eines Pfarrers und außerdem Mitglieds der CDU, drückte die Distanzierung von alten Strukturen aus. Zum ersten Mal in der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft gab es kein „Drehbuch“, in welchem der Ausgang der Wahl eines Vorsitzenden bzw. Präsidenten schon im vorhinein feststand und ebenfalls zum ersten Mal benötigte man die Zustimmung der Partei nicht mehr.

Unter diesen Aspekten ist es berechtigt, den Außerordentlichen Kongreß in Schwerin unter Einbeziehung der ihn vorangegangenen Entwicklung als Zäsur im Erneuerungsprozeß der Gesellschaft zu bewerten.

VII. Kapitel

Die sechste Phase: Die Gesellschaft seit 1990

7.1 Die Umsetzung der Beschlüsse des Außerordentlichen Kongresses

... in Theorie

Nach dem Außerordentlichen Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wurden auf der zweiten Tagung des neu gewählten Zentralausschusses am 10. Februar 1990 die ersten Maßnahmen zur Umsetzung der Erneuerungsbeschlüsse in Angriff genommen. Anwesend waren auf diesem ersten Treffen des Zentralausschusses 22 von den in Schwerin bestimmten 33 Mitgliedern. Als Zielstellung für diese Sitzung nannte der Vorsitzende die Zusammenfassung der Grundgedanken und Grundrichtungen für die Auswertung des Außerordentlichen Kongresses und die weitere Konstituierung der Leitungsgremien des Zentralausschusses und der Struktur der Geschäftsstelle⁵⁸⁵.

Der Zentralausschuß beschloß, für seine spezifische Arbeit an dem Modell der Sektionen festzuhalten und fünf ständige Sektionen zu bilden, welche auch von den Mitgliedern des Zentralausschusses geleitet werden sollten. Im einzelnen wurden folgende Sektionen ins Leben gerufen:

1. Die Sektion Information/Öffentlichkeitsarbeit/ Werbung,
2. Die Sektion Begegnungen/Touristik/Verbindungen,
3. Die Sektion Jugendarbeit/Jugendwerk,
4. Die Sektion Kultur/Veranstaltungen,

⁵⁸⁵ Vgl. SAPMO, DY 32, 4610. Festlegungsprotokoll der 2. Tagung des Zentralausschusses der Gesellschaft für DSF. S. 9.

5. die Sektion Erfahrungen der Basisarbeit⁵⁸⁶.

Gleichzeitig wurde damit beschlossen, die Struktur der Geschäftsstelle des Zentralausschusses - ausgenommen der Querschnittsbereiche wie Finanzen oder Presse - den Sektionen anzupassen. Zusätzlich strebte man eine langsame Verkleinerung des riesigen Apparates der Gesellschaft für DSF an, der damals allein in Berlin aus ca. 1700 Funktionären bestand. Dies war notwendig, da durch die sinkenden Mitgliederzahlen auch die Beiträge ausblieben und gleichzeitig die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft deutlich weniger Aktivitäten anbot. In der Folge waren auch weniger festangestellte Personen, vor allem im Sekretariatsbereich, notwendig, die sich an der Organisation der Gesellschaft beteiligten. Daher strebte der Vorstand vor allem die Umwandlung von bisher Angestellten in ehrenamtliche Positionen an. In der Beilage „Für den Funktionär“ wurde mitgeteilt, es sei ein Abbau der Stellen bis Ende Mai geplant⁵⁸⁷, der auch für die Geschäftsstelle einen Abbau von mehr als 50 Prozent bedeutete. Schließlich bildete der neue Vorstand zur Realisierung wichtiger Kongreßbeschlüsse folgende zeitweiligen Arbeitsgruppen:

1. Arbeitsgruppe zur Prüfung der Vorbereitung des Beitritts zur Liga für Völkerfreundschaft
2. Arbeitsgruppe zur weiteren Arbeit der Häuser der DSF
3. Arbeitsgruppe zur Unterstützung eines deutsch-sowjetischen Jugendwerkes
4. Arbeitsgruppe zur weiteren Prüfung der Modalitäten der DSF-Kollektivmitgliedschaft,
5. Arbeitsgruppe zur Prüfung der Finanzen und Kontrolle der Reduzierung des hauptamtlichen Apparates⁵⁸⁸.

Des weiteren wurde angeregt, mehr Publicity für die Anliegen der DSF zu erreichen. Zu diesem Zweck wurde ein Pressesprecher des Zentralausschusses gewählt, Erhard Röhmer, welcher in Zukunft die Aktivitäten der Gesellschaft der Öffentlichkeit vermitteln und als Ansprechpartner fungieren sollte.

Auf seiner zweiten Tagung organisierte der motivierte Zentralausschusses weiterhin die Teilnahme einer dreiköpfigen Delegation der Gesellschaft für DSF an der Generalversammlung der Liga für Völkerfreundschaft der DDR unter dem Vorsitz von Cyrill Pech und beschloß außerdem die Übersendung der Schweriner Kongreßbeschlüsse an die Gesellschaften für

⁵⁸⁶ Vgl. SAPMO, DY 32, 4610. Festlegungsprotokoll der 2. Tagung des Zentralausschusses der Gesellschaft für DSF. S. 5.

⁵⁸⁷ Presse der Sowjetunion. Nr.3/1990 Beilage „Für den Funktionär“, S. 3.

⁵⁸⁸ Vgl. Festlegungsprotokoll der 2. Tagung des Zentralausschusses der Gesellschaft für DSF. A.a.O., S. 5.

Freundschaft mit der Sowjetunion aller KSZE-Staaten, denen man zugleich „ein Wirken in gemeinsamen Sinne“ antrug⁵⁸⁹. In diesen Zusammenhang läßt sich auch das Angebot der DSF an entsprechende Verbände in der BRD und in Westberlin zur Zusammenarbeit klassifizieren und ebenso die Entsendung einer Vertreterin der Gesellschaft für DSF zur Internationalen Assoziation der Lehrer der russischen Sprache und Literatur.

Dies paßte in das zeitgemäße Bild, welches die Gesellschaft nun aufbauen wollte. Eine freiwillige und eigenständige Interessenvertretung von Mitgliedern in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als Basis der Vereinigung deutscher und ausländischer Freunde der UdSSR erschien begrüßenswert, da „der in Gang gekommene Prozeß von der europäischen Nachkriegsordnung hin zum gemeinsamen Haus Europa (...) unter Beachtung des geltenden Völkerrechts ohne freundschaftliche Zusammenarbeit, breite menschliche Kontakte, Integration und Kooperation mit der Sowjetunion nicht denkbar“ sei⁵⁹⁰.

Darüber hinaus wurde unter Berücksichtigung der bevorstehenden Volkskammer- und Kommunalwahlen und aufgrund der Notwendigkeit einer Erneuerung der Gesellschaft von der Basis aus ein Zeitplan beschlossen.

Dieser sah vor, im ersten Quartal 1991 einen ordentlichen Kongreß der Gesellschaft für DSF einzuberufen. In Vorbereitung desselben sollten im 2. Halbjahr 1990 - beginnend in den Basisgruppen über die Kreisebene bis zur Bezirks- bzw. Landesebene - Wahlen stattfinden. Um den Erneuerungsprozeß zu fördern, plante man des weiteren für Ende März einen Erfahrungsaustausch über dieses Thema, zu dem pro Kreisverband ein Vertreter eingeladen wurde. Doch auch an alten Traditionen hielt man fest, als man beschloß, den 45. Jahrestag der Befreiung und den Jahrestag der Sowjetarmee im Rahmen der Waffenbrüderschaft „in gebührender Weise“ mit entsprechenden Aktivitäten in Basisgruppen und in den Kreisverbänden zu würdigen⁵⁹¹.

Mit diesem Zeitplan, der organisatorischen Neustrukturierung und den bereits durchgeführten Erneuerungsansätzen, stellte die DSF nun endgültig die Weichen für eine Erneuerung und hatte damit die Möglichkeit sich von den „historischen Altlasten“ zu befreien. Die neue Führung der DSF war entschlossen, die Gesellschaft von einer ehemals staatstragenden Massenorganisation

⁵⁸⁹ Ebd., S. 6.

⁵⁹⁰ Presse der Sowjetunion. Nr.3/1990 Beilage „Für den Funktionär“, S. 4.

⁵⁹¹ Ebd., S. 3 f.

zu einer mitgliederstarken, von den Überzeugungen der Mitglieder getragenen Organisation zu entwickeln.

. . . und Praxis

Trotz aller positiver Ansätze zeigte es sich in den folgenden Wochen und Monaten, daß der Erneuerungsprozeß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft weitaus komplizierter und widersprüchlicher verlief, als es Anfang 1990 vorauszusehen gewesen war. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten dabei die Ergebnisse der Volkskammerwahlen im März 1990 und die Kommunalwahlen in der DDR im Mai 1990.

Durch die neuen politischen Machtverhältnisse mußte die Gesellschaft für DSF nach völlig ungewohnten Kommunikationswegen suchen und neue Kooperationsbeziehungen erarbeiten. Problematisch gestaltete sich hier für die Gesellschaft die fehlende praktische Erfahrung in Bezug auf parlamentarische Demokratie, Berührungängste und gegenseitiges Mißtrauen zwischen den politischen Entscheidungsträgern, Belastungen aus der Vergangenheit und machtpolitisch orientiertes Verhalten einiger Beteiligter.

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hat sich nicht aktiv an den damaligen Wahlen beteiligt, dies aber in ihren Reihen diskutiert. Schließlich beschloß man: „Als Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft werden wir auch bei den Kommunalwahlen insofern nicht aktiv am Wahlkampf teilnehmen, indem wir uns nicht namentlich für eine Partei- bzw. Listenvereinigung aussprechen.(...) Dies bedeutet nicht, daß es uns gleichgültig ist, wer in den Städten und Gemeinden die Macht ausübt. Analog dem Wahlverhalten des FDGB sollten wir unsererseits jene politischen Kräfte unterstützen, die für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der DDR und der UdSSR und enge Zusammenarbeit, insbesondere auf den Gebieten der Friedenssicherung und Abrüstung sowie der Ökonomie, mit der UdSSR eintreten. Des weiteren sollten wir aufmerksam registrieren, welche politischen Kräfte z.B. zu einer Zusammenarbeit mit unserer Freundschaftsgesellschaft bereit sind oder das Wirken unserer Häuser der DSF unterstützen. Ohne namentlich für oder gegen eine Partei oder

Vereinigung aufzutreten, sind oben genannte Aussagen deutlich zu machen und die Wahl von Personen, die diese Positionen vertreten zu unterstützen.“⁵⁹².

Die Quellen weisen weiterhin darauf hin, daß das Präsidium der Gesellschaft ebenfalls im Frühjahr daran ging, die organisatorische Anbindung an die „Liga für Völkerfreundschaft“ zu betreiben. Hier strebte man eine kollektive Mitgliedschaft an, wobei großer Wert darauf gelegt wurde, die Eigenständigkeit der Gesellschaft sicherzustellen⁵⁹³. Das Verhältnis der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur Liga sollte in folgenden Bereichen neu definiert werden:

„- Kein Monopol oder Isolierung von anderen Freundschaftsgesellschaften (daraus resultierte die Forderung nach einer kollektiven Mitgliedschaft K.K.).

- engere Zusammenarbeit der Gesellschaft für DSF mit Gesellschaften für Freundschaft mit der Sowjetunion im europäischen Raum, um die Idee des „Europäischen Hauses“ wirksamer zu unterstützen, Isolierung zu überwinden.

- Angebot zur kooperativen Zusammenarbeit (z. B. mit Häusern der DSF) mit anderen Freundschaftsgesellschaften in der Liga.“⁵⁹⁴.

Im Zuge der Erarbeitung der oben genannten Vorschläge wurde kurz über die Lage der DSF reflektiert und man kam zu dem Ergebnis, daß durch die falsche Politik der ehemaligen „Staats- und Parteiführung der SED“, insbesondere gegenüber der Sowjetunion seit dem XXVII. Parteitag der KPdSU, die Gesellschaft großen Schaden erlitten habe. Außerdem habe das im ehemaligen Statut der Gesellschaft festgeschriebene Wirken „unter der Führung der Partei und Arbeiterklasse“ zu einem Vertrauensverlust unter den Mitgliedern geführt, was zu Austritten und teilweisen Auflösungserscheinungen geführt habe⁵⁹⁵. Darum schätzte man es als besonders wichtig ein, die Interessen der Mitglieder im Wirken der Gesellschaft basisdemokratisch in Interessengruppen, Klubs, Sprachzirkeln u.ä. zu vertreten und eine eindeutige „Trennung zwischen dem entscheidungsbefugten, gewählten ehrenamtlichen Zentralausschuß und einem um mehr als 50% reduzierten hauptamtlichen Apparat zur Unterstützung der Interessen der Mitglieder“ zu vollziehen. Dabei identifizierte man die Wünsche der Mitglieder entsprechend den folgenden Tätigkeitsfeldern:

⁵⁹² SAPMO, DY 32, 4610. Zum Verhalten der Gesellschaft für DSF bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990.

⁵⁹³ SAPMO, DY 32, 4492. Vorschläge für das Auftreten vor der Generalversammlung der Liga für Völkerfreundschaft vom 17.2.1990.

⁵⁹⁴ Ebd., S. 1.

1. Begegnungen,
2. Informationen über die Sowjetunion und über die DDR in der UdSSR und
3. Kunst und Literatur⁵⁹⁶.

Am 17. Februar 1990 stellte der Vorsitzende der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Cyrill Pech, den Antrag auf Mitgliedschaft der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der Liga für Völkerfreundschaft⁵⁹⁷.

Doch nicht nur dieser Antrag spiegelt den Anspruch der Gesellschaft wider, sich an einer weiteren Ausgestaltung der DDR aktiv zu beteiligen. Von diesem Interesse zeugt unter anderem auch, daß die Gesellschaft als einer von siebzehn Initiatoren einer Kindervereinigung der DDR auftrat⁵⁹⁸, neben den folgenden Vereinigungen bzw. Parteien und Massenorganisationen DBD, PDS, CDU, NDPD, KPD, VL, UFV, Liga für Kinderfreunde, USJV, DTSB, Initiative für die Rechte der Kinder Frankfurt/Oder, Pionierorganisation, FDJ, Deutscher Regenbogen, Kinderring Berlin und DFD. Die Vertretung der Gesellschaft in der Kindervereinigung übernahm Thorsten Fiedler. Im Protokoll wird zusammengefaßt, daß die Kindervereinigung mit dem Ziel geschaffen wurde, „einer weiteren Zersplitterung in viele Kinderbewegungen der einzelnen politischen Gruppierungen und Parteien durch die Gründung einer gemeinsam getragenen Kindervereinigung entgegenzuwirken. Dies widerspiegelt auch die Tatsache, daß bei aller Kontroverse der politischen Parteien, Gruppierungen und gesellschaftlichen Organisationen die AG „Bildung, Erziehung und Jugend“ des Zentralen Runden Tisches durch einmütiges Zusammenarbeiten im Interesse der Kinder gezeigt hat, daß wir in der Lage sind, Kinderinteressen über Parteiinteressen zu stellen.“⁵⁹⁹.

Erfolge und Probleme bis April 1990

⁵⁹⁵ Vgl. ebd., S. 1.

⁵⁹⁶ Vgl. ebd., S. 1.

⁵⁹⁷ SAPMO, DY 32, 4492. Antrag auf Mitgliedschaft der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der Liga für Völkerfreundschaft vom 17. Februar 1990.

⁵⁹⁸ SAPMO, DY 32, 4240. Protokoll zur Gründung der Kindervereinigung e. V. der DDR.

⁵⁹⁹ Ebd., S. 1.

Die dritte Tagung des Zentralausschusses am 7. April 1990 resümierte über die nach dem Schweriner Kongreß entwickelten Aktivitäten - so etwa die Unterstützung der Sektionen bei der Herstellung ihrer Arbeitsfähigkeit, die Erneuerung der Gesellschaft von der Basis aus, die Herstellung von Arbeitskontakten und die Kontaktaufnahmen zu anderen politischen und gesellschaftlichen Institutionen⁶⁰⁰. Trotz der in Angriff genommenen Bemühungen zu einer Umstrukturierung sah die Lage für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft alles andere als rosig aus. Die realen Ergebnisse der initiierten Aktivitäten stellen sich als sehr gering dar. So konnte von einer Übernahme der in der vorläufigen Satzung konstatierten programmatischen Absichtserklärungen und Aussagen durch die Basis der Gesellschaft nur in Einzelbereichen gesprochen werden.

Der Prozeß der Neuformierung der Gesellschaft für DSF verlief also entgegen der Erwartungen eher schleppend, Impulse für eine basisdemokratische Erneuerung waren zu diesem Zeitpunkt - wenn überhaupt - noch in einem sehr geringen Umfang erkennbar. Dieser Anspruch widersprach auch der zugesagten zentral organisierten Unterstützung der Basisgruppen. Hinzu kam, wie der Tätigkeitsbericht feststellte, daß „die Erblast und eine ganze Reihe politischer Ereignisse in der DDR und UdSSR (Massengräber des NKWD, Zerfallserscheinungen der UdSSR (im Original durchgestrichen K.K.), anhaltende wirtschaftliche Stagnation) als auch die nach wie vor unzureichende Dominanz anderer Fragen im Alltagsbewußtsein unserer Menschen (Regierungsbildung, Währungsunion, soziale Gleichheit) (...)“⁶⁰¹ zusätzliche Probleme aufwarfen und die Existenz zahlreicher Organisationseinheiten der Gesellschaft gefährdeten. So konnte nur festgehalten werden: „Die Überführung in Wohngebiete und Neubildung von Basisgruppen erfüllt gegenwärtig nicht die Erwartungen.“⁶⁰². In diesem Zusammenhang wurde auch beschlossen, aufgrund der unsicheren Mitgliederzahlen und der angespannten finanziellen Situation die Herausgabe der Beilage „Für den Funktionär“ in der „Presse der Sowjetunion“ einzustellen.

Weiterhin mußte der Zentralausschuß einsehen, daß doch ein Großteil der hauptamtlichen DSF-Funktionäre mit den Aufgaben der zielstrebigem Umstrukturierung und Erneuerung der Gesellschaft überfordert war bzw. aufgrund der Situation in der DDR nicht zur Verfügung standen.

⁶⁰⁰ Vgl. SAPMO, DY 32, 2441. Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle des Zentralausschusses an die 3. Tagung.

⁶⁰¹ Ebd., S. 2.

⁶⁰² Ebd., S. 3.

Erstmals seit ca. eineinhalb Jahren konnten auch wieder konkrete Zahlen über den Umfang der Mitgliedschaft genannt werden. Nach einem Mitgliederstand von ca. 6,5 Millionen Ende der achtziger Jahre ging man nun von knapp 5 % der ursprünglichen Größe, d.h. 300.000 Mitgliedern, aus. Daraus resultierte ein weiteres Problem, denn trotz der in Angriff genommenen Personalverkleinerung waren die Einnahmen durch die Mitgliedsbeiträge bei weitem zu gering, um dadurch die entstanden Kosten zu decken. Der Zentralausschuß mußte feststellen, daß die finanzielle Lage der Organisation nun derartig angespannt war, daß „bei Fortbestehen der gegenwärtigen Tendenz (...) über sechzig Prozent der Rücklagen zum Jahresende verbraucht sein werden. Mitgliedsbeiträge werden künftig nicht ausreichen, die Arbeit der Gesellschaft zu finanzieren, mögliche monatliche Zuschüsse sind noch nicht gesichert. Quellen zur verstärkten Eigenfinanzierung sind angedacht, erfordern schnelle und prinzipielle Entscheidungen des Zentralausschusses.“⁶⁰³.

Zu den bisher bezahlten Mitgliedsbeiträgen waren von 234 beauftragten Kreissekretären nur 153 in der Lage, Aussagen über die Mitgliederbeiträge und Mitgliederzahlen in den ersten drei Monaten des Jahre 1990 zu machen. Entsprechend diesen Angaben konnten zum 27. März 1990 Beiträge von nur 273.038 Mark eingenommen werden, was einem Durchschnitt pro Kreis von 2600 Mark entsprach und einer Mitgliederzahl von 235.690 Mitgliedern⁶⁰⁴.

Jedoch gab es zwischen den einzelnen Kreisorganisationen erhebliche Unterschiede. Während die Kreisorganisation Frankfurt/Oder 12500 Mitglieder auswies, waren es im Saalkreis ganze 50. Auf eine relativ hohe Zahl konnten auch die Kreisorganisationen in Berlin-Marzahn mit 11000 Mitgliedern, Rostock mit 8000 und Neustrelitz mit 7000 Mitgliedern verweisen, ebenso Berlin Treptow mit immerhin 5000 Mitgliedern. Von den 153 Kreisorganisationen, deren Angaben vorliegen, lagen 47 bei 500 Mitgliedern oder weniger. Kreisorganisationen mit einem derart niedrigen Mitgliederstand gab es in allen Bezirksorganisationen⁶⁰⁵.

Tabelle 9: Zur Entwicklung des Mitgliederstandes und der Einnahmen der Bezirke der DSF

⁶⁰³ Ebd., S. 4.

⁶⁰⁴ Vgl. SAPMO, DY 32, 4238. Einige Erläuterungen zur beiliegenden statistischen Übersicht über den derzeitigen Mitgliederstand in der Gesellschaft für DSF vom 04.04.1990.

⁶⁰⁵ Ebd., S. 3.

Bezirk	Mitglieder per 27.3.90	Einnahmen in DM per 27.3.90
Berlin	31 400	47 650
Cottbus	11 892	8 750
Dresden	18 223	19 950
Erfurt	16 523	37 943
Frankfurt/Oder	21 200	14 522
Gera	7 058	7 000
Halle	14 886	23 500
Karl-Marx-Stadt	18 570	13 650
Leipzig	15 845	23 335
Magdeburg	15 000	30 000
Neubrandenburg	21 550	8 500
Potsdam	15 417	17 260
Rostock	10 009	8 878
Schwerin	12 699	6 000
Suhl	5 425	6 100
gesamt	235 697	273 038

Letztendlich können diese doch gravierenden Abweichungen über Einnahmen und Mitgliederzahlen als Indikatoren für die Verwirrung, in welcher sich die gesamte Organisationsstruktur der Gesellschaft, aber auch die DDR an sich befand, angesehen werden.

Nach wie vor war es gerade in dieser Situation wichtig, das Vermögen und damit die Häuser der DSF und deren Arbeit zu sichern. Entsprechend der vor diesem Hintergrund gemachten Vorschläge verabschiedete der Zentrallausschuß den Beschluß Nr. 4, welcher den Vorschlägen der Geschäftsstelle weitestgehend entsprach. So einigte man sich darauf, daß von keinem Gebäude der DSF eine Aufgabe der Rechtsträgerschaft erfolgen solle, „(...) mit dem Ziel, sichere Voraussetzungen zu schaffen, daß die Gesellschaft für DSF auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen eine feste Ausgangsbasis für ihre Arbeit hat“⁶⁰⁶.

⁶⁰⁶ SAPMO, DY 32, 4610. Festlegungsprotokoll der 3. Tagung des Zentrallausschusses der Gesellschaft für DSF vom 7. April 1990.

Weitere Maßnahmen

Einen Schwerpunkt in Bezug auf die Herstellung bzw. Wiederherstellung von Arbeitskontakten in die UdSSR lief für den Zentrallausschuß über die sowjetische Botschaft in Berlin einerseits und die Paraphierung von Verträgen über eine Zusammenarbeit mit dem Haus der Sowjetischen Wissenschaft und Kultur, sowie die Herstellung eines Arbeitskontaktes mit dem Oberkommando der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte.

In diese Phase fiel das Auffinden von Massengräbern in den vormaligen Internierungslagern des NKDW auf dem Gebiet der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone⁶⁰⁷. Der Zentrallausschuß trat umgehend für eine Auseinandersetzung mit dem „bitteren Erbe des Stalinismus“ ein und forderte die „völlige Aufklärung dieses dunklen Kapitels der Nachkriegsgeschichte“⁶⁰⁸.

In einer Erklärung wendete sich der Zentrallausschuß an die Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und „alle Bürger unseres Landes mit der mahnenden Bitte, zwischen den unter Führung von Stalin durch Mitarbeiter des NKDW begangenen Verbrechen einerseits und dem opferreichen Kampf der sowjetischen Menschen in der Roten Armee und im sowjetischen Hinterland gegen den Hitlerfaschismus andererseits zu unterscheiden“, da „zahlreiche sowjetische Bürger, darunter auch in den Reihen der Roten Armee,(...) bekanntlich selbst Repressalien ausgesetzt (...)“ gewesen waren⁶⁰⁹.

Am 25. April 1990 fand zur dieser Problematik auf Einladung der Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus“ sowie der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung ein Erfahrungsaustausch statt, an welchem auch Klaus Kurz als Vertreter der DSF teilnahm. Weitere Teilnehmer waren Vertreter von Parteien und Massenorganisationen, der Medien, ein Vertreter des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen der BRD, der Botschaft der UdSSR und ca. 50-60 ehemalige Häftlinge solcher sowjetischer Straf- und Internierungslager und schließlich einige Hochschullehrer und

⁶⁰⁷ Hier ging es vor allem um die Auffindung eines Massengrabes in dem „Sonderlager Nr. 9“ in Fünfeichen bei Neubrandenburg. Vgl. dazu u.a. „*Ottomar Harbauer*“. In: Berliner Zeitung Nr. 71, vom 24./25. März 1990.

⁶⁰⁸ „*Erklärung des Zentrallausschusses*“. In: Presse der Sowjetunion. Nr. 5/1990. Beilage „DSF aktuell“, S. 2.

⁶⁰⁹ Ebd., S. 3.

Studenten⁶¹⁰. Kurz empfahl in seinem Bericht nach der Tagung, die entsprechenden Stellungnahmen des Zentralausschusses noch breiter zu publizieren und zu kommentieren, da weitere Enthüllungen, Publikationen und Veranstaltungen zu diesem Thema zu erwarten seien.

Der Zentralvorstand reagierte prompt und wandte sich anlässlich des 45. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus am 8. Mai in einem Offenen Brief an seine Mitglieder.

Hier hieß es: „45 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges ruft der Zentralausschuß der Gesellschaft für DSF dazu auf, den 8. Mai als einen Tag der Mahnung und des Gedenkens, als Tag der Versöhnung und der Freundschaft zu begehen.

Der 45. Jahrestag der Zerschlagung des Faschismus durch die Anti-Hitlerkoalition fällt in eine Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen in der UdSSR, der DDR und anderer osteuropäischer Staaten. Mit der von Michail Sergejewitsch Gorbatschow initiierten Politik der „Perestroika“ wurde eine Wende auch in der Entwicklung unseres Landes möglich, die fast ein halbes Jahrhundert nach der Beendigung des 2. Weltkrieges die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in greifbare Nähe rückt.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist uns der 45. Jahrestag Anlaß, als Gesellschaft für DSF zu verdeutlichen, daß wir auch künftig für Freundschaft und gegenseitige Verständigung zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion wirken werden, vielseitige Beziehungen mit der Sowjetunion auf ökonomischem, wissenschaftlich-technischem oder kulturellem Gebiet nach Möglichkeit fördern und offen sind für die Entwicklung der Beziehungen mit anderen Völkern.“⁶¹¹.

Solche und ähnliche Aktionen sicherten der Gesellschaft auch die Unterstützung der Mitglieder, denn trotz der Offenlegung der unter Stalin auch an Deutschen begangenen Verbrechen waren viele Bewohner der DDR nicht bereit, die bisherigen Denkweisen ultimativ aufzugeben, so schien für viele eine verordnete Freundschaft „von oben“ immer noch besser als die Konfrontation mit Völkerhaß und rechtsextremen Gedankengut⁶¹².

⁶¹⁰ SAPMO, DY 32, 4604. Information über den Erfahrungsaustausch am 25.4.1990 zur Problematik sowjetischer Internierungslager auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone vom 25.4.1990.

⁶¹¹ SAPMO, DY 32, 4935. Offener Brief des Zentralausschusses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zum 8. Mai 1945.

Die Reise nach Moskau

Die Unterstützung des Jahrestages der Sowjetarmee und die Maßnahmen, welche die Gesellschaft für DSF im Rahmen der Feierlichkeiten des 45. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus initiierte bzw. unterstützte waren ein Beitrag zur Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

In diesem Zusammenhang ist auch die Reise des Vorsitzenden des Zentralausschusses der Gesellschaft, Cyrill Pech, zusammen mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften BRD-Sowjetunion, Dr. Walter Sperling, und dem Vorsitzenden der Gesellschaft für DSF in Westberlin, Dr. Franz von Hammerstein, anlässlich des „Tag des Sieges“ zu sehen. Pech erinnerte sich, er habe ein Treffen mit Hammerstein und Sperling vorgeschlagen und dieses habe dann auch kurzfristig stattgefunden. Zu dritt habe man beschlossen, nach Moskau zu fahren und Gorbatschow persönlich davon in Kenntnis zu setzen „(...) daß es auch im Wiedervereinigungsprozeß Deutschlands ein weiterbestehendes Interesse an der Freundschaft zur Sowjetunion geben werde. Der Sowjetunion sollte vermittelt werden, daß sie keine Angst vor dem wiedervereinigten Deutschland haben müsse. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wollte sich dafür einsetzen, daß es weiterhin gemeinsame Bemühungen um die Vermittlung von freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern gäbe. Das war damals sozusagen die von uns angedachte, mehr oder weniger naive Idee, das hielten wir für wichtig. Der Apparat hat dann zu arbeiten begonnen, die Gesellschaft hat ihre Beziehungen spielen lassen und es hat tatsächlich auch geklappt, wir haben Gorbatschow getroffen“⁶¹³.

Diesem Unternehmen war Ende März 1990 ein Brief des Vorsitzenden der Gesellschaft an Michail Gorbatschow vorausgegangen. In diesem Brief wurde das Treffen in Moskau vorgeschlagen und betont: „Trotz unterschiedlicher politischer Positionen in Einzelfragen bestand Übereinstimmung darin, daß auch in einem künftig vereinten Deutschland Freundschaft, Verständigung und Zusammenarbeit mit der UdSSR unverzichtbar sind. (...) Für die drei

⁶¹² So Cyrill Pech während eines Gespräches mit der Autorin am 16. 5.1998 in Berlin.

⁶¹³ Ebd.,

deutschen Vereinigungen für Freundschaft mit der UdSSR wäre es von unschätzbarem Wert, über ihr weiteres Wirken einen Meinungsaustausch (...) führen zu können.“⁶¹⁴.

Das Treffen selber war äußerst kurz, kam aber im Mai 1990 immerhin zustande und die drei Besucher konnten ihr Anliegen noch einmal unterstreichen⁶¹⁵. Laut Pech habe man Gorbatschow „wörtlich ausgerichtet“ (wobei die Unterhaltung wohl hauptsächlich vom erfahreneren Redner und Mitglied des Bundestages, Dr. Sperling, bestritten wurde) „daß er versichert sein könne, daß es auch im vereinigten Deutschland eine Freundschaft der Deutschen zur Sowjetunion geben wird. Er könne überzeugt davon sein, daß auch im wiedervereinigten Deutschland der Wille zu konstruktiven Beziehungen zwischen beiden Staaten vorhanden sei.“⁶¹⁶.

Dieser Besuch spiegelt treffend die Situation wider, in welcher sich die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Mitte 1990 befand. Auf der einen Seite war man unsicher, wie man sich in dieser instabilen Situation verhalten sollte und suchte in der Anlehnung an alte Traditionen Zuflucht und Bestätigung. In diesem Zusammenhang mußte es besonders schwerfallen, zu realisieren, daß auch eine Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zunehmend an Bedeutung verlor. Der Besuch in Moskau ist damit ein Indiz, wie sehr man sich in Bezug auf die Bedeutung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft verschätzte. Im Gegensatz dazu mußte man sich andererseits auf neue Herausforderungen und völlig unbekannte Strukturen einstellen, wenn man eine unabhängige Freundschaftsgesellschaft erhalten wollte und vor diesem Hintergrund auch bereit sein, ungewohnte Wege zu gehen um sich bei möglichst vielen Institutionen Unterstützung für die Arbeit der Gesellschaft für DSF zu sichern.

Immerhin konnte im Rechenschaftsbericht an die vierte Tagung des Zentralausschusses festgehalten werden: „Die gemeinsame Reise (...) zum Jahrestag des Sieges nach Moskau, insbesondere der Empfang beim Präsidenten der UdSSR und weitere Gespräche mit leitenden Persönlichkeiten der UdSSR, sind ein deutliches Signal dafür, daß die Sowjetunion auch

⁶¹⁴ SAPMO, DY 32, WB 67. Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Zentralausschuß, der Vorsitzende an den Präsidenten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. E. Herrn M. S. Gorbatschow vom 26. März 1990.

⁶¹⁵ Dies bestätigten auch Dr. Franz von Hammerstein und Franz Rump als Vertreter der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Ostberlin während eines Gesprächs mit der Autorin am 22. Juni 2000 in Berlin.

⁶¹⁶ So Cyrill Pech am 14. Mai 1998 während eines Gesprächs mit der Autorin in Berlin.

künftig an einer selbständigen Freundschaftsorganisation in einem vereinigten Deutschland interessiert sind.“⁶¹⁷.

7.2. Die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft vor der Wiedervereinigung

Die Zuspitzung der Probleme

Mittlerweile hatte die politische Situation in der DDR sich weiter zugespitzt. Staatliche Strukturen waren vor dem Verfall nicht mehr zu bewahren und auch die Einbindung der Opposition in die Regierungsverantwortung brachte der SED/PDS nicht die gewünschten Ergebnisse. Noch ging man in der DDR-Regierung davon aus, das Bonner Streben nach einer möglichst schnellen Wiedervereinigung beeinflussen zu können, doch war es weder möglich, die Ausreisewelle einzudämmen bzw. den wirtschaftlichen Kollaps zu verhindern. Mit dem politischen Kurswechsel der Sowjetunion im Januar 1990 in Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung und der Anerkennung des Rechtes der Deutschen auf Selbstentscheidung war die Fahrt Richtung Einheit nicht mehr aufzuhalten. Hinzu kamen die Beschlüsse über eine Währungsumstellung und der Beginn der Zwei-plus-Vier Gespräche in Bonn am 5. Mai 1990. All dies führte zu einer Stimmung der Unsicherheit und Desorientierung innerhalb der DDR-Bevölkerung und hatte auch Auswirkungen auf die Gesellschaft für DSF, für die es immer schwieriger wurde, den Überblick über die Organisation zu bewahren und die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Pech erinnert sich, daß sogar aus DDR-politischen Reihen die Frage kam, ob die Gesellschaft für DSF nicht nur aus einem „Haufen von SED-Funktionären bestehe“ und daß es vielen Menschen zu diesem Zeitpunkt zweifelhaft erschien, ob der in der DDR-Gesellschaft

⁶¹⁷ SAPMO, DY 32, 4610. Lage- und Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle des Zentralausschusses der DSF an die 4. Tagung.

sattfindende Prozeß auch von einer ehemaligen Massenorganisation der DDR vollzogen werden könnte⁶¹⁸.

Ein weiteres Problem für die Arbeit der DSF waren die Geschehnisse in der UdSSR und die Probleme um die Stationierungsorte der sowjetischen Streitkräfte in der DDR. Damit gestaltete sich die Entwicklung in der Gesellschaft für DSF widersprüchlich, kompliziert und von der Gesamttendenz her eindeutig rückläufig.

Die innere Entwicklung in der Sowjetunion, hier vor allem die scheinbare Wirkungslosigkeit der „Perestroika“, offensichtlich werdende nationale Konflikte im Land, der erkennbar sinkende Lebensstandard und wachsende soziale Probleme in der UdSSR, aber auch die in der DDR-Öffentlichkeit bestehenden Differenzen zwischen der Bevölkerung und sowjetischen Einheiten in den Ballungsgebieten (Tiefflüge, Unfälle, Umweltbewußtsein), wirkten sich negativ auf die Arbeit der Gesellschaft für DSF aus.

Immerhin unternahm die Geschäftsstelle des Zentralausschusses der Gesellschaft im Mai 1990 den Versuch, darüber mit dem Oberkommando der Westgruppe, General Snetkow, in Wündorf zu sprechen und das Kontaktverhalten in Garnisonsstädten zu verbessern, wenn auch nur mit objektiv begrenztem Erfolg⁶¹⁹.

Gleichzeitig mußte man erkennen, daß für die Fortsetzung einer organisierten Freundschaftsarbeit keine staatlichen Mittel bereitgestellt werden sollten. Die Organisation mußte sich selber finanzieren. Besonders lokale Institutionen, also Parteien und gesellschaftliche Vereinigungen und staatliche Organisationen wahrten die Distanz, wohl da eine Aufarbeitung der „Erblast“ der Gesellschaft, auch auf personeller Ebene, zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen worden war⁶²⁰.

Die Finanzlage der Organisation hatte sich in den ersten Monaten 1990 weiter massiv zugespitzt. Einnahmen von 3,3 Millionen Mark standen allein im ersten Quartal 1990 Ausgaben von 9,5 Millionen Mark gegenüber, für das zweite Quartal 1990 erwartete man, 13 Millionen Mark zuschießen zu müssen. Damit reduzierte sich die Finanzreserve von ca. 70 Millionen

⁶¹⁸ So Cyrill Pech im Mai 1998 während eines Gespräches mit der Autorin in Berlin.

⁶¹⁹ SAPMO, DY 32, 4246. Sektion Basisarbeit, Stand der Vorbereitungen zur Bildung von Landesverbänden der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 20. April 1990.

⁶²⁰ Ebd.,

Mark und der Zentralausschuß mußte damit rechnen, nach der Währungsunion nur noch über eine Reserve von ca. 20 Millionen DM zu verfügen⁶²¹.

In der Tat konnte der Mitgliederschwund nicht aufgehalten werden. Auch wenn eine genaue Angabe über die Größe der Mitgliederzahlen fast unmöglich war, beliefen sich optimistische Schätzungen auf verbliebende 100-150 000 Mitglieder im Frühjahr 1990. Dabei handelte es sich, so der Lagebericht, überwiegend um Personen, die „aus innerem Bekenntnis zur Sowjetunion weiter in der Organisation mitmachen wollen.“⁶²². Doch auch diese waren eben nur teilweise bereit, sich an der Basis zu engagieren, obwohl der Zentralausschuß das Bemühen der noch verbliebenen Funktionäre durchaus anerkannte. Besonders problematisch stellte sich die parallel durchzuführende Umstrukturierung der Gesellschaft bei gleichzeitiger Reduzierung des hauptamtlichen Apparates dar. So mußte der Zentralausschuss zugeben, daß die Motivationslage für eine organisierte Freundschaft nicht besser geworden war, vor allem „die inhaltlichen Angebote und Möglichkeiten als auch einzelne Aktionen greifen nicht durchgängig. Aktionen, wie die Unterstützung von Ferienkindern aus Tschernobyl, finden noch am ehesten Anklang.“⁶²³.

Eine Aufrechterhaltung der bisher vorhandenen Strukturen der Gesellschaft war durch diese Entwicklungen definitiv nicht mehr möglich. Eine Erneuerung der Gesellschaft verlangte auch die Umstrukturierung hin zu ehrenamtlichen Funktionen und einen eher föderativer Aufbau. Gleichzeitig sollte die Arbeit der Gesellschaft aktionsbezogener gestaltet werden und der Zentralausschuß unternahm den Versuch neue Finanzierungsquellen zu erschließen.

Letztendlich war der noch bestehenden DSF Apparat objektiv nicht in der Lage, den Erneuerungsprozeß einer Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft personell, inhaltlich und organisatorisch zu bewältigen.

Die Bildung der Orts- Kreis- und Landesverbände

⁶²¹ SAPMO, DY 32, 4610. Lage - und Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle des Zentralausschusses der Gesellschaft für DSF an die 4. Tagung.

⁶²² Ebd., S. 2.

⁶²³ Ebd., S. 4

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hatte keine andere Wahl, als auch ihre Organisationsstrukturen anhand der neuen innenpolitischen Entwicklungen zu modifizieren.

Schon am 10 April 1990 hatte in Sachsen eine erste Zusammenkunft eines Landesverbandes Sachsen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft stattgefunden, am 19. Mai 1990 wurde der provisorische Landesausschuß Mecklenburg - Vorpommern gebildet. Bis zum 20. April 1990 fanden Zusammenkünfte der ersten Sekretäre aller Bezirksverbände mit Ausnahme des früheren Landes Sachsen-Anhalt, zur Beratung und Festlegung von Maßnahmen zur Bildung von Landesverbänden statt.

Dies war eine Reaktion auf die sich abzeichnende Verwaltungsreform in der DDR, die Bildung eines Landesverbandes wurde offensichtlich als erforderlich angesehen. So wurde in Karl-Marx-Stadt beschlossen, die Schaffung von Landesverbänden weiter voranzutreiben und dazu z.B. mit Kreisausschußmitgliedern und in den Bezirksausschüssen von Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt in der zweiten Maihälfte weiter darüber zu diskutieren. Ein Landesverbandstag sollte dann in der zweiten Hälfte des Novembers 1990 stattfinden und 150 Delegierte, je fünfzig aus den einzelnen Bezirken, schließlich gewählt werden⁶²⁴.

Zusätzlich plante man die Einrichtung von Arbeitsausschüssen, welche die Landesverbandstage der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vorbereiten sollten. Doch die Geschichte überholte die Pläne der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 waren diese Planungen obsolet geworden.

Für den geplanten Landesverband Sachsen z. B. wurde Dresden als Sitz des Landesausschusses vorgesehen, da man davon ausging, daß Dresden bei einer durchgeführten Verwaltungsreform Landeshauptstadt werden würde, eine gleiche Strukturierung wurde auch für die anderen Landesverbände ins Auge gefaßt.

Die Pläne zur Neustrukturierung waren umfangreich:

Die mit der Umstrukturierung betrauten Arbeitsausschüsse sollten aus je fünf Vertretern der bisherigen Bezirksausschüsse zusammengesetzt werden. Außerdem sollten zu den Delegiertenversammlungen noch aktive Mitglieder der Bezirksvorstände sowie die Delegierten des Außerordentlichen Kongresses in Schwerin teilnehmen, um sicherzustellen, daß alle Kreisverbände auf den genannten Delegiertenversammlungen vertreten waren. Interessant ist in

⁶²⁴ Vgl. SAPMO, DY 32, 4218. Niederschrift der ersten Zusammenkunft zur späteren Bildung eines Landesverbandes Sachsen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 10. April 1990.

diesem Zusammenhang, daß die Vorsitzenden der Bezirksausschüsse nicht in diesem Arbeitsausschuß mitarbeiten, sondern nur die ersten Sekretäre der Bezirke zur Unterstützung des Arbeitsausschusses herangezogen werden sollten, obgleich man auch diesen die offizielle Mitgliedschaft in diesen Arbeitsausschüssen verweigerte⁶²⁵.

Der Vorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erwartete von der Bildung der Landesverbände die Schaffung „weit günstigerer Voraussetzungen für die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der DSF-Mitglieder sowie eine weitere, unbedingt erforderliche Senkung der Anzahl der hauptberuflich tätigen Funktionäre auf allen Ebenen“⁶²⁶. Dabei achtete man in Berlin darauf, daß die Bildung der DSF-Landesverbände soweit möglich auf der Grundlage einer Vereinigung der Bezirksverbände des jeweiligen Territoriums in den neuen Grenzen von 1990 erfolgte.

Auch wenn man zu Anfang noch an einer Übernahme der bestehenden Kreisverbände festhielt, war das Fernziel eine Neustrukturierung auch der Kreisverbände und eine Neu- bzw. Umbildung von einer wesentlich reduzierten Anzahl derselben oder eine Auflösung der Kreisverbände und eine Untergliederung der Landesverbände allein in Ortsgruppen. Dies bot sich deshalb als Lösung an, da der Zentralausschuß zu diesem Zeitpunkt nicht davon ausgehen konnte, daß die bestehenden Kreisverbände mehr als ca. 1000 Mitglieder aufweisen würden, was die Aufrechterhaltung der Kreisgeschäftsstellen obsolet erscheinen ließ. Damit war die Gesellschaft für DSF mit dem Problem konfrontiert, sich neuen ökonomischen Zwängen beugen zu müssen und tatsächlich die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Geschäftsstellen zu untersuchen, um effektiv arbeiten und planen zu können.

Eine Analyse des ersten Sekretärs des Bezirksvorstandes Potsdam ergab, „daß zur Aufrechterhaltung der Tätigkeit einer Kreisgeschäftsstelle mit nur einem Mitarbeiter jährlich finanzielle Mittel in Höhe von etwa 30000 Mark benötigt werden würden.“⁶²⁷. Diese Summe setzte sich aus geschätzten 18000 Mark Lohnkosten, 1500 Mark Miete und Heizung, 1500 Telefongebühren, 500 Mark Materialkosten, 2000 Mark Benzinkosten und KfZ-Steuern sowie 6000 Mark für die politische Arbeit zusammen.

⁶²⁵ Vgl. ebd., S. 2.

⁶²⁶ SAPMO, DY 32, 4246. Sektion Basisarbeit, Stand der Vorbereitungen zur Bildung von Landesverbänden der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 20. April 1990.

⁶²⁷ Ebd., S. 1.

Nach dieser optimistischen Schätzung wären bei einem durchschnittlichen Jahresmitgliedsbeitrag von zehn Mark (abzüglich des 40 prozentigen Rücklaufs) pro Kreisverband mindestens 5.000 Mitglieder nötig gewesen, um das Bestehen einer Kreisgeschäftsstelle sicherzustellen.

Da es kaum möglich war zu diesem Zeitpunkt die Größe der Gesellschaft für DSF abzuschätzen, ging der Vorstand zu langfristigen Planungen über. Es wurde abgesprochen, einen zentralen Verbandstag im ersten Quartal 1991 einzuberufen, auf welchem die Delegierten aller neu gebildeten Landesverbände vertreten sein sollten. Damit beabsichtigte der Zentralausschuß gleichzeitig, den Prozeß der strukturellen Erneuerung der Gesellschaft abzuschließen⁶²⁸.

Andererseits erwarteten die Landesgesellschaften von der Berliner Geschäftsstelle vor allem Hilfestellung bei der Vorbereitung und organisatorische Empfehlungen. So sollte durch den Zentralausschuß sichergestellt werden, daß an allen weiteren Zusammenkünften in den Bezirken, die sich mit Fragen der Landesbildung befaßten auch Beauftragte der Gesellschaft für DSF teilnahmen, um einen Informationsfluß zu gewährleisten. Außerdem sollte in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle in Berlin die neue Struktur der Landesgeschäftsstellen, aber auch die Kaderauswahl und die Gliederung der künftigen Landesverbände selbst erarbeitet werden. Parallel dazu sollte auch die notwendige schrittweise Auflösung der bestehenden Geschäftsstellen der Bezirksausschüsse und die Neuformierung der Mitarbeiter erfolgen⁶²⁹.

Um einen konkreteren Überblick über die Mitgliederzahlen zu gewinnen, plante man die Ausgabe von Mitgliederausweisen zum 1. August 1990. Dies verfolgte auch den Zweck, „mit den Mitgliedern über Motivationen und Ziele ihres Mitwirkens in der Gesellschaft ins Gespräch zu kommen, die Strukturen der Basis auszuformen und die aktiven ehrenamtlich tätigen Freunde auf Kreisebene wieder stärker an die Wahrnehmung von Aufgaben heranzuführen.“⁶³⁰.

Konfrontiert mit dem nicht abnehmenden Mitgliederschwund wuchs das Interesse der Gesellschaft, auch die Arbeit in den Wohngebieten wieder aufzunehmen. Eine Stabilisierung der Wohngebietsgrundeinheiten schien nur von der Basis aus möglich zu sein. Um eine

⁶²⁸ SAPMO, DY 32, 4610. Sektion Basisarbeit: Festlegung des Zentralausschusses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur Entwicklung der ehrenamtlichen Arbeit auf demokratischer Basis und zur Struktur der Organisation vom 9. Juni 1990. S. 1.

⁶²⁹ Ebd., S. 1.

zahlenmäßige Vergrößerung der Mitgliederzahlen zu erreichen, sollten zukünftig die Mitglieder auf Ortsebene als Ortsverbände zusammengeführt und bei bestehendem ernsthaften Interesse neue Ortverbände ins Leben gerufen werden.

Das Scheitern der Kreisverbände

Der an ihn herangetragenen Aufforderung zur Umgestaltung der Gesellschaft auf der Kreis- bzw. Landesebene als abschließende und wichtige Etappe der Neustrukturierung der Gesellschaft konnte der Zentralausschuß bis zur Wiedervereinigung im Oktober 1990 nicht gerecht werden. Trotz einiger innovativer Versuche, neue Mitglieder zu gewinnen oder doch zumindest die bestehende Mitgliederzahl zu stabilisieren, konnte ein weiterer Mitgliederschwund nicht aufgehalten werden. Im November 1990 mußte der Zentralausschuß feststellen, daß es nicht gelungen war, die Wahl der Teilnehmer zu den Kreisverbandstagungen durch Basisgruppen, Zirkel oder Arbeitsgemeinschaften zu gewährleisten. Statt dessen waren die meisten Teilnehmer durch die jeweiligen Kreisausschüsse eingeladen worden, da sie diesen als aktive Mitglieder bekannt waren⁶³¹.

Einigen Kreisverbänden war es nur nach wiederholten Versuchen gelungen, eine adäquate Teilnehmerzahl zu mobilisieren und so mußten verschiedene Kreisverbandstage verschoben werden. Auf anderen Kreisverbandstagen wiederum spiegelte sich das Interesse der Mitglieder wider, die Verbandstagungen zu einem Neubeginn unter ehrenamtlicher Leitung zu machen⁶³².

Weiterhin wurden in vielen Kreisverbänden „außerordentliche Auflösungserscheinungen an der Basis und große Unsicherheiten über Inhalte und Formen künftiger Tätigkeit“⁶³³ festgestellt, ein Hinweis dafür, daß die Bevölkerung im Zuge der Wiedervereinigung keine Notwendigkeit sah, sich weiterhin für eine Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu engagieren, welche sich über Jahrzehnte damit gerühmt hatte, ein treuer Helfer der Partei zu sein. Die

⁶³⁰ SAPMO, DY 32, 4610. Sektion Basisarbeit: Festlegung des Zentralausschusses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur Entwicklung der ehrenamtlichen Arbeit auf demokratischer Basis und zur Struktur der Organisation vom 9. Juni 1990, S. 2.

⁶³¹ SAPMO, DY 32, 4246 Einschätzung der Kreis- und Landesverbandtage vom 24. November 1990.

⁶³² Vgl. Ebd., S. 1.

⁶³³ Ebd., S. 2.

Ursache für die Unsicherheit der verbliebenen Mitgliedschaft ist wohl darauf zurückzuführen, daß viele Mitglieder das Wesen der Umstrukturierung der Gesellschaft von einer auf das Mitglied ausgerichteten zu einer auf Aktionen orientierten Organisation nicht umsetzen konnten. Immer noch waren ihre Vorstellungen über ein weiteres Vorgehen und die zukünftige Arbeit der Gesellschaft von alten Formen und Methoden der Arbeit geleitet.

So war es im Zuge der Vorbereitungen der Kreisverbandstagungen besonders schwierig, die notwendige Zahl ehrenamtlicher Funktionäre für die neu zu bildenden Kreisausschüsse zu gewinnen. Vor allem ältere und bewährte Mitarbeiter waren bereit, Funktionen innerhalb der Gesellschaft zu übernehmen, wohingegen die Gewinnung von Jugendlichen zur Übernahme von ehrenamtlichen Posten fast unmöglich war.

Die Landesverbandstagungen

Optimistischer wurde die Durchführung der Landesverbandstagungen beurteilt, welche im Oktober und November 1990 durchgeführt worden waren. An allen Landesverbandstagungen hatten auch Vertreter des Zentralausschusses der Gesellschaft teilgenommen, Pech selber war persönlich nach Sachsen-Anhalt gereist.

In der Regel waren 100 bis 150 Delegierte bei einer Beteiligung von über 90 Prozent der verbliebenen Mitglieder je Landesverband gewählt worden. In der Einschätzung an den Zentralausschuß heißt es: „Die Referate u.a. grundsätzliche Aussprachen waren kritisch, optimistisch und ehrlich, in der Regel aber mehr Rück- als Aussprachen und ließen für die künftige Arbeit eine Reihe von Fragen offen.“⁶³⁴.

Es fiel - außer im Landesverband Berlin - allen an der Vorbereitung beteiligten Gruppen schwer, ein Programm für die weitere Arbeit der Gesellschaft für DSF zur Diskussion zu stellen. Auch wenn sich in den Aussprachen die Bereitschaft einiger Mitglieder widerspiegelte, aktiv für den Erhalt der Gesellschaft zu arbeiten und dabei auf neue und auch bewährte alte Formen zurückzugreifen, gab es unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Gesellschaft für DSF z.B. über die Erfassung und Verwendung der Mitgliedsbeiträge und daran gebunden, ob ein Rücklauf erfolgen sollte oder nicht⁶³⁵.

Alle Landesverbandstagungen nahmen die Satzungen für die Landesverbände an und erklärten darin ihre Mitgliedschaft in der Dachorganisation „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft e.V.“ mit Sitz in Berlin. Gleichzeitig sicherten die Satzungen entsprechend der geltenden Bestimmungen in der BRD die Eintragung aller Ländergesellschaften als e. V. Die Landesausschüsse wurden mit einer Stärke von etwa 20 Personen besetzt. Schließlich wurden in Anlehnung auf die Länderbildung in der DDR die Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin gebildet.

Das Resümee der vorläufigen Mitgliederzahlen war gegenüber den Angaben eines halben Jahres vorher erschütternd. Als vorläufige Mitgliederzahlen wurden in den Landesverbänden mit dem Stand November 1990 folgende Größen angenommen:

⁶³⁴ Ebd., S. 1.

⁶³⁵ Ebd., S. 3.

Tabelle 10: Mitgliederzahlen November 1990⁶³⁶

Landesverband	Mitgliederzahl
Berlin	20 000
Brandenburg	3 000
Mecklenburg-Vorpommern	4 600
Sachsen	5 000
Sachsen-Anhalt	3 500
Thüringen	2 600
gesamt	38 700

Damit hatte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft seit 1989 ca. 6,46 Millionen Mitglieder verloren und damit nur noch 0,6 Prozent ihrer früheren Mitglieder, dies entspricht innerhalb eines Jahres täglich ca. 18146 bzw. monatlich 544380 Austritten ehemaliger Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Da die zunehmende Zahl von Mitgliedsaustritten die Gesellschaft schon vor dem Außerordentlichen Kongreß in Schwerin beschäftigt hatte, wurde die Situation immer prekärer, da mit den Mitgliedern auch die Mitgliedsbeiträge und damit die Finanzierungsgrundlage der Gesellschaft ausfielen.

Gleichzeitig war der Mitgliederschwund ein deutlicher Indikator für den Bedeutungsverlust einer der früheren mitgliederstärksten Massenorganisationen der DDR. Damit hatte der Zentralausschuß doppelten Grund zur Sorge. Einmal war die finanzielle Situation zunehmend angespannt, auf der anderen Seite wurde es schwerer, die Bevölkerung zur Mitarbeit in der Gesellschaft zu gewinnen, was den Mitgliederschwund und den parallel dazu einhergehenden Bedeutungsverlust nur unterstrich.

Immerhin spiegelte sich in einigen Kreisverbänden jedoch auch die Entschlossenheit der noch aktiven Mitglieder wider, die Gesellschaft am Leben zu erhalten und erneut zu stabilisieren. Zu diesem Zeitpunkt war das besonders wichtig, da die sich zuspitzende Entwicklung in der Sowjetunion und die Begleitumstände beim Abzug der sowjetischen Westtruppen in der

⁶³⁶ Ebd., S. 4.

Bevölkerung Betroffenheit und Unverständnis hervorriefen. Doch offensichtlich stand es für den größten Teil der noch verbliebenen Mitglieder der Gesellschaft für DSF fest, „daß unsere Organisation fest an der Seite der sowjetischen Menschen stehen müsse und den Abzug der sowjetischen Truppen vom Territorium der ehemaligen DDR so unterstützen sollte, daß er in Würde entsprechend seiner historischen Bedeutung erfolgen kann“⁶³⁷.

Die rechtliche Stellung der Gesellschaft

Ein weiteres Problem war die zu diesem Zeitpunkt noch nicht eindeutig geklärte Rechtslage der Gesellschaft. So wurde formal eine Anerkennung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als gemeinnützige Organisation im Frühjahr 1990 immer wieder vertagt, da dem noch einige Festlegungen der auf dem Schweriner Kongreß beschlossenen Satzung entgegenstanden.

Mit Wirkung vom 22. Juni 1990 wurde die Gesellschaft unter der laufenden Nummer 456 als Vereinigungsregister eingetragen⁶³⁸.

Auf der dritten Tagung des Zentralvorstandes im März 1990 hatte man beschlossen, die Bildung einer Kapitalgesellschaft zu betreiben, um die Existenz und das Vermögen der Gesellschaft für DSF zu sichern. Dazu suchte man nach einem entsprechenden Partner und beschloß die Zusammenarbeit mit der WINFORMA GmbH - das Kürzel stand für die Gesellschaft für Wirtschaftsinformationen. Die Zusammenarbeit sollte auf der Basis einer Kapitalgesellschaft erfolgen, deren Einlage zu fünfzig Prozent durch das Vermögen der DSF (hier vor allem die 23 Häuser für welche die Gesellschaft die Rechtsträgerschaft innehatte, ohne das Puschkinhaus und das Zentrale Haus in Leipzig) und zur anderen Hälfte durch die WINFORMA GmbH (bzw. eine deren Tochtergesellschaften) eingebracht werden sollte.

Die WINFORMA GmbH war eine Überorganisation, die als Muttergesellschaft die Staatsbank, die Handelsbank, die Firmen WMW-Export, AHB Chemie-Export, AHB SKET-Export und das VEB Rechenzentrum des Außenhandels vereinte. Dazu kamen die drei Tochtergesellschaften

⁶³⁷ Ebd., S. 1.

Winpublic (Verlag), Winbonidada (Auskunftei) und Winservice (aktuelle Wirtschaftsinformationsdienste)⁶³⁹.

Die Gründung des WIN-INTERKONTAKT-CLUBs

Der Zentralausschuß beauftragte den Leiter der Geschäftsstelle bzw. den Leiter des Büros der Geschäftsstelle, gemeinsam mit der WINFORMA GmbH unter Einbeziehung der ersten Bezirkssekretäre und der Leiter der Häuser der DSF die begonnenen Beratungen weiterzuführen⁶⁴⁰. Schließlich wurde am 28.Mai 1990 die WIN-INTERKONTAKT-CLUB (WIC) GmbH gegründet⁶⁴¹.

Ausgangspunkt und Motivation der Überlegungen über die Gründung einer solchen Gesellschaft war offensichtlich die Sicherstellung der Häuser der DSF und die Effektivierung der Finanzierung der DSF-Arbeit. Überlegungen, durch die Trennung von einigen Häusern erhebliche Einsparungen erzielen zu können wurden zwar diskutiert, wurden aber schließlich verworfen. Statt dessen entschied man sich, durch eine „in neuen Dimensionen“ erfolgende marktwirtschaftliche Nutzung der Häuser gemeinsam die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Häuser der Gesellschaft erhalten zu können⁶⁴².

Als Geschäftsführer der WIN-INTERKONTAKT-CLUB GmbH fungierten die Vertreter der WINFORMA GmbH, Dietrich Freitag, Lothar Karge, Hans Schöne und Dr. Harald Schütz. Ihre Rechtsstellung war formal vergleichbar der der Gesellschafter, doch fungierten sie offiziell als Angestellte der GmbH. Ihre Bestallung konnte unter bestimmten Voraussetzungen von den Gesellschaftern widerrufen werden. Die rechtliche Vertretung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft übernahmen Cyrill Pech und Wolfgang Lenz, die Interessen und

⁶³⁸ SAPMO, DY 32, 4610. Lagebericht der Geschäftsstelle des Zentralausschusses der Gesellschaft für DSF an die 5. Tagung des Zentralausschusses vom 24. September 1990.

⁶³⁹ SAPMO, DY 32, 4610. Notiz zu einem Gespräch Dr. Schütz/Unger/Lenz/Karge/Freitag am 4. April 1990.

⁶⁴⁰ Vgl. SAPMO, DY 32, 5780. Beschluß Nr. 4 der Zentralausschuß-Tagung vom 7. April 1990.

⁶⁴¹ Vgl. SAPMO, DY 32, 4242. Informationen an den Zentralausschuß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (4. Tagung des Zentralausschusses am 9. Juni 1990 vom 7. Juni 1990, erstellt von der Win-Interkontakt-Club GmbH).

⁶⁴² Ebd., S. 2.

Rechte der WINFORMA GmbH wurden von Bernd Schütz und Dr. Harald Schütz wahrgenommen.

Die Stammeinlage der beiden Gesellschafter (DSF und WINFORMA) betrug je 50% des Stammkapitals, damit hatte kein Partner die Majorität und es konnte sichergestellt werden, daß beide gleichberechtigt waren, was sich auch in dem Anspruch auf einhellige Entscheidungen manifestierte.

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beteiligte sich mit einer Einlage von 29 Millionen DM an der neu gegründeten Gesellschaft und brachte dieses als Sacheinlagen in Form der Häuser der DSF ein, während die WINFORMA eine Bareinlage in gleicher Höhe einbrachte. Das WINFORMA-Kapital stammte, so Lenz, aus der Liquidation von DDR-Volkseigenen Unternehmen⁶⁴³. Gegenstand der ökonomisch und juristisch selbständigen GmbH sollte die gewerbliche Tätigkeit sein, die außerdem auch den Erhalt einiger Arbeitsplätze in den Häusern sichern sollte, deren Anzahl allerdings von der Wirtschaftlichkeit der Häuser abhängig war. Diese Wirtschaftsgemeinschaft aller 25 Häuser der DSF sollte die Häuser dazu befähigen, die entstehenden Kosten selbst zu erwirtschaften und mit Gewinn zu arbeiten, welcher zu 50 Prozent der Gesellschaft für DSF zugestanden hätte⁶⁴⁴.

Aus der GmbH-Konstruktion ergaben sich zwei Hauptaufgaben der Häuser:

1. die umfassende marktwirtschaftliche Nutzung und
2. eine neu konzipierte politische und kulturelle DSF Arbeit mit stark veränderten Inhalten wie etwa der schwerpunktmäßigen Berücksichtigung der Europa-Idee in extrem reduziertem Umfang.⁶⁴⁵

Dabei wurde die DSF mit Blick auf die neuen Verhältnisse im Zuge der Wiedervereinigung eines Teils ihrer früheren Aufgaben enthoben. Im Bericht an den Zentrallausschuß hieß es: „Die GmbH befreit die Gesellschaft für DSF davon, im Interesse der finanziellen Absicherung ihrer Fortexistenz selbst wirtschaftlich tätig werden zu müssen und damit den Status der

⁶⁴³ Vgl. Lenz in „Der Spiegel“. Nr. 7/1991, S. 17.

⁶⁴⁴ Interessant ist es in diesem Zusammenhang, daß im Vorfeld der Verhandlungen nur 23 Häuser in die GmbH einfließen sollten (ohne Dresden und Leipzig). Im Juni 1990 scheint es dann allerdings sicher zu sein, daß gemäß dem Verständnis der GmbH alle Häuser in die GmbH eingeflossen sind. Vgl. SAPMO, DY 32, 4242. Informationen an den Zentrallausschuß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (4. Tagung des Zentrallausschusses am 9. Juni 1990 vom 7. Juni 1990, erstellt von der Win-Interkontakt-Club GmbH).

⁶⁴⁵ Ebd., S 5.

Gemeinnützigkeit, einschließlich der Möglichkeiten der Zuführung von Mitteln aus öffentlicher Hand, aufs Spiel zu setzen.“⁶⁴⁶.

Als erste Maßnahmen reisten die Geschäftsführer der neuen Gesellschaft zu den Häusern der DSF, um diese über die Gründung der GmbH und deren Aufgaben zu informieren und für den Gedanken der eigenständigen Bewirtschaftung der Häuser zu werben. Durch den massiven Rückgang der Mitgliederzahlen waren natürlich auch die Besucherzahlen zurückgegangen und die finanzielle Lage der Häuser hatte sich weiterhin verschärft. Man ging davon aus, daß eine Veränderung der Situation nur erreicht werden könne, wenn man ein neues Image der Häuser aufbauen könne. Dazu sollten u.a. Veränderungen ihres Veranstaltungsprofils, eine verstärkte marktwirtschaftliche Nutzung, die Führung durch die GmbH und eine neue Firmierung gehören. Besonders die Neustrukturierung des Veranstaltungsprofils und der Zustand der Gebäude stand dabei im Mittelpunkt der Überlegungen.

Einhelligkeit bestand darüber, daß DSF-Veranstaltungen früheren Zuschnitts nicht mehr möglich waren und auch ihre Anzahl stark reduziert werden mußte. Man wollte eine ertragreiche Nutzung der Räumlichkeiten erreichen, indem man unterschiedlichste Veranstaltungen, teils in Eigenorganisation , teils durch die Hinzuziehung Dritter bzw. durch die Zusammenarbeit mit anderen Häusern der DSF, durchführte. Hier erschien vor allem die Raumnutzung an sich in mehrfacher Hinsicht verbesserungswürdig. Auch der gastronomische Bereich der Häuser sollte in neue Höhen befördert werden, „die den zu erarbeitenden Ruf der Häuser als erste Adresse wirksam unterstützt.“⁶⁴⁷. Schließlich sei die Ausstattung durch die Neuanschaffung von Tischen, Stühlen und Leuchten in den meisten Häusern ebenfalls zu erneuern.

Die Leitung der Häuser der DSF übernahmen Mitarbeiter der GmbH, die vorrangig für die Gastronomie bzw. die Nutzung von Veranstaltungs- und Büroräumen durch Dritte und die im Namen der GDSF zu organisierende politische und kulturelle Arbeit zuständig sein sollten. Als letztes kurzfristiges Ziel war die Erarbeitung einer PR-Konzeption der Häuser einschließlich der Firmierung auf den Arbeitsplan gesetzt worden. Darunter fiel die Entwicklung einer gemeinsamen Werbestrategie und einer einheitlichen Neufirmierung. Dies wurde festgesetzt auf: INTERKLUB... + (Städtename). In Einzelfällen wurde ein territorial typischer Eigenname zugesetzt, z.B. INTERKLUB Berlin, Palais am Festungsgraben; INTERKLUB DRESDEN,

⁶⁴⁶ Ebd., S. 2.

⁶⁴⁷ Ebd., S. 2.

Blockhaus, INTERKLUB Erfurt, Haus am Flutgraben; INTERKLUB Magdeburg, Palais am Dom oder INTERKLUB Schwerin, Marien-Palais. Ausgenommen von der kurzfristigen Erarbeitung individueller Konzeptionen waren jene Häuser, deren Inbetriebnahme sich durch noch zu tätige Investitionen für Ausrüstungs- bzw. Baumaßnahmen noch verzögerte.

Die Beweggründe für die Zusammenarbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mit der WINFORMA GmbH liegen auf der Hand.

Angesichts der finanziellen Malaise und der Abwanderung der Mitglieder mußte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft etwas unternehmen, um ihre Existenz zu sichern.

Da man die Anerkennung als gemeinnützige Organisation anstrebte um staatliche Zuschüsse in Anspruch nehmen zu können, war die Gründung einer GmbH mit dem Zweck der Abtrennung und Separierung des Managements der Häuser der DSF ein zu diesem Zeitpunkt logischer Schritt.

Doch zeigt sich im Umgang mit der Gründung der GmbH, wie groß die Unsicherheit innerhalb des Zentralausschusses war und wie wenig Vorstellungen man sich über die rechtliche Neugestaltung machen konnte. Hinzu kamen viel zu optimistische Annahmen, was die Ausgaben und Belastungen der Gesellschaft in der Zukunft betraf. Dennoch kann man wohl davon ausgehen, daß der Zentralausschuß in dem Glauben handelte, alles nur mögliche für den Erhalt der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft tun zu müssen⁶⁴⁸. Im Zuge der Wiedervereinigung war die Situation jedoch offensichtlich noch zu unübersichtlich, um taktisch wirksame Maßnahmen ergreifen zu können.

⁶⁴⁸ So Pech, Marsch und von Hammerstein während ihrer Gespräche mit der Autorin.

7.3. Die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft nach der Wiedervereinigung

Neue Rahmenbedingungen für die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft

Im Frühjahr 1990 wurden die Weichen auf die politische Einheit Deutschlands gestellt.

Am 5. Mai 1990 begannen die „Zwei-plus-Vier Gespräche“ in Bonn, am 1. Juli 1990 trat die Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion in Kraft und die Deutsche Mark (DM) wurde offizielles Zahlungsmittel in der DDR.

In den „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ wurden zwischen der Bundesregierung, der Regierung der DDR zusammen mit den Außenministern Großbritanniens, Frankreichs der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten die Grundlagen für die Wiedervereinigung festgelegt⁶⁴⁹. Nach turbulenten Auseinandersetzungen im Sommer 1990 beschloß die Sondertagung der Volkskammer in Berlin am 23. August 1990 den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zum 3. Oktober 1990. Diesen eiligen Maßnahmen folgten bald auch die Politiker mit der Anpassung des ostdeutschen Parteiensystems an die BRD⁶⁵⁰.

Am 3. Oktober 1990 wurde die Vereinigung der beiden deutschen Länder vollzogen, die DDR als eigenständiger Staat existierte nicht mehr. Am 14. Oktober wurden die Landtage in den

⁶⁴⁹ Vgl. zur Wiedervereinigung: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hoffmann. München 1998.; Bahrmann, H. und Links, C.: Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989. Berlin 1994; Dieselben.: Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR. Berlin 1995; Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III, Band VIII a -1990, Wolfenbüttel 1991; Falter, J.W.: Wahlen 1990. „Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen“. In: Jesse, E. und Mitter, A. (Hrsg.). Die Gestaltung der Deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft. Bonn 1992; Herdegen, G.: „Einstellungen zur Deutschen Einheit“. In: Weidenfeld, W. und Korte, K.R.: Handbuch Deutsche Einheit. Neuausgabe Bonn 1996, S. 246 ff.; Jesse, E.; Mitter, A. (Hrsg.): Die Gestaltung der Deutschen Einheit. A.a.O.; Thaysen, U.: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? A.a.O.; Ders.: „Fortwirkende Maßnahme der Regierung Modrow.“ In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED - Diktatur in Deutschland“. A.a.O., Band VII, 2, S. 1706 ff.; Nakath, D. und Stephan, G.R.: Countdown zur Deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990. Berlin 1996; Stephan, G.R. (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“, A.a.O.; Maier, C. S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt/Main 1999.

neuen Bundesländern gewählt. Den Regierungen in den neuen Bundesländern erging es dabei ähnlich wie dem Zentralausschuss der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft - die Finanzmisere stellte sie vor große Probleme.

Der Föderative Verbandstag

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten veränderten die Rahmenbedingungen für den Erneuerungsprozeß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft maßgeblich. Ebenfalls erschwerend machten sich außerdem die Ereignisse in der Sowjetunion und die dortige instabile Lage bemerkbar.

Zu diesem Zeitpunkt lag der Schwerpunkt der Aktivitäten des Zentralvorstandes eindeutig auf den Maßnahmen zur finanziellen Absicherung der Gesellschaft.

Am 16. Februar 1991 war der Föderative Verbandstag als erster Verbandstag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in einem gesamtdeutschen Rahmen einberufen worden. Damit unternahm die Gesellschaft für DSF erneut einen Versuch der Anpassung an die gegebenen Umstände und auch dieses Mal wurde die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft umstrukturiert. Im Gegensatz zu den Veränderungen, die im Rahmen des Außerordentlichen Kongresses erfolgt waren, sollte diese Umstrukturierung allerdings vor allem die Organisationsstruktur betreffen, nach dem eine inhaltliche Neuorientierung der Gesellschaft für DSF schon in Schwerin erfolgt war.

Neben einer Stellungnahme der Gesellschaft zu den Ereignissen in der Sowjetunion und dem Golf-Krieg ging es daher in der Arbeit der Gesellschaft vor allem „um die inneren Dinge“⁶⁵¹.

Man entschied sich, vorerst den Namen „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ beizubehalten. Außerdem sollte die Gesellschaft - wie schon die Planungen im Vorfeld anzeigten - die Struktur einer „Föderation“ erhalten. Dabei war man sich bewußt, daß die Zusammenarbeit zwischen der Dachorganisation und den Landesverbänden durchaus widerspruchsvoll gestaltet sein könnte. Als Aufgabe dieser Dachorganisation sollte die

⁶⁵⁰ Vgl. Weber, H.: Geschichte der DDR. A.a.O., . S. 362 ff.

Koordination und Gewährleistung des Informationsflusses im ganzen angesehen werden, wobei diese Leitung „behutsam selbst agieren“ und nicht nur reine Reaktionsfunktionen übernehmen sollte⁶⁵², vor allem aber sollte die Politik Deutschland/Sowjetunion begleitet werden.

Hier spielten auch die Mitglieder eine Rolle - zu diesem Zeitpunkt waren, wie oben erwähnt, noch 26.300 Mitglieder in der Gesellschaft ausgewiesen⁶⁵³, also noch 0,6 Prozent der früheren Größe der Gesellschaft für DSF- welche auf Orientierungshilfen und Motivation durch die Leitung Gesellschaft angewiesen waren, um die sich zusehends manifestierende Stagnation zu überwinden.

Die ins Auge gefaßten Aufgaben des Dachverbandes lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Koordination von Aktionen und Vorhaben der Ländergesellschaften auf kooperativer Basis;
2. Vertretung der Ländergesellschaften bei der Anmeldung, Wahrnehmung und dem Einbringen ihrer Interessen gegenüber den Exekutivorganen der Länder;
3. Vorbereitung eines einheitlichen, gesamtdeutschen Dachverbandes;
4. Sicherung der Rechte und Ansprüche in der Rechtsnachfolge der „alten“ Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auch auf Länderebene.

Die erarbeitete Satzung sah Kollektivmitglieder, also die Landesgesellschaften, fördernde Mitglieder (natürliche und juristische Personen) sowie Ehrenmitglieder vor⁶⁵⁴. Zu den letzteren sollten ausschließlich natürliche Personen zählen.

Die folgenden Kollektivmitglieder (Landesgesellschaften) wurden als Gründungsmitglieder geführt:

- Deutsch-Sowjetische Gesellschaft, Landesverband Berlin,
- Deutsch-Sowjetische Gesellschaft im Land Brandenburg,
- Deutsch-Sowjetische Gesellschaft Mecklenburg Vorpommern,
- Deutsch-Sowjetische Gesellschaft, Landesverband Sachsen-Anhalt,
- Gesellschaft Sachsen-Sowjetunion
- Thüringische Gesellschaft für Freundschaft mit den Völkern der UdSSR.

⁶⁵¹ SAPMO, DY 32, 4146. Bericht des Vorsitzenden des Zentralaussschusses der Gesellschaft für DSF auf dem Föderativen Verbandstag am 16.02.1991 in Berlin.

⁶⁵² Ebd., S. 1.

⁶⁵³ Ebd., S. 6.

⁶⁵⁴ SAPMO, DY 32, 4664/4667. Satzung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft; Fassung: 16. Februar 1991, angenommen auf dem Föderativen Verbandstag am 16. Februar 1991. S. 3.

Als förderndes Mitglied der Gesellschaft wurde der „Deutsche Herold“ genannt.

Organe des Vereins waren der Föderative Verbandstag, der Föderative Vorstand, der geschäftsführende Vorstand und der Berufungsausschuß.

Das oberste Organ war der Föderative Verbandstag. Er war zuständig für

- die Annahme von Empfehlungen und Anträgen über prinzipielle Aufgaben des Vereins,
- die Entgegennahme des Berichtes des Föderativen Vorstandes und dessen Entlastung,
- Die Entgegennahme des Berichtes der Föderativen Finanzrevisionskommission,
- die Wahl und die Abberufung der Mitglieder des Föderativen Vorstandes und der Föderativen Finanzkommission sowie des Berufungsausschusses,
- die Beschlußfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, und
- die Ernennung von Ehrenmitgliedern.

Der Föderative Verbandstag sollte alle zwei Jahre vom Föderativen Vorstand einberufen werden. Seine Leitung übernahm ein gewähltes Arbeitspräsidium, in welchem mindestens je ein Vertreter der Landesgesellschaft präsent sein mußte. Den Landesgesellschaften stand auf dem Föderativen Verbandstag ein paritätisches Stimmrecht zu, fördernde Mitglieder erhielten je eine Stimme, konnten aber die Interessen der Landesgesellschaften nicht überstimmen.

Der Föderative Vorstand wurde durch den Föderativen Verbandstag gewählt. In ihm waren je fünf Vertreter der jeweiligen Landesgesellschaften vertreten, deren Wahl in den Landesgesellschaften erfolgen sollte. Einzelpersonen durften nur zu einem Drittel im Föderativen Vorstand vertreten sein, ihre Wahl erfolgte ebenfalls durch den Verbandstag. Die Aufgaben des Vorstandes waren vor allem die Einberufung und Vorbereitung des Verbandstages, die Wahl seines Vorsitzenden und dessen Stellvertreter sowie des Schatzmeisters sowie die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes aus den eigenen Reihen, die Bestätigung der Vertreter der Kollektivmitglieder als Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und die Berufung des Leiters der Geschäftsstelle und des Protokollführers. Des weiteren oblag dem Föderativen Vorstand die Ausführung und Kontrolle der Beschlüsse des Föderativen Verbandstages, ihm stand die Beratung über umfangreichere Projekte zu, des weiteren die Beschlußfassung über den Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes und schließlich auch die Beschlußfassung über die Aufnahme und den Ausschluß von Mitgliedern.

Der Förderative Vorstand sollte mindestens zweimal im Jahr tagen und wurde vom Vorsitzenden geleitet.

Die Förderative Finanzrevisionskommission, deren Mitglieder nicht dem Förderativen Vorstand angehören durften, sollte durch den Förderativen Verbandstag gewählt werden und bestand mindestens aus drei Mitgliedern, davon einem Vorsitzenden. Ihre Aufgaben lagen im Bereich der Finanzprüfung und der Berichterstattung an den Förderativen Verbandstag.

Des weiteren verabschiedete man eine Arbeitsordnung sowie eine Finanz- und Reisekostenordnung⁶⁵⁵.

Der Förderative Verbandstag schloß nicht nur inhaltlich an den Aufarbeitungsprozeß der Vergangenheit der Gesellschaft für DSF an, sondern paßte die Gesellschaft den neuen Gegebenheiten eines vereinigten Deutschlands an. Insofern waren die Weichen zu einer Stabilisierung und Neuetablierung der Gesellschaft auf theoretischer Ebene nach Beendigung des Förderativen Verbandstages durchaus gestellt. Hierfür sprach nicht zuletzt die Planung der Bildung eines Dachverbandes, welcher Deutschland weit agieren sollte.

Kontaktaufnahmen zur Förderung der Gesellschaft

Am 29. und 30. Mai 1991 reiste Cyrill Pech als Vorsitzender des Förderativen Vorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu Gesprächen mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, mit der Arbeitsgemeinschaft der Gesellschaften BRD-Sowjetunion (ARGE) und mit der sowjetischen Botschaft nach Bonn⁶⁵⁶.

Eine Korrespondenz mit den Vertretern des Auswärtigen Amtes hatte im Vorfeld stattgefunden und eine Einladung zu einem Gespräch von seiten Dr. von Studnitz, einem Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, war am 13. Februar 1991 schriftlich bei der Gesellschaft eingegangen⁶⁵⁷.

Dr. von Studnitz erwies sich während dieses Gespräches als gut informiert über die Situation in

⁶⁵⁵ Vgl. ebd., S.4 und S. 5. Ein Zusammenfassung über die Besetzung und die Struktur findet sich auch in SAPMO, DY 32, 4664/4667. Wer ist Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 1-3

⁶⁵⁶ Vgl. SAPMO, DY 32, 5778. Bericht über den Aufenthalt des Förderativen Vorstands, Cyrill Pech, am 29. und 30. Mai 1991 in Bonn.

⁶⁵⁷ Vgl. SAPMO, DY 32, 5737. Brief des Auswärtigen Amtes, Dr. Ernst-Jörg von Studnitz, an den Vorsitzenden der Gesellschaft für DSF, Cyrill Pech.

den neuen Bundesländern und der Gesellschaft für DSF. Das Gespräch beschäftigte sich mit den folgenden Themen: Städtepartnerschaften, die Pflege von Soldatengräbern, Stimulierung des Handels mit der Sowjetunion, Kulturbeziehungen, Begegnungen mit den Bürgern der Sowjetunion, die Probleme im Zusammenhang mit dem Abzug der Sowjetarmee, die Ausbildung sowjetischer Armeeinghöriger für eine Tätigkeit im zivilen Bereich in der UdSSR und die Ausreise bzw. Übersiedlung von sowjetischen Bürgern deutscher Abstammung⁶⁵⁸.

Ähnlich positiv wurde das Gespräch mit dem Vertreter der ARGE, Dr. Sperling, gewertet. Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem die erneut signalisierte Bereitschaft zu einer möglichen Vereinigung beider Organisationen⁶⁵⁹. Sperling war dabei allerdings der Auffassung, „nicht schneller als notwendig und möglich vorzugehen.“⁶⁶⁰. In Gestalt von gemeinsamen oder untereinander abgestimmten Vorhaben könne sich eine Entwicklung vollziehen, „mit der Nützlichtes getan und auf das Ziel zugesteuert wird.“⁶⁶¹.

Dein ebenfalls angesetztes Gespräch in der Botschaft der UdSSR wurde mit Anatolij Boguschewski, dem ersten Botschaftssekretär, geführt. Gesprächsthema war hier die mögliche Unterstützung von geplanten Projekten durch die Gesellschaft für DSF wie z.B. die „Transkontinentale internationale Autoexpedition“, der Kongreß der Städtepartner vom 11.-18. 1990 Oktober sowie die Möglichkeiten der Ausweitung des Handels mit der UdSSR.

⁶⁵⁸ Vgl. SAPMO, DY 32, 5778. Bericht über den Aufenthalt des Föderativen Vorstands, Cyrill Pech, am 29. und 30. Mai 1991 in Bonn., S. 3.

⁶⁵⁹ Vgl. ebd., S. 4.

⁶⁶⁰ Ebd., S. 4.

⁶⁶¹ Ebd., S. 4.

Die Stabilisierung der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft

Ein Indiz für eine Stabilisierung und die Aufnahme einer kontinuierlichen Arbeit waren die zahlreichen Maßnahmen, welche die Gesellschaft im Zeitraum November 1990 bis Juli 1991 in Angriff nahm. Eine Übersicht über durchgeführte Veranstaltungen der Gesellschaft für DSF gibt eine Auflistung der umfangreichen Aktivitäten, mit denen sich die Gesellschaft im Frühjahr 1991 beschäftigte und welche von Gesprächsrunden mit sowjetischen Soldaten über Musikabende bis zu Aktivitäten anlässlich des „50. Jahrestages des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion 1941“ reichte⁶⁶². Doch nicht nur der Dachverband konnte eine Liste von durchgeführten Veranstaltungen vorweisen, auch in den Ländern läßt sich eine beachtliche Aktivität erkennen, die sich in den gut 100 genannten Veranstaltungen widerspiegelt. Durchschnittlich wurden von jedem Landesverband 16 Veranstaltungen organisiert. Der Schwerpunkt der Aktionen lag dabei auf der Kontaktherstellung zwischen Sowjetbürgern und der deutschen Bevölkerung wie z. B. der Vermittlung von über 900 Einladungen deutscher Familien an sowjetische Armeeingehörige zum Jahreswechsel 1990/91⁶⁶³.

Eine Delegation der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft in der UdSSR

In diesen Zusammenhang paßte auch die Entsendung einer Delegation der DSF im August 1991 auf Einladung der sowjetischen Schwesterorganisation SSDD. Geleitet wurde die Delegation von Cyrill Pech, begleitet wurde er von seinem ersten Stellvertreter, Klaus Hrabowski, den Vertretern der einzelnen Landesverbände oder deren Vorsitzenden⁶⁶⁴. Das Ziel der Reise war

⁶⁶² Vgl. SAPMO, DY 32, 5941. Übersicht über Teilnahme und Mitwirkung/Vermittlung des Föderativen Vorstandes der Gesellschaft für DSF und dessen Geschäftsstelle an Veranstaltungen, Aktionen und Begegnungen aus Anlaß des 50. Jahrestages des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941.

⁶⁶³ SAPMO, DY 32, 4144. Zusammenstellung von Aktionen und Projekten der sechs Landesverbände des Dachverbandes der Gesellschaft für DSF vom 8. Februar 1991 und SAPMO, DY 32, 5788. Übersicht: Zusammenstellung von durchgeführten Projekten der sechs Landesverbände sowie des Föderativen Vorstandes der Gesellschaft für DSF ab November 1990 bis 1991 vom 15. August 1991.

⁶⁶⁴ Vgl. SAPMO, DY 32, 5778. Auswertung der Reise nach Moskau im August 1991. Die Mitglieder der Delegation waren außerdem Dr. Rüdiger Karwath, Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg -

die Kontaktaufnahme mit der sowjetischen Schwestergesellschaft sowie die Beratung gemeinsamer Vorhaben für die Jahre 1991/92. Darüber hinaus hatte sich ein Mitglied der Delegation, Werner Winkelmann, auf Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen sowjetischen Betrieben und Betrieben der ehemaligen DDR vorbereitet und dazu der sowjetischen Seite auch schriftliche Vorschläge unterbreitet⁶⁶⁵.

Das in Moskau absolvierte Programm war äußerst komprimiert und reichte von Begegnungen mit dem Präsidenten der Gesellschaft „UdSSR-BRD“, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Ossipjan, über den Erfahrungsaustausch mit Vertretern verschiedener Firmen bis zu Begegnungen mit den Mitarbeitern der sowjetischen Schwestergesellschaft.

In der darauffolgenden Woche kam es zum erfolglosen, reaktionären Staatsstreich in der UdSSR. Dazu veröffentlichte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 21. August 1991 in Berlin eine Erklärung, die die Distanz der Gesellschaft zu den Ereignissen deutlich machen sollte. In der Erklärung hieß es: „Wir sind zutiefst betroffen über die jüngsten Ereignisse in der Sowjetunion. (...) Wir verurteilen den Staatsstreich und erklären uns solidarisch mit den Menschen in der Sowjetunion, die für die Bewahrung der Demokratie und der Menschenrechte, für die konsequente Weiterführung von Perestroika und Glasnost sowie für ein Gesellschaftskonzept eintreten, das die Menschen eine Verbesserung im täglichen Leben verspüren läßt.“⁶⁶⁶.

Probleme mit dem WIN-INTERKONTAKT-CLUB

Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sollte die Problematik um den WIN-INTERKONTAKT-CLUB GmbH stärker in den Mittelpunkt der Gesellschaft für DSF rücken.

Vorpommern; Dr. Kurt Oppitz, Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg; Kurt Kranke, Stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen und Leiter der Geschäftsstelle; Wilhelm Weih, Vertreter des Landesverbandes Thüringen, Mitglied des Föderativen Vorstandes und des Geschäftsführenden Vorstandes der Gesellschaft für DSF; Werner Winkelmann, Vertreter des Landesverbandes Sachsen-Anhalt; Birgit Dobrig, Referentin der Geschäftsstelle der Gesellschaft für DSF.

⁶⁶⁵ Vgl. ebd., S. 2.

⁶⁶⁶ SAPMO, DY 32, 4667. Erklärung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 21. August 1991.

Am 28. Dezember 1990 teilte die Treuhandanstalt⁶⁶⁷ der Gesellschaft mit, daß es untersagt sei „(...) die in ihrem Eigentum befindlichen oder auf anderer Rechtsgrundlage genutzten Objekte und Liegenschaften in die Kapitalgesellschaft WIN-INTERKONTAKT-CLUB einzubringen. Alle von der DSF genutzten Liegenschaften unterfallen - ebenso wie das sonstige Vermögen - der treuhänderischen Verwaltung. Rechtsgeschäftliche Verfügungen darüber sind ohne Zustimmung der Treuhandanstalt unwirksam.“⁶⁶⁸. Weiterhin betonte die Treuhandanstalt, daß eben diese Zustimmung zur Einbringung der Objekte in die GmbH nicht erfolgen werde - diese Nachricht schlug ein wie eine Bombe. Die größte Bestürzung innerhalb des Vorstandes der DSF dürfte jedoch die Feststellung hervorgerufen haben, „daß der Gesellschaftsvertrag vom 12. April 1990 sittenwidrig ist.“⁶⁶⁹

Damit wurde der Gesellschaft ein weiterer Tiefschlag versetzt, der durch die noch immer prekäre Finanzlage noch verschärft wurde, welche sich im Finanzbericht für 1990 widerspiegelt. Der Finanzbericht der Gesellschaft wies Einnahmen in Höhe von 6855600 DM aus, diesen standen jedoch Ausgaben in Höhe von 31237100 DM gegenüber.⁶⁷⁰ Davon entfielen z. B. auf den Außerordentliche Kongreß in Schwerin 158800 DM.

Mit 989700 DM auf Vereinsebene und 1409800 DM auf der Ebene des Zentralausschusses entfiel der größte Ausgabenanteil auf den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, gefolgt von den Bereichen Kulturarbeit und Internationale Begegnungen. Die Entwicklung des Kontostandes wurde folgendermaßen ausgewiesen:

⁶⁶⁷ Zur Treuhandanstalt vgl.: Turek, J.: „Treuhandanstalt“. In: Handbuch zur deutschen Einheit. A.a.O. S.742 ff; Gebhard, G. und Artzt, M.: „Rettet eine Holding das Volkseigentum?“. In: Berliner Zeitung, 15.02.1993.; Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Die Tätigkeit der Treuhandanstalt. Bonn 1991.

⁶⁶⁸ SAPMO, DY 32, 4145. Brief der Treuhandanstalt, hier des Direktorates Sondervermögen, an die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft betreffs deren Häuser und Grundstücke vom 28. Dezember 1990.

⁶⁶⁹ Ebd., S. 1.

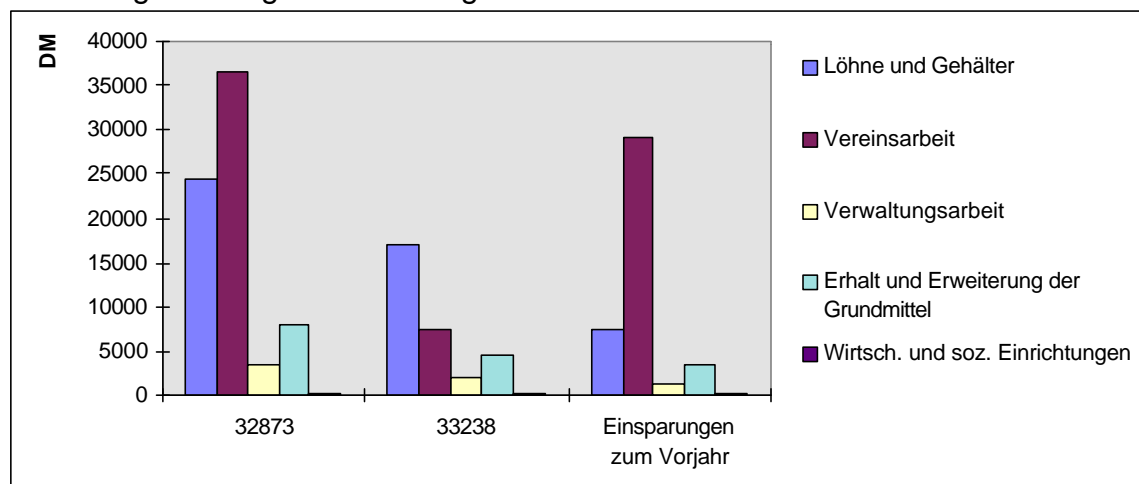
⁶⁷⁰ Vgl. SAPMO, DY 32, 4664. Finanzbericht der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für das Jahr 1990.

Tabelle 11: Entwicklung des Bankkontos Zentralausschuß⁶⁷¹

Berechnungsgrundlage	Betrag
Stand per 1.1.1990	84,6 Mio
./. Halbierung per 31. Juni 1990 durch Währungsunion	33,6 Mio.
./. Abgänge	26,4 Mio.
+ Zugänge	5,1 Mio.
Stand per 31. Dezember 1990 in DM	29,7 Mio.

Die Akten belegen für diesen Zeitraum deutlich, daß die Gesellschaft durch ihre finanziellen Probleme massiv in ihren Möglichkeiten eingeschränkt wurde, besonders im Bereich Vereins- bzw. Öffentlichkeitsarbeit Kürzungen hingenommen werden mußten und die leitenden Ebenen gezwungen waren, sich überwiegend mit den Problemen um den WIN-INTERKONTAKT-Club zu beschäftigen.

Abbildung 13: Vergleich der Ausgaben 1989/1990



Schon am 1. November 1990 hatte es zwischen der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen der DDR und der Gesellschaft für DSF Gespräche über die von der DSF geschlossenen Verträge und deren Gültigkeit

⁶⁷¹ Vgl. ebd., S. 1.

gegeben⁶⁷². Dabei war der Auftrag an Lenz, einem der Geschäftsführer, erteilt worden, eine Auflistung derselben zu erstellen. Bei der darauffolgenden Beratung wurde deutlich, daß „die Treuhandanstalt Eigentümer sämtlicher Rechtsträgerobjekte ist und allein entscheiden wird, im Einvernehmen mit der Kommission, wie mit diesen Objekten zu verfahren ist“⁶⁷³. Die Vertreter der Treuhand unterstrichen mit aller Deutlichkeit, daß es der Gesellschaft für DSF nicht erlaubt sei, über Rechtsträgerobjekte der Treuhand Verfügungen zu treffen, insbesondere ohne eine Auftragserteilung der Treuhand. Diese werde definitiv nicht erteilt. In diesem Gespräch wurde auch noch einmal auf den Gesellschaftervertrag Bezug genommen, in welchem genau 29,131 Millionen DM als Einlage der Gesellschaft für DSF aufgeführt war. Dieser Betrag war Teil der Einlage von 58 Millionen DM, die als Stammkapital im Gesellschaftervertrag ausgewiesen waren. Gleichzeitig waren diese 58 Millionen DM in der Bilanz vom 30. Juni 1990 enthalten. Hier handelte es sich um eine im doppelten Sinne ungesetzliche Situation. Die Vermögenswerte der ehemaligen Gesellschaft für DSF konnten nicht gleichzeitig in einer Gesellschaft ausgewiesen werden, die von zwei außenstehenden Dritten und zwei DSF-Mitgliedern gegründet worden war. Von seiten der Treuhand wurde die Vermutung aufgestellt, „daß beabsichtigt sein könnte, das Vermögen der DSF als Massenorganisation im Rahmen der gegründeten Gesellschaft WIN-INTERKONTAKT-CLUB GmbH einem Konkurs nahezubringen.“⁶⁷⁴.

Dadurch war die Registrierung des WIN-INTERKONTAKT-CLUBs GmbH unzulässig und das führte nach der Mitteilung an das Registergericht zur Streichung aus dem Register. Damit war der Versuch der Reprivatisierung der DSF gescheitert.

Schließlich wurde von allen Geschäftsführern der WIN-INTERKONTAKT GmbH verlangt, die Verflechtungen mit anderen Institutionen offenzulegen. Gleichzeitig sei der alte Rechtszustand wieder herzustellen und der Treuhandanstalt die Verfügungsgewalt über die Objekte zu überlassen.⁶⁷⁵.

⁶⁷² SAPMO, DY 32, 4145. Protokoll über die Beratung am 29.11.1990 zwischen der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen und der DSF vom 3. Dezember 1990.

⁶⁷³ Vgl. dazu auch SAPMO, DY 32, 4818. Schreiben des Sekretariates der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesministerium des Inneren zur gesetzlichen Situation der DSF und der GmbH.

⁶⁷⁴ Vgl. ebd., S. 2.

⁶⁷⁵ Vgl. ebd., S. 3.

Am 16. Februar 1991 beauftragte der Föderative Verbandstag den Föderativen Vorstand, eine endgültige und zügige Entscheidung über die Häuser der Gesellschaft für DSF zu unterstützen. Dies ging nicht ohne eine Diskussion dieses „allergischen Punktes“ - so Cyrill Pech in seiner Rede auf den Föderativen Verbandstag - ab⁶⁷⁶. Dabei hielt er fest, daß auch bei den Leitern der Landesgeschäftsstellen die Meinung überwog, daß die rechtlichen Vor- und Nachteile durchaus offen und nicht einschätzbar seien, „daß aber politische Gründe, Gründe des Ansehens unserer Gesellschaft dafür sprechen, daß der Föderative Verbandstag oder der neu zu bildende Föderative Vorstand möglichst bald im Sinne seiner politischen Auffassung entscheiden sollte.“⁶⁷⁷. Diese Einschätzung, daß eine Entscheidung vor allem politisch motiviert sein sollte, wurde auf der Sitzung des Föderativen Vorstandes im März wiederholt. Als Erklärung hieß es, daß die Zukunft der DSF vor allem aus politischen Gründen gefährdet sei⁶⁷⁸.

Am 8. März 1991 stellte der Landesausschuß der Gesellschaft Sachsen-Sowjetunion e.V. einen Antrag auf Austritt des Zentralausschusses (Föderativen Vorstandes) der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aus dem am 12. April 1990 abgeschlossenen Gesellschaftervertrag der WIN-INTERKONTAKT-CLUB GmbH⁶⁷⁹. Damit wurde nicht nur der dem Föderativen Vorstand erteilte Auftrag unterstrichen, sondern man stellte noch weitergehenden Ziele auf, als man die „Herbeiführung der Verfügungsgewalt über die finanziellen Mittel der Gesellschaft für DSF, die derzeit noch von der Treuhandanstalt verwaltet bzw. kontrolliert werden (...)“ forderte⁶⁸⁰.

⁶⁷⁶ Vgl. SAPMO, DY 32, 4146. Bericht des Vorsitzenden des Zentralausschusses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auf dem Föderativen Verbandstag am 16. Februar 1991 in Berlin, S. 11.

⁶⁷⁷ Ebd., S. 13.

⁶⁷⁸ Vgl. SAPMO, DY 32, 5780. Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Föderativen Vorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 9. März 1991 im Bildungszentrum am Müggelsee (zum weiteren Verlauf s.u.).

⁶⁷⁹ Vgl. SAPMO, DY 32, 5767. Antrag des Landesausschusses Sachsen auf Austritt des Zentralausschusses (Föderativen Vorstandes) der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aus dem am 12. April 1990 abgeschlossenen Gesellschaftervertrages der Win-Interclub GmbH vom 8. März 1991.

⁶⁸⁰ Ebd., S. 1.

Das Ende des WIN-INTERKONTAKT-CLUBs

Auf der zweiten Tagung des Föderativen Vorstandes am 9. März 1991, welche im Bildungszentrum am Müggelsee stattfand, wurde ausschließlich über die weitere Handhabung der Problematiken um die WIN-INTERKONTAKTCLUB GmbH beraten. Von den 35 gewählten Mitgliedern waren 29 anwesend. Als Anliegen der Sitzung wurde festgehalten:

„1. Die Unterzeichnung der vom Föderativen Verbandstag am 16. Februar 1991 beschlossenen Satzung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sowie das Gründungsprotokoll des Vereins (GfDSF) für die Beantragung als „e.V.“.

2. Treffen einer „verbindlichen Entscheidung zur Wahrung der Interessen der Gesellschaft für DSF hinsichtlich ihrer Haltung zur GmbH WIN-INTERCLUB“ entsprechend Beschluß des Föderativen Verbandstages“⁶⁸¹.

Die Diskussionen um eine Aufrechterhaltung der GmbH verliefen durchaus kontrovers. Interessant ist es in diesem Zusammenhang, daß der Anwalt, welcher in beratender Funktion im öffentlichen Teil der Sitzung hinzugezogen wurde, Dr. Riebenschläger, gleichzeitig Anwalt der WINFORMA, des WIN-INTERKONTAKTCLUBS und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war, was gewisse Zweifel an seiner Objektivität aufkommen läßt. Seiner Meinung nach war die Gesellschaft für DSF „schlecht beraten, wenn sie vor der Treuhandanstalt zu früh kapitulierte.“⁶⁸². Problematisch gestaltete sich die Festlegung, welche Gebäude sich noch eindeutig im Besitz der Gesellschaft befanden. Dazu wurde festgestellt, daß es sich nur noch um zwei Objekte handelte: Die Gebäude des Zentralvorstands Coswig und Bungalows in Neuendorf, welche der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durch die SMAD zugesprochen worden waren.

In dem geschlossenen Teil der Sitzung sprach sich dann der Vorsitzende, Cyrill Pech, für eine Trennung der GfDSF von der WIN-INTERCLUB GmbH aus. Dabei wurde nochmals das Anliegen der Gesellschaft unterstrichen, vor allem politischen Schaden zu vermeiden, welcher „unvergleichlich größer als ein eventueller materieller Nutzen“⁶⁸³ sei.

⁶⁸¹ SAPMO, DY 32, 5780. Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Föderativen Vorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 9. März 1991 im Bildungszentrum am Müggelsee.

⁶⁸² Ebd., S. 7.

⁶⁸³ Ebd., S. 9.

Zu diesem Zeitpunkt wurde auch zum ersten Mal das Argument angebracht, daß die Gesellschaft für DSF für ihre Arbeit nicht zwingend auf eigene Liegenschaften angewiesen sei, sondern sich auch eine Zusammenarbeit mit den Kommunen und ein Zurückgreifen auf deren Gebäude vorstellen könne - hier dachte man an die praktische Schaffung von Vereinslokalen.

Die Diskussion kreiste vor allem um drei Aspekte, einmal um die praktische Funktion der GmbH und deren Nutzen für die Gesellschaft, außerdem die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen und schließlich um die Rolle der Treuhand und die zukünftige Gestaltung.

Für die Gesellschaft konnte - so ein Argument - die GmbH als „Schutzschild“ für den Erhalt der Häuser angesehen werden. Diese seien wichtig für die Gesellschaft, da sie die Attraktivität bei der Gewinnung neuer Mitglieder erhöhe. Außerdem kämen bei einem Verlust der Häuser massive Kosten auf die Gesellschaft in Form von Mieten u.ä. zu.

Problematischer gestaltete sich dagegen das Verhältnis zwischen der GmbH und der Gesellschaft für DSF, so wurde bemängelt, daß von einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit wenig zu spüren sei. Die größte Differenz war wohl darauf zurückzuführen, daß die Gesellschaft für DSF letztendlich von Anfang an nicht in das Maximum-Profit-Konzept der GmbH gepaßt hatte und die Interessen der Gesellschaft für DSF in einer GmbH dieses Anspruchs nur unwesentlich berücksichtigt werden konnten.

Positiv wurde die Zusammenarbeit mit der Treuhandanstalt gewertet - was blieb auch anderes übrig - , die ihre Kritik und Ablehnung ausschließlich auf die GmbH ausrichtete. Schließlich sei der Gesellschaft für DSF bei einem Austritt aus der GmbH Rechtsbeistand und Hilfe durch die Treuhandanstalt zugesagt worden⁶⁸⁴.

Bei der darauffolgenden Abstimmung sprachen sich 25 Mitglieder des Föderativen Vorstandes für eine Beendigung der Zusammenarbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mit der WIN-INTERKONTAKT GmbH aus. Es gab drei Gegenstimmen und eine Stimmenthaltung. Der Beschluß hielt fest:

„Die Schritte des ehemaligen Zentralausschusses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die der Gesellschaft für DSF nach DDR-Recht übertragenen Rechtsträgerschaften an Häusern der DSF im April 1990 in eine GmbH einzubringen, waren der damals als richtig und rechtlich erkannte Weg, die Häuser der DSF für die Gesellschaft für DSF weiter nutzen zu können (...).

⁶⁸⁴ Ebd., S. 13.

Die mit der GmbH Bildung angestrebten Ergebnisse wurden nicht erreicht. (...)

Aus diesen Gründen fordert die Gesellschaft für DSF ihre WIN-INTERCLUB- GmbH-Anteile zurück. (...).⁶⁸⁵.

War die Gründung des WIN-INTERKONTRAKT-CLUBs ein Erfolg?

Die politische Wende in der DDR stellte die Gesellschaft für DSF vor die Aufgabe, inhaltlich und methodisch neue Wege zu gehen. Dazu gehörte neben der Umstrukturierung der Gesellschaft in eine föderative Organisation auch die Sicherung bzw. Schaffung der dazu erforderlichen finanziellen Mittel. Die dazu nötigen prinzipiellen Festlegungen wurden auf dem Außerordentlichen Kongreß der Gesellschaft in Schwerin getroffen und waren die Grundlage für die Bereitschaft des Vorstandes der Gesellschaft für DSF, die Häuser der Gesellschaft für DSF durch die Bildung einer GmbH einer ökonomischen Nutzung zuzuführen.

Doch bereits in der Phase der Vorverhandlungen um die Schaffung der GmbH wurden entscheidende Fehler begangen. In ökonomischen und juristischen Dingen unerfahrene Mitarbeiter der DSF begeisterten sich angesichts der zunehmend angespannter werdenden Situation der Gesellschaft euphorisch für die Überlegung, die Gesellschaft für DSF mit Hilfe der GmbH finanziell abzusichern. Dazu kam das eigenmächtige Handeln der Geschäftsführer der GmbH und die Passivität diesem Aspekt gegenüber durch den Zentralvorstandes der Gesellschaft für DSF. Der als Arbeitsgrundlage des GmbH erstellte Gesellschaftervertrag kam im Prinzip ohne exaktes Wissen um Inhalt und entsprechende Zusammenhänge von Seiten der Leitungsgremien der Gesellschaft für DSF zustande und trug dem Anliegen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft keineswegs Rechnung. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der Name „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ nicht einmal in dem ganzen Vertragstext auftaucht⁶⁸⁶.

⁶⁸⁵ SAPMO, DY 32, 4145. Beschluß der 2. Tagung des Föderativen Vorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 9. März 1991.

⁶⁸⁶ Vgl. dazu SAPMO, DY 32, 4145. Thesen für die einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden Cyrill Pech auf der Tagung des Föderativen Vorstandes am 9. März 1991 vom 28.2.1991.

Damit war der Zentralausschuß seiner Verantwortung nicht gerecht geworden, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen war, daß die hauptamtlichen Mitglieder ihrer beratenden Funktion nicht nachkamen. Die Aktivitäten der GmbH richteten sich 1990 schließlich überwiegend auf die Vermarktung von Räumlichkeiten der in die GmbH eingebrachten Gebäude.

Mit der Zäsur des Einigungsvertrages verschärfen sich die Gegensätze zwischen der Gesellschaft und der GmbH. Dies wurde durch die negative Presse in Bezug auf die eingebrachten Gelder und durch das Vorgehen der Treuhandanstalt im Frühjahr 1991 noch akzentuiert und damit die GmbH und die Gesellschaft politisch angreifbar.

Der Beschluß, die Zusammenarbeit mit der GmbH zu beenden war vor diesem Hintergrund sicherlich unterschiedlichst motiviert und durchaus logisch.

Erstens hatten sich die politischen Voraussetzungen, die den Zentralausschuß bewogen, die Häuser der DSF in den WIN-INTERKONTAKT-CLUB einzubringen, geändert und entsprachen damit nicht mehr den Intentionen noch den Realitäten einer inzwischen wesentlich inhaltlich und strukturell veränderten Gesellschaft für DSF.

Zweitens existierte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft als eine sozialistische und parteipolitisch abhängige Massenorganisation nicht mehr. Dieser jedoch waren zu DDR-Zeiten durch den Staat volkseigene Grundstücke zur Nutzung als Häuser der DSF überlassen worden. Nach dem Zusammenbruch der DDR konnte die DSF nicht ohne weiteres Eigentumsansprüche über ehemals volkseigene Objekte als gegeben ansehen.

Analysiert man drittens den Umfang und die Struktur aller Veranstaltungen in den Interclubs nach einjähriger Praxis, kann man feststellen, daß die gesetzten Ziele einer marktwirtschaftlichen Nutzung der Gebäude nicht erfolgt war. Bestenfalls läßt sich eine „Raum-Vermiet-Praxis“ ohne inhaltliche Strategie zuerkennen.

Weiterhin gab es Probleme zwischen den Landesgeschäftsstellen, der Berliner Zentrale der Gesellschaft für DSF und der Berliner Geschäftsstelle der GmbH. So war von der GmbH-Geschäftsstelle in Berlin ein Vertreter der Bank für Gemeinnützigkeit nach Dresden und Leipzig geschickt worden um zu prüfen, ob Räumlichkeiten der dortigen Häuser der DSF Interessen der Bank dienlich sein könnten, und das, obwohl die betreffenden Häuser nicht Bestandteil des Interclubs waren. Die Leiter beider Häuser schlossen unter der Firmierung Interclub Vermietungsverträge über Räumlichkeiten bis in das Jahr 1991 ab, obwohl de facto die Gesellschaft für DSF und nicht der WIN-INTERCLUB die Rechtsträgerschaft über die

Gebäude innehatte. Dieses wurde auch nach einem schriftlichen Einspruch nicht geändert. Ebenso erfolgte die Finanzabrechnung beider Häuser offensichtlich mit dem Wissen der Geschäftsstelle des früheren DSF-Zentralausschusses über die Zentrale der GmbH in Berlin. Fünftens stellt sich die Motivation zum Abschluß dieser Verträge bei einer chronologischen Analyse als weitaus bedenklich dar. Am 1. März hatte die Regierung Modrow den Vorschlag zur Errichtung einer „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ unterbreitet, welches als Treuhandstatut am 15. März 1990 vom DDR-Ministerrat beschlossen worden war⁶⁸⁷. Den Vertretern der WINFORMA sollte nach Lage der Dinge noch vor dem Abschluß des Gesellschaftsvertrages mit der Gesellschaft für DSF, welcher ja erst im April 1990 erfolgte, bekannt gewesen sein, daß ihr Kapital (das Kapital der WINFORMA stammte offensichtlich aus der Liquidation von volkseigenen DDR-Unternehmen aus dem Bereich des Außenhandels der DDR⁶⁸⁸) treuhänderisch unter staatliche Kontrolle und Verfügung gestellt werden würde.

Eine ausgewogene, faire Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft und der GmbH hat es kaum gegeben. So wurde es z. B. nach der Währungsunion nie in Betracht gezogen, daß sich die Bareinlage der WINFORMA halbiert, der Wert der Häuser der DSF dagegen massiv erhöht hatte. Ein nötiger Ausgleich hatte in der Zeit nach der Währungsunion nie stattgefunden.

Das Argument des ehemaligen Zentralvorstandes, die Gesellschaft habe sich zu einem Zeitpunkt zu einer Zusammenarbeit mit der WINFORMA entschlossen, als mit der Weiterexistenz der DDR noch zu rechnen war, erscheint obsolet. Schon im April 1990 war nicht mehr unbedingt davon auszugehen, daß die DDR weiterhin Bestand haben könnte, allerdings war wohl der Zeitpunkt einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Länder noch nicht genau absehbar.

⁶⁸⁷ Zur Treuhand vgl. Turek, J.: „Treuhandanstalt“ In: Weidenfeld, W. und Korte, K.-R. (Hrsg): Handbuch zur deutschen Einheit. A.a.O., S. 742 ff.

⁶⁸⁸ Vgl. „Der Spiegel“. Nr. 7/1991, S. 17.

VIII. Kapitel

Resumee

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wurde sowohl von der Sowjetunion als auch von der SED entsprechend der jeweiligen Interessen benutzt und erfüllte im politischen System der DDR zunächst eine doppelte Transmissionsfunktion, einmal in Bezug auf die Vermittlung und Propagierung des sowjetischen Systems der UdSSR, aber gleichzeitig auch bezüglich der Interessen der SED. Dieses ambivalente Verhältnis bestand schon bei der Gründung der Gesellschaft 1945, welche überwiegend auf das Engagement der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen ist, und entsprach sowohl den Vorstellungen der Sowjets sowie gleichzeitig den Intentionen der deutschen Funktionäre, wie die Analyse des ersten Teils der Arbeit erkennen läßt.

Ende der vierziger Jahre war die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ein Mittel, mit welchem die Sowjetische Militäradministration versuchte, die antisowjetische Haltung in der deutschen Bevölkerung zu überwinden. Im Vergleich mit anderen Massenorganisationen der DDR war die Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt etwas Besonderes, da es eine vergleichbare Organisation für Freundschaft mit Deutschland in der UdSSR nicht gab, andererseits entsprach sie in ihrer Struktur schon bald einer typischen Massenorganisation in einem sozialistischen System und übernahm auch deren Funktion, denn die SED nutzte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft seit diesem Zeitpunkt als Transmissionsriemen und Medium zur Manipulation der eigenen Bevölkerung im Interesse der Partei.

Mit der Entwicklung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft - aus der Tradition kommunistischer Gruppen der Weimarer Republik zur Massenorganisation der DDR - war sie endgültig in das politische System der DDR eingebunden und damit letztendlich auf die Unterstützung der SED angewiesen.

Solange diese sich auf der Linie der KPdSU befand, war es für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ein systemstrategischer Vorteil, daß es ihre Aufgabe war, die

„Errungenschaften der Sowjetunion“ unter den DDR-Bürgern publik zu machen und diese entsprechend zu vermitteln, denn damit entsprach sie der Absicht der Partei im eigenen Land und konnte somit leicht die eigene Stellung behaupten. Gleichzeitig konnte sie auf diese Weise die Sowjetunion, aber auch die Interessen der SED, bedienen, diese unterstützen und sich so profilieren. Dabei war ihre Bindung an die SED so eng, daß selbst personalpolitische Entscheidungen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nicht ohne vorherige Absprache mit der SED erfolgen konnten, d.h. in diesem Punkt war die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft völlig an die Partei gebunden, die besonders die Besetzung von Schlüsselpositionen mit SED-Mitgliedern forcierte, so waren etwa nur zwei der sechs Präsidenten der Gesellschaft (Diekmann und Bolz) nicht Mitglieder der SED.

Das so konstruierte System verlor seine Effektivität, als die SED sich in der Mitte der achtziger Jahre nach dem Amtsantritt Gorbatschows 1985 von der neuen Linie Moskaus deutlich distanzierte und die Gesellschaft regelrecht gezwungen wurde, Position zu beziehen. Nun war es für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unmöglich, gleichzeitig der Partei zu dienen und die Neuerungen in der Sowjetunion zu vermitteln, da dies nicht mehr im Interesse der SED war. Damit geriet sie in einen deutlichen Zwiespalt und entschied sich dafür, entsprechend der Interessen der in der DDR herrschenden Partei zu agieren und schlug sich in ihrer Polemik eindeutig auf die Seite der SED, die durch die kritischer werdenden Stimmen im Land zunehmend unter Druck geriet. Zur Gewährleistung eines Informationsflusses sowie einer besseren Kontrolle der Mitglieder im Sinne der politischen Indoktrinierung ergriff sie daher Mitte der achtziger Jahre Maßnahmen, welche die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft besser durchstrukturierten und eine regelmäßige Berichterstattung über Tendenzen und Kritiken der Mitgliedschaft sicherstellten.

Nach dem Zusammenbruch des DDR-Regimes versuchte sie diesen „Fehler“ wettzumachen und sich deutlich von der eigenen Geschichte und der Politik der SED zu distanzieren. Letztendlich war es aber nicht möglich, auf diese Weise dem Schwund der Mitglieder entgegenzuwirken und der Versuch der Sicherung des Vermögens der Gesellschaft für DSF durch die Gründung des WIN-INTERKONTAKT-CLUBs scheiterte ebenso wie eine vollständige Erneuerung.

Die vorliegende Arbeit gibt neben der Darstellung der Traditionsstränge sowie der Interessenlage seit der Gründung der Gesellschaft Einblicke in zwei miteinander zusammenhängende, aber mitunter durchaus selbständige Themengebiete:

- Einmal beschreibt sie den vielfältigen Wandel der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von einer unbedeutenden „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ 1945 hin zu einer typischen Massenorganisation der DDR, die Funktion der Gesellschaft für DSF als Transmissionsriemen der SED Ende der vierziger bzw. zu Beginn der fünfziger Jahre, ihre weitere Entwicklung zu einer der mitgliederstärksten Organisationen der DDR in den achtziger Jahren bis zu einer Massenorganisation, welche nach 1985 versuchte, einerseits den Interessen der SED und andererseits der Propagierung der sowjetischen Politik gerecht zu werden und deren Existenz Ende der achtziger Jahre gefährdet war, als das Regime der DDR den Forderungen der Bevölkerung nicht nachkam, sowie, daran anknüpfend, die Versuche des Vorstands, eine Erneuerung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft herbeizuführen.

- Zum anderen stellt die Arbeit aber auch die teilweise widersprüchlichen Abläufe in der DDR, in der Gesellschaft der DDR und innerhalb der Gesellschaft für DSF in der Zeit zwischen 1985 und 1989/1990 dar und setzt diese miteinander in Beziehung.

Nach einer Analyse der hinzugezogenen Quellen und Darstellungen lassen sich folgende Schlußfolgerungen ziehen:

1. Der Versuch der SMAD, mit der Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion bzw. der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aus der Tradition bekannter kommunistischer Gruppen der Weimarer Republik heraus bestehende Vorurteile der DDR-Bevölkerung gegenüber der Sowjetunion abzubauen, Sympathien professionell zu organisieren und Massen zu einer Freundschaft mit der Sowjetunion zu bewegen, war nicht erfolgreich. Schon vor dem Krieg war es den Vorgängerorganisationen der Gesellschaft nicht gelungen, einen größeren Teil der Bevölkerung anzusprechen und für die Sowjetunion zu begeistern, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war ebenfalls nicht in der Lage, ein reales Interesse unter dem größten Teil der DDR-Bewohner zu wecken, auch wenn sie in den achtziger Jahren auf nominal fast 6,5 Millionen Mitglieder verweisen konnte.

2. Das massive Interesse der Bevölkerung an der Kultur und der Politik der Sowjetunion hat in der von der SMAD und den deutschen Führern beschriebenen Form folglich nie bestanden.

In der neuen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, die nach dem Krieg in der SBZ ins Leben gerufen wurde, fanden sich zwar zunächst ab 1947 Angehörige der Gruppen ein,

die sich aus unterschiedlichsten Motiven heraus den Sowjets wirklich verbunden fühlten, dazu kamen noch Opportunisten, die sich dem „Zeitgeist“ unterwarfen. Doch die eigentliche Initiative kam eindeutig von Seiten der SMAD und war insofern keineswegs eine spontane Reaktion auf ein „inneres Bedürfnis“ der Menschen in Ostdeutschland nach Kontakten zur Sowjetunion, sondern eine geplante und groß angelegte Aktivität von sowjetischer Seite, die die Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion schließlich initiierte, welche durch die Vertreter der SED unterstützt wurde.

3. Mit der Namensänderung im Juli 1949 von „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ zu „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ wurde der „neue Kurs“ manifestiert, den die Gesellschaft auf ihrem Weg zu einer typischen Massenorganisation der DDR, strukturiert nach dem Vorbild des demokratischen Zentralismus und in enger Personalunion mit der SED, während ihrer Entwicklung als Transmissionsriemen der SED, gehen sollte. Durch Druck und massive Werbekampagnen verzehnfachte die Gesellschaft daher innerhalb eines dreiviertel Jahres ihre Mitgliederzahlen.

Gleichzeit wurde das Angebot der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft deutlich erweitert. Neben dem Studium der Geschichte der KPdSU, der Durchführung von Feiern von Jahrestagen wie z.B. der Oktoberrevolution oder der Gründung der Roten Armee propagierte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft seit den fünfziger Jahren den sowjetischen Vorsprung im Wissen um die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft und die sowjetischen Produktionserfahrungen ebenso wie die Vorteile des eigenen Systems und der SED.

4. Trotz dieser Aktivitäten ist das Anwachsen der Gesellschaft weniger auf die erfolgreiche Vermittlung ihres Anliegens zurückzuführen, sondern vielmehr auf den gesellschaftlichen Druck und die Erkenntnis der DDR-Bürger, den in der DDR geforderten gesellschaftlichen Aktivitäten ziemlich einfach in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nachkommen zu können. Der in der Gesellschaft für DSF gelobte Aktionismus ihrer Mitglieder war ein hohles Konstrukt, welches von den partizipierenden Massen überwiegend vorgetäuscht wurde.

5. Das Ziel der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, eine grundsätzlich positivere Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Sowjets herbeizuführen, blieb unerreicht. Die Frage nach den Ursachen läßt sich mit mehreren Faktoren erklären. Zum einen ist festzuhalten, daß es in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durchaus

Personen gab, denen eine Freundschaft mit der Sowjetunion tatsächlich eine „Herzensangelegenheit“ war, d.h. sie waren an den Entwicklungen in der Sowjetunion wirklich interessiert. Darauf weisen nicht nur die vielen Eingaben hin, die sich auch nach dem Verbot des „Sputnik“ weiterhin um eine Freundschaft zur Sowjetunion bemühten, sondern vor allem die Anzahl der Personen, die auch nach der „Wende“ 1989/1990 Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft blieben. Andererseits jedoch war eine Mitgliedschaft in einer Massenorganisation für die Bürger der DDR mehr oder weniger verpflichtend und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vor diesem Hintergrund eine Institution, die nicht viel Engagement forderte und im Vergleich zu anderen Massenorganisationen daher eine gewisse Attraktivität hatte.

6. Die Machthaber der DDR betrachteten die Massenorganisation Gesellschaft für DSF, wie andere Massenorganisationen der DDR auch, vor allem als Institution, die geschaffen worden war, um den eigenen Machtbereich abzusichern. In diesem Zusammenhang entsprach die Funktion der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft den Interessen der SED. Dies spiegelt sich sowohl in dem strukturellen Aufbau der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihrer engen Bindung an die SED als auch in ihren Funktionsmechanismen wider. Die Besetzung wichtiger Positionen wurde schon mit der Ernennung Kuczynskis von den herrschenden Eliten gesteuert, sowie der Aufbau der Organisation unterstützt bzw. kontrolliert, Entscheidungen zur Besetzung bestimmter Posten oder Beschlüsse im Vorfeld mit der SED abgesprochen und Themen behandelt, die das Interessenspektrum der SED abdeckten.

7. Das Scheitern der Gesellschaft für DSF scheint weiterhin auf systemimmanente Gründe zurückzuführen sein, d.h. das nominelle Anliegen der Gesellschaft ließ sich auch deshalb nicht umsetzen, weil es den Machthabern in der UdSSR, aber auch denen in der DDR, nicht wirklich darum ging, ihre Völker tatsächlich zu Freunden zu machen.

Hinzu kommt noch, daß es zwar ein Anliegen der Sowjetunion war, eine pro-sowjetische Haltung unter der DDR-Bevölkerung zu verbreiten, es ihr aber nicht darum ging, einen unkontrollierten Kontakt zwischen ihrer Bevölkerung und DDR-Bürgern zu fördern. Die UdSSR ließ nur steuerbare, also kontrollierte Kontakte zwischen beiden Bevölkerungsgruppen zu, dazu gehörten Delegationsreisen und später Reisegruppen und der beschränkte Austausch von Studenten, ähnliches geschah von Seiten der SED in umgekehrter Weise. So war die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwar ursprünglich von der Sowjetunion

dazu vorgesehen, das Verhältnis der Deutschen gegenüber den Sowjets zu verbessern, die SED benutzte die schnell wachsende Organisation bald als Transmissionsriemen und ordnete sie damit dem eigenen Machtbereich zu wodurch die Vermittlung sowjetischer Themen in den Hintergrund rückte.

8. Überdies erscheint er generell schwierig, einem ganzen Volk die Freundschaft gegenüber einem anderen „von oben“ zu verordnen. Eine organisierte, massenweise, generalisierte Freundschaft mit ihrer primär auf affektive Wirkung bedachte Darstellung konnte nur einen stereotypen Charakter haben und war keineswegs ein Anliegen der Mehrheit der DDR-Bevölkerung.

Für dieses Argument sprechen die Mitgliederzahlen. War es vor dem Krieg nur eine Zahl von vielleicht 50 000 Menschen, die sich zu der Freundschaft zur Sowjetunion bekannten, wuchs die Zahl in der DDR auf fast 6,5 Millionen bis 1989 an. Schneller, als sie ursprünglich entstanden war, schrumpfte sie jedoch dann bis 1990 auf ca. 30.000 Mitglieder in ganz Deutschland wieder zusammen, und das trotz der positiven Beurteilung von Gorbatschows Politik durch die deutsche Bevölkerung.

9. Bis zur Mitte der achtziger Jahre war es für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft möglich, beiden Ansprüchen, also dem der UdSSR und gleichzeitig denen der SED, zu genügen. So stand sie offiziell für die Vermittlung von sowjetischen Zielen und gleichzeitig diente sie den Parteiinteressen, woraus sie auch keinen Hehl machte, sondern sich im Gegenteil stolz als „treuer Helfer der Partei“ darstellte. Dabei war ihre Arbeit im wesentlichen formalisiert bzw. ritualisiert und Handlungsspielräume waren deutlich eingeschränkt und von der SED kontrolliert.

10. Als die politische Position der SED in der DDR zunehmend ins Wanken geriet, war davon auch die Gesellschaft für DSF betroffen. Es war nun nicht nur zusehends schwieriger, beiden „Aufgaben“ gerecht zu werden, der Verlust der Autorität der SED in der Bevölkerung der DDR wurde auch auf die Massenorganisationen übertragen.

Die Quellenlage bietet uns für die ausgehenden achtziger Jahre eine Momentaufnahme der Gemütslage in der Mitgliedschaft. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft befand sich nun in einem doppelten Zwiespalt: Auf der einen Seite sollte sie der DDR-Bevölkerung ursprünglich die gesellschaftlich-ideologischen Fortschritte der Entwicklung in der Sowjetunion vermitteln, also auch die Neuerungen der sowjetischen Politik nach dem

Amtsantritt Gorbatschows 1985, was sie nicht tat, da sie damit gegen die Interessen der SED verstoßen hätte, andererseits wurde gerade die Offenlegung und Darstellung der an „Glasnost“ und „Perestroika“ gebundenen Neuerungen in der Sowjetunion von der Mitgliedschaft der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft gefordert. Einem solchen Druck konnte die Gesellschaft für DSF nicht standhalten, wie z.B. ihr Umgang mit dem Verbot des „Sputnik“ und den Reaktionen ihrer Mitgliedschaft erkennen läßt. Versuchte das Präsidium der Gesellschaft für DSF zu Anfang noch, sich durch das Bekenntnis zur Partei zu stabilisieren und sich so einen Rückhalt zu verschaffen, mußte man erkennen, daß gerade ein solches Verhalten zur Destabilisierung durch zunehmenden öffentlichen Druck führte.

11. Entsprechend kam das Eingeständnis eines Fehlverhaltens, aber auch die Kritik an den Strukturen und Inhalten der Gesellschaft für DSF, viel zu spät und dann auch nur zögerlich in Gang.

Der Umgang mit den Eingaben, welche die Gesellschaft für DSF im Rahmen des Verbotes des „Sputnik“ erreichten, zeigt deutlich, daß man derart offensive Forderungen nicht handhaben konnte, da dies nicht den Interessen der SED entsprochen hätte. Daher versteckte sich der Vorstand der Gesellschaft für DSF anfangs hinter Plattitüden und vorgeschobenen Entschuldigungen, ein Mechanismus, der nur solange funktionieren konnte, wie die effektive Rückendeckung durch die SED gewährleistet wurde.

Selbst wenn man davon ausgehen kann, daß Qualität und Inhalt des „Sputnik“ tatsächlich keinem hohen Anspruch gerecht werden konnten, erkannte man in der Gesellschaft für DSF nicht, daß dieses Interesse am „Sputnik“ nur ein Ausdruck für das Interesse der DDR-Bürger an den politischen Veränderungen in der Sowjetunion war und daß man von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erwartete, sich für diese Interessen einzusetzen.

Letztendlich kann also dem „Sputnik“ eher ein Symbolcharakter zugeschrieben werden, der Aufschrei in der Bevölkerung nach seinem Verbot war damit dann ein Katalysator für das von den DDR-Bürgern bemängelte und von der SED unterstützte Informationsdefizit in der DDR.

12. Erst als die Gesellschaft für DSF dies erkannte, war auch der Zentralvorstand bereit, Zeichen zu setzen. So erfolgte der Rücktritt Mückenbergers von seinem Posten als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 10. November 1989 zu einem Zeitpunkt, als die Forderungen in der Bevölkerung der DDR nach Erneuerung und Austausch der alten Kader ihren Höhepunkt erreichten, und nachdem Honecker zurückgetreten war. Diese

Maßnahme ist somit als später Versuch anzusehen, endlich auf den Druck der Bevölkerung zu reagieren und öffentlich ein Zeichen zu setzen. Doch erfolgte der Rücktritt Mückenbergers von seinem Amt als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erst, nachdem er aus dem Politbüro der SED ausgeschlossen worden war und nicht etwa direkt nach dem Rücktritt Honeckers von seinem Amt als Generalsekretär der SED am 18. Oktober 1989.

13. Mit dem nicht mehr aufzuhaltenden Machtverlust der SED begann damit letztendlich auch der Niedergang der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die nicht in der Lage war, diesen Trend aufzuhalten, selbst dann nicht, als man die Ursachen eindeutig identifizieren konnte.

14. Auch der vor allem zu Beginn sehr zaghafte Versuch der Erneuerung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft scheiterte und damit erlitt die Gesellschaft für DSF eine historische Niederlage.

Dies ist besonders interessant, da es durchaus positive Voraussetzungen gab, die einen erfolgreichen Erneuerungsprozeß nicht unwahrscheinlich erscheinen ließen. Das spiegelt sich sowohl in den Anfang 1990 doch teilweise recht großem Engagement einiger Mitglieder der Gesellschaft wider, kommt aber auch in dem auf dem Außerordentlichen Kongreß in Schwerin beschlossenen Konzept zur Erneuerung und Umstrukturierung zum Ausdruck.

Dies wurde noch unterstrichen durch den Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit der Gesellschaft, ihrer Abgrenzung zur Linie der SED und den daran geknüpften Strukturen. Eine wichtige Rolle spielte dafür auch der ausreichend belegte Enthusiasmus, der Wille und die Flexibilität der Führung der Gesellschaft für DSF, diese entsprechend der neuen Gegebenheiten anzupassen, wie aus den Beschlüssen des Außerordentlichen Kongresses in Schwerin zu erkennen ist.

15. Generell bestand auch in der „Wendezeit“ ein gesellschaftliches Interesse, zwischen den Deutschen und der Sowjetunion ein gutes Klima zu schaffen. Ein Interesse, welches von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft programmatisch repräsentiert wurde, die nicht nur durch ihre guten Kontakte den entsprechenden Rahmen bieten konnte.

16. Eine wichtige Rolle spielten für die Gesellschaft für DSF in dem Zeitraum zwischen 1989 und 1991 auch die Persönlichkeiten, die in der turbulenten Zeit bereit waren, politische Verantwortung zu übernehmen.

Die nach dem Außerordentlichen Kongreß in Schwerin gewählte Führung der Gesellschaft für DSF um den neu gewählten ehrenamtlichen Vorsitzenden, dem Pfarrer Cyrill Pech, widersetzt sich nicht nur den Rufen nach einer Auflösung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, sondern auch den Vorschlägen alter Kaderfunktionäre, alles beim Alten zu lassen und die Umstrukturierung der Gesellschaft für DSF nur zum Schein durchzuführen.

Genauso wichtig waren die Mitglieder der Gesellschaft in den neuen Bundesländern, die nicht nur den Erneuerungsprozeß erst einmal angeschoben, sondern durch neue Ideen, Vorschläge und ständige Präsenz einen großen Einfluß auf die Umstrukturierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hatten und ihre konzeptionellen Impulse auf die von Gorbatschow initiierte Politik von „Glasnost“ und „Perestroika“ ableiteten.

17. Trotz dieser durchaus vorhandenen Chancen ist der Erneuerungsprozeß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihre Etablierung im System der Bundesrepublik Deutschland gescheitert. Dies läßt sich wohl vor allem auf drei Faktoren zurückführen:

Erstens: Durch den Zusammenbruch des DDR-Regimes 1989 und die darauffolgende Deutsche Vereinigung war es auch für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unmöglich, ihr Bestehen weiter zu sichern. Trotz der Bemühungen der damaligen Führung war es nicht möglich, die Gesellschaft für DSF so umzustrukturieren, daß sie sich den neuen Verhältnissen in der Bundesrepublik hätte anpassen können, so z.B. das Bemühen um die Etablierung föderativer Strukturen auf der Landesebene der Gesellschaft für DSF.

Zweitens: Die Ritualisierung der deutsch-sowjetischen Freundschaft durch die SED und die Gesellschaft für DSF sowie deren enge Bindung an die Partei hatte schon zu DDR-Zeiten zu Vorbehalten in der DDR-Bevölkerung geführt. Die Zurückhaltung vieler Mitglieder, aber auch die Massenaustritte 1989 und 1990 spiegeln insofern vor allem die Ablehnung der Organisationsstruktur der DDR bzw. der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wider, jedoch nicht zwingend auch die Ablehnung des Freundschaftsgedankens.

Drittens: Die fast unüberschaubaren Anforderungen an die Menschen in der DDR und die politische Instabilität sowohl im Land als auch in der Sowjetunion, besonders aber die Auflösung der Sowjetunion 1991, nahm einer Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft das Ziel ihrer Bemühungen. Dies provozierte eindeutig eine Lähmung des Erneuerungsprozesses und schwächte die Gesellschaft für DSF massiv.

18. Die Gesellschaft verfügte als eine der größten Massenorganisationen in der DDR über ein beträchtliches Vermögen. Die Bildung des Win-Interkontakt-Clubs war ein unter den damaligen Umständen legitimer Versuch, das Vermögen über die Wende hinaus für die Gesellschaft zu sichern.

19. Daher ist auch der Vorwurf der Treuhandanstalt, der geschlossene Vertrag sei sittenwidrig, unter dem Aspekt der veränderten gesellschaftlichen Situation in der DDR bzw. den neuen Bundesländern zu sehen. Die logische Konsequenz aus diesen Vorwürfen war die Kündigung des Vertrages und damit der Austritt der Gesellschaft für DSF aus der Kapitalgesellschaft, sowie die Umwandlung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an sich in einen Verein.

20. Als Erfolgserlebnis ist in diesem Zusammenhang der geschlossene Kompromiß mit der Treuhandanstalt zu sehen. Zwar gab die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft die Verfügungsgewalt über die Häuser der Gesellschaft für DSF auf, immerhin gelang es ihr aber, einen Großteil des Barvermögens zu retten. Die Zustimmung zu diesem Schritt erfolgte unter doppeltem Druck, einmal durch die Treuhandanstalt und zum zweiten durch die Landesverbände, die der Leitung der Gesellschaft für DSF mangelnde Widerstandsbereitschaft unterstellten.

So gelang es den Führern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwar, einen großen Teil des Vermögens der Gesellschaft zu sichern, dies kann aber nicht als Ersatz für das Scheitern des Erneuerungsprozesses gesehen werden.

IX. Kapitel

Quellen- und Literaturverzeichnis

9.1 Unveröffentlichte Quellen

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-Barch.)

- SAPMO-Barch., DY 32, 1** Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion/Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. 30. Juni 1947-1954:
Entwurf des Briefes an die Landesgesellschaften
Gründungsversammlungsprotokoll, Schlußrede Tulpanovs, vom 30. Juni 1947;
Satzungsentwurf der GDSF;
Tätigkeitsbericht 1948;
Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung vom 30.6.1947;
Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung, Rede Kuczynskis;
Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung, Schlußrede Tulpanovs.
- SAPMO-Barch., DY 32, 2** Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion/
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 1948-1949:
Satzungsentwurf der GDSF;
Stenographische Niederschrift;
Tätigkeitsbericht 1948/49.
- SAPMO-Barch., DY 32, 4** Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion/
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 25. und 26. Oktober 1948:
Rede des Präsidenten auf der Halbjahrestagung des Gesamtvorstandes am 25. und 26. Oktober 1948.
- SAPMO-Barch., DY 32, 6** Büro des Präsidenten, 1947-1949:
Arbeitsbericht der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, Landesverband Mecklenburg für den Monat Juli 1947.

SAPMO-Barch., DY 32, 59	Büro des Präsidiums, 1947-1948: Arbeitsbericht Brandenburg 1947-52, hier vom 11. Mai 1947.
SAPMO-Barch., DY 32, 68	Büro des Präsidiums, 1947-1949: Rechenschaftsbericht des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der Gesellschaft über die Arbeit der Gesellschaft von der Gründung bis zum 1. April 1948; Zusammenfassender Bericht des Landesverband Sachsen-Anhalt über die Arbeit vom 1. April 1948 bis zum 31. August 1948.
SAPMO-Barch., DY 32, 115	Korrespondenz, Sekretariat der SED, 1948-1950: Schreiben des Sekretariats der SED an die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 15.3.1949.
SAPMO-Barch., DY 32, 294	Organisation der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion/ Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vor 1949-1950.
SAPMO-Barch., DY 32, 339	Büro des Präsidenten, 1952-1953: Protokoll
SAPMO-Barch., DY 32, 399	Büro des Präsidenten, 1951-1953: Schreiben an das Präsidium
SAPMO-Barch., DY 32, 432	Sekretariat des Präsidiums, 1949-1950: Kritische Einschätzung zum Abschlußbericht des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft. November/Dezember 1949.
SAPMO-Barch., DY 32, 757	Büro des Präsidiums, 1948-1950: Aktennotiz Lindner vom 17.12.1948
SAPMO-Barch., DY 32, 2441	Sekretariat des Präsidiums: Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle des Zentralausschusses an die 3. Tagung.
SAPMO-Barch., DY 32, 2902	Der 13. Kongreß, 1988: Drehbuch für die Leitung der Tagungen des 13. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 14. und 15. Mai 1988 in Berlin.
SAPMO-Barch., DY 32, 2996	Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1984:

- Vorlage für das Sekretariat des Präsidiums, Disposition vom 6.9.1984.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3020 Woche der DSF, 1988:
Plan der Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der „Woche der DSF“ 1988.
Auswertung der Woche der DSF vom 8.-15.5.1988.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3263 Büro des Präsidenten, 1983:
Vorlage des Grußwortes zum Jahreswechsel 1983 zur Veröffentlichung in der PdSU 1/1983.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3264 Büro des Präsidenten, 1988-1989:
Entwurf einer Rede Mückenbergers vom 5. Mai 1985
Büro des Präsidenten 1988/89:
Erich Mückenberger zum Jahreswechsel 1987/88.
Erich Mückenberger zum 40. Jahrestag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3265 Büro des Präsidenten, 1988-1989:
Eingaben wegen des Sputnikverbotes, Mai 1988,
Schreiben von Rasch, Herbst 1988;
Aktennotiz zum Ergebnis der Aussprache mit J. Rasch, ohne Datum.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3267 Büro des Präsidenten, 1988-1989:
Eingaben zum Sputnikverbot beim Zentralvorstand.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3268 Büro des Präsidenten: Allgemeiner Schriftverkehr 1984-1989:
Schreiben an den Genossen Mückenberger
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3472 Sitzungen und Beschlüsse, 1986-1988:
Beschluß Nr. 24, 1989.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3474 Sitzungen und Beschlüsse 1986-1988:
Beschluß Nr. 20, 1989.
- APMO-Barch.,** DY 32, 3478 Tagungen Zentralvorstand, 1988:
Protokoll
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3480 Tagungen Zentralvorstand, 1989:
Bildung des Arbeitssekretariates zur Vorbereitung des Außerordentlichen Kongresses

- Erklärung von Kuhrig anlässlich des Besuches des Generalsekretärs des ZK der SED in Moskau am 20. November 1989.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3483 Außerordentlicher Kongreß 1990:
Abschrift der Reden des Außerordentlichen Kongresses der DSF in Schwerin nach Tonbandprotokollen.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3485 12. Kongreß, 1983:
Kongreßvorbereitung 1983;
Materialien zur Vorbereitung und Durchführung des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 12. und 13. Mai in Berlin, Hauptstadt der DDR;
Vorlage für das Sekretariat des Zentralkomitees der SED;
Delegiertenschlüssel;
Eröffnungsansprache des Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft;
Rede Kuhrigs;
Drehbuch für den Vorsitzenden der Wahlkommission;
Tagesordnung des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, sowie Anlagen;
Bericht Mückenbergers an die Sekretäre und Abteilungsleiter im Apparat des Zentralvorstandes vom 24. Mai 1983;
Beschlußvorschlag zum 12. Kongreß der Gesellschaft für DSF.
Bericht über den Verlauf des 12. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft;
Informationen über Meinungen und Diskussionen zum politischen Inhalt des Kongresses und seiner Organisation des Organisationsstabes;
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3730 12. Kongreß, 1983:
Honeckers Grußadresse an den 12. Kongreß für DSF 1983.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3739 13. Kongreß, 1983 - Stadien der Erarbeitung des Berichtes an den Zentralvorstand:
Entwurf des Berichtes an den 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 31.3.1989.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 3913 Büro des Präsidenten, 1988:
Mitglieder des Zentralvorstandes, Anlage: Statistische Übersicht über die geplante Zusammensetzung des Zentralvorstandes bei der Neuwahl auf dem 13. Kongreß

- Mitglieder des Zentralvorstandes in DBD, CDU, LDPD, NDPD.
Anlage: Vorschlag für die Wahl des Präsidiums des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und seines Sekretariates auf dem 13. Kongreß.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4006 Schreiben an den Zentralvorstand, 1989:
Schreiben des Kreisverbandes der GDSF Neubrandenburg an den Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 6. Dezember 1989
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4144 Föderativer Vorstand der Gesellschaft für DSF 1990 - 1991:
Zusammenstellung von Aktionen und Projekten der sechs Landesverbände des Dachverbandes der Gesellschaft für DSF vom 8. Februar 1991.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4145 Föderativer Vorstand der Gesellschaft für DSF 1990 - 1991:
Brief der Treuhandanstalt, hier des Direktorates Sondervermögen, an die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft betreffs deren Häuser und Grundstücke vom 28. Dezember 1990;
Protokoll über die Beratung am 29. November 1990 zwischen der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen und der DSF vom 3. Dezember 1990;
Thesen für die einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden Cyrill Pech auf der Tagung des Föderativen Vorstandes am 9. März 1991 vom 28. Februar 1991;
Beschluß der 2. Sitzung des Föderativen Vorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 9. März 1991.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4146 Föderativer Vorstand der Gesellschaft für DSF 1990 - 1991:
Bericht des Vorsitzenden des Zentralausschusses der Gesellschaft für DSF auf dem Föderativen Verbandstag am 16. Februar 1991 in Berlin.
- SAPMO-Barch. ,** DY 32, 4171 Pressestelle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 1989:

- Schreiben von Thiessen an den Minister für Post- und Fernmeldewesen vom 24. Oktober 1989.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4218 Zentrallausschuß, Sektion Basisarbeit, 1990:
Niederschrift der ersten Zusammenkunft zur späteren
Bildung eines Landesverbandes Sachsen der Gesellschaft
für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 10. April
1990.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4238 Zentrallausschuß, Sektion Basisarbeit, 1990:
Entwicklung des Mitgliederstandes;
Erläuterungen zur statistischen Übersicht über den
derzeitigen Mitgliederstand in der Gesellschaft für DSF
vom 04.04.1990.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4240 Zentrallausschuß, Sektion Basisarbeit, 1990:
Protokoll zur Gründung der Kindervereinigung e. V. der
DDR vom 5. April 1990.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4242 Zentrallausschuß, Sektion Basisarbeit, 1990:
Informationen an den Zentrallausschuß der Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur 4. Tagung des
Zentrallausschusses am 9.Juni 1990, vom 7.Juni 1990,
erstellt von der Win-Interkontakt-Club GmbH.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4246 Föderativer Vorstand, Sektion Basisarbeit, 1990-1991:
Einschätzung der Kreis- und Landesverbandstage vom 24.
November 1990;
Stand der Vorbereitungen zur Bildung von
Landesverbänden der Gesellschaft für Deutsch-
Sowjetische Freundschaft vom 20. April 1990.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4348 3. Fassung der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-
Sowjetische Freundschaft, 1988.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4379 Föderativer Vorstand, Sektion Traditionspflege,1988:
Protokolle der Sitzungen.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4380 Föderativer Vorstand, Sektion Traditionspflege, 1989:
Protokolle der Sitzungen.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4408 Außerordentlicher Kongreß, 27. und 28. Januar 1990:
Kongreßbericht/Wahl Cyrill Pechs;
Bericht an den Kongreß durch Heinz Kuhrig.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4439 Föderativer Vorstand, Sekretariat, 1989-1990:

Kritik/Verbesserungsvorschläge 1989.

SAPMO-Barch., DY 32, 4492

Föderativer Vorstand, Sekretariat, 1989-1990:
Antrag auf Mitgliedschaft der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der Liga für Völkerfreundschaft vom 15. Februar 1990;
Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Februar 1990;
Vorschläge für das Auftreten vor der Generalversammlung der Liga für Völkerfreundschaft vom 17. Februar 1990.

SAPMO-Barch., DY 32, 4604

Zentralausschuß, 1989:
Gesprächsvermerke des Arbeitssekretariates der DSF vom 4. und 5. Dezember 1989;
Information über den Erfahrungsaustausch am 25. April 1990 zur Problematik sowjetischer Internierungslager auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone vom 25. April 1990;
Schreiben an Oberkirchenrat Kirchner von Kuhrig (ohne Datum).

SAPMO-Barch., DY 32, 4610

Zentralausschuß, 1990:
Festlegungsprotokoll der 2. Tagung des Zentralausschusses der Gesellschaft für DSF vom 10. Februar 1990;
Notiz zu einem Gespräch Dr. Schütz/Unger/Lenz/Karge/Freitag am 4. April 1990;
Festlegungsprotokoll der 3. Tagung des Zentralausschusses der Gesellschaft für DSF vom 7. April 1990;
Lage- und Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle des Zentralausschusses der Gesellschaft für DSF an die 4.Tagung des Zentralvorstands vom 9. Juni 1990;
Lage- und Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle des Zentralausschusses der Gesellschaft für DSF an die 5. Tagung des Zentralausschusses vom 24. September 1990;
Sektion Basisarbeit: Festlegung des Zentralausschusses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur Entwicklung der ehrenamtlichen Arbeit auf demokratischer Basis und zur Struktur der Organisation vom 9. Juni 1990;
Zum Verhalten der Gesellschaft für DSF bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990.

SAPMO-Barch., DY 32, 4664

Föderativer Vorstand, 1991:

- Finanzbericht der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für das Jahr 1990.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4667 Föderativer Vorstand. Satzungen und Ordnungen der Gesellschaft für DSf 1990-1991:
Satzung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Fassung: 16. Februar 1991, angenommen auf dem Föderativen Verbandstag am 16.02.1991;
Bericht: Wer ist Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft? Vom 16. Februar 1991;
Erklärung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zum Putsch gegen Präsident Gorbatschow in Moskau vom 21. August 1991.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4818 Schreiben des Sekretariates der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesministerium des Inneren zur gesetzlichen Situation der DSF und der GmbH vom 29. November 1991.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 4935 Föderativer Vorstand, 1991:
Offener Brief des Zentralausschusses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zum 8. Mai 1945.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 5737 Föderativer Vorstand, 1991:
Brief des Auswärtigen Amtes, Dr. Ernst-Jörg von Studnitz, an den Vorsitzenden der Gesellschaft für DSF, Cyrill Pech, vom 13. Februar 1991;
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 5767 Korrespondenz des Föderativen Vorstands mit den Landesverbänden, 1991:
Antrag des Landesausschusses Sachsen auf Austritt des Zentralausschusses (Föderativen Vorstandes) der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aus dem am 12. April 1990 abgeschlossenen Gesellschaftervertrages der Win-Interclub GmbH vom 8. März 1991.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 5778 Föderativer Vorstand, 1991:
Auswertung der Reise nach Moskau im August 1991.
Bericht über den Aufenthalt des Föderativen Vorstands am 29. und 30. Mai 1991 in Bonn.
- SAPMO-Barch.,** DY 32, 5780 Föderativer Vorstand, 1990-1991:
Beschluß Nr. 4 der Zentralausschuß-Tagung vom 07. April 1990;

Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Föderativen Vorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft am 9. März 1991 im Bildungszentrum am Müggelsee .

SAPMO-Barch., DY 32, 5788

Landesverbände, 1990-1991:
Zusammenstellung von durchgeführten Projekten der sechs Landesverbände sowie des Föderativen Vorstandes der Gesellschaft für DSF ab November 1990 bis 1991 vom 15. August 1991.

SAPMO-Barch., DY 32, 5941

Föderativer Vorstand, 1991:
Übersicht über Teilnahme und Mitwirkung/Vermittlung des Föderativen Vorstandes der Gesellschaft für DSF und dessen Geschäftsstelle an Veranstaltungen, Aktionen und Begegnungen aus Anlaß des 50. Jahrestages des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, erstellt im Juni 1991.

SAPMO-Barch., DY 32, WB 66

Westberliner Gesellschaft für DSF, 1948 - 1956:
Satzung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1948.

SAPMO-Barch., DY 32, WB 67

(Westberliner) Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 1956-1990:
Schreiben des Vorsitzenden an den Präsidenten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S.E. Herrn M.S. Gorbatschow vom 26.März 1990.

Sächsisches Staatsarchiv Dresden (Sächs. StA Dresden)

Sächs. StA Dresden. Rat des Bezirks Dresden, IVE-2/387/98, 1980-1984:

Aus dem Programm des DSF-Bezirkstages Dresden zur Vorbereitung des X. Parteitages der SED vom 9.Juni 1980.

Arbeitsprogramm der Grundeinheit der GfDSF im Rat des Bezirkes Dresden, beschlossen auf der Delegiertenkonferenz am 28. Januar 1980.

Sächs. StA Dresden. Rat des Bezirks Dresden, IVE-2/715/692, 1984-1989:

Referat zur Auswertung der 8. Tagung des Sekretariates der SED und der 4. Tagung des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vom 4. August 1984 im Bezirk Dresden;

Referat zur Auswertung der 8. Tagung des Sekretariates der SED;

Beitrag der Bezirksorganisation Dresden der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur Vorbereitung des 35. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. Oktober 1984;

Information des Sekretariates Moke an Hans Modrow, vom 11. Februar 1985;

Fernschreiben-Telegramm von Werner Moke, Sekretär der Bezirksleitung der GDSF an die Sekretäre für Agitation/Propaganda der Kreisleitung, SL und SBL vom 6. März 1985;

Schreiben von Mückenberger, Mitglied des Politbüros an den Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Dresden vom 17. Juni 1985;

Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (Sächs. StA Leipzig)

Sächs. StA Leipzig, VEB PKM Anlagenbau Leipzig, Nr. 2662: Abteilungsgruppe 4. Plan der Maßnahmen zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Oktober 1988.

Sächs. StA Leipzig, VEB PKM Anlagenbau Leipzig, Nr. 2664: Rechenschaftsbericht zur Jahresversammlung der DSF der Abteilungsgruppe 4 anlässlich der Wahlen vom 8. März 1985.

Landesarchiv Magdeburg

Landesarchiv Magdeburg - LHA- Rep. P 73 DSF-Bezirksvorstand Magdeburg, Nr. 637: Richtlinien für die Gesprächsführung 1981

Landesarchiv Magdeburg - LHA- Rep. P73, DSF-Bezirksvorstand Magdeburg, Nr. 1120: Bericht über die Vorbereitung des 13. Kongresses 1988.

Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. P 73, DSF-Bezirksvorstand Magdeburg, Nr. 1150: Rede anlässlich der 14. Delegiertenkonferenz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. April 1988

Landesarchiv Magdeburg - LHA- Rep. P73 DSF-Bezirksvorstand Magdeburg, Nr. 1157: Protokoll der 3. Tagung des Bezirksvorstands Magdeburg vom 12. Januar 1989

Landesarchiv Magdeburg - LHA- Rep. P73 DSF-Bezirksvorstand Magdeburg, Nr. 1158:
Schreiben des Bezirksvorstand Magdeburg an die Kreissekretariate und Stadtsekretariate
Magdeburg zum Einsatz von sowjetischen Referenten vom 24. Januar 1983

Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. P73 DSF Bezirksvorstand Magdeburg, Nr. 1159:
Beschuß Nr. 571/87 über die Informationstätigkeit und Berichterstattung der Vorstände vom
20. November 1987
Persönlicher Monatsbericht Juli 1989; vom 9. Juni 1989
Persönlicher Monatsbericht Juli 1989; vom 9. August 1989
Persönlicher Monatsbericht August 1989; vom 14. September 1989

Landesarchiv Magdeburg - LHA- Rep. P73 DSF-Bezirksvorstand Magdeburg. Nr. 1160:
Orientierung zur Arbeit mit dem Film, Juli 1985

Generalarchiv Moskau

GARF Moskau, Fonds 9576, opis'20(2), delo 5080, 1986-1989:
Briefe von DDR-Bürgern an den Genossen Michail Gorbatschow 1986, 1987, 1988.

9.2 Allgemeine Hilfsmittel

Mählert, U. (Hrsg.): Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven,
Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen,
Museen und Gedenkstätten. Opladen 1997.

9.3 Handbücher/Lexika

Blickner, M.: Die Gesellschaftlichen Organisationen der DDR. Stellung, Wirkungsrichtungen und Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Staat. Berlin (Ost) 1980.

Bibliographie zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Neue Folge. Bearb. von Burusiak, L. (Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte) Nr. 3 1985. Berlin (Ost) 1986/1987

Broszat, M. und Weber, H. (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München 1989.

DDR-Handbuch. Wissenschaftliche Leitung: H. Zimmermann unter Mitarbeit von H. Ulrich und M. Fehlauer. Band 1 (A-L)/ Band 2 (M-Z). 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1985.

Herbst, A., Ranke, W. und Winkler, J. (Hrsg.): Die SED. Geschichte - Organisation - Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997.

Dies.: So funktionierte die DDR. Bd. 3. Lexikon der Funktionäre. Reinbeck 1994.

Handbuch Gesellschaftlicher Organisationen in der DDR. Massenorganisationen, Verbände, Vereinigungen, Gesellschaften, Genossenschaften, Komitees, Ligen. Lt. d. Red. R. Mand. Berlin (Ost) 1985.

Herder Lexikon Politik. Zur Entwicklung und zum Verlauf des Kalten Krieges. 7. Auflage. Freiburg 1988.

Müller - Engbers, H. und Wieloghs, J.: Wer war Wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000.

Nationale Front des demokratischen Deutschland - Sozialistische Volksbewegung. Handbuch. Berlin (Ost) 1969

Systematische Bibliographie von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der SBZ/DDR seit 1945. Auf der Grundlage d. Bestände d. Bibliothek d. Zentralinstiuts für sozialwissenschaftliche Forschung der freien Universität Berlin und von Beständen des gesamtdeutschen Instituts - Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Bonn. Bearb. von Völkel, W.: Bd. 1. Geschichte und politisches System der SBZ/DDR, nicht kommunistische Länder aus der Sicht der DDR, deutsche Frage. Bd 3. Gesellschaft, Bildung, Kirchen. Opladen 1986/1987/1989

Weidenfeld, W. und Korte, K.-R. (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Einheit. 1949 - 1989 - 1999. Frankfurt/Main und New York 1999.

9.4 Aufsätze/ Monographien

Abraham, H.: „*Freundesland/Bruderland. Auf den Bauplätzen des ersten Fünf-Jahresplanes. Politikinstrukteur der Sowjetarmee im großen Vaterländischen Krieg. Oberst Tulpanow über das Verhältnis der Angehörigen der SMAD zum Deutschen Volk*“. In: Im Zeichen des Roten Sterns. Erinnerungen an die Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Berlin(Ost) 1974, S. 239ff

Abusch, A.: „*Die gemeinsame ideologische und kulturelle Arbeit vertieft das Bündnis zwischen der DDR und der UdSSR. Die Auswirkungen des roten Oktobers auf die Entwicklung der deutsche sozialistischen Nationalkultur*“. In: Institut für Geschichtswissenschaft beim ZK der SED (Hrsg.): Mit der Sowjetunion Sieger der Geschichte. Bilanz und Ausblick. Berlin 1968, S. 172 ff.

Ackermann, A.: Fragen und Antworten. Berlin 1946.

Adam, A.: Zur Geschichte der DSF-Kreisorganisation Zwickau als Element des politischen Systems des Sozialismus (1949-56). Diplomarbeit Pädagogische Hochschule Zwickau. Zwickau 1988.

Adomeit, H.: Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews. Baden-Baden 1998.

Anderle, A.; Gorski, G. und Herdeen, H.: Zwei Jahrzehnte deutsch-sowjetische Beziehungen 1945-1965. Beiträge des Institutes für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther Universität Halle. Berlin (Ost) 1965

Arend, H.: Macht und Gewalt. London 1970.

Auf dem Wege zu einer Massenorganisation. Tätigkeitsbericht der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 1. April 1948 bis 31.3.49, überreicht von Generalsekretär H. Mark. Ohne Ortsangabe.(Berlin (Ost)), ohne Jahrgang (1949).

Bachmann, R.: Ich bin der Herr. Und wer bist Du? Ein deutsches Journalistenleben. Berlin 1995.

Badstüber, R. und Heitzer, H. (Hrsg.): Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 bis 1961. Berlin 1979.

Bahrman, H. und Links, C.: Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18.Dezember 1989. Berlin 1994.

Dies.: Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR. Berlin 1995.

Barghooren, F. C.: The Soviet Cultural Offensive. The Role of Cultural Diplomacy in Soviet Foreign Policy. Princeton 1960.

Batt, K.: Anna Seghers. Versuche über Entwicklung und Werke. Leipzig 1980.
Bauern Echo, vom 16.5.1983.

Belwe, K.: 13. Kongreß der DSF. Gesamtdeutsches Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Bonn 1988

Braun G.: „Anmerkung zur *Quellenbasis zeitgeschichtlicher DDR-Forschung am Beispiel der Überlieferungen von Parteien und Massenorganisationen*“. In: Der Archivar. Nr. 45/1992

Bürger, U. (Pseudonym): Das sagen wir natürlich so nicht! Donnerstags -Argus bei Herrn Geggel. Berlin 1990.

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Die Tätigkeit der Treuhandanstalt. Bonn 1991.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III, Band VIII a -1990, Wolfenbüttel 1991. Band. VII/1, S. 588-666.

Bundesvorstand des FDGB: Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin (Ost) 1982.

Cooper, D. R. und Schindler, P. S.: Business Research Methods. 6. Ed., Boston u.a. 1998.

Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Sektion Geschichte (Hrsg.): Die große sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland. Berlin 1967.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Forschungsprojekte zur DDR Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung der Universität Mannheim. bearb. von T. Reimann unter Mitarbeit von R. Eichler und S. Wortmann. Bonn 1994.

Dietrich, C.: „*Fallstudie Leipzig 1987-1989. Die politisch-alternativen Gruppen in Leipzig vor der Revolution*“. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Berlin 1988.

Dittrich, G.: „*Über den Umschwung im Verhältnis der Bevölkerung der DDR zur Sowjetunion*“. In: Kampfgemeinschaft KPdSU - SED. Berlin (Ost) 1978. Grundlagen, Traditionen, Wirkungen. Referate und Diskussionsbeiträge der 24. und 25. Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR. Berlin (Ost) 1978. S. 345 ff.

Dohlus, H.: Der demokratische Zentralismus - Grundprinzipien der Führungstätigkeit der SED bei der Verwirklichung der Beschlüsse des Zentralkomitees. Berlin (Ost) 1965.

Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hoffmann. München 1998.

Dokumente der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1951-53. Hrsg. vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Berlin 1953.

Dralle, L.: Von der Sowjetunion lernen, Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Berlin 1993.

Ders.: „Organisierte Freundschaft. Zur Funktion der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihrer Vorläuferinnen“. In Fischer, A. (Hrsg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR. Berlin 1993. S. 81 ff.;

Dwars, J.-F.: Abgrund des Widerspruchs. Das Leben des J.R. Bechers. Berlin 1998.

Ebert, F.: In fester Freundschaft mit der Sowjetunion - vorwärts für Frieden, Demokratie und Fortschritt. Rechenschaftsbericht des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an den 5. Kongreß (vom 8. bis 10. Dezember 1955 in Berlin). Berlin (Ost) 1956

Eckelmann, W., Hertle, H.H. und Weinert, R.: FDGB-Intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED. Berlin 1990.

Ehlenbeck, M.: Geschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschland. Leipzig 1989.

Elias, R.: Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland. Köln 1985.

Engbertz, R. und Jahn, M.: „Bruderbund DDR-UdSSR“. In: BzG Nr 28/ 1986.

Eppelmann, R.: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland. Köln 1993.

Ders. (Hrsg.): Die DDR. Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED Diktatur in Deutschland. Köln 1994.

Falter, J.W.: „Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen“. In: Jesse, E. und Mitter, A. (Hrsg.). Die Gestaltung der Deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft. Bonn 1992.

Faulenbach, B., Meckel, M. und Weber, H (Hrsg.): Die Partei hatte immer recht. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur. Essen 1994.

Fischer, A. (Hrsg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR. Berlin 1993.

Foitzik, J.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999.

Foitzik, J.: „Zur Situation in Moskauer Archiven“. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1993. Berlin 1993.

Freunde für immer. Kongreßbericht. Kongreßbericht der Neuen Gesellschaft. Sonderheft zum 2. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1949. Berlin 1949.

Fricke, K. W.: Akteneinsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauk. Berlin 1995.

Ders.: „Lothar Bolz. Sowjetbürger als deutscher Patriot“. In: SBZ-Archiv Nr. 20/1953, S. 4 ff.

Für ein neues, freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion (1945-1949). Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. (Propagandistische Veranstaltung des Zentralvorstands der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft). Berlin (Ost) 1989.

Gansel, C. (Hrsg.): Der gespaltene Dichter. Berlin 1991.

Gast, G.: Die politische Rolle der Frau in der DDR. Düsseldorf 1973.

Gatzmaga, D. (Hrsg.): Auferstehen aus Ruinen. Arbeitswelt und Gewerkschaften in der früheren DDR. Marburg 1991.

Gill, U.: FDGB. Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zu ihrer Auflösung 1990. Köln 1991;

Geppert, D.: Das „Manifest der Opposition“ und die Schließung des Ost - Berliner „Spiegel“-Büros im Januar 1978. Berlin 1996.

Gebhard, G. und Artzt, M.: „Rettet eine Holding das Volkseigentum?“. In: Berliner Zeitung, 15.02.1993.

Geißler, G. (Redaktion): Dokumente und Materialien zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen auf bildungspolitischen und pädagogischen Gebiet 1917-1933. Berlin 1984.

Gerlach, M.: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. Berlin 1991.

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Hrsg.): Der 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Berlin (Ost) 1988.

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Hrsg.): 4. Tagung des Zentralvorstands der Gesellschaft für DSF. Sonderdruck. O.O. (Berlin-(Ost)), O.J. (1975).

Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion (Hrsg.): Tätigkeitsbericht seit der Gründung der zentralen Gesellschaft bis zum 31.3.1948 vorgelegt von H. Mark. Berlin (Ost), ohne Jahrgang (1948).

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Landessekretariat Mecklenburg (Hrsg.): Freundschaft mit der Sowjetunion als nationale Existenzfrage. o.O., (1949), o.J. (1949).

Geserik, R. und Kutsch, A. (Hrsg.): Publizistik und Journalismus in der DDR. Acht Beiträge zum Gedenken an Elisabeth Löckenhoff, München u.a. 1988.

Geserik, R.: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik im der DDR. München 1989.

Gieseke, J.: Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der SBZ/DDR 1947-49. Magisterarbeit am Historischen Seminar der Universität Hannover. Hannover 1989.

Ders.: „Zur Entstehung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1945-50“. In: Deutsche Studien, XXIX JG.; Heft Nr. 113, S. 76-95.

Glaab, M.: „Medien“. In: Weidenfeld, W. und Korte, K.-R. (Hrsg.): Handbuch zur Deutschen Einheit. Frankfurt/Main und New York 1993, S. 467.

Glossmann, R.: Die Geschichte der UdSSR als Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion 1947-1949. Diplomarbeit Universität Greifswald, Sektion Geschichtswissenschaft. Greifswald 1987.

Gorbatschow, M.: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt. München 1987.

Ders.: Erinnerungen. Berlin 1996.

Ders.: Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung. Berlin 1999.

Ders.: Ausgewählte Reden und Aufsätze, 2 Bände. Bonn 1993.

Gorski, G., Anderle, A. und Rosenfeld, G.: Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart. Berlin (Ost 1975).

Gotschlich, H. (Hrsg.): Aber nicht im Gleichschritt. Zur Entstehung der Freien Deutschen Jugend, Berlin 1997

Grimm, T.: Was von den Träumen blieb. Berlin 1993.

Große, H.: „*Plan der Zusammenarbeit bis 1980 unterzeichnet*“. In: Für den Funktionär. Beilage der PdSU. Nr. 21/1977 S.1.

„Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von der Vorbereitung im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation von G. Keiderling. Berlin 1993

Gunnerdsiri, B.: Die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1989 bis zur Begegnung Kohl/Gorbatschow in Moskau im Februar 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Revolution in der DDR. Diss. Universität München. München 1992.

Hacker, J.: Deutsche Irrtümer. Schönfärberei und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen. Frankfurt a.M. und Berlin 1994.

Hamacher G.: „*Vor vierzig Jahren*“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Nr. 27/1985, Heft 3, S. 346 ff.

Ders.: „*Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation*“. In BzG. Nr. 29/1987, S. 638-652.

Ders.: „*Nach der Befreiung vom Faschismus in Mecklenburg Vorpommern (1945-1946)*“ in BzG 28/1986, S. 352-362.

Ders.: „*Von den Anfängen der Massenbewegung für deutsch-sowjetische Freundschaft in Mecklenburg*“. In: Der Rektor der Ernst-Moritz-Arndt- Universität Greifswald (Hrsg.): Die Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetunion - entscheidende Voraussetzung für den weiteren Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Protokoll der Konferenz vom 3. und 4. April 1975.. Greifswald 1976. S. 232 - 332.

Hartmann, A. und Eggeling, W.: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung. Analysen. Bonn 1993.

Havenstein, C.: Geschichte der Kreisorganisation der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft in der Zeit von 1956-63. Diplomarbeit Pädagogische Hochschule Zwickau. Zwickau 1988.

Heitzer, H.: DDR. Geschichtlicher Überblick. 5. Durchgesehene Auflage, Berlin (Ost) 1989.

Heller, I.: „*Wissenschafts- und Kulturbeziehungen zur Sowjetunion in den Jahren 1949-71*“. In: 40 Jahre mit der UdSSR in Freundschaft verbunden. Werden und Wachsen der DDR im engen Bruderbund mit der Sowjetunion (1949-71). Organisationsmaterial der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Ohne Ortsangabe (Berlin Ost) Ohne Jahrgang (1989), S. 21 ff.

Heller, I. und Krause, H.-T.: Kulturelle Zusammenarbeit DDR - UdSSR. Berlin (Ost) 1967.

Dies.: Kulturelle Zusammenarbeit DDR - UdSSR in den siebziger Jahren. Berlin (Ost) 1979.

Henke, K. D. (Hrsg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte um die Stasi-Akten und die DDR-Geschichte auf dem 39. Historikertag in München 1992. München 1993.

Herbst, D. (Hrsg.): Wendewege. Köln 1992

Herbst L., Kahlenberg F.P. und Weber, H.: Erklärung zu Aufgaben und Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung nach der politischen Umwälzung in Osteuropa und in der DDR. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 38. Jg. (1990) 3, S. 509ff, hier 510.

Herdegen, G.: „*Einstellungen zur Deutschen Einheit*“. In: Weidenfeld, W. und Korte, K.R.: Handbuch Deutsche Einheit. Neuausgabe Bonn 1996.

Hertle, H. - H.: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989. Berlin 1996.

Hertle, H. - H. und Stephan, G. R. (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. Berlin 1997.

Heutehaus, K.: „*Die Aufgabe der Zirkel zum Studium der Presse der Sowjetunion bei der Durchsetzung des wissenschaftlich - technischen Fortschritts*“. In: PdSU, Nr. 152/1959, Sonderbeilage.

Holzweißig, G.: Massenmedien in der DDR. Berlin 1989.

Ders.: Das Presseamt des DDR-Ministerrates. Agitationsinstrument der SED. In: Deutschland Archiv, 25. Jg. (1992), Nr. 5, S. 504-512.

Ders.: „*Verzerrte Beiträge zur Geschichte*“. *Zehnter Jahrestag des „Sputnik“-Verbots*“. In: Deutschland Archiv 31. Jg. (1998), Nr 3, S. 976 ff.

Holzweißig, G.: Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur. Bonn 1997.

Hubrecht, S.: Die Geschichte der UdSSR als Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (1950-52). Diplomarbeit Universität Greifswald, Sektion Geschichtswissenschaft. Greifswald 1987.

Hübsch, H. und Wehner, H.: „*Geschichte und Gegenwart der deutsch-sowjetischen Freundschaft*“. In: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde. Nr. 9/1967, S.864-889.

Im Zeichen des Roten Sterns. Erinnerungen an die Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Berlin(Ost) 1974

Jahnke, K.H. (Autorenkollektiv): Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Berlin (Ost) 1982.

Ders.: „*Deutsche Jugend beim Übergang von Krieg zum Frieden 1944 - 1946*“. In : Koch, I. (Hrsg.): Deutsche Jugend zwischen Krieg und Frieden 1944 - 1946. Rostock 1993.

Jahresbericht der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Landesleitung Berlin.(Hrsg.), Berlin 1951.

Jesse, E.: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständischen Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der DDR-Diktatur in Deutschland“. S. 1013.

Jesse, E. und Mitter, A. (Hrsg.): Die Gestaltung der Deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft. Bonn 1992.

Kampfgemeinschaft KPdSU - SED. Grundlagen, Traditionen, Wirkungen. Referate und Diskussionsbeiträge der 24. und 25. Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR. Berlin (Ost) 1978.

Katalog (Hrsg. Unbekannt): Heinrich Ehmsen. Maler - Lebenswerk - Protokoll. Berlin 1986.

Koch, I.: Bibliographie über die in der Deutschen Demokratischen Republik angefertigten Arbeiten zur Geschichte der Jugendbewegung. Schriftenreihe der zur Geschichte der FDJ, Bd. Nr. 67. Berlin (Ost) 1988.

Ders.: Deutsche Jugend zwischen Krieg und Frieden 1944 - 1946. Rostock 1993.

Koch, G. und Münch, H. und Grahn, G.: Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Zur Geschichte des „Bundes der Freunde der Sowjetunion“. Hrsg. Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Berlin (Ost) 1978.

Koch, M.: Zum Tode von Sergej I. Tulpanov. Deutschland Archiv 17. Jg. (1984), Nr 4, S. 413 ff..

Körbel, G.: „*Das Haus am Kastanienwäldchen*“. In: Im Zeichen des Roten Stern. Berlin (Ost) 1974. S. 515 ff.

Krenz, E.: Wenn Mauern fallen. Wien 1990.

Kuczynski, J.: „*Die Durchsetzung der Freundschaftsidee zur Sowjetunion in unserem Volke*“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 21/1979, S. 678-681.

Ders.: Beginn einer großen Freundschaftsbewegung. Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion und deren Entwicklung zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische

Freundschaft. In: Im Zeichen des Roten Sterns. Erinnerungen an die Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Berlin 1975, S. 477-481.

Ders.: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Fragen und ein Tagebuch. Berlin 1996.

Ders.: „Aus den Anfängen einer großen Freundschaftsbewegung“. In Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Sonderheft zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1967, S. 153.

Lange, B.: „Das Archiv der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beim Zentrallausschuß“. In: Archivmitteilungen. 40/1990, Heft Nr. 3.

dies. „Das Archiv der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beim Zentrallausschuß“. In: Archivmitteilungen. 42/1992, Heft Nr. 3.

Leopoldi, H. H. und Garrandt, W. (Hrsg.): Ein Haus - zwei Traditionen. Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Die Geschichte des Hauses „Puschkinstr.19“ in Schwerin. Schwerin 1972.

Levesque, J.: The Enigma of 1989. The USSR and the Liberation of Eastern Europe. Berkeley, Los Angeles, London 1997.

Lindner, B.: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn 1998.

Ders.: Zum Herbst 1989. Demokratische Bewegungen in der DDR. Leipzig 1994.

Link, W.: Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1988.

Ludz, P. (Hrsg.): Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. Köln, Opladen 1964, S. 144 ff. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 8)

Mählert, U. und Stephan, G.-R.: Blaue Hemden - Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Opladen 1996.

Mählert, U.: Aktuelles aus der DDR Forschung. Ein Newsletter. In: Deutschland Archiv regelmäßig ab 1994 .

Ders.: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/ddr-forschung/einleitun.html>. vom 26.11.1995.

Ders.: Die Freie Deutsche Jugend 1945-49. Von den antifaschistischen Jugendausschüssen zur SED - Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone Paderborn 1995.

Mai, J.: „Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion 1947-49“. in: ZfG Nr. 35/1987, S. 859-871.

Mai, J.: „Von den Anfängen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion - ihre fördernde Rolle beim Erlernen und Anwenden der russischen Sprache in den Jahren 1947-1949“. In : Fremdsprachenunterricht 31/1987, Heft Nr. 6, S. 290-293, hier 292.

Mai, J.: „Für ein neues, freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion (1945-1949). Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“. In: 40 Jahre DDR mit der UdSSR in Freundschaft verbunden. Ohne Ortsangabe (Berlin Ost), ohne Jahrgang (1989), S. 3. f.

Maier, C. S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt/Main 1999.

Mark, H.: „Einige praktische Hinweise“. In: Die Neue Gesellschaft 2/1948, Heft Nr. 2, S. 69-74, hier S. 70.

Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Hrsg. Deutscher Bundestag, neun Bände in 18 Teilbänden. Baden-Baden 1995.

Matthias, E. und Schönhoven, K. (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gegenwartsgeschichte.

Meng, H.: „Zur Entwicklung der Landesorganisation Thüringen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den Jahren 1945-1949“. In: Beiträge zur Geschichte Thüringens. Band IV, S. 94-112.

Meuschel, S.: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt 1992.

Minolz, M. und Stirnberg, U.: Der Allgemeine deutsche Nachrichtendienst (ADN). Gute Nachrichten für die SED. München 1995.

Mittag, J.: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme. Berlin/ Weimar 1991.

Mitter, A. und Wolle, S.: „Ich liebe Euch doch alle!“ Befehle und Lageberichte des MfS. Januar - November 1989. Berlin 1990.

Dies.: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993.

Mitter, A.; Lindner, B. und Wolle, S.: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971 - 1989. Berlin 1998.

Münch, H.: „Der Bund der Freunde der Sowjetunion“. In: BzG 31/1989, Nr. 2., S. 200ff.;

Ders.: „Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland und der Bund der Freunde der Sowjetunion - Organisationen für deutsch-sowjetische Freundschaft in der Weimarer Republik“. In.: Rapallo gestern und heute. Halle 1972.

Mückenberger, E.: „DDR-UdSSR. Im Bruderbund fest vereint“. In: Horizont 1982, Nr. 16, S. 3.;

Ders.: Der Menschheit ein Leben in Frieden sichern. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Oktober 1979 - April 1985). Berlin (Ost) 1985.

Müller - Engbers, H.: „Meinungsoffizier der Parteiführung“. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Berlin 1997.

Müller, G. : „In zehn Jahren ein Zentrum der Hochtechnologie geworden“. In: Dokumentation zur 7. Tagung des ZK der SED. Abgedruckt in: Deutschland Archiv, 32. Jg. (1989) Nr. 2, S. 235f.

Müller, W.: „Die Gründung der SED. Zwangsvereinigung, Demokratieprinzip und gesamtdeutscher Anspruch“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 16-17/1996. S. 12-21.

Ders.: „Zur Entwicklung des FDGB in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945“. In: Matthias, E. und Schönhoven, K. (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gegenwartsgeschichte.

Nakath, D. und Stephan, G. R.: Countdown zur Deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990. Berlin 1996.

Nakath, M.: SED und Perestroika. Reflexion osteuropäischer Reformversuche in den 80er Jahren. Berlin 1993.

Dies.: „Perestroika in der Sowjetunion“. In: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Berlin 1990, S. 40 ff

Neubert, E.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn 1998.

Otto, W.: „Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED“. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Hrsg. Deutscher Bundestag, neun Bände in 18 Teilbänden.. Baden-Baden 1995.

Parteihochschule „Karl-Marx“ beim ZK der SED, Lehrstuhl Geschichte der SED (Hrsg.) : Die Nationale Front der DDR. Geschichtlicher Überblick. Berlin (Ost) 1984.;

Dies.: Der Rote Oktober - die grundlegende Wende der Menschheitsgeschichte. Materialien der XXXVI. Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Teil 2. Berlin 1988

Petersdorf, J.: Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR (1947-55). Phil. Diss. (masch.). Berlin (Ost) 1973.

Pirker, J., H.-H. Hertle u.a.: FDGB. Wende zum Ende. Köln 1990.

Ploetz, M.: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall. Berlin, München 2000.

Poppe, U. ; Eckert, R. und Kowalczyk, I.-S. (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995.

Posenfeld, G.: „*Zum Wirken der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den Jahren 1949-1970*“. In: 40 Jahre mit der UdSSR in Freundschaft verbunden. Werden und Wachsen der DDR im engen Bruderbund mit der Sowjetunion (1949-71). Organisationsmaterial der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Ohne Ortsangabe (Berlin Ost) Ohne Jahrgang (1989), S. 3 ff.

Prokol, S.: Poltergeist im Politbüro. S. Prokol im Gespräch mit Alfred Neumann. Frankfurt/Oder 1996.

Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD am 21. und 22. April 1946. Berlin (Ost) 1946/1986.

Rektor der Ernst Moritz Universität Greifswald (Hrsg.): Die Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetunion - entscheidende Voraussetzung für den weiteren Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Protokoll der Konferenz vom 3. und 4. April 1975. Teil 1. Greifswald 1976.

Remer, C.: „*Aus der Arbeit des Bundes der Freunde der Sowjetunion*“. In: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas. Nr.4/1960, S. 77-121.

Ders.: „*Der Bund der Freunde der Sowjetunion und seine Tätigkeit auf kulturellem Gebiet*“. In: Deutschland-Sowjetunion. Aus fünf Jahrzehnten kultureller Zusammenarbeit. Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt- Universität Berlin. Sonderband. Berlin Ost 1966, S. 117.

Rengert, B.: Gerhard Grünberg - Wegbereiter der deutsch-sowjetischen Freundschaft im Land Mecklenburg 1945-1950. Diplomarbeit Universität Greifswald, Sektion Geschichtswissenschaft. Greifswald 1987.

Rentmeister, M.: „*Kulturelle Beziehungen zu unseren Freunden*“. In: Die ersten Jahre. Erinnerungen an den Beginn der revolutionären Umgestaltung. Berlin (Ost) 1979, S. 321 ff.

Richert, E.: Macht ohne Mandat, Köln 1963.

Richter, R.: Kultur im Bündnis. Die Bedeutung der Sowjetunion für die Kulturpolitik der DDR. Berlin 1979.

Riedel, H., (Hrsg.): Mit uns zieht die neue Zeit. 40 Jahre DDR-Medien. Berlin 1993.

Ritter, R.: „Die Geschichte mit den weißen Flecken. Wie man mit Geschichtsbüchern Tagespolitik macht“. In: „Die Wahrheit“ vom 25.5.1989.

Rohrwasser, M.: Der Weg nach oben. Johannes Robert Becher. Politiken des Schreibens. Frankfurt/Main 1980.

Rosanow, G.: „Die Tätigkeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“. In: Anderle, A.; Gorski, G. und Herdeen, H.: Zwei Jahrzehnte deutsch-sowjetische Beziehungen 1945-1965. Beiträge des Institutes für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther Universität Halle. Berlin (Ost) 1965

Rosenfeld, G.: „Zum Wirken der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den Jahren 1949-1970“. In: 40 Jahre mit der UdSSR in Freundschaft verbunden. Werden und Wachsen der DDR im engen Bruderbund mit der Sowjetunion (1949-1971). Organisationsmaterial der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. O.O. (Berlin Ost), O.J. (1989).

Saakov, R.R.: „Dvizenie obscestvennosti za druzbu mezdju narodami SSSR i drugich stran“. In: Voprosy Istorii. 10/1975, S. 15-28.

Scharf, C. B.: Labour Organizations in East German Society. Ann Arbor 1979.

Schabowsky, G.: Der Absturz. Berlin 1991

Schneider, A.: „Weiße Flecken“. In: Die Wahrheit vom 25.5. 1989.

Schoeder, K. unter Mitarbeit von Allitsch, S.: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949 - 1990. München 1998.

Schönknecht, T.: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF). In: Broszat, M. und Weber, H.: SBZ Handbuch.

Schürer, G.: Gewagt und Verloren. Eine deutsche Biographie. Frankfurt (Oder) 1996.

Schützl, H.: „Die Oktoberrevolution und fortschrittliche deutsche Intellektuelle der zwanziger Jahre (Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland)“. In: Parteihochschule „Karl Marx“ b. ZK d. SED (Hrsg.): Der Rote Oktober - die grundlegende Wende der Menschheitsgeschichte. Materialien der XXXVI. Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Teil 2. Berlin 1988, S. 202-214.

Staritz, D.: Was war. Historische Studien zu Geschichte und Politik in der DDR. Berlin 1994.

Ders.: „Zum Tode von Lothar Bolz“. In: Deutschland Archiv, 20 Jg. (1987), Nr. 3. S.1.

Stephan, A.: Anna Seghers im Exil: Essays, Texte, Dokumente. Bonn 1993.

Stephan, G.-R. (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Berlin 1994.

Schmidt, B.: Haupttrichtungen des Wirkens der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen dem 11. und 12. Kongreß und ihre Bedeutung für die internationalistische Erziehung der Werktätigen der DDR. Diplomarbeit an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft - Institut für Internationale Beziehungen. Potsdam 1984.

Schneider, W.: „Wie die deutsch-sowjetische Freundschaft die Herzen der Bevölkerung gewann“. In: Deutsche Außenpolitik 1965, Sonderheft Nr. 1, S. 161-167.

Ders.: Tage der Kultur der UdSSR in der DDR. Die Rolle der kulturellen Massenarbeit bei der patriotischen und wehrpolitischen Erziehung. Leipzig 1986.

Stolpe, M.: Schwieriger Aufbruch. Berlin 1992

Süß, W.: Die DDR und ihre Blockführungsmacht. Berlin 1994.

Ders.: „Zum Verhältnis von SED und Staatssicherheit“. In: Herbst, A., Ranke, W. und Winkler, J. (Hrsg.): Die SED. Geschichte - Organisation - Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997.

Thaysen, U.: Der Runde Tisch. Oder: Wo bleibt das Volk? Opladen 1990.

Ders.: „Fortwirkende Maßnahme der Regierung Modrow“. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED - Diktatur in Deutschland“. A.a.O., Band VII, 2, S. 1706 ff..

Ders. und Kloth, H.M.: „Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl“. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden 1995; Band VII, 2, S. 1706.

Towitz, T.: Le syndicalisme de type soviétique. L'U.R.S.S. et les pays de L'Est européen. Paris 1971.

Tulpanov, S. I.: Erinnerungen an deutsche Genossen. Berlin und Weimar 1984.

Ders.: Deutschland nach dem Kriege (1945-1949). Berlin 1986.

Turek, J.: „Treuhandanstalt“. In: Weidenfeld: Handbuch zur deutschen Einheit. A.a.O., S.742 ff.

Vogt, L.: „*Die Freie Deutsche Jugend (FDJ)*“. In: Weber. H.: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie.

Von Beyme, K.: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt/Main 1997.

Vorstand der FDJ: Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Chronik. Berlin (Ost) 1976.

Voßke, H.: „*Über den Kampf der SED zur Entwicklung der deutsch-sowjetischen Freundschaft in den ersten Nachkriegsjahren*“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung Nr. 2/1970; S. 232-247.

Warnke, H.: „*Die Aufgaben der Gewerkschaften*“, in: Die Arbeit, Heft 12, S. 17.

Weber, G.: „*Um eine ganze Epoche voraus? 25 Jahre DFD*“. In: Deutschland Archiv 15. Jg. (1972), Nr. 5/1972.

Weber, H.: (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-50. Köln 1982.

Ders.: „*Die Bedeutung der Archive für die Erforschung der DDR-Geschichte*“, In : Der Archivar. Nr. 46/1993, S. 21 ff.

Ders.: „*Weißer Flecken*“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. Frankfurt/Main 1990.

Ders.: Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR. Köln 1991.

Ders.: Die DDR 1945-1990. München 1993.

Ders.: „*Das I. Parlament in Brandenburg 1948 und die Entwicklung der FDJ. Erinnerungen eines Zeitzeugen, Einschätzung eines Historikers.*“ In: Gotschlich, H. (Hrsg.): Aber nicht im Gleichschritt. Zur Entstehung der Freien Deutschen Jugend, Berlin 1997. S. 50 ff.

Ders.: Geschichte der DDR. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe 1999. München 1999.

Ders.: „*Weißer Flecken in der DDR-Geschichtsschreibung*“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11/1990, S. 3-15.

Ders.: „*Die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte*“. In: Deutschland Archiv, Nr. 7/1994. S. 690f.

Ders.: „Zum Umgang mit DDR-Archivalien“. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994. Berlin 1994, S. 165ff.

Weber, J.: Neues über eine vergangene Diktatur. München 1994.

Werdau, H.: „Die Fiktion einer Freundschaft. Struktur und Aufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“. In: SBZ Archiv, Nr. 18/1953, S. 277-280.

Werner, R.: Sonjas Rapport. Berlin (Ost) 1977.

Wiggershaus, G.: Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945, Wuppertal 1979.

Wilke, M.: Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998.

Ders., Müller, H.P. und Brabant, M.: SED-Politik gegen Realitäten. Verlauf und Funktion der Diskussion über die westdeutschen Gewerkschaften in SED und KPD/DKP 1961 bis 1972. Köln 1991.

Wolle, S.: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Bonn 1998.

Ders.: „Der Traum vom Demokratischen Sozialismus. Tod, Verklärung und Auferstehung einer gescheiterten Idee“. In: Poppe, U.; Eckert, R. und Kowalczyk, I.-S. (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 116-124.

Zehl Romero, C.: Anna Seghers. Eine Biographie in Bildern. Berlin 1994.

Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft (Hrsg.): 40 Jahre Gesellschaft für DSF. Traditionen und Entwicklungen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. ausgewählte Dokumente, Bilder und Fakten. Ohne Ortsangabe (Berlin Ost), ohne Jahrgang (Red. Schluß: 10.Dezember 1986).

Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Hrsg.): Der 13. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Berlin (Ost) 1988.

Zernak, K.: „Der FDGB als Massenorganisation und seine Aufgaben bei der Erfüllung der betrieblichen Wirtschaftspläne.“ In: Ludz, P. (Hrsg.): Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. Köln, Opladen 1964, S. 144 ff. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 8).

20 Jahre Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Eine Dokumentation des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zusammengestellt von der Abteilung Propaganda. Ohne Ortsangabe (Berlin Ost), ohne Jahrgang (1967).

40 Jahre mit der UdSSR in Freundschaft verbunden. Werden und Wachsen der DDR im engen Bruderbund mit der Sowjetunion (1949-71). Organisationsmaterial der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Ohne Ortsangabe (Berlin Ost) Ohne Jahrgang (1989).

9.5. Zeitschriften und Periodika (in Auswahl)

Aus Politik und Zeitgeschichte; hg. Von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1970 - 2000.

Beiträge zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, hg. Vom Institut für Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Berlin.

Bauern Echo

Der Archivar, 1991 - 1996

Deutsche Studien. Jg XX - XXIV.

Deutschland-Archiv, Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Köln, 1985-2000.

Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Dresden, 1948 - 1952

Die Neue Gesellschaft. Zeitschrift der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 1947 - 1952; (ab 1949: Zeitschrift der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft)

„Für den Funktionär“. Beilage der Zeitschrift: Presse der Sowjetunion., 1961 - 1989.

Junge Welt. Zentralorgan der FDJ, hg. Von Zentralrat der FDJ, 1950-1989.

Licht vom Osten. Monatsblätter der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, Landesgesellschaft Thüringen. Halbmonatszeitung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, Landesgesellschaft Thüringen, Jg. 1949; (ab Nr. 13/1949 Halbmonatszeitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Landesgesellschaft Thüringen)

Neues Deutschland. Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 1946 - 1989.

Politische Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte. München, 1985-1990

Presse der Sowjetunion. 1961-1989.

Sowjetwissenschaft. 1949-1986.

Tagesspiegel. 1949-1989

Tägliche Rundschau. Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung. Tageszeitung des Kommandos der Roten Armee für die deutsche Bevölkerung, Zeitung für die deutsche Bevölkerung, ab 1947 Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur, 1945-1949.

9.6 Persönliche Auskünfte

Dr. Franz von Hammerstein, Gespräch am 22. Juni 2000

Heinz Kuhrig, Gespräch am 12. Mai 1998

Günter Marsch, Gespräch am 16. Mai 1999

Cyrill Pech, Gespräch am 16. Mai 1999

Jürgen Rasch, Gespräch am 12. Juni 1999

Franz Rump, Gespräch am 22. Juni 2000

Gerhard Schürer, Gespräch am 11. Mai 1998

Prof. Dr. Klaus Thiessen, Gespräch am 3. Dezember 2000.

X. Kapitel

Anhang

10.1. Zeittafel

1945

- 8.5. Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands
- 5.6. Die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR übernehmen in der Juni-Deklaration die oberste Gewalt in Deutschland und gründen den alliierten Kontrollrat
- 9.6. Gründung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in Deutschland
- Juni/Juli Erste Treffen von an der Kultur der Sowjetunion Interessierten
- 10.6. Parteien und Gewerkschaften werden mit dem „Befehl Nr. 2“ der SMAD zugelassen, in den folgenden Tagen und Wochen gründen sich KPD, SPD, CDU und LDP
- 8.7. Gründung des Kulturbunds
- 14.7. Bildung der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“
- 17.7. - 2.8. Potsdamer Konferenz und Abkommen

1946

- 7. 3 Gründung der FDJ
- 19. - 22.4. Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)

1947

- 20.- 21.5. Erster Bundeskongreß des Kulturbundes
- 13.6. Gründung der Landesgesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion/Thüringen
- Bis Ende Juni Gründung von Landesgesellschaften zum Studium der Kultur der Sowjetunion mit Ausnahme Brandenburgs
- 30.6. Gründung der Zentralen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, Kuczynsky wird erster Präsident der Gesellschaft
- 22.-24.9. II. Parteitag der SED in Berlin
- 30.9. Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) in Polen

Oktober in allen Ländern sind Kulturhäuser errichtet

1948

- 17.1. Gründung der Sektion Musik
19.1. Gründung der Sektion Film
22.-23.5. Erster Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion
Juni Gründung der Sektion Bildende Kunst
3.7. Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typus“ auf einer Sitzung des SED-Zentralsekretariat
September Gründung der Sektion Theater

1949

- Januar Gründung der Sektion Wirtschaftswissenschaften
25. - 28. 1. 1. Parteikonferenz der SED, es wird vorgeschlagen, die Gesellschaft in eine Massenorganisation umzuwandeln
19.3. Verabschiedung der DDR-Verfassung
März Gründung der Sektionen Jura/Literatur
1. - 4. 7. Zweiter Kongreß der Gesellschaft. Aus der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion wird die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
9.8. Betriebsgruppen der Gesellschaft für DSF werden von der SED zugelassen
7.10. Gründung der DDR; Pieck wird zum Präsidenten, Grotewohl zum Ministerpräsidenten ernannt
10.10. Die Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) ersetzt die SMAD
29.10. Zentrale Heimkehrer Konferenz der Gesellschaft für DSF in Berlin

1950

- 8.2. Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)
19.6. Friedrich Ebert wird Präsident der Gesellschaft für DSF
20.- 24.6. III. Parteitag der SED; Walter Ulbricht wird Generalsekretär der SED
30.9. Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse

1951

- 9.3. Verordnung über Anmeldepflicht von Veranstaltungen
- 20.-22.3. 3. Kongreß der Gesellschaft für DSF
- 2-4.11. Kulturkonferenz der Gesellschaft für DSF zum Thema „das Vorbild der sowjetischen Laienkunst“ in Berlin

1952

- 10.3. Übergabe der „Stalin-Note“
- 26.5. Unterzeichnung des „Deutschland-Vertrages“;
Errichtung einer 5 km breiten Sperrzone entlang der BRD-Grenze
9. - 12.7. Zweite Parteikonferenz der SED verkündet den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR“
- 23.6. Abschaffung der 5 Länder, Neugliederung in 14 Bezirke und 217 Kreise

1953

- 5.3. Tod Stalins; Staatstrauer in der DDR
- 15.-17.5. 4. Kongreß der Gesellschaft für DSF; die Losung „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen!“ wird von nun an auf allen Kongressen verwendet
- 17.6. Arbeiteraufstand wird durch sowjetisches Militär niedergeschlagen
- 24.-26.7. 15. Tagung des ZK der SED beschließt den „neuen Kurs und die Aufgaben der Partei“

1954

- 25.3. Regierung der UdSSR veröffentlicht Erklärung über die Anerkennung der Souveränität der DDR
- 23-24.4. Zentrale Agitationskonferenz der Gesellschaft für DSF in Berlin
- 17.10. Volkskammerwahlen bringen 99,46% für Einheitslisten

1955

- 11.-14.5. Warschauer Pakt wird geschlossen
- 24.-27.6. Chruschow verkündet die „Zwei-Staaten-Doktrin“
- 8.-10.12. 5. Kongreß der Gesellschaft für DSF

1957

6.-7.6. Zentrale Propagandistentagung zur Erforschung der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1917 bis 1945 in Berlin

1958

28.-30.3. 6. Kongreß der Gesellschaft für DSF; Georg Handke wird Präsident der Gesellschaft für DSF

10.11. Chruschchow verkündet Berlin-Ultimatum

16.11. Volkskammerwahlen bringen 99,87 % für Einheitslisten

1960

7.9. Tod Piecks

12.9. Ulbricht wird Vorsitzender des neu konstituierten Staatesrates

1961

Frühjahr Aufruf der DSF zur Bildung von Studienzirkeln

13.8. Abriegelung Ost-Berlins; Bau der Mauer

1962

9.-11.2. 7. Kongreß der Gesellschaft für DSF

23.11. Veröffentlichung eines Entwurfs „Parteiprogramm der SED“

1963

15.-21.1. VI. Parteitag der SED, das Parteiprogramm und das Parteistatut werden verabschiedet

15.3. Johannes Diekmann wird Präsident der DSF, damit ist erstmals ein Nicht-SED-Mitglied Präsident der Gesellschaft

20.10. Volkskammerwahlen bringen 99,95 % für die Einheitslisten

1964

12.6. Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR wird unterzeichnet; Bestandsgarantie der DDR

21.9. Tod Grotewohls, Nachfolger und damit neuer Ministerpräsident wird Willi Stoph

14.10 Sturz Chruschtschows, Nachfolger wird Leonid Breschnew

1966

11.-13.6. 8. Kongreß der Gesellschaft für DSF

1967

14.4. Konferenz der Literaturpropagandisten in Zusammenarbeit der DSF mit der Urania, dem FDGB und dem Kulturbund in Berlin

17.-22.4. VII. Parteitag der SED

2.7. Volkskammerwahlen bringen 99,93 % für Einheitslisten

1968

9.4. Neue DDR-Verfassung tritt in Kraft; Freundschaft zur UdSSR wird Verfassungsgrundsatz

17.7. Lothar Bolz wird Präsident der Gesellschaft für DSF

1970

22.-24.5. 9. Kongreß der Gesellschaft für DSF

1971

3.5. Ulbricht erklärt seinen Rücktritt, sein Nachfolger als Erster Sekretär wird Honecker

15.-19.6. VIII. Parteitag der SED

24.6. Honecker folgt Ulbricht als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates

1972

15.-16.11. Theoretischen Konferenz der DSF in Erfurt zum Thema „50 Jahre UDSSR“ und zu Fragen des „Antikommunismus der Gegenwart“

1973

11.8. Tod Ulbrichts

18.9. DDR wird in die UNO aufgenommen

1.-2.11. Konferenz des Zentralvorstandes der DSF in Magdeburg zum Thema „Die Bedeutung der sozialistischen ökonomischen Integration und die sich daraus ergebenden Aufgaben der DSF“

1974

11.-12.5. 10. Kongreß der Gesellschaft für DSF

1975

30.7.-1.8. KSZE-Konferenz in Helsinki, Unterzeichnung der Schlußakte

7.10. Vertrag über Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der DDR unterzeichnet

10.10. 4. Tagung des ZV der GfDSF betont neue Qualität der Kooperation zwischen UdSSR und DDR

Dezember GfDSF gibt gemeinsam mit dem Sekretariat des Nationalrates der Nationalen Front Empfehlungen für künftige Diskussionen heraus und stellt dazu Referentenkollektive zusammen

1976

18.-22.5. IX. Parteitag der SED, Honecker wird Generalsekretär der SED

17.10. Volkskammerwahlen bringen 99,86 % für die Einheitslisten

1977

14.2. Die DSF und die ukrainische Gesellschaft für Freundschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland unterzeichnen einen Vertrag über verstärkte Zusammenarbeit

Mai 2. Festival der DSF in Magdeburg

30.6. Feier „Dreißig Jahre Gesellschaft für DSF“; die Gesellschaft bekommt den Orden „Großer Stern der Völkerfreundschaft“ und hat 5,293 Millionen Mitglieder

1978

19.-20.5. 11. Kongreß der Gesellschaft für DSF; Erich Mückenberger wird Präsident der Gesellschaft, damit ist erstmals wieder seit 1963 ein SED Mitglied Präsident

1980

14.5. Propagandistische Konferenz in Rostock zum Thema „Aktuelle Aufgaben im Kampf gegen Antikommunismus und Antisowjetismus“

9.6. 6. Tagung des ZV der DSF sieht die Kernaufgabe der Gesellschaft in der „Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern der DDR und der UdSSR und der Propagierung und weiteren Herausbildung von Gemeinsamkeiten zwischen den Bruderländern; die DSF hat 5,755 Millionen Mitglieder

1981

- 11.-16.4. X. Parteitag der SED
- 14.6. Volkskammerwahlen bringen 99,86 % für die Einheitslisten
- Herbst Einrichtung der Informationszentren „Camera Politica“
- 9.-11.12. Teilnahme der DSF an der „Unionskonferenz der Sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR“

1982

- 25.6. Propagandistische Konferenz in Potsdam zum Thema „Der Beitrag der DSF bei der Herausbildung und Vertiefung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins und deren Bedeutung für die weitere Ausprägung des brüderlichen Bündnisses mit der Sowjetunion“; die DSF hat 6 Millionen Mitglieder
- 10.11. Tod Breschnews; sein Nachfolger wird Juri Andropow

1983

- 12.-13. 5. 12. Kongreß der Gesellschaft für DSF; Einführung der Verleihung der DSF-Ehrenmedaille „Freundschaft-Drushba“; Honecker verkündet auf der Abschlußrede des Kongresses: „Wer mit der Sowjetunion verbunden ist, gehört zu den Siegern der Geschichte!“
- 29.6. BRD-Kredit von 1 Milliarde bewilligt

1984

- 9.2. Tod Andropows; sein Nachfolger wird Konstantin Tschernenko
- 13.2. Gespräch zwischen Honecker und Kohl in Moskau
- Herbst Die Gesellschaft für DSF beschließt die Publizierung einer „Geschichte der DSF“ für 1987: „Ausgangspunkt für die Darstellung der Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft muß der Nachweis sein, wie sich die Freundschaftsgesellschaft stets als treuer Helfer der Partei der Arbeiterklasse bewährt hat und getreu diesem Grundsatz handelt“

1985

- 10.3. Tod Tschernenkos; sein Nachfolger wird Michail Gorbatschow
- 12.3. Treffen zwischen Honecker und Kohl in Moskau
- 11.10. Propagandistische Konferenz des Zentralvorstandes und des Bezirksvorstandes Magdeburg der DSF zum Thema „Ernst Thälmann und die deutsch-sowjetische Freundschaft“

1986

- 17.-24.4. XI. Parteitag der SED; erstes Abrücken von der Parole:
"Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen",
Berufung auf politische Eigenständigkeit der DDR
- 8.6. Volkskammerwahlen bringen 99,74 % für die Einheitslisten
- November Abrücken der UdSSR von der Breschnew-Doktrin

1987

- 2.4. „Stern-Interview“ Hagers
- 30.6. Feier zum 40jährigen Bestehen der Gesellschaft für DSF; die geplante und bis 1986 mehrfach überarbeitete Geschichte der DSF wird nicht verlegt, da sie immer noch nicht den Ansprüchen Mückenbergers genügt
- 1.7. Verleihung des Karl-Marx-Ordens an die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durch Honecker
- 7.-11.9. Honecker besucht BRD

1988

- 13-14.5. 13. Kongreß der Gesellschaft, die DSF verwendet nun die wiederausgegrabene Formel der verschiedenen Wege zum Sozialismus und geht auf „Glasnost und Perestroika“ in der UdSSR nur indirekt ein. Die seit 1953 auf dem 4. Kongreß propagierte Losung: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“ wird auf diesem Kongreß endgültig nicht mehr verwendet
- 28.9. Honecker trifft Gorbatschow in Moskau
- September „XVII. Festivals des sowjetischen Films in der DDR“ ; einige sowjetische Filme, die sich kritisch mit der UdSSR beschäftigen, werden im Rahmen des Festivals nicht in den Kinos gezeigt
- Oktober Der Postzeitungsvertrieb der DDR liefert das „Sputnik“ Heft 10/1988 nicht aus, da darin eine eine kritische Darstellung der Verbrechen Stalins abgedruckt wurde.
- 19.11. Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen streicht den „Sputnik“ von der Postzeitungsliste mit der Begründung, er „bringt keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte.“
- November/ 322 Eingaben wegen des Verbotes gehen bei der Gesellschaft ein;
Dezember 22 Mitglieder treten aus der Gesellschaft für DSF aus
- 7.12. Gorbatschow verkündet einseitige Abrüstungsschritte vor der Generalversammlung der UN

1989

- 15.1. Die „Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft“ ruft zu Demonstrationen auf. Reaktion: Festnahmen in Leipzig
- 7.5. Kommunalwahlen in der DDR; 98,85 % der Wähler stimmen nach offiziellen Angaben für die Einheitsliste, die Opposition unterstellt Wahlfälschung
- 8.5. Demonstrationen in Leipzig gegen Wahlfälschung
- 25.-27.6. Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze
- 27.-28.6. Gorbatschow trifft Honecker in Moskau und drängt auf Reformen in der DDR
- 7.8. Offizielles Ende der Breschnew-Doktrin mit dem Widerruf der völkerrechtlichen These der beschränkten Souveränität der sozialistischen Mitgliedstaaten durch das Schlußkommunique der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Bukarest
- Juli/August Die Massenflucht der DDR-Bürger über die sozialistischen Nachbarländer in den Westen setzt ein
- 4.9. Erste Montagsdemonstration in Leipzig
- 7.10. Feiern zum 40sten Jahrestag der DDR; Besuch Gorbatschows. Oppositionelle Veranstaltungen für Meinungsfreiheit und Reformen werden aufgelöst; es kommt zu Massenfestnahmen
- 17.10. Das Politbüro entbindet Honecker von seiner Funktion als Generalsekretär des ZK der SED
- 18.10. Das Zentralkomitee der SED bestätigt Honeckers Ablösung und wählt Krenz zum neuen Generalsekretär des ZK der SED
- 26.10. Das Präsidium des Zentralvorstands der GdSF trifft sich zu einer gemeinsamen Beratung
- 7.11. Rücktritt der DDR Regierung
- 8.11. Rücktritt des Politbüros des ZK der SED, Krenz wird Generalsekretär
- 9.11. Öffnung der DDR-Grenzen zum Westen
- 16.11. Rücktritt Mückenbergers
- 20.11. 5. Tagung des Zentralvorstandes der GdSF. Der Rücktrittsbrief Mückenbergers wird verlesen, sein Rücktritt bestätigt. Rücktritt des Präsidiums und des Sekretariats des ZV der Gesellschaft für DSF; Bildung des Arbeitssekretariates“ und Bildung von Arbeitsgruppen, Vorbereitung des Außerordentlichen Kongresses in Schwerin
- 1.12. Volkskammer der DDR beschließt die Streichung von Art. 1 § 2 der Verfassung der DDR und beendet so die Vorherrschaft der SED
- Dezember Das Arbeitssekretariat der Gesellschaft stellt den Antrag, an den Beratungen des Zentralen „Runden Tisches“ teilzunehmen.
- 21.12. 6. Tagung des ZV der GdSF; Einberufung des Außerordentlichen Kongresses nach Schwerin zum 27.1.1990; Vorstellung eines vorläufigen Programms; Streichung der Formulierungen in der Satzung, die die führende Rolle der SED

- festgeschrieben.
30.12. Verabschiedung eines Schreibens an Gorbatschow

1990

- 27.-28.1. Außerordentlicher Kongreß der Gesellschaft für DSF in Schwerin.
Das Fortbestehen der Gesellschaft wird beschlossen,
Verabschiedung der „Grundpositionen der Gesellschaft“ und der neuen Satzung.
Wahl eines neuen Zentralausschusses mit 33 Mitgliedern,
Vorsitzender wird Cyrill Pech
- 10.2. 2. Tagung des Zentralausschusses der Gesellschaft für DFS;
Bildung von fünf ständigen Sektionen und verschiedenen Arbeitsgruppen.
- 17.2. GDSF wird kooperatives Mitglied der Liga für Völkerfreundschaft
- 12.3. Letztes Gespräch des Runden Tisches
- 18.3. Erste freie Volkskammerwahlen in der DDR
- 4.4 Vorgespräche über die Gründung einer Kapitalgesellschaft zur
Nutzung der Häuser der DSF zwischen der Gesellschaft für DSF und der
Gesellschaft für Wirtschaftsinformationen WINFORMA; Die
Sektion für Basisarbeit des ZV legt einen vorläufigen Bericht über den
Mitgliederstand und die Einnahmen der Gesellschaft vor; Die Gesellschaft hat
noch 235 690 Mitglieder
- 7.4. 3. Tagung des ZV der GDSF; Der Leiter der Geschäftsstelle des ZV wird mit
der Bildung einer Kapitalgesellschaft beauftragt
- 20.4. Beratung des Zentralvorstands der Gesellschaft für DSF mit den Sekretären der
künftigen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und
Thüringen über die Bildung von Landesverbänden
- 5.5. Beginn der „Zwei plus Vier“ Verhandlungen in Bonn
- 8.5. Pech, Sperling und von Hammerstein in Moskau, Treffen mit Gorbatschow im
Bolschoitheater
- 28.5. Gründung des WIN-INTERKONTAKT-CLUB (WIC)
- 9.6. 4. Tagung des ZV der GDSF; Entwicklung der Gesellschaft ist rückläufig; man
geht nur noch von 100 000 -150 000 Mitgliedern aus
- 16.6. Der Landesverband Brandenburg der GDSF hält seine Gründungskonferenz in
Pätz ab
- 21.6. Bundestag und Volkskammer billigen den deutsch-deutschen Staatsvertrag der
Wirtschafts-Währungs- und Sozialunion
- 23.6. Der provisorische Landesausschuß Sachsen Anhalt der Gesellschaft für DSF
konstituiert sich in Magdeburg.
- 30.6. Der provisorische Landesausschuß der Gesellschaft für DSF - Sachsen
konstituiert sich in Dresden.
- 1.7. Wirtschaft-Währungs- und Sozialunion tritt in Kraft

- 12.9. Die Außenminister der 4 Siegermächte und der beiden deutschen Staaten unterzeichnen den „Vertrag über die abschließenden Regelungen in Bezug auf Deutschland“
- 3.10. „Tag der deutschen Einheit“
- 29.11. Beratungen der Treuhand und der Unabhängigen Kommission über die DSF Häuser; Der Gesellschaftervertrag mit der WIN-INTERCLUB GMBH wird als ungesetzlich erklärt
- 28.12. Die Treuhand erklärt gegenüber der DSF, daß der Vertrag mit der WINFORMA ungültig ist

1991

- 16.2. Föderativer Verbandstag der Gesellschaft für DSF
- 9.3. Die Gesellschaft für DSF tritt aus der WIN-INTERKONTAKTCLUB GmbH aus

10.2. Dokumentation

<u>Dokument 1</u>	Hinweise für die Gesprächsführung mit Mitgliedern; erstellt vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für die Kreis- und Bezirksvorstände von 1981.....	380
<u>Dokument 2</u>	Richtlinie zur Verleihung des Ehrennamens „Kollektiv Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 1984.....	384
<u>Dokument 3</u>	Rechenschaftsbericht zur Jahresversammlung der DSF-Leipzig der Abteilungssgruppe 4 anlässlich der Wahlen, vom 12. Februar 1985	385
<u>Dokument 4</u>	Wissenswettbewerb des VEB PKM Anlagenbau Leipzig vom 25. März 1987.....	388
<u>Dokument 5</u>	Erstes Rücktrittsschreiben Mückenbergers an den Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, vom 10. November 1989.	390
<u>Dokument 6</u>	Zweites Rücktrittsschreiben Mückenbergers an den Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, vom 16. November 1989.	391
<u>Dokument 7</u>	„Fahnenmast ohne Fahne“. Bericht über die sich verändernde Situation für sowjetische Besucher bei der Einreise in die DDR, vom 28. April 1989.....	392
<u>Dokument 8</u>	Schreiben des Vorsitzenden des Zentralausschuß' der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Pech, an Gorbatschow vom 26.März 1990	393
<u>Dokument 9</u>	Schreiben des Sekretariates der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesministerium des Innern, vom 4. November 1991	394

Hinweise für die Gesprächsführung mit Mitgliedern; erstellt vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für die Kreis- und Bezirksvorstände von 1981

Hinweise für die Gesprächsführung

Die Funktionen der Lüge von der „Bedrohung“ aus dem Osten, die in den Rang einer Staatspolitik erhoben werden und Bestandteil der aggressiven Strategie des Imperialismus ist, sind vielfältig.

Erste Funktion der Lüge

Den Sozialismus als Friedenskraft diffamieren, als aggressiv hinzustellen, den Imperialismus als „Verteidiger des Friedens“.

Ablenkend von der Tatsache, daß von der Sowjetunion in den letzten 35 Jahren mehr als hundert Initiativen für Frieden und Abrüstung abgetreten sind.

Zweite Funktion der Lüge

Rechtfertigung der ständigen Erhöhung der Rüstungsausgaben und Forcierung des Wettrüstens der NATO-Staaten mit der „Lüge“ der sozialistischen Gefahr, Bedrohung aus dem Osten usw. Diese Lüge wird zu einem Instrument mit dem das Wettrüsten angeheizt wird, zu einem Instrument der Druckausübung auf die öffentliche Meinung.

Der Imperialismus will den Entspannungsprozeß rückgängig machen.

Dritte Funktion der Lüge

Ablenkend von den Gebrechen und Verbrechen des Imperialismus

(18 Millionen Arbeitslose in der Welt des Imperialismus)

(26 Millionen leben in den USA unter der Armutsgrenze)

(60 Millionen Menschen sind des Lesens und Schreibens unkundig)

Vierte Funktion der Lüge

Ausprägung des imperialistischen Feindbildes, Reifmachen möglichst vieler Menschen für die aggressiven Pläne des Imperialismus.

Die imperialistischen Massenmedien stellen einen modernen Krieg als akzeptabel hin, als unumgänglich machbar und zwar mit relativ wenig Opfern.

Sie wollen die für die ganze Menschheit heraufgeschworene (sic!) Gefahr herunterspielen und die Illusion vom begrenzten Nuklearkrieg wecken.

Die Menschen in den Ländern des Kapitals sollen an die Möglichkeit eines nuklearen Krieges gewöhnt und die Folgen eines solchen Krieges verniedlicht werden.

Westliche Massenmedien haben den Auftrag, die ständig vom Sozialismus ausgehenden Friedens- und Abrüstungsinitiativen der Öffentlichkeit ihrer Länder zu verschweigen oder sie zu verstümmeln, zu verzerren und zu verfälschen.

Mit der Bedrohungslüge kämpft der Imperialismus gegen das Leben, um sein System am Leben zu erhalten.

Die Entlarvung dieser Jahrhundertlüge betrachten wir als unverzichtbaren Bestandteil des Friedenskampfes.

Was ist Antikommunismus?

Was ist Antisowjetismus?

Wo kommt er her?

Wie zeigt er sich?

Wie muß man ihn bekämpfen?

Erich Honecker stellt hierzu fest:

- Antikommunismus ist Ausdruck der Furcht des Imperialismus vor dem wachsenden Einfluß des Sozialismus, vor dem friedlichen Wettbewerb der entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, vor der Kraft der Völker.
- Er ist die politisch-ideologische Aggression des Imperialismus gegen die drei revolutionären Hauptströme.
- Unter dem Banner des Antikommunismus haben sich alle Feinde von Frieden, Sozialismus und Fortschritt zusammengefunden.

- Sie verdrehen die Wahrheit, daß der Sozialismus Frieden braucht und bringt. Sie versuchen mit Lüge und Hetze die Vereinigung der Friedenskraft Sozialismus mit den Friedenskräften auf der ganzen Welt zu verhindern.
- Antikommunismus und Antisowjetismus ist die Verneinung des Friedensstrebens und der Lebensinteressen der Völker, ist die Waffe derer die an Krieg verdienen.

Wer bedroht nun wirklich wen?

- 6 Jahre vor der Bildung des Verteidigungsbündnisses der Warschauer Vertragsstaaten wurde die NATO mit aggressiver Zielstellung gegründet.
- Von 1945 – 1975 haben die USA und andere NATO-Staaten 215 mal ihre Streitkräfte zur Durchsetzung ihrer politischen und militärischen Ziele eingesetzt.
- Rund um die Sowjetunion haben sie ein ganzes System von Militärstützpunkten, über 2000 an der Zahl.
- Langzeitprogramm der NATO im Mai 1978 angenommen.
- Raketenbeschluß der NATO in Brüssel im Dezember zugestimmt.
- Ratifizierung des SALT II Abkommens wird von den USA abgelehnt.

Die Imperialisten der Welt fühlten sich bedroht, als 1917 die russischen Arbeiter und Bauern die Ausbeuterordnung im Lande abschafften und ihren eigenen sozialistischen Staat aufbauten. Damals sprach man von bolschewistischer Gefahr.

Das war auch die Begründung für die Interventionen von 14 imperialistischen Mächten gegen die Sowjetunion.

Als die Sowjetunion die Grundlagen des Sozialismus errichteten, da deklarierte der faschistische deutsche Imperialismus den ersten sozialistischen Staat als Hauptfeind Nr. 1 und so geht das bis heute weiter.

Auf dem X. Parteitag stellte Genosse Honecker fest:

„Den Drang nach Profit und nicht die Liebe zum Menschen ist das Lebenselement imperialistischer Denk- und Verhaltensweisen“.

Dieser Drang nach Profit ist die Wurzel des aggressiven Verhaltens des Imperialismus.

Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU sagte Genosse Breshnew:

„Den Frieden zu schützen das ist gegenwärtig die wichtigste internationale Aufgabe für unsere Partei, für unser Volk, ja für alle Völker unseres Planeten, nicht die Vorbereitung für einen Krieg der die Völker zu einer sinnlosen Vergeudung ihrer materiellen und geistigen Reichtümer verdammt, sondern Festigung des Friedens ist unser Kompaß auf dem Weg ins Morgen“.

Und das sind die sowjetischen Vorschläge:

- Gipfeltreffen UdSSR – USA
- Moratorium für Atomare Mittelstrecken-Raketen in Europa
- Vertrauensbildende Maßnahmen in Europa und im Fernen Osten
- Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen, verbot der Neutronenwaffe usw.

Unsere Lebenserfahrungen besagen, nur an der Seite der Sowjetunion und niemals gegen sie kann man auf unserem Erdball den Sozialismus errichten und den Frieden sichern.

Die Deutsch-Sowjetische Freundschaft ist für unser Volk eine Lebensfrage.

Der Imperialismus bleibt bei seiner Aggressivität eine Gefahr und Bedrohung für die Völker.

Ist es nicht alarmierend, wenn der USA-Außenminister erklärt, es gebe bedeutendere Dinge als im Frieden zu leben.

Und der USA-Präsident Reagan tritt unverhüllt dafür ein, die USA müsse unangefochten die Weltmacht Nr. 1 werden. Man will, daß sich der Globus um Washington dreht.

Ist es nicht eine Tragik für die Bevölkerung der BRD, wenn der Bonner Kanzler Helmut Schmidt im Bundestag erneut sein Festhalten am NATO Raketenbeschluß bekräftigt und die amerikanische Hochrüstungspolitik nachhaltig unterstützt.

Richtlinie zur Verleihung des Ehrennamens „Kollektiv Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 1984.

Richtlinie

zur Verleihung und Verteidigung der Ehrennamens

“Kollektiv Deutsch-Sowjetische Freundschaft”

Der Kampf um den Ehrennamen “Kollektiv der DSF” ist in den Kampf um den Ehrentitel “Kollektiv der sozialistischen Arbeit” eingebunden und verbunden und ergänzt mit den Aufgaben die kultur-politische Arbeit sowie den Kultur- und Bildungsplan, d.h. keine gesonderten Aufgabenstellungen. Die Verleihung des Ehrennamens “Kollektiv der DSF” erfolgt durch die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an Kollektive, die sich durch beispielgebende Leistungen zur Festigung und Vertiefung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auszeichnen, vorbildliche Arbeitsergebnisse erreichen und damit zur allseitigen Stärkung der DDR in der Gemeinschaft der sozialistischen Bruderländer beitragen.

Der Ehrenname ist nach der Verleihung jährlich zu verteidigen. Die Bestätigung des erfolgreichen Kampfes um die Verleihung bzw. Verteidigung des Ehrennamens erfolgt auf Antrag des Kollektives durch den Vorstand der Abteilungsgruppe bzw. Grundeinheit, in Abstimmung mit der BGL, der Leitung der FDJ und dem staatlichen Leiter.

Alle Arbeitskollektive, die im Kampf um den Ehrentitel “Kollektiv der sozialistischen Arbeit” konkret abrechenbare anspruchsvolle Verpflichtungen zur Anerkennung als “Kollektiv der DSF” in ihren Wettbewerbsverpflichtungen bzw. Kultur- und Bildungsplänen übernehmen, rechnen die Erfüllung dieser Verpflichtungen bei der Verleihung des Ehrentitels “Kollektiv der sozialistischen Arbeit” und seiner jährlichen Verteidigung mit ab.

Dazu sind u.a. im einzelnen abzurechnen:

- DSF-Mitgliedschaften im Kollektiv,
- wurden DSF-Mitglieder geworben,
- wieviel Kollektivmitglieder haben sich jeweils beteiligt an
 - Mitgliederversammlungen der Abteilungsgruppe bzw. Grundeinheit

- Freundschaftstreffen
- Wissenswettbewerb der GE und des Stadtbezirksvorstandes
- Filmbesuch aus Anlaß der "Woche des sowjetischen Filmes"
- Besuch von Kunstaussstellungen und Gedenkstätten
- Zentralen Kundgebungen zu Feier- und Gedenktagen

-Veranstaltungen im Haus der DSF wie

- Samovarabend
- Buchlesungen
- Lichtbildervorträge
- Kamera Politika
- Aufführungen des Ensembles der DSF

- wie und in welcher Art setzt sich das Kollektiv mit der aktuellen Friedenspolitik der SU und der Entlarvung des Antisowjetismus auseinander.

- wie erfolgt die Sichttagitation im Arbeitsbereich, wurden zentrale Wandzeitungen in den Standorten gestaltet, wurde am Wandzeitungswettbewerb teilgenommen.

- welche Art von Veranstaltungen wurden vom Kollektiv selbständig organisiert, aus Anlaß Gedenk- und Feiertage, Auswertung von Dienst- und Urlaubsreisen usw.,

- welcher Art von Kontakten werden mit sowjetischen Bürgern, Spezialisten bzw. Einrichtungen gepflegt,

- wieviel Sondermarken wurden vom Kollektiv erworben

- nach welchem sowjetischen Methoden wird gearbeitet bzw. welche sowjetischen Erfahrungen werden im Arbeitsbereich integriert.

Dokument

3

Rechenschaftsbericht zur Jahresversammlung der DSF-Leipzig der Abteilungssgruppe 4 anläßlich der Wahlen, vom 12. Februar 1985

Liebe Freunde und Genossen,

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft führt im Jahr 1985 Jahreshauptversammlungen und Delegiertenkonferenzen zu den dafür festgelegten Terminen durch. Auf ihnen erfolgt die Rechenschaftslegung und Neuwahl der Vorstände und Revisionskommissionen der Abteilungsgruppen und Grundeinheiten, sowie der Kreis- und Bezirksorganisationen.

Die Jahreshauptversammlungen und Delegiertenkonferenzen stehen ganz im Zeichen der Vorbereitungen des XI. Parteitages der SED. Ihr Inhalt wird durch den im Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED sowie den Beratungen der Sekretäre des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen gestellten Aufgaben und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die weitere Durchführung des Beschlusses des 12. Kongresses der Gesellschaft für DSF bestimmt. Das Ziel der Jahreshauptversammlungen muß es sein, die Initiativen und schöpferische Aktivitäten der Mitglieder breit zu entfalten. Mit höherer Einsatzbereitschaft an der Lösung der Aufgaben zur Stärkung des Sozialismus, zur Festigung und Vertiefung der Freundschaftsbündnisses mit der Sowjetunion beizutragen, leisten wir einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens. Das heute zu beschließende Arbeitsprogramm steckt die weiteren Aufgaben für die Jahre 1986/87 ab. Ein wichtiger Höhepunkt in unserer Arbeit ist, auf dem Weg zum XI. Parteitag der SED, der 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus.

Zur Vorbereitung des 40. Jahrestages haben die Parteileitung, Betriebsgewerkschaftsleitung, die Grundeinheiten der DSF, die FDJ und die KdT des Betriebes einen Maßnahmenplan vorgelegt, der die weiteren Aufgaben und Zielstellungen zur würdigen Gestaltung des großen Ereignisses darlegt.

In Vorbereitung des 40. Jahrestages gilt es

- anschaulich und überzeugend die Rolle des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte für die Rettung der Weltzivilisation darzulegen, den großen Einfluß des Sieges des Sowjetvolkes über den deutschen Faschismus und japanischen Militarismus auf den Verlauf der Weltentwicklung, für den Kampf der werktätigen Massen für ihre soziale und nationale Befreiung sichtbar zu machen, (...)
- die Politik und Ideologie des Antikommunismus, insbesondere die Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“ verstärkt zu entlarven,

- die historische Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung über die Welt des Kapitals nachzuweisen. Das bedeutet, bei allen Belegschaftsangehörigen die Überzeugung zu festigen, daß die Sicherung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, nach wie vor die Hauptaufgabe unserer Tätigkeit, untrennbar verbunden ist mit der Erfüllung aller Anforderungen, die die stabile Sicherung des Friedens von uns fordert. „Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden“, diese Erkenntnis muß einfließen in unser Handeln. Eine Voraussetzung dafür ist die weitere Vertiefung der engen Zusammenarbeit der DDR und UdSSR, die Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft und das eindeutige Bekenntnis zu ihr.

Die Klärung dieser Grundfragen ist fester Bestandteil des Mitgliederlebens der Partei, der Massenorganisationen sowie des Auftretens der staatlichen Leiter in den Arbeitskollektiven.

Die Erfüllung der Verpflichtungen des Kampfprogramms der Grundorganisation der SED, des Wettbewerbsbeschlusses der Vertrauensleute der Gewerkschaft unter der Losung „Hohe Leitungen zum Wohle des Volkes und für den Frieden - Vorwärts zum XI. Parteitag der SED“, sowie die Erfüllung und Übererfüllung der anteiligen Planaufgaben bis zum 40. Jahrestag sind Gegenstand der täglichen Arbeit aller Funktionäre, Leiter und Belegschaftsmitglieder.

Konkret wurden, bezogen auf die Arbeit der GE der DSF, folgende Maßnahmen in den Plan aufgenommen:

1. Zur Vertiefung der Ausstrahlungskraft und Qualifizierung der propagandistischen Arbeit wird die Teilnahme an Vorträgen des Bezirksvorstandes Leipzig der DSF sowie des „Vortrages von Vertretern des Generalkonsulates der UdSSR zu Themen „Über die welthistorische Bedeutung und die Lehren des Sieges des Sowjetvolkes unter Führung der KPdSU im Großen Vaterländischen Krieg“ gesichert.
2. In Vorbereitung des 40. Jahrestages wird durch den Vorstand der GE der DSF ein Wandzeitungswettbewerb organisiert.(...).
3. Die GE der DSF führt aus Anlaß des 40. Jahrestages einen Wissenswettbewerb durch.
4. Die Kollektive der deutsch-sowjetischen Freundschaft, die den Namen eines sowjetischen Helden tragen, werden anläßlich der Kampfdemonstration am 1. Mai 1985 ihre Verbundenheit mit der Sowjetunion sichtbar zu Ausdruck bringen.

5. Der 40. Jahrestag der Befreiung und der 44. Jahrestag des Überfalls der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion sind uns Anlaß, im Monat des 38-jährigen Bestehens unserer Freundschaftsgesellschaft ein Freundschaftstreffen mit sowjetischen Touristen durchzuführen.

6. Um weitere Kontakte zu sowjetischen Bürgern herzustellen, wird ein Sportvergleich zwischen dem Betrieb und einer Einheit der sowjetischen Garnison Schönau organisiert.

7. Zur Aktivierung der Arbeit der Freundschaftsgesellschaft sind die betrieblich organisierten Richtlinien zur Führung des Kampfes um den Titel „Kollektiv der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ sowohl bei der Verteidigung 1984 als auch bei der Neuaufnahme des Kampfes für das Jahr 1985 konsequent anzuwenden.

8. Ausgehend von der Motivation des 40. Jahrestages der Befreiung und im Sinne der weiteren Verbreitung des Freundschaftsgedankens stellen wir uns das Ziel, im Jahr 1985

- die Anzahl der Mitglieder um 50 % und den Organisiertegrad von 83% auf 86% zu erhöhen.

- Den Anteil der sozialistischen Kollektive, die um den Titel „Kollektiv der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ kämpfen, von 80% auf 85% zu erhöhen.

- Den Verkauf von Sondermarken der Freundschaftsgesellschaft zu verdoppeln und 6000 Sondermarken zu verkaufen

und bis zum Mai 1985 einen Anteil von wenigstens 50% zu erreichen.

(...)

All die aufgezeigten Aktivitäten stehen für eine erfolgreiche DSF-Arbeit in der zur Rechenschaft stehenden Wahlperiode 1983/84. Wir danken in diesem Zusammenhang allen Brigaden, DSF-Mitgliedern und Funktionären der DSF für ihre geleistete Arbeit. Unter Einbeziehung aller DSF-Mitglieder ist eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle aller und zur Erhaltung des Friedens zu organisieren.

Freundschaft!

Leipzig, den 12.2.1985

Dokument

4

Wissenswettbewerb des VEB PKM Anlagenbau Leipzig vom 25. März 1987.

Wissenswettbewerb

Auch in diesem Jahre führt die GE der DSF einen Wissenswettbewerb durch, der sowohl die Höhepunkte 40. Jahrestag der Gründung unserer Freundschaftsgesellschaft als auch den 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution berücksichtigt.

Beteiligen können sich diesmal nur sozialistische Kollektive (also keine Einzelpersonen). Alle Kollektive, die in der GE Leipzig der DSF erfaßt sind, sind zur Teilnahme aufgerufen.

Die Antworten auf die Fragen übergeben Sie bitte formlos entsprechend der Fragenummerierung bis zum 22. 5. 87 über Ihren DSF-Gruppenleiter an Ihren zuständigen Vorsitzenden der Abt.-Gr. Der DSF. Geben Sie bitten (sic!) den Namen Ihres Kollektives an.

Die Auslosung der 5 Preisträger aus den richtigen Einsendungen erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges bis zum 29. 5. 87.

An Preisen sind ausgesetzt

- | | |
|----------|---------|
| 1. Preis | 250,- M |
| 2. Preis | 200,- M |
| 3. Preis | 150,- M |
| 4. Preis | 100,- M |
| 5. Preis | 50,- M |

Die Fragen lauten:

1. Nennen Sie die sowjetischen Partnerstädte von

- a) Halle
- b) Cottbus
- c) Rostock
- d) Neubrandenburg
- e) Schwerin

2. Nennen Sie die Partnerstädte folgender Unionsrepubliken:

- a) Belorussische SSR
- b) Ukrainische SSR
- c) Kirgische SSR
- d) Lettische SSR
- e) Estnische SSR

3. Auf freiwilliger Grundlage schlossen sich die freien, gleichberechtigten Völker Rußlands zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zusammen.

Wann und aus welchem Grunde erfolgte das?

4. Das Rußland vor der Oktoberrevolution erzeugte 4 % der Welt-Industrieproduktion .

Welchen Anteil an der Weltindustrieproduktion hatte die Sowjetische Union im Jahre 1986?

5. Nennen Sie die 3 längsten Flüsse der SU mit Angabe der jeweiligen Länge.

6. Wieviel km² umfaßt das Territorium der UdSSR?

7. Gegenwärtig geht der Bau des letzten Wasserkraftwerkes an der Wolga zu Ende.

a) welches Wasserkraftwerk ist das (Ortsangabe)?

b) welche Leistung an Energieerzeugung ist dort bei Erreichen voller Leistung geplant?

8. Die Baikal-Amur-Magistrale ist von herausragender Bedeutung für die vom XXVII. Parteitag der KPdSU beschlossene komplexe Entwicklung der Wirtschaft Sibiriens und des sowjetischen Fernen Ostens sowie die Erschließung der Naturreichtümer dieser Gebiete.

a) wie lang ist diese Bahnlinie?

b) Wie heißen (sic!) der Anfangs- u. Endpunkte der durchgängigen Bahnlinie?

9. Wann wurde der Sowjetische Pavillon auf der Leipziger Messe eröffnet?

10. Wie heißt die sowjetische Schwestergesellschaft unserer Organisation?

Viel Erfolg!

Dokument

5

Erstes Rücktrittsschreiben Mückenbergers an den Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, vom 10. November 1989.

Erich Mückenberger

Präsidium des Zentralvorstand der Gesellschaft für DSF

Es fällt mir schwer, gerade angesichts der krisenhaften Situation, in der sich die sozialistische DDR befindet, das Präsidium des Zentralvorstandes zu bitten, dem Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft meinen Entschluß zu unterbreiten, ab sofort als Präsident und als Mitglied des Zentralvorstandes der Gesellschaft für DSF zurückzutreten.

Auch weiterhin werde ich als Mitglied unserer Gesellschaft - soweit es meine Kräfte und Gesundheit erlauben - aktiv und rüchhaltlos für die Sache der deutsch-sowjetischen Freundschaft wirken.

(E. Mückenberger)

Dokument

6

Zweites Rücktrittschreiben Mückenbergers an den Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, vom 16. November 1989.

Erich Mückenberger

Berlin, den 16. November 1989

An den
Zentralvorstand
der Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Es fällt mir schwer, gerade angesichts der krisenhaften Situation, in der sich die sozialistische DDR befindet, das Präsidium des Zentralvorstandes zu bitten, dem Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft meinen Entschluß zu unterbreiten, ab sofort als Präsident und Mitglied des Zentralvorstandes der Gesellschaft für DSF zurückzutreten.

Ich habe diesen Schritt getan, weil ich mich für die in den letzten Jahren auch in der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eingetretene Fehlentwicklung verantwortlich fühle.

Die Politik der Parteiführung, die ich auch als Präsident unsere Gesellschaft vertreten habe, war für die Freundschaft zur Sowjetunion und für die Entwicklung unserer DSF schädlich.

Ich bitte um Verständnis, daß ich meine Erklärung auf diesem Wege abgebe, aber die letzten Wochen haben mich, im 80. Lebensjahr, so viel Kraft gekostet, daß ich gesundheitlich nicht in der Lage bin, an der ZV-Sitzung teilzunehmen.

Glauben Sie mir, es liegen Wochen bitterer Selbstprüfung hinter mir: Ich mußte erkennen, daß ich einer Sache, für die ich mein ganzes Leben kämpfte, trotz bestem Willen nicht nur genutzt, sondern auch geschadet habe. Ich habe die Bedeutung von Perestroika und Glasnost als Impuls für die Erneuerung des Sozialismus verkannt und so dazu beigetragen, daß sie nicht rechtzeitig bei uns Eingang fanden.

Ich habe in meinem Leben oft als junger Mensch die richtige politische Entscheidung getroffen, wie die Geschichte nachträglich bestätigt hat. Es ist ein schweres Erkenntnis, daß ich in meinem Alter diese Einsicht bei wichtigen Entscheidungen nicht mehr hatte.

Auch weiterhin werde ich als Mitglied unserer Gesellschaft - soweit es meine Kräfte und Gesundheit erlauben - aktiv und rückhaltlos für die Sache der deutsch-sowjetischen Freundschaft wirken.

(E. Mückenberger)

Dokument

7

„Fahnenmast ohne Fahne“. Bericht über die sich verändernde Situation für sowjetische Besucher bei der Einreise in die DDR, vom 28. April 1989

Fahnenmast ohne Fahne

In den vielen Jahren meiner Arbeit bei der Seeflotte war ich mehrmals im gastfreundlichen Hafen Warnemünde (DDR).

Wohlwollende Lächeln von Angestellten der Seerederei, Minimum von Formalitäten seitens der Grenzkontrolle und dann unbehinderter Ausgang der Besatzung und sowjetischer Touristen zum Ufer – so war es damals.

Während des 3-4 tätigen Aufenthalts des Schiffes besuchten Vertreter der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unsere Seeleute und organisierten für sie Treffen in den Betrieben und LPGs, Besuche von Kindergärten.

Wir luden auch zu uns aufs Schiff deutsche Freunde ein, veranstalteten gemeinsame Unterhaltungsabende, sangen deutsche und sowjetische Lieder, tanzten. Unsere Leute haben viel nützliches für sich von solchen Kontakten gehabt. Eben da hat die wahre Volksdiplomatie funktioniert.

Und nun erst vor kurzem machte unser Schiff einige Reisen in die DDR mit sowjetischen Touristen an Bord.

Zu unserer Verwunderung hat sich das Verhalten der Hafenbehörden zu unseren Seeleuten und sowjetischen Touristen sehr verändert und zwar negativ. Das Schiff darf man vom Ufer nur mit speziellen Passierscheinen besuchen. Am Steg postiert rund um die Uhr ein Grenzsoldat. Auch der ganze Verlauf der Paßkontrolle wurde außerordentlich kompliziert und unangenehm.

Man betritt den Raum für Fahrgäste und zeigt einem Offizier, der in einer Glaskabine sitzt, seinen Paß vor. Ein Knopf wird bestätigt und eine Metalltür öffnet sich zu einer engen Box, indem ein schwacher Summton erklingt. Nachdem der Angestellte der Grenzbehörden die Identität der Besucher festgestellt und etwas in den Gäste- und Besatzungslisten notiert hat, drückt er wiederum auf einen Knopf. Dabei geht die zweite Tür auf, man verläßt die Box.

Dann kommt die Zollkontrolle in den Saal, danach – die nächste Box. Erneut wird der Paß vorgezeigt, der andere Angestellte läßt den Gast in eine weitere Box rein, um erneut seinen Paß zu kontrollieren.

Und erst danach geht die nächste Metalltür auf, die vierte schon, und man ist entlassen und frei.

Es vergeht eine bzw. anderthalb Stunden bis 300 Touristen abgefertigt sind. Bei der Rückkehr aufs Schiff wiederholt sich alles aber in der anderen Reihenfolge, dazu kommt noch eine erniedrigende Zollkontrolle. Das Verzeichnis der zur Ausfuhr aus der DDR verbotenen Gegenstände umfaßt fast alle Bekleidungsstücke und Schuhe sowie Fleisch- und Wurstwaren.

Und noch eine „Kleinigkeit“ ist uns während unserer Aufenthalte im Hafen Warnemünde unangenehm aufgefallen. In Kopenhagen, London, Gavre und anderen Häfen kapitalistischer

Länder wird an der Angestellte zu Ehren der Ankunft unseres Schiffes die sowjetische Flagge gehißt. In Warnemünde war das nie bei unserem Aufenthalt der Fall. Ich erkundigte mich bei einem Angestellten der Seerederei über den Grund des Fehlens der sowjetischen Flagge auf dem Fahnenmast. Er zuckte mit der Schulter und versprach, den Hafenskapitän darüber in Kenntnis zu setzen. Auch bei unserem letzten Besuch in Warnemünde haben wir trotzdem keine Fahne gesehen.

Der Hafenskapitän hat einfach keine Fahne – antwortete verlegen der Angestellte.

Diese neu eingeführte Ordnung in Warnemünde kann man schlecht mit den Losungen vereinbaren, die aufrufen, die Freundschaft zwischen den Völkern unsere Länder zu festigen. Diese Losungen waren oft in der Regionalpresse und auf roten Transparenten in Rostock zu sehen.

Diese Losungen werden im Grunde genommen verwirklicht. Sehr bewegt und mit großem Dank konnten wir z.B. in Rostock in der Buchhandlung „Das internationale Buch“ beobachten, wie Besucher ihre Geldspenden für das leidgeprüfte Armenien in eine speziell dafür eingerichtete riesige Spardose reingeworfen haben....

Meine Kollegen haben mich gebeten, diesen Brief zu schreiben. Vielleicht lesen ihn die Mitarbeiter der Botschaft der DDR und helfen, die in Warnemünde entstandene Lage zu korrigieren.

Dokument

8

Schreiben des Vorsitzenden des Zentralausschuß' der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Pech, an Gorbatschow vom 26.März 1990

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
- Zentralausschuß -
Vorsitzender

Präsidenten
der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken
S.E. Herrn M. S. Gorbatschow

Moskau
Kreml

Berlin, den 26.

3.1990

Hochverehrter Herr Präsident
Lieber Freund Michail Sergejewitsch!

Die politischen Veränderungen in der Deutschen Demokratischen Republik und der eingeleitete Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und Berlin-West verlaufen nicht ohne Auswirkungen auf die Tätigkeit der deutschen Gesellschaften für Freundschaft mit der UdSSR. Als neuer Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft habe ich daher die Initiative zu einem Treffen mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Gesellschaften BRD-UdSSR e.V., dem Mitglied des Bundestages, Herrn Dr. D. Sperling, und dem Vorsitzenden der Gesellschaft für DSF Berlin-West, Dr. F. von Hammerstein, ergriffen, das im März d.J. in Berlin stattfand.

Trotz unterschiedlicher politischer Positionen in Einzelfragen bestand Übereinstimmung darin, daß auch in einem künftigen vereinten Deutschland Freundschaft, Verständigung und Zusammenarbeit mit der UdSSR unverzichtbar sind.

Gerade gegenwärtig richtet sich z.B. das Wirken der Gesellschaft für DSF gegen Tendenzen des Nationalismus und der Ausländerfeindlichkeit, für Bewahrung und Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Für die drei deutschen Vereinigungen für Freundschaft mit der UdSSR wäre es von unschätzbarem Wert, über ihr weiteres Wirken einen Meinungsaustausch mit Ihnen, hochverehrter Michail Sergejewitsch Gorbatschow, führen zu können.

Ein solches Treffen, möglicherweise noch vor dem 45. Jahrestag des Sieges und der Befreiung unseres Volkes vom Hitlerfaschismus, hätte zweifellos mehr als nur symbolische Bedeutung.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns, Herrn Dr. Sperling, Herrn Dr. von Hammerstein und mich empfangen würden.

In Erwartung Ihrer Antwort

Hochachtungsvoll
(Cyrill Pech)

Dokument

9

Schreiben des Sekretariates der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesministerium des Innern, vom 4. November 1991

Treuhandanstalt
Direktorat Sondervermögen
Abteilung Massenorganisationen
Hans-Beimert-Straße 70/72
O-1026 Berlin

Betr.: **Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)**

Hier: WIN-KONTAKT-CLUB GmbH

Die DSF gehört nach meinen im vergangenen Jahr getroffenen Feststellungen zum Kreis derjenigen Organisationen, auf die § 20a und b Partei-G-DDR Anwendung finden. Damit steht das Vermögen der DSF, das am 7. Oktober 1989 vorhanden war, kraft Gesetzes unter treuhändischer Verwaltung. Zum Vermögen der DSF gehören auch die ihr übertragenen Rechtsträgerschaften an im Eigentum des Volkes stehenden Grundstücke.

Die Nutzungsrechte an diesen Grundstücken hat die DSF mit zwei Eigentumsobjekten mit Vertrag vom 12. April 1990 als Scheinlage in Höhe von 29 Mio. Mark in die WIN-INTERKONTAKT-CLUB GmbH eingebracht, obwohl sie hierzu nicht befugt war und gegen damals geltende Rechtsnormen der DDR verstieß. Über diese Sacheinlage ist die DSF an der GmbH lt. Gesellschaftsvertrag mit 50 v. H. wirtschaftlich beteiligt. Zwar hat der Gesetzesverstoß nach § 68 Abs. 1 ZGB Nichtigkeit zur Folge, gleichwohl befinden sich diese Liegenschaften im Besitz der GmbH. Diese nutzt die Objekte wie ein Eigentümer, in dem sie gewerbsmäßig vermietet hat. Die Beteiligung der DSF an dieser GmbH durch Überlassung der Liegenschaften zur wirtschaftlichen Nutzung hat nach §20 a Abs. 3 Partei-G. DDR zur Folge, daß auch die GmbH den Vorschriften der § 20 a und b Partei-G DDR in Verbindung mit dem Einigungsvertrag Anlage II Kapitel II Sachgebiet A Abschnitt III unterliegt.

Im Auftrag
(Bennewitz)

10.3. Statistiken

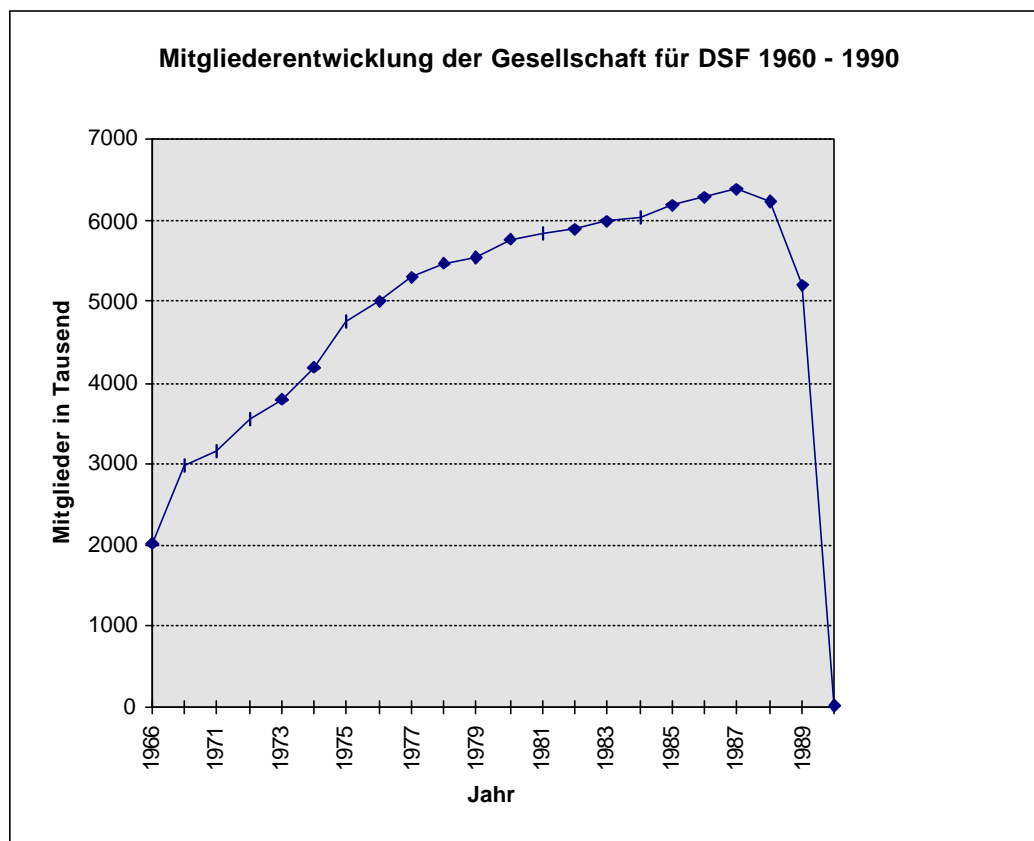
Einführung

Die Daten in folgenden Tabellen beruhen in der Regel auf Angaben, welche die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in ihren Jubiläumspublikationen veröffentlichte sowie auf Daten, die von den Landesgesellschaften der Gesellschaft für DSF zusammengestellt wurden.

Diese finden sich im DSF-Bestand des Sächsischen Hauptstaatsarchivs unter der Signatur IVE-2/15/692.

In anderen Quellen finden sich ähnliche Angaben, mit teilweise geringfügigen Abweichungen, die häufig auf Rechenfehler zurückzuführen sind, diese Quellen sind jedoch bei weitem nicht so umfassend und wurden hier nicht berücksichtigt, da ihr Erkenntniswert zu gering ist.

Die angegebenen Daten gelten jeweils für das Jahresende, bzw. beziehen sich auf den Jahresdurchschnitt. Die Daten für die Kreisorganisation der Gesellschaft für DSF/Wismut waren nicht für alle Themenbereiche zugänglich, daher werden sie nicht in allen Tabellen aufgeführt.



Statistische Angaben zur Arbeit der Gesellschaft für DSF (Stand 30. Juni 1986); alle zusammengestellt nach Berichten der Bezirksorganisationen

Bezirks- organisation	Arbeits- kollektive insges.	davon Kollektive DSF	Volkskunst- kollektive	davon Kollektive DSF	Zirkel z. Auswertung sowj. Erfahrungen	Referenten- kollektive der Grund- einheiten	Kabinette d. Freundschaft	Org.grad in %	durchschnittl. Beitragssatz in Mark
Berlin	23492	15911	920	60	208	31	135	50,2	14,04
Cottbus	15988	10364	1205	81	543	71	103	43,7	11,90
Dresden	28862	23017	2099	63	676	71	122	43,6	10,90
Erfurt	21698	14179	2223	204	236	13	120	51,0	11,78
Frankfurt/Oder	10564	7064	913	48	192	34	118	44,9	11,99
Gera	12975	9271	1492	106	250	39	126	42,3	11,46
Halle	33365	19235	2409	228	976	160	298	48,0	11,52
K-Marx-Stadt	26779	16223	2633	223	422	64	136	45,2	11,18
Leipzig	23504	12399	1645	86	229	36	113	41,2	10,66
Magdeburg	24782	14256	2592	1180	472	112	180	48,9	11,39
Neubran- denburg	10057	3434	1157	119	116	32	90	47,0	12,22
Potsdam	19032	10840	1485	184	381	42	150	41,3	12,00
Rostock	13752	11307	2115	54	312	75	65	45,9	12,34
Schwerin	9204	5193	929	93	198	35	58	42,2	11,17
Suhl	11021	8773	797	217	223	71	127	57,4	12,24
gesamt	285685	184478	24614	2956	5434	885	1941	46,2	11,77

Organisationsgrad der Bevölkerung >14 Jahre in der Gesellschaft für DSF in %

Bezirk	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Berlin	43,9	45,7	47,1	50,2	48,5	49,4	50,9	51,0	53,3	50,2	50,6	49,9	41,5
Cottbus	38,6	40,6	40,0	43,2	40,4	41,0	40,9	42,2	42,6	43,7	45,5	44,8	37,5
Dresden	37,5	38,8	38,9	40,3	40,4	39,6	40,4	40,1	41,4	43,6	43,3	42,2	34,7
Erfurt	41,5	43,5	44,3	45,9	45,8	46,6	47,5	48,1	48,8	51,0	51,4	50,9	43,6
Frankfurt	36,8	38,1	39,3	40,5	37,8	38,2	39,1	40,9	43,5	44,9	45,6	44,1	39
Gera	37,7	39,4	39,0	40,9	38,4	39,5	40,2	40,9	41,1	42,3	43	42,6	35,5
Halle	41,9	42,8	43,5	45,1	45,1	45,2	45,8	46,0	46,5	48,0	48,4	47,8	39,3
K-Marx-Stadt	38,5	39,4	40,0	40,6	41,6	42,4	42,8	42,9	43,4	45,2	45,2	43,6	36,6
Leipzig	36,2	37,1	37,4	38,0	37,7	38,0	38,3	38,7	39,4	41,2	40,8	39,8	32,6
Magdeburg	38,6	39,5	40,4	42,4	42,8	43,7	44,7	44,9	46,7	48,9	50,9	49,4	42,8
Neubrandenburg	39,8	41,5	41,8	42,1	43,0	43,3	44,8	44,8	45,4	47,0	48,2	47,5	39,8
Potsdam	33,9	35,7	36,2	37,6	36,1	37,0	37,1	38,1	39,8	41,3	41,5	40,6	33,4
Rostock	42,1	43,5	45,4	46,7	44,0	44,9	45,3	45,5	45,9	45,9	46,4	46,7	38,2
Schwerin	36,2	38,2	39,8	40,3	39,7	39,4	39,9	40,6	41,5	42,2	42,5	42,5	34,7
Suhl	46,6	48,2	48,6	49,7	51,4	52,5	53,3	53,7	54,9	57,4	58,1	57,7	49
gesamt	39,3	40,8	41,4	42,9	42,2	42,7	43,4	43,9	44,9	46,2	46,8	46	38,4

Zahl der kassentechnisch erfaßten Mitglieder der Gesellschaft für DSF in Tausend

Bezirk	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Berlin	396	413	425	454	453	461	474	475	497	490	494	486	405
Cottbus	261	275	270	293	288	292	291	300	303	309	322	317	265
Dresden	557	577	578	598	602	590	602	598	617	633	629	612	503
Erfurt	406	426	434	450	461	468	477	483	491	510	514	508	436
Frankfurt	187	193	199	205	214	216	222	232	246	253	257	249	220
Gera	213	222	220	230	233	239	243	248	249	255	260	257	211
Halle	634	648	658	683	683	685	693	697	704	709	755	705	581
K-Marx-Stadt	628	643	653	662	676	687	695	696	705	708	708	683	573
Leipzig	424	434	437	445	444	447	450	456	463	471	467	455	372
Magdeburg	397	407	416	436	446	455	466	468	487	501	521	506	439
Neubrandenburg	191	199	200	202	215	216	223	223	226	230	236	233	195
Potsdam	292	307	312	324	331	339	341	350	365	377	379	371	305
Rostock	280	290	302	310	310	316	319	320	323	327	330	332	272
Schwerin	165	175	182	184	189	187	189	193	197	199	201	201	164
Suhl	205	212	213	218	231	235	239	241	247	257	260	258	219
Wismut	57	56	58	62	59	55	54	54	57	55	54	54	47
gesamt	5293	5477	5557	5756	5835	5888	5978	6034	6177	6284	6387	6227	5207

Entwicklung des durchschnittlichen Mitgliedsbeitrags der Gesellschaft für DSF (absolut im Jahr/Mitglied) in Mark

Bezirk	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Berlin	12,91	13,12	13,46	13,51	13,66	13,88	13,87	14,08	14,20	14,31	14,33	14,53
Cottbus	10,14	10,47	10,78	11,07	11,23	11,47	11,75	11,80	12,22	12,15	12,27	12,40
Dresden	9,99	10,24	10,59	10,74	10,80	11,03	11,01	11,11	11,26	11,22	11,38	11,51
Erfurt	9,35	9,57	9,87	10,13	10,49	10,72	10,87	11,25	11,63	11,79	11,95	12,07
Frankfurt	10,19	10,59	10,71	11,12	11,06	11,38	11,52	11,65	11,98	12,12	12,23	12,42
Gera	9,87	10,04	10,60	10,60	10,81	11,02	11,20	11,30	11,57	11,67	11,69	11,76
Halle	9,25	10,14	10,32	10,54	10,67	10,90	11,05	11,20	11,36	11,54	11,55	11,63
K-Marx-Stadt	9,98	10,4	10,62	10,86	10,90	11,01	11,12	11,16	11,21	11,34	11,45	11,67
Leipzig	9,48	9,76	10,00	10,35	10,54	10,47	10,89	10,86	10,94	11,01	11,16	11,28
Magdeburg	9,50	9,87	10,10	10,26	10,24	10,61	10,76	11,07	11,59	11,60	11,80	12,12
Neubrandenburg	9,74	10,02	10,39	10,74	10,87	11,15	11,34	11,70	12,03	12,20	12,25	12,51
Potsdam	10,45	10,85	10,97	11,29	11,24	11,45	11,71	11,83	12,03	12,14	12,20	12,33
Rostock	10,08	10,5	10,59	10,87	11,26	11,49	11,71	11,82	12,20	12,37	12,55	12,69
Schwerin	9,26	9,57	9,86	10,18	10,33	10,67	10,86	10,95	11,24	11,42	11,63	11,68
Suhl	10,06	10,53	10,87	11,23	11,50	11,77	11,99	12,1	12,33	12,39	12,48	12,64
Wismut	14,78	14,99	15,05	15,23	15,29	15,80	16,05	16,31	16,26	16,25	16,43	16,17
gesamt	10,31	10,67	10,92	11,17	11,32	11,55	11,73	11,89	11,83	12,22	13,33	12,46

10.4. Personenregister

Das Personenregister bezieht sich ausschließlich auf im Text genannte Personen.

Abramow	112	Geggel	211
Ackermann	51	Gelman	112
Adomeit	160	Genscher	164
Agsten	248	Germer	224
Aitmatow	112	Gerull-Kardes	58, 70, 79
Andropow	158	Gieseke	28, 29, 57, 74
Axen,	134, 227, 247	Goethe	61
Bartsch	254, 265, 271	Golikov	79
Bastian	112, 169	Gorbatschow	12, 15, 16, 21, 34, 157, 158 ff., 170 ff., 178, 182, 184, 188, 199, 208, 212, 215, 234, 235, 239, 243, 259, 296, 297, 298, 332, 336, 339
Boguschewski	319	Görlich	112
Bolz	103, 109, 332	Götting	151
Bredel	112	Granin	112
Breshnew	103; 104, 109, 164	Groß	58
Bykowski	189	Grotewohl	53
Calek	205, 206	Hager	161, 164, 171, 199, 227
Ceausescu	215, 269	Hamacher	74, 76
Chrustchow	262	Von Hammerstein	297
Dante	61	Hartmann	29, 56
Dobrynin	198	Held	283
Dohlus	101, 193	Heller	27
Donath	68	Hermann	216, 227, 246, 247
Dostojewski	60	Hitler	50, 150, 216
Dralle	29, 47, 49, 62, 69	Holzweißig	202
Dymschitz	55	Honecker	97, 103 ff., 109, 120, 122, 123, 129, 146, 155, 159 ff., 166, 170, 173, 179, 193 ff., 202, 209, 211, 215 ff, 226, 233, 246, 247 ff, 267, 281, 337, 338
Edels	112	Hrabrowski	321
Eggeling	29, 56		
Ehmsen	54, 58		
Einstein	46		
Eppelmann	219, 265		
Euripides	61		
Felfe	134		
Fischmann	137, 252, 254		
Freitag	254, 310		

Kaiser	228	Noll	112
Kant	112	Ossipjan	321
Karge	310	Pahnke	265
Kolditz	189	Paul	58
Körbel	79	Pech, C.	267, 281 ff, 291, 297 ff, 307, 311, 318, ff, 338
Kotschermassow	189	Pech, O.	137
Kranke	208	Petersdorf	27, 62, 77, 85
Krausch	248, 254	Pieck	53, 89, 95,
Krenz	134, 246, 259, 267	Racine	61
Kruglowa	140	Rasch	207 ff.
Krusche	266	Riebenschläger	326
Kuczynski	54, 56 ff., 68, 74 ff., 87 ff., 92, 161, 335	Rosenfeld	27
Kuhrig	135, 137, 151, 177, 190, 217, 228, 248, 251 ff., 276, 278	Röhmer	262, 287
Kurz	137, 203, 234, 222, 254, 296,	Saakov	55, 64
Lapin	133	Sacher	270
Lenin	60, 97, 111, 113, 122, 194	Schatrow	112, 202
Lenz	281 ff., 311, 324,	Dr. Schneider	58
Mai	27,	Schneider, Jutta	254
Mark	58, 70	Schöne	310
Marx	60	Schönknecht	28
Matern	58	Schulz	112
Meng	52	Schulze	217, 223
Meschkat	68, 69	Schuschkin	112
Mielke	267	Schütz, H.	310, 311
Mittag	246	Schüzu, B.	311
Modow	152, 330	Schwabe	208, 209
Moissejew	189	Seghers	54, 58, 69, 112
Moke	152 ff.	Shakespeare	61
Mückenberger	26, 33, 101, 108ff., 122, 127, 134, 136 ff., 146 ff., 166ff., 177 ff., 189, 196 ff., 235, 247ff, 276, 283, 337 f,	Snetkow	189, 300
Neumann	189	Sobottka	51,
Neutsch	112	Sperling	297, 298, 319
		Stalin	50, 53, 90, 181, 199, 222, 295, 297
		Stolpe	264, 266,
		Tschakowski	112

Teichmann	208	Van Beek	58
Tschernenko	158, 225	Von Studnitz	318, 319
Thiessen	223, 224	Weber	13, 30
Tisch	134	Weimann	81
Trifnow	112	Werdau	82
Tulpanov	55 ff., 62	Winkelmann	321
Ulbricht	41, 51, 53, 161	Wohlert	254, 265
Unger	58	Zetkin	45